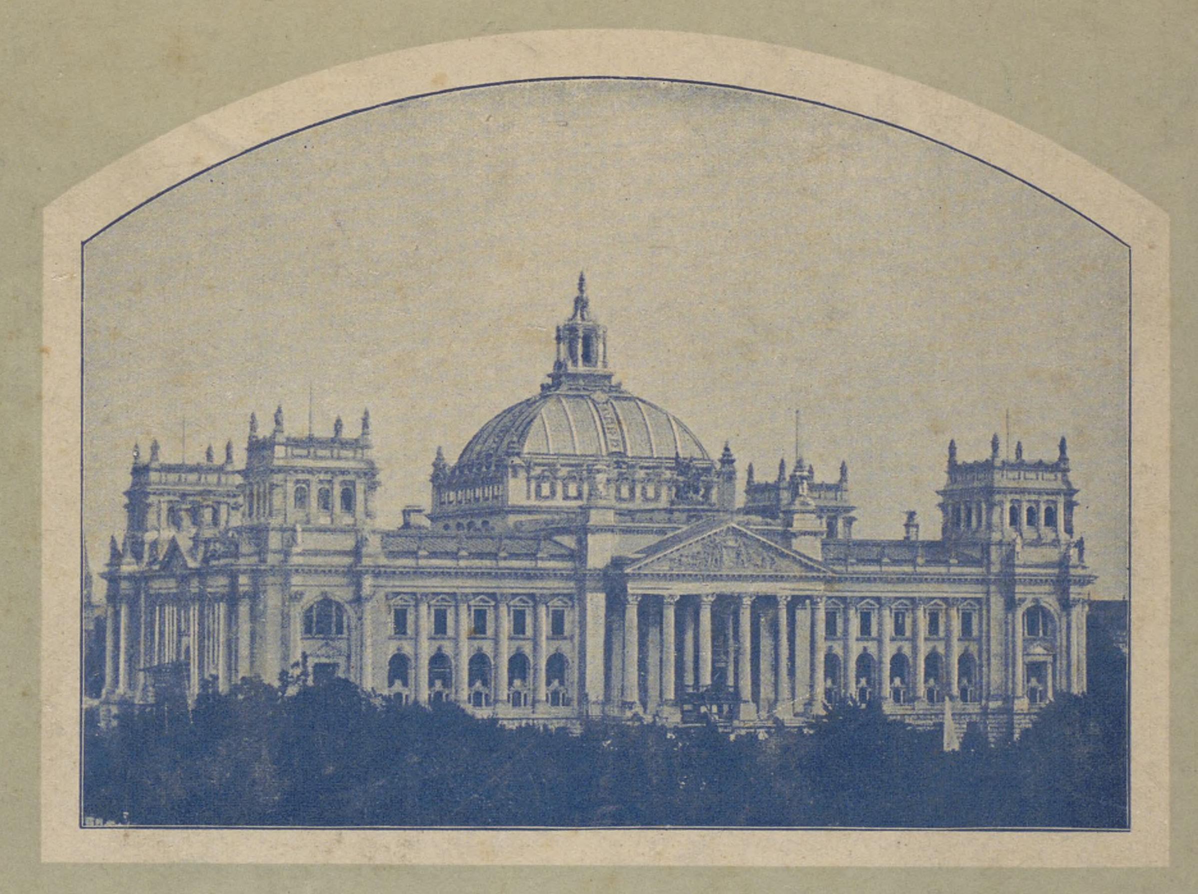
Jahrbuch der Weltgeschichte

Zwölfter Jahrgang 1912

KARL PROCHASKAS ILLUSTR. JAHRBÜCHER

Von Albin Geyer

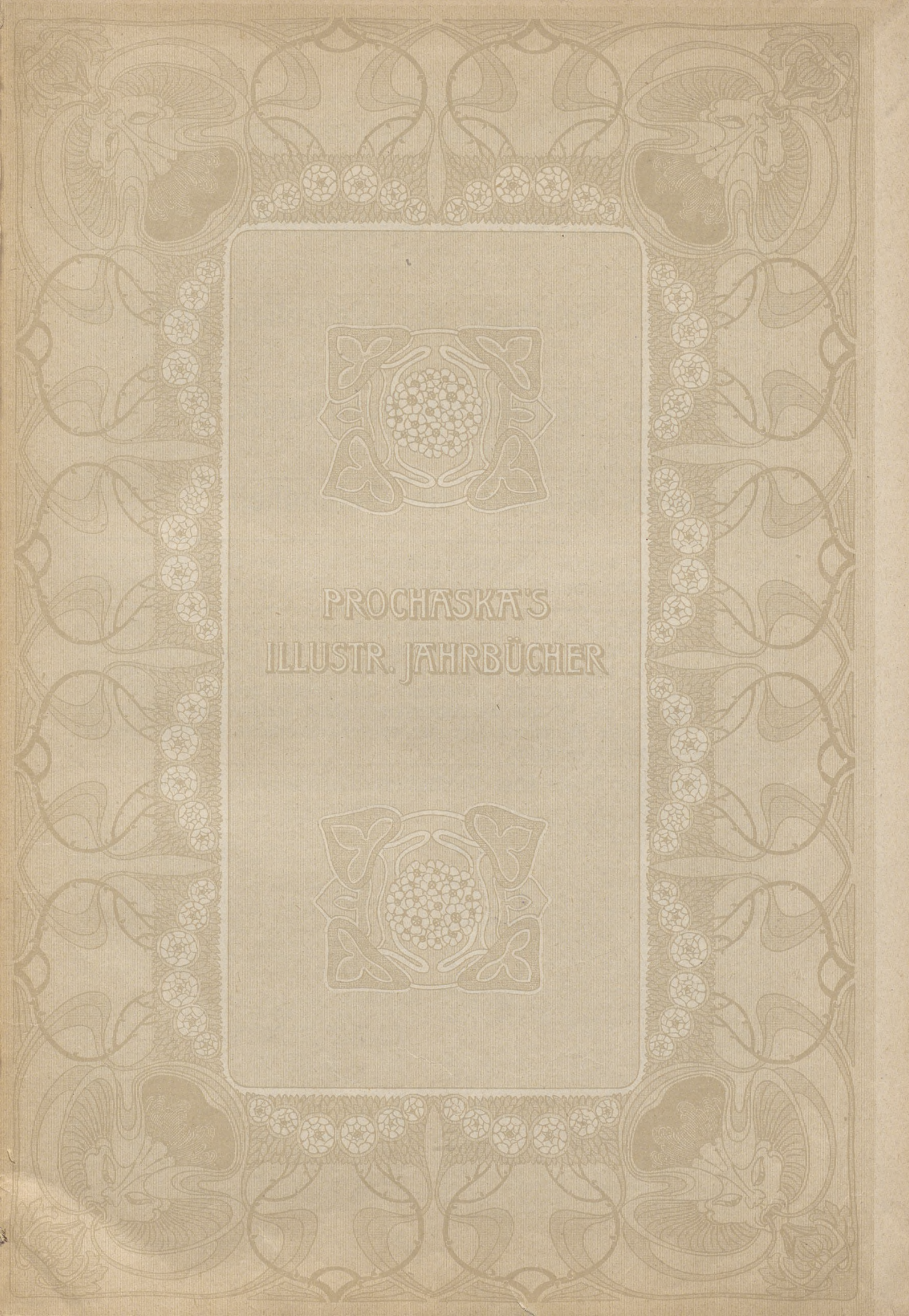
Das Jahr 1911



VERLAG UND DRUCK VON KARL PROCHASKA ▵ LEIPZIG ▵ WIEN ▵ TESCHEN

Preis 1 Mk. 50 = 1 K 80




PROCHASKA'S
ILLUSTR. JAHRBÜCHER

»Prochaskas Illustrierte Jahrbücher« bestehen aus folgenden Teilen:

Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen.

Erscheint alljährlich seit 1901. Die Jahrgänge I—IV kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom V. Jahrgang ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf. und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte.

Erscheint alljährlich seit 1900. Die Jahrgänge I—IV kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom V. Jahrgang (Geschichte des Jahres 1904) ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf. und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen.

Erscheint alljährlich seit 1902. Die Jahrgänge I—III kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom IV. Jahrgang ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf. und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde.

Erscheint alljährlich seit 1903. Die Jahrgänge I und II kosten broschiert je 1 Mark, in Leinwand gebunden je 2 Mark. Vom III. Jahrgang ab ist dieses Jahrbuch nur noch in Halbleinwand gebunden à 1 M. 50 Pf. und in Leinwand gebunden à 2 Mark erhältlich.

Illustriertes Jahrbuch der Gesundheit.

Hievon ist ein Jahrgang erschienen, der broschiert 1 Mark, in Leinwand gebunden 2 Mark kostet.

Auf Wunsch werden auch die früher brosch. erschienenen Bände der »Illustr. Jahrbücher« in dem neuen Halbleinen-Einband zum Preise von 1 Mark 50 der Band geliefert.

Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern liegt der Gedanke zu Grunde, über die Fortschritte der Kultur auf den wichtigsten Gebieten des modernen Lebens alljährlich eine Revue zu geben, die übersichtlich, allgemein verständlich und derart stilistisch gehalten ist, daß ihre Lektüre eine anziehende, geistbildende Unterhaltung genannt werden kann.

Für jung und alt, für alle Gesellschaftskreise gleich geeignet und gleicherweise interessant, sind diese Jahrbücher eine der empfehlenswertesten Erscheinungen der neueren volkstümlichen Literatur.

Urteile der Presse über Prochaskas Illustrierte Jahrbücher.

Über Land und Meer. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen „Ein glücklicher Gedanke ist hier in gediegener Weise verwirklicht: ein bequemer Überblick über die technischen Fortschritte in Form eines reich illustrierten Jahrbuchs zu außerordentlich billigem Preis."

Basler Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Endlich haben wir einmal eine gute, billige und ausgezeichnet illustrierte Übersicht alles dessen, was die Naturkunde im Laufe eines Jahres als neue Entdeckungen zu verzeichnen hatte. Es ist eine Freude, die prächtige, für jedermann verständliche Übersicht zu lesen. Jeder Gebildete sollte diese Jahrbücher erwerben und sie nicht nur in seiner Bibliothek aufstellen, sondern auch lesen. Derartige Schriften nützen der Aufklärung unendlich viel mehr als alle kulturkämpferischen Zeitungsartikel. Möchte doch dieses Unternehmen die weiteste Verbreitung in allen Schichten der Bevölkerung finden."

Frankfurter Zeitung. Prochaskas Illustrierte Jahrbücher erfreuen sich einer von Jahr zu Jahr wachsenden Anerkennung, was bei der Gediegenheit des Inhalts und der Ausstattung, sowie dem billigen Preise nicht zu verwundern ist. In der Anlage übersichtlich, in der Darstellung fast durchwegs klar und allgemein verständlich gehalten, ohne irgend trivial zu werden, unterrichten diese Jahrbücher über die in ihnen behandelten Erfahrungs- und Forschungsgebiete mit einer für den Nichtfachmann vollkommen ausreichenden Ausführlichkeit, den Fachmann selbst aber mitunter verblüffenden Gründlichkeit. Bei der ungeheuren Fülle von Eindrücken, die tagaus tagein aus dem Leben, aus Tagesblättern und Zeitschriften auf den wissensdurstigen Kulturmenschen einwirken, ist es für den gewöhnlichen Sterblichen fast unmöglich, Spreu und Weizen zu scheiden und aus dem Vielerlei ein klares Bild zu gewinnen. Da sind denn Führer, wie es Prochaskas Jahrbücher sein wollen, durchaus am Platze. Rückschauend blicken wir noch einmal des Weges entlang, den wir durch lange Monate gewandert sind, und erkennen staunend, daß manches Kleine groß und manches Große klein geworden, alles aber, den Gesetzen der geistigen Perspektive gemäß, nach Möglichkeit gewertet, gesichtet und geordnet ist. So gewinnen wir nachträglich ruhende Pole in den Erscheinungen Flucht — immer vorausgesetzt natürlich, daß wir guten Führern folgen. Und Prochaskas Jahrbücher sind solche Führer.

Die Woche. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Wir können dem stattlichen Bande kein besseres Geleitwort auf den Weg mitgeben, als den Ausdruck unserer Überzeugung, daß es dem Verfasser gelungen ist, die Worte seines Programms glänzend zu verwirklichen: ‚Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klarmachen.' Die volkstümliche, klare und doch vornehme Haltung des Jahrbuchs werden demselben gewiß viele Freunde und Schätzer gewinnen. Wer eine aller Parteilichkeit entkleidete Schilderung der Ereignisse jedes Jahres wünscht, säume nicht, sich in den Besitz dieses gediegenen ‚Jahrbuchs' zu setzen."

Fortsetzung am Schlusse des Buches.

Illustriertes Jahrbuch

der Weltgeschichte

Das Jahr 1911.



König Georg V. und Königin Mary von England mit dem Kronprinzen Eduard Albert.

Prochaskas Illustrierte Jahrbücher

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte

Zwölfter Jahrgang

Von Albin Geyer

Das Jahr 1911



Leipzig
Königstraße 9/11.

Karl Prochaska in Teschen

Wien
Seilerstätte 5.

Inhalt.

Seite

Rückblick und Ausblick 9

Deutsches Reich.

Das erste politische Halbjahr 15
Die Reichstagssession 28
Die Marokkofrage 32
Politisches im zweiten Halbjahr 40
Schlußsitzung des Reichstags 48
Das Parteitreiben 56
Polen, Dänen und Welfen 66
Reichsverteidigung 73
Aus den Kolonien 77
Handel und Verkehr 80
Preußen 83
Aus den Bundesstaaten 90
Verschiedenes 104

Österreich-Ungarn.

Bis zur Auflösung des Reichsrates 109
Die Delegationen 115
Neuwahlen und Ministerwechsel 118
Das Zwischenministerium Gautsch 125
Das Ministerium Stürgkh 139
Vorsession der Delegationen 145
Länder, Nationen und Parteien 146
Ungarn 152
Bosnien und Herzegowina 156
Heer und Flotte 157
Handel und Verkehr 159
Verschiedenes 160

Italien.

Das Ministerium Luzatti 164
Die Jubelfeier des Königreiches 165
Das Ministerium Giolitti 168
Tripolis 170
Verschiedenes 173
Papst Pius X. 174

Seite

Frankreich.

Bis zum Nationalfest 176
Weitere politische Ereignisse 183
Armee und Marine 187
Verschiedenes 189

Großbritannien.

Das erste politische Halbjahr 193
Die Königskrönung 196
Das zweite politische Halbjahr 199
Vom „größeren“ Britannien 203
Von der britischen Wehrmacht 204
Verschiedenes 207

Rußland.

Das politische Jahr 209
Nationalitätenpolitik 218
Verschiedenes 221

Skandinavische Halbinsel 223

Mitteleuropäische Staaten 225

Pyrenäische Halbinsel 229

Balkanstaaten 131

Amerika.

Die politischen Jahresereignisse 241
Panamerikanisches 244
Verschiedenes 245
Aus den romanischen Republiken 246

Asien 249

Afrika 253

Australien 255

Hoffnungen und Möglichkeiten 257





Vorbemerkung. Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist es was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klar machen.

Rückblick und Ausblick.

Bei der Jahreswende liegen jedem denkenden Menschen Rückblick und Ausblick nahe und sind ihm auch nütze. Das Jahr 1911 war reich an Ereignissen, wie im laufenden Jahrhundert kaum eines vor ihm. Ein kritisches Jahr ist es gewesen und ein kritisches wird ihm folgen. Es will so scheinen, als ob das abgelaufene Jahr einst zu denen zählen wird, von denen man sagt, daß sie das Weltbild entscheidend geändert haben und die darum eine besondere Marke in der Geschichte erhalten. Die bedeutsameren Ereignisse fallen sämtlich in die zweite Hälfte des Jahres, aber die Geschichte seines Verlaufes wird zunächst erzählen von dem Beginn des Krieges, den Italien um Tripolis mit der Türkei führte. Der militärische Spaziergang, den die Italiener erhofften und der auch der zuschauenden Mitwelt wahrscheinlich dünkte, hat sich zu einem sehr langwierigen und opferreichen Kriege entwickelt, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, und man weiß auch nicht, wie dieser schwere Angriff auf die früher so bedrohliche Macht des Islam, wie dieser neue Versuch, die Kultur des Abendlandes mit Waffengewalt in den Orient zu tragen, ausfallen wird. Der fortdauernde Kampf ist wegen seiner möglichen Rückschläge auf die Lage auf dem Balkan und auf die in mehr oder weniger engem Zusammenhang stehenden Mohammedaner in Afrika und Asien nicht zu unterschätzen.

Das Jahr 1911 wird ferner von dem Vordringen der Russen und Engländer in Persien erzählen und von den dortigen inneren Wirren, die das uralte Land des Cyrus und Hafis weiter dem Verfall zuführen und machtlos und wehrlos zur Beute der Mächtigen werden lassen. Am Jahresschlusse war dem persischen Staate kaum noch ein Schein von Unabhängigkeit geblieben. Weiter wird man erzählen von der Umwälzung in China, deren Entwicklung und Ende noch vollkommen im Dunkeln liegt. Anscheinend hat sich das sonst als unbewegliche Masse geschilderte Volk der Chinesen in Bewegung gesetzt, um an die Stelle des Kaisertums der Mandschus eine Republik nach französischem Muster zu setzen. In Wirklichkeit handelt es sich bloß um die Einwirkung einer Anzahl in Europa und Japan geschulter Agitatoren, die den Haß der Chinesen gegen die Fremdherrschaft der Mandschus mit Redensarten von Menschenwürde, Selbstregierung, Verfassung und republikanischen Staatsformen in eine bestimmte Richtung gedrängt haben, die freilich der unfähigen Dynastie ein Ende bereiten werden. Weiter geht das Interesse der chinesischen Bevölkerung nicht, am wenigsten hat sie Verständnis oder Neigung für eine Republik, deren Anhänger selbst in den von europäischen Ideen beeinflußten Handelsplätzen wenig zahlreich sind. An wie vielen hundert Orten ist nicht in den Jahren 1848 und 1849 in Deutschland die Republik ausgerufen worden! Später hat sich daraus das Deutsche Kaiserreich entwickelt; an die deutsche Republik denken heute nur noch politische Träumer ohne jeden wirklichen Einfluß. In China haben die „Freiheitswirren" aber schon zu dem Verluste der Mandschurei und der Mongolei geführt.

Auch die zwischen Deutschland und Frankreich seit Jahren schwebende Marokkofrage, die durch das Abkommen von 1909 beseitigt zu sein schien, flammte in der zweiten Jahreshälfte nochmals auf, kam aber vor Jahresschluß zu einem befriedigenden Ende, ehe noch die zuschauenden Kritiker inne wurden, wie kriegsdrohend die Lage zeitweilig gewesen war. Frankreich darf sein stolzes nordafrikanisches Reich als gesichert ansehen, Deutschland hat sich Handelsfreiheit und wirtschaftliche Gleichberechtigung in Marokko gewahrt, dazu seinen Kolonialbesitz in Afrika um ein beträchtliches und sicher auch zukunftsreiches Stück vergrößert. Das gewerbsmäßige Nörgeln darüber ist nicht hoch zu bewerten. Was ist aus der „Sandbüchse" Eugen Richters, aus Deutschsüdwestafrika, geworden! Hat man nicht um seine Behauptung schon einen

schweren Krieg geführt, der Hunderte von Millionen kostete, und heute ist alles zufrieden damit und stolz darauf. Was ist seinerzeit über den sogenannten „Sansibar-Vertrag" gezetert worden, den doch noch Bismarck abgeschlossen hatte! Man versuchte, das Abkommen durch den Vergleich der paar Kartoffeläcker auf Helgoland mit der stolzen Handelsinsel Sansibar herabzusetzen. Wer redet heute noch von Sansibar, das vergessen draußen im Ozean liegt, während sich die nutzbaren Häfen an der Küste von Deutschostafrika befinden und bereits durch Bahnen und Straßen mit dem in rascher Kultur fortschreitenden Hinterlande verbunden sind. Und Helgoland ist heute der Schlüsselpunkt der deutschen Küstenverteidigung, an dem keine feindliche Flotte ungestraft vorüber gehen wird. Was gäbe heute England dafür, wenn es Helgoland noch besäße! Ein Besitz ist immer gut genug für den, der etwas damit anzufangen weiß. Nach den angeführten lehrreichen Erfahrungen ist auch die Kritik des Marokkoabkommens zu beurteilen. Diese beruhte vollkommen auf Gefühlen und vorgefaßten Meinungen, die freilich um so schwerer zu beseitigen sind, je eingefressener die Lust am Besserwissen und am hartnäckigen Beharren bei dem einmal Ausgesprochenen in Deutschland zur schlimmen Gewohnheit geworden ist. Und wer ist von all den nörgelnden Leuten wirklich berechtigt zu einem Urteil? Nicht der Tausendste hat Kenntnis von den wirklichen Zuständen und Verhältnissen in den weitläufigen marokkanischen Gebieten oder auch nur eine blasse Ahnung vom wirklichen Kongo. Aber solche Kleinlichkeiten, wie Verantwortungsgefühl u. dgl., liegen den „Staatsmännern" der Parteien und Zeitungen vollständig fern. Das Marokkoabkommen sollte verurteilt werden, mochte es ausfallen wie es wollte, denn das lag im Partei- und Wahlinteresse.

Das änderte sich auch nicht, als noch vor Ende des Jahres ans Tageslicht kam, welchen Schwierigkeiten die verantwortlichen Staatsleiter bei den Verhandlungen gegenübergestanden hatten. Mit Frankreich war die Sache noch nicht einmal so schlimm, weil dort die verantwortlichen Leiter, unbekümmert um das Stimmungsmachen der Unverantwortlichen, ihrlich einen Ausgleich wollten, da sie nicht die Schuld eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Deutschland auf sich laden wollten. Denn in Frankreich regt man sich wohl gern mit der Idee der Revanche an, aber in Wirklichkeit will man sie nur dann, wenn der Sieg auch wirklich sicher ist. Jedoch wer garantiert das? Gewisse Offiziere tun es, wohl die meisten aus Pflichtgefühl und Überzeugung, aber die dabei am lautesten sind, tun es doch nur, um sich interessant zu machen. Nun, dann sind ja die Verbündeten da, denen man in der Tripelentente gegen den Dreibund so eifrig beigestanden hat. Aber auf Rußland ist seit der Potsdamer Übereinkunft auf Jahre hinaus nicht zu rechnen, nur England, das von jeher die Politik der Unterstützung der Kontinentalkriege getrieben hat, war für einen Krieg gegen Deutschland sofort zu haben. Da aber Großbritannien keine nennenswerte Armee besitzt und die Entscheidung notwendigerweise auf dem Lande erfolgen muß, so hätte Frankreich tatsächlich den Krieg allein auf dem Halse gehabt. Darum ist es auch im abgelaufenen Jahre nicht zum Kriege gekommen. Hat somit das Marokkoabkommen im Verhältnis der Mächte keine Veränderung geschaffen, so hat es doch gegen den Willen der deutschen Staatsmänner die bisher vorhandenen Gegensätze nicht gemildert, sondern eher verschärft.

Daß aber der Frieden erhalten blieb, lag wahrhaftig nicht an England. Man mag die von dort kommenden Enthüllungen mehr oder minder ernst nehmen: so viel ist aber jedenfalls sicher, daß die sonst immer von Abrüstung und allgemeinem Frieden triefende liberale britische Regierung mindestens gesonnen war und die gesamten Seestreitkräfte bereit hielt, um sofort über die deutsche Flotte herzufallen, sobald sich die mehrfach in ein kritisches Stadium geratenen Verhandlungen zwischen Berlin und Paris zum Bruche gestaltet hätten. Wie weit Sir Edward Grey dabei den Anreizer gespielt und die französische Diplomatie sich klugerweise zurückgehalten hat, wird wohl erst in späteren Jahren vollständig bekannt werden. Welchen Grad die Feindseligkeit der offiziellen englischen Politik gegen Deutschland bereits erreicht hat, das haben die Vorgänge des verwichenen Sommers gelehrt. Daß nach dem Scheitern der geheimen britischen Pläne jetzt von England aus wieder die Annäherungs- und Freundschaftsflöte geblasen wird, kann niemals in Deutschland den Eindruck wieder verwischen, daß seine Stellung gegenüber England nur auf der Grundlage der vollkommensten und ausgedehntesten Kriegsbereitschaft beruhen kann. Trotz des Lärmes der erbitterten Wahlkämpfe ist die Überzeugung allgemein, daß nicht Frankreich, sondern England der Erbfeind ist, und daß Deutschlands militärische Schlagfertigkeit zu Lande wie zu Wasser und auch seine finanzielle Rüstung für alle Fälle die einzige Sicherung gegen heranziehende Gewitter bildet. Die friedliche Gesinnung, die Deutschland länger als vier Jahrzehnte betätigt hat, hat Frankreich und Großbritannien nicht abgehalten, sich zum Angriff bereit zu halten, und wenn sie sich im entscheidenden Augenblick doch nicht sicher genug gefühlt haben, um das Waffenglück zu versuchen, so haben sie doch verraten, daß ihr Hauptziel ist, sich so stark oder Deutschland so schwach zu machen, daß sie nach ihrer Meinung den Sieg in der Tasche haben.

Bei Frankreich ist die Sache noch begreiflich, wenn es seinen Zorn wegen 1870/71 nicht nur über die folgende Nacht, sondern auch über alle weiteren Nächte behalten will, aber in England machen allein die Eifersucht und der Neid auf Deutschland alle Regierungen, die konservativen wie die liberalen, blind gegen alle anderen Vorgänge und die sich vorbereitenden Ereignisse in der Welt. Für diese dunklen Punkte am Horizont haben die Briten keine Augen, und sie verschließen ihre Ohren für die dumpfen Geräusche in Ägypten und in Indien. Ganz Asien scheint in Bewegung geraten zu sein, die Vorgänge in Persien und in Tripolis erregen die gesamte mohammedanische Welt, die Tragweite der Erschütterungen der gelben Rasse vermag niemand zu ermessen. England hat überall am meisten zu verlieren, darum ist es eine kurz-

sichtige Politik ohne Gleichen, wenn man unter solchen Umständen an Kriege in Europa denkt, statt daran zu arbeiten, den gesamten Weltteil zusammenzufassen zum gemeinsamen Schutze der europäischen Kulturinteressen im fernen Osten. Sollten sich die Verhältnisse in den nächsten Jahren weiter verwirren, dann wird England gar nicht eilig genug die 150.000 Mann, die es angeblich zur Unterstützung Frankreichs bereit hielt, nach Ägypten, Bombay oder Hongkong werfen können, wenn es nicht seine Weltstellung einbüßen will. Wenn nicht dabei ein ungeheuerer Verlust für die europäischen Kulturinteressen damit verknüpft wäre, könnte diese kurzsichtige und verderbliche Politik den anderen europäischen Mächten höchst gleichgültig sein, aber niemals mehr als heute ist die Mahnung Kaiser Wilhelms II. am Platze: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!“

Wie bei der bosnischen Annexionskrise hat auch diesmal die englische Ententepolitik das schon halb entblößte Schwert nicht zu ziehen gewagt, aber einige Begleiterscheinungen gaben dem verflossenen Jahre doch noch eine recht beachtenswerte Marke. Es hat gezeigt, daß die Luft voll elektrischer Spannung ist, und daß in jedem Augenblick, ehe wir es uns versahen, an einem schönen Morgen der Krieg da sein kann. Hat nicht Italien die japanische Methode nachgeahmt und nach kaum erlassener Kriegserklärung die Türkei überfallen? Mit großem Behagen hat auch eine englische Zeitung ausgeführt, gleichzeitig mit der Nachricht von der Kriegserklärung würde man in Deutschland auch erfahren, daß die deutsche Flotte zu existieren aufgehört habe. Daß das auch die Absicht der englischen Kriegspolitik ist, kann nicht bezweifelt werden, und man kann sich daneben nur mit der Tatsache trösten, daß bisher Deutschland mit der Mobilisierung und der kriegerischen Offensive immer früher fertig gewesen ist als seine Gegner. Wie die Sachen nach den Vorgängen im letzten Jahre liegen, erscheinen die Aussichten auf den ewigen Frieden, von dem in unseren Tagen der Schiedsgerichte und Friedenskongresse empfindsame Seelen träumen, doch noch recht dürftig zu sein. Auch nach dem geglückten Ausgleich in der früher von beiden Seiten verfahrenen Marokkoangelegenheit ist noch auf allen Seiten so viel Gereiztheit und Zündstoff übriggeblieben, daß den europäischen Staaten die Kriegsmöglichkeiten näher gerückt sind, als es seit Jahren der Fall war. Möge jeder zusehen, wo er dann bleibe, aber für alle gilt die Mahnung: Bestelle dein Haus! Auch die Türkei würde heute nicht Gefahr laufen, Tripolis zu verlieren, wenn zu Zeiten der Serailwirtschaft daran gedacht worden wäre, eine den Machtverhältnissen angemessene schlagfertige Flotte zu schaffen.

Es ist leicht möglich, daß sich aus dem Kriege um Tripolis eine neue Orientierung der europäischen Politik entwickelt. Damit in Verbindung steht auch die seit Jahren ununterbrochener Erörterung unterworfene Dreibundfrage. Herr Cartwright in Wien und Herr Barrère in Rom haben sich stets redlich bemüht ihn zu untergraben und Österreich-Ungarn und Italien von Deutschland loszulösen. Es ist ihnen ebensowenig gelungen wie dem König Eduard VII., denn der Grundgedanke des Dreibundes: die gegenseitige Garantie des jetzigen Besitzstandes, ist zu gesund, er stammt ja auch von Bismarck. Österreich-Ungarn wie Italien würden sich sehr vereinsamt und gefährdet in Europa vorkommen, wenn sie Deutschland, das wohl am meisten gehaßte, vernichten ließen. Vom Standpunkt der Gefühlspolitik aus betrachtet, ist der Dreibund allerdings weder diesseits noch jenseits der Alpen sonderlich beliebt. Daraus läßt sich mit Sicherheit schließen, daß seine Verlängerung, die spätestens in zwei Jahren erfolgen müßte, keine besonderen Kundgebungen unter den drei Völkern hervorrufen würde. Aber nachgerade hat man doch eingesehen, daß er eine politische Notwendigkeit ist, deren man sich unterziehen muß, um Schlimmeres zu vermeiden. Diese Erkenntnis genügt vollkommen für die Dauerhaftigkeit eines Bündnisses, wie eben drei Jahrzehnte Dreibund beweisen. Die schnöde Eigennützigkeit, mit der England das bedrängte Italien um das Gebiet von Solum, Frankreich um einige ihm gelegene Oasen schröpfte, wird ja, wie noch manches Zukünftige, auch die Italiener aufs neue darüber aufklären, daß die minder habgierigen Freunde jenseit der Alpen zu Hause sind.

Die Ereignisse reden eine besondere Sprache. Dem Weltteil Europa ist im verflossenen Jahre der Friede noch bewahrt geblieben, aber durch die ganze Welt ging ein vernehmliches Klirren der Waffen, der „Wille zur Macht“ regte sich allenthalben, und die Staaten, die in der Vergangenheit versäumt haben, ihre Wehr in stand zu setzen, laufen Gefahr, Gebietsverluste zu erleiden, ja selbst ganz zu verschwinden. Die Vorgänge in Tripolis, Persien, China 2c. sprechen deutlich genug. Und dabei und trotzdem bieten die Staaten mehr oder weniger das Bild Zeit und Kraft vergeudender politischer Kämpfe der Parteien und Parlamente. Auch das Jahr 1911 hat abermals das Schauspiel eines auffälligen Rückganges des Parlamentarismus geboten, der immer öfter in den Fragen der einfachsten Staatsnotwendigkeiten hemmend wirkt oder geradezu versagt. Der ernste Politiker muß sich immer wieder die Frage vorlegen, wohin das führen soll, und ob denn die sogenannten parlamentarischen Staatsmänner niemals begreifen lernen werden, daß beim Reiten ihrer Parteisteckenpferde und bei dem ausschließlichen Betonen ihrer Parteikirchturminteressen der Staat leidet und geschwächt wird in Zeiten, in denen sich eine neue Verteilung der großen Weltinteressen sichtbarlich vorbereitet.



Deutsches Reich.

Das erste politische Halbjahr.

Am 18. Januar 1871 ist in das Gebäude des deutschen Einheitsstaates, des langersehnten, wiederholt versuchten, aber erst durch Bismarcks Staatskunst vollendeten Werkes, der Schlußstein eingefügt worden. Vierzig Jahre waren verflossen, seitdem Kaiser Wilhelm I. im Spiegelsaale des Königsschlosses zu Versailles die denkwürdigen Worte sprach: „Uns und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.“ Dieses Gelöbnis ist treu gehalten worden, die gedeihliche Entwicklung Deutschlands gibt davon Zeugnis. Und es ist auch trotz vielfachen Drängens begehrlicher Geister im Innern von diesem Friedensprogramm nicht abgewichen worden, trotzdem hat das Reich auf friedlichem Wege einen beträchtlichen, vielbeneideten Kolonialbesitz hinzugewonnen und ohne die wiederholt geforderte Politik der Kürassierstiefel den Rang der ersten Militärmacht behauptet. Dieser Umstand hat auch im vergangenen Jahre alle Pläne auf einen Angriffskrieg gegen Deutschland abermals zum Scheitern gebracht. Aber die 40 Friedensjahre haben auch dem deutschen Sondergeist Gelegenheit gegeben, die kleinlichen Sorgen und Interessen mit dem den Deutschen nun einmal eigentümlichen Eifer zu pflegen, der keine rechte Freude an der wachsenden Größe des Vaterlandes und keine Befriedigung aufkommen läßt. Gerade zu Ende des vierten Säkulums des Reiches zerfrißt der Klassenkampf das innerpolitische Leben, und eine auf parteipolitischem, unweigerlich zu einer bitteren Enttäuschung führendem Irrtum beruhende Agitation zerstört die vor vier Jahren schon einmal zu stande gekommene Einigung der bürgerlichen Parteien, die allein im stande wäre, den ihnen aufgedrungenen Klassenkampf mit Erfolg zu bestehen.

Aber trotz dieses inneren Elends wurde doch zu Beginn des Jahres des 40jährigen Bestandes des Reiches mit großer Wärme gedacht. Aus allen Schulen klang es „Deutschland, Deutschland, über alles“, die tagenden Parlamente feierten den Tag und in den weitesten Kreisen der Bevölkerung gab man in berechtigtem Nationalstolz herzlicher Freude über das beispiellose Aufsteigen des Deutschen Reiches und Volkes weithin vernehmlichen Ausdruck. Dasselbe geschah auch bei allen Kaisergeburtstagsfeiern am 27. Januar. Von besonderem Eindruck war die Kundgebung des Prinzregenten Luitpold, der dem Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Delbrück und dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter das Großkreuz des Michaelsordens und den Staatssekretären Wermuth und Dr. Lisko die erste Klasse dieses Ordens aus Anlaß des Reichsjubiläums verlieh. Offiziös wurde von bayrischer Seite ausdrücklich dazu bemerkt, die Bedeutung dieser Auszeichnungen ergebe sich daraus, daß der Prinzregent, selbst Zeuge von Deutschlands großer Zeit, des Tages des Deutschen Reiches gedenke, der in Bayern wie im Reiche mit gleicher Freude begangen werde. Der Kaiser war über die Kundgebung des Prinzregenten im höchsten Maße erfreut und ließ ihm durch den preußischen Gesandten in besonderer Audienz danken. An der großen Erinnerungsfeier in München nahmen die Prinzen Ludwig, Rupprecht, Franz und Alfons, die Minister, zahlreiche Generäle und die Vertreter der Bundesstaaten teil. Auch im Ausland wurde des Tages vielfach gedacht, meist mit Betonung der friedlichen Politik des Reiches; die wärmste Teilnahme zeigte man selbstverständlich in Österreich-Ungarn.

Am 11. Januar hatte in Berlin in der Akademie der Künste unter dem Vorsitz des Kultusministers v. Trott zu Solz die konstituierende Versammlung der vom Kaiser aus Anlaß des Universitätsjubiläums ins Leben gerufenen Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften stattgefunden. Es waren etwa 100 Teilnehmer anwesend, die den Satzungsentwurf berieten und zehn Mitglieder in den Senat der Akademie wählten. Zu diesen ernannte der Kaiser 10 weitere Mitglieder, und am 23. Januar fand im Kultusministerium die konstituierende Sitzung des Senats statt, die den Verwaltungsausschuß mit dem Vorsitz des Geh. Rates Professor D. Harnack wählte. Der Kaiser lud die Mitglieder des Senats zum Frühstück in das Schloß.

Anfang Februar wurde bekannt, daß Kaiser Wilhelm mit seiner Gemahlin wieder einen Frühjahrsaufenthalt auf Korfu nehmen werde. Diese Tatsache gab der geschäftigen Presse sofort Anlaß, auch auf einen Besuch in Rom zu raten, und die Jubiläumsfestlichkeiten des Königreiches Italien gaben dafür einen plausiblen Vorwand. Das griff die internationale deutschfeindliche Presse sofort auf, um die Nachricht von einem Besuche beim Vatikan daran zu knüpfen, von der man wußte, daß sie sofort dementiert werden würde. Nun behauptete man wieder, aus schwächlicher Rücksichtnahme auf den Papst unterließe der Kaiser den Besuch in Rom. Das war natürlich alles dummes Zeug und nur für solche Leute, die dergleichen glauben. Gewisse deutsche Blätter, die tagtäglich ihre Erfindung vom „schwarzblauen Block“ aufpäppeln müssen, beteiligten sich eifrig an diesem Preßskandal, der nur geeignet war, die Stimmung in Italien gegen Deutschland aufzuregen und zu verderben. Der anständigeren italienischen Presse wurde schließlich das Geschwätz selbst überdrüssig, und sie protestierte dagegen. Gegen Ende des Monats wurde bekannt, daß Kaiser Wilhelm, bei den engen Beziehungen, die zwischen beiden Höfen bestehen, den Kronprinzen beauftragt habe, auf der Rückkehr aus Indien dem italienischen Königshause die Glückwünsche des deutschen Kaiserpaares zum Jubiläum zu über-

bringen. Das Gerede der deutschfeindlichen und der deutschen Oppositionspresse hörte aber zum Ärger der Italiener trotzdem noch immer nicht auf.

Kaiser Wilhelm fuhr, begleitet von seiner Gemahlin, der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen Joachim am 13. März von Berlin ab und traf am folgenden Vormittag um 10 Uhr 20 Min. auf dem Nordbahnhofe in Wien ein, um dem treuen Freunde und Verbündeten, dem Kaiser Franz Josef, einen Besuch abzustatten. Dieser hatte es sich durchaus nicht nehmen lassen, die lieben Gäste selbst zu empfangen und war auf dem Bahnhofe erschienen. Die Begrüßung war, wie immer, ungemein herzlich, und nach kurzer Zeit setzte der Hofzug, in den Kaiser Franz Josef eingestiegen war, die Fahrt nach der Station Penzing fort. Das zahlreiche Publikum drückte seine Freude in begeisterten Zurufen aus. Auf dem Bahnhofe Penzing fand in einem besonders errichteten Zelte der Empfang durch die Erzherzoge und Erzherzoginnen statt, worauf die Wagenfahrt nach Schloß Schönbrunn unter den enthusiastischen Hochrufen des dichten Menschenspaliers angetreten wurde. Mittags war Familienfrühstück im Maria Theresien-Zimmer. Danach fuhren Prinz Joachim und Prinzessin Viktoria Luise nach Wien und besichtigten die Hofburg, den kaiserlichen Marstall und andere Sehenswürdigkeiten, Kaiser Franz Josef machte mit seinen kaiserlichen Gästen eine Rundfahrt durch den herrlichen Schönbrunner Park. Um 8 Uhr war Hoftafel in der großen Galerie des Schlosses, wobei auf goldenen Tellern gespeist wurde. Toaste wurden nicht gehalten. Zur festgesetzten Stunde begleitete Kaiser Franz Josef seine Gäste zum Bahnhof Hetzendorf, wo nach der herzlichsten Verabschiedung gegen 9 Uhr die Weiterreise des deutschen Kaiserpaares nach Venedig erfolgte. Prinz Joachim kehrte nach Berlin zurück.

Der kaiserliche Hofzug traf am 25. März, $12^1/_2$ Uhr mittags, auf dem Bahnhofe zu Venedig ein, wo kein offizieller Empfang stattfand, aber der Herzog der Abruzzen zur Begrüßung anwesend war. Die Majestäten begaben sich bald auf die „Hohenzollern", wo Kaiser Wilhelm verblieb, während die Kaiserin mit ihrer Tochter nachmittags die Academia delle belle arti besuchte. Abends zur Hoftafel auf der „Hohenzollern" war der Herzog der Abruzzen geladen. Die Bevölkerung hatte die kaiserlichen Gäste mit südlichem Enthusiasmus begrüßt. Am folgenden Tage (Sonntag) war Gottesdienst an Bord, später folgten Besuche und Gondelfahrten. Zu der am 27., nachmittags 3 Uhr, im Dogenpalast abgehaltenen Jubiläumsfeier entsandte der Kaiser sein militärisches Gefolge und die Kommandeure der drei Schiffe seines Geschwaders, er hatte ferner eine große Reihe von Einladungen zum Tee auf der „Hohenzollern" ergehen lassen und verlieh mehrere Ordensauszeichnungen, u. a. den Schwarzen Adlerorden an den Fürsten von Udine. Unter den geladenen Gästen befand sich auch der britische Feldmarschall Viscount Kitchener. Am folgenden Tage, früh $5^1/_2$ Uhr, ging die „Hohenzollern" nach Korfu in See. Um 7 Uhr hatte sich auf der Reede von Fasana auf Befehl des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand das österreichisch-ungarische Geschwader aufgemacht, um den Deutschen Kaiser auf hoher See zu begrüßen. Die Begegnung fand um 10 Uhr statt; bei herrlichem Wetter durchfuhr die kaiserliche Flottille das Geschwader unter gegenseitigem Salut, Hurrarufen und den Klängen der Nationalhymnen, während auch die Forts von Pola Salut feuerten. Das österreichisch-ungarische Geschwader begleitete die Kaiserjacht eine halbe Stunde weit und verabschiedete sich dann unter abermaligem gegenseitigen Salut. Kaiser Wilhelm war ebenso überrascht wie erfreut über die Huldigung des aus 47 Einheiten bestehenden Geschwaders und dankte dem Erzherzog-Thronfolger sofort durch Flaggensignal wie später durch ein Funkentelegramm. Kaiser Wilhelm ist der erste Souverän, dem die österreichisch-ungarische Flotte eine solche Ehrenbezeigung auf hoher See geleistet hat, und zwar auf besondere Veranlassung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Am 29. März zur Mittagsstunde traf das Kaiserpaar in Korfu ein, wurde von den Behörden feierlich empfangen und von der Bevölkerung lebhaft mit Hochrufen und Händeklatschen begrüßt.



Luigi Herzog der Abruzzen.

Mittlerweile hatte der Kronprinz seine asiatische Reise beendet. Er hatte das Neujahr in Agra verbracht und am 2. Januar das Regiment seines Vaters, die Royal Dragoons, in Mattra besichtigt, am 8. Lahore und am 13. von Peschawar aus nochmals den Khaiberpaß besucht, am folgenden Tage bei Abbattabad den Manövern zweier Gurkha-Regimenter beigewohnt und sich dann in Delhi eingehenden historischen Studien gewidmet. Er unternahm von dort aus mit dem Gouverneur und mit nur zwei Begleitern aus seinem Gefolge einen auf eine Woche berechneten Ausflug in das Innere dieses höchst interessanten Teiles von Indien und

traf am 26. in Allahabad ein, wo er die Ausstellung, namentlich die deutsche Abteilung, eingehend besichtigte. Nach einer Fahrt auf dem Ganges bei Benares traf er am 29. in Lucknow ein, wo eine Ruhepause in dem offiziellen Besuche Indiens gemacht werden sollte. Am 2. Februar wohnte er in der Kathedrale der Einweihung eines Denkmals bei, das die Offiziere der Royal-Dragoons verstorbenen Kameraden errichtet haben. Abends erfolgte dann die Abreise nach Kalkutta. Wegen des Überhandnehmens der Cholera in Ostasien war auf Antrag des Reichskanzlers vom Kaiser verfügt worden, daß die Reise für dieses Jahr in Kalkutta ihren Abschluß finden und auf den Besuch von Siam, China und Japan verzichtet werden müsse, was namentlich in Japan, wo die Cholera nur in geringem Umfang aufgetreten war, großes Bedauern erregte. Der Empfang in Kalkutta durch den Vizekönig Hardinge und alle Spitzen der Behörden am 3. Februar war höchst feierlich. Es folgte eine Reihe von Festlichkeiten, die Universität ernannte den Kronprinzen zum Ehrendoktor, die Zeitungen waren voll rühmender Artikel, das Fest der deutschen Kolonie am 11. verlief glänzend. Der Kronprinz machte wiederholte Ausflüge in die interessanten Distrikte Ostbengalens, schoß dabei auch fünf Tiger, die den Viehzüchtern großen Schaden zugefügt hatten, und sprach vor seiner Abreise das Bedauern über das Scheiden sowie seinen Dank für die ihm erwiesene Gastfreundschaft und seine Anerkennung über den Reichtum des Gesehenen aus. Seine Abreise erfolgte am 25. von Bombay an Bord der „Arabia" aus.

Seine Gemahlin hatte sich nach ihrer Rückreise von Ceylon in Ägypten aufgehalten, u. a. zu Neujahr einen Ausflug nach Oberägypten gemacht, und schickte sich gerade an, anfangs Februar nach Neapel abzureisen, als die Nachricht von der Änderung des Reiseplanes ihres Gemahls eintraf, worauf sie beschloß, ihn in Ägypten zu erwarten, wo es ihr ausnehmend gefiel. Der Kronprinz traf am 5. März in Suez ein und wurde am folgenden Tage in Kairo vom Khedive mit großer Feierlichkeit empfangen. Es folgten verschiedene Festlichkeiten und Truppenbesichtigungen, eine Begegnung mit dem in Kairo weilenden belgischen Königspaar und mehrfache Ausflüge nach den althistorischen Stätten. Nach herzlicher Verabschiedung vom Khedive erfolgte am 29. die Abreise von Kairo und dann auf dem Dampfer „Prinzregent Luitpold" die Fahrt nach Korfu. Am 31., nachmittags $3\frac{1}{4}$ Uhr, traf das kronprinzliche Paar dort ein und wurde vom Kaiser und seiner Gemahlin auf das herzlichste empfangen. Beide sahen vortrefflich aus und blieben bis zum 4. April, wo sie auf der „Hohenzollern" nach Brindisi abreisten und nachmittags von dem dort liegenden italienischen Geschwader mit militärischen Ehren empfangen wurden. Die Presse erging sich in sehr sympathisch gehaltenen Begrüßungsartikeln, die Bevölkerung Roms sah dem Besuche mit gespannter Erwartung entgegen. Am 5. traf das kronprinzliche Paar kurz nach 1 Uhr auf dem Bahnhofe in Rom ein und wurde vom König und der Königin in der herzlichsten Weise begrüßt. Während der Fahrt nach dem Quirinal durch die reich beflaggten Straßen wetteiferte die Menschenmenge mit Zurufen und Händeklatschen, die eifrigsten rannten hinter den Wagen her, und vor dem Quirinal nahmen die Evvivarufe kein Ende, bis die deutschen Gäste mit dem Königspaare auf dem Balkon erschienen. Gegen 4 Uhr machte der Kronprinz mit seiner Gemahlin der Königinwitwe Margarita einen einstündigen Besuch und legte dann im Pantheon an den Särgen der Könige Viktor Emanuel II. und Humbert Kränze nieder, die Kronprinzessin Cäcilie besuchte das deutsche Spital. Später fand in der deutschen Botschaft der Empfang der Vertreter der deutschen Kolonie statt und abends war Familientafel im Quirinal.

Am folgenden Tage besichtigte das kronprinzliche Paar unter Führung des Königs Viktor Emanuel und des Professors Brusati eingehend die Ausgrabungen auf dem Forum Romanum und begab sich dann nach der internationalen Kunstausstellung, wo vorzüglich die deutsche Abteilung eingehend gewürdigt wurde. Abends war Galatafel im königlichen Schlosse. In seinem italienischen Toaste sprach König Viktor Emanuel seinen Dank für den Besuch und die Glückwünsche zum Jubiläum aus und führte dann weiter aus, die Ereignisse, welche zur Entstehung der beiden verbündeten Reiche führten, hätten eine politische Lage geschaffen, deren Ausdruck der Dreibund, das wirksamste Mittel zur Erhaltung des Friedens, sei. Der Kronprinz erwiderte in deutscher Sprache, indem er des Telegramms des Kaisers Wilhelm I. an den König Viktor Emanuel II. aus dem Jahre 1875 gedachte, das mit den Worten schloß: „Wir und unsere Söhne müssen immer Freunde bleiben", die seit zehn Jahrhunderten gemeinsame Geschichte Deutschlands und Italiens erinnerte und versicherte, in Deutschland nehmen Kaiser und Volk herzlichen Anteil an dem Gedeihen des verbündeten Italien. Später erfolgte eine Galavorstellung im Constanzitheater. Am 7. war Parade der römischen Garnison, woran sich militärische und gymnastische Übungen einzelner Truppenteile schlossen. Das Ende wurde durch strömenden Regen beeinträchtigt. Nachmittags machte das Königspaar mit seinen Gästen einen Automobilausflug nach dem königlichen Schlosse Castel Porziano, abends fand zu Ehren des kronprinzlichen Paares Diner in der deutschen Botschaft statt. Am folgenden Vormittag nahmen der König und die Königin, der Kronprinz und Gemahlin, Minister, Behörden und zahlreiche Ehrengäste an der feierlichen Eröffnung der archäologischen Ausstellung in den Thermen Diokletians teil, wobei Professor Canciani die Eröffnungsrede hielt. Das Wetter war ungünstig. Trotzdem bereitete die Bevölkerung den kronprinzlichen Gästen, wie bei jedem Erscheinen in diesen Tagen, bei ihrer Fahrt nach dem Bahnhofe, während der sie vom König Viktor Emanuel und der Königin Elena begleitet wurden, die lebhaftesten Ovationen. Nach der herzlichsten Verabschiedung reisten der Kronprinz und die Kronprinzessin um 12 Uhr 40 Min. nach Wien ab. Das Verhalten der Bevölkerung bewies, daß die Hetzereien der radikalen Presse wegen des angeblich

unterbliebenen Kaiserbesuches ohne tiefgehende Wirkung geblieben waren.

Der Kaiser und die Kaiserin blieben den ganzen Monat April auf Korfu, wo die Königinwitwe Alexandra von England, der König sowie der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland zum Besuche eintrafen. In der Karwoche stieß man bei den Ausgrabungen bei Goritza auf interessante Skulpturreste eines antiken Tempels, wofür sich namentlich Kaiser Wilhelm lebhaft interessierte. Am 24. traf das österreichisch-ungarische Geschwader unter Konteradmiral v. Kunsti auf seiner Übungsfahrt im Hafen von Korfu ein, der Kaiser besichtigte das Linienschiff „Erzherzog Franz Ferdinand“ eingehend, sandte dem Kaiser Franz Josef ein Telegramm voller Anerkennung, lud eine große Anzahl von Offizieren zum Tee und verlieh mehrere Ordensauszeichnungen. Nach herzlicher Verabschiedung von der griechischen Königsfamilie begab sich Kaiser Wilhelm mit Gemahlin und Tochter am 1. Mai an Bord der „Hohenzollern“, die um 1 Uhr nach Genua in See ging und dort am 3., nachmittags um 2 Uhr, eintraf. Die Spitzen der Behörden, der deutsche Botschafter v. Jagow, der deutsche Generalkonsul v. Herff, die deutsche Kolonie und die deutsche Schule bereiteten dem Kaiserpaar einen enthusiastischen Empfang und die Bevölkerung brach in enthusiastische Zurufe aus. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise, die eine Automobilfahrt durch die Stadt machten, wurden auch dabei lebhaft begrüßt. Später wurde die Reise auf der Simplonbahn nach Karlsruhe fortgesetzt, wo die Ankunft am 4., vormittags ½11 Uhr, erfolgte. Der Empfang war sehr feierlich, wie immer. Es handelte sich um einen Familienbesuch. Der Reichskanzler traf am 5. zum Vortrag ein, abends reiste die Kaiserin mit ihrer Tochter nach Potsdam ab. Am folgenden Vormittag begab sich Kaiser Wilhelm mit dem Großherzog und der Großherzogin von Baden sowie dem Reichskanzler zur Enthüllung des Denkmals Kaiser Wilhelms I. nach Straßburg.

Dort herrschte frohes Treiben, besonders stark war der Zuzug vom Lande. Auf Anordnung des Kaisers war, außer dem Festplatze, die übliche militärische Absperrung unterblieben. Die Ankunft des Kaisers erfolgte unter Festgeläute. An der Kaiser Friedrich-Straße verließ er das Automobil, schritt die Aufstellung der Kriegervereine ab und begab sich zum Kaiserzelt. Die Festrede hielt Geheimrat Dr. Wiegand, und auf ein Zeichen des Kaisers fiel die Hülle von dem Denkmal, einem Werke Professor Manzels, das den alten Kaiser Wilhelm in einfach schöner Haltung darstellt. Nach Beendigung der Feier ging der Kaiser durch das Spalier der ihm zujubelnden Schulkinder zu Fuß nach dem Kaiserpalast. Nachmittags besuchte er die Handwerkskammer, wo er sich in das Goldene Buch einzeichnete und der Ausstellung wie den einzelnen Betrieben großes Interesse widmete; er machte sodann einen Spaziergang. Am nächsten Tage (Sonntag) fuhren der Kaiser, der Herzog von Sachsen-Koburg mit Gemahlin, Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Statthalter Graf Wedel, der Fürst Egon v. Fürstenberg u. a. nachmittags 1 Uhr mittels Automobils nach der Hochkönigsburg und kehrten gegen 7 Uhr zurück. Am 8. nahm Kaiser Wilhelm vormittags den Vorbeimarsch der Garnison ab, und dann, geführt vom Rektor, den Vorbeimarsch der Universität, über 2000 Studenten. Es hatte nämlich bei der Denkmalsenthüllung einen Konflikt mit dem kommandierenden General gegeben, der der Studentenschaft aus militärischen Gründen einen ungünstigeren Platz zuweisen wollte, als anfänglich beabsichtigt war. Daraufhin waren die Studenten abgezogen. Der jetzige Vorbeimarsch sollte nun jener Handlung jede unpatriotische Auslegung benehmen. Der Kaiser nahm die Huldigung freundlich entgegen und sprach in seiner Erwiderung auf die Ansprache des Vertreters der Studentenschaft die Hoffnung aus, daß sie alle künftig im öffentlichen Leben stets das Wohl des Vaterlandes über die Partei stellen möchten. Er reiste um 1 Uhr 15 Min. unter Glockengeläute und lebhaften Kundgebungen des Publikums nach Metz ab. Die Reise erfolgte im Automobil, und der Kaiser wurde überall auf das herzlichste begrüßt, ebenso bei seiner Ankunft in Metz. Der Besuch galt im wesentlichen einer militärischen Übung, die schon abends begann und erst am 9. vormittags endete. Der Kaiser hatte sich schon sehr früh in das Manövergelände begeben und nahm dann am Frühstück im Offizierskasino seines Regiments (6. Lothring. Nr. 145) teil. Der Feste Orny verlieh er den Namen „Feste Luitpold“, in Erinnerung an die Beteiligung des Prinzregenten von Bayern an großen Feldzuge von 1870/71, und teilte ihm dies auch sofort telegraphisch mit, worauf Prinz Luitpold seinen Dank depeschierte. Abends reiste Kaiser Wilhelm nach Wiesbaden, wo wie alljährlich Festaufführungen im Hoftheater stattfanden.

Am 13. Mai begab sich der Kaiser nach London zur Enthüllung des Denkmals der Königin Viktoria, und zwar in Begleitung seiner Gemahlin und der Prinzessin Viktoria Luise, die, beide von Potsdam kommend, mit ihm in Wesel zusammentrafen. Es wurde ausdrücklich bekanntgegeben, daß es sich um einen Familienbesuch ohne jeden politischen Charakter handle. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ traf am 14. nachmittags in Scheerneß ein und war von einer Division britischer Torpedozerstörer eingeholt worden. Die Eisenbahnfahrt nach London wurde am nächsten Vormittag angetreten. Am Viktoriabahnhof erwarteten König Georg, seine Gemahlin und sämtliche englische Prinzen und Prinzessinnen das Kaiserpaar und geleiteten es nach überaus herzlicher Begrüßung unter lauten Zurufen großer Menschenmengen nach dem Buckinghampalast, wo Familienfrühstück stattfand, worauf König Georg eine Deputation des preußischen 1. Gardedragonerregiments Königin Viktoria empfing, die sich ganz besonderer Begrüßung der Bevölkerung zu erfreuen hatte. Nachmittags fuhr das Kaiserpaar zum Tee bei der Königinwitwe Alexandra, abends war Familiendiner im Buckinghampalast. Am Dienstag erfolgte die feierliche Übergabe des Königin Viktoria-Denkmals vor dem Buckinghampalast. Eine eigentliche Enthüllung war es nicht, da das Denkmal schon seit einiger Zeit in seinen Hauptteilen den

Blicken des Publikums freigegeben war, sondern mehr eine feierliche Weihe mit vorwiegend religiösem Charakter. Anwesend waren u. a. die Premierminister der britischen Kolonien, das diplomatische Korps, zahlreiche Deputationen britischer Regimenter aus allen Teilen des Reiches, die Mitglieder des Ober- und Unterhauses ꝛc. Auf die Ansprache des Obmannes des Denkmalkomitees Viskount Esher hielt König Georg eine Rede, in der er des Königs Eduard, der Königin Viktoria und ihres ältesten Enkels, des Kaisers Wilhelm, gedachte. Die gottesdienstliche Feier eröffnete und schloß der Erzbischof von Canterbury. Die Enthüllung der das Denkmal krönenden Statue der Königin Viktoria erfolgte unter präsentiertem Gewehr der Truppen und Kanonendonner. Nach dem Vorbeimarsch der Truppen des Londoner Distrikts legten u. a. Kaiser Wilhelm und die Deputation des erwähnten preußischen Regiments Lorbeerkränze am Fuße des Denkmals nieder.

Nachmittags und an den folgenden Tagen nahm das Kaiserpaar an verschiedenen Festlichkeiten am Hofe wie in privaten Häusern teil, so abends an der Festtafel im Buckinghampalast, am 16. an dem Gartenfest in der Villa der Lady Landesborough, am 17. am Frühstück in der deutschen Botschaft, abends an der Galavorstellung im Drury Lane-Theater, das überaus geschmackvoll dekoriert war. Auf dem Programm stand auch der „Sang an Ägir“, gegeben wurde Lord Lyttons Schauspiel „Money“. Die übrige Zeit wurde in der königlichen Familie, mit Besuchen und Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten ꝛc. verbracht, wobei dem Kaiser Wilhelm, der die berühmten Gartenanlagen von Kew zu ungewohnter Stunde besuchen wollte, von einem Aufseher der Zutritt verweigert wurde, bis ein Oberaufseher erschien, der den Monarchen kannte. Am 18. begaben sich beide Monarchen mit ihren Gemahlinnen nach Windsor, wo Kaiser Wilhelm im Frogmore-Mausoleum einen Kranz am Sarge der Königin Viktoria niederlegte. Die Kaiserin hatte vormittags das deutsche Waisenhaus und Kinderspital in Dalston besucht, abends fand bei Lord Landsdowne Diner und darauf ein Ball zu Ehren der Prinzessin Viktoria Luise statt. Am folgenden Tage fuhren die kaiserliche und königliche Familie im offenen Wagen nach Kensington zu den See- und Kriegsspielen in Olympia. Abends war zu Ehren des Kaiserpaares Staatsball im Buckinghampalast. Am 20. geleitete die gesamte königliche Familie ihre deutschen Gäste zum Viktoriabahnhofe, von wo nach der herzlichsten Verabschiedung die Abreise des Kaiserpaares erfolgte. Obwohl der nichtpolitische Charakter des Besuches in London streng gewahrt wurde, bewies doch das Verhalten der Bevölkerung wie auch der Presse, daß Kaiser Wilhelm und seine Gemahlin, so nun auch die Prinzessin Viktoria Luise, in London, abgesehen von allen politischen An- und Rücksichten, sehr volkstümliche Persönlichkeiten sind.

Auf der Rückreise traf das Kaiserpaar mit der Prinzessin Viktoria Luise am 22. Mai nachmittags in Köln zur Eröffnung der neuen Rheinbrücke und Enthüllung des Denkmals des Kaisers Friedrich ein, das an der Brückenrampe Aufstellung gefunden hat. Die Stadt hatte sich in ein prächtiges Festgewand geworfen, und die Bevölkerung begrüßte das Kaiserpaar auf der Fahrt nach dem Festplatze mit stürmischem Jubel. Die Feier leitete eine Rede des Eisenbahnministers v. Breitenbach ein, der betonte, daß der neue stattliche Brückenbau die Bedürfnisse und das Können der Zeit widerspiegelt. Unter den Klängen der Nationalhymne und dem Donner der Geschütze fiel die Hülle des Denkmals, eines Werkes des Professors Tuaillon. Nach der Feier setzten sich die kaiserlichen Automobile unter dem Jubel der Menschenmenge über die Brücke nach Deutz in Bewegung und trafen nach einer längeren Fahrt durch die Stadt im Gürzenich ein, wo die Stadt ein ihrer würdiges Festmahl veranstaltet hatte. In seiner Antwort auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Wallraf hob der Kaiser hervor, daß er auf Veranlassung seines Vaters schon früh Gelegenheit gefunden habe, rheinisches Wesen und insbesondere das Aufstreben der zweitausendjährigen Stadt Köln verstehen zu lernen. „Möge die Bürgerschaft allezeit Ernst und Fleiß mit Frohsinn und Lebenslust paaren und die Treue gegen Gott, gegen den König und das Vaterland als unveräußerliches Gut auf späte Geschlechter vererben!“ Nach dem Festmahl folgte auf dem Dampfer „Kronprinzessin Cäcilie“ eine Rheinfahrt. Die Stadt war bis in die entferntesten Teile glänzend beleuchtet, die Ufer, die Brücken, der Dom erstrahlten in einem Meere von Licht, Scheinwerfer strahlten, Raketen stiegen auf, ein Regen von Feuerwerkskörpern ergoß sich und von der neuen Rheinbrücke floß ein Feuerwasserfall hernieder. Musik, Jubel- und Hurrarufen auf allen Seiten. — Um 11 Uhr reiste der Kaiser nach herzlicher Verabschiedung von den Spitzen der Behörden nach Potsdam ab.

Inzwischen hatte der Kronprinz einen Besuch am russischen Hofe in Petersburg gemacht. Er war vom Kaiser Nikolaus eingeladen worden, auf seiner Rückreise von Ostasien in Petersburg Aufenthalt zu nehmen. Wegen des Abbruchs der Reise war die Fahrt auf der sibirischen Bahn weggefallen, und der Kronprinz erhielt nun den Auftrag, Mitte Mai mit seiner Gemahlin nach Petersburg zu reisen und zum Geburtstage des Zaren die Glückwünsche des Kaisers Wilhelm zu überbringen. Die russische Presse legte dieser neuen Betonung des innigen Verhältnisses zwischen den Höfen von Berlin und Petersburg eine besondere politische Bedeutung bei, auch die deutschen Blätter äußerten sich in ähnlichem Sinne. Das Kronprinzenpaar traf am 17. Mai, nachmittags 4½ Uhr, im Zarskoje-Selo ein, wurde vom Kaiserpaar feierlich empfangen und nach dem Palais geleitet. Die Großfürsten und Großfürstinnen waren zum Empfang erschienen, die Garnison bildete Spalier, hinter dem eine zahlreiche Menschenmenge die Gäste mit lebhaften Kundgebungen begrüßte. Abends war Galadiner im Palais. Am folgenden Tage fuhr der Kronprinz mit seiner Gemahlin nach Petersburg, wo auf dem Bahnhofe großer militärischer Empfang stattfand. Nach russischem Gebrauche bot der Bürgermeister mit einer Ansprache Brot und Salz auf silberner Schüssel und überreichte der

Kronprinzessin einen Blumenstrauß. Sie fuhren zur Kaisergruft, wo der Kronprinz am Sarge Kaiser Alexanders III., seine Gemahlin an den Särgen ihrer Großeltern Kränze niederlegten, und begaben sich dann zum Frühstück bei der Kaiserinwitwe Alexandra in das Anitschkowpalais. Hierauf machte der Kronprinz Besuche, seine Gemahlin begab sich nach dem deutschen Alexanderhospital. Im Winterpalais überreichte dann der Hofminister Baron Fredericks als Präsident der russischen kaiserlichen Automobilgesellschaft dem Kronprinzen das Diplom als Ehrenmitglied und der deutsche Botschafter Graf Pourtalès stellte die Spitzen der deutschen Kolonie vor. Abends fand in der deutschen Botschaft ein Diner statt, dem sich ein Konzert anschloß.

Am 19. nahmen der Kronprinz und Gemahlin am Gottesdienst zum Geburtage des Kaisers Nikolaus in Zarskoje-Selo teil, darauf fand ein großes Frühstück zu 500 Gedecken statt, bei dem der Kaiser einen Toast auf das kronprinzliche Paar ausbrachte. Abends war Familiendiner, nach dem das Balalaika-Orchester Andrejew ein Konzert gab. Ursprünglich hatte zu Ehren des Kronprinzen eine Galavorstellung im kleinen chinesischen Theater in Zarskoje-Selo stattfinden sollen, aber wegen der Hoftrauer für den Fürsten von Schaumburg-Lippe wurde davon abgesehen. Am Samstag, dem letzten Tage des Aufenthaltes des Kronprinzenpaares war Parade über die in Zarskoje-Selo und Umgebung liegenden Garderegimenter. Der Zar trug das Band des Schwarzen Adler-Ordens, der Kronprinz die Uniform seines (kleinruss.) 14. Dragonerregiments mit dem Bande des Andreasordens. Die Truppen defilierten zweimal, zum Schlusse führte die Leibwache des Zaren eine Dschigitowka aus. Von dem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt, begaben sich das Kaiserpaar mit dem Kronprinzen und seiner Gemahlin nach dem Alexanderpalais. Nachmittags unternahm das kronprinzliche Paar mit dem Kaiser Nikolaus und der Großfürstin Tatjana eine Automobilfahrt nach Krasnoje-Selo und Peterhof und reisten abends um 7 Uhr ab. Kaiser Nikolaus und Familie begleiteten sie zum Bahnhof und nahmen herzlich verwandtschaftlichen Abschied. Der Kronprinz begab sich nach Kalisch zur Besichtigung seines russischen Regiments. Die Ankunft erfolgte Montag früh; es fand großer militärischer Empfang statt, das ganze 14. Dragonerregiment war am Bahnhofe aufgestellt. Nach der Parade verweilte der Kronprinz längere Zeit im Offizierskorps des Regiments, das bekanntlich mit den preußischen Offizieren der Garnison Ostrowo seit Jahren freundschaftliche Beziehungen pflegt. Abends reiste der Kronprinz mit Gemahlin unter den Hurrarufen des längs der Bahn aufgestellten Regiments nach Oels ab. Der Besuch des Kronprinzen am Zarenhofe hatte namentlich in Frankreich Aufsehen erregt, da man eine Schwächung des französisch-russischen Bündnisses davon befürchtete.

Am 1. Juni war auf dem Tempelhofer Felde die übliche Frühjahrsparade der Berliner Garnison, der brasilianische und argentinische Offiziere sowie der samoanische Häuptling Tamasese — in Landestracht: barhäuptig in weißem Gewande mit Blumengewinden um Brust und Schultern — beiwohnten. Er beobachtete das militärische Schauspiel mit großer Teilnahme und wurde später im Schlosse vom Kaiser Wilhelm empfangen, dem er ein heimisches Geschenk: künstlich geflochtene Matten überreichte. Am 100. Todestage der Königin Luise, am 7. Juni, machte das Kaiserpaar dem großherzoglichen Hofe in Neustrelitz einen Besuch. Seit Großherzog Adolf Friedrich die Regierung angetreten hat, ist die unter seinem Vater gepflegte Preußenfeindschaft verschwunden, und der Geist der Reichstreue durchzog auch alle Vorgänge an diesem Tage des Kaiserbesuches. Die Bevölkerung gab ihrer Freude durch stürmische Hochrufe ununterbrochen Ausdruck, das großherzogliche Paar mit dem Erbgroßherzog, dem Hofe und den Spitzen der Behörden waren am Bahnhofe zum Empfang erschienen, der vollster Freundschaft war. Auf der Fahrt nach dem Schlosse begrüßten unter einem Kaiserbaldachin Ehrenjungfrauen das Kaiserpaar mit einem Gedicht und Blumen und Bürgermeister Dr. Wohlfahrt gelobte in seiner Ansprache im Namen aller Mecklenburger Treue zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland. Kaiser Wilhelm betonte in seiner Erwiderung, daß das urdeutsche kräftige Volk die Königin Luise gleich dem preußischen Volke wie eine Heilige verehre, und dankte der Bürgerschaft für die herrliche Ausschmückung der Stadt. Um 1 Uhr fand im Schlosse Galatafel statt. Großherzog Adolf Friedrich sprach in einem kurzen Toast seinen Dank dafür aus, daß der Kaiser die Bande der Freundschaft, die seit der Königin Luise zwischen den verwandten Häusern bestehen, auch auf ihn übertragen habe, und versicherte, die Mecklenburger würden unter ihrem Großherzog immer treu zu Kaiser und Reich stehen. Kaiser Wilhelm hob in seiner Erwiderung vor allem das Gedächtnis der Königin Luise hervor, des „guten Genius des deutschen Volkes", von der auch die guten Beziehungen zwischen den verwandten beiden Häusern stammen, und erwähnte der Großherzogin-Witwe Auguste Karoline (die sehr preußenfeindlich war) gegenüber die schönen Eindrücke, die er bei seinem letzten Besuche in London von ihrem Großneffen und ihrer Großnichte (dem König Georg und der Königin Viktoria) empfangen habe. Nach der Tafel fuhren die Fürstlichkeiten nach Schloß Hohenzieritz, wo sie das Sterbezimmer der Königin Luise besuchten. Kaiser Wilhelm zeichnete darauf an der historischen Tür, an der die Maße vieler hervorragender Persönlichkeiten verzeichnet sind, sein Körpermaß ein. Nach einer Automobilfahrt durch den Park wurde die Rückfahrt nach Neustrelitz angetreten, wo im Schlosse der Tee eingenommen wurde. Die Abreise des Kaiserpaares nach Berlin erfolgte um 6 Uhr mit der gleichen Feierlichkeit und Herzlichkeit wie die Ankunft und unter ungeheurer Teilnahme der Bevölkerung.

Am 17. Juni traf der Kaiser von Hannover über Celle im Automobil in Hamburg ein, das reichen Flaggenschmuck angelegt hatte, und begab sich nach dem offiziellen Empfang durch den Bürgermeister Predöhl unter den stürmischen Be-

grüßungen der Bevölkerung nach dem Hafen auf die „Hohenzollern". Am folgenden Tage besuchte er mit der Prinzessin Viktoria Luise und mit Prinz und Prinzessin August Wilhelm das große Rennen bei Horn. An den beiden folgenden Tagen fanden die jährlichen Segelregatten auf der unteren Elbe statt, an denen der Kaiser lebhaft teilnahm. Vor der Abfahrt dahin hatte er dem Hagenbeckschen Tierpark in Stellingen abermals einen Besuch abgestattet und unter Führung des Bürgermeisters Predöhl den neuen Elbetunnel besichtigt. Bei der Regatta am 20. Juni ging die Jacht „Meteor" mit dem Kaiser an Bord als erste durch das Ziel und gewann den prachtvollen goldenen Staatspreis der Stadt Hamburg. Am 21. begab sich Kaiser Wilhelm auf der „Hohenzollern" durch den Kaiser Wilhelms-Kanal nach Kiel, wo u. a. ein amerikanisches Geschwader unter Konteradmiral Badger eingetroffen war. Es bestand aus den Linienschiffen „Louisiana", „South-Carolina", New-Hampshire" und „Kansas". Bei der Ankunft des Kaisers feuerte die gesamte Flotte und das amerikanische Geschwader Salut. Nach den Meldungen der diensttuenden Admirale empfing Kaiser Wilhelm auf der „Hohenzollern" den nordamerikanischen Botschafter Hill, der den Admiral Badger und die vier Linienschiffskommandanten vorstellte. Sie wurden abends zur Tafel geladen. Da auch das 1. Geschwader von Wilhelmshafen in Kiel eingetroffen war, so hatten die Amerikaner Gelegenheit, die ganze Hochseeflotte in Augenschein zu nehmen, um so mehr, da sie bis zum 29. blieben. Am 23. fand beim Chef der Marinestation der Ostsee, Admiral Schröder, große Tafel statt, abends veranstalteten die Deckoffiziere und Unteroffiziere der Hochseeflotte für ihre amerikanischen Kameraden ein Gartenfest, das etwa 700 Seeleute vereinigte. Am 24. nahm Kaiser Wilhelm an Bord der „Louisiana" an einem Frühstück teil und besichtigte nachher das Schiff mit großem Interesse. Er wechselte aus diesem Anlaß mit dem Präsidenten Taft sehr freundschaftliche Telegramme.

Gegen Abend traf Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ein und nahm auf der „Hohenzollern" Wohnung. Die Stadt Kiel gab nachmittags den amerikanischen Mannschaften ein Fest. Sonntag den 25. begann nachmittags die große Wettfahrt des Norddeutschen Regattavereines, bei der der „Meteor", mit dem Kaiser und dem Reichskanzler an Bord, wieder als Erster durchs Ziel ging. Der Amerikaner Pierpont Morgan traf mit seiner Jacht zur Teilnahme an den Regatten ein. Er widmete dem Kaiser einen vor kurzem erworbenen Brief Luthers an Kaiser Karl V., der für das Luthermuseum in Wittenberg bestimmt wurde. Kaiser Wilhelm verlieh Pierpont Morgan den Roten Adler-Orden 1. Klasse und zog ihn zur Tafel. An den nächsten Tagen nahmen der Kaiser auf dem „Meteor" und die Kaiserin auf der „Iduna" an den Jachtwettfahrten teil. Am 29. empfing Kaiser Wilhelm das Komitee der türkischen Studiengesellschaft unter Führung von Dr. Jaeckh-Heilbronn und unterhielt sich längere Zeit mit den Herren. Diese türkische Studiengesellschaft hatte bereits Berlin, wo ihr der Reichskanzler am 20. einen großen Empfang gegeben hatte, Potsdam und das Ansiedlungsgebiet in Posen besichtigt, und weilte jetzt in Kiel, um nun ihre Studienreise nach Hamburg, Bremen und den westlichen Industriebezirken fortzusetzen. Sie wurde überall mit großer Auszeichnung aufgenommen. Der in Kiel anwesende amerikanische Botschafter Dr. David Hill war hier zum letztenmal offiziell tätig, da er bereits in der ersten Hälfte des Monats April sein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte. Daran hatte sich wieder, wie seinerzeit bei seinem Antritt, allerlei Zeitungsklatsch gehängt und alten wieder aufgewärmt. Tatsache ist, daß Präsident Taft um die Osterzeit verschiedene Verschiebungen im diplomatischen Dienste der Vereinigten Staaten vorgenommen hatte, um die letzten aus Roosevelts Zeiten stammenden, durch ihm ergebene Männer zu ersetzen. Dr. Hill hatte diesen Umstand benutzt, um sein schon beim Präsidentenwechsel eingereichtes Abschiedsgesuch zu wiederholen. Seine Stellung in Berlin war für ihn, als Gelehrten, durchaus angenehm und für sein Heimatland sehr erfolgreich gewesen.

Der Kronprinz mit Gemahlin, sowie Prinz Heinrich und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, die Schwester des Kaisers, weilten zu dieser Zeit zum Besuche der königlichen Familie mehrere Wochen in London. Der Kronprinz war für den 1. Oktober zum Kommandeur des 1. Leibhusarenregiments in Danzig-Langfuhr ernannt worden und sollte zu dem genannten Zeitpunkte dahin übersiedeln. Ein erfindsamer, aber in der Hohenzollerngeschichte wenig bewanderter Kopf hatte daraus eine Art Verbannung, Eifersucht des Kaiserpaares gegen Sohn und Schwiegertochter u. dgl., zu machen versucht und damit Beifall und Erweiterungen aller Art und Unart in der sogenannten gesinnungstüchtigen Presse gefunden. Das Gerede darüber wurde in den verschiedensten Formen im Verlaufe des Jahres gelegentlich immer wieder aufgegriffen und bei der Neigung zum Klatsch in Deutschland auch vielfach geglaubt. Es ist aber seit längerer Zeit im Hohenzollernhause üblich, daß der Thronfolger auch ein Kommando in einer größeren Provinzstadt erhält. So war u. a. Kaiser Wilhelm I. als Prinz von Preußen mehrere Jahre Gouverneur der Rheinprovinz, Kaiser Friedrich als Kronprinz längere Zeit Regimentskommandeur in Breslau. Das ist freilich alles schon lange her und bei den meisten vergessen. Da Kaiser Wilhelm II. nur 99 Tage Kronprinz gewesen ist und darum an Berlin gefesselt blieb, ist er nicht auswärts militärisch tätig gewesen. So liegen die Dinge, die nicht die geringste Handhabe für obigen Klatsch bieten.

Die Reichstagssession.

Der Reichstag hatte die letzte Session vor den Neuwahlen zu erledigen, und dieser Gedanke beherrschte alle Sitzungen, wer noch eine Wahlrede auf dem Herzen hatte, benutzte die erste Gelegenheit, um sie los zu werden. Das Bedürfnis war selbstverständlich am stärksten bei der ohnehin rede-

festeren Linken, und jetzt arbeitete sie schon das zweite Jahr daran, den von ihr erfundenen und durch ihre Taktik immer wieder zur Erscheinung gebrachten, in Wirklichkeit aber nicht bestehenden „blauschwarzen Block" zu stürzen. Das Resultat davon war im allgemeinen die trostlose Langeweile in den Verhandlungen im Plenum, die ja längst den Charakter einer parlamentarischen Verhandlung verloren haben und nur zum Wahlredentheater für die Öffentlichkeit geworden sind. Eine wirkliche Aussprache, eine sachliche Beratung, bei der in Rede und Gegenrede die einigende Formel gefunden werden soll, kommt nur noch in den Kommissionen vor, im Plenum folgt nach nur oberflächlich zur Sache gehörigen, für die Wirkung auf die Wähler sorgfältig ausgearbeiteten Reden die Abstimmung, die längst in den Fraktionen festgelegt ist und durch die Reden gar nicht mehr beeinflußt wird. Die mit aller Kunst scheinbar an den Beratungsgegenstand angeknüpften Wahlreden sind natürlich ungerechtfertigt lang, und darum wirkt der Schlußantrag in den meisten Fällen geradezu wie eine erlösende Tat für alle, mit Ausnahme der eben um eine Rede gebrachten Fraktion. Die Folge dieses parlamentarischen Redemißbrauches war eine ganze Reihe von Dauersitzungen, die schon vor der Osterpause beträchtlich war. Aber trotz dieser Qual, die bei einem gesunden Parlamentarismus gar nicht vorzukommen brauchte, war der Reichstag fleißig fast über Erwarten, denn die Parteien, über denen alle Augenblicke die Flammen des erbitterten Wahlkampfes aufloderten, waren darin eines Sinnes, daß sie vor den Augen der Wähler arbeiten mußten, wenn sie nicht deren Gunst verscherzen wollten. Der Reichskanzler hatte also ganz recht gehabt, als er nach Übernahme des Amtes in der Thronrede versicherte, die Parteien würden schon arbeiten, die Notwendigkeit der Arbeit würde sie dazu zwingen. Daß die Arbeit im Plenum bloß Schein, bloß ein Schaustück für die Wähler war, ändert an der Sache nichts.

Der Reichstag nahm seine Sitzungen am 10. Januar wieder auf, machte vom 4. April bis zum 2. Mai Osterpause und beendete seine Beratungen schon vor Pfingsten, am 30. Mai. Daß die Budgetberatung bis zum 1. April nicht zu Ende gebracht wurde, kann bei der Art der Verhandlungen kein Wundern hervorrufen. Die Parlamente sind ja, im Gegensatz zu anderen staatlichen Korporationen, unverantwortlich und brauchen es mit Zeit und Termin nicht so genau zu nehmen. Eine viel geringere Vernachlässigung auf Seite der Regierung oder der Behörden strafen sie dagegen mit scharfen Reden und, wenn sie können, mit mehr. Wenn trotz dieser Zustände der Reichstag für diese Session eine gute Fleißzensur verdient, so gilt diese Anerkennung ausschließlich den Kommissionen, in denen Leute arbeiten, die sich um das Reich wohl verdient gemacht haben, im Gegensatz zu manchen anderen, die bloß für ihr Parteimandat samt Diäten reden. Bei der Leitung der Verhandlungen zeigte sich, daß das Präsidium in dem nach der auffälligen Amtsniederlegung des Prinzen Hohenlohe-Langenburg gewählten zweiten Vizepräsidenten Abg. Schultz eine besonders tüchtige Kraft gewonnen hatte. In den 62 Sitzungen vor Ostern waren neben der nicht vollendeten Budgetberatung nur die Heeresvorlage, die Zuwachssteuer, die Reichsbesteuerung, der Patentausführungszwang, die Tagesgelder und Umzugsgebühren der Kolonialbeamten, der Schutz des Banknotenpapieres und einige noch kleinere Vorlagen erledigt worden. Nach der Osterpause kamen noch hinzu die Novelle zum Zündwarengesetz und zwei große und bedeutsame Vorlagen: die Verfassung für Elsaß-Lothringen und die Reichsversicherungsordnung, die der Reichskanzler über alle Klippen und Gefahren glücklich hinübergesteuert hat. Die Befriedigung der Parteien darüber war freilich weniger allgemein, und die Verfassung für die Reichslande konnte wegen der Einführung des allgemeinen Stimmrechtes für den Landtag nur mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchgesetzt werden, die aber, weil sie davon Parteivorteile erhoffen, diesmal positiv mitwirkten. Die Vollendung beider Gesetze, die mangelhaft sein mögen wie alles, ist indessen von hohem Werte, weil sie längst als unerträglich erkannten Zuständen ein Ende machten. Darum drückte auch der Kaiser beim Sessionsschlusse dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, dem Staatssekretär Dr. Delbrück und ihren Mitarbeitern seine besondere Befriedigung aus und verlieh ersterem sein Porträt.

Größeres Interesse nahmen die Beratungen über die Verfassung für Elsaß-Lothringen in Anspruch. Herr v. Bethmann Hollweg griff erst am dritten Tage (28. Januar) der ersten Lesung in die Beratung ein und führte aus, daß die Verhältnisse in den Reichslanden keineswegs ideal seien, die angeregte Einverleibung in Preußen jetzt aber keinesfalls mehr durchführbar sei. Er halte es für nötig, mehr als bisher die politische, die kulturelle und wirtschaftliche Schwerkraft Deutschlands als Anziehungskraft wirken zu lassen, jedoch dabei den deutschfeindlichen Elementen nachdrücklich die Hand des Gesetzes fühlen zu lassen. Die ganze Bevölkerung sei aber nicht für die Ausschreitungen einzelner verantwortlich zu machen. Die allmählich verwirklichte Selbständigkeit Elsaß-Lothringens würde die Reichslande fester an das Reich knüpfen. Daß der Entwurf noch nicht die volle Selbständigkeit und keine Vertretung im Bundesrate gewähre, liege an dem historischen Werdegang, das allgemeine Wahlrecht sei dagegen in den Reichslanden eine bodenständige Einrichtung, und man könne nicht ein beliebig anderes Wahlrecht dorthin verpflanzen. Daraus sei indessen keine Forderung für Preußen abzuleiten, das seine eigene Geschichte habe. Er hoffe, daß der Zuwachs an Macht und Stärke, den Elsaß-Lothringen jetzt erfahren werde, auch dem Reiche zu gute kommen möge. Die Vorlage ging an eine Kommission von 28 Mitgliedern, die bald auf Antrag des Zentrums den Reichslanden drei Bundesstimmen zuerkennen wollte, auch sollten sie förmlich zum Bundesstaat erhoben werden. Um die Vorlage nicht scheitern zu lassen, waren vom Reichskanzler zwar alle die Stellung des Kaisers schmälernden Zusätze strikt abgelehnt, aber ein verklausuliertes Zugeständnis von drei Bundesratsstimmen für Elsaß-Lothringen gemacht worden, in denen preußische Abgeordnete, namentlich die Kon-

servativen, eine Verletzung der Ehre Preußens erblickten. So kam der abgeänderte Entwurf am 23. Mai zur zweiten Lesung. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ergriff zweimal das Wort zur Begründung der Notwendigkeit, die reichsländischen Verfassungsverhältnisse weiterzuführen. „Hätte ich an den Bundesratsstimmen die Vorlage scheitern lassen, dann hätte ich kleinlich gehandelt, dann wäre ich von der deutschnationalen Tradition Preußens abgewichen..... Die Zukunft wird lehren, ob diejenigen, die stillstehen bleiben wollen, oder die, die vorwärtsgehen, recht haben." Die Opfer seien ihm auch nicht leicht geworden, sie bedeuten aber keine ernstliche Schädigung des Einflusses Preußens, und ihm liege die Ehre und das Ansehen Preußens genau so am Herzen wie irgend einem anderen. — Der entscheidende Paragraph



Mulay Hafid, Sultan von Marokko.

mit den Bundesratsstimmen wurde mit 200 gegen 112 Stimmen angenommen.

Am 31. März hat der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg bei der Beratung des Etats des Reichskanzleramtes eine kurze aber inhaltsreiche Rede über die politische Lage gehalten. Da man sie erwartet hatte, bot das Haus und die Tribüne das Bild eines „großen Tages". Er lehnte zunächst kurz ab, auf die nachträglichen Streitigkeiten wegen der Finanzreform einzugehen, da der Zweck, gute Finanzen zu bekommen, erreicht sei. Dann sprach er über die von sozialdemokratischer Seite angeregte Frage der Abrüstung und Schiedsgerichte. Eine internationale Begrenzung der Rüstungen sei undurchführbar schon mit Rücksicht auf die Kontrolle. Deutschland habe keine geeignete Formel finden können. „Daß andere Regierungen glücklicher gewesen wären, ist mir nicht bekannt geworden. (Heiterkeit.) ..... Wenn ich aber praktische Maßregeln ergreifen soll, wenn ich bei den anderen Mächten beantragen soll, gegenseitig abzurüsten, dann genügen dazu nicht allgemeine Friedensversicherungen und Friedensbeteuerungen. Deren ist Deutschland überhoben durch eine konstante 40jährige Politik, die zeigt, daß wir keine Händel in der Welt suchen. (Sehr richtig.)..... Wer die Frage der allgemeinen internationalen Abrüstung einmal ernsthaft durchdenkt, bis in ihre Konsequenzen durchdenkt, der muß, meine ich, zu der Überzeugung kommen, daß sie unlösbar ist, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten bleiben." (Lebhafte Zustimmung und Bewegung.) Schiedsgerichtsverträgen sei Deutschland keineswegs grundsätzlich abgeneigt, in ernsten Lebensfragen der Staaten würden sie aber nicht Stich halten. „Man kann die ultima ratio aus dem Leben der Nationen nicht streichen, sondern nur versuchen, ihr Eintreten immer weiter hinauszuschieben.... Gerade wir Deutsche müssen in unserer exponierten Lage dieser rauhen Wirklichkeit entschlossen ins Gesicht sehen. Nur dann erhalten wir uns den Frieden und die Existenz." (Lebhafter Beifall, Zischen bei den Sozialdemokraten, erneuter Beifall.) Die Rede wurde im Ausland allgemein als bedeutsame Friedenskundgebung aufgefaßt, nur von der englischen liberalen Presse nicht, die wieder einmal von Humanität — natürlich der anderen — triefte, während man drüben gerade den achtzehnten Dreadnought baute!

Die Marokkofrage.

Der Anfang der Marokkofrage führt bis in das Jahr 1904 zurück, auf das unter Delcassé mit England abgeschlossene Übereinkommen, nach dem er, um in Marokko die Hände frei zu bekommen, zu Gunsten Englands auf jedes Anrecht Frankreichs in Ägypten verzichtet, außerdem Italien Tripolis und die Küste nördlich von Tanger Spanien überlassen hatte. Er hatte nur vergessen, im Vertrauen auf seine Beziehungen zum König Eduard, Deutschland davon zu verständigen. Das führte zu der offiziösen Erklärung, Deutschland wisse nichts von einem Auftrag Europas an Frankreich wegen Marokkos, und zu dem Besuche Kaiser Wilhelms in Tanger am 31. März, der der Anerkennung der Souverenität des Sultans Abdul Asis gleichkam. Jetzt lenkte Frankreich ein, und Deutschland verlangte eine Fortsetzung der Konferenz von 1888 über Marokko. Darüber stürzte Delcassé in der beberühmten Ministerkonferenz vom 6. Juni, da sich alle Minister, auch der Kriegsminister Berteaux, gegen einen Krieg erklärten. Das Ministerium Rouvier schien zu allerhand Kompensationen für Marokko geneigt zu sein, aber Deutschland bestand auf einer Konferenz, die den minder beteiligten Mächten gar nicht gelegen kam, da sie es lieber gesehen hätten, wenn sich Deutschland mit Frankreich ohne sie verständigt hätten. In dieser, auf Herrn v. Holstein zurückgeführten Hartnäckigkeit liegt der Grund der geringen Erfolge der deutschen Politik, wie sich sofort in Algeciras zeigte. Heute ist man wieder auf die Kompensationspolitik zurückgekommen. Die Algecirasakte sollte der Tunisierung Marokkos formell ein Halt setzen. Tatsächlich aber ist sie dem Wesen nach durch die französischen finanziellen und militärischen Maßnahmen bald in ihr Gegenteil verkehrt worden. Auch der am 9. Februar 1909 zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Sondervertrag änderte nichts, denn die Treibereien der französischen Kolonialspekulanten, die bei der geringen staatlichen Autorität Unterstützung durch Schritte der Kommandeure der französischen Truppen in Marokko fanden,

schufen neue Zwischenfälle, die durch das Einschreiten gegen die Unbotmäßigkeit verschiedener, durch des neuen Sultans Mulay Hafid unmenschliches Erpressungssystem zum Aufstand gereizter Stämme hervorgerufen wurden. Für diese fand sich leicht eine formelle Rechtfertigung, gegen die sich nicht gut etwas einwenden ließ.

Daß Deutschland aber keineswegs gewillt war, alles stillschweigend hinzunehmen, zeigte schon der Protest gegen den französischen Versuch, sich Anfang Dezember v. J. in Agadir festzusetzen, und Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter betonte ausdrücklich am 12. Dezember im Reichstage, wenn durch Frankreich die Algecirasakte verletzt werde, dann träten selbstverständlich die anderen Mächte wieder in ihre Rechte zurück. Was die Zivilverwaltung in Marokko betraf, so war die Souverenität des Sultans infolge der mit den großen französischen Anlehen verknüpften Klauseln längst nur noch ein Schatten, und der von ihm im Vorjahre zur Reform seines Heeres nach Fez berufenen Militärkommission fiel auch nach und nach die Militärgewalt zu. Ein souveräner Sultan existierte nicht mehr, und sowohl die auf die Herrschergewalt des Sultans von Marokko gegründete Algecirasakte wie auch der Februarvertrag von 1909 hatten keinen Sinn mehr. Zahlreiche marokkanische Stämme waren anfangs März in vollem Aufruhr gegen den in ungläubigen Händen befindlichen Sultan, und angeblich von ihm gerufen, setzten sich, da die scherifischen Truppen trotz französischer Führung geschlagen worden waren, zum Schutze der Militärkommission und der in Fez weilenden Europäer drei Kolonnen französischer Truppen „zur Unterstützung der scherifischen Mehalla" in der letzten Aprilwoche gegen Fez in Bewegung. Der Botschafter Cambon hatte in Berlin offiziell Mitteilung gemacht, die ohne Erwiderung aufgenommen worden war, aber die „Nordd. Allg. Zeitung" äußerte sich genau so wie oben Herr v. Kiderlen-Wächter. Der Vormarsch der Franzosen galt allerdings der Rettung Mulay Hafids, aber nicht wegen seiner Person, sondern wegen der von ihm zahlreichen, an Franzosen gewährten wertvollen Bergwerkskonzessionen, die mit seinem Sturze hinfällig geworden wären. Offiziell ließ die Regierung noch versichern, sie wolle weder die Integrität Marokkos, noch die Souveränität des Sultans antasten, auch beabsichtige sie nicht, Fez zu besetzen. Die Meldungen aus Fez lauteten indessen über die Lage der Fremden viel günstiger als die französische Presse seit Wochen behauptet hatte, und schon darum erhielt die Ansicht, Frankreich gedenke die Mächte vor eine vollendete Tatsache zu stellen, mit der sie sich wohl oder übel abfinden müßten, große Berechtigung, einzelne Blätter begannen aber auch schon, Kriegsbefürchtungen auszusprechen.

Am 4. Mai war die erste „Mehalla" unter Oberst Brémond in Fez eingezogen, und am 8. erklärte die „Nordd. Allg. Zeitung" amtlich, die Deutschen befänden sich dort wohl und in voller Sicherheit, zugleich dementierte sie die Nachricht von der angeblich beabsichtigten Entsendung deutscher Kriegsschiffe nach Marokko als einen, in einer so ernsten Frage gefährlichen Unfug. In Paris ließ man nun über das sorgsam abgekartete Vorgehen die Maske fallen, und der „Rappel" erklärte ganz trocken: „Ob das Ausland es zuläßt oder nicht — in dieser Stunde ist das Vorgehen Frankreichs ein Vorgehen für die Zivilisation. Dieses Vorgehen anhalten, hieße gegen ganz Europa arbeiten." In einem Ministerrat am 15. Mai wurde beschlossen, auch die Kolonne des Generals Moinier „nur für den unbedingt notwendigen Zeitraum" in Fez einrücken zu lassen. Um diese Zeit begann auch schon der bekannte deutschfeindliche Preßklüngel gegen Deutschland zu hetzen, er mußte also Winke erhalten haben, daß etwas Ernstliches im Werke war. Man wollte offenbar die offiziösen deutschen Warnungen nicht verstehen. Die deutsche Presse verstand oder beachtete sie auch nicht, und nun entstand ein langes dumpfes Schweigen, das auf den ernsten Politiker den Eindruck machen mußte, daß sich größere Ereignisse vorbereiteten. Die Dinge nahmen ihren Verlauf; Mulay Hafids Stellung war ohne die Franzosen nicht mehr haltbar, aber gerade deswegen wollten die Marokkaner von ihm nichts mehr wissen, da er die Fremden nach der heiligen Stadt gerufen hatte. Die Franzosen erklärten die Besetzung, die sie angeblich vorher gar nicht beabsichtigt haben wollten, jetzt für „provisorisch" bis zur Beruhigung des Landes, die kolonialen Agitatoren gingen aber nun weiter und streuten schon Ende Mai die natürlich zunächst dementierte Nachricht aus, Mulay Hafid habe bereits um ein französisches Protektorat nachgesucht. General Moinier richtete sich einstweilen in Fez auf die Dauer ein. Im französischen Ministerium gab es starke Meinungsverschiedenheiten, und merkwürdigerweise war es Delcassé, der gegen das Vorgehen in Marokko ankämpfte, aber bloß weil er davon das Bekanntwerden seiner früheren, Frankreich nachteiligen Geheimverträge befürchtete. Inzwischen hatte Spanien zum großen Ärger der Franzosen auch Larrasch und Elksar besetzt, wozu sie unzweifelhaft ebenso berechtigt waren wie Moinier zur Besetzung von Fez.

Im letzten Drittel des Monats Juni hatte der französische Botschafter in Berlin, Cambon, Herrn v. Kiderlen-Wächter in Kissingen aufgesucht. Was dort verhandelt wurde, ist noch nicht bekannt geworden, die Pariser Offiziösen benutzten aber den Vorgang zu der Versicherung, für Frankreich gelte die Algecirasakte als Richtschnur der Politik; das habe bisher zu keinen Schwierigkeiten mit Deutschland geführt, und so werde es auch ferner sein. Es schien fast so, als ob die Marokkofrage um diese Zeit nur noch auf den Streit zwischen Frankreich und Spanien hinauslaufen werde. Die aussichtslosen Wirren hatten aber inzwischen fast ganz Marokko ergriffen, sie breiteten sich bereits nach dem Süden aus, wo keine Franzosen standen und auf die sogenannten Truppen des Sultans kein Verlaß war. Dort wohnen viele Deutsche und einige Firmen hatten die deutsche Regierung um Schutz gebeten. Herr v. Kiderlen-Wächter, der lange genug gewartet hatte, hielt jetzt den Zeitpunkt für gekommen, endlich in die Lage Klarheit zu bringen, und am 1. Juli wurde die Welt mit der Neuigkeit überrascht, daß der deutsche Kreu-

zer „Panther" zum Schutze der deutschen Reichsangehörigen vor Agadir eingetroffen sei. So wurde offiziell den Mächten angezeigt, und der Grund genügte, denn er war mindestens ebenso gut, wie der Vorwand, unter dem die Franzosen nach Fez gegangen waren. In Wirklichkeit bedeutete der Schritt freilich mehr, er sagte zugleich: Wir sind da, um den Franzosen, die die marokkanischen Angelegenheiten dilatorisch behandeln wollten, in Erinnerung zu bringen, daß Deutschland nicht gewillt ist, sich der neuen Sachlage anzubequemen, wenn seine Interessen nicht genügend gewahrt werden.

Alle Welt war erstaunt, in Paris und London kreischte die Presse auf, namentlich an der Themse, wo man sich noch immer einbildet, nur britische Kriegsschiffe dürften auf dem Meere herumfahren. Man sprach in der Presse beider Hauptstädte davon, sofort auch Kreuzer nach Agadir zu schicken, natürlich dachten die leitenden Politiker gar nicht an eine so gefährliche Provokation, denn für einen plötzlichen Kriegsausbruch war man nicht bereit. Auf die Einwürfe, vor kurzem erst habe die deutsche Regierung die Entsendung von Kriegsschiffen noch selbst dementiert, wurde von amtlicher deutscher Seite geantwortet, seitdem hätten sich aber die Verhältnisse geändert, da die Franzosen auch Mekines besetzt, der Sultan durch die Absetzung des Großwesirs auch den Süden in Aufruhr versetzt und die dortigen Deutschen um Schutz ersucht hätten. Hatten vorher die Stürmer und Dränger in Deutschland die Taktik des Abwartens der Regierung als Schwäche ausgelegt, so gerieten sie jetzt geradezu außer Rand und Band, Herr v. Kiderlen-Wächter wurde in allen Tonarten gepriesen, und es galt als ausgemachte Sache, daß er Agadir mit dem ganzen Susgebiet, das als ein wahres Eldorado herausgestrichen wurde, annektieren werde. An dortigen Minenunternehmungen beteiligte Firmen lieferten den Blättern reichliches Material dazu. Dafür lag aber noch gar kein ausreichender Anhaltspunkt vor, es konnte sich nur darum handeln, daß Frankreich endlich in formelle Verhandlungen über die neuen Verhältnisse treten oder einen Bruch mit Deutschland herbeiführen müsse. Ein Krieg brauchte darüber noch nicht zu entstehen, und darum gab auch weder Präsident Fallieres seinen Besuch im Haag, noch Kaiser Wilhelm seine Nordlandsfahrt auf. Bemerkt wurde aber der Ausspruch des englischen Premierministers Asquith am 6. Juli im Unterhause infolge einer Anfrage: „es sei in Marokko eine neue Situation entstanden, bei der es möglich ist, daß die künftigen Entwicklungen die britischen Interessen direkter berühren, als es bisher der Fall gewesen ist". Da sich die Engländer um die offenkundigen Verletzungen der Algecirasakte durch Frankreich und Spanien nicht im geringsten gekümmert hatten, aber jetzt in dem deutschen Eingreifen in Agadir „eine neue Situation" erblickten, so lag es nahe, daß sie bei den „künftigen Entwicklungen" Partei für Frankreich nehmen würden. Asquith betonte auch besonders die „Vertragsverpflichtungen gegenüber Frankreich". Die französische Presse jubelte und vermochte nicht zu begreifen, daß es sich also bei der weiteren Entwicklung nicht um eine Kraftprobe zwischen Frankreich und Deutschland, sondern zwischen England und Deutschland handeln werde.

Am 9. Juli fand in Berlin die erste Unterredung zwischen dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter und dem französischen Botschafter Cambon über die Marokkofrage statt, am 11. erbat und erhielt der Minister des Äußern de Selves von der französischen Kammer für die Weiterführung der Verhandlungen ein Vertrauensvotum mit 476 gegen 77 Stimmen. Der Pariser „Matin" erklärte offiziös, damit nicht durch Erörterungen und Ansichten Dritter die Verhandlungen beeinträchtigt würden, sei vollste Geheimhaltung der Besprechungen beschlossen worden. Deutschland hatte also jede direkte Einmischung Englands ausgeschaltet. Es sei hier gleich bemerkt, daß das deutsche Auswärtige Amt diesen Beschluß streng eingehalten hat, und wie von deutscher Seite offiziös bestätigt worden ist, das französische Ministerium des Äußern auch. Da aber trotzdem Pariser und Londoner Blätter häufig mehr oder weniger zutreffende Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen brachten, so ist nur anzunehmen, daß diese Benachrichtigungen vom britischen Auswärtigen Amte herstammten, das von Paris immer auf dem Laufenden erhalten wurde. Die von Deutschland durchgesetzte, wenn auch nur formelle Ausschaltung Englands von den Verhandlungen erregte in London, wo man sich eine ganz andere Rolle vorgestellt hatte, großen Ärger, und von dort aus geschah alles, um die Verhandlungen zu verschleppen oder zum Scheitern zu bringen, für welchen Fall man sich zur Unterstützung Frankreichs mit allen Mitteln bereit erklärte. Infolge dieser indirekten Einmischung verliefen die Verhandlungen, die übrigens von französischer Seite im allgemeinen freundschaftlich und ehrlich geführt wurden, ungemein schleppend und waren zu verschiedenen Malen dem Scheitern nahe, doch der gute Wille auf beiden Seiten, zur Einigung zu gelangen, fand immer wieder neue Anknüpfungspunkte. Die Verhandlungen drehten sich um zwei Punkte. Deutschland verlangte zunächst klare Bestimmungen über die Sicherung seiner wirtschaftlichen Beziehungen in Marokko für den Fall der weiteren Entwicklung des französischen Protektorats, und ferner forderte es eine Kompensation für den zugestandenen französischen Machtzuwachs. Der erste Teil des Vertrages kam am 12. Oktober, der zweite am 4. November zu stande. Die späteren parlamentarischen Verhandlungen in Berlin, London und Paris haben an die Öffentlichkeit gebracht, daß die deutsche diplomatische Aktion nach einem festen, wohl überlegten Plane mit ruhiger Festigkeit und unbeirrbar durch störende Einflüsse durchgeführt worden ist.

Von den einzelnen, die Verhandlungen begleitenden Ereignissen verdienen folgende eine kurze Erwähnung. Schon am 4. Juli wurde der eigentlich auf der Heimreise von der westafrikanischen Station befindlichen „Panther" durch den größeren Kreuzer „Berlin" ersetzt, dem bald auch das Kanonenboot „Eber" zur Unterstützung beigegeben wurde, und der bis zum 28. November vor Agadir verblieb. Ein namhafter Teil der deutschen Presse hielt es für angebracht, die ausländischen Mittei-

lungen über die Verhandlungen, trotz ihrer geringen Zuverlässigkeit, zum Gegenstand eingehender Erörterungen zu machen, die zum Teil zu unnützen heftigen Fehden mit französischen Blättern führten, zum Teil, namentlich in den sogenannten alldeutschen Zeitungen, zu wenig begründeten Klagen über die Haltung der Reichsregierung benutzt wurden, der man „Preisgebung deutscher Interessen“ vorwarf, weil sie nicht nach dem alldeutschen Rezept verfuhr. Richtig wäre es doch gewesen, einmütig hinter der eigenen Regierung zu stehen, um ihre Stellung zu stärken, und dann nötigenfalls hinterher mit ihr abzurechnen. Die verderbliche deutsche Besserwisserei hört doch nirgends auf! Als sich bald herausstellte, daß die Entsendung des „Panther“ gar nicht das Vorspiel der von den Alldeutschen seit Jahren gepredigten Festsetzung in Marokko sein sollte, hörte das Gezeter über den vermeintlichen „Rückzug“ der Regierung gar nicht mehr auf. Was hätte denn Deutschland von einem kleinen Fetzen Marokkos ohne wesentliches Hinterland mit einer aufsässigen Bevölkerung gehabt? Die Frage ist von den Kolonialbehörden schon vor fünf Jahren erwogen und abgelehnt worden. Jede Vergrößerung des bisherigen Kolonialbesitzes ist dem vorzuziehen. Diese Haltung der deutschen Presse erreichte ihren Höhepunkt in einem Artikel eines Berliner Blattes, „Krise und Rückzug“, in dem dem eben von der Nordlandsreise zurückgekehrten Kaiser insinuiert wurde, er habe Frankreich nachgegeben über den Kopf Kiderlen-Wächters hinweg, der nun seinen Abschied nehme. Mit Schmunzeln nahm die französische Presse von dieser Entgleisung eines „überreizten Gehirns“ Notiz, eine so willkommene Unterstützung findet man nicht alle Tage. Und gerade damals nahmen die Verhandlungen im Sinne Deutschlands den besten Verlauf!

In England konnte man die offizielle Ausschaltung nicht verschmerzen. Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich hatte nach mehrwöchiger Pause am 21. Juli wieder eine Unterredung mit Sir Edward Grey, in der er in der diplomatisch feinsten Form abermals die britische Einmischung ablehnte. Da hielt am selben Tage der Schatzkanzler Lloyd George im Mansion House eine Rede, die jedermann als Drohung gegen Deutschland auffaßte, obwohl er es nicht ausdrücklich genannt hatte. Er sprach davon, daß England schon mehrfach kontinentale Mächte, die seine Dienste vergessen, vor zerschmetternden Niederlagen und Vernichtung bewahrt habe, und daß um den Preis, daß man Großbritannien so behandle, als ob es im Rate der Nationen nicht mitzähle, der Friede nicht zu haben sei. Diese Rede las der Schatzkanzler vor, sie war also wohl vorbereitet und unzweifelhaft im Sinne und Mitwissen Greys gehalten. Alle Welt faßte es auch so auf, die Deutschfeinde jubelten, die Berliner Offiziösen meinten aber, der britische Schatzkanzler brauche nicht notwendigerweise Deutschland gemeint zu haben. Das geschah offenbar nur, um in dieser kritischen Lage durch erregte Preßangriffe nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen, aber am 24. legte Graf Wolff-Metternich in London Beschwerde gegen die Rede ein, und am 27. gab Asquith unter allgemeiner Spannung im Unterhause eine Erklärung ab, in der er betonte, England nehme nicht teil an den Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland, die Behauptung, daß es sich einmische, sei eine böswillige Erfindung, als Signatarmacht des Algecirasvertrages und unter Wahrung seiner eigenen Interessen wünsche es einen erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen. Der drohende Wink Lloyd Georges an Deutschland, sich mit England zu verständigen, war also jetzt durch die offizielle Erklärung der Nichteinmischung abgelöst worden, die daneben hinlaufenden großen Worte hatten nur eine untergeordnete Bedeutung, übrigens schloß auch die Erklärung der Nichteinmischung noch nicht aus, daß die hergebrachte, die Kontinentalmächte gegeneinander hetzende britische Politik trotzdem einen friedlichen deutsch-französischen Ausgleich zu hintertreiben suchen würde. Damals waren gerade die Verhandlungen in Berlin ins Stocken geraten, es liefen auffällige Nachrichten über Änderung der Bewegungen der englischen Flotte herum, und der Kurs der englischen Konsols hatte einen Tiefstand erreicht, wie seit 70 Jahren nicht. Die Frage der Nichteinmischung hatte übrigens nur auf die Kompensationen Bezug, was Marokko selbst betraf, so mußte England als Signatarmacht berücksichtigt werden.

Das Verhalten Englands ist nur zu begreifen, wenn man in Betracht zieht, daß ihm Marokko selbst ziemlich gleichgültig war, und daß es ihm vielmehr darauf ankam, die aufstrebende deutsche Handels- und Seemacht zu schädigen. Wenn in einem ausbrechenden Kriege, in dem es nach seiner Meinung die See beherrschte und nicht viel zu tun brauchte, auch Frankreich zu großen Schaden gekommen wäre, hätte es auch diesen Umstand nicht ohne Vergnügen hingenommen. Nun mußte doch aber gerade England aus dem Vertrage die größten Vorteile ziehen, da es weit über die Hälfte an dem gesamten Marokkohandel beteiligt ist, und der Umstand, daß bei dem wirtschaftlichen Teile des Marokkoabkommens Deutschland mit seinem Standpunkt der „offenen Tür“ nicht bloß für sich, sondern für alle Nationen gleichmäßig eintrat, mußte doch auch England erfreuliche Garantien für eine strenge Einhaltung aller Bestimmungen bieten. Englands Vertrag mit Frankreich vom Jahre 1904 garantierte ihm nur 30 Jahre Handelsfreiheit, jetzt war mehr erreicht worden. Und England mußte das schon vor dem Abschluß des Abkommens wissen, denn es ist stets von Frankreich über den Stand der Sache unterrichtet worden. Trotzdem war es Ende September abermals bereit, über Deutschland herzufallen, als in Frankreich eine Bewegung gegen die Abtretung von Teilen des Kongogebietes entstand und dadurch die Verhandlungen gefährdet erschienen. Der bleibende Eindruck der wenig erfreulichen Marokkokrise wird in Deutschland auf lange Jahre der sein, daß nicht Frankreich, dem man es nicht allzu sehr übelnimmt, sondern England der eigentliche Todfeind ist. Im übrigen war man von dem Abkommen nicht sehr erbaut, weil zu viele Leute mehr erwartet hatten. Zunächst die Alldeutschen, die durchaus einen Teil von Marokko hatten haben wollen. Dann war im allgemeinen

von der Milieupresse aus Opposition gegen den Reichskanzler unausgesetzt die Auffassung verbreitet worden, daß ihm nur Mißerfolge erwachsen würden. Dieser Richtung wäre auch eine noch günstigere Lösung ebenso tadelnswert erschienen. Von nicht geringem Einfluß in dieser Beziehung war auch der Umstand, daß Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gar keine Verbindung mit der Presse unterhielt. Sein Vorgänger hatte ja nicht gerade die erfreulichsten Erfahrungen damit gemacht, aber er ging wohl in seiner Zurückhaltung zu weit. Und was nützt den Blättern ein Reichskanzler, der ihnen keinen Stoff bietet. Gibt er ihnen keinen, so machen sie sich einen, aber in der Opposition. Dazu wurde die an sich durchaus berechtigte Geheimhaltung der Marokkoverhandlungen wohl in Berlin gewissenhaft eingehalten, aber nicht in London und zuweilen auch in Paris, über die scharfe Zurückweisung der englischen Eingriffe und der Rede des britischen Schatzkanzlers erfuhr die deutsche Öffentlichkeit aus naheliegenden Gründen erst recht nichts, und so hatte sich unter der Bearbeitung der Milieupresse im Reiche die Meinung verbreiten können, Reichskanzler und Staatssekretär trieben schwächliche Politik. Ähnliches hatte man ja auch Jahre hindurch von Bülow behauptet.

Heute vermag man unbefangen auf die Vorgänge zurückzublicken und die landläufigen Irrtümer zu korrigieren. Deutschland hat jetzt klare Verhältnisse in Marokko, nicht mehr einen machtlosen und dennoch schwer zu fassenden Sultan, dessen Verfall unter das französische Protektorat doch nicht zu verhindern war, sondern als dortigen Herrn den Nachbar Frankreich, den man unter Umständen auch von Metz aus zur Rechenschaft ziehen könnte, was er selbstverständlicherweise zu vermeiden suchen wird. Deutschland hat sich mit der Sicherstellung seines Handels und einer zweckmäßigen Regulierung seiner kolonialen Grenzen begnügt. Das entspricht ganz der bisherigen Friedenspolitik, die doch schon recht hübsche Erfolge erzielt hat. Wohin eine anders geartete Politik führen kann, zeigt auffällig das anscheinend endlose tripolitanische Abenteuer Italiens. Deutschland kann sich bei seiner zentralen Lage in Europa nicht ähnlichen politischen und militärischen Zufällen aussetzen. Der Wert des erworbenen Teiles der Kongokolonie ist noch wenig bekannt, dürfte aber nach allen kolonialen Erfahrungen sich doch als beträchtlich herausstellen, übrigens bietet die Erreichung der großen schiffbaren Ströme des Kongobeckens Verkehrsmöglichkeiten, die früher nicht vorhanden waren.

Die zahlreichen Ministerwechsel in Frankreich hatten die Tunisierung Marokkos nicht aufgehalten, eher gefördert, dagegen schienen die Abmachungen mit Spanien ziemlich in Vergessenheit geraten zu sein, auch nahm man in Paris trotz der Algecirasakte auf Spanien noch weniger Rücksicht als auf Deutschland. Die spanische Presse lärmte darüber und die französische antwortete gereizt, die Kabinette verhandelten ergebnislos. Da machte Spanien kurzen Prozeß und besetzte in der ersten Hälfte des Juni Larasch und dann auch Elksar, unter denselben Vorwänden, unter denen die Franzosen nach Fez gegangen waren. Darüber entstand großer Lärm in Frankreich, wo man trotz der Verträge mit Spanien und der Algecirasakte sich schon als vollkommenen Herrn von Marokko fühlte. Spanien stützte sich dabei auf den Geheimvertrag von San Sebastian, was Frankreich nicht gelten lassen wollte. Die Spannung schien gefährlich werden zu wollen, da lenkte das Erscheinen des „Panther" vor Agadir die Aufmerksamkeit nach einer anderen Seite. Doch war in Paris die Stimmung gegen Spanien, das wirklich ein Stück von Marokko nehmen wollte, zeitweilig erregter wie gegen Deutschland, und als die Spanier in verlustreiche Kämpfe mit den Rifkabylen verwickelt wurde, freute man sich in Frankreich mächtig. Die Verhandlungen mit Spanien kamen nicht vom Flecke, selbst als man mit Deutschland längst zu einem Übereinkommen gelangt war. Am Jahresschluß dauerte der diplomatische und journalistische Kampf noch fort.

Politisches im zweiten Halbjahr.

Kaiser Wilhelm hatte beabsichtigt, seine Nordlandsreise von Kiel aus am 3. Juli anzutreten, verschob sie aber mehreremal wegen stürmischen Wetters, wie es hieß. Er war am genannten Tage auf der „Hohenzollern" von Swinemünde nach Kiel gekommen, wo auch das nordamerikanische Schulschiffsgeschwader unter Commander Coontz eingetroffen war. Der Kaiser empfing die amerikanischen Offiziere und lud sie zum Frühstück; er besuchte am nächsten Vormittag die Schleusenbauten bei Holtenau und den Kaiser Wilhelm-Kanal. Die amerikanischen Schiffe hatten zur Unabhängigkeitsfeier geflaggt, der Kaiser ließ dem Geschwader seine Glückwünsche aussprechen, und mittags feuerte die gesamte Flotte Salut. Abends gab der Flottenchef Admiral v. Holtzendorff den amerikanischen Offizieren auf dem Flaggschiff „Deutschland" ein Festmahl. Die Schiffsfähnriche und Kadetten fuhren am folgenden Tage mit ihren Offizieren nach Berlin. Am 5. früh war auch Kaiser Wilhelm auf der „Hohenzollern" in See gegangen und bei leidlich günstigem Wetter am 6. nachmittags in Stavanger eingetroffen, wo der Dom besichtigt wurde. Am folgenden Tage wurde nach einer Fahrt in den Lyse-Fjord die Reise nach Bergen fortgesetzt und da mehrtägiger Aufenthalt genommen. Bei sehr günstigem Wetter blieb die „Hohenzollern" dann längere Zeit in Balestrand im Sognefjord, dem Schauplatz der Frithjoffsage. Der Kaiser beschäftigte sich hier mehrfach mit dem Denkmal für Frithjoff, das im Jahre 1913 auf Vangenaes errichtet werden wird. Am 15. waren die in Balestrand anwesenden norwegischen Touristen (unter ihnen 25 Damen) auf die „Hohenzollern" zum Tee eingeladen, dem ein Tanz folgte. Da am 23. das Wetter umgeschlagen war, wurde am 25. die Fahrt nach Bergen und von da aus am 26. die Heimreise angetreten. Die „Hohenzollern" erreichte am 29. Swinemünde, wo nachmittags der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter eintrafen und auf dem Kaiserschiff Wohnung nahmen.

Nachdem der Kaiser am 2. August an den großen Kavallerieübungen bei Altengrabow teilge-

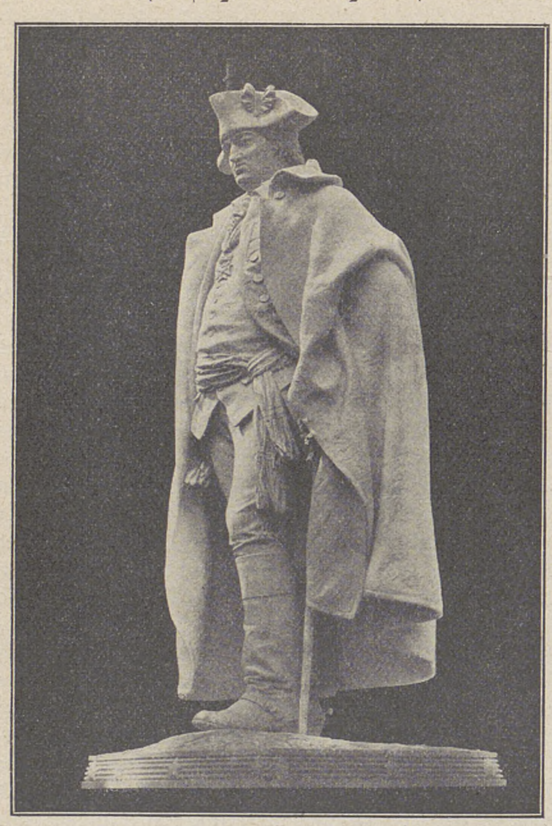
nommen hatte, wo auch der österreichisch-ungarische FML. Frhr. v. Gemmingen und der englische General French anwesend waren, begab er sich nach Berlin. Der beabsichtigte Aufenthalt in Wilhelmshöhe wurde wegen Erkrankung der Kaiserin an Halsentzündung verschoben. Der Kronprinz reiste an diesem Tage nach Turin und Valdieri ab, um auf Einladung des Königs Viktor Emanuel an Steinbockjagden teilzunehmen. Am 12. war der Kaiser bei der Enthüllung der Gedenktafel zur Erinnerung an König Eduard in der Kirche zu Homburg anwesend und feierte am 18. auf Wilhelmshöhe in gewohnter Weise den Geburtstag des Kaisers Franz Josef durch eine Hoftafel, bei der er selbst den Toast ausbrachte. Am folgenden Tage übergab er der Prima des Kasseler Friedericianums, wo er selbst Schüler gewesen war, an Stelle der alten Fahne, die einst Kaiser Friedrich III. gestiftet hatte, eine neue und hob in seiner Ansprache hervor, die Primaner möchten sich die Freude an dem Schönen bewahren, das sie aus der Harmonie der klassischen Bildung schöpften, dann aber aus dem Studium der Geschichte des deutschen Volkes zu lernen suchen, wie sie an der Größe des deutschen Volkes mitarbeiten könnten an ihrem Teile, nur als Deutsche, ohne beengt zu sein von den Grenzen der Partei. Als Studenten sollten sie Sport treiben, auch den des Rapiers, aber nach Art der amerikanischen Studenten den Alkoholmißbrauch meiden.

An demselben Tage war als Frucht des Potsdamer Übereinkommens zwischen Deutschland und Rußland eine Vereinbarung über Persien abgeschlossen worden, die dem deutschen Handel dort und auf der Bagdadbahn volle Gleichberechtigung sichert. Damit scheidet diese Bahn als Streitobjekt zwischen beiden Reichen aus. In England und Frankreich war man über das Abkommen nicht sehr erfreut, dagegen konstatierte das offiziöse „Wiener Fremdenblatt", daß der Augenblick der Unterzeichnung unstreitig Deutschland bei den Marokkoverhandlungen förderlich sei. Mit diesen beschäftigte sich in den nächsten Tagen auch ein Artikel: „Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten in der Friedensfrage" in der „N. Fr. Presse", der von einem englischen Diplomaten in wichtiger Stellung stammen sollte und die unglaublichsten Ungezogenheiten gegen Deutschland enthielt. Daß England ganz auf Seite Frankreichs stehe und daß Deutschland nur „mit einem ärmlichen Resultat" aus den Verhandlungen zurückkehren werde, geht noch an, obwohl ersteres nicht neu und letzteres Geschmacksache ist. Aber der „Diplomat" behauptet dann, das „ewige Herausfordern Deutschlands" fange an bedenklich zu werden, und daran sei die Umgebung des Kaisers schuld, die „eine weise Staatsleitung hindert und wirklichen Staatsmännern ihre Selbständigkeit nimmt". Zum Schlusse wurden Österreich-Ungarn und Italien kräftig gegen Deutschland aufgehetzt, da sie keine Freude an dem „Marokkofeuer" haben könnten. Man nahm mit Recht in weiten Kreisen dem Wiener Blatte die Aufnahme eines solchen Hetzartikels übel, aber alle Welt deutete sofort auf den britischen Botschafter in Wien, Sir Fairfax Cartwright, als Verfasser hin, der sich schon einen traurigen Ruf als Hetzer gegen Deutschland erworben hat. Es lohnt nicht, hier die weiteren Zeitungserörterungen darüber zu verfolgen. Es sei nur kurz erwähnt, daß der edle Herr jede Verantwortung und Autorschaft ablehnte, es wurde ihm aber nachgewiesen, daß der Artikel auf Grund einer Unterhaltung mit ihm verfaßt worden war. Selbstverständlich hatte die deutsche Reichsregierung in London Vorstellungen erhoben und von der britischen Regierung die amtliche Erklärung erhalten, daß der Wiener Botschafter den Artikel weder inspiriert noch die ihm zugeschriebenen Äußerungen getan habe. Darauf erklärte am 14. September die „Nordd. Allg. Ztg.", daß damit der Zwischenfall für die kaiserliche Regierung befriedigend erledigt sei. Viele Leute verstanden leider den in dieser kurzen offiziösen Abfertigung liegenden Hohn nicht. Daß Sir Cartwright trotzdem noch immer britischer Botschafter in Wien ist, darf als triftiger Beweis dafür gelten, wie wenig Wert man in Wien und Berlin seinen politischen Privatansichten und Liebhabereien beimißt.

In die Sedanwoche fielen einige Reden des Kaisers Wilhelm, die sich aus den üblichen Vorbereitungen zu den Kaisermanövern von selbst ergaben und in einzelnen Wendungen wohl ohne zureichenden Grund auf die augenblickliche politische Lage bezogen wurden. Wenn er in Hamburg am 27. August die Notwendigkeit betonte, „unsere Flotte auch fürderhin zu verstärken, so daß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde", so liegt darin doch nicht mehr als eine selbstverständliche Folgerung aus Deutschlands Stellung als Weltmacht. Wenn sie in England im gegebenen Moment richtig verstanden wurde, so konnte es natürlich nicht schaden, aber eine besondere Absichtlichkeit lag kaum vor. Und wenn er nach der Parade des pommerschen Armeekorps in Stargard am 30. an die Jugenderinnerung anknüpfend, wie er als zehnjähriger Prinz schon 1869 einer Parade des 2. Armeekorps beigewohnt habe, fortfuhr: „Niemand ahnte damals, als hier die friedliche Heerschau gehalten wurde, welchen großen, bedeutenden Zeiten wir entgegengingen," so lag darin weder eine indirekte Warnung an Frankreich, noch gar eine Anreizung des deutschen Volkes, das deren gar nicht bedurfte. Die Haltung Englands und Frankreichs hatten bei ihm bereits eine entschlossene Stimmung hervorgerufen, vor der zeitweilig sogar die erbitterte Wahlhetze der Parteien zurücktreten mußte. Der „deutsche Michel" ist nicht mehr die Spottfigur von ehemals, das Ausland weiß es auch, und daher stammt die vielseitige Feindschaft. Es bedurfte darum weder nach außen wie nach innen einer „zarten Andeutung". Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß ein großer Teil der deutschen Presse solchen Selbstverständlichkeiten, die der Kaiser, je nach Ort und Zeit verschieden, mit schwungvoller Beredsamkeit auszusprechen pflegt, immer nur die Absichtlichkeit von Tageswirkungen unterschieben möchte. Die Reden des Kaisers sind aber doch wahrhaftig keine Zeitungsartikel. Es ist nicht nötig hervorzuheben, daß die Seestädte Altona, Hamburg und Stettin dem „Flottenkaiser" den enthusia-

stischesten Empfang bereiteten. An der Parade bei Stettin nahmen auch König Gustav und die Königin Viktoria von Schweden teil, deren Regimenter in der Front standen.

Bei der Parade des Gardekorps am 1. September war eine große Anzahl von deutschen Fürsten anwesend, außerdem der türkische Thronfolger Prinz Jussuf Issedin und zwei nordamerikanische Generäle, die den Kaisermanövern beiwohnten. Der Thronfolger war tagsvorher in Berlin



Steuben-Denkmal.

angekommen und vom Kaiser Wilhelm empfangen worden, der ihm den Schwarzen Adler-Orden verlieh. Er ist das erste Mitglied des osmanischen Hauses, das dem Berliner Hofe einen Besuch macht. Diese Tatsache ist ein sprechender Beleg für den Umschwung der letzten Jahre und für die freundlichen Beziehungen, die zwischen Deutschland und der Türkei bestehen und gerade auf dem Gebiete des Heerwesens deutlich zum Ausdruck gekommen sind. Er nahm abends an der Paradetafel im Königsschlosse teil, und Kaiser Wilhelm unterhielt sich lebhaft mit ihm. Sein Aufenthalt war auf drei Tage berechnet. Die ursprüngliche Absicht, den Kaisermanövern beizuwohnen, hatte aufgegeben werden müssen, da sie mit dem türkischen Fastenmonat zusammenfielen. Prinz Jussuf Issedin machte am 2. September eine Automobilfahrt nach Potsdam, wo er die königlichen Schlösser und Gärten besichtigte und später die Kadettenanstalt zu Lichterfelde besuchte. Abends speiste er beim türkischen Botschafter. Am nächsten Tage besichtigte er das Hohenzollernmuseum, empfing nachmittags die türkische Kolonie und folgte abends einer Einladung zur kaiserlichen Tafel im Neuen Palais zu Potsdam. Nach herzlicher Verabschiedung kehrte er nach Berlin zurück und begab sich am nächsten Tage nach Essen zur Besichtigung der Kruppschen Werke. Die Absicht, auch Köln zu besuchen, gab er auf und nahm am 6. an den Manövern des 18. Armeekorps bei Frankfurt teil, worauf er über Wien nach Konstantinopel zurückkehrte. Er hatte schon am 3. dem Sultan telegraphisch über den freundschaftlichen Empfang in Berlin berichtet, worauf dieser ebenso seinen Dank aussprechen ließ. Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erhielt den Osmanie-Orden mit Brillanten.

Am 2. Dezember hatte im Garten der Kommandantur zu Potsdam die Enthüllung des Steubendenkmals stattgefunden, das die Union als Gegengeschenk für das Standbild Friedrichs des Großen, das der Kaiser den Vereinigten Staaten gewidmet hatte, gesandt hat. Zur Übergabe waren zwei Deutschamerikaner, Richard Barthold und Charles B. Wolffram, delegiert worden. General v. Steuben war bekanntlich ein Offizier Friedrichs II. und hatte die Armee Washingtons kriegstüchtig gemacht. Zur Feier waren der Botschafter Hill, die zu den Kaisermanövern anwesenden nordamerikanischen Generäle, der Reichskanzler mit dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, die Generalität und die Spitzen der Behörden, Mitglieder der Familie v. Steuben rc. erschienen, auch die kaiserlichen Prinzen waren anwesend. Nach dem Erscheinen des Kaisers hielt Herr Barthold eine Ansprache, in der er betonte, daß das Geschenk ein Unterpfand des Friedens und der Freundschaft sein solle. Kaiser Wilhelm sprach seinen und des deutschen Volkes Dank aus für das einem tüchtigen deutschen Manne von den blutsverwandten Nordamerikanern gewidmete Denkmal. Die Hülle fiel unter den Klängen der amerikanischen Volkshymne. Der Kaiser unterhielt sich dann längere Zeit mit den amerikanischen Gästen. Später empfing er den Botschafter Hill und die Kaiserin dessen Gemahlin in Abschiedsaudienz. Um 1 Uhr war Frühstückstafel, an der alle oben erwähnten Amerikaner, die kaiserlichen Prinzen, der Reichskanzler und Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter teilnahmen. Der Kaiser saß zwischen den Delegierten Barthold und Wolffram, brachte einen Trinkspruch auf das nordamerikanische Volk und den Präsidenten Taft aus und trank dem Botschafter Hill freundlich zu. Er hatte auch nach der Enthüllung an den Präsidenten Taft eine Dankdepesche geschickt.

Ein Ereignis von weittragender politischer Bedeutung war die Teilnahme des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand an der großen Flottenparade am 5. September in Kiel. Der Besuch galt als Erwiderung der Ehrenbezeigung, die die österreichisch-ungarische Flotte auf Veranlassung des Erzherzogs dem Kaiser Wilhelm während seiner Reise nach Korfu erwiesen hatte. In der persönlichen Zusammenkunft des Schöpfers der österreichisch-ungarischen mit dem der deutschen Flotte und der darin liegenden Betonung des kameradschaftlichen Verhältnisses der beiden Marinen liegt aber zugleich ein politisches

Moment, das weithin verstanden wurde. Nach dem Skandal Cartwright fiel das Begebnis um so mehr ins Gewicht. In der Begleitung des Erzherzogs befanden sich auch der Marinekommandant Admiral Graf Montecuccoli, Vizeadmiral Haus und Linienschiffskapitän v. Kailer. Er traf am 4., nachmittags 4 Uhr 50 Min., in Kiel ein und wurde vom Kaiser Wilhelm, der österreichisch-ungarische Admiralsuniform trug, den Prinzen Heinrich, Adalbert und Waldemar, dem Staatssekretär v. Tirpitz ꝛc. empfangen. Die Begrüßung war überaus herzlich, die Musik spielte die österreichische Hymne. Der Kaiser geleitete seinen Gast unter lebhaften Begrüßungen des Publikums und Salut der Schiffe nach der „Hohenzollern", wo der Erzherzog mit Gefolge Wohnung nahm. Die Standarte des Erzherzogs wehte über der Kaiserstandarte. Nachmittags besichtigten der Kaiser und der Erzherzog noch eingehend den neuen Dreadnought „Thüringen". An der Abendtafel nahmen u. a. teil der Großherzog von Oldenburg, Prinz Georg von Bayern und der brasilianische Admiral Alexandrino de Alencor. Der Kaiser saß zwischen dem Erzherzog und dem Grafen Montecuccoli, dem er persönlich den Schwarzen Adler-Orden überreichte; auf der anderen Seite des Erzherzog-Thronfolgers saß Reichskanzler v. Bethmann Hollweg. Trotz regnerischen Wetters hatte sich am 5. früh eine ungeheure Menschenmenge eingefunden, 50 Begleitdampfer dicht gefüllt, die sich nach dem Bülker Feuerschiff begaben. Nach 9 Uhr setzte sich die „Hohenzollern" unter dem Kanonendonner der im Hafen liegenden Dreadnoughts „Thüringen", „Ostfriesland" und „Helgoland" und der Strandbatterien in Bewegung, nach 10 Uhr traf sie auf die bei Gabelsflach liegende Manöverflotte (21 Linienschiffe, 4 Panzerkreuzer, 8 kleinere Kreuzer, 66 Torpedoboote, 2 Minensuchdivisionen und 8 Unterseeboote), die nach dem Kaisersalut sofort die Defilierung begann. Das Wetter hatte sich in hellen Sonnenschein verwandelt, die Schiffe führten im Vortopp die deutsche, am Hauptmast die österreichisch-ungarische Flagge, die Mannschaften paradierten und brachten beim Passieren der Kaiserjacht, auf deren oberen Kommandobrücke Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand standen, drei Hurras aus. Nach der Parade folgte ein Manöver der Hochseeflotte nach einem bestimmten Programm, der Kaiser begab sich mit seinen Gästen auf dem Flaggschiff „Deutschland" in See, die Begleitschiffe mußten sich entfernen. Die Manöver zogen sich nach der Insel Fehmarn hin. Um 4 Uhr kehrte der Kaiser auf die „Hohenzollern" zurück. Um 7 Uhr war auf der „Deutschland" für die Fürstlichkeiten und anderen Gäste Abendtafel. Während der Rückfahrt nach Kiel wurde ein Nachtgefecht mit einem Angriff der gesamten Torpedobootsflotillen ausgeführt. Erzherzog Franz Ferdinand, der über die Leistungen der Flotte seine vollste Bewunderung ausgesprochen hatte, reiste am nächsten Vormittag nach 9 Uhr unter dem Salut der im Hafen liegenden Schiffe wieder ab. Kaiser Wilhelm geleitete ihn mit dem Großherzog von Oldenburg, dem Reichskanzler und Großadmiral v. Tirpitz zum Bahnhof, wo sich u. a. auch Prinz Waldemar von Preußen eingefunden hatte. Die Verabschiedung war überaus herzlich.

Ende August war Prinz Eitel Friedrich zum Statthalter von Pommern ernannt worden. Die Stellung hat nur eine präsentative Bedeutung und entspricht einem älteren Gebrauche. König Friedrich Wilhelm IV. und Kaiser Friedrich III. sind als Kronprinzen Statthalter von Pommern gewesen. Gewisse Leute wollten wissen, nun müsse auch der Kronprinz Statthalter von Posen werden. Vorläufig wurde er Kommandeur des 1. Leibhusarenregiments in Danzig. Der Kaiser übergab ihm am 15. September persönlich das Regiment und begab sich nach einer Besichtigung der Erneuerungsarbeiten an der Marienburg nach Cadinen.

Am 18. Oktober nahm er an der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals, einer Schöpfung des Professors Lederer, in Aachen teil. Er traf mittags ein und ritt vom Bahnhof unter der jubelnden Begrüßung der Bevölkerung zum Denkmalsplatze. Die Stadt war überreich geschmückt, 30.000 Menschen standen allein im Spalier. Unter den Ehrengästen befand sich auch eine holländische und eine belgische Deputation. Oberbürgermeister Veltmann hielt eine Ansprache mit reichen historischen Erinnerungen, worauf auf ein Zeichen des Kaisers die Hülle fiel. Das Denkmal macht einen vorzüglichen Eindruck. Hierauf ritt der Kaiser zum Münster, um die Ausschmückungsarbeiten zu besichtigen. Stiftspropst D. Bellesheim richtete an ihn eine Ansprache, in der er auch für die nie erlahmende Freigebigkeit des Kaisers dankte, ohne die die Ausschmückung des Münsters unmöglich wäre. Der Kaiser versprach weitere Förderung der Arbeiten am Münsterbau und besichtigte das in den letzten Jahren Vollendete. Hierauf begab er sich zum Festmahle im Rathause. Der Oberbürgermeister betonte in seiner Willkommansprache, daß die Bürgerschaft von Aachen hochbeglückt sei, daß wieder einmal, wie so oft in alter Zeit, hier im Palast Karls des Großen ein Deutscher Kaiser Festtafel hält. In dieser Stunde gedächte sie des Kaisers Friedrich III., dessen Geburtstag heute sei. Kaiser Wilhelm sei sein erster Erbe, und es sei ihm am Jahrestage der Schlacht bei Leipzig zu danken, daß er als Hauptaufgabe die Erhaltung der Eintracht und der Wehrkraft des deutschen Volkes betrachtet habe nach dem Bibelspruch: „Wenn ein starker Gewappneter seinen Palast bewahrt, so bleibt das Seine mit Frieden." Aus der Antwort des Kaisers verdienen folgende Sätze hervorgehoben zu werden: „Vom Vater für meinen einstigen Beruf erzogen, wuchs ich heran in Bewunderung und Ehrfurcht vor der Kaiserkrone, die ich dann mit ihrer Last und Verantwortung von ihm überkommen habe. Sie ist ein hehres Kleinod, von dem unter Gottes Schutz viel Segen für das Vaterland ausgegangen, und das sich als ein Hort seiner nationalen Ehre bewährt hat. Vertrauensvoll können alle Deutschen zu ihr aufblicken, und sie wird um so stärker sich erweisen, je mehr sie von der treuen Liebe und ernsten Mitarbeit des Volkes umgeben und gestützt wird."

Nach dem Festmahl fuhr der Kaiser, von der Menschenmenge stürmisch begrüßt, im Automobil von Aachen ab, über Cornelimünster, wo Abtei und Kirche besichtigt wurden, Montjoie, Schleiden, Gemünd, Kall, Euskirchen und Duisdorf nach Bonn, wo die Ankunft um 7 Uhr erfolgte. Von Aachen aus folgte dem kaiserlichen Automobil eine längere Strecke der Flieger Weyl und das Zeppelinpassagierschiff „Schwaben". Am folgenden Tage ging die Automobilfahrt über Hersel, Wesseling, Brühl zum Staatsgestüt Römerhof, dann über Lechenich, Zülpich, Euskirchen, Rheinbach nach Altenahr, wo Mittagsrast gehalten wurde, ferner über Adenau nach Mayen, von wo Schloß Bürresheim und Kloster Maria Laach besucht wurden. Dann wurde über Andernach, Remagen und Godesberg nach Bonn zurückgekehrt, wo die Studentenschaft dem Kaiser einen Fackelzug brachte. Unterwegs hatten ihn allerorten jung und alt jubelnd begrüßt. Am 20. ging die Fahrt zunächst über Duisdorf und Euskirchen nach Münstereifel, wo die historische Pfarrkirche besucht und der Enthüllung des Kaiserbrunnens, eines Werkes des Bildhauers Faßbender und des Oberbaurates Schwechten, beigewohnt wurde. Dann ging es über Blankenheim, Schmidtheim, Stadtkyll, Dreis nach Gerolstein, wo Frühstückpause war, weiter über Prüm zur Burg Schönecken und Schloß Malberg, Kyllburg, Eisenschmitt, Groß-Littgen, Wittlich und Bernkastel nach Schloß Lieser, wo beim Landwirtschaftsminister v. Schorlemer Abendtafel stattfand. Die Teilnahme der Bevölkerung war die gleiche wie an den Tagen vorher. In Lieser nahm der Kaiser das Kelterhaus in Augenschein, wo auch sein Lieblingswein „Lieserer Niederberg" gepreßt wurde. Nach 10 Uhr abends kehrte er nach Potsdam zurück.

Am 20. November machte Kaiser Wilhelm der großherzoglichen Familie von Baden in Baden-Baden einen Besuch und fuhr dann zu mehrtägigen Jagden zum Fürsten von Fürstenberg nach Donaueschingen. Am 11. Dezember stattete Fürst Adolf von Schaumburg-Lippe dem Kaiserpaare in Potsdam nach seinem Regierungsantritte seinen ersten Besuch ab. Es fand militärischer Empfang statt, Kaiser Wilhelm geleitete den Fürsten im Automobil nach dem Neuen Palais, wo er von der Kaiserin empfangen wurde. Der Kaiser verlieh dem Fürsten den Schwarzen Adler-Orden. Am 12. traf König Friedrich von Dänemark zu kurzem Besuch in Potsdam ein, wo auch der Herzogregent Johann Albrecht von Braunschweig weilte. Abends fand Hoftafel statt, an der außer dem König und dem Herzogregenten der Reichskanzler und mehrere Staatssekretäre teilnahmen. Viele Blätter wollten wieder einmal wissen, diese Besuche hätten mit der welfischen Thronfolge in Braunschweig in Verbindung gestanden. Am 19. wurde die vor kurzem aus Danzig nach Berlin zurückgekehrte Kronprinzessin von einem vierten Prinzen entbunden. Man freute sich in weiteren Kreisen, daß der Kronprinz auch in dieser Beziehung dem Vater ähnelte.

Schlußsitzung des Reichstags.

Die zwölfte Legislaturperiode des Reichstags neigte sich ihrem Ende zu. Der vor fünf Jahren unter so großen Hoffnungen zusammengetretene Reichstag, der trotz der eingetretenen Spaltung des sogenannten Bülowblocks in der Finanzreform und der Reichsversicherungsordnung große Aufgaben gelöst hatte, sollte am 17. Oktober noch einmal zu einer kurzen Sitzung zusammentreten, um noch einige in der Vorberatung weit fortgeschrittene Gesetzentwürfe zu erledigen. Der schon ins dritte Jahr gehende Parteienkampf, der nichts als eine Vorbereitung auf die nächsten Wahlen war, hatte den Sommer über in der alten Hitze fortgedauert und hatte sich in den Parteien der Linken zu einem förmlichen Haß gegen die Parteien gestaltet, die die Finanzreform zu stande gebracht hatten, und gegen den Kanzler, der sie unterzeichnet hatte. Er wurde nach allen Richtungen der äußeren wie der inneren Politik der Unfähigkeit geziehen, einerlei ob das dem Ansehen des Reiches nütze war und der Wahrheit entsprach oder nicht. Schon war der Gedanke, der die Wähler im Jahre 1907 zusammengeführt hatte, der Kampf gegen die Sozialdemokratie, vollständig vergessen, überschrien, in sein Gegenteil verkehrt worden. Es verbrüderten sich Leute, die auf der bürgerlichen Seite stehen, mit ihren Todfeinden, die sogar daraus kein Hehl machen, angeblich weil Deutschland unter dem Drucke eines „schwarzblauen Blockes" seufze. Und dabei seufzte in Wirklichkeit niemand, trotz der den radikalen Agitatoren unverhofft zu statten gekommenen Teuerung. Wer im Sommer und Herbst seine Augen aufgemacht hat, der hat wahrlich nicht beobachten können, daß sich trotz der „Teuerung" jemand etwas an Essen, Trinken, Rauchen, Humpelröcken u. dgl. hat abgehen lassen. Es war alles wie sonst, auch die mit aller Tendenz aufgestellten Statistiken haben nichts dafür bewiesen. Handel und Wandel blühte mehr wie je, aber alle Welt klagte über die Teuerung, denn sie stand ja in allen Zeitungen, die Wahlredner klagten öffentlich darüber und bedauerten das arme Volk wegen dieser angeblichen Folgen der „Blockpolitik". Die eigentlichen Preistreiber hatten ihre helle Freude daran. Und dieser unselige, dem „schwarzblauen Block" mit Leib und Seele verschriebene Reichskanzler trieb doch sichtlich eine das Reich tief demütigende Marokkopolitik! — Die Guten würden sich noch ganz anders gewundert haben, wenn die angeblich gebotene scharfe Haltung wegen „des bißchen Marokko" zu Mobilisierung und Krieg geführt hätte! Nahe genug ist man dem doch wahrlich gewesen.

Unter diesen Stimmungen begannen die Verhandlungen, für die die nicht allzu zahlreichen Abgeordneten wenig Interesse mitgebracht hatten. Da der Reichskanzler schriftlich angezeigt und am 18. auch im Hause erklärt hatte, er sei erst nach Abschluß der Marokkoverhandlungen bereit, die Interpellationen über die auswärtige Lage zu beantworten, so beschäftigte sich das Haus drei Sitzungen lang mit Interpellationen über Hergebrachtes und Nebensächliches, und es ist davon nur zu erwähnen, daß die Petition auf Einführung der Lateinschrift

verdientermaßen durch Übergang zur Tagesordnung beseitigt wurde. Als wenn wir Deutschen außer unserem Heerwesen und unserer Schrift noch viele besondere nationale Eigentümlichkeiten besäßen! Jeder Russe würde lachen, wenn man ihm mit der Beseitigung des Cyrillischen Alphabets kommen wollte. Erst am 20. trat der Reichstag mit der Beratung der Vorlage über die Versicherung der Privatbeamten in die eigentliche Arbeit ein, die er aber dann redlich und erfolgreich fortgesetzt hat, bis er am 5. Dezember sogar mit seiner unverkennbar einmütigen Haltung gegenüber den Einmischungsversuchen Englands in patriotischer Stimmung beschloß. Er hat patriotisch angefangen und ebenso geschlossen, möge sein Nachfolger auch so sein; es sind nicht alle Reichstage so gewesen, und einzelne haben sogar deshalb aufgelöst werden müssen. Der Wahrheit zur Ehre muß aber auch hier betont werden, daß das Lob des Fleißes nur den Kommissionen gebührt, die Plenarsitzungen waren in der Hauptsache Redeschauspiele vor der Öffentlichkeit zum Zwecke der Wahlbeeinflussung. Das zeigte sich recht deutlich in den dreitägigen Teuerungsdebatten vom 23. bis 25. Oktober, und zwar schon in der schwachen Besetzung des Hauses, obgleich eine Rede des Reichskanzlers angesagt war. Die Abgeordneten wußten aber, daß vor den Ohren der Wähler das leere Parteistroh noch einmal ausgeklopft werden sollte, und die Sache sonst keinen Zweck hatte. Die Tribünen waren freilich überfüllt, denn es gibt viele Leute, die den Reichstag „in Arbeit" sehen wollen und sich dazu die interessanten Tage aussuchen. Während der gewöhnlichen Sitzungen sind aber in der Regel die Tribünen ebenso gähnend leer wie der Sitzungssaal, die Journalisten und die Dienerschaft sind häufig in der Mehrzahl.

Am 23. begründeten zunächst die Parteien ihre Interpellationen. Abg. Spahn die des Zentrums, indem er hervorhob, die Abhilfemittel dürften die Landwirtschaft nicht schädigen, und an der Schutzzollpolitik dürfe nicht gerüttelt werden, der Sozialdemokrat Scheidemann sah gerade in dieser den einzigen Grund der Teuerung, und der fortschrittliche Abg. Oeser empfahl einen sofortigen Schritt zum allmählichen Abbau des Schutzzollsystems. Hierauf erhob sich der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu einer einstündigen Rede, die unzweifelhaft von der größten Wirkung gewesen wäre, wenn die von Wahlzwecken diktierten Parteiurteile nicht schon unverrückbar festgestanden hatten. Er hielt sich streng an die Sache, die er vollkommen beherrschte, und gab zu, daß ein ungewöhnlicher, für viele Haushaltungen unbequemer Zustand in der teilweisen Teuerung der Lebensmittel bestehe. Aber die Ernte sei günstiger ausgefallen als erwartet wurde, und der Unterschied der Detailpreise gegenüber den Preisen der Rohmaterialien sei unberechtigt. „Die sogenannten ‚großen Mittel', die Aufhebung der Zölle oder ihre Suspension, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch, werden uns doch zu keinem anderen Endzweck angepriesen, als um die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik zu beseitigen. (Sehr wahr! rechts.) .... Diesem Angriff gegen unsere Wirtschaftspolitik werden die verbündeten Regierungen wie bisher einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen." (Beifall rechts.) Den verbündeten Regierungen liege das Wohl des Volkes mindestens nicht weniger am Herzen als den Herren auf der Linken. Er setzte dann einleuchtend auseinander, daß die vielfach nur durch übertriebene Schilderungen verschlimmerte Teuerung durch die „großen Mittel" gar nicht beseitigt werden können, daß aber durch die Durchbrechung unserer Wirtschaftspolitik das wirtschaftliche Leben und der Wohlstand sowie die Wehrkraft des Volkes auf das schwerste gefährdet werden würden. Dazu werde er seine Hand nicht bieten. Zur Beseitigung gewisser vorhandener Notstände könnte außer den von der Regierung angeregten und selbst ergriffenen Maßnahmen von Gemeinden und Staatsbehörden allenfalls noch eine Abänderung der Einfuhrscheine und eine Änderung der Getreideausfuhrtarife in Betracht kommen. „Für mich ist die entschlossene Festhaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik Pflicht gegen das Land, und ich werde mich durch keinen Angriff in der Überzeugung irre machen lassen, daß ich damit auf dem richtigen Wege bin." Diese Ausführungen wurden bei der Rechten und beim Zentrum mit sich immer wiederholendem Beifall aufgenommen, während sich auf der äußersten Linken Zischen und große Unruhe bemerklich machte.

Die Blätter der äußersten Linken suchten die für ihre Agitation sehr unbequeme Rede dadurch herabzusetzen, daß sie sie als „Wahlrede" bezeichneten. Sie, die die ganze Interpellationsdebatte nur zu Wahlzwecken eingeleitet hatten, ziehen den Reichskanzler der gleichen Absicht. Es ist immer die alte Geschichte mit dem „Haltet den Dieb!". Die Debatte der folgenden Tage konnte nichts Neues mehr bringen, als daß nun auch die anderen Parteien ihr Wahl- und Parteisprüchelchen zu der Sache sagten und allerlei wiederholt wurde. Am zweiten Tage sprach sich der preußische Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer-Lieser unter eingehender Darlegung der Ernteergebnisse im Sinne der Ausführungen des Reichskanzlers aus. Als am 25. alle Redner ihr Pulver verschossen hatten, ging die Debatte aus wie das Hornberger Schießen. Kein Mensch in Deutschland hat infolge dieses reichstäglichen Paradeschauspiels eine Erniedrigung der Preise erlebt. Da die Vorlagen noch in den Kommissionen ruhten, vertagte der Reichstag seine Sitzungen bis zum 7. November.

Inzwischen war der Marokkovertrag unterzeichnet und auch sofort veröffentlicht worden. Zugleich wurde bekannt, daß der Kolonialsekretär v. Lindequist zurückgetreten war, weil ihm die Kompensationen nicht zusagten. Das war Wasser auf die Mühle der Opposition, und schon darum war der Rücktritt zu diesem Zeitpunkte ungehörig und widersprach den guten Traditionen des Beamtentums um so mehr, als niemand Herrn v. Lindequist angesonnen hatte, den Vertrag öffentlich zu vertreten. Fast noch widerwärtiger war aber, daß man ihm sofort von offiziöser Seite den Vorwurf der Unfähigkeit nachschleuderte. Darin lag ebenfalls eine bisher ungewohnte Verletzung alter guter Sitten, und die Stimmung wurde dadurch

nicht besser. Nachdem sich der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt mit Handelsvertragsangelegenheiten beschäftigt hatte, begann am 9. die Marokkodebatte unter ungeheurem Andrang im Hause wie auf den Tribünen. In der Hofloge sah man den Kronprinzen, der von Danzig gekommen war, mit den Prinzen August Wilhelm und Oskar, die Hofgesellschaft und das diplomatische Korps waren zahlreich vertreten, auch der französische Botschafter Cambon war anwesend.

Die Debatte wurde vom Reichskanzler mit einer sehr klaren und objektiven Darstellung der Marokkoverhandlungen eröffnet. Wer noch heute den Gedankengang dieser Rede ohne Voreingenommenheit verfolgt, der wird zu der Überzeugung kommen: Hier wird eine gute Sache mit guten Gründen vertreten. Schon im Mai war das Programm, das jetzt im Marokkovertrag erfüllt vorlag, beschlossen worden, und durch keinen Zwischenfall, keine Einmischung und Drohung hat sich die deutsche Regierung auch nur um Haaresbreite davon abdrängen lassen, sondern ihr Ziel voll erreicht. Dieser Inhalt der Rede hätte eigentlich jedes deutsche Herz mit Befriedigung erfüllen müssen, in dem nur auf Wahlreden gestimmten Reichstage war das jedoch nicht der Fall, die Bearbeitung der Öffentlichkeit durch die Presse hatte die Empfindungen des Volkes so weit irregeleitet, daß auch in keiner Partei des Reichstags noch Sympathien für die Marokkopolitik des Kanzlers und seines Staatssekretärs bestanden. Die Redeweise des Kanzlers, der immer nur streng sachlich den Gegenstand zur Beurteilung stellt, war natürlich auch nicht geeignet, neue Teilnahme anzuregen. Aber wenn er auch mit Engelszungen geredet hätte, diesmal hätte er das Übelwollen, das die vom Auswärtigen Amt gänzlich vernachlässigte Presse in monatelanger Hetzarbeit erzeugt hatte, nicht mehr ins Gegenteil verwandeln können. Er appellierte vergeblich an die Unbefangenheit der Hörer, denn diese war nicht vorhanden. Er wußte das auch und schloß mit den fast resigniert klingenden Worten: „Wir erwarten nicht Lob, fürchten aber auch keinen Tadel.“ Nur ein flüchtiges Bravo aus der Mitte begleitete diesen Schluß der Rede. Warum die Regierung mit den hier gegebenen Aufklärungen nicht sofort hervorgetreten war, als sich verderbliche Gerüchte über die Absichten Deutschlands, über die Haltung England gegenüber, sowie über die Stellungnahme des Kaisers ꝛc. verbreitet hatten, erhielt auch hier keine erschöpfende Erklärung.

In der sich anschließenden Debatte ließen der Redner des Zentrums Frhr. v. Hertling und der konservative Abg. v. Heydebrand zwar an ihrer schließlichen Zustimmung zu dem Abkommen keinen Zweifel, aber sie gaben in ihrer Kritik der allgemeinen Stimmung mehr nach, als wohl geschehen wäre, wenn der Reichstag verantwortlich über den Vertrag zu beschließen gehabt hätte. So war freilich in Aussicht auf die Wahlen eine populäre Kritik leicht, und einen wirklichen Schaden konnte man damit nicht anrichten. Auch die Einmischung Englands und die „grandiose Unverschämtheit“ Lloyd Georges konnte man, während der Reichskanzler sehr zurückgehalten hatte, scharf geißeln und so der Volksstimmung entgegenkommen. Am besten glückte das dem Abg. v. Heydebrand, und seine, das nationale Empfinden stark betonende, die Haltung Englands scharf zurückweisende Rede erweckte rauschenden Beifall im Hause bis weit in die Reihen seiner sonst erbittertsten Gegner, und veranlaßte auch den Kronprinzen in der Hofloge, mehrfach und aller Welt vernehmlich seine Zustimmung auszudrücken. Es gehört nun zu den Hauptstücken unseres Partei- und Pressetreibens, aus allem und jedem eine Parteisache zu machen und nichts ohne Parteibrille betrachten zu können. Am selben Abend waren sämtliche Blätter voll von der Neuigkeit, der Kronprinz habe gegen die Bethmannsche Politik und gegen England demonstrativ Partei ergriffen. Das war ihm gar nicht eingefallen. Er hatte einfach als junger Husarenoberst den wie leises Säbelgeklirr wirkenden Worten voll tiefster nationaler Empfindung des Abg. v. Heydebrand wiederholt lebhaft zugestimmt, weiter nichts, alles andere war Partei- und Preßmache. Er hatte sich allerdings vorher mit seinen Brüdern verständigt, die größten Berliner „Attraktionen“ gemeinsam zu genießen, am 9. die Marokkodebatte im Reichstag, am 10. eine Fahrt mit dem Zeppelin „Schwaben“. Das war alles. Er war zum erstenmal im Reichstag und hatte keine Ahnung, daß man seine unbefangenen Äußerungen der Teilnahme an den Verhandlungen zu Parteizwecken ausnützen werde. Er dürfte nun wenig Neigung haben, dem Reichstag ohne Notwendigkeit wieder nahezutreten, um so mehr da ihm die radikale Presse die von ihr selbst erst erdachte politische Rolle hinterher als unzulässige „Kronprinzenpolitik“ tadelnd vorwarf. Wie wenig an allem war, beweist die Tatsache, daß am selbigen Abend Kaiser, Kronprinz und Reichskanzler zusammen speisten; sie standen über solchem Parteiklatsch.

Der zweite Tag der Debatte brachte sachlich nichts Neues, war aber politisch interessanter. Nachdem der fortschrittliche Parteiredner Dr. Wiemer und der Reichsparteiler Schultz sich ihrer Redepflicht entledigt hatten, ergriff Herr v. Bethmann Hollweg wieder das Wort, um auszuführen, er habe kein Hehl daraus gemacht, daß er das Abkommen nicht für ein ideales Werk halte, aber keiner der Redner habe gezeigt, wie es anders zu machen gewesen wäre. „Meine Besorgnis bestand darin, es würde nun aus Ihrer Mitte ein Mann aufstehen, der mit klaren und guten Gründen einen anderen Weg als den meinigen bezeichnet, einen Weg, wie wir mit besserem Erfolge aus den marokkanischen Schwierigkeiten herausgekommen wären, als es tatsächlich der Fall gewesen ist. Ja, meine Herren, auf diesen Mann warte ich noch.“ Die Linke lachte über diese schneidende Ironie gegenüber ihrer Kritik. Lachen ist das übliche Gelegenheitsmittel, wenn man nichts zu sagen weiß. Der Reichskanzler beabsichtigte überhaupt, der meist aus Wahlrücksichten ohne Billigkeit geübten Kritik der Regierungspolitik einen scharfen Dämpfer aufzusetzen, und wandte sich den gestrigen Ausführungen des Abg. v. Heydebrand über das Verhalten der Regierung gegen-

über England zu, nachdem er dem Abg. Bassermann tadelnd vorgeworfen hatte, im Widerspruch mit den Tatsachen gesprochen zu haben. Der Tadel gegen den konservativen Redner gestaltete sich viel schärfer, wie ja auch Fürst Bulow vor zwei Jahren allein mit der konservativen Partei abgerechnet hatte. Es scheint, daß in neuerer Zeit die Taktik der konservativen Partei der Sonderstellung und Auszeichnung, die in diesen Kritiken liegt und sie hervorruft, nicht immer eingedenk ist.

Der Reichskanzler führte aus, Herr v. Heydebrand habe konstatiert, „daß wir in einer auf Beratung des ganzen englischen Ministeriums beruhenden Rede eine Sprache gehört hätten, die man als eine Demütigung und Herausforderung des deutschen Volkes bezeichnen könne, und über die ich leicht mit dem Ausdruck ‚Tischrede' hinweggegangen sei. Wenn Herr v. Heydebrand damit hat sagen wollen, daß ich eine demütigende Herausforderung der deutschen Nation sozusagen mit einer kleinen Wortverdrehung habe kaschieren wollen, so muß ich es ihm allein überlassen, wie er diese Schmähung seiner eigenen Regierung vor der ganzen Welt mit seinem Vorsatz, die Regierung nicht herunterzureißen, und mit seinem nationalen Gewissen vereinen will. (Lebhaftes Bravo links. Bewegung.) Meine Herren, ich muß es weiter bedauern, daß in diesem Hause über unsere Beziehungen zu einem fremden Staate, mit dem wir in normalen Beziehungen stehen, in einem Tone gesprochen worden ist, der vielleicht in Wahlversammlungen nützlich (Sehr gut! links), aber der in einem seiner Verantwortung bewußten Parlament nicht üblich ist. (Beifall links.) .... Leidenschaftliche und alles Maß übersteigende Worte wie die des Herrn v. Heydebrand mögen Parteiinteressen dienen, das Deutsche Reich schädigen sie. (Lebhafter Beifall links und bei den Sozialdemokraten.) .... Der Starke braucht sein Schwert nicht im Munde zu führen." (Lebhafter Beifall.) Weiter setzte der Reichskanzler auseinander, daß in den aufgeregten Reden nicht die Not und Ehre des Vaterlandes, sondern sehr viel unverantwortliche Wahlmache im Spiele sei, und schloß dann: „Um utopistischer Eroberungspläne und um Parteizwecke willen aber die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze zu bringen, das heißt den Patriotismus kompromittieren und ein wertvolles Gut vergeuden." (Lebhafter Beifall bei der Reichspartei, in der Mitte und links.)

Der Reichskanzler hatte an diesem zweiten Tage der Debatte viel günstiger abgeschlossen als am ersten; er hatte Temperament gezeigt und eine empfindliche Schlagfertigkeit bewiesen. Mit dem ihm angedichteten philosophischen Gleichmut war es also nichts, noch weniger war er der angebliche Sklave des „blauschwarzen Blocks". Davon mußte tatsächlich die Milieupresse auch einige Tage schweigen, sie konnte ja inzwischen in der „Vernichtung" der Konservativen durch den Reichskanzler schwelgen. Dann kehrte freilich der Vorwurf wieder, denn er bildete einen unentbehrlichen Bestandteil des liberalen Wahlrezepts, das man seit zwei Jahren zur „Heilung" des deutschen Volkes hartnäckig anwendete. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch der Beifall der Linken zu bewerten. Er war ja nur parteiische Freude über das ernste Mahnwort des Reichskanzlers, weil es an die Adresse des konservativen Parteiredners gerichtet war, aber eigentlich für alle galt. Nur war bei den meisten auf keine Wirkung zu hoffen. Wenn Abg. v. Heydebrand gegen Schluß der Sitzung versicherte, er habe im Sinne und mit voller Zustimmung seiner Partei gesprochen, so wird dadurch das Urteil darüber, ob der Reichskanzler in seiner Kritik recht hatte, gar nicht beeinflußt. Nach dem dritten Tage der Debatte ging der Marokkovertrag in die Budgetkommission. Der allgemeine Eindruck ging schon jetzt dahin, daß der größte Teil der Anklagen gegen die Regierung hätte unterbleiben müssen, wenn zur richtigen Zeit Aufklärungen gegeben worden wären. Da es nun aber Sache der Regierung sein muß, über das Maß der Veröffentlichung während im Gang befindlicher Verhandlungen selbst zu befinden, so läßt sich eben doch nicht verhehlen, daß der Stoffhunger der Zeitungen und die weitsichtig angelegte Wahlhetze die Hauptschuld trugen an der in weiten Kreisen zu Tage getretenen Mißstimmung.

Die weiteren Beratungen des Reichstags boten wenig Interesse. Das viel berufene Gesetz über die Schiffahrtsabgaben wurde nach sehr ruhigen Debatten angenommen, ebenso die Vorlagen über den Ausbau der Eisenbahnen in Deutschostafrika, über die Verhältnisse der Heimarbeiter und das Privatbeamtengesetz. Währenddem tagte die Budgetkommission, in der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter alle gewünschten Aufklärungen gab. Bald sickerte durch, daß auch diejenigen Mitglieder vollkommen zufriedengestellt seien, die bisher der Meinung gewesen waren, daß es die Regierung an der nötigen Festigkeit habe fehlen lassen. Die Oppositionspresse widersprach zwar aus begreiflichen Gründen, aber es war doch richtig, und ein offiziöser Auszug aus den Protokollen lieferte die vollste Bestätigung. Er lieferte aber auch den Beweis dafür, daß Deutschland in seiner Weltpolitik auf Schritt und Tritt von einem Feinde jenseit des Kanals begleitet wurde, von dem es sich jederzeit eines brutalen Überfalles versehen durfte, was durch überraschende Enhüllungen von englischer Seite bestätigt wurde. Die wiederholt gespannte Lage ließ auch die Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes in einem neuen Lichte und erklärlich erscheinen.

So kam die Schlußsitzung am 5. Dezember heran, in der die Erörterungen über die auswärtige Lage zu Ende geführt werden sollten. Es war ein nach jeder Richtung hin „großer parlamentarischer Tag". Nach Erledigung der letzten dritten Lesungen berichtete Abg. Frhr. v. Hertling über die Verhandlungen der Budgetkommission, und dann begann der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg seine fast durchgängig von Beifall begleitete Rede. Nach seiner Darlegung habe die Regierung nicht mehr für die Aufklärung der öffentlichen Meinung in Deutschland tun können, da sie auf die öffentliche Meinung in Frankreich, mit dem allein sie doch zum Ziele kommen wollte, Rücksicht nehmen mußte. Es sei übrigens nicht Schuld der deutschen Reichsregierung, wenn er jetzt mehr sagen könne als vor vier Wochen. Anknüpfend an die vor zwei

Tagen gehaltene versöhnliche Rede Sir E. Greys erklärte er, England habe weder an dem Marsche der Franzosen nach Fez noch an dem Vorgehen der Spanier Anstoß genommen, wohl aber an der Entsendung des „Panther". Es sei schon am 30. Juni über die deutschen Absichten unterrichtet worden, habe aber sein Mißtrauen beibehalten. Nach einer „Periode des Schweigens" kam dann die Rede Lloyd Georges. Der englische Premierminister habe über dieselbe bemerkt, wenn Englands Interessen einmal nicht mehr so offen ausgesprochen werden könnten, dann wäre es überhaupt keine Großmacht mehr. „Genau dasselbe Recht nehme ich für Deutschland in Anspruch." (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Die Marokkowirren sind entstanden, weil Deutschland dieses Recht nicht eingeräumt werden sollte. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben uns nicht auf die Seite schieben lassen. Für die politische Erregung, die Sir E. Grey als politischen Alkoholismus bezeichnet und der in England das Spielen mit dem Kriegsgedanken hervorgerufen habe, sei Deutschland nicht verantwortlich. Englische Interessen sind durch Deutschlands Vorgehen nicht berührt worden. Jetzt habe Sir Grey dem Abkommen zugestimmt und den Wunsch auf bessere Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen. Der Reichskanzler schließt sich diesem Wunsche an, bemerkt aber, solche Wünsche seien schon oft laut geworden, und England möge ihnen durch seine Politik positiven Ausdruck geben. Deutschland müsse sich stark halten, dann wird kein anderer Staat Streit mit ihm suchen. „Wir sind durch eine ernste und schwere, durch eine bedrohliche Zeit hindurchgegangen. Das hat das deutsche Volk richtig gefühlt, möge es nun auch hier klar erkennen, was es sich selber schuldig ist. Das ist weder Niedergeschlagenheit noch herausfordernder Übermut, sondern freier Blick und kaltes Blut, ruhige Kraft und feste Einigkeit in großen nationalen Fragen." (Lebhafter wiederholter Beifall auf allen Seiten.) Der patriotische Schluß des Reichskanzlers gab den Grundton an für die folgenden Parteiredner, die sich durchaus auf den Boden der Tatsachen stellten und auch die Wahrung der nationalen Interessen anerkannten. Warum hatte man sich durch das Gehetze ununterrichteter Zeitungen darüber täuschen lassen? Die auswärtige Politik wird stets vorwiegend Vertrauenssache bleiben, und für die Einsicht der Erwählten eines Volkes spricht es nicht, wenn sie sich in dieser Beziehung von Unberufenen haben in die Irre führen lassen. Die neue Einmütigkeit wurde übrigens den Abgeordneten leicht gemacht durch die vom Kanzler ausgesprochene Zustimmung zu dem von der Kommission vorgeschlagenen Gesetzentwurf, nach dem die künftige Erwerbung von Kolonien der Zustimmung des Reichstags bedürfen soll. Ob dadurch die Kolonialpolitik wirklich eine Förderung erfahren wird, darf bezweifelt werden. Wer erinnert sich dabei nicht Bismarcks und der Samoafrage?

Der Widerhall der patriotischen Worte, mit denen der Reichstag schloß, blieb ohne besondere Wirkung, denn schon hatten die eifrigsten Parteien ihre Wahlaufrufe veröffentlicht, und die anderen folgten nun auch. Aber in denen spielte der Patriotismus höchstens die Rolle einer Verbrämung. Der übrige Inhalt bestand aus Parteieitelkeit, Beleidigung der Gegner und Mandatshunger. Das deutsche Volk stand dieser Überschwemmung ohne treuen Eckhard gegenüber.

Das Parteitreiben.

Wer auch noch so treu seinem Programm anhängt, wird sich doch in ruhigen Stunden selbst sagen müssen, daß die gegenwärtige Überspannung der Parteigegensätze und die fanatische Neigung, jede vorkommende politische Frage unter die radikalste Form der eigenen Parteiüberzeugung zu zwingen, weder notwendig noch im vaterländischen Interesse wünschenswert oder gar nützlich sind. Doch die Erscheinungen sind einmal da, erben sich fort, wachsen an, werden auch gelegentlich rückläufig, verschwinden aber nur bei gewaltigen Ereignissen. Darin liegt freilich der Beweis, daß diese Übertreibungen der Parteigegensätze nichts Ursprüngliches, sondern Menschenmache sind, erdacht und gesteigert nicht um des Gemeinwohls willen, sondern unter dieser Maske zur Befriedigung persönlicher Interessen der verschiedensten Art. Die Eitelkeit, in der Öffentlichkeit genannt und beklatscht zu werden, spielt dabei eine große Rolle. Und gerade dieses eitle und eigensüchtige Treiben meist von Leuten, die sich durch große politische Worte eine Bedeutung zuzulegen suchen, die ihnen sonst gar nicht zukommt, hält eine große Anzahl unterrichteter und weitblickender Männer von der Beschäftigung mit der Politik zurück, obgleich für unser Volk nichts besser wäre, als daß diese berufenen Leute die Beeinflussung der öffentlichen Meinung in die Hand nähmen. Aber sie genieren sich, in die von unsauberen Händen aufgerührten Gewässer einzutauchen, und wählen meistens für gewöhnlich nicht einmal mit, da ihnen weder der Kandidat A noch der Kandidat B zu imponieren vermag. Das Ergebnis jener gewerbsmäßig betriebenen Politik ist ein unverkennbarer Rückgang in der Qualität der Abgeordneten, längst wiegt schon der Berufspolitiker vor, der aus dem Mandat ein Gewerbe macht, die Zahl der Abgeordneten, die außerdem noch etwas in der Welt bedeuten, geht von Wahlgang zu Wahlgang zurück. Die Folge von allem ist eben der Rückgang des Ansehens des Parlamentarismus in allen Ländern und die Zunahme der Achtung und des Einflusses der Krone und des unabhängigen Beamtentums. Wo letztere beide Staatseinrichtungen nicht vorhanden sind, wie beispielsweise in Frankreich und in den Vereinigten Staaten, sind auch die öffentlichen Verhältnisse geradezu scheußlich. Wer kann, lebt aus der Staatskrippe, d. h. aus der Tasche der anderen.

Solche Zustände sind glücklicherweise in Deutschland nicht möglich und werden sich auch nicht einstellen. In einzelnen Großstädten herrscht wohl schon eine ausgesprochene Parteiherrschaft mit Begünstigung der Parteigenossen auf öffentliche Kosten, aber im Reiche und in den Einzelstaaten noch nirgends. Alle Behauptungen über Bevorzugungen gewisser Stände erweisen sich bei genau-

erer Einsichtnahme als unbegründet. Unfähige Leute kommen nicht in die Ämter; wie könnte sonst Deutschland fast auf allen Gebieten voranstehen? Die meisten von der allgemeinen Gleichmacherei getadelten Einrichtungen haben durch hervorragende Leistungen in schweren Zeiten ihre Berechtigung dargetan. Gerade diese Leistungen haben die Grundlage für das heutige Wohlleben geschaffen, in dessen Genuß die lebende Generation vergessen hat, welchen Staatseinrichtungen sie Dank schuldet, und daß sie sich heute genau von denselben, kaum merklich anders frisierten Phrasen gängeln läßt, wie sie in der preußischen Konfliktszeit gegen Bismarck im Schwange waren. Der deutsche Philosoph Hegel hat behauptet: Die Völker lernen nichts aus der Geschichte. Die lebende Generation seines Volkes scheint ihm recht zu geben, sie macht genau die gleichen Bocksprünge wie ihre Vorfahren vor einem halben Jahrhundert. Und sie kann viel weniger zu ihrer Entschuldigung anführen als jene. Damals waren die Besten des Volkes um ihre Einheitshoffnungen betrogen und wieder in den Sumpf des Bundestags zurückgeführt worden, und zwar nicht ohne Schuld Preußens. Es war also ein gewisses Mißtrauen gerechtfertigt, man hätte sich freilich nicht von Leuten, die in Deutschland ein bißchen Februarrevolution nachahmen wollten, so weit verführen lassen sollen. Aber wie steht es heute? Ist irgend ein Mißtrauen gerechtfertigt? Daß Bismarck und Moltke nicht mehr leben, ist doch kein Grund dafür. In vierzig Friedensjahren hat Deutschland manchen Sturm erlebt und glücklich überwunden, der wirtschaftliche Aufschwung war so auffällig und bedeutend, daß er den Neid der ganzen Welt und besonders den des mächtigsten Konkurrenten erweckte. Überall behauptet sich Deutschland in der vordersten Reihe. Und sind die Einrichtungen, die einst die Grundlagen zu allem geschaffen und ihre Sicherheit für die Zukunft verbürgen, etwa in Verfall geraten? Die Taten der deutschen Detachements in China und Südwestafrika haben vor aller Welt das Gegenteil bewiesen, die Japaner haben in ihren Kämpfen zu Wasser wie zu Lande die deutsche Kriegskunst — nicht etwa die englische, französische oder russische — zu Grunde gelegt und damit gesiegt. Liegt in dem allen auch nur der geringste Anlaß zu Mißtrauen oder gar zu einer Agitationsweise, wie sie in der ersten Ministerzeit Bismarcks üblich war?

In den weitesten Kreisen des Volkes besteht auch dieses Mißtrauen nicht, es besteht jetzt wie damals bloß in gewissen Kreisen der sogenannten Intellektuellen, die allerdings die Presse für sich haben, mit der Land und Volk bearbeitet wird. Man muß freilich schon siebzig Jahre alt sein, um zu durchschauen, daß die jetzige Agitation nur eine Wiederholung der damaligen ist; die heutige Generation weiß das nicht und verfällt gutgläubig den Phrasen, mit denen sich schon ihre Großväter und Väter einfangen ließen, bis die Großtaten Bismarcks wenigstens für einige Jahrzehnte so viel Klarheit schufen, daß die Phrasenwirtschaft um ihre Geltung kam. Jetzt ist das alles vergessen, die unfruchtbare, zersetzende Phrase herrscht wieder, vergällt dem Unbefangenen die Freude an der großen und schönen Wirklichkeit, in der er lebt, und vergeudet auf allen Gebieten der Öffentlichkeit unnütz Kraft und Zeit, die besser zum Nutzen des allgemeinen Wohles und des Vaterlandes angewendet würden. In allen parlamentarischen Körperschaften wiegt das Phrasendreschen und Reiten der Parteisteckenpferde vor und beeinträchtigt die ehrliche, pflichtgemäße Beratung. Die eigentliche Aufgabe des Parlaments, den Regulator in dem vom Beamtentum verwalteten Staate zu spielen, wird daneben vollkommen vernachlässigt, und der Beamte fühlt sich diesem Unvermögen gegenüber erst recht als Herr des Staates. Ein großes Unglück ist das gerade nicht, denn das Beamtentum ist im allgemeinen tüchtig und gewissenhaft, aber gerade der Parlamentarismus büreaukratisiert den Staat noch mehr als früher. Denn jeder, unter Umständen ganz berechtigte, Angriff gegen Mißstände wird mit gehässiger Parteilichkeit und Übertreibung vorgebracht — dabei meist mit bedauerlicher Unkenntnis der wirklichen Sachlage, und die Regierungen und fast immer auch die Mehrheit der anderen Parteien haben alle Hände voll zu tun, um die Autorität des Staates vor der Gehässigkeit der Übertreibungen zu wahren, so daß der vielleicht berechtigte Zweck des Angriffs durchaus in den Hintergrund tritt. Das Beamtentum schneidet dabei in der Regel vortrefflich ab und kann sich nur gehoben fühlen. Bei der nächsten Gelegenheit wird aber der gleiche Fehler mit demselben Mißerfolg wiederholt.

Dieses Parteitreiben hat in den letzten Jahren eine besondere Verschärfung erfahren und einen willkommenen Agitationsstoff dadurch erhalten, daß die Parteitaktik der Konservativen bei der Finanzreform ihnen den Schein des Eigennutzes auflud. Das ist im abgelaufenen Jahre noch weiter ausgenutzt worden und hat eine gegenseitige Parteigehässigkeit hervorgerufen, die sich sonst nur während der kurzen Wahlagitationszeit zu zeigen pflegte. Die fast allein herrschende liberale Presse aller Schattierungen hat freilich seit der Finanzreform kein Hehl daraus gemacht, daß sie nur noch Wahlagitation betreiben werde. Für den objektiven Beobachter war ohne weiteres klar, daß damit das Parteileben wieder auf den Standpunkt vor der Reichstagswahl von 1907 angekommen war, und daß die nächsten Reichstagswahlen darum auch die erfreuliche Zurückdrängung der Sozialdemokratie wieder zu nichte machen werden. Die aus der Vereinigung der drei linksliberalen Gruppen hervorgegangene fortschrittliche Volkspartei und die immer mehr in das Fahrwasser der Jungliberalen geratenen Nationalliberalen rechneten aber anders. Es ist schon in den Vorjahren nachgewiesen worden, daß sie sich in dem bedauerlichen Irrtum befanden, die Wahlen von 1907 hätten einen „liberalen Aufschwung" gebracht. Für Parteien, die kaum einen einzigen festen Wahlkreis haben und bloß in Stichwahlen durch Unterstützung von rechts oder links überhaupt am Leben erhalten werden, konnte freilich der Wahlausfall von 1907 berauschend wirken. Fortschrittliche wie Nationalliberale machten die erfreuliche Erfahrung, daß sie schon bei der Hauptwahl eine ungewohnte Zahl von Mandaten errungen hatten, die sich in den Stichwahlen ge-

wohntermaßen erheblich vermehrten. Die ihnen neu zugewachsenen Wahlstimmen hielten sie nun ohne weiteres für liberal. Das war ein großer Irrtum, der die Grundlage aller weiteren Irrtümer und der Verfeindung der bürgerlichen Parteien geworden ist. Die Stimmen waren ihnen bloß zugefallen, weil sie sich zu der nationalen Wahlparole des Fürsten Bülow bekannt hatten, es waren also nationale Stimmen. Statt den Schluß zu ziehen, daß der Liberalismus nur eine Zukunft hat, wenn er sich unbedingt auf den nationalen Boden stellt, träumten sie von einem Erfolg des alten, mehr oder weniger international gefärbten Liberalismus und handelten danach. Es dauerte gar nicht lange, bis auch die fast vergessenen demokratischen Ideen vom „parlamentarischen Regiment", vom „Kampf wider Junker und Pfaffen" und die demokratische Freundschaft für die republikanische Sozialdemokratie wieder in Schwung kamen, und nach dem öffentlichen Bruch mit den Konservativen bei der Finanzreform war auf dieser abschüssigen Bahn kein Halten mehr.

Vergeblich blieben alle Warnungen, daß die Spaltung der bürgerlichen Parteien nur der Sozialdemokratie zu gute kommen müsse, daß die Liberalen selbst keinen Vorteil davon haben würden. Sie hatten sich in den vermeintlichen Aufschwung so verrannt, daß auch die Lehren der Reichstagsnachwahlen wirkungslos blieben. Sie setzten ihre Hoffnung ausschließlich auf den „Kampf gegen rechts". Die Fortschrittler fingen schon an, die Sozialdemokraten in den Stichwahlen zu unterstützen — also die vollständigste Umkehr von 1907. Seit jener Zeit hatten 27 Nachwahlen stattgefunden, bei 16 konnten die Parteien ihren Besitzstand behaupten. Das Gewinn- und Verlustkonto stellte sich folgendermaßen: Die Sozialdemokraten eroberten 10 Mandate und verloren keines; die Welfen gewannen 1 Mandat, es waren also insgesamt 11 nationale Wahlkreise verloren gegangen. Die fortschrittliche Volkspartei gewann 2 und verlor 2 Mandate, die Nationalliberalen gewannen 4 und verloren 6, die Konservativen verloren 4, die wirtschaftliche Vereinigung 3 Mandate, das Zentrum gewann 1 Mandat und verlor 3. Die ganze liberale Agitation hatte dem „blauschwarzen Block" im ganzen 9 Mandate gekostet, aber auch die Liberalen hatten 2 verloren, der Gewinn war der Sozialdemokratie zugefallen. Die Liberalen jubelten und versüßten sich den eigenen Verlust mit der Schadenfreude, daß der „Block" noch mehr verloren hatte. Aus eigener Kraft hatten die Liberalen nur das unsichere Mandat in Lyck-Oletzko-Johannisburg*) errungen, die übrigen Gewinne, die ihren Gesamtverlust von zwei Mandaten nicht aufhoben, waren nur durch die Unterstützung der Sozialdemokraten erzielt worden, die sich dadurch mit einem Gewinn von 10 bürgerlichen Mandaten bezahlt machten. Es war vorauszusehen, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen ähnliche Verhältniszahlen aufweisen würden. Traurige Aussichten nach dem großen Wahlerfolg der vereinigten bürgerlichen Parteien im Jahre 1907! Die Verblendung war aber unter der Hetzarbeit der Milieupresse bei den Liberalen so fest eingewurzelt, daß sie sich keine Gedanken darüber machten. Die Ersatzwahl in Gießen brachte die Überraschung, daß ein Teil der Fortschrittlichen an dem Grundsatze von 1907 festgehalten, die Parole der Parteileitung, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten zu stimmen, nicht befolgt und dem Kandidaten der wirtschaftlichen Vereinigung zum Siege verholfen hatte.

*) Es ist 1912 wieder im ersten Wahlgang verloren gegangen.

Leider bestand zu Ende des Jahres keine Aussicht, daß in der Verhetzung der Bevölkerung vor den Neuwahlen nach Neujahr eine Abschwächung eintreten werde. Kenner des deutschen Volkstums wissen freilich aus langjähriger Erfahrung wie aus der Geschichte, daß die politische Verblendung gleicher oder ähnlicher Art in Deutschland eigentlich der Normalzustand ist. Das deutsche Volk lebt in der Gewißheit, daß es im großen und ganzen gut regiert wird, und hat das Vertrauen, daß die Regierung schon dafür sorgen wird, daß es niemals zum ärgsten kommt. In dieser Stimmung leistet es bei jedem Anlaß im Räsonieren und Unzufriedentun Erkleckliches und gestattet sich bei Wahlen und auf der politischen Bierbank noch ärgere politische Extratouren wie Italien im Dreibund. Die Neigung zur Kritik und zum Besserwissen ist stark entwickelt, nicht minder die Veranlagung zum Mißtrauen, wovon schon Tacitus zu berichten weiß. Wer diese eigenartige Besaitung des deutschen Volksgemütes hübsch zu spielen versteht, der kann Stimmungen und Disharmonien erzeugen, die bei anderen Völkern schlechthin unmöglich sind. Und die Milieupresse, die in allen Handgriffen der Verhetzung erfahrene demokratische Agitation, die bürgerliche wie die sozialdemokratische, verstehen meisterlich diese Saiten anzuschlagen. Wer aber geübte Ohren besitzt, hört trotz alledem den gesunden Grundton durch. Trotz aller agitatorischen Schaumschlägerei an der Oberfläche ist der deutsche See in seiner Tiefe ruhig und klar und läßt ein leuchtendes Spiegelbild treuer Sicherheit erkennen, sobald der Schaum zerreißt. Das zeigte sich deutlich, als es von England kriegsdrohend herüberklang. „Sie sollen nur kommen," ging es durch alle Herzen, nirgends gab es ein Mißtrauen gegen Kaiser und Kanzler, kein einziger zweifelte daran, daß alles in Ordnung sei, und jeder, oben wie unten, seine Schuldigkeit tun werde. Eine parlamentarische Regierung hätte vielleicht diese Stimmung benutzt, sie noch gesteigert und dann unter einem Vorwand den Reichstag aufgelöst, um günstige Wahlen zu erzielen. Die deutsche Reichsregierung hat solche Mätzchen nicht nötig. Wenn der Kaiser ruft, kommen doch alle, auch die Sozialdemokraten, bis auf die, die von Natur Drückeberger sind. Was das Wählen betrifft, so muß es das deutsche Volk eben noch lernen. Ob der Reichstag bequem oder unbequem ist, kann Kaiser und Kanzler ziemlich gleichgültig sein. Bismarck sagte einmal darüber im Namen der Regierung: „Wir können es ebenso gut aushalten wie Sie."

Der nationale Aufschwung wurde bald wieder in dem Treiben der Wahlagitation erstickt, weil von England aus nichts Ernstliches geschah

und die Regierung nicht gut Aufschlüsse geben konnte, um die Gefahr nicht zu vergrößern. Über den günstigen Abschluß der Marokkoverhandlungen erfuhr das Volk die Wahrheit auch erst beim Schluß des Reichstags. Obgleich die Milieupresse hier ebenfalls, um nicht ihr bisheriges Treiben Lügen strafen zu müssen, zu mäkeln und besserzuwissen versuchte, konnte doch kein Zweifel darüber bestehen, daß ein bemerkenswerter Erfolg der deutschen Diplomatie vorlag, ebenso wie bei dem Übereinkommen mit Rußland. Einsichtige Männer hatten das schon erkannt und vor der törichten Verkleinerung des Reichskanzlers gewarnt. So schrieb der Oberstudienrat Dr. Egelhaaf Mitte November im „Schwäbischen Merkur" folgende treffende Bemerkung wider die Nörgler: „Glauben sie wirklich, Männer in Vorschlag bringen zu können, die in einem Jahr zwei solche Erfolge aufweisen werden, wie einmal die Sicherung unserer wirtschaftlichen Interessen in Marokko samt dem Erwerb einer Kolonie, die halb so groß ist wie Deutschland, und dann die Zertrümmerung der letzten Hoffnung französischer Revanchelust auf die russischen Bajonette?" Die Milieupresse hütete sich, so zutreffende Urteile zu verbreiten, und suchte ihr offenkundiges Mißwollen und ihre auf sachliche Unkenntnis beruhenden Angriffe damit zu entschuldigen, daß sie vom Reichskanzler gänzlich ohne Information geblieben sei. Wenn man nichts weiß, soll man aber auch nicht reden, als wenn man's wüßte. Statt sich mit der Erfindung von des Kanzlers Unfähigkeit groß zu tun, wäre es doch die Pflicht einer wirklich ernsthaft um das Volkswohl bemühten Presse gewesen, seine Eigenart zu erkennen, statt ihn zu verunglimpfen. Es wäre doch nicht schwer gewesen, einzusehen, daß solche Zurückhaltung, abgesehen von der Vorsicht in auswärtigen Dingen, lediglich in seinem echten und wahrhaft bescheidenen Werkstolz zu suchen war, der nur durch Tun, nicht durch Berühmung gewinnen will. Nach seiner Ansicht soll das Werk den Meister, nicht umgekehrt der Meister sein Werk loben. Die Erkenntnis davon dringt nur langsam in die Tiefen des Volks, und die Milieupresse hatte kein Interesse, nach dieser Richtung zu wirken. In ihre Wahlagitation paßte besser die Fabel vom unfähigen Kanzler, gerade wie in den Achtzigerjahren die fortschrittliche Presse dem Schöpfer des Deutschen Reiches, dem Fürsten Bismarck, unausgesetzt die unwahre Behauptung entgegenschrie: „Es gelingt ihm nichts mehr." Es sind immer die alten Agitationsmittel; nur wer sie zum erstenmal erlebt, dem erscheinen sie neu, und das unbefangene Volk läßt sich immer wieder täuschen.

So diplomatisch und wirtschaftlich erfolgreich auch das Jahr für Deutschland abschnitt, so war die Stimmung am Schlusse doch unbegreiflich schlecht, denn die erfolgreichen Tatsachen waren erst so spät bekannt geworden, daß sie keine tiefgehende Wirkung mehr auszuüben vermochten. Dazu war die seit dritthalb Jahren geschürte Agitation auch noch durch äußere Zufälle geradezu begünstigt worden. Wie ein Geschenk des Himmels ist ihr die Teuerung in den Schoß gefallen und fast noch drastischer wie die Finanzreform ausgeschlachtet worden. Unter dem Lärm der Presse wurden Preissteigerungen durchgeführt, die durch die tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise begründet waren. Selbstverständlich sollten die Agrarier schuld sein. Zu der in natürlichen Verhältnissen begründeten, über die ganze Kulturwelt verbreiteten Teuerung gesellte sich nun die Überteuerung, auf die, um radikale Wahlen zu erzielen, mit deutlicher Absichtlichkeit hingewirkt wurde. Die Abhilfemaßregeln der Regierung wurden verhöhnt und der Reichskanzler der Untätigkeit geziehen. Und er hatte doch die fortschrittliche Stadtverwaltung von Berlin erst daran erinnern müssen, wie viel sie selbst z. B. durch Versorgung mit Seefischen wie andere Städte des In- und Auslandes, zur Abhilfe tun könne. Darüber redete die Milieupresse natürlich so wenig wie möglich, aber daß die Agrarier an allem schuld seien, blieb ihr Leitmotiv, und darum müsse der blauschwarze Block mit Hilfe der Sozialdemokraten vernichtet werden. Im Kampfe gegen das Zentrum, den die gesamte Presse von „Bassermann bis Bebel" mit gewohnter Hartnäckigkeit führte, kamen ihr zu statten die merkwürdigen Erlässe der Kurie, die selbst den Katholiken eingestandenermaßen ungelegen waren und, wenn sie auch hinterher als für Deutschland nicht gültig erklärt wurden, doch erwünschte Gelegenheit boten, die „schwarze Gefahr" in den groteskesten Formen auszumalen und dem Volke die seit Jahren bitter empfundene und bei der letzten Reichstagswahl mit Erfolg bekämpfte „rote Gefahr" als das kleinere Übel hinzustellen.

Die konservative Partei befand sich in keiner beneidenswerten Lage, gegen sie richtete sich der Hauptsturm der vereinigten Linken von Bassermann bis Bebel, gegen sie war der Hansabund gegründet worden. Es ist schon in früheren Jahren hervorgehoben worden, daß sie infolge taktischer Mißgriffe und rednerischer Entgleisungen an ihrem früheren Rufe als vornehmste Partei erhebliche Einbuße erlitten hatte, während beispielsweise die verwandte Reichspartei sich fleckenlos erhalten hatte. So mutvoll sie auch den Kampf aufnahm und mit anerkennenswerter Tapferkeit führte, so blieb sie auch jetzt nicht von selbstverschuldeten Mißgeschicken verschont. Es wäre unzweifelhaft taktisch klüger gewesen, wenn in der Marokkodebatte der ursprünglich zum Redner bestimmte, maßvolle Graf Kanitz aufgetreten wäre, als daß der temperamentvolle Herr v. Heydebrand mit dem Reichskanzler zusammenstieß. Zur Herstellung des früheren Ansehens hat dieser Zwischenfall nicht beigetragen. Auch im Wahlkampfe ist nicht immer die der Partei ursprünglich eigentümliche Kunst vornehmen Maßhaltens geübt worden. Die verärgerten Angriffe der Bassermannschen Gruppe der Nationalliberalen boten doch kaum genügenden Anlaß, in den Erwiderungen nun die gesamte nationalliberale Partei in einen Topf zu werfen. Das hat gerade in den norddeutschen nationalliberalen Kreisen, die der Agitationsweise ihres süddeutschen Fraktionsführers keinen Geschmack abzugewinnen vermögen, Befremden erregt, und sie haben bedauert, daß das zur Verschärfung der Gegensätze in den nationalen Kreisen der Bevölkerung beigetragen hat. Daß dagegen wiederholt von konservativen Männern betont wurde, sie würden nicht dafür zu haben sein,

künftig in Stichwahlen den mit den Sozialdemokraten verbündeten Fortschrittlern zu Mandaten zu verhelfen, ist zu selbstverständlich, als daß man darüber Worte zu verlieren brauchte.

Das Zentrum hat abermals bewiesen, daß es über einen Stab taktisch erfahrener Führer verfügt. Sie haben aus früheren Fehlern nützliche Lehren gezogen und sich klug gehütet, neue Mißgriffe zu machen. Der Schlag, den die Partei durch die Gründung des von ihr heraufbeschworenen Bülowblocks erlitten hatte, ist überwunden. Man hat sich gehütet, wieder den Schein einer den großen nationalen Angelegenheiten abgewandten Haltung auf sich zu laden, und im Gegenteil in allen Fragen dieser Gattung positiv mitgearbeitet. Der Linksabmarsch der Liberalen, der im parlamentarischen Treffen eine große Lücke gelassen hatte, ist dieser Haltung zu statten gekommen. Es bleibt trotzdem ein großes Verdienst der Parteileitung, daß sie ihre Leute, auch den partikularistisch-demokratischen bayrischen Flügel, bei der positiven Arbeit zusammengehalten hat. Die infolgedessen gesteigerten Angriffe der liberalen Presse und die Erfindung des „blauschwarzen Blocks" haben der Partei nicht geschadet. Nichts hält sie fester zusammen, als die unausgesetzte liberale Anfeindung. Dagegen hat die Parteileitung klar durchschaut, daß ihr nur von einer den populären Reichsinteressen gegnerischen Politik Gefahr droht, und hat darum in all diesen Fragen stramm zur Regierung gestanden. Bei dieser nationalen Haltung ist die nach der letzten Reichstagsauflösung entstandene Bewegung nationaler Katholiken gegen die Politik des Zentrums aus Mangel an Stoff nicht zu Kräften gekommen. Dagegen hat die schärfere Betonung des reinpolitischen Moments, die sogenannte „Kölner Richtung", in minder weitblickenden Männern, zu denen selbstverständlich auch der mit dem letzten Mißgeschick der Partei verknüpfte Herr Roeren gehört, Feindschaft erregt, und man betont da den ausschließlich katholischen Charakter der Partei. Dieser Gegensatz zwischen der „Kölner" und der „Berliner" Richtung hat auch im verflossenen Jahre bestanden und zu mehrfachen Zeitungsfehden geführt, in die sich auch römische und Wiener ultramontane Stimmen eingemischt haben. Der offensichtliche Zweck, ein Eingreifen der Kurie gegen die „Kölner Richtung" zu bewirken, ist nicht erreicht worden. Erfreulich ist, daß das intransigente Verhalten der Polen doch endlich bei der Zentrumsleitung die Erkenntnis hervorzurufen beginnt, daß zum Schutz der deutschen Katholiken in der Ostmark eine andere Haltung zur Polenfrage notwendig wird. Der Katholikentag in Mainz vom 7. bis 10. August verlief großartig, war aber ohne politische Färbung.

Die Nationalliberalen haben sich im verflossenen Jahre äußerlich immer weiter nach links treiben lassen, ob auch innerlich, wird die Zukunft lehren. Die Männer, die einst die Partei im Kampfe um die Entstehung des Reiches schufen, sind ausgestorben, ihre Nachfolger glauben, in ihrem Sinne zu handeln. Da aber das nationale Ziel erreicht ist und auf die Dauer gesichert erscheint, darum die damalige nationale Glut aus Mangel an Brennstoff im Verglimmen begriffen ist, mag es erklärlich erscheinen, wenn der nationale Charakter der Partei mehr und mehr hinter dem liberalen zurücktritt. Es scheint aber den Führern zu entgehen, daß damit das Wesen der Partei verloren geht und sie ihre Existenzberechtigung aufgibt. Der jungliberale Flügel, der aus eigenem Erleben von der alten nationalliberalen Partei nichts mehr weiß, drängt ja auch auf eine große gemeinsame liberale Partei hin, hat also den Grundgedanken der Partei bereits aufgegeben. Die süddeutsche Leitung hat das übrige hinzugetan zu der Tatsache, daß zum erstenmal seit dem Bestehen des Reiches diese Mittelpartei im Gegensatze zu ihren Traditionen an der Seite des radikalen Liberalismus und unter dem jubelnden Beifall der Sozialdemokratie einen Vernichtungskampf gegen die ehemaligen Bundesgenossen führt. Die Zukunft wird lehren, ob die Partei das aushalten wird. Die Bedenken dagegen, die namentlich von den norddeutschen Mitgliedern laut geworden sind, haben sich keine Geltung zu verschaffen vermocht, selbst die grundsätzliche Stellung gegen die Sozialdemokratie ist im Süden bereits aufgegeben, zum Teil sogar schon in ein Bündnis verwandelt worden. Trotz der unverkennbaren inneren Gegensätze ist es dem phrasengewandten Führer Bassermann noch immer geglückt, in wortreichen Resolutionen — auch auf dem Parteitage in Kassel — die Einheit der Partei nach außen hin aufrecht zu erhalten.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat die Befürchtungen, die im Vorjahre an die Wahl gerade dieses Namens geknüpft wurden, vollauf gerechtfertigt. Ihre einzige Verstärkung hatte sie in den letzten Wahlen erzielt, weil sie sich auf den nationalen Boden stellte. Eine Lehre hat sie daraus nicht gezogen, sondern sich immer offener dem Radikalismus hingegeben und selbst den Standpunkt Eugen Richters verlassen, der stets ein ausgesprochener Gegner der Sozialdemokratie blieb, obgleich er übersah, daß gerade seine radikale Opposition ihr nur den Boden bereitete. Jetzt wurde die Sozialdemokratie kaum noch als Gegner ausgegeben und vielmehr als stiller Bundesgenosse behandelt. Bei der Nachwahl in Halle wurde sogar die angebotene Stichwahlhilfe der Konservativen abgelehnt und lieber das Mandat den Sozialdemokraten ausgeliefert, um es mit dieser Partei nicht zu verderben, auf deren Unterstützung man bei den bevorstehenden Reichstagswahlen gegen den „schwarzblauen Block" rechnete und auf einen großen Parteizuwachs hoffte. „Die erste Aufgabe ist überall, die Förderung der Partei!" stand im fortschrittlichen Wahlaufrufe beim Reichstagsschlusse. Das von den schlesischen Konservativen angetragene Wahlbündnis gegen die Sozialdemokraten (wie 1907) wurde abgelehnt, dagegen proklamierte der süddeutsche Abg. v. Payer schon damals das Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten für die Stichwahlen. Und doch war erst vor kurzem Stolypin meuchlerisch ermordet und im Wiener Abgeordnetenhause auf den Justizminister v. Hochenburger ein sozialdemokratisches Attentat verübt worden! Man scheute sich gar nicht mehr, in Deutschland die Gesinnungsgenossen dieser Sippschaft offen zu unterstützen. Im Juni veranstaltete

die Partei große Feiern aus Anlaß ihres angeblich fünfzigjährigen Bestehens. Wie weit die heutige fortschrittliche Volkspartei berechtigt ist, sich nach einer langen Geschichte parlamentarischer Unfruchtbarkeit und innerer Zwistigkeiten als Nachfolgerin der ehemaligen Deutschen Fortschrittspartei hinzustellen, mag hier unerörtert bleiben. Der Zweck der Feiern war augenfällig Stimmungsmache für den zukünftigen Wahlsieg. Es wurde dabei auch viel geredet und geschrieben von der Idee der deutschen Einigkeit, die in der Deutschen Fortschrittspartei gelebt habe. Daß dies aber hauptsächlich aus Opposition gegen die preußische Regierung der Fall war, der man keine deutsche Einheitspolitik zutraute, ist ebenso wahr wie die Tatsache, daß die Partei dem Staatsmanne, dem das Reich seine Gründung verdankt, hartnäckig die Mittel zur Durchführung verweigerte. Und sie hat fünfundvierzig Jahre an dieser Gegnerschaft gegen die Machtmittel des Reiches unentwegt festgehalten bis vor fünf Jahren unter Bülow; sie hatte dafür auch — zum erstenmal — statt des ständigen Rückganges eine Zunahme bei den Wahlen erfahren.

Die Sozialdemokratie sah dem Kampfe der bürgerlichen Parteien mit Behagen zu, ihr Weizen blühte, die Niederlage von 1907 wurde ausgewetzt. Bebel sah schon anfangs Juni für die nächsten Wahlen einen so erheblichen Zuwachs an sozialdemokratischen Stimmen voraus, daß er eine Wendung der inneren Politik als möglich prophezeite. Er hofft also, den „großen Kladderadatsch" nicht mehr zu erleben. Da die Milieupresse den Linksabmarsch der Wähler in allen Tonarten empfahl, so hatte die Sozialdemokratie nicht nötig, selbst große Anstrengungen zu machen. Der Zulauf mußte von selbst kommen, dagegen war es klug, mit Rücksicht auf die 1907 zu Tage getretene Stimmung des Bürgertums, durch sanftes Auftreten die erwarteten Mitläufer nicht kopfscheu zu machen. Das zeigte sich deutlich auf dem Parteitage, der wieder in Jena abgehalten wurde. Vor sechs Jahren hatte dort Bebel selbst gesagt: „An dem Tage, wo Blut fließt, bin ich in der ersten Reihe." Diesmal wurden solche Barrikadenklänge nicht vernommen, von Umsturz war nicht die Rede und der sonst immer in Aussicht gestellte Massenstreik wurde sorgsam umschrieben. Da war es, wenn auch nur mit Worten, noch auf dem vorigen Parteitage in Magdeburg ganz anders zugegangen. Damals standen freilich keine Wahlen in Aussicht, da hieß es, der geschlagenen Partei und dem Bürgertum mit großen Worten zu imponieren. Jetzt galt es, die revisionistische Maske vorzubinden, um die Mitläufer ja nicht stutzig zu machen. Für diese war auch Bebels Referat über die Marokkoresolution berechnet, denn man mußte auf die nationale Stimmung Rücksicht nehmen. Eine Woche vorher, in Berlin, als es sich darum handelte, wieder einmal die „Genossen" in Massen auf die Straße zu zitieren, hatte man bei der Marokkodemonstration ganz anders „gegen die Kriegshetzerei" losgezogen. Das Massenexerzitium auf den Straßen wurde auch bei Begräbnissen, insbesondere bei denen des Abg. Singer und des Abg. Borgmann eifrig geübt.

Streitigkeiten und gegenseitige Anfeindungen sind bei einer so viele Köpfe zählenden Partei natürlich, und sie werden in dem in diesen Kreisen üblichen Tone ausgefochten, ohne daß je ernstliche Spaltungen entstünden. Dieser feste Zusammenhalt liegt weniger an der zwingenden Macht der sozialdemokratischen „Prinzipien", als an der vorzüglichen Organisation. Keine Partei verfügt über eine so große Zahl unbedingt zuverlässiger Unterführer, deren materielle Existenz mit dem gegenwärtigen Bestand und den herrschenden Zuständen so eng verknüpft ist, wie die sozialdemokratische Partei. Weniger der Geist als die Magenfrage ist es, die die 10.000 Parteiangestellten an die Futterkrippe bindet, sie alles tun läßt, damit die Partei und somit die Parteikasse wächst. Ist kein Geld da, gibt es keine Gehälter für die „Bourgeoisstellen", zu denen sie sich emporgeschwungen haben und um die sie von den bloß zahlenden Genossen beneidet werden. Hört das auf, so müssen sie wieder arbeiten, und um das zu vermeiden, strengen sie sich an, die Partei beisammenzuhalten und zu vermehren. Revisionistische oder republikanische „Prinzipien" sind ihnen in hohem Maße gleichgültig, ebenso die Streitereien der Führer und der Blätter; wer oben bleibt und die Partei zusammenhält, kann auf ihre unbedingte Unterstützung rechnen. Natürlich kosten diese Organisationen viel Geld, und Hunderttausende von Arbeitern, angeblich von den „Arbeitgebern ausgebeutete und verelendete" Leute, zahlen jährlich zwischen 50 und 100 Mark Wochen- und Jahresbeiträge für die Zwecke der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie. Es liegt nahe, daß bereits ansehnliche Millionen für den angeblichen allgemeinen Streik angesammelt worden sind, aber ebenso, daß allgemeine wie partielle Streiks, die diese Kapitalien rasch verzehren, sehr von dem Interesse der angestellten Gehaltsempfänger beeinflußt werden, denen vor allem daran liegt, daß die Arbeiter Geld verdienen, damit sie ihre ordentlichen wie außerordentlichen Beiträge bezahlen können. Freilich muß dazwischen schon einmal ein wenig gestreikt werden, denn das verlangt das „Prinzip" und die immer in Aufregung erhaltene Arbeiterschaft; auch ist es nötig, den Arbeitgebern zuweilen die „Autorität" der Parteileitung zu zeigen. Die Sozialdemokratie betrachtet wohl jeden Streik als erwünschte Waffe für den Klassenkampf, ihr ist ein verlorener Streik ebenso lieb wie ein gewonnener, aber der teure Verwaltungsapparat und das Interesse der angestellten Unterführer sorgen dafür, daß die kostspieligen Streiks viel seltener sind als die Arbeiter wünschen. Übrigens sind seit den Tagen von Crimmitschau die Arbeiter in keinem großen Lohnkampfe siegreich gewesen.

Polen, Dänen und Welfen.

In der Ostmarkenfrage hat sich im abgelaufenen Jahre wenig geändert. Die Polen sind die alten geblieben, sie agitieren weiter für ihr zukünftiges Reich und gegen die Deutschen, die ihnen dabei am meisten im Wege stehen. Die in ihren Reihen nach jedem vorübergehenden Er-

folg stets ausbrechende Uneinigkeit hat zwar bereits einige Schatten vorausgeworfen, aber bisher ist es noch zu nichts Rechtem gekommen, weil eben ein wirklicher Erfolg, um dessen wegen man sich entzweien könnte, noch fehlt. In Deutschland ruft man vielfach nach Klarheit in der Polenpolitik der preußischen Regierung. Der für die Ansiedlungspolitik zuständige Landwirtschaftsminister v. Schorlemer hat zwar im Abgeordnetenhause mehrfach versichert, daß eine Änderung nicht beabsichtigt werde, auch der Reichskanzler hat nach Posen telegraphiert: nunquam retrorsum, aber die anscheinende Abneigung der Regierung, das Mittel der Enteignung, das ihr auf ihr Drängen vor drei Jahren in die Hände gegeben wurde, nun auch anzuwenden, hat in vielen Kreisen, und namentlich bei den von Kampfeszorn erfüllten Deutschen in der Ostmark, die Befürchtung aufkommen lassen, daß eine lauere Beurteilung der polnischen Frage, die noch vom Fürsten Bülow als die wichtigste innerpolitische Frage Deutschlands bezeichnet wurde, Platz gegriffen haben könnte. Daß die Enteignung nur als letztes Mittel in der Not angewendet werden sollte, stand ja von vornherein für alle nicht aufgeregten Politiker außer Frage, aber daß sich in drei Jahren noch kein Anlaß ergeben haben sollte, von dem früher als unentbehrlich bezeichneten Kampfmittel Gebrauch zu machen, will eben vielen Leuten nicht einleuchten. Die Gegner der Enteignung auf der Rechten und die der gesamten Polenpolitik Abgeneigten auf der Linken haben wieder Mut gefaßt und bemühen sich, in weiteren Kreisen Verwirrung anzurichten, um ihre Zwecke zu fördern, und schon darum täte eine volle Klärung der Lage not.

Die Mitte der Achtzigerjahre entstandene polnische Volkspartei hatte nach zehnjährigem Kampfe den Einfluß der Adelspartei gebrochen und die Leitung der nationalen Angelegenheiten an sich gerissen. Gegen Ende des Jahrhunderts hatte wieder die aus Warschau und Krakau importierte nationaldemokratische Richtung das Heft in die Hand bekommen, und neuerdings wirbt eine neuentstandene nationale Volkspartei um die Leitung und Herrschaft. Die Entwicklung ist ziemlich rasch nach links fortgeschritten und infolgedessen auch die nationale Entfremdung, aber ebenso auch die staatliche Fruchtlosigkeit der nationalen Agitation. Die Versöhnungspolitik, wie sie durch Herrn v. Koszielski vertreten war, hatte seinerzeit u. a. die Ernennung Stablewskis zum Erzbischof von Gnesen-Posen erzielt, wodurch die polnische Agitation eine nicht geringe Stütze erhielt, dem heutigen intransigenten Polentum wird nichts Ähnliches erwiesen werden; tatsächlich ist auch der Stuhl des „Fürstprimas von Polen" seit Jahren leer, und ein Pole wird ihn nie einnehmen. Trotz aller Reibereien der einzelnen polnischen Gruppen untereinander, besteht kein Zweifel darüber, daß alle miteinander, namentlich die ausschlaggebenden demokratischen Mitglieder der Führerschaft, nicht bloß jede Annäherung zwischen Deutschtum und Polentum verhindern, sondern darüber hinaus die Gegensätze und Spannungen noch weiter verschärfen werden. Nach dem Tode des Organisators der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, des Prälaten Wawrzyniak, sind durch das Andrängen von allerhand Projektenmachern finanzielle Schwierigkeiten entstanden, die aber vorübergehender Natur sein dürften. Im April gab es ein großes Gerede über die beabsichtigte Heimführung der Leiche des Kardinals Ledochowski nach Posen. Er hatte bekanntlich wegen Übertretung der Maigesetze zwei Jahre Gefängnis in Ostrowo abgebüßt, war vom staatlichen Gerichtshofe seines Amtes enthoben worden und nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis nach Rom gegangen. Noch vorher hatte ihn Papst Pius IX. zum Kardinal erhoben. In Rom war er gestorben. Hätte er, wie es anfangs schien, die Staatshoheit anerkannt, dann hätte er als deutscher Kirchenfürst in Frieden seine Tage beschließen und auch seine letzte Ruhestätte in seiner Kathedralkirche finden können. Aber sein Haß gegen die preußische Regierung, die weder für die Herstellung des Kirchenstaates noch für die des Polenreiches zu haben war, trieb ihn von Ungehorsam zu Ungehorsam und schließlich aus dem Amte. Seit seinem Tode im Jahre 1902 ruhte zwar mit Bewilligung der Regierung sein Herz im Dome zu Gnesen, aber sein weiterer testamentarischer Wunsch, im Dome zu Posen beigesetzt zu werden, war unerfüllt geblieben. Jetzt war um die Bewilligung zur Beisetzung nachgesucht, aber wie die „Nordd. Allg. Ztg." offiziös mitteilte, anfangs Mai wieder zurückgezogen worden. Die polnische Presse versicherte darauf ihren Lesern, Ledochowski sei gar kein polnischer, sondern nur ein kirchlicher Märtyrer gewesen. Wenn die Bewilligung erteilt worden wäre, hätte sie sicherlich anders gesprochen und dafür gesorgt, daß die Beisetzung nicht „in aller Stille" vor sich gegangen wäre.

Im übrigen sind die Agitationen zur Ausbreitung der allpolnischen Idee von „Myslowitz bis Danzig und Königsberg" unermüdet fortgesetzt worden. Alles, was deutsch ist, wird bekämpft und die „Germanisierung durch die Kirche" ist ein besonderes Thema geworden, um die deutschen katholischen Geistlichen ihres Einflusses zu berauben. Der polnische Terrorismus, unter dem die deutschen Katholiken in Osten schwer leiden, hat schließlich dem Zentrum die Augen darüber geöffnet, daß der Kampf auch dem deutschen Katholizismus gilt. Das ist vornehmlich in Oberschlesien der Fall, so daß im Spätsommer auch Kardinal Dr. Kopp es in einer Verfügung für unstatthaft erklärte, Pfarrhäuser und pfarrliche Grundstücke zur Abhaltung politischer Agitationsversammlungen herzugeben, und daß eine bedauerliche Schädigung des seelsorgerischen Einflusses darin liege, wenn ohne des Geistlichen Zustimmung andere Geistliche in seiner Gemeinde Wahl- und Agitationsreden halten. Er wurde deshalb von der Krakauer Presse wiederholt wütend angegriffen. In Oberschlesien haben sich aber doch gegen Jahresende die deutschen Katholiken mit den übrigen deutschen Parteien für den Wahlkampf gegen die Polen vereinigt.

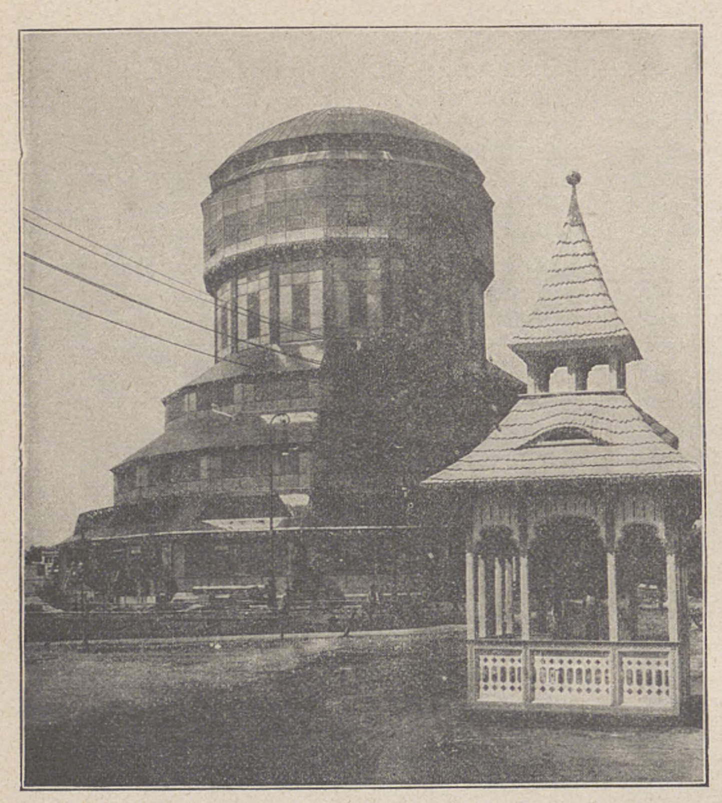
Mit lautem Jubel nahm auf dem „Deutschen Tag" in Posen am 21. Mai die wohl

20.000 Männer zählende Festversammlung die Antwortdepesche des Reichskanzlers entgegen, die seiner Freude darüber Ausdruck gab, „daß die Ostmärker durch die aus der Luft gegriffenen Gerüchte über einen angeblichen Wechsel in der Ostmarkenpolitik der Regierung sich nicht beirren lassen und gesonnen sind, in Einigkeit Hand in Hand mit der Regierung auf dem alten Wege fortzuschreiten. Nunquam retrorsum!" Tagsvorher hatte freilich die Ausschußversammlung des Ostmarkenvereines in ihrer Resolution gesagt: „In weiten patriotischen Kreisen ist die Sorge erwacht, daß es sich um eine neue Wendung in der Behandlung der ganzen Ostmarkenfrage handle." Des Deutschen Mißtrauen ist leicht erweckt, und darum hatte der Reichskanzler recht, wenn er die Einigkeit betonte. Wenn eines not tut, so ist es in einer nationalen Frage von solcher Bedeutung vor allem Einigkeit, und zwar nicht bloß zwischen Regierung und Ostmarkenverein, sondern zwischen allen Deutschen ohne Unterschied der Konfession und Partei. Grundbedingung dafür ist gegenseitiges Vertrauen. Die allgemeine Meinung der Nationalgesinnten geht nun dahin, daß die Ansiedlungspolitik mindestens ein Menschenalter fortgesetzt werden muß. Darin ist die Entscheidung gegeben für die Lösung der polnischen Frage, wie sie erreicht werden kann und muß. Durch sie und die innere Kolonisation, von der die Tätigkeit der Ansiedlungskommission nur ein Teil ist, steht und fällt das Schicksal des ganzen preußischen Ostens, in dem die Abwanderung nach den Städten das Slawentum nachzieht. Das Ergebnis der letzten Volkszählung hat bewiesen, daß es der entschiedenen Ostmarkenpolitik, wie sie seit einem Jahrzehnt durchgeführt wurde, tatsächlich gelingt, das zahlenmäßige Verhältnis der Nationalitäten zu Gunsten der Deutschen zu verschieben und somit dem Ziele langsam aber sicher näher zu kommen. In der Enteignungsfrage hatte der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer aber auch recht, wenn er in der Finanzkommission des Herrenhauses am 28. März sagte: „Die Staatsregierung allein hat die Verantwortung für die Prüfung dieser Voraussetzung und für die daraufhin zu treffende Entscheidung zu tragen, sie kann sich deshalb in ihren Entschließungen auch nicht durch die in der Presse, in Vereinen und Versammlungen geäußerten Wünsche, sondern lediglich durch sachliche und gewissenhafte Beurteilung der Verhältnisse bestimmen lassen."

Am 26. April waren 25 Jahre verflossen, seitdem die Ansiedlungskommission unter dem Fürsten Bismarck ins Leben gerufen worden war. Trotz der großen Schwierigkeiten ist es gelungen, ein großes nationales Werk zu schaffen, das in zunehmender Weise die Anerkennung zahlreicher Besucher findet. Bisher sind in 300 Dörfern 19.000 Familien angesiedelt worden, die das ehemalige Landschaftsbild umgewandelt haben und das beste Bollwerk gegen das vorwärtsstrebende Polentum sind. Auf dem neuen Kaiserpalast in Posen sind sechs Figuren: ein Ritter, ein Mönch, ein holländischer, ein salzburgischer, ein westfälischer und ein schwäbischer Bauer angebracht zum Hinweis, daß die Kolonisation des Ostens eine Fortsetzung der seit dem XIII. Jahrhundert begonnenen deutschen Einwanderung sein soll. Die Kraft der heutigen Ostmarkenbewegung beruht wesentlich auf dem Andenken an den eisernen Kanzler, der dem nationalen Streben auch nach dieser Seite die Richtung gewiesen hat, denn vorher war die vom Liberalismus beherrschte öffentliche Meinung in Deutschland dem revolutionären Polentum günstig. Anfangs Mai war es zwischen dem Landwirtschaftsminister Frhrn. v. Schorlemer und dem Ostmarkenverein zu einem lebhaften Wortaustausch gekommen, weil in dem Vereinsorgan der „Ostmark" die Haltung der Regierung in der Enteignungsfrage ziemlich unparlamentarisch besprochen worden war. Frhr. v. Schorlemer antwortete scharf, wenn er auch hinterher die nationalen Verdienste des Vereines warm anerkannte. Gewisse Leute wollten aus dem Zwischenfall schon eine Absage an die Bismarcksche Ostmarkenpolitik herauslesen. Dieser war leider durch die üble deutsche Gepflogenheit hervorgerufen worden, aus dem vermeintlichen eigenen Besserwissen heraus die verantwortlichen Stellen ohne weiteres der Pflichtwidrigkeit zu zeihen. Nach dem Telegramm des Reichskanzlers an den Ostmarkenverein durfte die Sache als beigelegt gelten. Weiteres Nachdenken erregten die Äußerungen des Landwirtschaftsministers im preußischen Abgeordnetenhause, daß sich eine Verlangsamung der Ansiedlungspolitik empfehle, weil es notwendig sei, eine sorgfältige Auswahl unter den Ansiedlern zu treffen, weil durch stürmisches Betreiben die Güterpreise übermäßig gesteigert würden und auch bei Anwendung der Enteignung das bisherige Tempo nicht eingehalten werden könne. Diese Auffassung begegnete vielfachem Widerspruch.

Am 16. Mai wurde in Posen die Ostdeutsche Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft eröffnet. Zur Feier war der Kronprinz, der das Protektorat übernommen hatte, eingetroffen und wurde von den ungeheuren Menschenmassen, die sich bei dem herrlichen Wetter eingefunden hatten, mit hellem Jubel begrüßt. Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer und Handelsminister Sydow waren mit ihm gekommen. Nach der Eröffnungsrede des Oberbürgermeisters Dr. Wilms erklärte der Kronprinz die Ausstellung für eröffnet, worauf unter Führung des Oberbürgermeisters der Rundgang durch die Ausstellungshallen erfolgte, während draußen Böllerschüsse und Festmusik das Ereignis der Eröffnung verkündeten. Der Kronprinz besichtigte die Haupthalle eingehend und wurde zum Schlusse nach dem Oberschlesischen Turme geführt, wo ein Frühstück stattfand. Nach dritthalbstündigem Verweilen fuhr der Kronprinz zum Bahnhofe zurück, wo inzwischen seine Gemahlin eingetroffen war, mit der er die Reise nach Petersburg antrat. Die Ostdeutsche Ausstellung war eine der gelungensten Unternehmungen dieser Art während der letzten Jahre. Sie kam den Ausstellungen in München und Nürnberg gleich und überragte die letzte Düsseldorfer. Verhältnismäßig schwach war die Landwirtschaft vertreten neben der Industrie, in der wieder die oberschlesische vorherrschte. Die Polen hatten die Aus-

stellung nicht beschickt, die Absicht, sie zu boykottieren, wurde aber nicht gehalten und hinterher sogar bedauert, um so mehr, da die Ausstellung den lobenswerten Grundsatz vertrat, daß nur Erzeuger, keine Händler, ausstellen durften. Der sogenannte „Clou" der Ausstellung war der Oberschlesische Turm, tatsächlich eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges. Wie schon erwähnt wurde, fand am 20. und 21. Mai auch der „deutsche Tag" des Ostmarkenvereines in Posen statt, der viele Tausende von Menschen aus allen Teilen des Reiches herbeigeführt hatte. Ingleichen hatte der Deutsche Städtetag seine Versammlung am 10. bis 12. September nach Posen ausgeschrieben, zu der zahlreiche Teilnehmer, zum größeren Teile aus dem deutschen Süden und Westen, nach der Ostmark gefahren waren. Es fehlte also zu keiner Zeit an Besuch, und so erfüllte sich auch die letzte Hoffnung der Polen nicht, daß die Ausstellung bankerott werden möchte.



Der große Turmbau der Oberschlesischen Eisenindustrie.

Eine größere Anzahl von Teilnehmern des Städtetages unternahm unter Führung des Vorstandsmitgliedes des Ostmarkenvereines, Oberst Kardinal v. Widdern, eine dreitägige Ostmarkenfahrt, die nach Thorn und nach den Ansiedlungen Gohlau und Osterbitz, weiter über Graudenz nach Marienburg führte und den Gästen aus dem Westen und Süden erkennen ließ, welchen schweren Kampf das Deutschtum in Osten bestehen muß, daß aber auch erfreuliche Erfolge der Ostmarkenpolitik zu Tage treten. Sie waren insgesamt darüber einig, daß die Ostmarkenpolitik fortgeführt werden muß. In der zweiten Hälfte des Juni hatten auch gegen 150 Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses der Stadt Posen und der Ausstellung einen Besuch abgestattet. Als Dank für das Gesehene und die herzliche Aufnahme beschlossen sie auf Vorschlag des Präsidenten v. Kröcher, für den Sitzungssaal der Posener Stadtverordnetenversammlung ein Kaiserbild malen zu lassen. Die schon erwähnte türkische Studienkommission verweilte am 26. und 27. Juni in Posen. Mehrere städtische Einrichtungen, die Ausstellung und zwei Ansiedlungsdörfer wurden eingehender Besichtigung unterzogen. Ende September hielten sich auch wieder japanische Gäste, zwei Professoren, in Posen auf, um über das Ansiedlungswerk Studien zu machen.

Die Dänen führen den Kampf um die Lostrennung Nordschleswigs weiter, und zwar um so erbitterter, je aussichtsloser ihre politischen Bestrebungen bleiben müssen. Versöhnungsversuche sind unnütz, denn die Dänen wollen nicht versöhnt sein. Zu ihrem großen Ärger ist zu Norburg auf der Insel Alsen im Frühjahr eine deutsche Volksschule eröffnet worden. Es wurden wiederholt aus Dänemark gekommene Agitationsredner ausgewiesen und neue Domänenkäufe gemacht. Das Spielen der Dänen mit dänischen Bezeichnungen und Ortsnamen führt zu allerhand Vorkommnissen mehr lächerlicher Art, wie sie in ähnlicher Weise von den Tschechen in Deutschböhmen ins Werk gesetzt werden. Trotzdem verzichten immer mehr Eltern im Interesse ihrer Kinder auf den dänischen Religionsunterricht und ziehen die einsprachige Schule vor. Die dänische Partei hat für ihre Agitationszwecke einen Kampf einzuleiten versucht für die Naturalisierung der sogenannten „Staatslosen", d. h. der keinem Staate angehörigen 3000 Abkömmlinge eingewanderter Reichsdänen im nördlichen Schleswig. Die preußische Regierung hat selbstverständlich keine Veranlassung, die dänische Partei durch diese Leute zu verstärken. Die Erfahrungen, die sie mit dem Optantenvertrag von 1907 gemacht hat, spricht nicht für eine Änderung.

Die Welfenfrage steigt und sinkt mit den Schwankungen der nationalen Strömung im Reiche, ohne je gefährlich werden zu können. Seit sich die nationalen Parteien in Hannover infolge der parlamentarischen Vorgänge bei der Finanzreform verfeindet haben, dürften die Welfen wieder mehr hervortreten. Der Herzog von Cumberland „regiert" in Gmunden weiter als König im Exil; daß aber seine verwandtschaftlichen Verhältnisse den persönlichen Verkehr mit dem preußischen Königshause ermöglicht haben, ist bisher ohne politische Folgen gewesen. Die Voraussetzungen, unter denen eine Erbfolge in Braunschweig möglich wäre, sind unverändert geblieben. Auch die gesteigerten Hoffnungen einiger zukünftiger adeliger Hofschranzen und bürgerlicher Hoflieferanten im Braunschweigischen werden sich noch lange gedulden müssen.

Reichsverteidigung.

Das abgelaufene Jahr hat wieder einmal offenkundig dargetan, daß Deutschlands militärische Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Lande und nicht minder auch seine finanzielle Rüstung für alle Fälle der wichtigste Blitzableiter gegen heranziehende politische Gewitter und damit auch gegen alle Bedrohungen des europäischen Friedens ist. Die Bereitschaft der englischen Flotte im September zum Angriff, die Inspizierung der Festungen der französischen Ostgrenze durch den englischen General French sind durchaus keine Proben friedlicher Absichten gewesen. Daß es hinterher wieder niemand Wort haben will, liegt nahe, denn sonst müßte man ja zugeben, daß man sich nicht loszuschlagen getraut hatte. Es hat aber Leute genug gegeben, die dazu Lust hatten, und noch andere diesseit und jenseit des Kanals, die durch systematische Herabsetzung des deutschen Heeres die heimische Stimmung für den Krieg empfänglich zu machen suchten. Ob dann die Erkenntnis des eigenen Unvermögens oder der Respekt vor Deutschlands Macht die Stimmung wieder gedämpft hat, ist gleichgültig, denn beides kommt in Wirklichkeit auf dasselbe hinaus. Wenn darum auch das Deutsche Reich im abgelaufenen Jahre 815 Millionen für das Heer und 460 Millionen für die Flotte aufgewendet hat, so sind das wirklich nützliche Ausgaben für Schutz und Sicherheit gewesen. An ein starkes Deutschland zu Lande hat sich die Welt schon gewöhnen müssen, auch Frankreich und Rußland, und an ein seemächtiges Deutsches Reich wird sie sich ebenfalls gewöhnen, auch das stolze England. Darüber ist man in Deutschland bis in die Reihen der blindesten Opposition vollkommen eines Sinnes, und man unterläßt auch auf der erwähnten Seite das jämmerliche Geflenne über die Steuern, insoweit die Reichsverteidigung in Frage kommt. Es wäre auch lächerlich in einem Volke, das dreimal mehr für alkoholische Getränke zu verwenden hat, als es für sein Heer ausgibt. Deutschland kann und wird sich nie der Gefahr aussetzen, als unterliegender Teil in einem großen Feldzuge sein Nationalvermögen um 20 und mehr Milliarden Mark schädigen zu lassen und die Zustände nach dem Dreißigjährigen Kriege wieder über sein Gebiet hereinbrechen zu lassen; und wenn seine Friedensrüstung noch einige Lücken zeigt, wird es sie schließen, um den Möglichkeiten des letzten Sommers für alle Zukunft vorzubeugen.

Mit Rücksicht auf die schlechte Finanzwirtschaft des letzten Jahrzehnts hat man sich bisher auf das Allernotwendigste beschränkt. Nachdem sich aber das revanchelüsterne Frankreich wieder einmal an der eigenen Kriegsstärke und an der angeblichen Überlegenheit an Flugfahrzeugen berauscht hat, dürfen es die Franzosen nur dieser „Friedensliebe“ zuschreiben, wenn Deutschland dem Widersinn ein Ende macht, daß ein Land mit 40 Millionen Einwohnern den 65 Millionen Deutschlands gegenüber mit der Überzahl der Truppen zu prahlen wagt und sich vielleicht dadurch bei Gelegenheit zu Abenteuern verlocken läßt. Wie schon angedeutet, haben im Jahre 1911 die Vorbereitungen zur Ausgestaltung des Heeres noch in einem sehr bescheidenen Umfang stattgefunden. Durch das neue, vom 1. April 1911 bis dahin 1916 geltende Gesetz soll die Armee in dieser Zeit nur um 1 Bataillon Infanterie, um 8 Bataillone Fußartillerie, 18 Feldbatterien und 5 Verkehrstruppenbataillone, die Friedenspräsenzstärke von 505.839 auf 515.321 Mann vermehrt werden. Es ist aber schon offiziös erklärt worden, daß es nach den Erfahrungen des verflossenen Jahres nicht dabei sein Bewenden haben kann.*) Am 1. April ist ein neues Fußartillerieregiment (Nr. 17) errichtet, das Regiment Nr. 3 dieser Waffe von 3 auf 2 Bataillone herabgesetzt worden; das 2. Bataillon bildet die neue Besatzung von Borkum. Am 1. Oktober sind die bei der Hälfte der Infanterieregimenter bisher nur aushilfsweise bestehenden Maschinengewehrabteilungen etatsmäßig als 13. Kompagnie der Regimenter errichtet und gleichzeitig ist die Luftschiffertruppe von 1 auf 3 Bataillone, die Kraftfahrerabteilung auf 1 Bataillon gebracht worden. Die Funkentelegraphenabteilungen der Telegraphenbataillone sind in Funkerkompagnien umgewandelt, die bisher zu ihnen bloß kommandierten Mannschaften sind etatsmäßig geworden. Beim militärischen Verkehrswesen ist am 1. April die Inspektion der Verkehrstruppen in eine Generalinspektion verwandelt und eine Inspektion des Militär-Luft- und Kraftfahrwesens neu errichtet worden. Je eine Luftschifferkompagnie kam nach Königsberg i. Pr. (mit einem sächsischen und einem württembergischen Detachement), nach Köln und nach Metz. Hervorzuheben ist ferner der Fortschritt in der Ausbildung von Offiziersfliegern, ferner die Ausgabe neuer Vorschriften für die Maschinengewehrabteilungen und die Fußartillerie.

In allen Staaten finden alljährlich Manöver in immer größerer Ausdehnung statt, um für die Ausbildung von Truppen und Führern Verhältnisse zu schaffen, die denen des Ernstfalles möglichst gleichkommen. Deutschland behauptet in dieser Beziehung seine Stellung an der Spitze. Die Kaisermanöver dieses Jahres trugen einen vom vorjährigen völlig verschiedenen Charakter. Während 1910 nur zwei Armeekorps beteiligt waren und Angriff und Verteidigung einer im großen Stile ausgeführten Feldbefestigung galten, operierten in diesem Jahre vier Armeekorps im freien Felde. Es nahmen teil: das 2. und 9. Armeekorps, das Gardekorps und ein aus Linientruppen und Reserveformationen besonders aufgestelltes (20.) Armeekorps. Die nördliche (rote) Armee befehligte Generaloberst Prinz Friedrich Leopold von Preußen, die südliche (blaue) Generalfeldmarschall Frhr. v. d. Goltz. Letzterer hatte nach der gegebenen Kriegslage die an der unteren Elbe und im Greifswalder Boden bereits in zwei Abteilungen gelandete rote Armee zurückzuwerfen. Beide Armeen waren demnach genötigt, angriffsweise vorzugehen. Es genügt, hier zu erwähnen, daß sich die Leitung der südlichen Armee überlegen erwies. Alle unparteiischen Stimmen urteilten einmütig, daß sich die Führung, wie die Ausbildung und Leistungs-

*) Die Thronrede bei Eröffnung des neugewählten Reichstags kündigte eine Armee- und Flottenvorlage an.

fähigkeit der Truppen durchaus bewährten. Für die politische Stimmung ist es aber bezeichnend, daß gerade englische Beobachter ungerechte und geradezu hämische Kritiken über Führer und Truppen veröffentlichten, während sie noch im vorigen Jahre gar nicht genug loben und anerkennen konnten. Der durchsichtige Zweck war, die Kriegslust in Frankreich zu steigern. Hatte im vorigen Jahre die Aeronautik noch nicht geleistet, was man sich von ihr versprochen hatte, so haben diesmal Luftschiffe und Flugmaschinen auch hochgespannten Ansprüchen genügt, und gezeigt, daß auch auf diesem Gebiete die deutsche Armee in stiller Arbeit erfolgreich fortgeschritten ist und keineswegs hinter anderen Heeren zurücksteht. Tatsächlich haben beide Armeeführer ihre Operationen auf die Meldungen der Flugoffiziere aufgebaut. Wie sich das freilich bei ungünstigerem Wetter und gegenüber dem Scharffeuer im Ernstfalle künftig gestalten wird, bleibt abzuwarten. Mit Recht hat aber der Kaiser die hervorragenden Leistungen der Flugoffiziere mit besonderem Lobe anerkannt.

Unmittelbar nach den Kaisermanövern fand bei Thorn eine fünftägige Festungsübung statt, an der alle Waffen beteiligt waren und sämtliche Mittel des modernen Nachrichten- und Verkehrswesens zur Verwendung kamen. Auch hier leisteten die Führer der Flugapparate für die Erkundung Vorzügliches. Diese Festungskriegsübung überhob sich, sowohl nach der Zahl der verwendeten Truppen wie nach der kriegsmäßigen Anlage und Durchführung weit über den Rahmen der in anderen Armeen vorgenommenen Versuche ähnlicher Art.

Anschließend hieran sei noch erwähnt, daß der wohl anerkannteste der gegenwärtig lebenden deutschen Truppenführer, Generalfeldmarschall Frhr. v. d. Goltz, am 14. Mai sein 50jähriges Dienstjubiläum beging. Von den ihm dabei erwiesenen Ehrungen seien nur folgende hervorgehoben: Kaiser Wilhelm verlieh ihm sein Porträt. Kaiser Franz Josef sandte ein Beglückwünschungstelegramm, der Sultan verlieh ihm die Brillanten zum Medschidije-Orden 1. Klasse, die türkische Armee übersandte ihrem Reorganisator ein silbernes Ehrengeschenk, ebenso die in Deutschland dienenden argentinischen Offiziere.

Wenn man sich erinnert, daß vor zwölf Jahren die deutsche Flotte den sechsten Rang einnahm, so wird man den heutigen Stolz des deutschen Volkes auf seine Wehrmacht zur See, der persönlichen Schöpfung des Kaisers Wilhelm, wohl begreiflich finden. Sie steht mit ihren neun in die Front eingereihten und zwölf im Bau befindlichen Dreadnoughts an zweiter Stelle. Die Geschichte hat noch nie einen gleichen Aufschwung einer Seemacht gesehen, und das läßt die britische Eifersucht erklärlich erscheinen, aber er war die notwendige Folge des ungeheuren Anwachsens der überseeischen Interessen Deutschlands aller Art. Die heutige Stärke der deutschen Wehrmacht zur See mahnt mißgünstige Nationen zur Vorsicht, denn ein Angriff auf sie ist bereits mit einem Risiko verknüpft, das mit den möglichen Vorteilen in keinem günstigen Verhältnis steht. Der Zweck des Flottengesetzes von 1898 ist somit nach dieser Richtung hin schon so gut wie erfüllt, und die Welt wird auch bald inne werden, daß die deutsche Flotte, wie die Armee, nur der Erhaltung des Friedens, wenigstens für Europa, dienen wird. Im abgelaufenen Jahre hat das Flottenmaterial in der gesetzlich bestimmten Weise zugenommen, die Linienschiffe „Thüringen", „Ostfriesland" und „Helgoland", der Linienschiffskreuzer „Moltke", zwei kleinere Panzerkreuzer und zwölf Torpedoboote sind in die Front eingereiht worden. Die Hochseeflotte verfügte mit Ausnahme eines Schiffes („Elsaß") bereits über ein vollständiges Dreadnoughtgeschwader; dieses setzte sich aus den bereits genannten vier Linienschiffen und vier Schiffen der „Nassau"-Klasse Klasse (18.500 Tonnen) zusammen. Das zweite Geschwader besteht noch aus je vier Schiffen der „Deutschland"-Klasse (13.200 Tonnen) und „Braunschweig"-Klasse (11.800 Tonnen) mit 28·5 Zentimeter-Geschützen, während die Dreadnoughts mit 30·5 Zentimeter-Geschützen als Hauptartillerie ausgerüstet sind. Die Gruppe der Aufklärungsschiffe erhielt durch den bereits erwähnten „Moltke", das größte deutsche Kriegsschiff (23.000 Tonnen) und den schnellsten Panzerkreuzer (28·1 Knoten) aller Flotten. „Moltke", übertrifft an Geschwindigkeit noch den im Vorjahr in Dienst gestellten „von der Tann". Die großen Dreadnoughts haben eine Besatzung von mehr als 1000 Mann, während beispielsweise die britischen noch größeren Schiffe diese Besatzungsstärke nicht erreichen, nur Österreich-Ungarn und die Vereinigten Staaten kommen Deutschland nahezu gleich.

Im Bau befinden sich die Dreadnoughts: „Oldenburg", „Kaiser" (am 22. März vom Stapel gelaufen), „Friedrich der Große", (Stapellauf am 10. Juni) und „Kaiserin" (11. November), sieben noch auf der Helling liegende Ersatzbauten und der am 11. März vom Stapel gelassene Panzerkreuzer „Göben". Von kleineren gepanzerten Kreuzern sind „Magdeburg", „Breslau", „Stralsund" und „Straßburg" zu Wasser gegangen. Über die Größen- und Konstruktionsverhältnisse der unvollendeten Linienschiffe und Kreuzer ist amtlich nichts veröffentlicht worden, doch verlautet, daß sie an Tonnengehalt und Geschwindigkeit die bisherigen Bauten übertreffen werden. Auch die Zahl der vorhandenen Unterseeboote wird geheim gehalten, mit Sicherheit sind zwölf bekannt. Da aber die bisherige Unterseebootskompagnie zu einer Unterseebootsabteilung erweitert wurde und auch taktische Übungen im Verbande der Unterseebootsflottille stattfanden, so darf man wohl ruhig annehmen, daß hier nichts versäumt wird und einzelne Mahnungen in der Presse gegenstandslos sind. Dank der Tüchtigkeit der Offiziere und Mannschaften und der vorzüglichen Disziplin haben sich verhältnismäßig nur geringe Unfälle ereignet. Der bedeutendste war das Sinken des Unterseebootes „U III" am 11. Januar und ist durch die ihn begleitenden, für die Marine höchst ehrenvollen Umstände noch in aller Erinnerung. Der Kommandant Kapitänleutnant Fischer, Leutnant Kalbe und Matrose Rieger waren erstickt; sie hätten sich am Leben erhalten können, wenn sie ihren Posten verlassen hätten. Diese heldenmütige Haltung erregte

im In- und Ausland allgemeine Bewunderung. Die übrigen 28 Mannschaften wurden gerettet. Der hohe Stand der deutschen Marine ist in erster Linie dem Staatssekretär v. Tirpitz zuzuschreiben, der sich als Flottenführer bereits einen bewährten Ruf erworben hatte, nachmals aber durch die Schaffung des Flottengesetzes und die organische Weiterentwicklung der Flotte sich als den „Roon der Marine" in die Tafeln der Geschichte eingegraben hat. Auch die Marineoffiziere des Auslands erkennen seine hohe Befähigung und seine hervorragenden Leistungen an. Seine Ernennung zum Großadmiral wurde darum mit allseitiger Befriedigung aufgenommen. Es harren seiner noch große Aufgaben, denn die Erfahrungen des Jahres 1911 haben ergeben, daß die ständige volle Kriegsbereitschaft der Flotte und aller für den Küstenschutz bestimmten Einrichtungen unbedingt notwendig geworden ist.

Für die Kriegführung zu Wasser und zu Lande ist die Luftschiffahrt von immer größerer Bedeutung geworden, wenn sich auch gewisse überschwängliche Hoffnungen niemals erfüllen werden. Das Jahr 1911 hat ergeben, daß im Gegensatz zu landläufigen Meinungen der Lenkballon keineswegs durch die Flugmaschine ausgeschaltet worden ist. Der neue Militärballon „LZ 9" mit 21 Meter Sekundengeschwindigkeit ist fähig, an mindestens 300 Tagen im Jahre den meteorologischen Widerständen erfolgreich zu begegnen. Der Lenkballon wird neben dem Flugapparat immer seine bevorzugte Stellung behaupten, um so mehr, da das abgelaufene Jahr ihm kein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, während die Zahl der verunglückten Flieger eine bedenkliche Höhe erreicht hat. Für den Krieger ist zwar der Tod ohne Schrecken, und darum wird man den Flugapparat vor der Hand sicherlich nicht als Kriegsmittel aufgeben, aber daß dem Lenkballon weiter eine bedeutende Stellung vorbehalten bleiben dürfte, beweisen die im Spätherbst bei Köln wieder vorgenommenen Luftschiffmanöver. Im Besitze der Heeresverwaltung befinden sich gegenwärtig elf Motorluftschiffe.

Aus den Kolonien.

Das deutsche Kolonialwesen geht einer gedeihlichen Entwicklung entgegen. Seine Anfänge liegen kaum ein Vierteljahrhundert zurück, aber die Deutschen haben sich rasch hineingefunden, aus allen Irrtümern Lehren gezogen und mit Absicht vielfach andere als die bisher üblichen Kolonisationsmethoden angewendet. Seit die Gefahren des südwestafrikanischen Aufstandes die koloniemüde Stimmung in ihr Gegenteil verwandelt haben, ist man vor allem daran gegangen, die Hebung des Verkehrswesens in den Kolonien in die Hand zu nehmen, denn nur neue Verkehrsmöglichkeiten sind überall im stande, Barbarei und Räuberei auszurotten, Zivilisation und Gesittung zu heben. Es befinden sich gegenwärtig an Kolonialbahnen im Betriebe: in Ostafrika 1065, Kamerun 160, Togo 323, Südwestafrika 1909, zusammen 3437 Kilometer; im Bau begriffen sind in Ostafrika 134, in Kamerun 360, in Südwestafrika 217, im ganzen 711 Kilometer. Im verflossenen Jahre wurden vollendet: in Ostafrika 317, in Kamerun 53, in Togo 25, in Südwestafrika 311, zusammen 736 Kilometer, doppelt so viel als im Vorjahre, überhaupt mehr als bisher in einem Jahre. Das Telegraphennetz ist namentlich in Deutschost- und Deutschsüdwestafrika erheblich erweitert worden, es bestehen auch bereits 57 Ortsfernsprechnetze mit 1768 Anschlüssen.

Nach dem Rücktritt des Staatssekretärs der Kolonien v. Lindequist, war der bisherige Gouverneur von Samoa Dr. Solf mit der Leitung der Geschäfte beauftragt worden und wurde am 22. Dezember definitiv zum Staatssekretär des Reichskolonialamtes ernannt. Die Ernennung wurde nicht gerade mit allgemeiner Zustimmung begrüßt, denn Dr. Solf hatte sich als Gouverneur von Samoa mehrfach heftiger Angriffe, besonders wegen seiner Eingeborenenpolitik, zu erfreuen gehabt. Seine provisorische Amtsführung hatte allgemeine Befriedigung erregt, und es darf angenommen worden, daß er als Staatssekretär eine unparteiische Politik verfolgen und einen höheren Standpunkt einnehmen wird.

In Deutsch-Südwestafrika sind im allgemeinen ruhige Zustände eingetreten, und infolge der Bahnbauten, die einen raschen Transport von Schutztruppen ermöglichen, könnten auch größere Unruhen im Keime erstickt werden. Vereinzelte Raubanfälle von Buschmännern sind in dem weiten, noch wenig kultiviertem Gebiete selbstverständlich nicht ausgeschlossen. Merkwürdig war anfangs Mai ein Streik wegen der tschechischen Beamten der Bahnbaufirma Bachstein & Koppel. Im Juni wurde über Rhodesia als Gerücht gemeldet, daß im Caprivizipfel eine Kolonne unter Leutnant v. Frankenberg durch Leute des Okawangostammes niedergemacht worden sei. Es war eine Falschmeldung. Dagegen wurde im Juli der berüchtigte Hererohäuptling Kanjemme im Sandfeld unschädlich gemacht. Der Landesrat hat sich gegen jede Verringerung der Schutztruppen ausgesprochen. Die Kolonialverwaltung hat eine Verminderung um 10% in Aussicht genommen, dafür soll durch ein Wehrgesetz für die Kolonie eine Art weißer Miliz zur eventuellen Verstärkung der Schutztruppen geschaffen werden. Die für die militärische Sicherung des Landes wichtige Nord-Süd-Bahn (Windhuk—Kaatmannshop) geht ihrer Vollendung entgegen. Die Farmertätigkeit schreitet im allgemein kräftig voran, es kommen auch neue Ansiedler ins Land. Im Norden des Gebietes sind leider im vergangenen Jahre infolge ausnahmsweiser großer Trockenheit die Ernten von Mais und Brotkorn fehlgeschlagen. Der früher vegetationslose Hafenplatz Swakopmund hat nach Herstellung einer Wasserleitung vielversprechenden Garten- und Baumschmuck erhalten. Nur die größeren Diamantengesellschaften haben den Betrieb fortgesetzt, die kleineren warten auf die in Aussicht genommene Regulierung der Abgaben nach dem Nettoerlös. Schwierigkeiten entstehen durch den Arbeitermangel. Die Kolonialverwaltung ist bestrebt, zur besseren Verwertung der deutschen Diamanten, die bisher von einem belgischen Syndikat in Antwerpen übernommen wurden, ein deutsches Syndikat zu begründen.

Die in sehr günstiger Entwicklung begriffene Kolonie Togo ist von einem schweren Mißgeschick heimgesucht worden, indem am 17. Mai die 357 Meter lange Landungsbrücke von der Brandung zum großen Teil zerstört wurde. Sie war in den Jahren 1900/04 erbaut worden, um das Landen der Leichterboote und das sichere Löschen der Waren zu ermöglichen. Die Wiederherstellung wird längere Zeit in Anspruch nehmen, und die Störung ist um so empfindlicher, als allein die Ausfuhr an Baumwolle schon auf mehr als eine Million Mark gestiegen ist. Dabei ist die Baumwolle fast ausschließlich das Erzeugnis einheimischer schwarzer Bauern.

In Kamerun sind die der Gesellschaft Nordwest-Kamerun verliehenen Gerechtsame widerrufen worden, da die Gesellschaft in ihren Leistungen vollkommen versagt hat und für die Entwicklung des Gebietes und des Bahnverkehres nur hinderlich im Wege stand.

In Deutschostafrika hat sich die Einfuhr infolge der Bahnbauten und der Erschließung neuer Gebiete lebhaft gestaltet, die Ausfuhr wurde durch ungünstige Witterung beeinträchtigt, der Ernteausfall bei den Negerkulturen machte erhebliche Reiseinfuhren aus Indien nötig. Die Kautschuk- und Sisalhanfplantagen hatten eine gesteigerte Ausfuhr. Schwierigkeiten machte auch hier die Beschaffung von Arbeitern. Die von Daressalam ausgehende Zentralbahn hatte gegen das Jahresende die alte Handelszentrale Tabora nahezu erreicht und soll dann bis Udjiji am Tanganyikasee weitergeführt werden, die Tanga-(Usambara-)bahn konnte schon am 4. Oktober den provisorischen Betrieb bis Moschi im Kilimandscharogebiete eröffnen. Dort entwickeln sich die deutschen Siedlungsgebiete am Meruberge vorzüglich und versprechen, das nationale Rückgrat der Kolonie zu werden. Der Baumwollanbau, der früher stark unter Schädlingen litt, hat im Jahre 1911 bedeutende Erfolge und in der Ausfuhr Togo bereits nahezu erreicht. Die Anstrengungen des Kolonialwirtschaftlichen Komitees sind also nicht vergeblich gewesen. Die Forderungen des wirtschaftlichen Landesverbandes von Deutschostafrika auf Beschränkung der in moralischer wie sanitätlicher Beziehung nachteiligen Einwanderung aus Indien haben bei der Kolonialverwaltung Berücksichtigung gefunden. Der die Indier auffällig bevorzugende Gouverneur Frhr. v. Rechenberg hat im Oktober einen vorzeitigen Heimatsurlaub angetreten, und man nimmt an, daß er nicht nach Ostafrika zurückkehren wird.

Samoa und die übrigen Südseekolonien werden binnen kürzester Zeit Funkentelegraphenstationen und damit auch direkten telegraphischen Verkehr mit dem Mutterland erhalten. Die Insel Yap bildet dafür den Mittelpunkt. Der Mangel einer solchen Verbindung hatte sich empfindlich fühlbar gemacht bei dem Aufstand auf der Insel Ponape am 18. Oktober, der erst am 27. Dezember in Berlin bekannt wurde. Der Stamm der Dschokadsch hatte sich wegen der Pflichtarbeit bei Wegebauten empört und, nachdem der unerschrocken unter sie getretene Regierungsrat Böder und mehrere Europäer ermordet worden waren, nach der Insel Dschokadsch geflüchtet. Schon anfangs Januar trafen nacheinander die Kreuzer „Emden", „Nürnberg" und „Kormoran" und das Vermessungsschiff „Planet" ein, beschossen die Schlupfwinkel der Aufrührer und nahmen sie nach mehreren Streifzügen und Sturmangriffen nach und nach sämtlich gefangen. Die Operationen waren schon am 22. Februar beendet. Die schnelle Erledigung machte auf die übrigen Eingeborenen einen großen Eindruck. Von den Gefangenen wurden 15, die an der Ermordung beteiligt waren, erschossen, 254 wurden nach Yap gebracht und zu Strafarbeiten in den Kolonien angehalten. Die Verluste der Weißen waren gering.

Handel und Verkehr.

Das Jahr 1910 hatte dem deutschen Handel und Gewerbefleiß nur einen mäßigen Ertrag gebracht, ließ aber einen erfreulichen Rückschlag nach den ungünstiger verlaufenen Vorjahren erkennen. Dank der gesunden Grundlagen der deutschen wirtschaftlichen Tätigkeit ließ sich eine weitere Besserung erwarten, und das hat sich namentlich in der ersten Hälfte des Jahres 1911 vollauf bestätigt. Eine Stütze fand die Aufwärtsbewegung in der gehobenen Bautätigkeit und in der Lage der Landwirtschaft, die trotz vielfacher Schädigung durch Viehseuchen ziemlich günstig war. Die durch die langanhaltende Dürre hervorgerufenen Besorgnisse um die Ernte beschränkten sich schließlich auf Mindererträge an Hackfrüchten, Futtermitteln und Gemüsen. Die allgemeine Teuerung der Lebensmittel brachte der Industrie und dem Handel wohl neue Belastungen durch Lohnsteigerungen, die aber wieder die Kaufkraft erhöhten, so daß in der Gesamtheit ein gewisser Ausgleich zu stande kam. Die in den letzten Jahren von Frankreich und den Vereinigten Staaten durchgeführten Zollerhöhungen haben verschiedene Ausfuhrmöglichkeiten eingeengt, die Unsicherheit der handelspolitischen Beziehungen zu England und einigen britischen Kolonien haben in mehrfacher Richtung einen ungünstigen Einfluß ausgeübt, und die neuen Handelsverträge mit Schweden und Japan haben zwar eine sichere Grundlage auf längere Zeit, aber keine Erleichterungen gebracht. Trotzdem haben Ein- und Ausfuhr abermals eine weitere Steigerung erfahren, denn die Industrie hat sich auf die Ausfuhr eingerichtet. Es zeigt sich freilich von Jahr zu Jahr deutlicher, daß für die Zukunft die Ausfuhr immer größeren Beschränkungen begegnen wird und daß die Pflege des inneren Marktes, den man nach älteren Anschauungen übersehen zu können glaubte, eine besondere Aufgabe der Industrie werden muß. Streiks und Aussperrungen hatten wieder einen größeren Umfang angenommen, und nur in wenigen Fällen kam eine friedliche Einigung zu stande, doch haben diese Störungen wie auch der italienisch-türkische Krieg keinen nennenswerten Einfluß ausgeübt. Im allgemeinen läßt sich darum das Ergebnis des Wirtschaftsjahres dahin zusammenfassen, daß der Ertrag sich in engeren Grenzen hielt und nur durch größere Bemühungen zu erzielen war.

Vorwiegend das Inland ist es gewesen, dem die wirtschaftlichen Erfolge des Jahres zuzuschreiben sind, nicht am wenigsten der Kaufkraft der durch die Ernten der Vorjahre gestärkten Landwirtschaft. Die Lage des Arbeitsmarktes war günstiger wie seit Jahren, und die Folge davon waren ansehnliche Lohnsteigerungen. Die Roheisen- und Kohlenförderung hat alle früheren Jahre weit hinter sich gelassen, es gab eine Hochkonjunktur in der Erzeugung, aber nicht in den Preisen. Dieser Zustand ist erfreulich, weil er die Gefahr einer Krise unwahrscheinlich macht. Daß von keiner allgemeinen Hochkonjunktur die Rede sein konnte, geht auch daraus hervor, daß große Industrien, wie die Baumwoll-, Zement- und Kaliindustrie darniederlagen. Für die Zukunft wird von ausschlaggebender Bedeutung sein, daß der Friede erhalten bleibt, ebenso daß in den auswärtigen Bezugs- und Absatzgebieten sich friedliche Zustände erhalten. Wenn auswärtige Verwicklungen ausbleiben und nicht unvorhergesehene Naturereignisse dazwischen treten, darf angenommen werden, daß die deutsche Volkswirtschaft auch im neuen Jahre eine weiter aufsteigende Entwicklung erleben wird, was übrigens nicht gleichbedeutend mit raschen Gewinnen ist. Nicht so glimpflich wie die Volkswirtschaft ist die Börse davongekommen. Auf sie pflegen Kriegsbefürchtungen und auswärtige Verwicklungen nachteiliger einzuwirken wie auf die Produktion und den Verkehr mit wirklicher Ware, auch ist sie dauernd abhängig von den Auslandsbörsen. So ereignete sich Ende August ein Kurssturz, dessen nachteilige Folgen am Jahresschluß noch nicht wieder gutgemacht worden waren. Der Kurssturz wurde wie üblich durch Falschmeldungen über das Verhältnis zu Frankreich hervorgerufen, nach deren Urhebern — wie immer in solchen Fällen — „vergeblich gefahndet" wurde.

Auf ähnlichen unsauberen Motiven beruhte auch die Behandlung der Teuerung in der Öffentlichkeit. Die Freihandelsparteien hatten schon seit Jahren auf einen Teuerungszustand gehofft, da, wie der verstorbene Freihandelsapostel Dr. Barth schon vor längerer Zeit verkündigt hatte, ein „einziges Teuerungsjahr die Schutzpolitik ins Wanken bringen" werde. Danach wurde gehandelt, es sollte ein Loch in den Zolltarif gestoßen werden. Außerdem kamen die liberalen Wahlinteressen hinzu, die die Bekämpfung der „Agrarier", eigentlich der Konservativen, bezweckten. Nach den Darstellungen der Milieupresse müßten, um das Volk vor dem Verhungern zu schützen, die Lebensmittelzölle abgeschafft werden, die nur die Taschen der Agrarier mit Millionen füllten. Das war ganz die Sprache der Sozialdemokratie, die auch den Gewinn davon eingeheimst hat. In früheren Zeiten mußten Teuerungsjahre einfach ertragen werden, bei den hochentwickelten Verkehrsverhältnissen unserer Tage sind sie seltener geworden. Die durch die Dürre des Sommers hervorgerufene Teuerung betraf tatsächlich nur Futter, Gemüse und Hackfrüchte, traf also gerade die Landwirtschaft am schwersten. Die Regierungen traten ihr mit den einzig möglichen Abwehrmaßregeln entgegen. Die Teuerung war übrigens international und betraf auch England, wo keine Dürre herrschte und keine Lebensmittelzölle bestehen. Sie ist eine weltwirtschaftliche Erscheinung, die in der Hauptsache darauf beruht, daß billig zu bewirtschaftende Böden nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, es sind keine fruchtbaren Gegenden in neuen Kontinenten mehr aufzuschließen, und die Bevölkerung hat überall zugenommen. Eine Öffnung der Grenzen konnte bei der auch im Ausland bestehenden Teuerung gar keinen Zweck haben. Im Großhandel herrschte auch keine nennenswerte Verteuerung, und die fortschrittliche Stadtverordnetenversammlung in Königsberg erklärte am 4. September, in Ostpreußen sei von einer Steigerung der Lebensmittelpreise keine Rede, Kartoffeln und Kohlen seien wohlfeiler als vor fünf Jahren. Die Ursache der Teuerung war vorwiegend spekulativer Natur. In gewissen oberen Regionen des Warenhandels wurde der Ton angegeben, und er schwang sich unterwegs verstärkend in die unteren fort, wer nur immer kann, steigert bei solcher Gelegenheit den Preis. Es steht ja in der Zeitung. Als eine Reihe von Stadtverwaltungen begann, den Verkauf von Lebensmitteln zu organisieren, sanken die Preise sofort auf eine erträgliche Höhe. Dagegen hat die Öffnung der französischen Grenze für die Vieheinfuhr nach den süddeutschen Staaten weder einen Massenandrang noch die Herabsetzung der Preise, dagegen aber die Ausbreitung der Viehseuche im Elsaß gebracht. Die preußische Regierung begnügte sich mit der Gewährung eines 50%igen Ausnahmetarifs für Dünge- und Futtermittel, Gemüse und Hülsenfrüchte, Begünstigung der Stadtverwaltungen &c. bei Organisation der Lebensmittelbezüge und Gewährung von Waldstreu.

Eine besondere Rolle bei der Teuerungs- und Wahlhetze spielten auch die sogenannten Liebesgaben für die Landwirtschaft. Da bei der Mehrzahl Ursprung und Wesen derselben nicht mehr in Erinnerung sein dürfte und aus der Agitation der Milieupresse keine Belehrung zu entnehmen ist, so sei hier das Wichtigste darüber erwähnt. Es handelte sich zunächst um die sogenannte Branntwein-Liebesgabe. Nach dem Branntwein-Steuergesetz von 1887 sind die einzelnen Brennereien mit einem Erzeugungsmaximum kontingentiert, für das sie 50 Mark Steuer für das Hektoliter, darüber hinaus 70 Mark zu entrichten haben. Diese Steuerdifferenz von 20 Mark, die nach der fortschrittlichen Behauptung 40 Millionen betragen und hauptsächlich den „ostelbischen" Großgrundbesitzern zu gute kommen soll, wurde von der Agitation mit der Bezeichnung „Liebesgabe" belegt. Tatsächlich ist aber die Einrichtung zum Schutze der kleineren Brennereien in Süddeutschland getroffen worden und die süddeutschen Regierungen sind entschieden gegen die Aufhebung. Die unter günstigeren Verhältnissen arbeitenden Brennereien in Norddeutschland haben sich dagegen mehrfach zu einer stufenweisen Abschaffung geneigt gezeigt. Die zweite „Liebesgabe" sollen die Getreideeinfuhrscheine sein, die nach Aufhebung des Identitätsnachweises im Interesse des ostpreußischen Getreidehandels eingeführt worden sind. Der Überschuß an Roggen, der im Osten nicht verbraucht wird, aber ohne die 1894

aufgehobenen Staffeltarife nicht konkurrenzfähig nach dem übrigen Deutschland verfrachtet werden kann, wird in den Ostseehäfen ausgeführt, und dafür werden Einfuhrscheine erteilt, die zur zollfreien Einfuhr eines gleichen Quantums von Getreide oder Futtermitteln berechtigen. Diese Einrichtung sichert demnach ohne Schädigung der Reichskasse der Bevölkerung ein dem Erträgnis der gesamten Ernte gleichkommendes Quantum. Das größte Interesse daran hat der Handel von Königsberg und Danzig, viel weniger die Landwirtschaft, weil viel russisches Getreide dabei ist, für das natürlich der Einfuhrzoll bezahlt worden war. Der freihändlerische „Pester Lloyd" urteilte im Dezember 1908 über das deutsche Einfuhrscheinwesen: „Das ist eines der imponierendsten Ergebnisse der deutschen Wirtschaftspolitik. Der Einfuhrschein ermöglicht der deutschen Volkswirtschaft, alle Vorteile des Schutzzolles und alle Vorzüge des Freihandels gleichzeitig zu genießen. Bei diesem Austausch befinden sich alle in Betracht kommenden Teile wohl: der Staat, welcher trotz billiger Ausfuhrtarife große Transporteinnahmen bezieht, der Landwirt, welcher die Segnungen des Schutzzolles genießt und trotzdem als Konkurrent auf dem Weltmarkte erscheint, die Reedereien, die das deutsche Getreide verfrachten, und endlich der Handel, der diesen Verkehr vermittelt." Dieses Urteil von unbeteiligter Seite ist besonders darum bemerkenswert, weil es den Haß verstehen lehrt, mit dem die liberale Agitation die „ostelbischen" Konservativen verfolgt, indem sie, um diesen einen Vorteil zu entziehen, selbst die gesinnungsverwandten Händler- und Reedereikreise der Ostseehäfen schädigen will.

Preußen.

Der preußische Landtag wurde am 10. Januar mit einer Thronrede eröffnet und tagte bis zum 28. Juni. Man kann nicht behaupten, daß die Verhandlungen immer mit jener sachlichen Vornehmheit geführt worden wären, die in früheren Zeiten üblich war und dem Abgeordnetenhause selbst vor dem Reichstage den Vorrang sicherte. Die Ursache lag zum Teil in dem Auftreten der sechs Sozialdemokraten, die einen in dieser Körperschaft bisher unerhörten Ton anschlugen, weiter aber in der Einwirkung der außerhalb betriebenen Wahlagitation, die schließlich die Parteien so weit verärgert hatte, daß die einen die von den anderen gewünschten Vorlagen zu Fall brachten. So sind außer dem Etat an bedeutenderen Vorlagen nur die beiden Zweckverbandsgesetze und das Feuerbestattungsgesetz verabschiedet worden. Mit dem Reichstag verglichen, hat der Landtag diesmal ungünstiger abgeschnitten als seit langen Jahren. In verschiedenen Sitzungen kam es zu Auseinandersetzungen, in denen auch Fragen der Reichspolitik erörtert wurden, so die „schwarzblaue" Reichsfinanzreform, die Verfassung für Elsaß-Lothringen und der Antimodernisteneid. Sehr glücklich führte sich der neue Minister des Innern v. Dallwitz ein, der mit den Zweckverbandsgesetzen eine an Bedeutung und Schwierigkeiten reiche, bisher noch von keinem Staatsmann gewagte Aufgabe gelöst, und mit dem Feuerbestattungsgesetz bewiesen hat, daß man auf diesem Gebiete ohne Preisgabe wertvoller sittlicher Güter den Anschauungen einer ansehnlichen Minderheit Rechnung tragen kann. Im ganzen haben 106 Sitzungen (darunter 7 Abendsitzungen) und 257 Sitzungen der Kommissionen stattgefunden. Außer dem Etat waren 33 größere und kleinere Regierungsvorlagen (23 zuerst im Abgeordnetenhause und 10 zuerst im Herrenhause) eingebracht worden, von denen 25 in beiden Häusern erledigt, 8 im Abgeordnetenhause nicht durchberaten worden. Von den 86 eingebrachten Anträgen sind 58 unerledigt geblieben, von denen 3080 eingegangenen Petitionen sind 2290 zur Erörterung gekommen.

Die Eröffnung des Landtags fand am 10. Januar mittags im Weißen Saale des königlichen Schlosses in Vertretung des Königs durch den Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg statt, der die Thronrede verlas. Diese war wieder von der üblichen Sachlichkeit und zeigte in den aufgestellten Vorlagen und Arbeitszielen, daß Gegenstände ausgewählt worden waren, die es den untereinander stark verärgerten bürgerlichen Parteien ermöglicht hätten, sachlich und mit Eifer zu beraten, ohne die bekannten Hilfsmittel der Agitation und Popularitätshascherei heranzuziehen. Nach einem Hinweis auf die gebesserte Finanzlage wurde eine Reihe von Vorlagen angekündigt, die sich zunächst auf die großen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung bezogen und ein besonderes Zweckverbandsgesetz für Großberlin und ein allgemeines für kommunale Zweckverbände überhaupt brachten. Die weiteren Vorlagen und Arbeitsziele berührten vornehmlich Fragen der inneren Kolonisation und der erhöhten Fürsorge für die der Volksschule entwachsene Jugend, um der „planmäßigen und fest organisierten Propaganda der Umsturzpartei" entgegenzuwirken. Auffällig war die Aufnahme dieser bedeutsamen Thronrede in der Milieupresse, die ihr trotz Zweckverbänden und Jugendfürsorge jeden schöpferischen Gedanken absprechen wollte. Nach dem großen Wahlagitationsplane mußte ja um jeden Preis der „blauschwarze Kanzler" unfruchtbar sein. Man vermißte die bestimmte Ankündigung des Feuerbestattungsgesetzes, obwohl es längst offiziös in Aussicht gestellt worden und wohl nur noch nicht fertig war; man vermißte eine Wahlgesetzvorlage, die doch in diesem Abgeordnetenhause trotz der größten Nachgiebigkeit der Regierung schon einmal gescheitert war; man vermißte sogar einen Hinweis auf die Enteignungsfrage, für die doch der demokratische Liberalismus bisher niemals geschwärmt hatte. Es war alles bloß Wahlmache.

Am Eröffnungstage hielten beide Häuser Sitzungen. Das Herrenhaus wählte das bisherige Präsidium wieder und erledigte geschäftliche Angelegenheiten. Im Abgeordnetenhause brachte Finanzminister Dr. Lentze den Etat ein und gab eine Übersicht über die letzten Finanzjahre. Man hatte dieser ersten Rede als Finanzminister mit großer Spannung entgegengesehen und fühlte sich durch sie ungemein sympathisch berührt, trotzdem herrschte ziemliche Unruhe im Hause. Das Finanzjahr 1911 zeigt nur noch einen Fehlbetrag von

29 Millionen, der aber auch nur rechnerisch ist. Wie das Reich beabsichtigt auch Preußen keine großen Anleihen aufzunehmen. Der Finanzminister werde an den Grundsätzen seiner Vorgänger, Miquel und Rheinbaben, festhalten, auch in bezug auf die Eisenbahnfinanzen, und werde den wesentlichen Teil der werbenden Anlagen aus den laufenden Mitteln bestreiten. Bei vertrauensvollem Zusammengehen von Regierung und Land werde es in nicht ferner Zeit gelingen, den letzten Schatten zu beseitigen, der heute noch auf den preußischen Finanzen ruhe. — Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4,085,314.749 Mark ab, um 153½ Millionen höher als im Vorjahre.

Am 14. sollte die Präsidentenwahl vorgenommen werden, das Haus war aber beschlußunfähig und begann in einer zweiten Sitzung die Etatsberatung. Dabei kündigte der Minister v. Dallwitz das Feuerbestattungsgesetz bestimmt an, und der Kultusminister erklärte, der Modernisteneid sei von den katholisch-theologischen Universitätsprofessoren nicht verlangt worden. Am 16. wurde Abg. v. Kröcher durch Zettelwahl als Präsident, die Abg. Dr. Porsch und Dr. Krause durch Zuruf als Vizepräsidenten wiedergewählt. Am folgenden Tage trat Minister v. Dallwitz in entschiedener Weise den im Reichstage sowie im Abgeordnetenhause und in der Presse gegen das Verhalten der Polizei bei den Krawallen in Moabit laut gewordenen Vorwürfen entgegen. Es sei Recht und Pflicht des Staates, Eigentum und die Freiheit der einzelnen zur Arbeit zu schützen. Er fand die Zustimmung der Nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien; letztere bedauerten bloß, daß die Polizei nicht schon früher eingeschritten sei. Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer versicherte, die Regierung werde auch ferner das Deutschtum in den Ostmarken energisch und zielbewußt fördern. Am 25. erklärte Präsident v. Kröcher, er werde infolge des neulichen Auftretens des Sozialdemokraten Hoffmann künftighin eine rücksichtslose Handhabung der Geschäftsordnung in Anwendung bringen. Da die Sozialdemokraten sich dem Tadel der bürgerlichen Parteien gegen Hoffmanns Auftreten nicht angeschlossen hatten, erklärten die konservativen Parteien, sie würden sich am Seniorenkonvent nicht mehr beteiligen. Abg. Hoffmann hatte dem Präsidenten v. Kröcher, der ihn in einem krassen Falle auf die einzig noch mögliche Weise, durch eine witzige Abfertigung, geschont hatte, mit einer groben Beschimpfung vergolten, und die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten es für passend gefunden, dieses Verhalten ihres Genossen durchaus zu billigen, wobei sich besonders Abg. Dr. Liebknecht in der auffallendsten Weise hervortat.

Viel weittragender als diese höchst bedauerlichen Vorkommnisse gestaltete sich die Frage des Moderniteneides, den die Kurie laut eines Motu proprio verlangt hatte. Der Gegenstand war durch einen Brief des Papstes an den Kardinal Fischer in Köln, eine von den Zeitungen mit Übertreibungen veröffentlichte Rede des preußischen Gesandten beim Vatikan Dr. v. Mühlberg und durch eine Veröffentlichung der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Münster wieder in den Vordergrund gerückt worden. Man befürchtete vielfach, daß der Papst in seinen Auffassungen noch weitergehen könnte, und in den dafür geneigten Kreisen kündigte man bereits einen neuen Kulturkampf an. Am 7. März brachte der konservative Abg. v. Heydebrand den Gegenstand im Abgeordnetenhause zur Sprache, indem er auf das Mißbehagen und Befremden hinwies, das seit der Borromäus-Enzyklika in der evangelischen Bevölkerung Deutschlands entstanden sei. Die Ankündigung, daß Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg Aufklärungen geben werde, hatte Haus und Tribünen dicht gefüllt. Der Ministerpräsident sprach fest und entschieden. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß durch die päpstlichen Dekrete eine tiefe Bewegung in Deutschland entstanden sei. Solange es sich um rein religiöse Fragen handle, habe der Staat nichts hineinzureden, sobald sich aber Schwierigkeiten für das Zusammenleben der Konfessionen ergeben, liege ein unmittelbares Staatsinteresse vor. „Ich betone dies mit aller Entschiedenheit, um es mit der gleichen Bestimmtheit auszusprechen, daß ich, abgesehen von diesen praktischen Zusammenhängen, selbstverständlich konfessionelle Empfindungen niemals zur Grundlage politischer Entschließungen machen werde... Die Kurie hat es nicht für angezeigt gehalten, sich vor dem Erlaß der Dekrete mit uns darüber auszusprechen, wie bei ihrer Ausführung solchen Konflikten vorgebeugt werden kann. Fordern konnten wir das nicht. Aber es hätte dem Frieden gedient." (Sehr richtig.) Die Veröffentlichung des päpstlichen Briefes an den Kardinal Fischer war geeignet, die Erregung zu steigern. Er habe hierauf die Kurie darauf aufmerksam machen und erklären lassen, daß ihr die Verantwortung für etwaige Konflikte allein zufalle. Die Kurie habe geantwortet, sie suche keine Konflikte und befürchte auch keine.

Weiter erkannte Herr v. Bethmann Hollweg an, daß, wie in Deutschland kein Mensch einen neuen Kulturkampf wolle, auch namentlich der Episkopat, und gerade dessen hervorragendsten Mitglieder, sich bemüht hätte, auf dem Grenzgebiete Zusammenstöße zu vermeiden. „Wir wünschen nicht, daß uns von außen Steine in den Garten geworfen werden." (Lebhafter Beifall.) „Ich kann aber nicht finden, daß die Kurie die wünschenswerte Kenntnis und das Verständnis für unsere Verhältnisse besitzt." Der Papst habe wiederholt seine friedfertigen Absichten versichert, aber dieser Wille werde durchkreuzt. Was die katholischen Fakultäten betrifft, so werde er eine einmal vorhandene Institution nicht ohne Zwang mit einem Schlage beseitigen. Die geistlichen Gymnasiallehrer würden, auch wenn sie den Antimodernisteneid geleistet hätten, nicht ohne weiteres des Rechtes zum Unterricht in Deutsch und Geschichte beraubt werden; der Inhalt des Unterrichts ist vorgeschrieben und er wird beaufsichtigt. Man werde aber neue Anstellungen kaum zu erwarten haben, ebenso dürfte bei der Anstellung solcher Geistlicher für staatliche Ämter Zurückhaltung beobachtet werden. Auch für die Beibehaltung der Gesandtschaft

beim Vatikan gelte es abzuwarten, ob sie weiter gute Dienste leisten wird. Die Regierung werde bei ihrem Verhalten keineswegs durch Rücksichten auf das Zentrum geleitet. Auch Bismarck habe mit Rom Frieden gemacht, während er noch mit dem Zentrum im heftigsten Kampfe lag. „Alle Parteien werden dem Vaterland keinen größeren Dienst leisten können, als wenn auch aus dieser Debatte klar hervorgeht, daß es uns allen um Aufrechterhaltung des Friedens zu tun ist, und daß wir alle den Wunsch hegen müssen, der preußische Staat möge diesen Frieden wahren, solange es ohne eine Minderung seiner wesentlichen Interessen und seiner Würde geschehen kann." (Lebhafter Beifall.) Man muß nach dieser Rede zugeben, daß sich die Regierung ebenso entschlossen wie kühl auf den Rechtsboden gestellt hat, ohne gegen Rom aggressiv zu werden, obgleich für die Kurie einige unangenehme Wahrheiten gesagt werden mußten. Der Refrain der Rede war ein deutliches: „Bis hieher und nicht weiter." Die sich anschließende Debatte gab auch dieser Stimmung im allgemeinen Ausdruck, und die Presse, selbstverständlich die sozialdemokratische ausgenommen, verhielt sich ähnlich. Die Zentrumsblätter übten wohl Kritik, aber mit Maß und Vorsicht, die Festigkeit der Regierung wurde überall anerkannt.

Weniger allgemeine Zustimmung fand der Ministerpräsident, als er sich am 23. März bei der dritten Lesung des Etats über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage äußerte. Redner der beiden konservativen Parteien hatten in den Bestimmungen über die elsaß-lothringische Teilnahme am Bundesrate eine Mißachtung Preußens erblickt. Herr v. Bethmann Hollweg wandte sich nachdrücklich dagegen. Die Reichsregierung hätte von vornherein eine Vertretung der Reichslande im Bundesrate vorgeschlagen, es hätten sich aber Schwierigkeiten ergeben. Da indessen alle Parteien, die für die positive Erledigung dieser Verfassung arbeiteten, eine derartige Vertretung zur Bedingung gemacht hätten, sei schließlich doch eine befriedigende Lösung gefunden worden. „Wir haben die Reichslande 1870/71 nicht erworben zu dem Zwecke, sie unter Rayonbeschränkungen zu stellen, sondern wir sehen in ihnen ein Land, das wir politisch, kulturell und wirtschaftlich so eng wie möglich mit dem deutschen Vaterlande verschmelzen müssen." (Sehr richtig! und lebhafter Beifall.) Die Beteiligung am Bundesrate ist geeignet, diese Verschmelzung zu befördern, liegt also auch im Interesse des Reiches. Die vorgeschlagene Art der Einräumung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen stellte Preußen allerdings in einigen Ausnahmefällen beim Stimmenverhältnis etwas ungünstiger, aber von einer Verleugnung, einem Opfer Preußens könne man doch nicht gut reden. „Der preußische Einfluß beruht nicht auf Addition oder Subtraktion von Bundesratsstimmen, sondern beruht auf seiner geschichtlichen Leistung und seiner geschichtlichen Mission... Gerade die elsaß-lothringische Frage ist eine Frage, die nur in diesem Geiste gelöst werden kann, und wenn Preußen bei dieser Gelegenheit seinerseits einen Schritt voran macht, dann verdient es nicht Vorwürfe, dann erfüllt es die Aufgaben und Pflichten, die es dem Reiche gegenüber hat." (Lebhafter Beifall.) Das Abgeordnetenhaus beendete erst am 27. die dritte Lesung des Etats, dessen Beratung im Herrenhause am 5. April begonnen und am 8. beendigt wurde. Der verfassungsmäßige Termin (1. April) war also wieder nicht eingehalten worden.

Das Herrenhaus befindet sich in der wenig angenehmen Lage, meist Gegenstände behandeln zu müssen, die schon vorher im Abgeordnetenhause und in der Presse bis zur Ermüdung besprochen worden sind. Es spricht für die bedeutsame Höhe der Debatten in diesem Hause, daß sie trotzdem imstande waren, die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zu ziehen. Das Herrenhaus vereinigt eben die hervorragendsten Vertreter aller Stände und Berufe, die der Unabhängigkeit ihrer Überzeugung im Verein mit gereifter Lebenserfahrung ohne Rücksicht auf Popularität, ohne Scheu vor der Wählerschaft, ohne Rücksicht auf konkurrierende Parteien und auch ohne Scheu vor der jeweiligen Regierung Ausdruck geben. Die gewählten Herren im anderen Hause könnten sich daran ein Muster nehmen, wie eigentlich parlamentarisch verhandelt werden soll. Es würde freilich zu weit führen, hier ausführlicher darauf einzugehen, in welch sachlicher Höhe, klärenden Betrachtung und Beleuchtung die schwebenden Fragen der Finanz- und Kulturpolitik, die elsaß-lothringische Angelegenheit, der Modernisteneid 2c. besprochen wurden. Hier sei nur der einstündigen Rede des Kardinals Dr. Kopp am 7. gedacht, die den rein innerkirchlichen Charakter des Antimodernisteneides zu verteidigen hatte und unter größter Aufmerksamkeit des Hauses auseinandersetzte, daß der Eid gar nichts Neues enthalte, und daß zur Beunruhigung kein Anlaß vorliege. Er deutete aber doch leise an, daß es wohl zweckmäßiger gewesen wäre, wenn die Kurie nicht ohne vorherige Verständigung vorgegangen wäre. Von Kirchenfürsten wie Kardinal Dr. Kopp würde der Protestantismus sicher nichts zu befürchten haben, aber der Umstand, daß man im Vatikan nach der Borromäus-Enzyklika 2c. gerade jetzt die Bestimmungen, die der Antimodernisteneid enthält, aufzufrischen für notwendig hielt, war eben das Neue, das Beunruhigung erregte und erregen mußte.

Nach den Osterferien begann die eigentliche gesetzgeberische Arbeit, bei der die Geschäfte zeitweise nur mühsam von der Stelle rückten, weil oft nebensächliche Dinge mit ermüdender Breite erörtert wurden. Darunter litt am meisten das Herrenhaus, das über seine Zeit gar nicht vernünftig disponieren konnte. Am 16. Mai wurden gegen Fortschritt und Sozialdemokratie die beiden Zweckverbandsvorlagen, am 20. mit zwei Stimmen Mehrheit das von den Liberalen zur Parteisache gestempelte Feuerbestattungsgesetz angenommen. Vom 27. Mai bis 16. Juni waren Pfingstferien. Am 20. Juni nahm das Herrenhaus in namentlicher Abstimmung das Feuerbestattungsgesetz mit 92 gegen 86 Stimmen an. Am 27. wurde der Antrag der Fortschrittspartei auf Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen vom Abgeordnetenhause abgelehnt, Minister v. Dall-

witz hatte vor der Beratung den Saal verlassen. Der Antrag war eine für die Wahlen berechnete Komödie. Bei der Abstimmung vereitelten die Konservativen durch ein Abstimmungsmanöver den Nationalliberalen eine Fassung, die das Pluralstimmenwahlrecht offen ließ. Darüber gab es einen Entrüstungssturm auf der gesamten Linken. Nachdem am 28. Juni das Zentrum die ihm unliebsame Novelle zur rheinischen Landgemeindeordnung durch namentliche Abstimmung, bei der sich Beschlußunfähigkeit herausstellte, zu Fall gebracht hatte, kam es zu einer zweiten und dritten Sitzung voller Geschäftsordnungsdebatten und Parteizänkereien, bis ein Schreiben der Regierung eintraf, das den Landtagsschluß verkündete, da nach der Stimmung und Besetzung des Hauses nicht mehr auf die Erledigung einer Vorlage gerechnet werden konnte. Das Pflicht-Fortbildungsschulgesetz war wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Mehrheit gescheitert. Außer den bereits erwähnten größeren Gesetzen sind noch verabschiedet worden: die Ausführungsgesetze zur Reichswertzuwachssteuer und zum Viehseuchengesetz, die Sekundärbahnvorlage, das Gesetz zur Entlastung des Oberverwaltungsgerichtes, das Gesetz über Beschulung blinder und taubstummer Kinder, das Gesetz über Einführung der staatlichen Polizeiverwaltung in den westlichen Industriegebieten u. a.

Als eine Art Vorfeier des fünfhundertjährigen Bestehens der Herrschaft der Hohenzollern in der Mark Brandenburg wurde am 9. Juli das von der brandenburgischen Provinzialsynode erworbene Klostergut Lehain — ein ehemaliges, mit der Urbarmachung des Landes und dem Hohenzollernhause eng verknüpftes Zisterzienserkloster — feierlich übergeben. Als Vertreter seines Vaters war Prinz August Wilhelm erschienen. Auf dem ehemaligen Klostergute soll ein neues Diakonissen-Mutterhaus entstehen.

Am 17. Juni wurde die hundertjährige Erinnerungsfeier an den ersten, vom Turnvater Friedrich Ludwig Jahn errichteten ersten Turnplatz in Berlin begangen. Eine Festrede mit Frei- und Wetturnen des Friedrich Wilhelm-Gymnasiums vor dem Jahndenkmal in der Hasenheide, ein Barlauf von Schülern der höheren Schulanstalten um den Bismarckschild auf dem Tempelhofer Felde und Gedächtnisfeiern in den Gemeindeschulen zeichneten den Tag aus.

Am 3. August und in den Vortagen wurde die Jahrhundertfeier der Universität Breslau mit großen Festlichkeiten begangen. So viele Reden auch an diesen Festtagen gehalten wurden, so klang doch aus allen das Leitmotiv, daß es sich nicht bloß um eine wissenschaftliche, sondern auch um eine patriotische Feier handle. Denn wie die Berliner, ist auch die Breslauer Universität eine Schöpfung der großen Zeit aus Preußens Erhebung, von Breslau aus erging der Aufruf „An mein Volk", die junge Breslauer Universität war auf das engste verknüpft mit der Wehrhaftmachung des wieder erwachten Preußens. Am 2. traf auch der Kronprinz und der Kultusminister v. Trott zu Solz ein, ebenso waren die Schwester des Kaisers, die Erbprinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen und Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen anwesend. Der Kronprinz verlas eine kaiserliche Botschaft, nach der die Universität, die bisher keinen offiziellen Namen hatte, „Schlesische Friedrich Wilhelms-Universität" heißen solle. Ungemein zahlreiche Deputationen und Glückwünsche von deutschen und ausländischen Hochschulen waren eingetroffen. Von den zahlreichen Ehrenpromotionen seien erwähnt die des Kardinals Dr. Kopp von der juristischen, Dr. Felix Dahns von der medizinischen und des Frhrn. Dr. v. Plener in Wien von der philosophischen Fakultät.

Aus den Bundesstaaten.

Wie die „Berl. techn. Welt" konstatierte, ist die preußische Eisenbahnverwaltung das größte wirtschaftliche Unternehmen der Erde, das von keinem anderen in der Anzahl der beschäftigten Personen und im Etat von über 2 Milliarden erreicht wird. Wie der Eisenbahnminister in der Budgetkommission ausdrücklich hervorhob, steht die Betriebssicherheit der preußischen Bahnen unübertroffen da. Es leuchtet ein, daß ein so gewaltiges Unternehmen von diesem Rufe kein Bedürfnis mehr empfindet, sich mit anderen zu verschmelzen. Bei den hessischen Bahnen, die sich zum großen Teile mit den preußischen kreuzen, war es anders, da lag die Vereinigung im beiderseitigen Interesse. Von weiteren Verschmelzungen dürfte aber auf längere Zeit hinaus keine Rede sein, und der Partikularismus in Bayern, Sachsen 2c. kann sich so lange beruhigen, bis er vielleicht selbst einmal das Bedürfnis nach Reichseisenbahnen empfindet. Der Inlandsverkehr ist vertragsmäßig einheitlich geregelt und hat im Herbst durch Vereinbarung über die Gepäckeinnahmen durch ein vereinfachtes, mit Ersparnissen an Verwaltungskosten verbundenes Verfahren noch eine Erweiterung erzielt. Durch Vertrag von 1909 bilden die deutschen Eisenbahnen dem Ausland gegenüber ein einheitliches Verkehrsgebiet. Der allgemeinen Elektrisierung der Eisenbahnen steht noch das Bedenken gegenüber, daß eine Störung in den Zentralen Unterbrechungen von verhängnisvoller Tragweite hervorrufen könnte.

Die Kanalfragen rücken nur langsam vorwärts. In einer Sitzung des Ausschusses des Zentralvereines für Binnenschiffahrt anfangs August in Koburg, an der auch der rührige Prinz Ludwig von Bayern und Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha teilnahmen, wurde über die Werra-Main-Donauverbindung beraten. Für die Neckarkanalisation von Mannheim bis Heilbronn sind zu Anfang des Jahres die Vorarbeiten abgeschlossen worden. Es kommt nun nur noch auf eine Vereinbarung der drei beteiligten Staaten Württemberg, Baden und Hessen an.

Der Anschluß der süddeutschen Staaten an die preußische Klassenlotterie hat nicht den Zweck, eine Reichslotterie anzubahnen, sondern den einzelnen Staaten Einnahmen zuzuführen. Die Anregung ist auch nicht von Preußen, das durch die Gewährung eines normierten Betrages ein gewisses Risiko läuft, ausgegangen. Württemberg und Baden haben dem Vertrage be-

reits zugestimmt, die formelle Annahme durch Bayern ist wegen der Auflösung der Kammer noch nicht erfolgt.

Bayern. Am 7. und 8. Januar machte Großherzog Friedrich Franz IV. von Mecklenburg-Schwerin dem bayrischen Königshause einen Besuch. Am ersten Tage fand eine Hoftafel statt, an der u. a. auch der oft genannte, im bayrischen Heere dienende Prinz Ernst August von Braunschweig, der Schwager des Großherzogs, teilnahm und bei der zwischen dem Prinzregenten Luitpold und dem Großherzog sehr herzliche Trinksprüche ausgetauscht wurden. Nachmittags besuchte das großherzogliche Paar die Schackgalerie und die Altwiener Ausstellung im Kunstverein. Nach herzlicher Verabschiedung vom Prinzregenten reisten der Großherzog und die Großherzogin am folgenden Nachmittag nach Regensburg ab. Das allgemeine Interesse wurde in der folgenden Zeit von den Vorbereitungen zur Feier des 90. Geburtstages des Prinzregenten am 12. März in Anspruch genommen. Die Feier fand herzlichen Widerklang im ganzen Reiche, wo sich der greise Verweser des Staates der Wittelsbacher wegen seines nationalen Verhaltens der wärmsten Sympathien erfreut. Vor einem Vierteljahrhundert hatte er bei Übernahme der ihm zugefallenen Regentschaft die Hoffnung ausgesprochen, „daß mit Gottes Hilfe unter unserer Regentschaft dem bayrischen Staate in festem Verbande mit dem Deutschen Reiche Zeiten des Glücks und des Segens beschieden sein mögen". Dieses Gelöbnis hat Prinzregent Luitpold allzeit treu gehalten. In seiner Person ist ein langes und bedeutsames Stück der neueren deutschen Geschichte zusammengefaßt. Dem entsprach durchaus, daß Kaiser Wilhelm dem Prinzregenten mit einem ungemein herzlichen Glückwunschschreiben sein Bild in der Uniform des 1. bayrischen Ulanenregiments übersandte, daß der „Reichsanzeiger" schrieb: „Der edle Fürst blickt auf ein Leben zurück, dessen Inhalt deutsche Treue war", daß im königlichen Schlosse zu Berlin Galatafel stattfand, zu der die Kaiserin ihren Enkel, den Prinzen Wilhelm, zum erstenmal bei offizieller Gelegenheit, an der Hand führte. Der Kaiser hatte auch dem langjährigen bayrischen Gesandten in Berlin, Grafen Lerchenfeld, den Schwarzen Adler-Orden und mehreren bayrischen Ministern hohe Auszeichnungen verliehen in Erwiderung der Ehrungen, die Prinzregent Luitpold am vierzigjährigen Gründungstage des Reiches vier Staatssekretären erwiesen hatte.

Der Prinzregent selbst hatte jetzt u. a. dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Podewils und dem Kriegsminister General v. Horn die Grafenwürde verliehen, ein Kapital von 200.000 Mark für eine Künstlerpensionsstiftung gewidmet, Verfügungen über Turn- und Wettspiele der Schulen erlassen und dafür Medaillen gestiftet, den beiden, seinen Namen tragenden Artillerieregimentern Nr. 1 und Nr. 7 je 25.000 Mark zugewandt und die ihm von der pfälzischen Hypothekenbank zur Verfügung gestellte Summe von 25.000 Mark zur Unterstützung notleidender Winzer bestimmt. München hatte reichen Festschmuck angelegt, in den Hauptstraßen waren sämtliche Häuser mit Tannenreis, goldenen Kugeln, Bändern und Fahnen, vorwiegend in den Landesfarben, geschmückt, der Menschenzudrang war ungeheuer, die Zahl der von einzelnen Körperschaften veranstalteten Feiern war Legion. Die offiziellen Feiern begannen am 8. mit einer Galavorstellung im Hoftheater, bei der der Prinzregent begeistert begrüßt wurde. Am folgenden Tage fand ein Huldigungsakt im großen Thronsaale statt, wobei der Präsident der Reichsräte, Fürst Löwenstein, im Namen der zahlreichen, durch Deputationen vertretenen Körperschaften eine Ansprache hielt, auf die der Prinzregent voll tiefer Bewegung dankte und Gottes Segen „für unser liebes bayrisches Vaterland" erflehte. Bei der nachmittags in der Residenz stattfindenden Galatafel sprach Prinz Ludwig den Toast auf den Prinzregenten, den Gott noch lange erhalten möge „zum Segen Bayerns und des ganzen Deutschen Reiches".

Am 11. vormittags empfing der Prinzregent das diplomatische Korps, nahm dessen Glückwünsche und die von den Staatsoberhäuptern eingegangenen Handschreiben entgegen und machte dann unter stürmischen Begrüßungen eine Rundfahrt durch die Stadt. Mittags wurde mit einer Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Borscht der große Luitpoldpark eingeweiht und zur Erinnerung 90 Eichen gepflanzt. Der Urenkel des Prinzregenten, Prinz Luitpold, pflanzte die letzte. Abends war auf zehn öffentlichen Plätzen Konzert und auf dem Max Josef-Platze vor der Residenz Serenade und großer militärischer Zapfenstreich. Sonntag der 12. März, der eigentliche Geburtstag, brachte bei strahlender Sonne und unter riesiger Teilnahme früh Salutschießen mit Tagesreveille, Festgottesdienste in allen Kirchen, Parade der Münchener Garnison auf dem Maximiliansplatze, die Prinz Ludwig abnahm, und vor dem Armeemuseum die Enthüllung des Denkmals Ottos von Wittelsbach, eines Werkes des mit dem Prinzregenten eng befreundeten Erzgießers Ferdinand v. Miller und das Geschenk eines nicht genannten Reichsratsmitgliedes (Graf Drechsel?). Eine Familientafel im Schlosse und abends eine Festaufführung im Hoftheater bildeten den Schluß der glanz- und stimmungsvollen Feierlichkeiten. Im Laufe des Tages waren noch über hundert Glückwunschdepeschen von Fürsten und Staatsoberhäuptern, ferner vom Reichskanzler, von der Marine, vom Reichstag 2c. eingegangen.

Allgemeine Bewunderung erregte die Frische und die Rüstigkeit, die der Prinzregent den Anstrengungen der Festtage gegenüber bewies. Die Sammlungen im Lande für gemeinnützige und wohltätige Zwecke zu Ehren des Geburtstages hatten über $1\frac{1}{2}$ Millionen ergeben. Ein Intermezzo darf hier nicht unerwähnt bleiben. Am 13. gedachte im Reichstage der Präsident Graf Schwerin-Löwitz des gestrigen Geburtstages des Prinzregenten Luitpold. Alle Abgeordneten hatten sich erhoben, auch die Sozialdemokraten bis auf zwei, die auch trotz Aufforderungen aus dem Hause hartnäckig „das Prinzip" wahrten. Prinzregent Luitpold sprach durch einen Erlaß vom 13.

seinen innigsten Dank für die Festkundgebungen und am 21. dem Ministerium noch seine besondere Anerkennung aus. Am 4. April traf Prinz Artur, der Sohn des Herzogs von Connaught, in München ein, um im Auftrag des Königs Georg dem Prinzregenten den Hosenbandorden zu überbringen. Am 10. Juni beging Prinzregent Luitpold ohne jede Festlichkeit sein 25jähriges Regentschaftsjubiläum. Kaiser Wilhelm hatte ihm in seinem und seiner Gemahlin Namen ein sehr herzliches Glückwunschtelegramm geschickt, für das der Prinzregent ebenso herzlich dankte, „mit den innigsten Wünschen für Dich, Dein Haus und unser liebes deutsches Vaterland". Am 18. Juni machte König Friedrich August von Sachsen dem Prinzregenten einen Freundesbesuch. Im Verlaufe des Sommers litt Prinzregent Luitpold wiederholt an rheumatischen Schmerzen, doch waren die von Sensationsblättern daran geknüpften Befürchtungen grundlos. Er mußte zwar seinen Aufenthalt in den Voralpen unterbrechen, machte aber in der letzten Woche des November mit den Prinzen Ludwig und Leopold wieder einen Jagdausflug nach dem Spessart. Am 5. Oktober hatte er sich beim Richtfest des Deutschen Museums in München durch den Prinzen Ludwig vertreten lassen, der am 1. das 25jährige Jubiläum als Chef des 2. niederschlesischen Infanterieregiments Nr. 42 (in Posen) beging, wobei eine Offiziersdeputation des Regiments unter Führung des Obersten Kruge ihm ein Glückwunschschreiben des Kaisers Wilhelm und das preußische Militärkreuz für 25jährige Dienstzeit überreichte. Prinz Ludwig widmete dem Regiment sein Porträt in der Regimentsuniform.

Auf die innerpolitischen Angelegenheiten waren die päpstlichen Erlässe nicht ohne Wirkung geblieben. Für das Dekret über die Absetzbarkeit der Geistlichen war das Plazet der Krone eingeholt und erteilt worden, der Erlaß über die Verlegung mehrerer katholischer Feiertage auf den Sonntag stieß in bezug auf den beliebten Fronleichnamstag auf lebhaften Widerwillen, die Universität München wählte wider den Gebrauch den von der katholisch-theologischen Fakultät präsentierten Kandidaten, der den Modernisteneid geleistet hatte, nicht. — Der Verkehrsminister v. Frauendorfer hatte im August durch einen Erlaß auf den „Verband des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals" hingewiesen, der nicht frei von sozialdemokratischen Bestrebungen sei, woraus sich das Verhalten der bayrischen Beamten von selbst ergebe. Das Zentrum war mit diesem zahmen Erlaß höchst unzufrieden, weil es den von ihm begründeten „Bayrischen Eisenbahnerverband" begünstigt. Natürlich waren die Sozialdemokraten vom entgegengesetzten Standpunkte aus erbittert. Beide befehdeten den Verkehrsminister auf das heftigste und urwüchsigste. Als dieser in der Kammer bei der Interpellationsdebatte erklärt hatte, es sei zweifelhaft, ob gegen die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes disziplinarisch vorgegangen werden könne, war der Bruch zwischen ihm und dem Zentrum fertig, obgleich der Ministerpräsident Graf Podewils am folgenden Tage hinzufügte, er setze in die Disziplinargerichte volles Vertrauen. Die Debatten nahmen einen unerhörten Ton an, die Vermahnungen beider Minister wurden überhört, und weil Minister v. Frauendorfer am 7. November bei Beginn der Rede eines Zentrumsabgeordneten den Saal verlassen hatte, kündigte am folgenden Tage der Zentrumsführer an, seine Partei sei nicht mehr in der Lage, sachlich mit dem



Das Reiterstandbild von Otto von Wittelsbach in München.

Verkehrsminister weiter zu verhandeln. Versöhnliche Erklärungen des angegriffenen Ministers sowie direkte Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit der Partei blieben ohne Erfolg, und es blieb dem Ministerium nur übrig, die Entscheidung des Prinzregenten einzuholen, die für Auflösung der Kammer ausfiel. Am 14. November verlas Minister v. Brettreich unter stürmischem Bravo von rechts und links die allerhöchste Botschaft, nach welcher der Landtag aufgelöst wurde. Der Landtagsabschied zählte die gemeinsamen Beschlüsse beider Kammern auf und betonte, die Regierung werde weiterhin allen Streikbestrebungen in Verkehrsanstalten mit allen verfügbaren Mitteln entgegentreten.

Die bisherigen Landtagsverhandlungen waren nicht von besonderem Belang; weder die über eine Woche dauernden Teuerungsdebatten, noch die mehrtägigen Verhandlungen über das verunglückte staatliche Kohlenbergwerk Stockheim, die Interpellations-

debatte über die Feuerbestattung 2c. ergaben mehr als Parteizänkereien. Wegen der Unmöglichkeit der Verabschiedung des Budgets verkündete die Regierung Mitte Dezember den verfassungsmäßig vorgesehenen Ausnahmezustand zur Forterhebung der direkten Steuern. Die Parteien rüsteten auf die nach Neujahr in Aussicht stehenden Neuwahlen. Die Entwicklung der bayrischen Nationalliberalen nach links hatte den Austritt namhafter Parteimitglieder zur Folge gehabt und schließlich zur Begründung einer bayrischen Reichspartei geführt, die alle auf nationalem Boden stehenden und gegen den Umsturz gerichteten Elemente zu vereinigen strebte. Die Liberalen, Sozialdemokraten und altbayrischen Bauernbündler bildeten für die Landtagswahlen einen gegen das Zentrum gerichteten Block. Als Vorgeschmack des voraussichtlichen Resultats durften Ende November die unter ähnlicher Vereinbarung erfolgten Münchener Gemeinderatswahlen dienen, die den Liberalen einen Verlust von sechs und den Sozialdemokraten einen Gewinn von fünf Mandaten brachten. Am Jahresschluß verlieh der Prinzregent dem Justizminister Dr. v. Miltner das Großkreuz des bayrischen Verdienstordens und dem Minister des Innern v. Brettreich das Großkreuz des Michaelsordens.

Sachsen. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung hat das Königreich 4,797.700 Einwohner, 289.100 mehr als im Jahre 1905. König Friedrich August stattete am 20. und 21. Januar dem herzoglich Sachsen-Altenburgischen Hofe einen Besuch ab und trat am 30. eine längere Reise nach Ägypten und dem Sudan an, um den wirtschaftlichen Zustand dieser Länder, die mit Sachsen in lebhaftem Handelsverkehr stehen, an Ort und Stelle kennen zu lernen. Er reiste über Genua, Neapel, Port Said nach Port Sudan, von wo er am 8. Februar mit der Bahn nach Chartum fuhr. Nach einem Besuche in Omdurman wurde von Renk am weißen Nil ein vierwöchiger Jagdausflug nilaufwärts unternommen und dann nach Kairo zurückgekehrt, wo der König eine Begegnung mit dem deutschen Kronprinzenpaare hatte. Über Alexandrien, Triest und Abbazia traf er am 12. April wieder in Dresden ein. — Die letzte Viehzählung hatte eine nicht unbeträchtliche Hebung des Viehstandes ergeben. Wie für Süddeutschland war auch für Sachsen die Vieheinfuhr aus Frankreich gestattet worden, ohne den gewünschten Erfolg. Gegen die weitere Öffnung der Grenzen, als zwecklos, verhielt sich die Regierung ablehnend, auch der König sprach sich anfangs September in diesem Sinne aus und riet den Landwirten, ihr Vieh nicht zu verschleudern. Ähnlich wie in Preußen wurde ein Ausnahmetarif, Waldstreu 2c. gewährt. Der Parteienkampf spitzte sich auch in Sachsen erheblich zu, so spielte schon am 3. April die fortschrittliche Wahltaktik das Landtagsmandat Leipzig-Land in sozialdemokratische Hände, trotzdem beschlossen die Nationalliberalen, bei den Reichstagswahlen mit der Fortschrittspartei gemeinsam gegen die Konservativen vorzugehen. Die Konservativen waren vielfach unzufrieden mit dem entgegenkommenden Verhalten der Regierung gegen die Sozialdemokraten, der Kultusminister Dr. Beck duldete indessen nicht die Beteiligung von Lehrern an sozialdemokratischen Versammlungen, sprach sich auch auf dem evangelischen Schulkongreß in Dresden entschieden für die Beibehaltung der konfessionellen Schule aus.

Am 6. Mai wurde in Dresden im Beisein des Königs die Internationale Hygiene-Ausstellung eröffnet, ein hochinteressantes Werk, in dem sich bis zum Schlusse am 31. Oktober Millionen, darunter Hunderttausende aus fremden Ländern, zusammengefunden haben. Die Bezeichnung „Weltausstellung für Gesundheitspflege" hat sie mit Recht getragen, und es erregte weithin Befriedigung, daß der König dem Organisator der Ausstellung, dem Geh. Kommerzienrat August Lingner, den Titel „Exzellenz" verlieh. — Am 22. und 23. Mai statteten der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin dem König Friedrich August einen Besuch ab, zum Geburtstag des Königs (25. Mai) traf Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg beim königlichen Hofe ein, Prinz Heinrich der Niederlande besichtigte am 7. und 8. August die Hygiene-Ausstellung, am 13. und 14. Oktober machte das Großherzogspaar von Sachsen-Weimar und am 23. und 24. das Großherzogspaar von Mecklenburg-Strelitz dem Dresdener Hofe ihren Besuch. — Der Landtag trat am 7. November zu seiner 34. Tagung zusammen. Bei den Präsidentenwahlen gaben die Konservativen weiße Zettel ab, und ihr Führer Opitz nahm die durch die anderen Parteien auf ihn gefallene Wahl zum Vizepräsidenten nicht an, und so wurde das Präsidium: Vogel (nationallib.), Fräßdorf (sozialdem.) und Bär (fortschr.) gewählt. Am 9. fand im Thronsaale die feierliche Eröffnung statt. Die von König Friedrich August verlesene Thronrede kündigte Hilfsmittel gegen die Schäden der Dürre, Vorlagen für Schule, Kirche und freiwillige Gerichtsbarkeit an, bezeichnete als erfreulich das Gedeihen von Handel und Industrie dank der Erhaltung des Friedens, das Gelingen der Hygieneausstellung und der Reichsfinanzreform. Der Stand der Landesfinanzen mache eine Anleihe unnötig. Als erstes bundesstaatliches Parlament beschäftigte sich die zweite Kammer mit der Marokkoangelegenheit. Es fiel auf, daß der konservative Abg. Opitz die laue Haltung Österreich-Ungarns bedauerte, was Minister Graf Vitzthum v. Eckstädt zurückwies. Im übrigen stimmten Konservative und Nationalliberale dem Vorgehen der Reichsregierung zu. Am 30. November sprach sich Minister Graf Vitzthum v. Eckstädt scharf gegen die Sozialdemokratie aus, die Regierung werde den von den nationalen Parteien gestellten Anträgen zum Schutze der Arbeitswilligen weit entgegenkommen. In gleichem Sinne sprach er auch am 11. Dezember. In dieser Sitzung wurde auch dem Anschluß der Fürstentümer Reuß an das sächsische Oberverwaltungsgericht zugestimmt. Am folgenden Tage gab Kultusminister Dr. Beck ausführliche und beruhigende Erklärungen auf die nationalliberalen Interpellationen wegen der päpstlichen Erlässe. Beide Kammern gingen am 15. in die Weihnachtsferien.

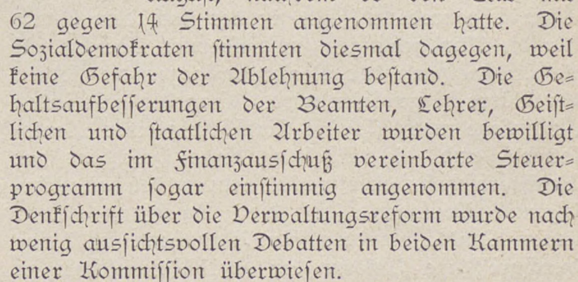
Württemberg. Der Landtag wurde am 14. Januar vom König mit einer Thronrede eröffnet, die betonte, daß die gedeihliche Entwicklung des Landes den Staatshaushalt vorteilhaft beeinflußt habe, daß aber ohne Eröffnung neuer Finanzquellen die Aufbesserung der Gehälter nicht durchzuführen sei. Tatsächlich sind dafür gegen 7 Millionen erforderlich, für deren Deckung die Regierung hauptsächlich indirekte Steuern in Aussicht nimmt, außerdem soll das Erträgnis der mit Preußen vereinbarten Staatslotterie hinzugezogen werden. In der Etatsdebatte hob Finanzminister v. Geßler am 25. hervor, daß ohne die Reichsfinanzreform das verhältnismäßig günstige Ergebnis des Etats nicht möglich gewesen wäre. Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker erklärte, er wolle durch Vereinfachung der Staatsverwaltung eine Ersparnis von $2^1/_2$ Millionen erzielen. Am 31. erklärte er über die politische Betätigung der Beamten, diese finde ihre Schranken an der gewissenhaften Amtsführung, Amtsverschwiegenheit und der Treue gegen König und Verfassung. Gegenüber den päpstlichen Erlässen äußerte sich der Kultusminister ähnlich wie der preußische Ministerpräsident. Über die umfangreiche Vereinfachung der Verwaltung legte das Ministerium Ende Februar eine Denkschrift vor; es sind Veränderungen in allen Verwaltungszweigen in Aussicht genommen, die Aufhebung von 4 Kreisregierungen und 21 Oberämtern dürfte freilich allerhand Kirchturmsinteressen gegen sich haben.



König Wilhelm II.

König Wilhelm hatte sich Mitte Januar zu längerem Aufenthalt nach der Riviera begeben und kehrte am 5. März zurück. Er feierte am 8. April mit seiner Gemahlin die Silberne Hochzeit. König Wilhelm hat als Prinz den Feldzug 1870/71 mitgemacht und sich seit seiner Thronbesteigung am 8. Oktober 1891 stets als reichstreuer Fürst und hingebender Förderer seines Landes bewährt. Es hatten sich auch zu seinem Jubeltage über 40 deutsche Fürstlichkeiten in Stuttgart versammelt, die Kaiser: Wilhelm (aus Korfu), Franz Josef und Nikolaus, die Könige von Italien, Rumänien und Sachsen, sowie fast alle deutschen Bundesfürsten hatten Glückwunschtelegramme gesendet. Die Feier wurde am 7. durch Festvorstellung in dem mit Grün und Silber geschmückten Interimstheater eröffnet, bei der eine an den fünften Akt vom „Sommernachtstraum" angeknüpfte Huldigungsszene sich wirkungs- und weihevoll zu einer allseitigen stürmischen Jubel- und Begrüßungskundgebung gestaltete. Am folgenden Tage hatte das festlich geschmückte Stuttgart seinen Blumentag, Kanonendonner und Festgeläute leiteten den Festtag ein. Nach der kirchlichen Feier im Schlosse fand große Gratulationskur und um $^1/_2 2$ Uhr Familienfrühstück statt. Um 3 Uhr machte das Königspaar eine Rundfahrt durch die Stadt, von dichtgedrängten Menschenmassen auf das wärmste begrüßt. Abends war im Weißen Saale des Residenzschlosses großes Galadiner, bei dem Großherzog Friedrich von Baden den Toast auf das Königspaar ausbrachte, wofür König Wilhelm gerührt dankte. Nach der Tafel fand großer Empfang statt, die dem schwäbischen Sängerbund angehörenden Vereine Stuttgarts brachten eine Abendmusik, und ein glänzendes Feuerwerk schloß die Feier. Das Königspaar erließ am 12. eine Danksagung für die allgemeinen Kundgebungen. Der Blumentag hatte in ganz Württemberg über eine halbe Million ergeben, die vom König auf 530.000 Mark erhöht und zu wohltätigen Zwecken verwendet wurde.

Am 12. Mai wurde der nationalliberale Regierungsrat Lautenschlager durch die vereinten bürgerlichen Parteien gegen den Sozialdemokraten Lindemann zum Bürgermeister von Stuttgart gewählt, auf dessen Sieg seine Partei mit der vollsten Sicherheit gerechnet hatte. Selbst ein Teil der Volkspartei hatte für Lautenschlager gestimmt, obgleich die Partei einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, damit Lindemann die höchste Stimmenzahl erreichen sollte. (In Württemberg gibt es keine Stichwahl.) Die Wähler waren aber wieder einmal vernünftiger gewesen als die Führer. Die Volkspartei hatte gehofft, nach der unzweifelhaften Nichtbestätigung des Sozialdemokraten werde ihr Weizen blühen. Auffällig waren die Auslassungen des Ministers des Innern v. Pischek am 23. in der Kammer, der keine bestimmte Erklärung über die Nichtbestätigung von Sozialdemokraten abgab. Der Landtag beendete seine Sitzungen am 12. August, nachdem er den Etat mit 62 gegen 14 Stimmen angenommen hatte. Die Sozialdemokraten stimmten diesmal dagegen, weil keine Gefahr der Ablehnung bestand. Die Gehaltsaufbesserungen der Beamten, Lehrer, Geistlichen und staatlichen Arbeiter wurden bewilligt und das im Finanzausschuß vereinbarte Steuerprogramm sogar einstimmig angenommen. Die Denkschrift über die Verwaltungsreform wurde nach wenig aussichtsvollen Debatten in beiden Kammern einer Kommission überwiesen.



Baden. Als Vermächtnis des verstorbenen Großherzogs Friedrichs I. ist in allen Schulen des Landes seine Ansprache an die Jugend zum Gedächtnis des 18. Januar 1871, des Gründungstages des Deutschen Reiches, unter Glas und Rahmen angebracht. Am 10. Mai, dem Gedenktage des Frankfurter Friedens, hat Großherzog Friedrich II. allen am Feldzuge Beteiligten im Offiziersrang eine Plakette mit dem Bildnis des Verewigten und der homerischen Widmung: „Immer bleibe Dir Lob und Ehr' und ewiger Nachruhm", zugehen lassen. Vom Fürstenhause wird Patriotismus und Reichsgedanke mit Eifer gepflegt, von den Parteien wird dagegen vielfach das Gegenteil getan. Baden ist das Mutterland jenes linksliberalen Großblocks, mit dem man angeblich Zentrum und „Reaktion" bekämpfen will, aber bloß die Sozialdemokratie fördert, und zwar am meisten auf Kosten des Liberalismus. Die Sozialdemokraten erringen einen Wahlsitz nach dem anderen, nament-

lich auch in den Stadtverwaltungen. Es hat sich demzufolge auch im Frühjahr ein Landesverband gegen die Sozialdemokratie gebildet, der dem bekannten Wahlbündnis von „Bebel bis Bassermann“ entgegenarbeiten will, auch hat im Laufe des Jahres das Ministerium begonnen, seine bisherige Lauheit der Sozialdemokratie gegenüber aufzugeben. Mitte Mai trat Minister Frhr. v. Marschall zurück, die Eisenbahnverwaltung übernahm der Finanzminister Rheinbold, die auswärtigen Angelegenheiten Ministerpräsident Frhr. v. Dusch, der dafür Kultus und Unterricht an den neuernannten Minister Dr. Böhm abtrat. Die Liberalen hatten gehofft, daß auch Frhr. v. Dusch mit abgehen und das Ministerpräsidium auf den dem Block geneigten Minister des Innern Frhrn. v. Bodmann übergehen werde. Prinz Max von Baden schied anfangs Juni aus dem aktiven Militärdienste aus, um sich ganz seiner Aufgabe als Präsident der ersten Kammer zu widmen. Der 10. Juni, an dem vor 100 Jahren der erste Großherzog von Baden, Karl Friedrich, die Augen schloß, wurde im ganzen Lande festlich begangen. Am 20. und 21. Oktober stattete Großherzog Karl Eduard von Sachsen-Weimar mit Gemahlin dem großherzoglichen Hofe einen Besuch ab. Am 28. fand im Beisein des Großherzogs in Freiburg i. B. die Einweihung des neuen Kollegienhauses statt. Frühere Studenten der Universität überwiesen ihr eine Stifung von 500.000 Mark, der Großherzog stiftete einen „Großherzog Friedrich-Preis“ von 1000 Mark, der alle zwei Jahre einem der Lehrer an der Universität zu wissenschaftlichen Studien verliehen werden soll. Am 28. November wurde die Ständeversammlung vom Großherzog mit einer Thronrede eröffnet, in der nach dem Danke für die Kundgebungen zur Silbernen Hochzeit auf die Maßnahmen der Regierung gegen die Folgen der Dürre hingewiesen wird. Trotz der gebesserten Finanzlage macht sich die Einführung einer Staatslotterie und die Erhebung eines Zuschlags zur Reichserbschaftssteuer nötig. Unter den angekündigten Vorlagen ist die Schaffung eines neuen Landtagmandats für Mannheim und eine durchgreifende Reform der Fortbildungsschule zu erwähnen. Bei der Präsidentenwahl wurde der Nationalliberale Rohrhorst und der Sozialdemokrat Geier wiedergewählt. Letzterer hatte sich an der feierlichen Landtagseröffnung nicht beteiligt, und die nationalliberale Parteileitung belehrte das Land dahin, man dürfe „diesen Vorgang nicht aufbauschen“. Als zweiter Vizepräsident wurde der Fortschrittler Muser gewählt. Am 7. Dezember nahm die zweite Kammer den Lotterievertrag mit 48 gegen 23 Stimmen und den Zuschlag zur Reichserbschaftssteuer einstimmig an. Die Annahme des Lotterievertrages in der ersten Kammer erfolgte am 14. Hierauf traten die Weihnachtsferien ein.

Elsaß-Lothringen. Die Reichslande haben ein höchst bedeutungsvolles Jahr hinter sich. Es hat ihnen Sitz und Stimme im Bundesrate gebracht und sie durch eine Landesvertretung nach dem Zweikammersystem den anderen Bundesstaaten nahezu gleichgestellt. Bismarck hat die Reichslande seinerzeit nur annektiert, um Süddeutschland durch eine entferntere und leichter zu verteidigende Grenze besser zu schützen, alles andere sei bloß „Professorenweisheit“. Herr v. Bethmann Hollweg steht auf dem Standpunkte, nach 40 Jahren könne man Elsaß-Lothringen nicht mehr bloß als Festungsglacis behandeln. Damit hat er unzweifelhaft recht, ob aber der Zeitpunkt gerade jetzt glücklich gewählt wurde, stößt vielfach auf Zweifel. Besondere Gefahren für Deutschland entstehen daraus nicht, die französische Revanchelust wird nicht um einen Grad heißer werden, wenn sich auch die Französlinge in Elsaß und Lothringen noch breiter machen sollten. Ausschlaggebend dabei ist doch allein die deutsche Armee, die die Reichslande decken wird, ob sie nun so oder anders gesinnt sind. Die Zeit für eine Begünstigung der Reichslande schien für den Augenblick allerdings nicht gelegen zu sein. Am 7. Januar hatte der französelnde Verein „Lorraine Sportative“ einen förmlichen Aufruhr in Metz hervorgerufen und mußte aufgelöst werden. Im elsaß-lothringischen Landesausschusse kam es anfang Mai bei den oppositionellen Reden gegen die Bestimmungen des dem Reichstage vorliegenden Verfassungsentwurf zu so skandalösen Szenen, daß er am 9. durch Kabinettsordre des Kaisers geschlossen werden mußte. Mitte Juni mußte in Straßburg der „Cercle des étudiants alsaciens-lorrains“ ebenfalls aufgelöst werden. Nach dem liberalen deutschen Vereinsgesetz entstanden die Vereinigungen in etwas anderer Gestalt sofort wieder, der bekannte Abg. Wetterlé gründete einen elsaß-lothringischen „Nationalbund“ für die Wahlen 2c. Die Wahlen, die im Oktober für die neue zweite Kammer stattfanden, haben durchaus nicht den Erwartungen, die daran auf manchen Seiten im Sinne einer versöhnlichen Stimmung geknüpft worden waren, entsprochen, und das landesübliche demokratische Wahlrecht trägt daran keineswegs die Schuld. Am 6. Dezember wurde der Landtag vom Statthalter Grafen Wedel mit einer Thronrede eröffnet. Die Verhandlungen begannen nicht sehr Frieden verheißend. Über die Verfassungsangelegenheit 2c. möge hier mit den Worten des Staatsrechtlehrers Prof. Dr. Laband in Straßburg geschlossen werden: „Wie das neue Gesetz wirken wird, läßt sich nicht voraussehen; vorläufig scheint es nur die Begehrlichkeit gesteigert zu haben.“

Hessen. Die langjährigen Sorgen um die Finanzen des Landes beginnen sich zu zerstreuen. Das Jahr 1910 hat einen Überschuß von $2^1/_2$ Millionen ergeben, der in der Hauptsache den Eisenbahneinnahmen zu verdanken ist. Trotzdem konnte bei aller Sparsamkeit noch nicht an die Vermehrung der Schuldentilgung und die Gehaltserhöhungen gegangen werden. Für die Regelung der Schuldentilgung für das Jahr 1911 um 1,971.535 Mark wurde ein Ausnahmegesetz angenommen. Zu der sozialdem. Beschwerde über das Verbot der Protestversammlungen gegen die Anwesenheit des Kaisers von Rußland erklärte Minister Dr. Ewald am 24. Februar in der zweiten Kammer, die Regierung habe sich nicht mitschuldig machen wollen an der Gefühlslosigkeit gegen die Schwester des Landesfürsten, der Verletzung des elementarsten Gebotes

des Gastrechtes, der Beleidigung eines großen Volkes sowie einer Demonstration, die im Widerspruch stehe mit dem Empfinden der weitaus überwiegenden Mehrheit des hessischen und des deutschen Volkes. Nach elfjährigen Verhandlungen kam am 4. April die Wahlrechtsordnung zu stande, die an Stelle der indirekten die Mehrstimmenwahl setzt, die Abgeordneten der Städte auf 15, die der Landgemeinden auf 43 erhöht; die Mitglieder der ersten Kammer wurden um zwei Vertreter für Handel und Industrie, zwei für Landwirtschaft, einen für die technische Hochschule und einen für das Handwerk vermehrt, die Ernennung erfolgt durch den Großherzog. Die Wahl für die zweite Kammer gilt für sechs Jahre, nach drei Jahren scheidet die Hälfte der Abgeordneten aus. Am 19. Mai nahm die zweite Kammer den zur Rettung des unrentablen staatlichen Braunkohlenwerkes Ludwigshoffnung gemachten Vorschlag auf Errichtung einer elektrischen Überlandzentrale für Oberhessen an mit dem Ersuchen, den Betrieb zu vergesellschaftlichen mit Provinz- und Staatsunterstützung. Am 7. Juli wurde der Landtag vom Großherzog Ernst Ludwig durch eine Thronrede geschlossen, in der nachdrücklich auf die Vorteile der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und der Reichsfinanzreform für das Land hingewiesen wurde. Wegen der schwankenden Haltung der Regierung und der Nationalliberalen der Sozialdemokratie gegenüber entstand auch in Hessen eine reichsparteiliche Vereinigung. Bei den Landtagswahlen im November nach dem neuen Wahlrecht mit acht neuen Mandaten gewann die fortschrittliche Volkspartei drei, die Sozialdemokratie drei, der Bauernbund zwei, das Zentrum einen, die Nationalliberalen verloren einen Sitz. Von den alten Mandaten war nur die Hälfte erneuert worden. Die Kammer trat am 19. Dezember zusammen und wurde am folgenden Tage vom Großherzog mit einer Thronrede eröffnet. Diese stellt ein Schuldentilgungsgesetz, die Aufbesserung der Beamtenpensionen, Gesetze für höhere und Volksschulen, die weitere Ausgestaltung des Lehrerbildungswesens und der Pflege der schulentlassenen Jugend in Aussicht. Nach der Konstituierung vertagten sich beide Kammern.

Oldenburg. Die Regierung hat in der Urbarmachung und Besiedelung der Hochmoore außerordentliche Erfolge erzielt. Im Jahre 1910 wurden 130 Kolonistenfamilien angesetzt, im abgelaufenen Jahre war die Zahl noch größer. Die Regierung gewährt den Ansiedlern erhebliche Beihilfe, so daß der Bau der Gebäude fast frei ist, und verlangt auch für die ersten zehn Jahre keine Rente. Weniger günstig schließt sie bei den Verhandlungen mit dem in Parteien zersplitterten Landtag ab. Das von diesem nach langen Beratungen wesentlich umgestaltete Einkommen- und Vermögenssteuergesetz wurde von ihr nicht bestätigt. Bei den Ende Oktober und anfangs November zum erstenmal nach dem allgemeinen Wahlrecht stattfindenden Landtagswahlen gingen den bürgerlichen Parteien wegen ihrer Uneinigkeit und eines Stichwahlbündnisses zwischen Fortschrittspartei und Sozialdemokraten mehrere Sitze verloren.

Mecklenburg. Die viel berufene Verfassungsfrage ist wieder wenig vorgerückt. Sie wurde auf dem Nachlandtage, der am 28. Februar in Malchin zusammentrat, wieder in Angriff genommen. Die Regierung schlug am 13. März in einem Reskript eine neue Zusammensetzung des Landtags vor, der aus 92 Abgeordneten (24 der Ritterschaft, 24 der Landschaft und der Seestädte Rostock und Wismar, 7 des ländlichen Großgrundbesitzes, 12 des Kleingrundbesitzes, 10 der Städte, 1 der Universität, 1 der Geistlichkeit, 3 der studierten Berufe, je 2 der Handels-, der Handwerks- und der Landwirtschaftskammer und 4 vom Großherzog ernannten) bestehen soll. Die Landschaft (Bürgermeister) stimmte zu, die Ritterschaft verhielt sich ablehnend, wollte aber beitragen, daß etwas zu stande komme. Daraufhin verzichtete die Regierung auf ihren Vorschlag und behielt sich weiteres vor. Daß es in dem Lande, trotz seiner veralteten landständischen Verfassung, nicht so arg aussieht, wie es die Milieupresse zu schildern pflegt, bewies die am 24. Mai in Schwerin vom Großherzog eröffnete Landes-Gewerbe- und Industrieausstellung. Sie zeigte im Hauptgebäude und in 20 Sonderausstellungen, daß Kunst und Gewerbe des Obotritenlandes in vielen Fächern nicht nur Eigenartiges, sondern auch Hervorragendes leisten. Am 13. Juli nahm der Ritterschaftskonvent einen Vorschlag auf Zusammensetzung der Landesversammlung aus drei gleichen Gruppen, also eine neue dritte Standesgruppe, an. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin äußerte sich zurückhaltend über diese eigentlich schon einmal abgelehnten Anträge, der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz erklärte sich gegen sie. Am 14. November brachte die Schweriner Regierung eine Abänderung ihres Entwurfes ein, die an Stelle der von der Ritterschaft unbedingt abgelehnten allgemeinen Wahlen ein indirektes Wahlverfahren für Landgemeinden und Städte vorschlug. Diese Grundlinien scheiterten an dem Widerstand der Landschaft (Bürgermeister), sie lehnte auch wieder den Zuschuß zu den Landeskosten ab. Hierauf erklärte die Regierung, sie verzichte auf weitere Verhandlungen über die Verfassungsreform mit dem gegenwärtigen Landtag, sei jedoch in ihrem Entschlusse, sie durchzuführen, nicht wankend geworden.

Sachsen-Weimar. Die Großherzogin Feodora wurde am 20. März von einer Tochter entbunden. Sie ist seit dem 4. Januar 1910 mit dem Großherzog Wilhelm Ernst vermählt. Der Landtag nahm am 6. einstimmig den Staatsvertrag über ein gemeinsames thüringisches Oberverwaltungsgericht an. Von weiteren Landtagsbeschlüssen ist die Übernahme der bisher von der „Hinterbliebenenanstalt" bestrittenen Fürsorge für die Hinterbliebenen von Geistlichen auf den Staat zu erwähnen.

Braunschweig. Der Landtag beschloß eine Gehaltsaufbesserung der Geistlichen von einem Anfangsgehalt mit 2700 bis zu einem Maximalgehalt nach 25 Jahren mit 6000 Mark. Am 8. Februar wurde mit 36 gegen 8 Stimmen beschlossen, die Regierung um eine Wahlrechtsvorlage nach dem Dreiklassensystem mit direkter, geheimer Wahl zu

ersuchen. Die Sozialdemokraten hatten am 5. wieder Demonstrationen vor dem Schlosse und dem Staatsministerium für das allgemeine Stimmrecht versucht. Am 22. machte der Großherzog von Hessen mit Gemahlin dem Herzogregenten einen Besuch. Der hochverdiente langjährige Ministerpräsident Dr. v. Otto, dessen Tätigkeit besonders während der Thronfolgefrage weit über die Grenzen des Landes große Aufmerksamkeit erregte, schied nach 22 Jahren seiner von nationaler Gesinnung durchtränkten Amtsführung Alters wegen am 1. Mai aus seiner Stellung. Nicht bloß das Herzogtum Braunschweig wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Der bisherige Minister des Innern Hartwieg wurde sein Nachfolger.

Sachsen-Altenburg. Das Herzogtum gehört zu den Bundesstaaten, die keine Schulden haben. Im Staatshaushalt steht zwar ein Posten von 36.150 Mark als Verzinsung der Staatsschuld, diese besteht aber aus Stiftungskapitalien, Stipendien 2c., die nie zurückgezahlt zu werden brauchen. Dagegen besitzt der Staat gegen 10 Millionen Barvermögen. Obgleich darum der Steuerdruck gering ist, zählt das Land doch zahlreiche Sozialdemokraten. Die Regierung bleibt indessen bei ihrer festen Haltung, hat sozialdemokratische Gemeindevorsteher nicht bestätigt und vor der Wahl von Sozialdemokraten in den Schulvorstand gewarnt.

Schaumburg-Lippe. Der regierende Fürst Georg verschied am 30. April ziemlich unerwartet infolge plötzlich eintretender Herzschwäche im 65. Lebensjahre. Er war in allen Kreisen der Bevölkerung beliebt und wegen seiner nationalen Gesinnung im ganzen Reiche geachtet. Seine Beisetzung am 5. Mai in Bückeburg fand unter zahlreicher Beteiligung deutscher Bundesfürsten und Vertreter europäischer Höfe statt. Als Vertreter des Kaisers war Prinz Eitel Friedrich anwesend. Der neue Fürst Adolf ist 1883 geboren, war bisher Oberleutnant bei den Königshusaren (Nr. 7) in Bonn und ist unvermählt.

Schwarzburg. Die Verschmelzung der Verwaltung der beiden seit 12. März 1909 unter einem Regenten vereinten Fürstentümer Rudolstadt und Sondershausen hat noch keine Fortschritte gemacht, wird auch in Sondershausen um so weniger gewünscht, als in Rudolstadt aus mannigfachen Gründen die Sozialdemokratie zur herrschenden Partei geworden ist und bei den Wahlen im November sogar die Mehrheit im Landtag errungen hat.

Reuß. Ähnlich wie in Schwarzburg liegen die Dinge in den reußischen Fürstentümern, die bereits unter einer gemeinsamen Regentschaft stehen; vielfach würde eine Verschmelzung und damit Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gern gesehen werden. Der Regent, Erbprinz Heinrich XXVII., ist eine sehr sympathische, national empfindende Persönlichkeit. Das Fürstentum Reuß ä. L. besitzt keine Schulden, sondern ein ansehnliches Vermögen, doch sind die Steuern nicht geringer wie in den Nachbarstaaten. Es wurde eine Reform der Einkommensteuer vorgenommen und ein Steuerzuschlag für Junggesellen eingeführt. Die geistliche Volksschulaufsicht soll durch fachmännische Landesschulinspektoren ersetzt werden.

Verschiedenes.

Nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 sind im Deutschen Reiche 64,925.993 Personen gegen 60,641.489 im Jahre 1905 gezählt worden, die Bevölkerung ist mithin um 7·07% gewachsen. Im Jahrfünft 1900 bis 1905 hatte die Zunahme 7·58% betragen. Da der Flächeninhalt Deutschlands 540.857·62 Quadratkilometer beträgt, so kommen auf den Quadratkilometer durchschnittlich 112·14 Einwohner.

Die im Vorjahre ausgesprochene Hoffnung, daß es dem Grafen Zeppelin bei minderer Häufung von Mißgeschicken gelingen werde, seinen wohlerworbenen Ruf als Beherrscher der Lüfte wiederzugewinnen, hat sich vollkommen bestätigt. Zwar wurde am 16. Mai der neue Ballon „Deutschland" beim Herausbringen aus der Halle in Düsseldorf durch einen Windstoß erheblich beschädigt, dagegen hat die Zeppelingesellschaft mit dem bereits früher erwähnten Militärluftschiff „ZL 9" und dem neuerbauten Passagierluftschiff „Schwaben" die größten Erfolge erzielt. Auf seinen zahlreichen Rundfahrten in Deutschland kam das Luftschiff „Schwaben" schon am 9. September zu einem kurzen Besuche in Berlin an, nahm dann nach einem direkten Fluge von Düsseldorf nach Berlin am 19. Oktober längeren Aufenthalt in der Reichshauptstadt und veranstaltete da zahlreiche Passagierfahrten. Nahezu sämtliche Prinzen, hohe Staatsbeamten und viele andere beteiligten sich daran, ein Beweis für die außerordentliche Sicherheit der Fahrt. Bemerkenswert ist dabei, daß die vier Zeppelinschiffe, die in den Jahren 1910 und 1911 zerstört wurden, sich sämtlich nicht mehr im Besitze der Zeppelingesellschaft befanden, sowie daß bisher kein einziger Unfall von Zeppelinschiffen Menschenleben gefordert hat. Das verdient um so mehr Erwähnung, als die Totenliste des Flugsports im Jahre 1911 nicht weniger als 75 Opfer aufweist.

In Sigmaringen wurde am 7. September der hundertste Geburtstag des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern gefeiert, der in vorbildlicher Vaterlandsliebe, die in dem Gedanken der Einheit Deutschlands gipfelte, sich bewogen fühlte, am 7. Dezember 1849 auf die Souverenität zu Gunsten Preußens zu verzichten. Er war auch bis zu seinem Lebensende der treueste Freund und Berater des Königs und Kaiser Wilhelms I.

Am 31. Januar starb in Berlin der vielgenannte sozialdemokratische Abgeordnete Paul Singer im 68. Lebensjahre. Er war seit 1884 Vertreter des vierten Berliner Reichstagswahlkreises und Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Als einer der einflußreichsten Führer seiner Partei machte er sich namentlich bekannt durch die energische Art und Weise, mit der er als Präsident der Parteitage die oft sehr unwirschen Redner nach dem Willen der Führer zu leiten verstand. Der Reichstag ehrte den Verstorbenen in der hergebrachten Weise, die Partei gestaltete sein Begräbnis am 5. Februar zu einer gewaltigen demonstrativen Feierlichkeit mit weit über 100.000 Teilnehmern.

Das Herrenhausmitglied Josef v. Koszielski, einer der hervorragendsten großpolnischen Agitatoren, ist am 21. Juli im 67. Lebensjahre auf seinem Gute Sluzewo verschieden. In der Ära Caprivi vertrat er die Versöhnungspolitik und wurde deshalb als „Admiralski" von der zur Herrschaft gelangten polnischen Volkspartei verdrängt, blieb aber bis zu seinem Lebensende einer der rührigsten polnischen Agitatoren.

Durch den Tod des Abgeordneten Max Hugo Liebermann v. Sonnenberg ist der Reichstag am 18. September eines seiner ältesten und interessantesten Mitglieder beraubt worden. Er war ursprünglich Offizier und Erzieher an der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde, gehörte dem Reichstag seit 1890 an und war wegen seines Humors und schlagfertigen Witzes ein selbst von seinen erbittertsten Gegnern gern gehörter Redner. Er war 63 Jahre alt.

Österreich-Ungarn.

Kaiser Franz Josef ist in diesem Jahre 81 alt geworden. Als ihm im Frühjahr eine ernstliche Erkrankung drohte, gab es für die zahlreichen Völker der Monarchie wochenlang nichts Wichtigeres als die Nachrichten über sein Befinden. Schönbrunn, Gödöllö, Lainz und Ischl waren nacheinander die Brennpunkte der Sorgen und Hoffnungen aller, der großen und der kleinen, der Männer, die sich um die äußere oder die innere Politik zu bekümmern haben. Noch immer lähmt der innere Kampf die freie und rasche Entwicklung des national buntgemischten Reiches, es gab hüben wie drüben parlamentarisch ein so gut wie vergeudetes Jahr, nichts scheint so gesund und lebenskräftig zu sein wie die parlamentarischen Krisen. In weiten Kreisen wächst die Überzeugung, daß es so nicht weitergehen könne, daß ein ganzes Tausend mit heißem Bemühen gewählter Männer kaum etwas anderes tut als längst bekannte Reden halten, die nichts als das eigene Mandat und den Parteiruhm fördern, während seit Jahren ungelöste Fragen politischer, kultureller und wirtschaftlicher Natur der Lösung harren. Aber man will das alles aushalten, solange den greisen Monarchen, der so viel Mißgeschick seines Lebens zum Guten zu wenden verstanden hat, die Geduld nicht verläßt. Armee-, Marine- und Rüstungsfragen sind das ganze Jahr hindurch in der Schwebe geblieben, die Nachwirkungen der großen Aufwendungen während der Annexionskrise scheinen die Parlamentarier noch nicht darüber belehrt zu haben, daß mit solchen Verschleppungen nichts gewonnen, am allerwenigsten dem Staate eine notwendige Ausgabe erspart wird. Sie wird bloß verzögert, um dann um so schwerer zu belasten. Das beiden Parlamenten vorliegende Wehrgesetz ist um keinen Schritt vorwärts gekommen, in Österreich wie in Ungarn haben sich die Regierungen umsonst bemüht, die zur Beschlußfassung notwendige Zweidrittelmehrheit zusammenzubringen. Wohl bringt das Gesetz zweijährige Dienstzeit, aber es verlangt auch ein stark erhöhtes Rekrutenkontingent und beträchtliche materielle Opfer. Diese könnten freilich manchen um Mandat und Diäten besorgten Parlamentarier unpopulär machen, denn zur patriotischen Entflammung ihrer Wähler hat sie die zurückgelegte Agitationskarriere nicht erzogen. Hier liegen die eigentlichen Beweggründe, warum nichts vorwärts rücken will. Wie sich freilich die Stellung der Monarchie gestalten müßte, wenn Rußland wieder erstarkt und die eigene stolze Armee „verdorrt" ist, daran denken die wenigsten.

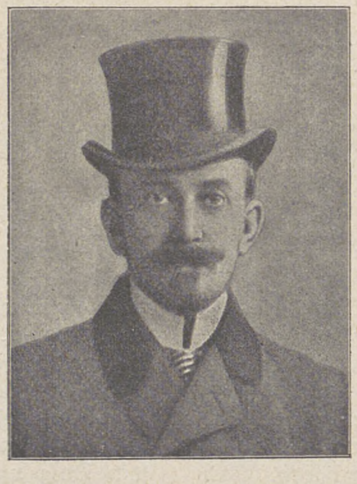
Die Schatten der neuen Steuern liegen lähmend auf der inneren politischen Tätigkeit; um nicht an sie herangehen zu müssen, werden die alten nationalen Konflikte, so oft sie auch dem Ausgleich nahe kommen, immer wieder aufrecht erhalten, werden Teuerungsreden gehalten, obgleich durch sie kein Ding um einen Heller billiger werden kann. Es läßt sich bei all diesen Sachen den Wählern viel Empfehlendes sagen, der jeweiligen Regierung so viel Nachteiliges anhängen und ein Hindernis nach dem anderen in den Weg legen, bis sie das Spiel satt hat und geht. So wurde in Österreich das Ministerium dreimal gewechselt und rekonstruiert, in Ungarn hat das Kabinett wiederholt seine Demission angeboten. Kann unter solchen Umständen ein Staat gedeihen und vorwärtskommen? Der ernste Politiker wird das bezweifeln, die Pseudopolitiker aber, die in den Parlamenten die Mehrheit bilden, sehen in der Hauptmehrzahl nur auf das Heute, auf das Mandat und die Partei; die Zukunft? — ja, da mag die Regierung und der Kaiser dafür sorgen! Und sie werden auch dafür sorgen, trotz aller Einengung durch das parlamentarische Unvermögen läßt sich der feste Wille dafür deutlich erkennen. Die seit sieben Jahren schwebende, hauptsächlich durch die Verhältnisse in Ungarn verzögerte Armeereform hat inzwischen durch allerlei Verhandlungen und gegenüber den eingetretenen militärischen Umwandlungen eine Gestalt erhalten, daß sie schon heute kaum noch vollkommen genügen würde. Kriegsminister General v. Schönaich fiel infolge dieser Sachlage, sein Hauptgegner, der Generalstabschef FML. Conrad v. Hötzendorf unterlag dagegen, weil seine Art, die Schlagfertigkeit der Armee in den Südprovinzen gewissermaßen offiziell zu forcieren, der Bündnispolitik der Monarchie nicht entsprach. Es gab Leute, die darin den letzten Sieg des „alten Systems" erblicken wollten. Das dürfte aber auf einer großen Täuschung beruhen. Zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem Thronfolger besteht eine so vollkommene grundsätzliche Übereinstimmung in allen politischen und militärischen Fragen, daß gelegentliche abweichende Ansichten über einzelne Maßregeln oder Persönlichkeiten daneben gar nicht in Betracht kommen. Auch hat sich schon

mehrfach herausgestellt, daß es unrecht ist, von einer Thronfolgerpartei zu sprechen, weil einzelne Personen, die zeitweilig mit seinen Ansichten übereinstimmten, von der Öffentlichkeit mit dem Scheine der Autorität des Thronfolgers bekleidet wurden.

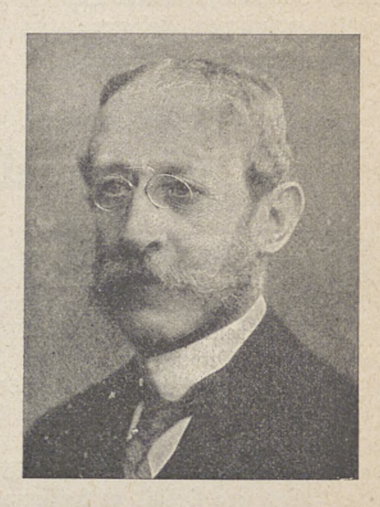
Den Wandlungen der Anschauungen gegenüber, die durch die Ereignisse des Jahres in der bundszeit hat auch Deutschland seine Extratouren gemacht: es hat die Kolonialpolitik begonnen und seine Flotte geschaffen, aber auch die Marokkopolitik eingefädelt und ist in eine schiefe Stellung zu England geraten. Es ist bei allem von der Zustimmung Österreich-Ungarns begleitet gewesen, daß die Extratouren Italiens nicht die gleiche Sym-



Professor Dr. Glombinski, Eisenbahnminister.



Adalb. Freiherr von Widmann, Ackerbauminister.



Graf Dr. Max Wickenburg, Minister des Innern.



Dr. Robert Meyer, Finanzminister.



Wenzel Ritter von Zaleski, polnischer Landsmannminister.



Karl Marek, Minister für öffentliche Arbeiten.

Die neuen Mitglieder des dritten Kabinetts Bienerth.

öffentlichen Meinung hervorgerufen worden sind, muß daran festgehalten werden, daß dadurch die Politik einer Großmacht nicht bestimmt werden kann. Die Politik des Grafen Aehrenthal entspricht vollkommen den Ansichten des Kaisers, und dazu gehört die Aufrechterhaltung des Dreibundes samt dem Bündnis mit Italien. Was nahezu 30 Jahre festgehalten und starke politische Wellenschläge ausgehalten hat, gibt ein erfahrener Staatsmann nicht wegen einiger Gefühlswallungen, wenn sie selbst wie öffentliche Meinung aussehen, auf. Hätte sich Bismarck danach richten wollen, so säße der berüchtigte Deutsche Bund noch heute in der Eschenheimer Gasse in Frankfurt. Während der Dreipathie der Bevölkerungen seines Nachbars fanden, hat mit der Bündnisfrage gar nichts zu tun. Sympathien ohne Macht besitzen keinen Bündniswert, und die Macht kann zeitweise die Sympathien sogar entbehren, denn sie finden sich von selbst wieder ein. Wenn Österreich-Ungarn seine Flotte ausbaut, wird es im Mittelmeer, gestützt auf den Dreibund, eine ganz andere Rolle spielen, als wenn es sich mit Italien befehdete. Aber auch hier ist die Macht die Quelle des politischen Einflusses. Das möge man in Zis und Trans auch bei der Behandlung der Armeefrage endlich erwägen, damit das Reich nicht in eine Lage gerät, bei der sich die Verbündeten die ernste Frage vorlegen müssen, ob sich

das Bündnis auch noch lohnt. Es läßt sich nicht behaupten, daß es auf der immer dichter bevölkerten Welt gemütlicher geworden ist, denn jede Idylle schwindet mit der Anhäufung und Durcheinanderbewegung von Menschen. Aber gesundes Leben ist dabei möglich, und das besteht nicht im Rasten und Rosten, sondern im Rüsten auf Bewegung und Kampf.

Bis zur Auflösung des Reichsrates.

Kaiser Franz Josef trat das Neujahr mit Schnupfen und Heiserkeit an, unterzog sich aber in Schönbrunn allen Regierungsgeschäften, war am 12. vollkommen wieder hergestellt und fuhr am 15. zum erstenmal wieder in die Hofburg. Im übrigen begann das Jahr mit dem abermaligen Scheitern des Ausgleichs in Böhmen, da die Tschechen die Anträge der Deutschen als unannehmbar bezeichneten, und mit einer Krisis im Ministerium, die übrigens nicht mit den Vorgängen in Prag in Verbindung stehen sollte, obgleich die Tschechen den Eintritt zweier nationaler Mitglieder in das Ministerium und jede Unterstützung desselben abgelehnt hatten. Der langjährige Statthalter von Böhmen, Graf Coudenhove, gab seine Demission, der frühere Ministerpräsident Graf Franz Thun wurde mit der Leitung der Statthalterei und der Fortführung der Ausgleichsverhandlungen betraut, die er nicht für aussichtslos hielt. Da sich der Deutschnationale Verband auf Veranlassung des radikalen Abg. Wolf gegen die Aufnahme zweier Tschechen in das Ministerium erklärt hatte, so kam am 8. eine Umbildung des Kabinetts Bienerth zu stande, wobei der bisherige polnische Finanzminister Dr. v. Bilinski durch den deutschen Sektionschef Dr. Meyer ersetzt, der Pole Dr. Glombinski an Stelle Wrbas Eisenbahnminister, der tschechische Ackerbauminister Popp durch den Frhrn. v. Widmann, der Minister des Innern Frhr. v. Härdtl durch den Grafen Wickenburg, der Arbeitsminister Ritt durch den Tschechen Marek und der polnische Landsmannminister Dulemba durch den Sektionschef v. Zaleski ersetzt wurde. In dieser Zusammensetzung lag kein Grund, an der Versicherung des Ministerpräsidenten zu zweifeln, daß er die bisherige Politik beibehalten werde, doch sprach man dem Kabinett keine sehr lange Dauer zu. Die interessanteste Erscheinung war unstreitig der ehemalige Obmann des Polenklubs, der unbedingt Minister hatte werden wollen, aber auf dem Posten des Landsmannministers als nationaldemokratisch allpolnischer Führer in höheren Kreisen nicht sehr genehm gewesen wäre und nun ins Eisenbahnministerium abgeschoben wurde, von dem er absolut nichts verstand. Die ausscheidenden Minister erhielten hohe Ordensauszeichnungen. Die Ministerhoffnungen, namentlich in südslawischen Kreisen, waren leer ausgegangen, und das gab keine Aussicht auf günstiges parlamentarisches Wetter.

Am 15. wurde Graf Thun definitiv zum Statthalter von Böhmen ernannt. Seine führende Rolle bei den Ausgleichsbestrebungen des böhmischen Adels ließen ihn für diese Stelle als sehr geeignet erscheinen. Seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, das den Adel aus dem Reichsrate verdrängte, haben sich die feudalen und verfassungstreuen Gruppen der böhmischen Aristokratie erheblich genähert und versuchen, durch Förderung des Ausgleichs ihre Stellung im Kronland zu befestigen. Graf Thun hatte für seine Ausgleichsaktion ziemlich weitgehende Vollmachten erhalten; sofort fing aber jener Teil der hauptstädtischen Presse, der die nationale Verhetzung von jeher handwerksmäßig betrieben hat, mit der Beunruhigung der Deutschen an: der Graf denke hoch, der Statthalterposten in Prag genüge ihm nicht, und sein Plan gehe dahin, den Grafen Aehrenthal zu verdrängen. Am 17. stellte sich das umgewandelte Kabinett Bienerth dem wieder einberufenen Reichsrate vor, das Haus und die Galerien waren stark gefüllt. Da der Deutsche Nationalverband beschlossen hatte, seine Haltung gegenüber dem Ministerium nicht zu ändern, so war zunächst auf eine leidlich ruhige parlamentarische Arbeit zu hoffen, die Tschechischradikalen lärmten natürlich bei der Programmrede des Ministerpräsidenten, bis sie müde wurden. Von den Hauptsätzen des Programms verdienen folgende erwähnt zu werden: „Wir wollen die Verwaltung mit strengster Unparteilichkeit führen.... Wir wollen eine Politik der gewissenhaftesten Objektivität machen, die insbesondere unterläßt, einseitig in die Gestaltung der nationalen Verhältnisse einzugreifen..... Was das Verhältnis der beiden das Königreich Böhmen bewohnenden Volksstämme anbelangt, so halten wir aus tiefinnerster Überzeugung an dem Ausgleichsgedanken fest." Damit wurde die Befürchtung der Deutschnationalen wegen der Ernennung des Grafen Thun zerstreut und auch den neuen polnischen



Franz Graf Thun
wurde am 24. Juni 1911 in den Fürstenstand erhoben.

und tschechischen Ministern gegen etwaige nationale Verwaltungsgelüste ein Riegel vorgeschoben. Weiter betonte Frhr. v. Bienerth, die Regierung werde allen Erwerbszweigen wie auch den Konsumenten die weitgehendste Förderung angedeihen lassen, die Handelsverträge ausgestalten und auf die finanzielle Leistung der Bevölkerung Bedacht nehmen. Zu den wichtigsten Aufgaben des Reichsrates gehörten die endliche Erledigung der italienischen Fakultätsfrage, die Reform des Staatsbahnbetriebes, eine zeitgemäße Revision des Wasserstraßengesetzes und eine rationelle Wasserwirtschaft überhaupt.

Das war alles ganz vernünftig, aber auch so selbstverständlich, daß der Beifall nur mäßig war. Im Herrenhause stellte sogar die Verfassungspartei den ganz ungewöhnlichen Antrag auf Eröffnung einer Debatte über das Regierungsprogramm. Dabei hatte von den Deutschen niemand Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit des Ministerpräsidenten, dagegen bestand die Befürchtung, ob er der neuen, durch die Annäherung der Tschechen und Polen sich vorbereitenden Kombination werde standhalten können. Die Polen hofften, mit Hilfe der Tschechen für ihre Kanalpläne mehr zu erreichen als mit den Deutschen und dem Ministerium Bienerth. Das Abgeordnetenhaus begann die erste Lesung des Staatsvoranschlages, nachdem ein Antrag auf Eröffnung einer Debatte über das Programm des Kabinetts abgelehnt worden war. Am 20. machte der neue Finanzminister Dr. Meyer erhebliche Vorbehalte gegen den Finanzplan seines Vorgängers und behielt sich die Entscheidung darüber vor, welche Anträge er als erstes Glied eines organischen Ganzen dem Hause vorlegen werde. Am 26. war die erste Lesung des Budgets beendet, ohne daß etwas Wesentliches zu Tage gefördert worden war. Wegen der Delegationsverhandlungen wurden die Sitzungen bis zum 7. Februar vertagt. Zuerst wurde dann das aus dem Herrenhause herübergekommene Gesetz über die Nachtarbeit der Fabrikarbeiterinnen und am 11. nach zum Teil lärmhaften Debatten spät abends das Hausiergesetz angenommen, freilich in einer durch sich widersprechende Einschiebungen entstandenen Gestalt, so daß wieder einmal das Herrenhaus seine ordnende Hand darüber wird walten lassen müssen. Wegen der Delegationen trat nochmals eine längere Pause ein. Inzwischen hatte sich die slawische Union wieder geeinigt, Vertreter von Gewerbe, Industrie und Handwerk gründeten eine Zentralstelle für Wirtschaftspolitik, die zunächst der agrarischen Organisation ein Gegengewicht bieten und sich über das ganze Reich erstrecken soll.

In die parlamentarische Pause fiel auch ein Erinnerungstag: am 26. Februar waren 50 Jahre seit dem Erlaß der ersten Verfassung durch das sogenannte Februarpatent verflossen. Der Tag ging ohne parlamentarische Feier vorüber, da nur die Delegationen tagten. Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth gedachte als Enkel Schmerlings, des „Vaters der Verfassung", des denkwürdigen Ereignisses in einem Schreiben an die „N. Fr. Presse", in dem er betonte, er betrachte es als seine Pflicht, die Verfassung hochzuhalten. Mitte Februar trat wieder einmal die Erscheinung der sogenannten passiven Resistenz mittlerer und unterer Staatsbeamten hervor, die namentlich in Triest im Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienst große Störungen hervorrief. Die Bewegung blieb lokal, weil die meisten Beamtenorganisationen mit der Demonstration bis zum 1. Juli warten wollten, da für diesen Termin die Möglichkeit einer Gehaltsregulierung durch den Reichsrat bestand. Der Beamtenstreik in Triest hörte auf, als nach einer Woche die Regierung energische Maßregeln in Aussicht stellte. Üble Dinge wurden aus dem Polenklub gemeldet. Abg. Stapinski war schon wegen seiner notleidenden Bauernbank in Verruf gekommen; jetzt wurden die Abg. Paduch, Fiedler und Wojcik öffentlich beschuldigt, Schankkonzessionen für Geld verschafft zu haben, die Abg. P. Stojalowski, Szponder und Szajer, um schnöden Geldgewinnes willen Tausende von polnischen Auswanderern einer zahlungsunfähigen Schiffahrtsgesellschaft überliefert zu haben. Szponder klagte ohne Erfolg wegen Beleidigung, die Geschworenen hielten den Wahrheitsbeweis für erbracht. Der Polenklub setzte eine Untersuchungskommission ein. Die goldenen Zeiten, wo v. Jaworski als Obmann des Polenklubs eine große Rolle spielte, sind unwiederbringlich dahin. Seitdem die demokratische Agitation Erfolge errungen hatte und durch das allgemeine Wahlrecht ausschlaggebend geworden ist, besteht der Polenklub nur noch aus sich gegenseitig anfeindenden Gruppen und mandatssüchtigen Persönlichkeiten, die weder Glombinski noch jetzt Lazarski zusammenzuhalten und zu zügeln vermochte. Leider besteht auch für den Reichsrat die Gefahr, daß die kraftlos gewordene polnische Gruppe immer mehr in die Hände der Tschechen gerät.

Kaiser Franz Josef, der während der Delegationszeit in Budapest gewesen war, empfing am 5. März in Schönbrunn den König Ferdinand von Bulgarien, der seinen Dank für den Glückwunsch des Kaisers zu seinem 50. Geburtstage aussprach. Der Besuch fand in Zivil, ohne jeden öffentlichen Anstrich statt, durfte aber doch als Beweis dafür gelten, daß das kühle Verhältnis zwischen Wien und Sofia wegen der Neigung des Königs zur Politik Iswolskis nicht mehr besteht und daß König Ferdinand den Standpunkt der Erhaltung des status quo auf dem Balkan anerkennt. Abends traf der Schwiegersohn des Kaisers, Prinz Leopold von Bayern, mit seiner Gemahlin und den Prinzen Georg und Konrad auf der Heimkehr von ihrer Afrikareise zum Besuche in Schönbrunn ein. Erzherzog Rainer beging am 10. das 50jährige Jubiläum als Kurator der Akademie der Wissenschaften. Der Kaiser richtete an ihn ein beglückwünschendes Handschreiben, das anerkennt, daß der Name des Erzherzogs untrennbar mit den Erfolgen der Akademie verknüpft ist. Das sind nicht bloß Worte der Höflichkeit, denn der Erzherzog hat als Kurator für die Forschung auf allen Gebieten gewirkt und alle Zweige der Kunst gefördert. Die Akademie feierte den Tag durch eine Festsitzung, und Erzherzog Rainer machte eine Stiftung von 100.000 Kronen

zu dem Zwecke, daß Mitglieder der Akademie längere Zeit in den wichtigsten ausländischen Kulturstädten zubringen können, um dort die Persönlichkeiten der Forscher, die Organisationen, Einrichtungen und Forschungsmethoden kennen zu lernen.

Am 8. März begann das Abgeordnetenhaus seine Tätigkeit wieder. Das Kabinett schien kein Vertrauen auf die Arbeitsfähigkeit des Hohen Hauses zu haben und hatte deshalb ein neues dreimonatiges Budgetprovisorium und ein Ermächtigungsgesetz zur Aufnahme einer Anleihe von 76 Millionen eingebracht, von denen 26 zur Schuldentilgung, 50 für die von den Delegationen beschlossenen außerordentlichen Ausgaben für Heer und Flotte bestimmt waren. Im hohen Hause tat man darüber sehr beleidigt, es zeigte sich aber bald, daß die Regierung mit der nötigen Voraussicht gehandelt hatte, denn an die Reform der Branntwein- und Einkommensteuer, an Bier- und Zündholzsteuer, an die Reform der Wein- und der Erbschaftssteuer, die Finanzminister Dr. Meyer in seinem Finanzexposé als unerläßlich ankündigte, waren die auf die gute Laune ihrer Wähler angewiesenen Herren nicht so leicht heranzubringen. Der Budgetausschuß arbeitete zunächst wacker, denn er bestand meist aus Abgeordneten mit sicheren Wahlkreisen, Frhr. v. Bienerth hielt ihm am 9. eine ermunternde Rede und stellte die notwendige Verwaltungsreform für nächstes Jahr in Aussicht. In den einzelnen Parteien herrschte die Furcht, vor den im nächsten Jahre bevorstehenden Wahlen bei den Wählern in ein ungünstiges Licht zu geraten, man suchte sich um die Regierungsvorlagen herumzudrücken. Der Versuch der deutschen Parteien, das Budget vor Ostern durchzubringen, scheiterte, und für die Erledigung des Finanzprogramms bestand gar keine Aussicht; die einzelnen Kommissionen waren schon häufig beschlußunfähig. Auch in der Budgetkommission wurden zur Verschleppung der Beratung allerhand Dinge herangezogen, so u. a. am 15. die Ausweisung slawischer und jüdischer österreichischer Staatsbürger aus Preußen, die doch schon in den Delegationen erledigt worden war. Der Minister des Innern wies darauf hin und lehnte den Vorschlag des Abg. Dr. Kramarsch ab, Retorsionsmaßregeln zu ergreifen. Viel größeres Interesse erregte, namentlich in deutschen Kreisen, das Resultat der Stichwahlen am 16. in Warnsdorf und Hartmanitz in Böhmen, die beide durch festes Zusammenhalten aller deutschen Parteien gegen die Sozialdemokraten behauptet wurden. Man sah darin ein gutes Zeichen für die Zukunft.

Nachdem auch noch Weltfrieden und Abrüstung in die Budgetkommission hineingezogen worden war, tauchte plötzlich die gänzlich unpraktische Idee auf, von der Anleihe nur die 50 Millionen für Landesverteidigungszwecke zu bewilligen, die Schuldentilgung aber auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Frhr. v. Bienerth teilte darauf am 21. den Obmännern der arbeitswilligen Parteien mit, wenn Budgetprovisorium, Anleihe und Rekrutenvorlage nicht vor dem 1. April bewilligt sein würden, werde er aus der Sachlage die nötigen Folgerungen ziehen, das hieß, das Haus auflösen. Auf Drängen der erwähnten Parteien wurde sofort die erste Lesung der Rekrutenvorlage betrieben, aber der Eifer erlahmte bald wieder, die slawische Union erklärte, sie sehe keinen Grund, dem Ministerium und den Mehrheitsparteien entgegenzukommen, die Tschechen machten ihre Zustimmung zu den befristeten Vorlagen von der vorhergehenden Umwandlung des Kabinetts in ihrem Sinne abhängig. Dieser gänzlich aussichtslosen Lage gegenüber berief das Präsidium keine Plenarsitzung mehr ein, und als am 24. die Tschechen in der Budgetkommission zu obstruieren begannen, wurde auch diese vertagt. Als am 27. die Tschechen in der Budgetkommission weiter obstruierten, wurde durch kaiserliche Ent-



Erzherzog Rainer.

schließung der Reichsrat zunächst vertagt, aber niemand zweifelte an der Auflösung. Die Energie der Regierung machte einen guten Eindruck, namentlich bei den Deutschen, trotz der Ungewißheit des Ergebnisses der Neuwahlen. Bisher hatte man mit Obstruktion alles ertrotzt, hier wurde endlich einmal einer obstruierenden Minderheit gezeigt, was politisch und parlamentarisch rechtens ist. Die Auflösung erfolgte am 1. April; ein neunmonatiges Budgetprovisorium und die Ermächtigung zur Anleihe wurden durch § 14 in Kraft gesetzt. Das war das Ende des sogenannten, durch allgemeine Wahlen entstandenen „Volkshauses". Die große „Reform" hatte bitter enttäuscht, von den Sünden und Schwächen seiner privilegierten Vorgänger fehlte ihm keine, aber sie erschienen eher noch vergröbert und die nationalen Begehrlichkeiten geradezu proletarisiert. Der Machthunger der Slawen hatte aber wieder einmal eine Parlamentskrise hervorgerufen, weil mit diesem Ministerium kein Geschäft zu machen, ihm nicht vor jeder Abstimmung etwas abzudrücken war. Natürlich sprach man auch hier wieder mit großen Schlagworten von dem „schwierigen Problem", dessen Lösung sich

hinter der Krise verberge. Wer seine Augen offen hat, sieht ohne weiteres, daß einige Ministersessel jeder Verwicklung des Problems vorgebeugt hätten.

Die Delegationen.

Am 6. Januar war in einem gemeinsamen Ministerrat das Arbeitsprogramm für die Delegationen beraten worden, die am 24. in Budapest zusammentraten und bis zum 4. März tagten. Es galt hauptsächlich die Bewilligung der großen Kosten, die durch die Heeresvorlage auf Grundlage der zweijährigen Dienstzeit und den Bau der vier neuen Dreadnoughts samt Zubehör notwendig werden. Die Heeresreform wird ja freilich erst noch ihren parlamentarischen Leidensweg durchmachen müssen, bevor die Kosten dafür flüssig gemacht zu werden brauchen; anders steht es aber mit der Flotte, denn bekanntlich hat die Marineverwaltung die Dreadnoughts über ein Jahr früher bestellt, als sie den Kostenvoranschlag dazu den Delegationen vorlegen konnte, weil wegen der parlamentarischen Zustände keine Einberufung möglich war. Der Budgetvoranschlag für 1911 enthält ein außerordentliches Erfordernis von 312·4 Millionen Kronen für den planmäßigen, auf mehrere Jahre verteilten Ausbau der Flotte mit der ersten Jahresrate von 55 Millionen. Die Begründung führt aus, die Notwendigkeit, die für den Handel unentbehrlichen Seewege offen zu halten und die heimische Küste zu schützen, deren Bedeutung durch die Angliederung Bosniens und der Herzegowina wesentlich erhöht sei, dränge zur endlichen Ausgestaltung der Flotte. Das normale Erfordernis verlangt für das Heer 33 Millionen, für die Flotte nur 1½ Millionen mehr als im Vorjahre. Nach dem Exposé, das der Flottenchef Graf Montecuccoli am 27. im Marineausschuß der ungarischen Delegation gab, sollen von den 312 Millionen 242 für die 4 Dreadnoughts, 30 für 6 Torpedozerstörer, 18 für 12 Torpedoboote und 12 für 6 Unterseeboote verwendet werden. Er wies darauf hin, daß die Monarchie im Kriegs- und Marinewesen hinter den übrigen Staaten zurückgeblieben ist, daß in England 21·2, in Frankreich 9·2, in Deutschland 8·6, in Italien 5·1, in Rußland 1·7, in Österreich-Ungarn aber nur 1·3 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung als Beitrag für die Reichsverteidigung fallen. Er schloß: „Wie groß auch eine Kriegsflotte sein mag und was sie auch koste, nie wird sie so viel kosten wie ein Krieg. Wir schützen uns aber nur gegen den Krieg, wenn wir unsere Kriegsmacht verstärken."

Von besonderer Wichtigkeit pflegen stets die Mitteilungen des Ministers des Äußern zu sein, die Graf Aehrenthal diesmal am 30. im Ausschuß für Äußeres der österreichischen Delegation machte. Die Darlegungen verwiesen auf den warmen Ton, mit denen der deutsche Reichskanzler und der italienische Minister des Äußern die Beziehungen zu Österreich-Ungarn besprochen hatten. „In prägnanten und glücklichen Ausdrücken hat der italienische Minister des Äußern die Erhaltung des Friedens und des territorialen status quo im allgemeinen, wie die der Integrität des türkischen Reiches und der Balkanstaaten im besonderen als das Ziel der Dreibundpolitik bezeichnet.... Herr v. Bethmann Hollweg war in der Lage, die Beziehungen Deutschlands zu England und Rußland in einer Weise zu erläutern, die jeden Freund der Konsolidierung der Verhältnisse in Europa mit Genugtuung erfüllen muß.... Dem zwischen uns bestehenden vertrauensvollen Verhältnisse entsprechend, wurde ich vom Reichskanzler über diese Pourparlers eingehend informiert.... In einer vor kurzem gehaltenen Parlamentsrede hat der französische Minister des Äußern dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß zwischen Österreich-Ungarn und Frankreich, wenn sie auch durch ihre Allianzen verschiedenen Mächtegruppen angehören, kein Gegensatz der Interessen besteht.... Wir halten an der Hoffnung fest, daß es der türkischen Regierung gelingen wird, die hier und dort auftauchenden Schwierigkeiten, die mit jedem Regimewechsel unvermeidlich verbunden sind, zu beheben.... Ich halte es für meine Pflicht,... auch heute zu betonen, daß in unserer so rasch lebenden Zeit, wo auch der Gang der Ereignisse sich zuweilen überstürzt, und im Hinblick auf die leider so leichte Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in allen Staaten, der politische Barometer unvermittelt auf schlechtes Wetter zeigen kann. Soll also die auswärtige Politik für die Interessen der Monarchie und für den Frieden erfolgreich eintreten können, muß sie über eine schlagfertige Armee und Flotte verfügen." Nach den infolge der Annexion Bosniens und der Herzegowina zeitweise überaus gespannten Beziehungen zu Rußland haben die Erklärungen des Grafen Aehrenthal über die Potsdamer Begegnung besondere politische Bedeutung. Sie können eben nur bedeuten, daß jene Vereinbarungen mit der österreichtisch-ungarischen Orientpolitik vollkommen übereinstimmen.

In der Debatte brachte Herr Dr. Kramarsch wieder seine Abneigung gegen Deutschland zum Vorschein, das dank der bedauerlichen Nachgiebigkeit Rußlands europäische Vormacht zu werden strebe und Österreich-Ungarn dafür als Schildwacht benutzen werde. Graf Aehrenthal erwiderte, die Verhältnisse der europäischen Staaten seien durch die Allianzen derart ineinander verwachsen, daß keine Macht eine absolut unabhängige Politik treiben könne. „Gestützt auf eine nähere Kraft, wahren wir unsere eigenen Interessen selbständig." Dr. v. Grabmayer widerlegte den Tschechenführer ausführlich. Von weiteren Erklärungen des Grafen Aehrenthal auf Anregungen aus der Kommission seien noch folgende erwähnt. In der Elbzollfrage halte Österreich-Ungarn an der bisherigen Ablehnung fest. Über die vom Präsidenten Taft angeregte Abrüstung finde ein Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten statt, ohne daß aber ein unmittelbarer Erfolg zu erwarten sei. Er ersuchte den Dr. Kramarsch, in slawischen Kreisen innerhalb und außerhalb der Monarchie gewissen Gerüchten über österreichisch-ungarische Ausdehnungspläne entgegenzuwirken, damit nicht seiner Politik daraus Hemmnisse erwüchsen. Die Aufhebung der Botschaft beim Vatikan würde die Gefühle eines großen Teiles der Bevölkerung verletzen. Zu den

Ausweisungen aus Preußen bemerkte er, es sei das Recht jedes souveränen Staates, unerwünschte Ausländer auszuweisen. In jedem einzelnen Falle suche aber die österreichisch-ungarische Regierung die Zurücknahme oder Aufschub anzustreben. Die preußische Regierung habe möglichst Schonung und Milde zugesagt. Schon am 1. Februar hatte der österreichische Delegationsausschuß dem Budget zugestimmt, ein unleugbarer Erfolg der Festigkeit und Klarheit, mit der Graf Aehrenthal die äußere Politik behandelt. Am 6. nahm auch der ungarische Ausschuß das Budget an. Graf Aehrenthal hatte dabei mitgeteilt, über die Potsdamer Besprechungen sei er selbstverständlich, da Österreich-Ungarn nicht Teilnehmer war, erst hinterher verständigt worden. Die Verhandlungen nahmen weiter einen ebenso raschen als ruhigen Verlauf. Der Reichskriegsminister Frhr. v. Schönaich und der Marinekommandant Graf Montecuccoli begründeten überzeugend die Notwendigkeit ihrer Forderungen, der österreichische Finanzminister Dr. Meyer war in der Lage, die pessimistischen Anschauungen über die finanzielle Lage und über die Möglichkeit der Durchführung der Heeres- und Flottenreform zu zerstreuen. In der ungarischen Delegation trat Ministerpräsident Graf Khuen, in der österreichischen Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth in staatsmännischen Reden für die Reform ein. Kaiser Franz Josef kam am 8. Februar nach Budapest und blieb bis zu Ende des Monats. Am 17. nahm die ungarische Delegation das Budget des Äußern mit einem Vertrauensvotum für den Grafen Aehrenthal an, eine dreibundfeindliche Opposition war nicht vorhanden, und selbst die Versuche des südslawischen Delegierten Dr. Zazvorka, bei der Justhpartei Verbündete gegen die Heeresvorlagen zu suchen, blieben ohne den von ihm gewünschten Erfolg. Die Verhandlungen wurden durchweg von patriotischer Wärme getragen, die Ausschüsse hatten die großen militärischen Forderungen als begründet anerkannt, und in der zweiten Hälfte des Monats Februar begannen die Plenarverhandlungen, deren Entscheidungen nicht mehr zweifelhaft sein konnten. In der österreichischen Delegation traten insbesondere in den Reden der deutschen Delegierten nur große und grundsätzliche Gesichtspunkte zu Tage, höchst bemerkenswert waren die ebenso staatsmännischen wie von offenem Wohlwollen durchdrungenen Ausführungen der Del. Dr. v. Grabmayer und Dr. v. Chiari über das Verhältnis zu Italien. Die Dreibundfrage wurde in ähnlichem Sinne behandelt wie in den Kommissionen, gerade die hervorragendsten Persönlichkeiten erklärten sich am nachdrücklichsten dafür. Die Heeres- und Marineforderungen wurden unverkürzt angenommen, obwohl die Delegierten nicht im Zweifel waren, daß dem Verteidigungsprogramm unmittelbar das Steuerprogramm folgen muß. Verhältnismäßig viel wurde über Bosnien geredet. Die Sehnsucht der Südslawen nach einer trialistischen Gestaltung der Monarchie fand nicht einmal bei den Tschechen Sympathie, wie sich aber die zukünftige staatsrechtliche Stellung des Gebietes gestalten soll, erfuhr man von keiner Seite. Gegen Schluß gab es in der österreichischen Delegation noch ein geräuschvolles Feuerwerk. Gewisse Leute wollten dem Grafen Montecuccoli an den Kragen, weil er den Ungarn zu weitgehende Zusicherungen für die Marinelieferungen gemacht, und dem Handelsminister Dr. Weiskirchner, der nicht genug Widerstand geleistet habe. Je mehr aber bekannt wurde, daß hinter dieser „wirtschaftlichen Aktion" das wenig beliebte Eisenkartell und die bekannten politischen Gegner des Handelsminister stecken dürften, verlor der Schachzug seine Wirkung. Man begnügte sich schließlich mit einer zahmen Resolution und brachte dem Grafen Montecuccoli ein Vertrauensvotum. Eine eindrucksvolle Rede Reichskriegsministers schloß die letzte Sitzung der österreichischen Delegation. Graf Aehrenthal, Frhr. v. Schönaich und Graf Montecuccoli hatten sich um die Zukunft der Monarchie wohl verdient gemacht und es ist bei den vielfach auseinandergehenden Interessen im Reiche immer mit Freude zu begrüßen, wenn der parlamentarische Apparat wieder einen Ruck vorwärts getan hat. Bunt war freilich das Bild, das namentlich die österreichische Delegation in den Anschauungen der einzelnen Parteien über die auswärtige Politik und über die staatsrechtliche Entwicklung der Monarchie nach der Annexion Bosniens bot.

Neuwahlen und Ministerwechsel.

Am 25. März hatte Kaiser Franz Josef samt den Erzherzogen Rainer und Leopold Salvator, der Mehrzahl der Minister und anderen Würdenträgern an der feierlichen Eröffnung des neuerbauten Industriehauses am Schwarzenbergplatz teilgenommen. Der Präsident des Industriehausvereines R. v. Schöller empfing den Monarchen, die Festversammlung begrüßte ihn mit brausenden Hochrufen. In seiner Ansprache hob der Kaiser hervor: „Mein reges Interesse und meine besondere Fürsorge begleiten die österreichische Industrie auf ihren weiteren Wegen, und ich wünsche von Herzen, daß sich ihr mit den Pforten dieses Hauses eine neue Epoche des Aufschwungs erschließen möge." Am 4. April empfing der Kaiser eine Abordnung der Protestanten, die eine Erinnerungsmedaille an das 50jährige Bestehen des Protestantenpatents überreichte. Auf die Ansprache des Oberkirchenratspräsidenten Dr. v. Pfaff versicherte der Kaiser, er werde den Protestanten und ihrer Kirche auch weiterhin seine Fürsorge angedeihen lassen. Er sagte u. a.: „Möge der gesetzlich niedergelegte Gedanke der Gleichberechtigung aller anerkannten Konfessionen immer stärkere Wurzeln fassen und so ein Fundament des Friedens im religiösen Nebeneinanderleben aller Bürger sein und bleiben."

Das deutsche Kronprinzenpaar traf auf seiner Heimreise aus Ägypten am Palmsonntag, nachmittags 4¼ Uhr, mit dem fahrplanmäßigen Zuge auf dem Südbahnhofe in Wien ein. Der Kronprinz wollte seinem erlauchten Paten seine Gemahlin, die Kronprinzessin Cäcilie, vorstellen. Der Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, war mit seiner Gemahlin wegen dieses Besuches ausdrücklich von Brione eingetroffen. Festlich ge-

schmückt begrüßte die Stadt Wien die Gäste, der lange Straßenzug vom Bahnhof bis zur Hofburg prangte in reichem Festschmuck, und trotz des kühlen Wetters hatten große Menschenmengen Aufstellung genommen; die Tribünen waren von einem eleganten Publikum dicht gefüllt. Die ersten Grüße dieser vielen Tausende galten dem Kaiser, als er zum Empfang nach dem Bahnhofe fuhr. Dort hatten sich bereits der Erzherzog Franz Ferdinand und die in Wien anwesenden Erzherzoge in ihren preußischen Uniformen, die Erzherzogin Maria Annunziata sowie alle zu großen Empfängen gehörigen militärischen, zivilen und höfischen Spitzen und Würdenträger eingefunden. Kaiser Franz Josef trug preußische Feldmarschallsuniform und war nach dem Einlaufen des Zuges der Kronprinzessin, die zuerst den Wagen verließ, beim Aussteigen behilflich. Der Kronprinz war in österreichischer Husarenuniform. Die Begrüßung war überaus herzlich, insbesondere zwischen dem Thronfolger und dem Kronprinzen, die sich wiederholt umarmten und die Hände schüttelten. Nach den üblichen Vorstellungen fuhren Kaiser Franz Josef mit dem Kronprinzen, die Kronprinzessin mit der Erzherzogin Maria Annunziata nach der Hofburg unter unausgesetzten Hochrufen und Begrüßungen des Publikums. Vor dem äußeren Burgtor begrüßten die Vertreter der Stadt Wien das kronprinzliche Paar, auf dem Plateau der Schwarzen Adler-Stiege standen die Erzherzoginnen und die Herzogin v. Hohenberg zum Empfang bereit. Auch hier war die Begrüßung ungemein herzlich. Bald darauf machte Kaiser Franz Josef seinen Gästen in ihren Gemächern einen Besuch und verweilte über eine Stunde dort. Gleich darauf erwiderte der Kronprinz mit seiner Gemahlin den Besuch. Um 7 Uhr fand Familiendiner und dann im Zeremoniensaale eine Soiree statt. Kaiser Franz Josef befand sich in bester Stimmung, der Kronprinz zog verschiedene Mitglieder des diplomatischen Korps sowie die beiden Ministerpräsidenten Frhr. v. Bienerth und Graf Khuen-Hedervary ins Gespräch.

Am folgenden Tage legten der Kronprinz und die Kronprinzessin in der Kapuzinergruft Kränze an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf nieder, fuhren später zu den Vorführungen in der spanischen Hofreitschule, und der Kronprinz besuchte außerdem das Reitlehrinstitut. Beide machten dann Besuche bei den Mitgliedern des Kaiserhauses und nahmen das Frühstück im Belvedere beim Erzherzog Franz Ferdinand und Gemahlin ein. Hierauf begaben sie sich nach der deutschen Botschaft, wo die Mitglieder der Botschaft und der Vorstände der reichsdeutschen Vereine empfangen wurden, und machten dann noch eine Ausfahrt. Kaiser Franz Josef hatte dem Kronprinzen die zu seinem 80. Geburtstag geschaffene Plakette in besonderer Ausführung geschenkt und der Kronprinzessin das Großkreuz des Elisabethordens verliehen. Um 7 Uhr war Hoftafel in der großen Galerie zu Schönbrunn, zu der außer den Mitgliedern des Kaiserhauses die deutsche Botschaft, die gemeinsamen Minister, die beiden Ministerpräsidenten und zahlreiche Generäle und Mitglieder der Hofgesellschaft geladen waren. Nach der Tafel wurde Cercle gehalten, dann verabschiedete sich Kaiser Franz Josef in der herzlichsten Weise und geleitete die Kronprinzessin zum Wagen. Erzherzog Franz Ferdinand begleitete das kronprinzliche Paar nach dem Nordbahnhofe unter lebhaften Zurufen des zahlreichen Publikums. Nach überaus herzlicher Verabschiedung erfolgte um 9 Uhr die Abreise nach Berlin.

Die österreichische Regierung hatte die Auflösung des Abgeordnetenhauses mit einem Aufruf an die Wähler begleitet, der in allen Parteilagern einen starken Eindruck gemacht hatte. Es war das erstemal, daß eine Regierung die Wähler aufrief gegen diejenigen Parteien, die tatsächlich das „Volkshaus" seit seinem vierjährigen Bestehen an der Erfüllung seiner Pflichten gehindert haben. Ohne Rücksicht wurde die erpresserische Taktik der tschechischen Parteien und die Unterstützung derselben durch die Sozialdemokraten gekennzeichnet. Die deutschen bürgerlichen Parteien vernahmen diese Sprache mit Vergnügen, wie auch die Versicherung, daß künftighin ebensowenig parlamentarischer Schacher getrieben werden würde wie bisher. Die deutschen Parteien leiteten auch sofort Verhandlungen ein zu einem Kompromiß für die Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie. Bei der nationalen Einteilung der Wahlkreise sind nationale Verschiebungen kaum möglich, alle Veränderungen können sich bloß innerhalb der nationalen Parteien vollziehen, aber die durch den ersten Wahlreformrausch begünstigten Sozialdemokraten konnten, nachdem man ihren parlamentarischen Wert erkannt hatte, leicht 20 Sitze verlieren. Da der Kampf der Nationalitäten ausschied, blieb die Wahlagitation verhältnismäßig ruhig, das allgemeine Wahlkompromiß der deutschen bürgerlichen Parteien kam aber nicht zu stande, und daran trug der Wiener Liberalismus die Schuld, der um jeden Preis seine frühere Stellung in der Hauptstadt wieder erobern will und dazu die Sozialdemokraten braucht. Die Wahlbewegung brachte übrigens den Plan namhafter deutscher Parlamentarier, den italienischen Kollegen zu ihrer Jubiläumsfeier einen freundnachbarlichen Besuch zu machen, ins Stocken. Dem gegenüber wie auch dem Verlangen der liberalen Presse nach der Romreise eines Mitgliedes des Kaiserhauses gegenüber wurde von anderer Seite wohl zutreffend eingewendet, daß dadurch die Würde des Reiches in den Augen der Italiener kaum gehoben werden würde. Gerade für Österreich-Ungarn liegt auch nicht der geringste Anlaß vor, sich an der Erinnerungsfeier der Einigung Italiens zu beteiligen.

Durch kaiserliche Verordnung war am 10. April wegen des nicht zu stande gekommenen Rekrutengesetzes auf Grund des § 14 das Rekrutenkontingent bestimmt und die Aushebung angeordnet worden. Damit war aber die Wehrgesetzfrage nicht um ein Haar vorwärts gekommen, im Gegenteil gerieten Mitte des Monats die Verhandlungen wieder einmal ins Stocken. Schwierigkeiten ergaben sich namentlich bei der Fassung der Bestimmungen wegen Bosniens und bei dem Ausmaß der Zulassung der magyarischen Sprache im Militärprozeß. Die Presse begann sich der Angelegenheit mit den üblichen

Übertreibungen und Einseitigkeiten zu bemächtigen, deutsche Blätter tadelten mit Recht den Versuch des Grafen Khuen, über den Kopf des österreichischen Ministerpräsidenten hinweg eine einseitige Entscheidung des Monarchen zu erlangen. In einer gemeinsamen Audienz beider Ministerpräsidenten beim Kaiser am 21. wurde die Möglichkeit weiterer Verhandlungen wiederhergestellt. Am 13. hatte Kaiser Franz Josef u. a. dem Marinekommandanten Grafen Montecuccoli und dem König Ferdinand von Bulgarien den Orden vom Goldenen Vlies verliehen. Beim Marinekommandanten handelte es sich um eine wohlverdiente Anerkennung, beim König von Bulgarien lag die Bestätigung vor, daß das früher gespannte Verhältnis der Höfe von Wien und Sofia definitiv beseitigt ist. Am 20. empfing der Kaiser den Dekan der deutschen Universität Prag, Hofrat Jaksch, der das Ehrendiplom der medizinischen Fakultät für Kaiser Wilhelm vorlegte. Die Übersendung des Diploms erfolgte auf diplomatischem Wege, von der Überreichung durch eine Deputation und einer Promotion nach Prager Universitätsbrauch in Berlin wurde abgesehen.

Seit einiger Zeit wurde von Belgrad aus ein Besuch des Königs Peter am Wiener Hofe eifrig betrieben, und man war übereingekommen, daß das Ereignis während des Aufenthaltes des Kaisers in Budapest in der ersten Hälfte des Mai vor sich gehen sollte. Kaiser Franz Josef litt aber schon seit Mitte April an starker Heiserkeit, infolge deren alle Audienzen unterblieben. Durch die reichhaltigen Regierungsgeschäfte wurde sein Zustand nicht gebessert. In Belgrad hatte sich inzwischen eine lärmende Agitation gegen die Königsreise breit gemacht, und da auch die für den 2. Mai angesetzte Abreise des Kaisers nach Budapest unterbleiben mußte, wurde im beiderseitigen Einverständnis und wohl auch unter Berücksichtigung der serbenfeindlichen Stimmung in Ungarn der für den 7. bestimmte Besuch auf spätere Zeit verschoben. In der Presse wurden die einzelnen Vorgänge übertrieben und falsch gedeutet, sogar der längst beschlossene Rücktritt des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, Grafen Forgach, damit fälschlich in Verbindung gebracht. In Belgrad wirkte der unerwartete Ausgang der Königsreise stark ernüchternd. Die Frühjahrsparade wurde am 29. April vom Erzherzog Franz Ferdinand abgehalten, Kaiser Franz Josef begab sich aber am 3. Mai nach Budapest, wo am 6. der Erzherzog-Thronfolger erschien und in der Hofburg in besonderer Audienz empfangen wurde. Dann nahm der Kaiser in Gödöllö Aufenthalt, wo am 11. Prinz Leopold von Bayern und Erzherzog Josef zum Besuche eintrafen, am 22. wurde auch Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth in Audienz empfangen. Die sich vielfach widersprechenden Nachrichten über das Befinden des Monarchen stimmten schließlich dahin überein, daß der Aufenthalt in Gödöllö keine vollkommene Heilung gebracht und den nicht unbedenklichen Hustenreiz nicht beseitigt hatte. Der Kaiser kehrte darum am 1. Juni, ohne Pest zu berühren, wieder nach Schönbrunn zurück, wo ihm die Bevölkerung einen rührenden Empfang bereitete. In Gödöllö wie in Schönbrunn konnten viele Tausende persönlich wahrnehmen, daß von einem ernstlich krankhaften Zustand des Monarchen keine Rede war. Er unterzog sich täglich seinen Herrscherpflichten, empfing am 5. den Prinzen Friedrich von Schaumburg-Lippe und am folgenden Tage den König Ferdinand von Bulgarien, der in der Uniform seines österreichisch-ungarischen Husarenregiments und mit dem Goldenen Vlies persönlich seinen Dank für die Verleihung des Ordens aussprach. Am 7. siedelte der Kaiser nach der idyllisch gelegenen Villa Hermes im Lainzer Tiergarten über.

Infolge der Audienz der beiden Ministerpräsidenten am 21. April war kurze Zeit darauf eine Einigung über die Wehrreform zu stande gekommen. Frhr. v. Bienerth hatte im Punkte der Verhandlungssprache bei Militärprozessen nachgegeben, da der Kriegsminister keine Schädigung der Einheitlichkeit der Armee darin erblickte, und überdies das Verlangen von ungarischer Seite sich im Rahmen der schon 1903 der liberalen Partei gemachten Zugeständnisse hielt. Auf österreichischer Seite war man damit unzufrieden, auch der Erzherzog-Thronfolger teilte den Standpunkt des Frhrn. v. Bienerth. Es war auffällig, daß jetzt auch jener Teil der Presse sich an dem Mißvergnügen beteiligte, der seinerzeit nach dem Armeebefehl von Chlopy für die parlamentarisch-militärischen Machtgelüste der Magyaren und gegen den Monarchen Partei genommen hatte. Hätte der Kaiser damals nicht so ganz vereinsamt dagestanden, so wären vielleicht die Zugeständnisse an die Magyaren doch etwas knapper ausgefallen. Übrigens sei hier das damals ausgesprochene Urteil wiederholt, daß der oberste Kriegsherr selbst darüber kompetent ist, was der Einheitlichkeit schaden könnte, und daß keine Gefahr allzu magyarischer Auslegung derartiger Bestimmungen besteht, solange das Offizierskorps seine einheitlich kaiserliche Gesinnung bewahrt. Jetzt wurde viel geredet von starker Opposition in den Delegationen, zugleich aber auch schon angedeutet, daß Frhr. v. Schönaich dann nicht mehr Kriegsminister sein werde.

Graf Aehrenthal, der unmittelbar nach dem Schlusse der Delegationen einen längeren Urlaub nach Abbazia genommen hatte, war am 22. Mai nach Wien zurückgekehrt und war u. a. am 3. Juni vom Erzherzog-Thronfolger in längerer Audienz empfangen worden. Am 24. Juni verlieh der Kaiser dem Statthalter von Böhmen Grafen Franz Thun den Fürstentitel, ingleichen einem ungarischen Magnaten, dem Grafen Thassilo Festetics, und seinem Flügeladjutanten, dem Oberstleutnant v. Bronn. Es wurde ausdrücklich verlautbart, daß die Standeserhöhung des Grafen Thun mit seiner politischen Tätigkeit nicht im Zusammenhang stehe. Am 14. Juni wurde die Verlobung des künftigen Thronerben Erzherzog Karl Franz Josef mit der Prinzessin Zita von Parma offiziell bekannt gegeben. Der Erzherzog ist der älteste Sohn des verstorbenen Erzherzogs Otto, eines Bruders des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, und der Erzherzogin Maria Josefa, Schwester des Königs

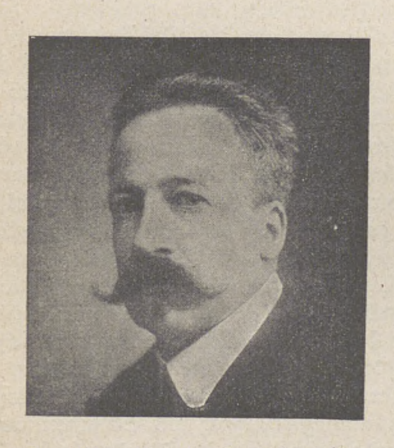
von Sachsen. Die Braut ist das vierzehnte Kind des 1907 verstorbenen Herzogs Robert von Parma und seiner zweiten Gemahlin, Infantin Maria Antonia von Portugal. Sie ist am 9. Mai 1892 in Villa Pianore, wo auch die Verlobung stattfand, geboren und hatte im Januar ihren ersten Hofball besucht, wo sie durch ihre jugendlich-sympathische Erscheinung viel Aufsehen erregte.

Inzwischen war die Wahlbewegung weiter gegangen, infolge der Preßmache zerfahren im deutschbürgerlichen Lager, dagegen geschlossen bei den Sozialdemokraten und bei den Slawen, die fest gegen die Sozialdemokraten zusammenhielten. Im allgemeinen zeigte sich große Gleichgültigkeit, namentlich in den oberen Schichten, die längst vom Parlament nichts mehr halten und sich auf die Regierung und den § 14 verlassen. Weil die Wähler der politischen Parteien müde und deren Führer verbraucht sind, traten allerhand strebsame Kandidaten auf, die alle wirtschaftlichen Nöte zu beseitigen versprachen. Dadurch trat schließlich eine ziemliche Verbitterung der Wahlbewegung ein und der Ton wurde immer gröber und persönlicher. Besonderes Interesse knüpfte sich an die Wahlen in Niederösterreich mit Wien, wo nach Luegers Tode die Zersetzung der christlichsozialen Partei begonnen hatte, und die hauptstädtische Presse tat ihr Möglichstes, um durch Übertreibung taktischer und persönlicher Fehler der christlichsozialen Führer, von denen nicht einer an Dr. Lueger heranreicht, den Niedergang zu beschleunigen. Das Resultat davon war, daß der erste Wahltag, der 13. Juni, in Wien den Christlichsozialen von 20 Mandaten nur 2 ließ. Da über 270 Stichwahlen nötig waren, beschlossen die deutschnationalen Führer am 14. auf Anregung des Ministerpräsidenten Frhrn. v. Bienerth, mit den Christlichsozialen ein Bündnis für die Stichwahlen einzugehen, das Wiener Zentralkomitee beschloß dagegen ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten gegen die Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten hatten am ersten Wahltage 11 Mandate (8 an die Deutschen) verloren. Da die liberale hauptstädtische Presse für ein allseitiges Stichwahlabkommen mit den Sozialdemokraten agitierte, trat die christlichsoziale Partei von dem Stichwahlbündnis mit den Deutschnationalen zurück und ließ den einzelnen Wahlkreisen freie Hand. Das Resultat für Wien war, daß statt 20 Christlichsozialen 19 Sozialdemokraten in den Reichsrat einzogen. Sämtliche namhafte Führer der christlichsozialen Partei waren unterlegen, es war überhaupt mehr eine Niederlage der Führer als der Partei, und der Handelsminister Dr. Weiskirchner gab sofort seine Demission.

Trotz des Sturmes, der die Christlichsozialen in Wien weggefegt hatte, wo die Sozialdemokraten allein 9 Sitze eroberten, schlossen die deutschösterreichischen Wahlen immerhin mit einem Verlust von 6 Mandaten für die Sozialdemokratie, und die Deutschen waren stärker als im früheren Hause. Der deutschnationale Verband war von 76 auf 104 Mitglieder angewachsen und bildete die stärkste parlamentarische Gruppe, die Christlichsozialen, vorher die stärkste Partei, waren von 95 auf 76 gesunken, die um 6 Mandate verminderte sozialdemokratische Partei blieb mit 82 die zweitstärkste. Ohne die liberale-Wiener Lokalpolitik wären die Sozialdemokraten um mindestens ein Dutzend Mandate mehr geschwächt worden, was die Stellung der Deutschen im Abgeordnetenhause um ebensoviel gestärkt hätte. Darüber schwiegen natürlich die Siegesfanfaren der Wiener liberalen Blätter, und die nachschreibende Provinzialpresse betete ihnen getreulich nach. Unter diesen Umständen beschloß die christlichsoziale Partei unter Führung des Prinzen Liechtenstein, künftig eine Politik der freien Hand einzuhalten, ein Beschluß, der nur durch die erbitterte Wiener Lokalstimmung zu erklären war. In den Sudeten- und Alpenländern hatten sich die Deutschen um die Wiener Preßmache wenig gekümmert, sondern tapfer gegen die Sozialdemokraten zusammengehalten und ihnen sehr sicher erscheinende Wahlsitze abgenommen. Sehr erfreulich waren die Wahlsiege der neuen Deutschen Arbeiterpartei. Man empfand in der Provinz allgemein, daß die gemeinsame Niederwerfung der Sozialdemokratie eine für die Zukunft des Deutschtums bedeutsame Großtat gewesen wäre, statt daß die sozialdemokratischen Verluste nun auf Wiener Boden nahezu ausgeglichen wurden und sogar die rote Partei als Hauptvertreterin in die Reichshauptstadt einzog. Wer freilich die Verhältnisse in Deutschösterreich kennt, der weiß, daß diese gesunde deutsche Gesinnung den Leuten bald durch die hauptstädtische Presse wieder ausgeredet werden wird. Die Veränderungen im slawischen Lager waren gering. Die klerikalen Tschechen verloren allein in Böhmen 7 Mandate; in Galizien ging die Führung von den Großpolen auf die sogenannten Konservativen über, die 12 Sitze gewannen und auch über die besten Führer verfügen. Dr. Glombinski gab deswegen seine Demission. Die Neigung der Konservativen war bisher den Tschechen zugewandt, und das war nicht günstig für die bisherige sogenannte Arbeitsmehrheit. In Galizien kam es auch zu ernsten Wahlkrawallen. In Lemberg und Sambor mußte das Militär Ordnung machen, wobei es zu erheblichen Verwundungen kam, in Drohobycz schoß das Militär auf revoltierende Zionisten, es gab 14 Tote und 23 Verwundete.

Anscheinend hatte das Wahlresultat wenig geändert, die Sozialdemokraten hatten einen tüchtigen Denkzettel bekommen und die Parteien der bisherigen Arbeitsmehrheit hatten sogar eine geringe Stärkung erfahren. Die Absicht des Ministeriums, durch Zurückdrängung der Sozialdemokratie das Abgeordnetenhaus leistungsfähiger zu machen, war in den Sudeten- und Alpenländern vollkommen geglückt, aber in Wien gescheitert. Frhr. v. Bienerth hatte schon am 22. eine fast zweistündige Audienz beim Kaiser. Bald verlautete, daß er keine Lust habe, ohne eine sichere Arbeitsmehrheit vor das neugewählte Haus zu treten und eine solche nicht durch ein parlamentarisches Ministerium erkaufen wolle. Er gab am 26. seine Demission und als Nachfolger wurde der bekannte Verlegenheitsminister Frhr. v. Gautsch genannt. Die schuldbewußte Wiener Presse versuchte zunächst, die Lage so darzustellen, als ob die beiden genannten Herren den Auftrag erhalten hätten, zu versuchen, wer von

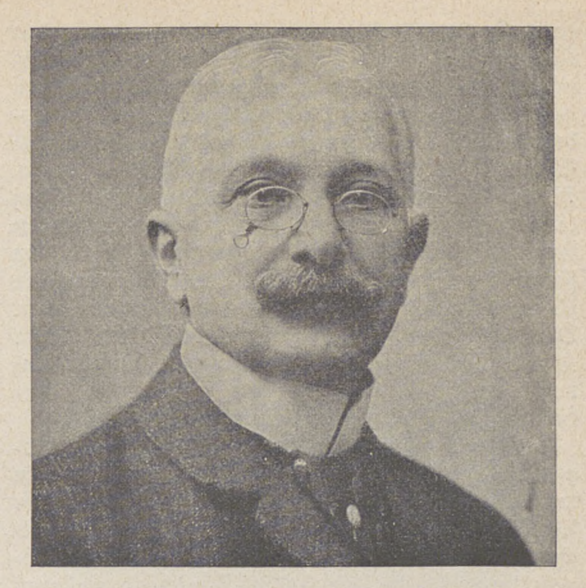
ihnen eine Majorität zu stande bringen werde, als aber am 28. die Ernennung des Frhrn. v. Gautsch erfolgt war, hatte man die Stimmung schon so weit vorbereitet, daß man den Christlichsozialen allein die Schuld zuschieben konnte. Ihre Haltung konnte aber gar nicht der Hauptgrund sein. Das neugewählte Abgeordnetenhaus hat u. a. das Wehrgesetz zu erledigen, für das eine Zweidrittelmehrheit nötig ist. Wie will man diese zusammenbringen, nachdem die Wiener liberale Wahlpolitik die ausschlaggebende Stellung der Sozialdemokratie gerettet hat? Es mag sein, daß die tschechenfreundliche Haltung einflußreicher Würdenträger an der Erschütterung der Stellung des Frhrn. v. Bienerth gearbeitet hat, aber mußte dann nicht um so mehr das gesamte deutsche Bürgertum zu ihm stehen und seiner Wahlparole folgen? Im Lande hat man es so verstanden, aber die hauptstädtische Presse hat von jeher zum Schaden des Deutschtums nur ihre eigensüchtigen Interessen verfolgt. Der verbitterte Beschluß der Christlichsozialen war eine Folgeerscheinung des von anderer Seite begangenen groben Fehlers und wäre auch sicher wieder aufgehoben worden, wenn Frhr. v. Bienerth hätte bleiben wollen und können. Er war eine aufrechte Persönlichkeit echtösterreichischer Färbung, der die slawische Anarchie der parlamentarischen Kabinette wieder gebändigt hatte. Die Deutschösterreicher dürften noch recht oft Gelegenheit haben, sich mit Wehmut der Zeiten zu erinnern, in denen er die Staatsgeschäfte leitete.



Dr. Viktor Mataja, Handelsminister.

Das Zwischenministerium Gautsch.

Hatte Frhr. v. Bienerth eine Politik verfolgt, die weniger die Befriedigung augenblicklicher Bedürfnisse als die Ordnung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse im Auge hatte, so war von seinem Nachfolger eher anzunehmen, daß er als treuer Diener seines Kaisers alles tun wurde, um ihm einen Kummer zu ersparen, und lediglich Gelegenheitspolitik treiben werde. Das „Fortwursteln" hatte er bei seinem ersten Ministerium unter Taaffe gelernt, dem ja nicht vorzuwerfen ist, daß er den Traum der „Verfassungstreuen" von einer angeblichen parlamentarischen Herrschaft in Österreich ad absurdum geführt hat, sondern



Dr. Paul Freiherr Gautsch von Frankenthurm, Ministerpräsident.

daß er 13 Jahre damit vertrödelte, ohne einen einzigen schöpferischen Gedanken zu Tage zu fördern. Es war anzunehmen, daß Frhr. v. Gautsch über die Schwierigkeiten der Sommersession leicht hinwegkommen werde, da er den Parteien gegenüber vollständig freie Hand hatte und, nachdem Dr. Glombinski und Dr. Weiskirchner ausgeschieden waren, auch nicht einmal ein parlamentarisch belastetes Kabinett übernahm. Der Nachfolger Badenis und Körbers besaß dazu Erfahrung in Verhandlungen mit den Parteien und hatte sich auch bei den Tschechen einige Steine im Brette erworben, was für den alles entscheidenden Ausgleich in Böhmen nicht ohne Bedeutung war. Er brauchte ihn nicht einmal selbst zu machen, die Hauptsache würde durch die Hände des Fürsten Thun gehen, und die Deutschen würden nicht hinderlich sein, denn sie streben selbst nach einem gerechten Ausgleich. Voraussichtlich war nach dem Wahlkampfe und Ministerwechsel nun auf einige friedliche Monate im Innern zu rechnen, und das benutzte die internationale Preßtreiberei, um mit Gerüchten zu operieren und bei der Gelegenheit



Dr. Viktor Ritter von Röll, Eisenbahnminister.

dem Grafen Aehrenthal einen Stein in den Weg zu rollen. Da wurde von einer Spannung zwischen Berlin und Wien wegen der Balkanfragen gefabelt und die angebliche Sehnsucht des Petersburger Hofes nach einem Besuche des Erzherzog-Thronfolgers mit Gemahlin geschildert u. a. m. Die nachfolgenden Ereignisse haben gezeigt, daß dieses müßige Geschwätz weder in den intimen Beziehungen zwischen Wien und Berlin, noch in dem freundschaftlicher gestalteten Verhältnis zwischen Wien und Petersburg irgendwie begründet war. Das Beste bei allem war das, daß sich Kaiser Franz Josef in Lainz so weit von seinem Halsleiden erholt hatte, daß er am 7. Juli zur Nachkur in sein liebes Ischl abreisen konnte.

Die bevorstehende Sommertagung des Abgeordnetenhauses konnte der Hitze wegen nur kurz sein, doch wünschte die Regierung, in der Bankfrage und mit dem Wehrgesetz zu irgend welchem Fortschritt zu gelangen. Unter den 615 Abgeordneten befanden sich 231 Deutsche, von denen sich 99 dem Deutschen Nationalverband, 73 der christlichsozialen Partei, 44 dem Klub der deutschen Sozialdemokraten und 15 keinem Verbande angeschlossen hatten. Frhr. v. Gautsch hatte anfangs Juli mit allen Parteiführern konferiert, selbstverständlich aber nicht das Ergebnis erzielt, daß der nationale Hader, der das erste „Volkshaus" ruinierte, im zweiten fehlen würde. Er war meist auf wohlwollende Zurückhaltung gestoßen. Da der Polenklub den Abg. Dr. v. Bilinski zum Obmann gewählt hatte, so war seine positive Teilnahme an der parlamentarischen Arbeit zunächst gesichert. Am 17. Juli trat das neue Haus zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das Ministerium war erschienen, Frhr. v. Gautsch beauftragte den Alterspräsidenten Dr. v. Fuchs mit der Angelobung der Mitglieder, die dieser nach einem Hoch auf den Kaiser vornahm. Die meisten deutschen Sozialdemokraten blieben beim Kaiserhoch im Saale, die tschechischen hatten sich entfernt. Es geschah alles, um das neue Volkshaus zur Arbeit anzuregen, selbst der greise, kaum notdürftig genesene Monarch unterzog sich der anstrengenden Reise nach Wien, um persönlich die Eröffnung mit einer Thronrede vorzunehmen. Diese erfolgte am 18. mittags im Zeremoniensaale der Hofburg in Anwesenheit der Erzherzoge und der höchsten Würdenträger mit den üblichen Feierlichkeiten. Kaiser Franz Josef wurde bei seinem Erscheinen mit stürmischen Hochrufen begrüßt; sein vortreffliches Aussehen wurde allgemein festgestellt, auch beim Verlassen des Saales folgten ihm stürmische Ovationen. Er kehrte schon nachmittags wieder nach Ischl zurück.

Die Thronrede zählte wohl eine lange Reihe von Aufgaben auf, enthielt aber nichts Überraschendes, höchstens konnte die milde Kritik des aufgelösten Hauses als solches gelten. Voraussetzung für ein gedeihliches Arbeiten des neuen Hauses ist freilich die dringliche Regelung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen, und der Hinweis der Thronrede darauf wurde auch mit starkem Beifall aufgenommen. Noch lebhafter war dies der Fall bei der warmen Betonung des „innigen, in unverminderter Herzlichkeit fortbestehenden" Verhältnisses zu den „Verbündeten", was als formelles Dementi aller in- und ausländischen Zeitungstreibereien über angebliche „Verstimmungen" gelten mußte. Das Arbeitsprogramm entsprach vollkommen dem des Kabinetts Bienerth, auch die Polen sollen ihre Kanäle und die Italiener ihre juristische Fakultät bekommen. Über das Vorgehen beim Ausgleich in Böhmen und über die Wirtschafts-, Sozial- und Steuerreform wurden keine bestimmten Angaben gemacht. Als dringend zur Verabschiedung hingestellt wurde die Wehrreform, die eine „Verkürzung des Präsenzdienstes und Erleichterungen in der Erfüllung der Wehrpflicht", eine „Reform des Militärstrafprozesses", sowie „wirksamere Fürsorge für die Angehörigen der Wehrmacht und ihrer Familie" bringen soll, ferner die Bankfrage und die Steuerreform. Der Kaiser schloß: „Die Liebe und Treue meiner Völker, deren Wohl mein ganzes Leben gewidmet ist und bleibt, hat mich während der langen Regierungszeit, die mir die Vorsehung beschieden, ununterbrochen begleitet; sie war mir Trost und Stütze in schweren Stunden, und bewegten Herzens danke ich dafür dem Allmächtigen, dessen Segen ich für Ihre Arbeit erflehe." Von der Zeremonie in der Hofburg hatten sich die Sozialdemokraten, die Alldeutschen und die tschechischen Radikalen ferngehalten.

Am 21. erfolgte die Präsidentenwahl. Der Deutschnationale Dr. Sylvester wurde mit 387 von 429 Stimmen gewählt. Er ist der 23. Präsident des Wiener Abgeordnetenhauses, zugleich der 19. deutsche, denn nur viermal hat es slawische Präsidenten gegeben, dreimal Smolka und einmal Abrahamowicz. Als Vizepräsidenten wurden gewählt: Pernerstorfer (sozialdem.), Jukel (christlichsoz.), Dr. German (Pole), Zdarsky (Tscheche), Dr. Conci (ital.), Romanczuk (ruthen.) und Pagacnik (Südslawe). Nachdem das Haus einen sozialdemokratischen, auf Wirkung durchs Fenster berechneten Antrag, mit der Fleischteuerung zu beginnen, in namentlicher Abstimmung mit 194 gegen 168 Stimmen abgelehnt hatte, wurde beschlossen, die Bankvorlage als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen. Diesen Willen, nicht bloß zu demonstrieren, sondern wirkliche Arbeit zu leisten, hat das Haus auch bis zu seiner Vertagung am 29. im großen und ganzen festgehalten und somit eine gewisse Arbeitsfähigkeit bewiesen. Die dringliche Bankvorlage und einige kleine wirtschaftliche Gesetze wurden erledigt, aber auch zwei Tage auf Teuerungsdebatten verwendet, die einen stark demagogischen Charakter annahmen. Im alten Hause hatten sich eigentlich nur die Sozialdemokraten auf diesem Gebiete ausgezeichnet, jetzt beteiligten sich auch die Christlichsozialen daran. Dabei spielte wieder der Kampf um Wien mit, wo die sinnlose Teuerungshetze — ähnlich wie in Deutschland — die Preistreiberei begünstigt und die in wirtschaftlichen Dingen unbewanderte Mehrzahl der Bevölkerung geradezu fanatisch gegen „Agrarier" 2c. aufgeregt hatte. Der Zweck war Wahlhetze und wurde von vielen, die eben von Ernteverhältnissen und der internationalen Teuerung keine

Ahnung hatten, gutgläubig mitgemacht. Auch in Österreich hat die Presse nicht das geringste zur Aufklärung, wohl aber viel zur Verhetzung getan. Billiger ist dadurch nichts geworden, eher im Gegenteil teuerer, aber es ließ sich schön populär reden und schreiben.

Die agitatorische Absichtlichkeit zeigte sich deutlich in der Behandlung der Fleischeinfuhr aus Argentinien. Nach der Ansicht des Ministeriums Bienerth wie des Kabinetts Gautsch ist diese laut Abkommens unter dem Ministerium Beck an die Zustimmung Ungarns gebunden, und das damalige Abgeordnetenhaus hat durch Annahme der Ausführungsverordnung dieses Abkommen auch gebilligt. Diese vielleicht kurzsichtige, aber tatsächlich geltende Verpflichtung besteht für Österreich vorläufig, und daran ändern auch gewisse Auslegungskünste, die man sonst nur bei den Magyaren gewöhnt war, nicht das geringste, ebenso wenig die vom Teuerungsausschuß beschlossene Aufforderung an die Regierung, ohne Rücksicht auf Ungarn mit der Einführung argentinischen Fleisches vorzugehen. Die Mehrheit des Hauses besaß Gewissenhaftigkeit genug, diesen Vertragsbruch abzulehnen, aber die agitatorische Absicht auf die Stimmung der Massen lag bei dem Antrag ebenso offen zu Tage, wie hinterher bei dem Zetern der hauptstädtischen Blätter über die „agrarische" Mehrheit des Hauses, das bei dem Agitations- und Abstimmungswirrwarr schließlich doch noch geschickt genug war, die einzige zulässige Resolution zur Annahme zu bringen, nämlich die Regierung zu ersuchen, alles Mögliche für die Beschaffung des Bedarfes an überseeischem Fleisch zu tun. Eine hitzige Debatte über die bedauerlichen Wahlvorgänge in Drohobycz ergab nach dem Berichte des Landesverteidigungsministers, daß das Militär keine Schuld trifft. Wie weit diese in den galizischen Zuständen liegt, blieb weiterer Untersuchung vorbehalten. Die sogenannten Ministeranklagen der Sozialdemokraten gegen das Kabinett Bienerth wegen angeblich verfassungswidriger Anwendung des § 14 verhallten verdientermaßen wirkungslos.

Kaiser Franz Josef hatte seinen eintägigen Aufenthalt in Wien benutzt, der dort eingetroffenen Braut des Erzherzogs Karl Franz Josef, der Prinzessin Zita von Parma, einen Besuch abzustatten und ihr persönlich seine Glückwünsche zur Verlobung auszusprechen. Er wurde auf den Fahrten durch die Stadt mit stürmischen Hochrufen begrüßt. In Ischl traf am 24. eine Deputation des bayrischen Infanterieregiments Nr. 13 ein, um den Kaiser zur 60jährigen Inhaberschaft des Regiments zu beglückwünschen. Am 27. kam Erzherzog Franz Ferdinand an, hatte eine längere Audienz beim Kaiser und nahm später am Familiendiner in der kaiserlichen Villa teil; vorher hatte er das Kaiserstandbild im Staufener Wald in Augenschein genommen. Von nun an nahmen die Gerüchte über den Rücktritt des Reichskriegsministers eine bestimmtere Gestalt an und wurden in den Zeitungs- und Parteienkampf einbezogen. Noch mehr war dies der Fall mit der schon im Abgeordnetenhause tendenziös behandelten Fleischeinfuhrfrage. Die ungarische Regierung hatte auf das Ersuchen der österreichischen, die weitere Einfuhr des bereits im Hafen von Triest lagernden argentinischen Gefrierfleisches zuzulassen, übermäßige Zugeständnisse gefordert. Tariferleichterungen und Konzessionen für die ungarische Schiffahrt ließen sich ja hören, aber geradezu dreist war die Zumutung, den Anschluß der Kaschau-Oderberger Eisenbahn über Annaberg an das preußische Bahnnetz zu verlangen, der Ungarn in die Lage versetzt hätte, über österreichisches Territorium hinweg eine eigene Tarif- und Zollpolitik einzuleiten. Die Verhandlungen wurden Mitte August abgebrochen, das in Triest lagernde Fleisch mußte anderwärts verkauft werden; das



Dr. Julius Sylvester, Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Ministerium geriet in eine üble Lage und seine vernünftigen, auf die Förderung der heimischen Viehzucht berechneten Maßregeln waren bei der augenblicklichen Teuerung nicht geeignet, der auf die Kurzsichtigkeit der Massen berechneten Agitation wegen der doch überall herrschenden Fleischnot die Spitze abzubrechen.

Am 14. August feierte der letzte Ritter des Maria Theresien-Ordens, der 78jährige FZM. Frhr. v. Fejervary, sein 60jähriges Militärjubiläum. Kaiser Franz Josef übersandte ihm ein Handschreiben, worin er ihm zum Gedächtnis an seine Waffentat von San Martino eine eigens geprägte Medaille verlieh, mit dem Wunsche, er möge sich noch lange seines erfolgreichen und ehrenvollen Soldatenlebens erfreuen. Dem Monarchen bekam der Aufenthalt in Ischl ausgezeichnet, und er hatte — seit Jahresfrist zum erstenmal — wieder einen Spazierritt gemacht. Dem getreuen Ischl fiel auch in diesem Jahre wieder die Aufgabe zu, gewissermaßen in Vertretung aller Völker des Reiches, dem Kaiser zu seinem Geburtstage (dem 81. am 18. August) zu huldigen. Es geschah da wie überall, auch außerhalb der Monarchie, mit größerer

Innigkeit in Erinnerung der sorgenvollen Wochen, die noch so nahe zurücklagen. In Ischl wohnten die Mitglieder des kaiserlichen Hauses und Prinz Leopold von Bayern mit Familie dem Hochamte in der Pfarrkirche bei, der Kaiser hörte die Messe in seiner Villa. Die Stadt veranstaltete als Kaiserfest einen Blumen- und Bonbontag. Erzherzogin Elisabeth Franziska hatte das Protektorat übernommen. Die anwesenden Mitglieder der kaiserlichen Familie erschienen zu den festlichen Veranstaltungen im Kurpark, einem Kinderreigen, der in eine allgemeine begeisterte Kaiserhuldigung ausging, den ländlichen Tänzen ꝛc., und kauften eifrig Blumen. Der Kaiser hatte 300 Kronen für den Flottenverein gespendet. Die Feier wurde in der ganzen Monarchie mit gleicher Herzlichkeit begangen, die Zeitungen brachten Festartikel, in allen Gotteshäusern wurden Festgottesdienste abgehalten, namentlich Wien glänzte im reichen Flaggenschmuck. Mit Recht sagte ein hauptstädtisches Blatt: „Der 18. August ist der Kalendertag der Einigkeit und Übereinstimmung." — Gewissermaßen als Nachfeier fand am 28. im Beethovenpark zu Karlsbad die Enthüllung des von reichsdeutschen Kurgästen gestifteten Kaiser Franz Josef-Denkmals statt. Es ist oft bedauert worden, daß die Umstände es verhindern, den Kaiser Franz Josef nochmals als Gast in Berlin begrüßen zu können. Es würde einen Tag begeisterter patriotischer Erhebung geben, wie er seit den Zeiten des Kaisers Wilhelm I. kaum wieder dagewesen ist. Man möchte dem treuen Freunde und Verbündeten des Deutschen Reiches gern noch einmal Aug in Aug Dank sagen. Möge das schöne Bildwerk des Prof. Börmel in Karlsbad ein Wahrzeichen dieser Gefühle und der innigen Freundschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sein. Erzherzog Friedrich war als Vertreter des Kaisers erschienen, die Festrede hielt der Vizepräsident des deutschen Reichstags, Geh. Reg.-Rat Dr. Paasche. Um die Errichtung des Denkmals haben sich besonders verdient gemacht: Prinz Aribert von Anhalt, Kardinal Dr. Kopp, Fürst Radolin, Statthalter Graf Wedel und Prinzessin Luise v. Schönbarg.

Die böhmischen Ausgleichsverhandlungen hatten inzwischen geruht, Fürst Thun wollte sie anfangs September wieder in Angriff nehmen, obwohl die tschechischen Radikalen nichts davon wissen wollten. Die Deutschen blieben dabei, sie würden die Flottmachung des böhmischen Landtags nur zulassen, wenn ihre Mindestforderungen zugestanden würden. Fürst Thun hatte am 25. August eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Frhrn. v. Gautsch in Wien und erstattete am 31. dem Kaiser in Ischl Bericht über die Lage in Böhmen. Anfangs September waren die deutschen und tschechischen Führer wieder in Prag eingetroffen und Fürst Thun erreichte bei ihnen die Einsetzung und Permanenzerklärung der nationalpolitischen Kommission in Prag. Frhr. v. Gautsch begab sich am 5. September nach Budapest, offiziell zum Besuche des Grafen Khuen, doch bestand kein Zweifel darüber, daß es sich um den Beginn neuer Verhandlungen in der Fleischfrage handelte. Die Ungarn hatten den Annaberger Bahnanschluß fallen lassen, und schienen bereit zu sein, das serbische Einfuhrkontingent für Schlachtvieh auf Kosten des rumänischen, das wegen des dortigen Viehmangels nicht erreicht wird, zu erhöhen. Die Verhandlungen sollten Mitte September in Wien auf neuer Grundlage fortgesetzt werden. Am 4. September war Graf Aehrenthal in Ischl beim Kaiser Franz Josef zur Audienz erschienen. Dieser beendete am 8. seinen Sommeraufenthalt und reiste um 2 Uhr nachmittags nach Schönbrunn ab. Die Fahrt zum Bahnhofe glich einem Triumphzug, Tausende von Einheimischen und Fremden konnten sich an stürmischen Ovationen gar nicht erschöpfen. Dem Statthaltereirat Graf Salburg sagte der Kaiser bei der Verabschiedung: „Der Aufenthalt in Ischl hat mir sehr wohlgetan."

Der Reichsrat sollte anfangs Oktober wieder zusammentreten, und die ganze innere Politik stand nun unter dieser Voraussicht. Am 15. September fand in Wien eine Obmännerkonferenz des Reichsrates statt, die vom sozialdemokratischen Verband angeregt worden war und sich darum auch vorwiegend mit der Teuerung beschäftigte. Freiherr v. Gautsch bemerkte dazu, daß an den gegenwärtigen bedauerlichen Verhältnissen, bei denen es sich um eine Weltkalamität handle, die Regierung keine Schuld trage, und hob warnend hervor, die geschilderte Aufregung der Bevölkerung möge zu der Notlage nicht auch noch die schweren Folgen einer Störung der Ordnung auf sich ziehen. Präsident Dr. Sylvester setzte die Einberufung des Abgeordnetenhauses für den 5. Oktober an.

Den sozialdemokratischen Agitatoren war damit wenig gedient, sie wollten die bereits so allseitig geschürte Aufregung der Bevölkerung für ihre Zwecke ausnützen. Sonntag den 17. September begannen in der Volkshalle des Rathauses in Wien und vor demselben große Demonstrationen gegen die Lebensmittelteuerung und das Fleischeinfuhrverbot. Bald kam es zu Ruhestörungen und Demolierungen, so daß Militär einschreiten mußte, dem es rasch gelang, die Krawallmacher nach den äußeren Bezirken abzudrängen. Auch dort zertrümmerten sie die Laternen und Schaufensterscheiben. Am schlimmsten ging es nachmittags in Ottakring zu, wo auch Schulen demoliert und Lehrmittel verbrannt wurden. Hier kam es zum scharfen Eingreifen des Militärs, das Feuer gab, als es angegriffen wurde; auf der Schmelz mußte Kavallerie die revoltierenden Mengen auseinandertreiben. Es gab mehrere Tote, zahlreiche Verwundete und einige hundert Verhaftete. Die sozialdemokratische Parteileitung forderte am nächsten Tage zur Ruhe auf und behauptete, Disziplinlose hätten die Kämpfe mit Polizei und Militär hervorgerufen. Also ganz wie in Moabit und Paris! Sie fand aber wenig Glauben, denn jedermann konnte durchschauen, daß der Pöbel ausgeführt hatte, was die Partei wünschte, daß nach den friedlich begonnenen, durch hetzerische Reden aufgeregten Versammlungen auf gegebene Signale der Krawall losgegangen war. Die Wiener, denen die großen Straßendemonstrationen bisher Volksbelustigungen gewesen waren, machten auf einmal die Erfahrung, daß eingeschlagene Fensterscheiben viel aufklärender wirken wie alle „Welt-

blätter", wendeten aber ihre Erbitterung größtenteils gegen die ungenügenden Vorkehrungen der Polizei, aber diese wie die Bürgerschaft hatten ja bisher das „Recht auf die Straße" den Massen förmlich zuerkannt und eingeräumt. Die Polizei hatte freilich diesmal besonders kopflos gehandelt: aus der Ablehnung der sozialdemokratischen Führer, die beliebten „Ordner" zu stellen, mußte doch einleuchten, daß etwas Besonderes im Werke war. Gewiß waren es verbrecherische Elemente, die Rathaus, Schulen und Gerichtsgebäude demolierten, aber man hatte ihnen mit den anderen die Straße freigegeben, und alle, die Besseren wie die Schlimmsten, konnten als Entschuldigungsgrund die allgemeine öffentliche Meinung anführen, als sei ihnen infolge Verschuldens der Regierung durch die Teuerung ein schweres Unrecht angetan worden. Der einfache Mann mußte das annehmen nach dem, was tagtäglich in den Blättern und auf der Rednerbühne von oft sehr unwissenden Leuten behauptet wurde.

Der böhmische Landtag war für den 20. September einberufen worden. Es war der Einwirkung des Fürsten Thun gelungen, die streitenden Nationen dahin zu bringen, daß der Landtag in Ruhe ein bescheidenes Pensum erledigen konnte: er sollte vor allem eine Kommission wählen, die den Ausgleich vorzubereiten habe, und diese Kommission permanent erklären. Damit wäre ein Anfang gemacht worden. Fürst Thun hatte den Adel beider Nationen und auch den der Demokratie abholden Teil der Bevölkerung hinter sich. Am 21. empfing der Kaiser in der Hofburg den chinesischen Minister des Äußern Lian-Tung-Jen in besonderer Audienz. An demselben Tage erfolgte auch unter vollster Anerkennung der bisher geleisteten Dienste die Enthebung des Kriegsministers Freiherrn v. Schönaich und die Ernennung des G. d. J. v. Auffenberg zu seinem Nachfolger. Damit war ein längst erwartetes Ereignis eingetreten, das der Verabschiedete mit der ungewöhnlichen Erklärung in einem Wiener Blatte einleiten zu müssen glaubte: „Die Gründe meines Rücktritts sind rein sachlicher Natur. Alle daran geknüpften Kombinationen, welche sie mit verfassungswidrigen Vorgängen in Zusammenhang bringen, sind vollkommen falsch." Die Gründe der Entlassung lagen hauptsächlich in den Differenzen, die wegen der Militärvorlage zwischen ihm und dem Erzherzog-Thronfolger und dem Generalstabschef Frhrn. Conrad v. Hötzendorff entstanden waren. Beide vermißten in dem Verhalten des Kriegsministers bei der Reformfrage der Armee und der Militärstrafprozeßordnung die entschiedene Wahrung der Einheitlichkeit der Armee. Aus diesem Anlaß hatte auch Erzherzog Franz Ferdinand die erwähnten Audienzen beim Kaiser in Budapest und Ischl. Die Sache wurde noch kompliziert durch Mitteilungen des Kriegsministers in den Delegationen über vertrauliche Vorgänge und die parteiische Teilnahme der demokratischen Presse der beiden Reichshälften für Frhrn. v. Schönaich und gegen den Thronfolger, der mit geradezu flegelhaften Angriffen verfolgt wurde. Der Kaiser hatte anfangs Juli dem Kriegsminister einen längeren Urlaub in der Hoffnung erteilt, daß sich ein Ausgleich finden lassen werde. Das war nicht möglich gewesen. General v. Auffenberg hatte seine Laufbahn hauptsächlich im Generalstab zurückgelegt und war zuletzt kommandierender General in Serajewo; er gilt als vorzüglicher militärischer Organisator und Verwalter und steht durch seine Gemahlin der hohen ungarischen Aristokratie nahe. Er hatte auch durch seine Dispositionen bei den Manövern seinerzeit die Aufmerksamkeit des Kaisers Wilhelm auf sich gelenkt.

Die Verhandlungen in Prag kamen nicht vorwärts und ließen erkennen, daß es den Tschechen



Moritz Ritter von Auffenberg, der neuernannte Reichskriegsminister.

hauptsächlich auf die Tschechisierung des Ministeriums ankam. Unter diesen Umständen war eine dreiviertelstündige Audienz, die der Obmann des Polenklubs, Dr. v. Bilinski, am 12. Oktober beim Monarchen hatte, nicht ohne Bedeutung und veranlaßte die Blätter zu allerlei Kombinationen. Zu diesen Schwierigkeiten gesellten sich die noch immer brennende Teuerung- und die Beamtenfrage. Zur ersteren lag von deutschnationaler Seite der Antrag des Abg. Dr. Waber vor, die Regierung solle ohne Rücksicht auf Ungarn mit der Einführung argentinischen Fleisches vorgehen. Dieser Antrag konnte nur parlamentarische Schwierigkeiten schaffen, aber keinen praktischen Erfolg bringen. Bei den hohen Eingangszöllen, die Österreich nicht einseitig abändern konnte, war eine Verbilligung der Fleischpreise dadurch gar nicht zu erwarten. Zur Regulierung der Beamtengehälter hatte die Regierung eine Vorlage eingebracht, die im Rahmen des Budgets das Möglichste bot, infolgedessen waren auch die Gerüchte über eine neue passive

Resistenz der Staatsbeamten am 1. Oktober zwar verstummt, aber da der niederösterreichische Landtag, dem auch die Stadt Wien folgte, mit einer Gehälterregulierung vorging, die die Sätze der Regierung weit überragte, so war die Stimmung der Eisenbahn- und Postbeamten wieder unzufriedener geworden. In Deutschland ist die Neigung von Staatsbeamten zu offenen oder verhüllten Streiks ganz unbegreiflich. Zur Erläuterung muß hier angeführt werden, daß in Österreich die unteren Beamtenkategorien, nicht wie in Deutschland der Mehrzahl nach aus Militäranwärtern, sondern aus zivilen Kreisen ergänzt werden, die insbesondere infolge der beim Beamten- und Bürgertum lange Jahre hindurch beliebten Verhätschelung der Sozialdemokratie für Beeinflussungen von dieser Seite viel zugänglicher sind als ehemalige Soldaten.

Inzwischen hatte am 5. Oktober die Herbstsession des Reichsrates begonnen, und zwar gleich mit einer Rauferei in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes und mit einer Sensation im Sitzungssaale. Tschechische Abgeordnete hatten tschechische Frauen ins Parlamentshaus gebracht mit ihren Kindern, die die gesperrte Komenskyschule besucht hatten. Da Kinder das Parlament nicht betreten dürfen, wollten deutsche Abgeordnete diese Demonstration nicht dulden. Daraus entstand eine nachdrückliche Rauferei, die erst der Präsident Dr. Sylvester mit Hilfe der Parlamentsdiener auseinanderbringen konnte. Im Saale begann dann die erste Lesung der verschiedenen Teuerungsanträge, die sich über sechs Sitzungen hinziehen sollte. Der sozialdemokratische Abg. Dr. Adler klagte beim Eingang seiner Rede heftig über die harten Urteile gegen die Aufrührer vom 17. September und behauptete, das geschehe unter dem Einflusse des Justizministers, worüber die Sozialdemokraten ihre Entrüstung lärmend zum Ausdruck brachten. Als Redner fortfuhr: „Nicht darüber wundern Sie sich, daß einmal ein Ausbruch erfolgte, sondern das täglich sich wiederholende Wunder ist, daß diese ganze Masse im ganzen Österreich es ertrage und nicht losgehe“... Da fielen von der zweiten Galerie vier Schüsse gegen den Justizminister Dr. v. Hochenburger, der aber ebenso wenig wie der neben ihm sitzende Unterrichtsminister Graf Stürgkh von den dicht bei ihnen einschlagenden Kugeln getroffen wurde. Die Sitzung wurde unterbrochen und der Täter, der gerufen hatte: „Hoch lebe die Sozialdemokratie!“ dingfest gemacht. Es war ein noch nicht 20jähriger Dalmatiner, Njegus Wawrak, der nach einem wenig arbeitsvollen Leben als ausgesprochener Sozialdemokrat nach Wien gekommen und von einem sozialdemokratischen Abgeordneten in das Haus eingeführt worden war. Er behauptete, keine Mitschuldigen zu haben, und das war auch glaublich, denn er hatte bloß so gehandelt, wie die von der Sozialdemokratie beständig aufgehetzten Elemente logischerweise immer handeln werden, wenn sie den Mut dazu haben und Gelegenheit finden. Vergeblich versuchten die Sozialdemokraten jetzt, ebenso wie nach dem 17. September, diese Erzeugnisse ihrer Agitation von sich abzuschütteln.

Merkwürdig war das Verhalten des Abgeordnetenhauses. Nachdem sich die Aufregung gelegt und die Sitzung wieder begonnen hatte, fand der Präsident nur Ausdrücke des „Bedauerns“ über den unerhörten Vorfall, worauf wieder Lärm zwischen deutschen und sozialdemokratischen Abgeordneten entstand und die Sitzung abermals geschlossen werden mußte. Nach der Wiedereröffnung beendete unter unausgesetzten Schlußrufen der Deutschen und stürmischem Beifall seiner Anhänger Abg. Dr. Adler seine Rede in wesentlich zahmeren Ausdrücken. Nun wahrte Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch die Würde des Hauses. „Der verbrecherische Anschlag war nicht nur gegen die Ministerbank, sondern gegen das Haus und den Parlamentarismus gerichtet.“ (Stürmischer Beifall.) Er wies an der gestrigen Rede des Abg. Dr. Adler in einer Volksversammlung nach, daß man sich nicht wundern könne, wenn es zu solchen Ausschreitungen komme, und schloß unter dem anhaltenden Beifall der Deutschen und Christlichsozialen: „Sie fürchten sich nicht, und ich fürchte mich auch nicht. Wer werden uns absolut nicht davon abbringen lassen, die Ordnung und Gesetzlichkeit aufrechtzuerhalten.“ Gegen Schluß der Sitzung beantwortete noch der Ministerpräsident die Interpellation des deutschnationalen Abg. Dr. Sommer wegen des Falles Cartwright dahin, daß die Angelegenheit weder die inneren noch die äußeren Verhältnisse der Monarchie berühre. Das ist vollkommen richtig, aber ebenso berechtigt war es, das in Wien vorgefallene Ereignis von deutscher Seite im Parlament öffentlich zu kennzeichnen. Am nächsten Tage sollten die Präsidentenwahlen stattfinden. Die deutschen bürgerlichen Parteien hatten beantragt, nach den letzten Vorfällen den sozialdemokratischen Abg. Pernerstorfer nicht wieder zu wählen, um so mehr da er am Tage nach den Wiener Aufruhrszenen in Wiener-Neustadt eine revolutionäre Rede gehalten hatte. Das Haus war sehr schwach besucht, aber Pernerstorfer wurde mit 180 von 253 Stimmen wiedergewählt. Die Wahlen änderten an dem bisherigen Präsidium überhaupt nichts.

Vorher hatte Finanzminister Dr. Meyer sein Exposé gehalten. Der Voranschlag für 1912 stellt sich auf 2,916,685.263 Kronen mit einem Überschuß von 305.081 Kronen. Die Mehrausgaben betragen ohne die Zuwendungen an die Beamten 34,976.120 Kronen. Letztere sollen durch Tariferhöhungen der Staatsbahnen und Erhöhung der direkten Steuern gedeckt werden. Für die Zukunft reiche die Entwicklung der bisherigen Einnahmen nicht aus, um die wachsenden öffentlichen Bedürfnisse und die notwendige Erhöhung der Überweisungen an die Länder zu decken, trotz aller Sparsamkeit. Der Minister kündigte eine Regelung der Verzehrungssteuern für Branntwein und Bier, namentlich im Interesse der Landesfinanzen, ferner ein Zündhölzchenmonopol, eine Automobil- und Schaumweinsteuer und die Reform der Erbsteuer an. Die Lage der Volkswirtschaft mahne zur Vorsicht, man dürfe nicht durch schlechte Finanzwirtschaft die günstige Entwicklung der Zukunft hindern, jedes Erfordernis müsse in der Erhöhung der Einnahmen seine Deckung finden. Es läge aber kein Grund vor, den

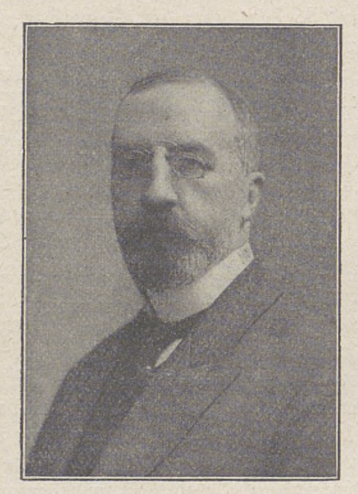
Mut sinken zu lassen. Der Beifall des Hauses galt mehr der vortrefflichen Darstellung des Ministers, als daß er viel guten Willen zu den Steuerbewilligungen ausdrücken sollte. Nun wurde die Teuerungsdebatte fortgesetzt, die erst am 17. zu Ende kam. Die Debatte wurde vorwiegend von Sozialdemokraten oder von Rednern, die Wahlkompromisse mit Sozialdemokraten abgeschlossen hatten, bestritten, und ihnen war die Teuerung nicht eine ernste Sache, sondern Gegenstand demagogischer Agitation. So wurden fast durchweg Forderungen aufgestellt, die sich gegenwärtig einfach nicht durchführen lassen. Die Klagen über die Preistreiberei der Kartelle — so über die plötzliche Erhöhung der Bier- und Zuckerpreise — waren an sich vollkommen berechtigt, aber die Masse und ihre Parlamentstribunen tun immer so, als wenn die Minister dergleichen mit einem Federstrich beseitigen könnten. Das geht nirgends, und am wenigsten in Österreich. Herr v. Körber könnte noch heute Ministerpräsident sein, wenn er nicht von dem mehr als bürgerlichen Gewinn einiger Kartelle gesprochen hätte. Da war gleich eine starke Koalition gegen ihn fertig, die Klerikalen, Slawen und Ministerkandidaten allein hätten ihn nie zu stürzen vermocht.

Alldem gegenüber war die Stellung der Regierung sehr schwierig, Popularität war in keinem Falle zu erringen, die sachlichsten Ausführungen wurden einfach überhört. Am 10. erregte der Ministerpräsident wieder den wildesten Zorn und die brutalsten Anödungen der Sozialdemokraten, als er schlagend ausführte, die Teuerung leite ihren Ursprung von den starken Lohnerhöhungen her, die bei gutem Geschäftsgange gezahlt werden konnten, aber nun bei sinkender Konjunktur einfach auf den Konsum abgewälzt werden. Die Regierung erfuhr Tadel, Angriffe und Absagen von allen Seiten, sie sollte als Mädchen für alles dienen, und doch hatte der Ministerpräsident recht mit der Erklärung, das Teuerungsproblem könne nur unter Berücksichtigung der Interessen aller produzierenden Stände durch ein Zusammenwirken der Regierung, des Parlaments, der Länder und Gemeinden gelöst werden. Das erfordert freilich mehr Wissen und Kopfarbeit wie die schönste agitatorische Rede. Nach den Teuerungsdebatten erledigte das Haus die ersten Lesungen der Beamtenvorlage und der Geschäftsordnung und nahm am 20. die Debatte über die italienische Rechtsfakultät auf; die erste Lesung wurde am 25. beendet. Dabei wurde auch die römische und die tripolitanische Frage angeschnitten. In bezug auf letztere erklärte am 24. Freiherr v. Gautsch in Beantwortung einiger Interpellationen, Österreich-Ungarn habe in den wirtschaftlichen Differenzen zwischen Italien und der Türkei und ebenso nach dem Ausbruch des Krieges nach beiden Seiten vermittelnd gewirkt und von der italienischen Regierung über die Einschränkung des Kriegstheaters die klarsten und unzweideutigsten Aufschlüsse erhalten.

Am 21. fand in Schloß Schwarzau die Hochzeit des zukünftigen Thronerben, des Erzherzogs Karl Franz Josef, mit der Prinzessin Zita von Parma statt. Auch bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, daß die Feste im Kaiserhause zugleich Feste des Volkes sind. Eine sehr zeitgemäße Überraschung brachte der Flieger Warchalowski, der am 19. im Luftschiff nach Schwarzau kam, nach einem hübschen Umflug um das Schloß landete und das Geschenk der W.-Neustädter Luftschiffer, die Bronzestatuette eines jugendlichen Fliegers, überreichte. Ungemein zahlreich und kostbar waren die Geschenke für die Braut von allen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, von den Verwandten, vom Papst ꝛc., vor allen hervorragend die Gabe des Kaisers Franz Josef: ein wundervolles Brillantdiadem. Der Kaiser ließ auch vom Prof. Marschall eine Vermählungsmedaille herstellen. Er nahm persönlich an der großartigen Feier teil, zu der auch König Friedrich August von Sachsen mit den erwachsenen sächsischen Prinzen und Prinzessinnen, fast alle Mitglieder der kaiserlichen Familie und Verwandten der Braut erschienen waren. Bezeichnend war, daß die strenge Hofrangordnung tunlichst aufgehoben und so der Feier der Charakter eines wirklichen Familienfestes gegeben worden war, das herrliches Sommerwetter begünstigte. Die Vermählung fand in der kleinen Schloßkapelle statt. Trauzeugen waren Kaiser Franz Josef, König Friedrich August und der Herzog von Madrid, der Kaiser, die Erzherzogin Maria Josefa und der Herzog von Madrid geleiteten das Brautpaar zum Traualtar, wo Monsignore Bisletti als Vertreter des Papstes den Trauungsakt in französischer Sprache vollzog und dann eine italienische Ansprache an das Brautpaar richtete, worauf er das Glückwunschschreiben des Papstes verlas. Nach der Gratulationscour erschien der Kaiser mit den Neuvermählten auf der Terrasse und wurde von der allerseits herbeigeeilten Bevölkerung mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Ein Mädchen in der Landestracht sprach im Ortsdialekt in überaus herziger Weise die Freude der Bevölkerung aus, den Kaiser auch emmal in ihrer Mitte begrüßen zu können. Er war über die sinnige Huldigung ungemein erfreut. Bei der Hochzeitstafel brachte er in seiner schlichtherzlichen Weise den Toast auf das junge Ehepaar aus. Die Mehrzahl der Hochzeitsgäste begab sich nachmittags nach Wien.

Der Kaiser hatte sich in Schwarzau einen leichten Schnupfen geholt, weshalb vorläufig alle Audienzen unterblieben. Seine Regierungssorgen rissen aber darum nicht ab, denn Frhr. v. Gautsch empfand angesichts der parlamentarischen und Parteiverhältnisse das Bedürfnis, aus dem Amte zu scheiden. Die Teuerungsdebatten hatten trotz der großen Worte den Tschechen nicht den Gefallen getan, das Ministerium zu stürzen, sie suchten darum aus eigenen Mitteln, dieses Ziel zu erreichen oder das Kabinett in ihrem Sinne umzugestalten. Krisengerüchte liefen schon seit Mitte Oktober um, die Verhandlungen in Prag stockten, die Tschechen verlangten ein parlamentarisches Kabinett mit mindestens zwei tschechischen Ministern, wogegen die Deutschen protestierten, die „Unterrichteten" erzählten wieder von einem Kabinett Thun. Am 26. hatte das Abgeordnetenhaus die erste Lesung des Budgetprovisoriums begonnen. Abg. Dr. Kramarsch trat für die tschechischen Forderungen ein. Am folgenden Tage hielt Frhr. v. Gautsch eine

Rede, in der er sich scharf gegen das Treiben der Sozialdemokraten und gewisser Beamtenkreise in der Teuerungsfrage wandte und die Notwendigkeit einer Arbeitsmehrheit betonte, die aber ohne Einbeziehung der Tschechen nicht möglich sei. Er schloß mit einem warmen Appell an die Ordnungsparteien zum Zusammenschluß. Der Beifall bei dem tönenden Schlusse konnte den Eindruck der Inhaltsleere und Hilflosigkeit nicht verwischen. Obgleich hie und da versichert wurde, Frhr. v. Gautsch sei mit besonderen Vollmachten ausgestattet, werde mit der Neubildung seines Kabinetts vorgehen 2c., ging doch die allgemeine Meinung aller politisch ernsteren Kreise dahin, daß das Kabinett mit seiner ministeriellen Weisheit zu Ende sei, und daß der Ministerpräsident sich durch die auffällig ungeschickte Hervorhebung des Tschechentums auch noch die Mitwirkung der Deutschen verscherzt hatte. Die Folgerungen aus allem zog das Ministerium, als es



Karl Graf von Stürgkh, Ministerpräsident.

am 31. Oktober den Rücktritt beschloß. Dem Frhrn. v. Gautsch darf die Anerkennung nicht versagt werden, daß er in kritischer Lage zum drittenmal freudig dem Rufe seines Kaisers folgte und trotz seines hohen Alters eine außerordentliche Arbeitskraft bewies. Die Lösung des österreichischen Problems wird aber nur einer Bismarcknatur möglich sein, und man darf niemand darum schelten, daß er keine solche ist.

Das Ministerium Stürgkh.

Graf Stürgkh wurde mit der Bildung eines Ministeriums betraut. Er ist 52 Jahre alt, hat die Verwaltungskarriere bis zum Hofrat durchgemacht, war seit 1891 mit einer Unterbrechung Reichsratsabgeordneter, bis er 1907 durch das allgemeine Wahlrecht aus dem „Volkshaus" verdrängt, aber in das Herrenhaus berufen wurde. Seit dem 11. Januar gehörte er als Unterrichtsminister dem Kabinett Bienerth an und war auch schon bei gewissen Leuten, wie die Unterrichtsminister in aller Welt, in den Ruf des Klerikalismus gekommen. Es war klar, daß er ungefähr die Linie des Kabinetts Bienerth einhalten und jedenfalls kein parlamentarisches Ministerium bilden werde. Die Befürchtungen der Deutschen nach den letzten Auslassungen des Frhrn. v. Gautsch, es könne sich an höchster Stelle ein Umschwung zu ihren Ungunsten vollzogen haben, waren unbegründet. Der Obmann des Polenklubs v. Bilinski, der sich um ein parlamentarisches Ministerium aus Deutschen, Polen und Tschechen bemüht hatte, sah sich übergangen, und es war darum eine zurückhaltende Politik des Polenklubs zu erwarten. Mit der Bildung seines Beamtenkabinetts war Graf Stürgkh rasch fertig, schon am 3. November erfolgte die Ernennung der neuen Minister, Frhr. v. Gautsch erhielt bei der ungemein gnädigen Entlassung die Brillanten zum Großkreuz des Stephansordens. In das neue Ministerium übernommen wurden der Justizminister Dr. v. Hochenburger, der Finanzminister Dr. Meyer und der Landesverteidigungsminister FML. v. Georgi, Unterrichtsminister wurde der bisherige Sektionschef Dr. v. Hussarek, Minister des Innern der bisherige Statthalter in Mähren Frhr. v. Heinold, Eisenbahnminister der Sektionschef Frhr. v. Forster, Handelsminister der Sektionschef Dr. Rößler, Minister für öffentl. Arbeiten der tschechische Sektionschef Trnka, Ackerbauminister wieder der Tscheche Braf und polnischer Landsmannminister blieb v. Zaleski. Das Kabinett stellte eine Elite tüchtiger Leute vor, wurde am 5. vereidigt und trat am 6. vor das Abgeordnetenhaus.

Graf Stürgkh entwickelte die Richtlinien seines Regierungsprogramms, mehrfach von den Tschechischradikalen unterbrochen und angerempelt. Mit Ausnahme des Hinweises auf die Teuerung und der Ankündigung einer Ergänzung des Wasserstraßengesetzes glichen die Erklärungen vollkommen denen des Kabinetts Bienerth: Objektive, von nationalen Einflüssen freie Verwaltung, Regelung der nationalen Streitfragen nur im Einvernehmen beider Teile in Böhmen unter der bewährten Unterstützung des Fürsten Thun, zur Erledigung der in der Thronrede angekündigten Aufgaben die Bildung einer Arbeitsmehrheit ohne Rücksicht auf Nationalitäten. Er schloß: „Die Regierung will eine Regierung inneren Friedens und praktischer Wohlfahrtsarbeit sein. Ich lade alle Parteien, die guten Willens sind, zur Mitarbeit ein, dem Vaterlande zum Heil, dem Volke zum Segen, dem Hause zur Ehre." Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen, woran sich auch die Polen beteiligten, die Tschechen hatten bei dem Ernst der Ausführungen ihr Lärmen eingestellt, aber der Tschechischradikale Fresl kündigte wegen der Beibehaltung des Justizministers die schärfste Opposition an. Das Haus setzte die Budgetdebatte, unterbrochen von den unvermeidlichen Dringlichkeitsanträgen, fort. Im Herrenhause wurden am 8. die Mitteilungen des Grafen Stürgkh mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Abgeordnetenhause wurde gewohntermaßen alles Mögliche in die Debatte gezogen, so die italienischen Grausamkeiten, das angeblich demonstrative Auftreten des deutschen Kronprinzen im Reichstag 2c. Am 10. gerieten der deutschradikale Abg. Hummer und der Schönerianer Malik tätlich aneinander, und die Sitzung mußte geschlossen werden. Am 14. ging

das Haus zur zweiten Lesung der im Ausschuß beratenen Teuerungsanträge über und beendigte sie am 22. Graf Stürgkh erregte dabei unter seinen Anhängern am 14. das erste Mißvergnügen, denn auch er mußte erklären, daß Österreich durch frühere Abmachungen in der Fleischeinfuhrfrage an Ungarn gebunden sei, was keineswegs eine Abhängigkeit von Ungarn bedeute, da dieses vertragsmäßig ebenfalls verpflichtet sei. Aber es werde sich wegen der korrekten Haltung Österreichs in der Fleischfrage bei den wieder eingeleiteten Verhandlungen auch entgegenkommend zeigen. Die Rede wurde von Sozialdemokraten und den nicht in den Deutschen Nationalverband aufgenommenen Wiener Abgeordneten durch Zwischenrufe unterbrochen und zum Schlusse mit großem Lärm begleitet. Auch die deutschnationalen Abgeordneten waren enttäuscht und ihre Vertreter im Teuerungsausschusse wollten ihre Mandate niederlegen, wovon sie aber nach einer Aufklärung durch den Ministerpräsidenten am 16. absahen.

Am letztgenannten Tage hatte Finanzminister Dr. Meyer seine Entlassung gegeben, weil er sich in der Beamtenfrage nicht mehr im Einverständnis mit dem Gesamtkabinett befand. Am 20. November wurden v. Zaleski als Finanzminister, v. Dlugosz als polnischer Landsmannminister und Dr. Braf als Ackerbauminister vereidigt und vom Kaiser in Audienz empfangen. Kaiser Franz Josef mußte sich noch Schonung auferlegen, hatte aber am 15. den üblichen Besuch des Königs Georg von Griechenland erhalten, der auch wie alljährlich mit dem Grafen Aehrenthal eine längere Besprechung hatte. Allwissende Blätter wollten diesen in jedem Herbst während der Heimreise des Königs Georg sich wiederholenden Besuchen diesmal eine besondere Bedeutung zuschreiben. Der Umstand, daß der König, auch wie seit langen Jahren, noch eine Woche in Wien verweilte und erst am 22. abreiste, spricht nicht für diese Vermutung, für die auch weder in der kretischen noch der tripolitanischen Frage ein besonderer Anlaß gegeben erschien. Kaiser Franz Josef fuhr, seit einem Monat zum erstenmal wieder, am 28. von Schönbrunn zur Hofburg, aber im geschlossenen Wagen. Das Abgeordnetenhaus hatte inzwischen weitergetagt, bei Erledigung der Teuerungsanträge den sozialdemokratischen Antrag auf Beschaffung argentinischen Fleisches ohne Rücksicht auf Ungarn abgelehnt und auch im übrigen politisch vernünftige Beschlüsse gefaßt und erledigte bis zum 7. Dezember die erste Lesung der Vorlagen über Sozialversicherung, über Frauenarbeit im Bergbau, über Donauregulierung 2c. und begann am genannten Tage die zweite Lesung des Budgetprovisoriums. Das sieht nach viel Arbeit aus, in Wirklichkeit geschah aber nur wenig. Was hat ein Parlament überhaupt für einen Zweck, wenn es nicht einmal den Staatsvoranschlag rechtzeitig durchberät? War diesmal die Zeit kurz, so mochten sich doch die Herren in ihrem Redebedürfnis bescheiden, denn die verfassungsgesetzliche Ordnung ist im Staate die Hauptsache, nicht die Reden der Abgeordneten. Der einzig nützliche Beschluß, das Geschäftsordnungsprovisorium auf ein Jahr zu verlängern, wurde am 28. November gefaßt. Damit kann doch wenigstens dem Unfug mit den Dringlichkeitsanträgen in der Hauptsache gesteuert werden.

Wie es mit diesen eigentlich steht, zeigte die Sitzung am 29. November. An diesem Tage sollten in Prag die Ausgleichsverhandlungen wieder eröffnet werden, und zu gleicher Zeit wurde im „Volkshause" ein nationaler Zusammenstoß praktiziert mit der obligaten Hauerei zwischen Deutschen und Tschechen glücklicherweise bloß auf der Galerie. Die Grundlage dafür war durch den tschechischen Dringlichkeitsantrag wegen der Richterernennungen in Böhmen geschaffen worden. Als Justizminister Dr. v. Hochenburger in seiner Erwiderung den allgemein gebräuchlichen und unmißverständlichen Ausdruck „Deutschböhmen" anwendete, ging der unzweifelhaft vorbereitete Spektakel los. Die Tschechischradikalen widersprachen, lärmten über die Maßen und drangen gegen den Justizminister vor, so daß zu dessen Schutz deutsche Abgeordnete einschreiten mußten. Es war kurz vor einem Zusammenstoß, Abg. Fresl pfiff auf einer Alarmpfeife und der Präsident Dr. Conci unterbrach die Sitzung. In der Pause versuchten die Tschechen, das Ministerium zu einem Widerruf des Justizministers zu bestimmen. Da dieses Ansinnen bestimmt abgelehnt wurde, konnte Dr. v. Hochenburger, nachdem er erklärt hatte, er habe den Ausdruck nicht etwa in staatsrechtlichem Sinne gebraucht, seine Rede, nur hie und da durch Zwischenrufe unterbrochen, zu Ende führen. Er hatte unter lebhafter Zustimmung der deutschen Parteien die bekannten (in früheren Jahrgängen bereits geschilderten) Verhältnisse der Richterernennungen in Böhmen dargestellt. Im Hause hatten die Tschechen nichts erreicht, es kam ihnen auch mehr auf die Wirkung für Prag an.

General d. J. Frhr. Conrad v. Hötzendorf hatte Ende November sein Entlassungsgesuch eingereicht, das der Kaiser am 1. Dezember genehmigte und den Sektionschef im Kriegsministerium FML. Blasius Schemua zum Nachfolger ernannte. Der Wechsel machte großes Aufsehen, um so mehr als bekannt wurde, das Graf Aehrenthal der Urheber war. Dessen Festhalten am Dreibund fand in Österreich wenig Sympathie, die in seinem Namen gleichzeitig in den Abgeordnetenhäusern von Wien und Budapest von den Ministerpräsidenten gleichlautend abgegebenen Erklärungen waren hüben wie drüben recht kühl aufgenommen worden. Es gab eine starke Stimmung gegen Italien, namentlich in Militärkreisen, und es war kein Geheimnis, daß der Generalstabschef sie teilte. Frhr. v. Conrad, der in seiner Stellung Hervorragendes leistete, hatte aber die Gewohnheit, seine Befugnisse ohne jegliche Rücksicht auf Ministerien und Zivilbehörden auszuüben, die dann für Kosten 2c. verantwortlich waren. Die Rücksichten auf seine schätzenswerte Persönlichkeit hörte auf, als der Generalstab auch in die Kreise der äußeren Politik eingriff, und nicht bloß durch Maßregeln, sondern auch durch eine gewisse Beeinflussung der Öffentlichkeit. Mit den Plänen des Generalstabschefs hing auch die geradezu offizielle Inspizierung der Stellungen an der italienischen Grenze durch

den Kriegsminister General d. J. v. Auffenberg zusammen. Er soll sich zwar gegen die Pläne ausgesprochen haben, aber das unliebsame Aufsehen in Italien war einmal da. Aus naheliegenden Gründen sind nur wenige Einzelheiten bekannt geworden; als die Lage aber für den Grafen Aehrenthal unerträglich wurde, stellte er die Kabinettsfrage, und der Kaiser entschied gegen den politisierenden General. Wenn der oberste Kriegsherr gesprochen hat, pflegt der Offizier die Entscheidung schweigend hinzunehmen. Das schien man aber im militärischen Preßbureau vergessen zu haben,



FML. Blasius Schemua, Chef des österr.-ungar. Generalstabes.

das eine Zeitungspolemik einzuleiten und sogar die Person des Thronfolgers in die Angelegenheit hineinzuziehen suchte. Erreicht wurde dadurch nichts als eine gewisse Beunruhigung der Bevölkerung und daß die ohnehin der Wehrreform abgeneigten Parteien der Abgeordnetenhäuser in Wien und Budapest die Angelegenheit vor ihr Dringlichkeitsforum zogen und die Sensationspresse mit allerhand Dreibund- und Kriegsenten hausieren ging.

Nachdem die Budgetkommission mit dem Budgetprovisorium und den damit zusammenhängenden Anleihen bereits vier Wochen verbracht hatte, verwendete das Haus nun auch noch eine Woche darauf. Am 12. Dezember gab Finanzminister v. Zaleski einen Überblick über die keineswegs erfreuliche Finanzlage. Seit einem Jahrzehnt haben die Staatsschulden um 3177 (darunter 1636 für den Erwerb von Eisenbahnen) Millionen zugenommen, das jährliche Zinsenerfordernis beträgt 425 Millionen. Die Ausgaben seien rapid gestiegen, das Jahr 1909 habe einen Abgang von 88 Millionen gebracht, das laufende Jahr sei nicht schlecht, aber auch nicht glänzend. So habe mehrfach der Kreditweg bestritten werden müssen. Er wies tadelnd auf das Streben der Abgeordneten hin, Vorteile für die Wählerschaft zu erlangen, aber jeder Mehrbelastung Widerstand zu leisten. Das müsse aufhören, wenn man das Volk vor den Katastrophen der Unordnung im Finanzwesen bewahren wolle. Die Erhöhung der Einnahmen müsse rechtzeitig und voll erfolgen, da das Defizit sonst unvermeidlich sei. Die Besserung auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiete sei unverkennbar, aber sie müsse vor kriegerischen Störungen behütet werden, und dazu sei eine starke Armee und Flotte nötig. „Vorerst die Bedeckung und dann in Gottes Namen neue Ausgaben.“ Die Italiener markierten am folgenden Tage ein wenig Obstruktion, um einen günstigen Beschluß für die italienische Fakultät zu erzielen. Von anderen Parteien herbeigezogene Fragen und Anträge konnten nur mit aller Anstrengung abgewehrt werden, und so kam endlich am 15. das Budgetprovisorium mit 276 gegen 180 Stimmen zur Annahme. Dann beantwortete Graf Stürgkh die Interpellationen wegen des Rücktritts des Generalstabschefs, betonte, dergleichen Entscheidungen unterständen dem alleinigen Ermessen des obersten Kriegsherrn, die letzte Entscheidung sei nicht wegen der in den Blättern behaupteten außerpolitischen Ursachen erfolgt. Die Grundlagen der äußeren Politik der Monarchie beständen unverändert fort, der Versuch der Sozialdemokraten, aus diesem Anlaß ein Mitglied des Kaiserhauses in die Debatte zu ziehen, sei mit Nachdruck zurückzuweisen. Nachdem das Haus in den folgenden Tagen die Ausschußanträge über die Besserstellung der Staatsangestellten angenommen, die Steuervorlagen dem Finanzausschuß zugewiesen und die Berichte des Teuerungsausschusses erledigt hatte, ging es am 20. in die Weihnachtsferien.

Wie schon wiederholt angedeutet wurde, ist die parlamentarische Leistung nur bescheiden gewesen. Außer dem Budgetprovisorium und der Verlängerung der provisorischen Geschäftsordnung ist nichts definitiv entschieden worden, und die beiden formell erledigten Gegenstände sind auch bloß Provisorien. Bei den langwierigen Teuerungsdebatten ist nicht viel herausgekommen, nur Berichte und Resolutionen, also Anweisungen auf die Zukunft. Bei den Beamtenfragen wetteiferten die Abgeordneten an Freigebigkeit und Belastung des Staatssäckels, so daß schon Finanzminister Dr. Meyer ging und sein Nachfolger bremsen mußte. Fertig wurde auch hier nichts, und die Regierung wird einstweilen Teuerungszulagen geben müssen. Auch für die italienische Rechtsfakultät fehlt noch die Einigung über den Ort. Das Herrenhaus hat in 6 Sitzungen die ihm zuerst zugewiesenen und die vom Abgeordnetenhause erledigten Vorlagen durchberaten, wendete sich aber in den Berichten des Grafen Schönburg und des Frhrn. v. Plener scharf gegen die Provisorienwirtschaft des anderen Hauses, die nicht den Mut findet, der Schuldenwirtschaft und der Obstruktion ein Ende zu machen, sondern die Sanierung von Jahr zu Jahr verschiebt. Das Herrenhaus beendete seine Tagung am 22. Dezember.

Ministerpräsident Graf Stürgkh machte am 17. mit den Ministern v. Zaleski, Dr. v. Rößler

und Frhrn. v. Forster den ungarischen Ministerkollegen in Budapest einen Höflichkeitsbesuch ohne bestimmte formelle Verhandlungen. Graf Khuen gab den österreichischen Ministern im Nationalkasino ein Frühstück. — Am 10. verlobte sich die Erzherzogin Isabella, eine Tochter des Erzherzogs Friedrich, mit dem Prinzen Georg von Bayern, einem Sohne des Prinzen Leopold und Enkel des Kaisers Franz Josef. — Der Kaiser blieb wegen des Schnupfens und Hustenreizes, an denen er wieder seit zwei Monaten litt, während der Weichnachtsfeiertage in Schönbrunn, wohin die Erzherzogin Valerie mit ihren Kindern aus Wallsee kam. Ernstlich war das Unwohlsein des Kaisers keinesfalls, denn er erteilte Audienzen und nahm Vorträge entgegen.

Vorsession der Delegationen.

Am 28. Dezember traten in Wien die Delegationen zur Erledigung eines viermonatigen Budgetprovisoriums für den gemeinsamen Haushalt zusammen. Die Beratungsfrist war nur kurz bemessen, alle Redner mußten sich beschränken, aber in drei Tagen wurde tatsächlich mehr geleistet als oft sonst in mehreren Wochen. Im Viererausschuß der ungarischen Delegation gab Graf Aehrenthal das übliche Exposé über die auswärtige Lage, kurz und klar wie immer. Er begann mit dem italienisch-türkischen Kriege, in dem die Monarchie neutral bleibe, mit ihren Bestrebungen zur Beendigung des Krieges aber noch kein Resultat erzielt habe. Eine Gefahr für den Frieden auf dem Balkan sei kaum zu befürchten, da die italienische Regierung sich selbst für die Aufrechterhaltung des status quo erklärt hat, alle Mächte dafür sind und die Türkei bemüht ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Bei der Marokkofrage berührte er die Kriegsgefahr nicht. Während der Verhandlungen, die Deutschland mit Frankreich allein zu führen gewünscht habe, sei Österreich-Ungarn in der Lage gewesen, in Übereinstimmung mit seiner bisherigen Haltung, im Sinne eines friedlichen Abkommens zu wirken und sei durch den Abschluß mit aufrichtigster Genugtuung erfüllt worden. Er schloß mit einem Appell zur raschen Verabschiedung der Wehrvorlagen, die zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit der Monarchie dringend notwendig seien. Der Ausschuß nahm das Budgetprovisorium an mit einem Vertrauensvotum für den Minister des Äußern. Der Kriegsminister v. Auffenberg führte sich mit seiner Rede gut ein. Er wies auf die Mängel der Armee hin, es sei an ihrer Ausrüstung vieles zu ergänzen, und sie brauche Rekruten, um die Lücken ihrer Organisation auszufüllen. Die Kriegsgeschichte lehre die verhängnisvolle Wirkung einer vernachlässigten Rüstung, Österreich-Ungarn stehe mit 12—13·6% Militärausgaben hinter den Wehrausgaben der meisten Staaten weit zurück, die Beamten kosteten viel mehr als das Heer, und es sei ein leerer Wahn, daß man ohne ein starkes Heer günstige Handels- und Staatsverträge abschließen und überhaupt einen guten Platz an der Sonne haben könne. Das war nicht die Rede eines kriegslustigen Ministers, sondern die eines Mannes, der an Jahre der Sammlung und Vorbereitung denkt.

Die Reden der beiden Minister, die im Ausschuß der österreichischen Delegation wiederholt wurden, bildeten die Unterlage für die weiteren Debatten. Im Gegensatz zu gewissen Preßerörterungen der letzten Zeit bekannten sich Deutsche und Magyaren, Tschechen, Polen, Rumänen und Slowenen ohne Rückhalt für den Frieden und lehnten energisch jede aggressive Politik ab. Die ungarische Delegation erwärmte sich sehr für den Grafen Aehrenthal, beschloß sogar ein Vertrauensvotum für ihn, mäkelte dagegen in der bekannten silbenstecherischen Weise an den Ausführungen des Kriegsministers herum. In der österreichischen Delegation war es nahezu umgekehrt. Man behandelte den Minister des Äußern etwas kühl, aber selbst der Sozialdemokrat Dr. Ellenbogen sprach sich warm für seine Friedenspolitik aus; gegen das Budgetprovisorium sprachen nur der sozialdemokratische und der radikale Tscheche. Das Exposé des Kriegsministers fand dagegen, die Sozialdemokraten selbstverständlich ausgenommen, die vollste Zustimmung der österreichischen Delegation, als deren Ausdruck die Worte des Del. Dr. Lecher gelten können: „Die Zeiten der Verständnislosigkeit für die Notwendigkeiten der militärischen Machtpolitik sind definitiv vorüber.“ Wie immer auch die Parteien beider Delegationen über die jeweilige Politik des Grafen Aehrenthal denken mochten, in einem Punkte stimmten sie alle überein, daß sie die Friedenspolitik des Ministers billigen und sich durch die Meldungen über angebliche Gegenströmungen in gewissen höheren Kreisen nicht beirren lassen. Man hat dem Grafen Aehrenthal auch verdenken zu müssen geglaubt — auch in reichsdeutschen Blättern —, daß er des Bündnisses mit Deutschland nicht in besonderen Worten gedacht hat. Es entspricht nicht seiner Art, das Selbstverständliche besonders zu unterstreichen. Nach den gegenseitigen Besuchen von Kaisern, Thronfolgern, Prinzen und leitenden Militärpersonen im abgelaufenen Jahre konnte es doch wohl genügen, daß in der kurzen Session der Kriegsminister mit Feuer des treuen „Verbündeten in schimmernder Wehr“ gedachte. Das Selbstverständliche braucht nicht Allgemeinplatz zu werden, und es zeugte von einiger Überempfindlichkeit, wenn über die Äußerung des Ministers des Äußern geurteilt wurde, sie sei „korrekt, aber nicht mehr“ gewesen. Aus der Mitte der Delegationen selbst erklangen sehr warme Äußerungen über das Bündnis mit Deutschland und für den Dreibund, selbst Herr Kramarsch war nicht mehr dagegen. Das Bedeutendste war unstreitig die Rede des Del. Dr. v. Grabmayer, der, Italien vollkommen gerecht werdend, betonte: „Gewiß, wir halten an unseren Bündnissen fest, wir sind unseren Bündnissen treu, aber wir erwarten auch Treue um Treue.“

Länder, Nationen und Parteien.

Die Verhältnisse im Lager der deutschen Parteien bieten noch immer kein sehr erfreuliches Bild. Eine feste Organisation der sogenannten deutsch-

freiheitlichen Parteien ist noch immer nicht erreicht worden, bei jeder Gelegenheit ist die überdeutsche Richtung der Radikalen geneigt, die für parlamentarische Zwecke mühsam zusammengeleimte Nationalpartei wieder zu sprengen, und seitdem nach Luegers Tode der Kampf um Wien von neuem entbrannt ist, kann von einem Zusammenarbeiten mit den Christlichsozialen kaum noch gesprochen werden. Bei der Aufteilung der Mandate gelegentlich der Wahlreform war ein deutsch-romanischer Block in Aussicht genommen; Deutsche und Italiener sollten nämlich so viele Mandate erhalten, daß nicht von vornherein eine slawische Mehrheit gegeben war. Schon durch den Verlust vieler deutscher Mandate an die Sozialdemokratie wurde die Grundlage geschmälert, das Verhalten der radikalen Deutschen in der italienischen Fakultätsfrage droht nun auch noch die Italiener zu ausgesprochenen Gegnern der Deutschen zu machen. Mit der Rechtsfakultät wird doch den Italienern nichts geschenkt, sondern sie bekommen bloß wieder, was sie schon besaßen. Seit sich die Wählerschaft immer mehr nach wirtschaftlichen Interessen gruppiert, genügen die ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten gebildeten deutschen Parteien dem Bedürfnis nur noch unvollkommen, was der Einheit nicht förderlich ist, wenn auch vorderhand dem Volkstum noch kein Nachteil daraus erwachsen ist. Kräftigend wirkt nach wie vor die deutsche nationale Kleinarbeit, die im Deutschen Schulverein, in der Nordmark, in der Südmark, im Deutschen Böhmerwaldbund 2c. ihre gesunde Stütze hat und das Deutschtum mehr fördert als seine zerfahrene parlamentarische Vertretung.

Nach dem Tode Dr. Luegers waren allerhand selbstsüchtige Bestrebungen in der christlichsozialen Partei zum Durchbruch gekommen, und das Geschäftemachen, das er mit seiner überragenden Persönlichkeit von der Partei ferngehalten hatte, machte sich breit. Damit war aber die Grundlage, auf der die Partei die frühere, geschäftemachende liberale Herrschaft überwunden hatte, verlassen worden. Lueger wußte ferner ganz genau, warum er sich weigerte, Minister zu werden, und nur in seinem durch Krankheit geschwächten Zustand hatte er schließlich geduldet, daß Geßmanns Eitelkeit dem Exzellenzfrack nicht widerstehen konnte. Dr. Weiskirchner sollte sein Nachfolger werden, aber auch er unterlag der Verlockung. Beide sind dadurch der Partei verloren gegangen, Geßmann unter unrühmlichen Umständen. Die früheren Anhänger der Partei sind an ihren Führern irre und lau geworden, Eifersüchteleien von Männern, die an Lueger nicht hinanreichen, tun das übrige, liberale und klerikale Kreise suchen die führerlos gewordene Masse mit nicht gerade einwandfreien Mitteln zu spalten und an sich zu locken. Den Haupterfolg dürfte der neubegründete Katholische Volksbund erzielen, hinter dem der Erzbischof Dr. Nagl steht. Bald dürften diejenigen Leute, die in törichter Verblendung nicht genug auf den „Klerikalismus" Luegers schelten konnten, auch einsehen, daß ihm eine gute Dosis von bürgerlichem Liberalismus eigen war, wie hier stets behauptet wurde. Liberal und antiklerikal ist eben nicht ein und dasselbe. Wenn Wien deutsch bleiben will, darf es weder schwarz noch rot werden. Die jetzt um Wien ringenden Strömungen, die klerikale sowohl wie die mit der Sozialdemokratie verbundene liberale, sind beide der deutschen Nationalität abgeneigt, beide sind international. Unter dem Regime des neuen Erzbischofs sind bereits in zehn Wiener Kirchen tschechische Predigten mit „tschechischem Volksgesang" angesagt worden, der unter Luegers Verwaltung erzielte Rückgang der Tschechen in Wien dürfte bald wieder eingeholt werden, um so mehr als der Liberalismus die tschechischen Sozialdemokraten bei der Niederkämpfung der deutschen Christlichsozialen nicht entbehren kann. Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung" hat auch schon die vom Wiener Bürgermeister verfügte Schließung der tschechischen Komenskyschule als „Schikane gegen die Tschechen" bezeichnet.

Während die an sich deutsche Wiener Zentralleitung der Sozialdemokratie den internationalen Charakter der Partei aufrechtzuerhalten sucht, haben sich die tschechischen Sozialdemokraten schon seit Jahren nicht mehr daran gekehrt. Der separatistische Flügel der tschechischen Sozialdemokratie errang nun bei den letzten Reichsratswahlen so entschiedene Erfolge, daß der Parteitag in Innsbruck anfangs November sich wehleidig mit der Tatsache abfinden mußte. Es gibt nun im Abgeordnetenhause nicht weniger als drei sozialdemokratische Gruppen: die deutsch-internationale, die polnische und die tschechische, von denen die beiden ersteren in guter Verbindung miteinander stehen, während die dritte lediglich die Reihen der Tschechen verstärkt. Auch ein Teil der ruthenischen Sozialdemokraten hat sich bereits national abgetrennt.

Die Verhandlungen zur Flottmachung des böhmischen Landtags waren wohl nach Neujahr fortgesetzt worden, hatten aber zu nichts geführt. Die Regierung ließ dem Landesausschusse die staatlichen Überweisungen zum ausschließlichen Zwecke der Dotierung der Schulbezirke zugehen. Als Fürst Thun im September den Ausgleich von neuem in die Hand nahm, erreichte er, wie schon mitgeteilt wurde, die Permanenzerklärung der Ausgleichskommission. Im Lande wurde unter dem Stichwort agitiert: Ohne böhmischen und mährischen Landtag kein Reichsrat. Zunächst trat der Landtag am 20. September zu einer kurzen Sitzung zusammen. Nach unendlichen Schwierigkeiten, da die Tschechen immer neue Forderungen vorbrachten, wurde mit Hilfe unausgesetzter Vermittlung des Statthalters schließlich die vereinbarte Tagesordnung: die Permanenzerklärung der nationalpolitischen Kommission, der Schulkommission und der Finanzkommission erledigt, außerdem die Überweisung des Notstandsantrages an den Landesausschuß beschlossen und der Landtag am 3. Oktober vertagt. Die nationalpolitische Kommission konnte sich erst nach langen Beratungen über ein Arbeitsprogramm einigen, beschloß aber u. a. die Ablehnung des allgemeinen Wahlrechtes für den Landtag. An eine Wiederberufung des Landtags im laufenden Jahre war nicht zu denken. Das Defizit und die Schulden des Landes haben infolge der Wirtschaft der tschechischen Mehrheit und der

Wirren der letzten Jahre erheblich zugenommen. Die Schulden sind seit 1907 von 108 auf 139·5, dazu 38 Millionen schwebend, gestiegen, das Defizit betrug 22 Millionen. Als sonstige Landesereignisse können noch summarisch erwähnt werden die üblichen Sprachenkonflikte, deutschfeindliche Maßregeln der Prager Stadtverwaltung, Mißhandlung und Beleidigung reichsdeutscher Luftschiffer im tschechischen Kulturgebiet und dergleichen mehr.

In Mähren hat sich Landeshauptmann Graf Serenyi bemüht, einen permanenten nationalen Ausgleichsausschuß zu schaffen. Gegen die immer eifriger betriebene Agitation für eine tschechische Universität in Brünn erheben die Deutschen nachdrücklichen Einspruch. In Schlesien liegen sich die „Brudernationen" der Polen und Tschechen weiter in den Haaren und suchen einander besonders die Schulen abzutreiben. Gegen die Deutschen halten sie aber zusammen. Durch die tschechischen Grubenbeamten sind die Tschechen im Kohlenrevier vielfach im Vorteil und schikanieren auch die deutschfreundlichen, polnisch sprechenden Schlesier. Der Deutsche Schulverein nimmt die Förderung des Schulwesens nach Kräften wahr und der Schutzverein „Nordmark" hat die Besiedlungstätigkeit in sein Arbeitsprogramm aufgenommen. Der polnische Schulverein befindet sich allem gegenüber in einer bedrängten Lage. Wahrscheinlich infolge der Zerfahrenheit im Polenklub ist auch die allpolnische Agitation in Schlesien weniger aufdringlich gewesen wie früher, dafür greift sie den Kardinal Dr. Kopp heftig an und fordert den Anschluß Ostschlesiens an das Erzbistum Krakau.

Ähnlich wie die Ostschlesier in ihrer Mehrheit von Galizien nichts wissen wollen, benehmen sich auch die Südtiroler, die sich gegen die Irredenta und die von den „Signori" in Trient betriebene Selbständigkeit des „Trentino" — damit nach der Vernichtung der Deutschen in einem Weltkrieg Welschtirol leichter an Italien falle — auflehnen. Sie wollen Tiroler bleiben, und dem „Tiroler Volksbund" gehören aus diesem Grunde nicht bloß Deutschtiroler, sondern auch Italiener und Ladiner an. Besonders die Landleute wollen Tiroler sein, keine „Trentiner" und noch weniger Irredentisten, sie wünschen sogar deutsche Schulen, die ihnen nützlicher sind als italienische. Darüber herrscht natürlich heftiger Zorn bei den Signori, und jetzt ist ihnen durch den neuen Erzbischof Dr. Endrizzi eine Unterstützung geworden. Die welschtiroler Geistlichkeit nahm früher meist eine neutrale Haltung ein, neuerdings geht der klerikale „Trentino" mit den Trientiner Irredentisten, wenn es gilt, den Volksbund und alles Tirolische zu bekämpfen, und selbst der Salzburger Fürstbischof Kardinal Katschthaler hat seine Geistlichen vor dem Tiroler Volksbund gewarnt. Am 20. November fanden in Bozen gegen den Erzbischof Dr. Endrizzi große Demonstrationen statt, weil er für die Hinterbliebenen der in Tripolis gefallenen Italiener 5000 Kronen gespendet hatte. Gefahren für die Tiroler Bewegung dürften aus der Haltung des Erzbischofs kaum erwachsen, eher für die kirchliche Gesinnung der Landbevölkerung. Ein Teil der welschtiroler Geistlichkeit weigert sich, den politischen Weisungen des Erzbischofs zu folgen.

Galizien ist das Paradies des Polentums und „Polen ist noch nicht verloren", jedenfalls nicht für die zahlreichen Agitatoren, die das predigen und davon leben. Dabei ist Galizien noch immer eines der zurückgebliebensten Länder der Monarchie, in denen die Mehrzahl nicht lesen und schreiben kann, die Auswanderung in Blüte steht, aber die Landwirtschaft noch in der primitivsten Betriebsart steckt, wo Straßen, Wege und Eisenbahnen, soweit sie nicht das Reich erbaut hat und erhält, fehlen oder höchst mangelhaft sind, und wo die Korruption der oberen und die Aussaugung der unteren Klassen Verwaltungsregel ist. Wenn man damit die Zustände in Posen und Westpreußen vergleicht, versteht man nicht, woher die Agitatoren in Krakau die Stirn nehmen, überhaupt über die dortigen Verhältnisse Klage erheben zu wollen, aber man begreift, wie wahr das uralte Sprichwort „polnische Wirtschaft" ist. Auch ihre politische Wirtschaft gedeiht nicht. Wenn nicht große nationale Feiern einen alles mit sich reißenden Rausch erzeugen, fressen sich die Agitatoren nach historischem polnischen Brauche untereinander auf. Am 3. Mai wurde wieder die Feier der Konstitution vom 3. Mai 1791 begangen, und „Glos ludu" versicherte, der Tag sei nicht bloß ein feierliches Gedenkfest gewesen, sondern auch „die Morgenröte unserer zukünftigen Wiedergeburt". Na also, immer dasselbe! Kardinal Puzyna hatte freilich der Geistlichkeit die Beteiligung verboten, dagegen zelebrierte in Lemberg Bischof Bandurski die Messe an dem rotweiß beleuchteten Hochaltar, und dann sang man die Volkshymne — selbstverständlich die polnische, nicht „Gott erhalte". Die hochgeschraubte Stimmung hielt nicht lange vor. Schon nach Neujahr hatten die streitenden Parteien, weil keine wollte leiden, daß die andere den Führer stellte und man den bedenklichen Stapinski überhaupt nicht mochte, den gemäßigten Dr. Lazarski zum Obmann des Polenklubs gewählt. Nach dem Wahlumschwung wurde Dr. v. Bilinski sein Nachfolger, aber gegen Ende des Jahres forderte ihn eine von Dr. Glombinski — der ja auch einmal Obmann gewesen war — geleitete, nationaldemokratische Versammlung in Lemberg auf, nicht österreichische, sondern polnische Politik zu treiben. Bilinski bot darauf seinen Rücktritt an, im Polenklub richteten die Allpolen heftige Angriffe gegen ihn, und die Mehrheit für ihn war nicht groß. Bilinski hatte auch, gern oder ungern, den zum erstenmal gewählten Abg. Dlugosch zum Landsmannminister vorschlagen müssen, einen rasch reich gewordenen Petroleumspekulanten, der aber den Vorzug besaß, dem noch immer einflußreichen Stapinski in seiner Geldklemme beigesprungen zu sein.

Das Deutschtum wird natürlich tunlichst bedrückt. In Krakau hatten die Jesuiten nach jeden Sonntag deutsche Predigt und deutsche Messe gehalten. Das wurde unterdrückt und nun hält nur noch die Militärgeistlichkeit deutschen Gottesdienst für die Offiziere. Den in Lemberg lebenden Reichsdeutschen wurde die Feier des Geburtstages Kaiser

Wilhelms unmöglich gemacht. Die deutsche evangelische Schule in Lemberg, für die kein Pole einen Pfennig gibt, sollte gezwungen werden, einen polnischen Direktor anzustellen. Die Schulen in den deutschen katholischen Kolonien waren bereits bis auf 13 polonisiert worden, die Geistlichen sind durchweg Polen. Die evangelischen deutschen Schulen erhalten sich, weil die Gemeinden deutsche Geistliche haben. Erst der „Bund der christlichen Deutschen in Galizien" und der Deutsche Schulverein haben wieder Schulen in deutschen katholischen Gemeinden begründet. Gegen die allgemeine Entrechtung hatten 1909 die deutschen Katholiken in Galizien einen Massenprotest an den deutschen Katholikentag in Köln gerichtet, das Lemberger Erzbistum ließ aber alle Klagen als unbegründet erklären. In Galizien hat nur der Pole recht. Trotz aller Ungerechtigkeiten geht aber das Deutschtum, seit 1907 die deutsche Schutzarbeit begonnen hat, wieder vorwärts und fordert neben seinen Bildungsbedürfnissen durch Raiffeisenkassen, ländliche Genossenschaften ꝛc. auch seine wirtschaftliche Stellung.

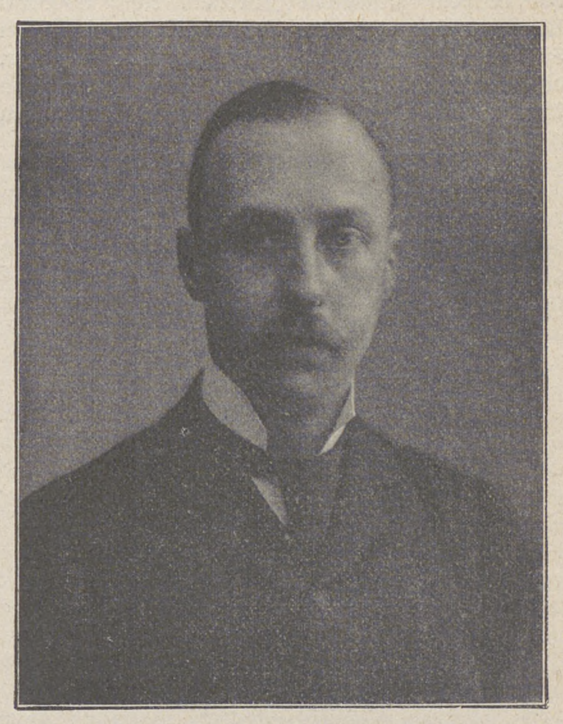
Schlechter noch als die Deutschen werden im allgemeinen die Ruthenen behandelt, die dafür mit bitterem Haß vergelten. Auf Anregung der Wiener Regierung wurden im Herbst Ausgleichsversuche zwischen beiden Nationen eingeleitet. Die Ruthenen stellten zehn Forderungen auf. Die Verhandlungen dürften kaum aussichtsvoller verlaufen, wie die der Deutschen und Tschechen. Der ruthenische Student Siczynski, der im April 1908 den Statthalter Grafen Potocki ermordet hatte und nach seiner Verurteilung zum Tode zu 20jährigem Kerker begnadigt worden war, entfloh am 10. November mit Hilfe bestochener Wärter aus dem Gefängnis in Stanislau. Galizien zählt unter seinen 8 Millionen Einwohnern über 10% Juden, von denen wieder über ein Fünftel vom Schankgewerbe leben. Durch das neue Schankgesetz ist eine erhebliche Einschränkung der Branntweinschenken eingetreten, was am 14. Februar eine Massendemonstration der dadurch benachteiligten galizischen Schenker beim Handelsministerium, dem Parlament, der kaiserlichen Kabinettskanzlei und dem Polenklub in Wien zur Folge hatte. Bei dem Einfluß der jüdischen Bevölkerung in den Stadtgemeinden ist ihre Stimmung nicht zu unterschätzen, und die zionistischen Juden lehnen sich in politischen Fragen schon meistens an die Ruthenen an. Im Dezember fanden zahlreiche Verhaftungen statt, weil man einer verbreiteten russischen Spionage in Galizien auf die Spur gekommen war. Vieles von den darüber verbreiteten Nachrichten war unstreitig übertrieben und stand unter dem Einflusse der Erbitterung, die die Abtrennung des Cholmer Landes von Kongreßpolen durch Rußland hervorgerufen hatte. Die Lemberger Studenten versuchten deswegen auch am 10. Dezember das russische Konsulat zu demolieren, so daß die Polizei mit blanker Waffe einschreiten mußte. Auch die Krakauer Studentenschaft hatte in diesem Jahre ihre „Revolution". Die „freiheitlichen" Studenten demonstrierten am 30. Januar gegen den ultramontan-antisemitischen Professor Dr. Zimmermann, einen aus Posen stammenden enragierten Polen. Die Universitätsbehörde schritt ein, was den Streik der „Freiheitlichen", Zusammenstöße zwischen ihnen und den ultramontanen Studenten und Demolierungen im Universitätsgebäude zur Folge hatte. Militär mußte einschreiten und der Unterrichtsminister schloß die Universität für das Wintersemester.

Ungarn.

Ungarn hat ein parlamentarisch vollkommen ergebnisloses Jahr hinter sich, die Hoffnungen, daß es dem Grafen Khuen-Hedervary gelingen werde, mit der von ihm in den letzten Wahlen neugeschaffenen Mehrheit der Obstruktion Herr zu werden, haben sich nicht erfüllt. Es wird dem Draußenstehenden schier unverständlich erscheinen, wieso das möglich war, nachdem die Wähler so deutlich gesprochen hatten. Die Ursache liegt aber gar nicht am Volke, sondern an den Führern ohne Unterschied der Parteien. Es ist schon in früheren Jahrgängen darauf hingewiesen worden, daß die gesamte ungarische Politik die Praktik einer gewissen Clique geworden ist, die früher aus dem höheren und niederen Adel allein bestand, in den letzten Jahrzehnten aber um zahlreiche Mitglieder aus studierten und Finanzkreisen vermehrt worden ist. Diese Clique hat das alleinige Ziel im Auge, ihre politische Herrschaft im Lande zu erhalten, wobei sowohl das politische Ideal der Grafenpartei, verschiedene nationale Eitelkeiten und auch die Ansprüche der zahlreichen Kleinen, die von der Politik leben, auf ihre Rechnung kommen. Diese herrschende Schicht, die sich in verschiedene Parteien spaltet, fürchtet nichts mehr als das allgemeine Wahlrecht, das ihrem Glanze sofort ein Ende machen würde und unter dem Ministerium Fejervary in eine bedrohliche Nähe gerückt war. Darum erfolgte die plötzliche Komödie mit dem Ministerium Wekerle, das richtig vier Jahre hinzuschleppen verstand, ohne die übernommene Verpflichtung auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes um einen Schritt vorwärts zu bringen, bis dem Kaiser die Geduld riß. Nun kam das Kabinett Khuen-Hedervary, dem noch die Aufgabe zufiel, auch die brennend gewordene Wehrvorlage durchzubringen. Die Wahlen hatten eine überwältigende Mehrheit dafür ergeben, aber sie ist in einem Jahre nicht vom Platze gerückt, weil nach ihr an das allgemeine Wahlrecht hätte herangegangen werden müssen, und das wird nie geschehen, solange die jetzige politisch herrschende Schicht das Heft in der Hand behält. Hier liegt der Schlüssel für das Rätsel, warum nach einem Wahlumschwung ohnegleichen sich an die unfruchtbaren Jahre des Ministeriums Wekerle ein neues unter dem Grafen Khuen anschließen mußte. Wie weit der Graf selbst dabei Schieber oder Geschobener ist, läßt sich ohne genaue Kenntnis des persönlichen Intrigenspiels von außen nicht durchblicken, aber er gehört als Mitglied der ehemaligen liberalen Partei der herrschenden Clique an, ist seit Jahrzehnten mit ihr durch die verschiedensten Fäden verknüpft und ist jedenfalls nicht der militärtreue Fejervary.

Mit der Wehrreform war das Kabinett in den Wahlkampf gegangen und hatte glänzend gesiegt. Auch die Verhandlungen mit dem gemeinsamen Ministerium und der österreichischen Regierung waren nach großen Schwierigkeiten wegen der von Ungarn geforderten nationalen Zugeständnisse zu einem Ergebnis gekommen, wenn es auch die um den Generalstab gruppierten militärischen und dahinter stehenden Hofkreise wenig befriedigte. Aber das hätte gerade für die Magyaren ein Grund sein müssen, die Sache möglichst rasch durchzuführen, und das wäre gewiß auch geschehen, wenn nicht dann unmittelbar darauf das allgemeine Wahlrecht hätte in Angriff genommen werden müssen. Die politischen Drahtzieher in allen Parteien waren darum eifrig darauf bedacht, daß unter dem Scheine parlamentarischer Geschäftigkeit nichts geschehe. Daß die Opposition zur gewohnten Obstruktion griff, war unauffällig, kam aber allen gelegen. Statt sie unter dem frischen Zuge der Wahlbewegung niederzuringen, griff Graf Khuen, ob auf eigenen Entschluß oder übel beraten, zu dem Mittel, sie parlamentarisch auszuhungern. Ein größeres Glück konnte den geheimen Führern gar nicht passieren, das war ungefähr, was sie brauchen konnten. Die Technik der Obstruktion verstand man meisterhaft, ebenso durch gelegentliches scheinbares Einlenken den Anläufen zum energischen Kampfe gegen sie die Spitze abzubrechen, hiedurch die Kraft der Regierung zu lähmen, die Stimmung der Bevölkerung einzuschläfern und in ihr nach und nach gewisse, infolge der Mißwirtschaft der Koalitionsregierung abgeschüttelte nationale Begehrlichkeiten wieder zu erwecken. Nur klug mußte man sein, um nicht wieder einen Konflikt mit der Krone hervorzurufen, denn dann wäre das allgemeine Wahlrecht sicher gekommen. Ob bei dieser Taktik noch ein paar Ministerien verbraucht werden würden, war ganz ohne Belang, denn es war ja dabei ganz gleichgültig, wer von ihren Leuten im Ministerium sitzen würde, und die anderen wollten ja auch einmal heran. Wenn man unter diesen Richtlinien das parlamentarische Jahr überblickt, wird es in seinem verteilten Rollenspiel erst recht verständlich.

Nach dieser übersichtlichen Erläuterung ist der Verlauf des politischen Jahres bald erzählt. Nach einer umfangreichen Teuerungsdebatte wurde der serbische Handelsvertrag an- und dann der erste Verschleppungsstoff, die Bankvorlage, in Angriff genommen. Die Sachlage war längst klar, die Behauptung der jetzt vereinigten Kossuth- und Justhpartei, mit ihrer Obstruktion das Ministerium stürzen zu wollen, war im gegenwärtigen Zeitpunkt einfach lächerlich, trotzdem wurde die Debatte mit den üblichen Zwischenfällen bis zum 8. März hingezogen. Dann erst konnte die Budgetberatung begonnen werden, die ihrer Natur nach der Einstreuung aller möglichen Gegenstände Vorschub leistet. Die inzwischen eingebrachte Heeresvorlage machte zwar einen günstigen Eindruck, aber man arbeitete nur auf die Verschiebung der Beratung hin, und die Regierung hatte nichts dagegen, da auch in Österreich die Beratung noch im weiten Felde stand, wollte aber vor der Erledigung keine Parlamentsferien geben, verlängerte auch die tägliche Sitzungsdauer, und um die Beschlußfähigkeit des Hauses sicherzustellen, teilte sich die Regierungspartei in zwei Hälften, die während der Sommerhitze anwesend sein mußten. Am 4. Juli hatte das Abgeordnetenhaus das Budget endlich angenommen, und nach einer Woche Ferien begann die Debatte über die Wehrreformvorlage, die im Ausschuß ohne Obstruktion angenommen worden war. Die Opposition ließ drohen, sie würde der Wehrreform zustimmen, wenn


Ludwig von Navay, Präsident des ungar. Abgeordnetenhauses.

dann sofort die Wahlreform beraten würde, und unter diesem Schutzschirm konnte sie ganz ungehindert obstruieren, wobei es zu verschiedenen lärmenden Zusammenstößen kam. Die Obstruktion zog sich monatelang hin, vergeblich erklärten sich die meisten Komitatsversammlungen dagegen, Vermittlungsversuche, bei denen sich namentlich der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Berzeviczy bemühte, um der Regierungspartei aus ihrer geradezu lächerlichen Lage herauszuhelfen, blieben erfolglos, Graf Khuen wagte nicht, mit ernsten Mitteln vorzugehen, und Berzeviczy legte am 3. November sein Amt nieder. Um die Wahl Tiszas zum Präsidenten zu hintertreiben, vermittelte Graf Andrassy am 8. ein Kompromiß zwischen den Parteien, nach dem von nun an vier Tage in der Woche auf die glatte Erledigung des Budgets und zwei auf die Wehrvorlage verwendet werden sollten. Navay wurde zum Präsidenten gewählt. Die Budgetberatung schritt rasch vorwärts, am 15. November wurde dabei auch die feurige Empfehlung der Heeresvorlage durch den Honvedminister FML. v. Hazai mit lautem Eljen aufgenommen, der Rücktritt des Generalstabschefs Frhrn. Conrad v. Hötzendorf wurde mit Vergnügen begrüßt, aber die Wehrvorlage rückte

nicht vom Fleck bis zu den Weihnachtsferien. Zur teilweisen Entschuldigung der Energielosigkeit des Grafen Khuen mag angeführt werden, daß er in der letzten Zeit schwer augenleidend war.

Die letzte Volkszählung hat für Ungarn eine Einwohnerzahl von 20,840.676, mit der Zunahme um 1,586.119 (8·2%) im letzten Jahrzehnt, ergeben. Außer Budapest mit 881.601, hat nur Szegedin (102.991) mehr als 100.000 Einwohner, 12 weitere Städte zählen über 50.000. Die Auswanderung hat in dem genannten Zeitraum rund 850.000 Menschen betragen, die Lebendgeburten sind von 37·7 auf 35·6 für 1000 Seelen gesunken. — Wenn die Bevölkerung zu mehr als einem Drittel aus Analphabeten besteht, so liegt das wesentlich am



FZM. Oskar Potiorek, der neue Chef der Landesregierung für Bosnien.

Mangel an Lehrern, weil diese überbürdet sind und elend bezahlt werden. Dafür hat die politisierende Clique niemals Zeit und Geld. Dagegen erhält das Land noch zwei neue Universitäten in Preßburg und Debreczin mit je drei Fakultäten. Das Volk braucht nichts zu lernen, aber die politisierenden Klassen müssen das Studium leicht haben. Übrigens hat der Unterrichtsminister verfügt, daß in den Lehrerbildungsanstalten als einzige Fremdsprache Deutsch obligatorisch gelehrt werden soll. Vor zehn Jahren wäre das noch nicht denkbar gewesen, aber das Bedürfnis treibt dazu. Die Deutschen rühren sich auch allenthalben gegen die bisherige Magyarisierungspolitik und schließen sich enger zusammen. Bei dem ziffermäßigen Rückgang des echten Magyarentums scheinen die Leiter einzusehen, daß sie guttun, wenn sie sich mit den ihnen nicht grundsätzlich stammesfeindlichen Mitbewohnern des Landes besser stellen. Daraus erklärt sich die minder schroffe Stellung des Magyarentums gegen die Deutschen, auch mit den Rumänen hat man wieder Fühlung wegen einer Verständigung genommen. Mit den Slowaken, Serben und Kroaten steht es dagegen anders, und seitdem die letzteren nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina ernstlicher an die Loslösung von Ungarn denken, werden sie einfach vergewaltigt. Seit dem Magyarisierungsversuch der kroatischen Eisenbahnen ist es bekanntlich zum Bruch gekommen und das Jahr 1910 hatte dreimal einen Banuswechsel gebracht. Als am 23. Januar der Landtag wieder zusammentrat, ging sofort der alte Lärm wieder los. Da keine Regierungsmehrheit zu stande gebracht werden konnte, mußte der Landtag vertagt werden, da er selbst das Budget verweigerte. Alle Versuche, die Opposition zu gewinnen, mißlangen, da die serbisch-kroatische Koalition die Demission des Banus Dr. v. Tomasitsch erzwingen wollte. Der Banus gab Ende Oktober wohl seine Demission, aber Graf Khuen-Hedervary nahm sie nicht an, sondern löste anfangs November den Landtag auf. Die Neuwahlen in der zweiten Hälfte des Dezember brachten aber nur eine geringe Verschiebung zu Gunsten der Regierung.

Bosnien und Herzegowina.

Die durch die Umstände gebotene Verleihung der Verfassung hat für das ehemalige Okkupationsgebiet den erhofften Segen nicht gebracht, da die Bevölkerung für die Selbstverwaltung noch nicht reif ist. Nach der fruchtlosen Herbstsitzung des Landtags im Vorjahre war nach Neujahr eine Einigung über das Arbeitsprogramm zu stande gekommen, und der Landtag trat am 23. Januar zusammen. Schwierigkeiten bot die schon in früheren Jahrgängen besprochene Vorlage über die fakultative Kmetenablösung, es kam am 18. März sogar zu einer Rauferei zwischen Kroaten und Serben im Sitzungssaale, doch konnte die Vorlage am 5. April in dritter Lesung angenommen werden. Anfangs Mai trat der Chef der Landesverwaltung General Varesanin v. Vares zurück und wurde durch den Armeeinspektor FZM. Potiorek ersetzt. Die Auswanderung von Türken, aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen, hat auch in diesem Jahre nicht aufgehört, sie gehen nach Kleinasien. Gesellschaften kaufen ihre Güter auf und parzellieren sie an Kolonisten. Der Landerwerb ist dadurch nicht billiger geworden, doch kann man immer noch mit wenigen Tausend Kronen ein wohlhabender Grundbesitzer werden. In den letzten Jahren sind auch mehrere polnische und ruthenische Ansiedlungsdörfer entstanden. Die Entwicklung des Landes schreitet in wirtschaftlicher Beziehung nach jeder Richtung günstig fort. In politischer Beziehung läßt sich nicht gleiches behaupten. Der Landtag wurde am 3. Oktober vom Landeschef FZM. Potiorek im Auftrag des Kaisers mit einer Thronrede eröffnet, das Budget zeugte in Einnahme und Ausgabe von dem beträchtlichen Fortschritt des Landes. Es soll auch zur Entwicklung des Bahnnetzes eine Anleihe von 80 Millionen aufgenommen werden, um die schmalspurigen Bahnen auf das Normalgeleise zu bringen und den Anschluß über Banjaluka an die österreichischen und über Dolnje Tuzla eine neue Verbindung nach Budapest zu erreichen, sowie durch die Strecke Bihac—Novi die Verbindung mit Spalato zu eröffnen. Im Landtag war aber an keine Arbeitsmehrheit zu denken. Die Serben waren schon im Frühjahr in Opposition getreten, die Vereinigung der Mohammedaner und Kroaten zu einer Mehrheit kam nicht

zu stande, da der serbenfreundliche Teil der Mohammedaner nicht dafür zu gewinnen war. Die Serbengruppe verließ den Landtag und machte ihn beschlußunfähig. Ein Verständigungsversuch hatte nur einen Scheinerfolg, schon anfangs November kam es zu neuem Streit. Die Abgeordneten benahmen sich überhaupt in Überschätzung ihrer neuen Würde sehr ungebärdig. Als sie am 18. Dezember gegen eine Disziplinarmaßregel des Präsidenten Szola demonstrierten, wurde der Landtag heimgeschickt, bevor er noch das Budget erledigt hatte, da dafür keine Aussicht vorhanden war.

Heer und Flotte.

Über der sonst in jeder Beziehung hervorragenden österreichisch-ungarischen Armee schwebt noch immer das unter Umständen sehr nachteilig wirkende Verhängnis, daß die trostlosen parlamentarischen Zustände in beiden Reichsteilen die Umgestaltung zu einer modernen, auf die zweijährige Dienstzeit gegründeten Organisation abermals um ein Jahr verschleppt haben. Was unter diesen Hemmnissen aber geleistet werden konnte, damit die Armee nicht „verdorre", das ist unter der weitblickenden Umsicht des Kaisers und der unermüdlichen Energie des Thronfolgers durch unzweifelhaft hochbefähigte Truppenführer im vollsten Maße geschehen. Der Wechsel in den Stellungen des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes, in beiden Fällen nicht ohne politischen Beigeschmack, ist bereits erwähnt worden; G. d. J. Conrad v. Hötzendorf wurde zum Armeeinspektor ernannt. Von Organisationsveränderungen konnte unter den obwaltenden Umständen nicht viel die Rede sein. Bei der Infanterie- und Jägertruppe wurden Stabsoffiziere für das Waffen- und Schießwesen systemisiert, bei den Jägerbataillonen wurden die vierten Kompagnien in Radfahrerkompagnien umgewandelt mit einem Maschinengewehrzug. Zur Erhöhung der Wirkung des Infanteriefeuers wurde ein 28 Millimeter langes Spitzgeschoß (wie in Deutschland und Frankreich) eingeführt, mit dem durch ein verbessertes Scheibchenpulver die hohe Mündungsgeschwindigkeit von 900 Metern erreicht wird; die bedeutende Erhöhung der Anfangsgeschwindigkeit bedingt eine Änderung der Visiereinrichtung. In Lemberg wurde ein drittes Landwehrkavallerie-Brigadekommando errichtet; für die Kavallerie ist ein am Karabinerlauf befestigtes Klappbajonett für das Fußgefecht eingeführt worden. Für die Artillerie gelangte ein 8 Zentimeter-Gebirgsgeschütz mit Rohrrücklauf zur Annahme. Es wurde ein neues (3.) Gebirgsartillerie-Brigadekommando errichtet und die dalmatinische Abteilung des 6. Feldartillerieregiments als ein neues Regiment formiert. Mit 1. April ist eine Neuorganisation der schweren Feldartillerie erfolgt, indem die nur en cadre formierten Divisionen bei vier Armeekorps auf zwei Batterien erweitert und für weitere fünf Armeekorps gleiche Divisionen neu aufgestellt wurden. Der Luftfahrdienst wurde einer Luftschifferabteilung und Festungsballonabteilungen übertragen, in Pola eine Fliegerstation errichtet und in Görz wird ein Militärflugplatz angelegt. Die österreichische Flugwoche in Wiener-Neustadt anfangs Oktober wies anderen Ländern ebenbürtige Leistungen auf.

Ende August und anfangs September wurden die üblichen Manöver abgehalten, die den Schluß der kriegsmäßigen Ausbildung bilden. Unter anderem fanden an der dalmatinischen Küste unter Leitung des Thronfolgers gemeinsame Übungen von Landtruppen und Flotte statt, im Drautale im großen Stile durchgeführte Aufklärungsübungen der Kavallerie, bei Krems ein Festungsmanöver der technischen Truppen. Die großen Armeemanöver hatten ihren Schauplatz an der ungarisch-galizischen Grenze, es nahmen vier Armeekorps (6., 10., 11. und ein kombiniertes) teil, die beiden Armeen standen unter dem Befehl des Erzherzogs Friedrich und des G. d. J. v. Frank, die Oberleitung hatte der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand. Das Manövergelände bot Gelegenheit zur Entfaltung von Truppenmassen aller Gattungen, die Durchführung fand die volle Anerkennung des Erzherzog-Thronfolgers, die er in einem „sofort zu publizierenden" Armeebefehl allen Generalen, Offizieren und Soldaten aussprach.

Die Flotte steht unter einem günstigeren Stern, sie entwickelt sich rasch und erfreut sich allgemeiner Gunst, rastlos arbeitet an ihrer Ausbildung der Thronfolger, für sie betreibt der österreichische Flottenverein eine rührige Propaganda. In der Flottenparade vor dem Kaiser Wilhelm am 28. März konnte Erzherzog Franz Ferdinand ein aus 47 Einheiten bestehendes Geschwader vorführen. Es besteht kein Zweifel, daß Österreich-Ungarn sich seiner Aufgabe als Seemacht voll bewußt geworden ist und sie auch selbst über das bis jetzt aufgestellte Programm hinaus durchführen wird, soweit es nur seine Finanzen gestatten. Die Flotte ist nicht mehr das vergessene Aschenbrödel der Monarchie, die Dankbarkeit der Bevölkerung für die Leistungen der Kriegsmarine war nie erloschen. Der 24. Juni war ein verheißungsvoller Tag, denn an ihm wurde der erste Dreadnought der österreichisch-ungarischen Marine vom Stapel gelassen und in symbolischer Bedeutung auf den Wahlspruch des Kaiserhauses „Viribus unitis" getauft. Der Stapellauf fand mit Recht unter großen Feierlichkeiten statt. Als Vertreter des Kaisers war Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin der Herzogin v. Hohenberg erschienen, den Taufakt vollzog als Repräsentantin der kaiserlichen Familie die Erzherzogin Maria Annunciata. Kaiser Franz Josef sprach dem Thronfolger in einem Handschreiben die volle Anerkennung für seine erfolgreiche Tätigkeit aus. S. M. S. „Viribus unitis" ist nach den modernsten Prinzipien der Schiffstechnik erbaut und aus einheimischem Material hergestellt. Es ist 150 Meter lang, 27 Meter breit, hat 8·2 Meter mittleren Tiefgang und über 20.000 Tonnengehalt. Das Schiff erhält als Hauptwaffe zwölf Geschütze von 30·5 Zentimetern in vier Batterietürmen, also je drei in einem Turm, abweichend von der Bauart anderer Marinen. Der rasche Bau des Dreadnought ist eine außerordentliche Leistung des Stabilimento Tecnico Triestina, und Kaiser Franz Josef sprach

der Leitung des Werkes in einem Handschreiben seinen besonderen Dank aus. Es sei hier gleich hinzugefügt, daß die Werft auch den Panzerkreuzer „Zriny“, der erst Ende des Jahres in Dienst gestellt werden sollte, schon am 15. September vollkommen ausgerüstet übergeben hat. Die alten Seemächte dürften sich über solche Leistungen nicht wenig wundern. Die Flottenmanöver unter der Leitung des Erzherzogs Franz Ferdinand wurden in der letzten Woche des August beendigt. In seinem Manöverbefehl sprach der Erzherzog aus, die Flotte habe aufs neue bewiesen, daß sie auf der höchsten Stufe der maritimen Tüchtigkeit stehe und auch bei den Operationen auf dem Lande auf das vorzüglichste mitzuwirken verstanden habe.

Handel und Verkehr.

Es wird vielfach über die sogenannte passive Handelsbilanz geklagt, worunter man das Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr versteht. Dieser Zustand ist aber das Kennzeichen aller entwickelten Kulturländer, und nur reine Ackerbaustaaten führen mehr aus wie ein, ohne daß sie dadurch wohlhabender würden. Der scheinbare Widerspruch löst sich dadurch, daß fortgeschrittene Völker durch geistige und industrielle Arbeit eine Reihe von Erwerbnissen schaffen, deren Ertrag sich in der erhöhten Einfuhr zeigt. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist längst kein reiner Ackerbaustaat mehr und zeigt immer stärker die Merkmale der industriellen Kulturstaaten. Daß die Einfuhr industrieller Rohstoffe, namentlich Baumwolle und Steinkohle, zugenommen hat, beweist, daß die Industrie mehr zu verarbeiten im stande ist und ihre Erzeugnisse auch absetzt. Wenn dieser Verbrauch meist im Inland stattfindet, so liegt darin ein Hinweis auf die Notwendigkeit, den Käufer für den heimischen Markt, in erster Linie die Landwirtschaft, zu stärken und ihr nicht durch Beseitigung der landwirtschaftlichen Zölle die Erwerbsmöglichkeit zu kürzen. Daß billige Lebensmittel nicht das Glück der Völker bedingen, hat schon vor 30 Jahren Bismarck nachgewiesen, denn sonst müßten Rußland, Rumänien ꝛc. sich in viel glücklicheren Verhältnissen befinden wie die westeuropäischen Staaten. Daß eine kaufkräftige Landwirtschaft eine Grundbedingung für das Gedeihen von Industrie und Handel ist, haben in Deutschland neuerdings selbst die früher eingefleischtesten Freihändler einzusehen gelernt, und im freihändlerischen England, das gegen 90% seines Lebensmittelbedarfes einführen muß, weil die Landwirtschaft wegen der Aufhebung der Kornzölle sich nicht mehr rentiert, sind die Ernährungsverhältnisse nicht billiger wie in den Schutzzollstaaten, denn schon Transportkosten und Handelsspesen müssen eben von den eingeführten Nahrungsmitteln getragen werden. Das billigste ist immer noch das Erzeugnis des eigenen Landes, das wieder durch sein Erträgnis den inneren Verkehr hebt. Bedenklich ist dagegen die gesteigerte Weizeneinfuhr, soweit sie nicht durch die geringen Ernteerträgnisse der letzten Jahre bedingt ist, denn durch sie ist ein Teil der inneren Einnahmen weggefallen und dem Ausland zugeführt worden, das die teuren Erzeugnisse der österreichischen Industrie, deren Kartellpolitik nur auf den inneren Markt zugeschnitten ist, einfach nicht kauft.

Hierin liegt eine wesentliche Ursache der in Österreich besonders scharf hervorgetretenen Teuerung. Eingeführte Nahrungsmittel sind in geringen Erntejahren immer teuer, die Aufhebung der Zölle nützt gar nichts, denn der Betrag fällt immer dem ausländischen Verkäufer zu und entgeht den Staatseinnahmen. Es ist ein unzweifelhafter Erfahrungssatz, daß nur die angebotene, niemals die gesuchte Ware Zölle und andere Spesen auf sich nimmt, umgekehrt aber jeden Notstand ausnützt. Die der Landwirtschaft infolge geringer Erzeugnisse an Getreide und Vieh entgangenen Erträge haben im Inland gefehlt, und die kartellierte Industrie hat, um den deshalb geringeren Erlös zu decken, die Preise erhöht. Daß auch Händlerkreise, durch das übertriebene Teuerungsgeschrei angefeuert, die Preise kräftig gesteigert haben, liegt in der Natur der Sache. Die sogenannten Volksfreunde, die mit der Feder oder auf der Rednertribüne mit Absicht oder aus Unkenntnis die Sache nicht mit dem rechten Namen nannten und die Lage womöglich der Regierung in die Schuhe schieben wollten, haben ihren Leuten wohl zu schmeicheln gesucht, aber ihnen keinen Gefallen getan. Der in Naturereignissen begründete Teuerungszustand, den keine Regierung der Welt beseitigen konnte, hat eben ertragen werden müssen, und so ist es auch zu allen Zeiten der Fall gewesen. Darauf hätten wahre Volksfreunde hinweisen sollen. Schließlich ist die Lage, ebenso wie in Deutschland, gar nicht so arg gewesen, das Hungergeschrei der Sozialdemokratie ist ja auch in den besten Erntejahren zu hören; es hat in Wirklichkeit kein Mensch gehungert, und man hat nirgends gehört, daß die üblichen Vergnügen weggefallen wären, nicht einmal die Sparkassengelder sind zurückgegangen. Die Börse und die Banken hatten ein gutes Jahr, obgleich der Geldstand, wie in anderen Ländern auch, knapp war. Die Montanpapiere haben fast während des ganzen Jahres eine große Hausse durchgemacht. Außer einem Krach beim Differenzenspiel in Aktien der Skodawerke sind aber keine Unglücksfälle an der Börse vorgekommen, obgleich die Kurse der Industriepapiere durchgängig Zukunftshoffnungen eskomptieren. Das Publikum sucht Spekulations- und Kursgewinne, und infolgedessen stehen Renten auf dem tiefsten Kurse.

Verschiedenes.

Am 17. November teilte die halbamtliche „Wiener Abendpost“ mit, daß Erzherzog Ferdinand Karl im Ausland ohne kaiserliche Bewilligung die Ehe mit Fräulein Czuber eingegangen ist, und daß der Kaiser dessen Bitte, auf den Titel und Rang eines Erzherzogs sowie auf seine Stellung in der Armee verzichten zu dürfen, genehmigt hat. Der Erzherzog wird den Namen Ferdinand Burg führen und hat Lugano zum Aufenthaltsort gewählt. Der Kaiser gewährte ihm eine auf die Frau vererbliche Jahresrente von 40.000 Kronen. Erzherzog Heinrich Ferdinand — aus dem

Hause Toskana — erhielt abermals seinen Urlaub verlängert, um weiter in München seinen künstlerischen Neigungen leben zu können. Am 6. Juni wurde das Testament Johann Orths, des amtlich für tot erklärten ehemaligen Erzherzogs Johann Salvator von Toskana, eröffnet. Es enthält bloß Vermächtnisse, nach deren Erledigung das gesetzmäßige Erbrecht seiner Brüder und deren Nachkommen eintritt.

Am 20. August wurde in Dux in Böhmen ein Denkmal für den deutschen Minnesänger Walter von der Vogelweide enthüllt. Die allgemeine Annahme ist zwar, daß der Dichter aus Südtirol stammt, in Dux hat man aber guten Grund für die Ansicht, daß seine Heimat der benachbarte Vogelheiderhof war. Das Fest gestaltete sich zu einer großen nationalen Kundgebung.

Am 9. September traf eine Abordnung der Londoner Stadtvertretung mit dem Lordmayor, insgesamt 61 Personen, als Gäste der Wiener Stadtvertretung zum Studium der der Reichshauptstadt eigentümlichen städtischen Einrichtungen ein. Sie blieb bis zum 14. Der Lordmayor legte in der Kapuzinergruft Kränze an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf nieder und wurde auch am 11. vom Kaiser in Audienz empfangen. Bei den ihnen zu Ehren veranstalteten Festlichkeiten wurde keine politische Note angeschlagen, wozu nach der englischen Politik während der Annexionskrise und der noch frischen Cartwright-Affäre auch kein Grund vorlag.

Auf Einladung des Landesausschusses und der Stadtgemeinde trafen am 4. Oktober aus München 60 Mitglieder vom Vorstandsrate des „Deutschen Museums“ in Salzburg ein, unter ihnen der Protektor Prinz Ludwig von Bayern, Graf Zeppelin, die bayrischen Minister v. Wehner und v. Frauendorfer. Sie wurden vom Bürgermeister Berger und vom Landespräsidenten Graf Schaffgotsch in der herzlichsten Weise begrüßt. Im alten Landesständehaus fand eine Sitzung statt und darauf eine Besichtigung der Feste Hohensalzburg. Nach einem Frühstück im Rittersaal der Residenz wurde das städtische Museum besichtigt und dann die Rückreise nach München angetreten.

Am 23. Januar starb als Bürgermeister von Leitmeritz der deutsche Abg. Dr. v. Funke im Alter von 76 Jahren. Er war einer der Führer der Deutschböhmen im Kampfe gegen die Sprachenerlässe und vertrat mit volkstümlicher Beredtsamkeit ohne die verletzende Heftigkeit der Alldeutschen den Gedanken der „deutschen Gemeinbürgschaft“. Er erfreute sich bei allen Parteien großer Achtung und war zuletzt Alterspräsident des Abgeordnetenhauses.

Der Präsident des evangelischen Oberkirchenrates, Sektionschef Dr. Hermann Pfaff, erlag am 14. April in Karlsbad einem Schlaganfall. Er stand im 57. Lebensjahre und hat sich sowohl während der langen Krankheit seines Vorgängers wie auch in seiner nur dreijährigen Amtsführung durch seine gewissenhafte Vertretung der evangelischen Interessen das Vertrauen aller Glaubensgenossen beider protestantischen Bekenntnisse erworben.

Am 2. Mai starb in Lovrana der ehemalige General-Artillerieinspektor FZM. Alfred v. Kropatschek im Alter von 73 Jahren. Seine militärische Bedeutung liegt auf dem Gebiete der Instruktion und Konstruktion. Die neue Schnellfeuerkanone ist im wesentlichen das Ergebnis seiner konstruktiven Arbeit. Seine Verdienste hatten ihm die höchsten Ehrenstellen und Auszeichnungen, auch vom Ausland, gebracht.

Im Alter von 74 Jahren verschied am 4. Mai in Budapest der Handelsminister Karl v. Hieronymi nach längerer Krankheit. Er gehörte zu den rührigsten Mitgliedern der ausgleichsfreundlichen Partei und stand als Fachmann, Parteimitglied und Parlamentsredner in hohem Ansehen.

Seinen Ruf überlebt hatte der ehemalige ungarische Ministerpräsident Desider Frhr. v. Banffy, der am 22. Mai in Budapest im Alter von 68 Jahren verschied. Als „Pascha von Bistritz“ hatte er sich in der landesüblichen Verwaltungsweise und dann als Präsident des Abgeordnetenhauses hervorgetan. Ministerpräsident war er von 1895 bis 1899 und setzte gegen Badeni den für Ungarn günstigen dritten Ausgleich durch. Wegen der Mißstimmung über die sprichwörtlich gewordenen „Banffyschen Wahlen“ wurde er von dem intriganten Koloman Szell verdrängt. Seine Versuche, später wieder zu einer führenden parlamentarischen Stellung zu gelangen, mißrieten.

Der Führer der Deutschböhmen, Herrenhausmitglied Dr. Karl Eppinger, starb auf der Reise in Salzburg an den Folgen eines Schlaganfalles am 15. Juli im 58. Lebensjahre. Ein überzeugter Förderer der nationalen Annäherung, trat er trotzdem allen Versuchen, die Tschechen auf Kosten der Deutschen zu befriedigen, fest entgegen.

Ein vielgenannter deutscher Parlamentarier, Dr. Max Menger, starb am 30. August in Mondsee im 73. Lebensjahre. Als Altliberaler hielt er an der Überzeugung fest, daß Staat und Volk durch parlamentarische Reden zu leiten und zu bessern seien.

Kardinal Fürsterzbischof Dr. Gruscha, ein unentwegter Zentralist, wurde am 5. August im hohen Alter von 91 Jahren in Kranichberg bei Gloggnitz aus dem Leben abberufen. Seine milde Amtsführung und seine deutsch-großösterreichische Gesinnung haben auch bei den eifrigsten Antiklerikalen stets volle Anerkennung gefunden.

Sein Amtsbruder, Kardinal Fürstbischof von Krakau, Dr. Johann Puzyna, Kniaz v. Kozielsko, starb am 10. September. Er war als Kirchenfürst milde und friedfertig, als treuer Staatsbürger der allpolnischen Agitation abgeneigt. Weltgeschichtlich trat er 1903 hervor als Träger des österreichischen Vetos gegen die Wahl des dreibundfeindlichen Kardinals Rampolla zum Nachfolger Leos XIII.

Italien.

Das Jahr 1911 wird in jedem Falle für Italien als ein ereignisreiches und schicksalsschweres zu gelten haben, an die Feier des Gedenktages seiner nationalen Wiedergeburt hat sich eine neue Periode seiner auswärtigen Politik angeschlossen, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die große innere Frage der Wahlreform ist noch nicht abgeschlossen und schließlich im Kriegslärm erstickt. Die Zukunft wird also die Lösung bringen, ob es dem Ministerium glückt, auf diesem Wege die parlamentarische Clique zu beseitigen, die der Einführung einer progressiven Einkommensteuer beharrlichen Widerstand entgegensetzt. Das Ansehen des Parlaments ist verhältnismäßig gering, und die Bevölkerung ist des ewigen Parteihaders müde. Das ist freilich in anderen Ländern auch so, aber daraus allein ist noch nirgends eine Besserung erwachsen. Auch in Italien drängen sich über die politischen Interessen hinweg soziale und wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund, aber das wirkt auch dort zunächst nur verwirrend. Anerkennen muß man, daß sich jeder Italiener, vom König bis zum schlichten Arbeiter, um die Größe des Reiches müht, eine so einheitliche Begeisterung, wie beim Beginn des in seiner Schwierigkeit stark unterschätzten tripolitanischen Abenteuers bringen nicht alle Völker fertig, wohl kaum selbst die Franzosen bei einem etwaigen Ausbruch des mit Liebe gepflegten Revanchekrieges. Trotz vielfacher Zerfahrenheit und Wetterwendigkeit liegt in den Italienern ein nationaler Zug, der Sympathie erwecken muß und der dem starken Willen des Königs das ihm vorschwebende Ziel erreichen lassen kann und wird.

Auch die erwähnte Wetterwendigkeit ist nur der Ausfluß dieses Zuges, denn das treibende Motiv ist doch immer der Wille, dem Vaterlande zu nützen, ihm den größeren Vorteil zuzuwenden. Treulos ist dieses Schwanken eigentlich nicht, es fehlt dem Volke aber jene klare Festigkeit, die nur aus einem schweren Daseinskampfe erwachsen kann. Einen solchen hat Italien eben noch nicht hinter sich, die Einheit ist ihm durch die Siege anderer fast mühelos in den Schoß gefallen; möglich, daß schon das voraussichtlich schwere Ringen um Tripolis die Heilung bringt. Jedenfalls ist bereits die Überzeugung von der Notwendigkeit des Dreibundes, woran bisher nur der König und keine unerschütterliche Zahl von Politikern festgehalten haben, rasch in weite Volkskreise gedrungen, die bisher mit ihren Gefühlen ganz woandershin neigten. Der Ernst der Lage zwingt zum Nachdenken und drängt das Gefühlsmoment zurück. Schon hat sich England das tripolitanische Gebiet von Solum für Ägypten von der Türkei abtreten lassen, Frankreich die Hand auf einige an Tunis angrenzende Oasen gelegt. Was bleibt da schließlich von Tripolis noch übrig, wenn es endlich mit schweren Opfern an Gut und Blut errungen worden ist? Unfreundlichkeiten solcher Art hat man doch von den Verbündeten nicht zu erwarten. Man fühlt und weiß, daß England die Festsetzung Italiens an der afrikanischen Küste nicht gern sieht und sie stören wird, sobald es die Macht dazu haben wird, Frankreich hat die Begünstigung in der Marokkoaffäre schlecht gedankt — da ist doch der sichere Dreibund besser.

Das Ministerium Luzzatti.

Die parlamentarischen Zustände waren in eine gewisse Zerfahrenheit geraten und wurden durch absichtliche Unklarheiten beeinflußt. Die Kammermehrheit gehörte Giolitti, der aber die Leitung der Geschäfte aus persönlichen und politischen Gründen abgegeben und im April des Vorjahres Luzzatti zu seinem Platzhalter bestimmt hatte. Dieser störte aber den Plan, indem er die Radikalen, die Todfeinde Giolittis, in das Ministerium aufnahm und dann verfängliche Fragen, wie Senats- und Wahlreform, anregte, denen er nicht gewachsen war, weil ihm die Mehrheit nicht folgen würde. Das Ministerium konnte darum keinen langen Bestand haben. Sonst ließen sich die Dinge ungemein günstig an, die Finanzüberschüsse hatten alle Erwartungen weit übertroffen. Die Sozialdemokraten ließen es sich freilich nicht nehmen, auch über die römische Kammer eine mehrtägige Teuerungsdebatte heraufzubeschwören, doch das Kabinett trug dabei am 2. Februar ein Vertrauensvotum mit 261 gegen 88 Stimmen davon, aber freilich nur, weil der kranke Giolitti seine Anhänger angewiesen hatte, es jetzt nicht zu stürzen. Dagegen lehnte der Senat mit 160 gegen 64 Stimmen die Senatsreform ab. Am 15. Februar machte König Peter von Serbien, der bisher nur in Petersburg, Konstantinopel und Sofia gewesen war, in Rom seinen Besuch. Seine verstorbene Gemahlin war eine Schwester der Königin Elena. Er wurde vom König Viktor Emanuel auf dem Bahnhofe empfangen und nach dem Schlosse geleitet. Die Bevölkerung begrüßte ihn sehr freundlich und ein großer Teil der Presse erging sich in überschwänglichen Artikeln über die gemeinsame Politik der beiden Königreiche, wobei es an Seitenhieben gegen Österreich-Ungarn nicht fehlte. In den Toasten beim offiziellen Diner war davon selbstverständlich nicht die Rede und schwerlich auch bei dem Besuche, den der serbische Ministerpräsident Milowanowitsch dem Minister des Äußern Marchese di San Giulano machte. Es handelte sich um einen unpolitischen Familienbesuch. Größeres Interesse erregten die Zeitungserörterungen über den von einem Frankfurter Blatt ausgestreuten Besuch des Kaisers Wilhelm zu den Jubiläumsfeierlichkeiten in Rom. Obwohl man dieses Ereignis gern gesehen hätte, beschied sich doch die anständige römische Presse bald dahin, daß der von vornherein beabsichtigte Besuch des Kronprinzen höchst willkommen sein werde. Im allge-

meinen ist leider die italienische Presse über deutsche Verhältnisse schlecht unterrichtet und darum häufig das Opfer des deutschfeindlichen Preßklüngels, der sogar in der Berliner Presse Anhänger oder wenigstens gewissenlose Verbreiter zählt.

Inzwischen war auch die seit Mitte Dezember in der Kammer eingebrachte Wahlvorlage auf den toten Strang geraten. Sie hätte überhaupt nicht einmal den Radikalen gefallen, weil sie die Wahlpflicht brachte, die Sozialdemokraten hatten der Regierung die Gefolgschaft gekündigt, und den Gemäßigten war die Vorlage zu radikal. Als die Kommission den Antrag des Giolittianers Bertolini, den Bericht bis 1913 zu verschieben, angenommen hatte, war das Begräbnis der Vorlage besiegelt. Am 18. März brachten die Radikalen und Sozialisten in der Kammer den Antrag ein, es solle der Kommission eine bestimmte Frist für die Berichterstattung gestellt werden. Die Radikalen behaupteten, die Regierung trage die Schuld an dem Beschlusse der Kommission. Luzzatti erwiderte, eine Debatte über die Fristbestimmung habe keinen Zweck, und Giolitti sprach sich für die Kommission aus, die den Bericht auf einen Zeitpunkt festgelegt habe, nach dem die neue Kammer noch nach dem abgeänderten Gesetz zu stande kommen könne. Diesem Standpunkt pflichtete die Kammer mit 265 gegen 70 Stimmen bei. Darauf gaben die radikalen Minister ihre Entlassung und Luzzatti schloß sich ihnen an, obgleich das Ministerium mit der Ablehnung des radikalen Antrags kein Mißtrauensvotum erhalten hatte. Er fühlte aber, daß er wegen seiner Verquickung mit den Radikalen keine Mehrheit mehr hinter sich hatte. Giolitti übernahm den Auftrag zur Bildung des Kabinetts, aber nicht vor dem 27. März, und das Ministerium Luzzatti sollte noch die Eröffnung der Jubiläumsfeierlichkeiten vornehmen. Die Kammer wurde einstweilen vertagt. Das Kabinett Luzzatti — das zehnte im neuen Jahrhundert — hatte kein volles Jahr gedauert. Obgleich es nichts gegen den Dreibund getan hat, waren doch die Beziehungen zwischen den Verbündeten nicht fester geworden.

Die Jubelfeier des Königreiches.

Am 17. März vor 50 Jahren hatte König Viktor Emanuel II. von Sardinien unter Zustimmung des in Turin versammelten ersten italienischen Parlaments den Namen „König von Italien" angenommen und damit den nationalen Einheitsstaat offiziell begründet. Die Feier dieses Tages war nicht etwa eine offizielle Veranstaltung, sondern sie war aus dem Bedürfnis des ganzen Volkes hervorgegangen. Trotz der wie überall herrschenden Teuerung hatte man für die würdige Feier des Tages 12 Millionen zusammengebracht. In Turin wurde der Erinnerungstag mit einer Versammlung der Bürgermeister aller Gemeinden des Königreiches Sardinien durch einen Aufzug und eine Gedächtnisfeier festlich begangen, an der der Herzog von Genua, die Prinzessin Lätitia und der Finanzminister teilnahmen. Auch in Mailand, Genua, Bologna u. a. fanden Feiern statt. In der Kammer in Rom wurde angeregt, der Stadt Turin einen Festgruß zu entbieten und nach Befürwortung durch den Ministerpräsidenten mit stürmischem Beifall angenommen. Mit gleicher Begeisterung und Erheben von den Sitzen wurde die Glückwunschdepesche des deutschen Reichstags aufgenommen und eine dankende Erwiderung beschlossen. Die gehäuften Sympathiebeweise Deutschlands und Österreich-Ungarns, sowie ihre hervorragende Beteiligung an den Jubiläumsausstellungen in Rom und Turin taten den Italienern wohl und festigte sie gegen die damals gerade sehr lebhaften Intrigen der Dreibundfeinde. Für die einheitliche Stimmung der Bevölkerung bezeichnend war die Tatsache, daß sich die Erinnerung an die Errichtung des Königtums mit den zum Teil schon sagenhaften Überlieferungen aus der Zeit der Wiedererweckung (Risorgimento) der Nation in ein geschichtlich freilich unklares Bild vereinigt hat und dabei die Namen Viktor Emanuel, Cavour, Garibaldi und Mazzini eine ähnliche Rolle spielen wie in Deutschland Kaiser Wilhelm I., Bismarck, Moltke und Roon.

Am 27. März drängte sich in Rom auf dem ganzen Wege vom Quirinal bis zum Kapitol hinter dem Spalier der Truppen eine dichte Menschenmenge, aus den Fenstern und von den Balkonen wurde dem königlichen Zuge nach dem Museumspalast zugejubelt, wo eine glänzende Versammlung der obersten Vertreter des Staates und der Städte in weihevoller Stimmung des Königspaares harrte zu einer Festsitzung aus Anlaß der Fünfzigjahrfeier Italiens. Nach dem Empfange hielt König Viktor Emanuel eine gedankenreiche Rede, die wiederholt durch zustimmende Rufe unterbrochen und am Schlusse mit stürmischen Begeisterungskundgebungen aufgenommen wurde. Sätze, wie die: „In dieser Nationalversammlung entringt sich das Gelöbnis, Italien immer freier, glücklicher und geachteter in der Welt zu machen" — oder „Italien mit Rom als Hauptstadt bedeutet das ruhige Bestehen der Kirche neben dem Staat" — und „Die alte Größe war kraft des Geistes der Zeit universal, die neue ist national. Zur ersteren gehört das römische Italien, zur letzteren das italienische Rom" — klingen sehr zeitgemäß und erscheinen wie ein weit vorausschendes Programm. Nach Verlesung der Huldigungsadressen des Senats und der Kammer hielt noch Bürgermeister Nathan eine Ansprache, die mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf das Königspaar schloß. Die Ovationen setzten sich ununterbrochen fort, als König und Königin den Saal verließen, auf der Rückfahrt nach dem Quirinal und vor dem Schlosse selbst, so daß sich die Majestäten wiederholt auf dem Balkon zeigen mußten. Vom Kaiser Wilhelm aus Venedig wie vom Kaiser Franz Josef aus Wien waren sehr herzliche Glückwunschtelegramme eingetroffen. Später fand im Ausstellungspalast die Eröffnung der „internationalen Ausstellung der schönen Künste" statt. Das Königspaar, die Prinzen, Minister, Präsidien beider Kammern, das diplomatische Korps, die fremden Ausstellungskommissäre, das Ausstellungskomitee u. a. nahmen an der Feier teil, die nur einen zeremoniellen Akt darstellte, da die Aus-

stellung noch nicht fertig war; erst am 28. erfolgte die wirkliche Eröffnung der Ausstellungen Englands und Ungarns, dann die Deutschlands und Frankreichs 2c. Am Abend des 27. wogte eine ungeheure Menschenmenge durch die Straßen der Stadt Rom, um sich an der Illumination zu ergötzen, im Kapitol gab die Stadt ein Fest, zu dem das Königspaar erschien und 4000 Personen geladen waren.

Am 28. fand auf der Engelsburg auch die Eröffnung der Ausstellung für retrospektive Kunst in Anwesenheit des Königspaares statt, und dann folgten fast täglich Eröffnungen neuer Abteilungen, so am 1. April die des österreichischen Pavillons; es verging aber noch der ganze Monat April, bevor man von der Vollendung der Ausstellung sprechen konnte. Die Ausstellungen und das Jubiläumsjahr zogen eine große Anzahl offizieller Besucher und Abgesandter sowie eine Menge von Gästen nach Rom. Am 20. traf Prinz Artur von Connaught ein, wurde vom König auf dem Bahnhofe offiziell empfangen, nahm am großen Wettrennen und am folgenden Tage an der Eröffnung der ethnographischen Ausstellung teil. In den nächsten Tagen war unter Führung des Generals Michel eine französische Sondergesellschaft anwesend, am 25. traf König Gustav von Schweden mit Gemahlin ein und wurde auf dem Bahnhof vom König Viktor Emanuel und der Königin Elena empfangen. Am 29. fand in Turin die Eröffnung der „Internationalen Industrie- und Gewerbeausstellung" statt. Die Stadt hatte dazu ein prächtiges Festgewand angelegt, die Bevölkerung begrüßte das eintreffende Königspaar mit stürmischen Zurufen. Die Eröffnungsfeier hatte eine überaus glänzende Versammlung vereinigt, in der auch das Ausland zahlreich vertreten war. Nachmittags erfolgte ein Konzert, abends im königlichen Theater eine Galavorstellung und in der Stadt große Illumination. Am 30. gab die Stadt dem diplomatischen Korps, den fremden Abgesandten und Kommissären ein Bankett, darauf folgte Hofdiner und Ball in der Philharmonischen Akademie. Am 1. Mai wurde die deutsche Abteilung der Ausstellung eröffnet. Unerwartet kam der König mit Gemahlin in die Ausstellung, die er eingehend besichtigte, und am folgenden Tage traf er wieder ein und verweilte mehrere Stunden in den Ausstellungsräumen für Elektrizität, Maschinen und Eisenbahnen. Die Abteilungen anderer Länder waren noch nicht fertig. Vorausgreifend sei hier gleich angeführt, daß die Turiner Ausstellung, im Gegensatz zu den Veranstaltungen in Rom, einen in jeder Beziehung glänzenden Verlauf nahm. Sie wurde am 19. November nach einem Besuche von 7 Millionen Menschen geschlossen, der König hatte sie im September zu wiederholten Malen besichtigt.

In Rom hatte mittlerweile König Viktor Emanuel am 6. Mai in der Engelsburg die „Ausstellung der Fremden in Rom" eröffnet, die kostbare Dokumente und historische Erinnerungen enthielt. Am 12. trafen Großfürst Boris und Großfürstin Wladimir ein und wurden vom König und der Königin auf dem Bahnhofe empfangen. Sie waren am 14. bei der Eröffnung der Hauptversammlung des internationalen Instituts für Landwirtschaft anwesend. Abends war Galatafel im Quirinal, wobei der König und der Großfürst sehr herzliche Trinksprüche ausbrachten. Nach einem Gartenfest bei der Königinwitwe am folgenden Tage reisten die russischen Gäste, vom Königspaar wieder zur Bahn begleitet, nach Florenz ab. Am 26. Mai wurde auch der internationale Fischereikongreß eröffnet. Ein besonderer Festtag war noch der 4. Juni, an dem das Verfassungsfest und die Enthüllung des Denkmals für König Viktor Emanuel II. gefeiert wurde. Hiezu war aus ganz Italien eine gewaltige Anzahl Menschen nach Rom geströmt und die prächtig geschmückten Straßen füllte eine begeisterte Volksmenge. Die königliche Familie, das diplomatische Korps, alle militärischen und zivilen Spitzen des Staates, der Provinzen und Gemeinden waren versammelt, der König gab das Zeichen zur Enthüllung, die unter den Klängen der Volkshymne, Kanonendonner und unbeschreiblichem Jubel vor sich ging. Ministerpräsident Giolitti hielt die Festrede. Das Denkmal, das von Sacconi unter Mitwirkung der besten Künstler Italiens geschaffen worden ist, bietet einen herrlichen Anblick und zeugt ebenso von der Höhe der italienischen Kunst der Gegenwart wie von der Dankbarkeit Italiens für seinen ersten König. Die Rückfahrt der königlichen Familie, die Züge der Fahnen der Armee und Marine, der Bürgermeister und der Veteranen riefen ununterbrochen stürmische Kundgebungen hervor. Als letzter fürstlicher Besucher weilte in Rom vom 2. bis zum 4. Juli auch der türkische Thronfolger Jussuf Izzedin, der vom König auf dem Bahnhof empfangen wurde. Die Hoftrauer war für die Dauer seines Besuches aufgehoben. Er besichtigte an der Seite des Königs die verschiedenen Ausstellungen und wohnte einer ihm zu Ehren veranstalteten militärischen Übung bei. Damit war die Ausstellungs- und Jubiläumsstimmung vorüber. Die römische Bevölkerung hat für Ausstellungen überhaupt wenig Interesse, die Verspätung in der Fertigstellung hatte einen Teil der günstigsten Zeit verpaßt, dann kam der überaus heiße Sommer, schließlich Cholera und der Krieg, von einer Entwicklung des Ausstellungsbesuches war da gar keine Rede, auch Verlängerungen einzelner Abteilungen bis in den Winter hinein vermochten nicht, den Mißerfolg abzuwenden.

Das Ministerium Giolitti.

Die in den Beginn der Jubiläumsfeiern fallende Ministerkrise verlor sofort ihr besonderes Interesse, sobald Giolitti sich bereit erklärte, die Leitung hinter den Kulissen aufzugeben und selbst auf die Szene zu treten. Seit Crispi ist er die einzige politisch hervorragende Charakterfigur des Landes. Überraschend wirkte bloß seine anfängliche Absicht, sein Ministerium und seine Kammermehrheit mit dem sozialdemokratischen Flügel zu verstärken. Er folgte dabei anscheinend einer Anregung des Königs, der im Jubiläumsjahr keine Partei bei Seite lassen wollte, und die italienischen Sozialdemokraten sind ja auch viel weniger Propheten des großen Kladderadatsches wie anderswo.

Aber die persönliche Besprechung des Königs mit Bissolati, dem Führer der gemäßigten Sozialdemokraten, im Quirinal führte zu keinem Ergebnis, und so kam schließlich ein Kabinett zu stande, daß sich nur in wenigen Personen vom vorigen unterschied. Das war übrigens bei der überwiegenden Persönlichkeit des Ministerpräsidenten ziemlich nebensächlich. Am 6. Mai entwickelte er vor der Kammer sein Programm, in dem die Wahlreform, die Entschädigung der Deputierten und die Monopolisierung der Lebensversicherung die Hauptpunkte bildeten, und auch mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Die Äußerungen über die auswärtige Politik, die friedliche Bedeutung von Heer und Flotte, sowie über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche hielten sich im gewöhnlichen Rahmen. Hatten die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten und deren Zusicherung, das Kabinett zu unterstützen, einiges Bedenken erregt, so hielt sich Giolitti in seiner Programmrede so klug zurück, daß die Befürchtung vor einer antiklerikalen und sozialistischen Politik vollkommen verschwand und er am 9. ein Vertrauensvotum mit 340 gegen 96 Stimmen erhielt. Sozialisten und Radikale stimmten ihm zu wegen des Vorschlags eines beinahe allgemeinen Wahlrechtes und der Monopolisierung des Lebensversicherungsgeschäftes. Gegner des Kabinetts waren eigentlich nur die persönlichen Anhänger Sonninos und die ausgesprochenen Katholiken. Die unerwartet große Mehrheit ließ höchstens befürchten, daß sie sich nach und nach verkleinern würde, da unmöglich alle jetzt Zustimmenden ihre Erwartungen erfüllt sehen konnten. Für die erste Zeit war unzweifelhaft auf ein ruhiges parlamentarisches Leben zu rechnen.

Die Kammer nahm zunächst die stark verzögerte Budgetberatung vor. Die Anfrage wegen des österreichischen Dampferverkehres auf dem Gardasee wurde prompt dahin erledigt, daß von italienischer Seite dem Bedürfnis nicht genügt worden sei, die Maßregeln gegen die von Ricciotti Garibaldi geplante albanesische Expedition und die Ausweisung des albanesischen Agitators Ivaney Bey erregte bloß bei Republikanern und Garibaldianern Entrüstung, dem Erpressungsstreik der Bauarbeiter am Viktor Emanuel-Denkmal begegnete Giolitti dadurch, daß er die Arbeiten durch 300 Mann Genietruppen fortsetzen ließ, was den Sozialdemokraten freilich nicht gefiel. Das Marinebudget wurde in ebenso großer Eile wie Einmütigkeit erledigt, am 2. Juni — dem Todestage Garibaldis — die Bewilligung einer Leibrente für die Veteranen unter lebhaften Demonstrationen angenommen. Am 9. sprach der Minister des Äußern über die äußere Politik, betonte mit besonderer Wärme die Beziehungen zu Österreich-Ungarn, gegenseitiges Vertrauen und ein festes Bündnis seien der beste Weg zur Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel und des Gleichgewichtes im Adriatischen Meer. Italien verfolge eine Friedenspolitik auf der Grundlage der Integrität des ottomanischen Reiches. An demselben Tage brachte Giolitti die Wahlreformvorlage ein, die Versicherungsvorlage war dem Hause schon am 3. zugegangen. Gegen letztere hatten die Botschafter Englands, Deutschlands, Österreich-Ungarns, Frankreichs und der Vereinigten Staaten Einspruch erhoben. Am 24. Juni war die Budgetberatung zu Ende und die Kammer begann die Debatte über die Lebensversicherung. Es stellte sich bald heraus, daß das vorliegende Projekt ohne die durchgreifendsten Änderungen schwerlich Gesetz werden würde, da der entschiedene Einspruch der Mächte der Opposition den Nacken gesteift hatte. Giolitti eilte aus Turin herbei, verlangte am 9. Juli ein Vertrauensvotum, was er mit 288 gegen 137 Stimmen erhielt, und vertagte die Weiterberatung auf November. Am 10. Juli ging die Kammer in die Ferien und trat wegen des Kriegsausbruches überhaupt nicht wieder zusammen. Der König nahm vom 14. ab seinen Aufenthalt in



Giovanni Giolitti, der neue italienische Ministerpräsident.

Racconigi, wo am 25. der König von Griechenland zur Verlobung der Prinzessin Helene von Serbien mit dem Großfürsten Johann Konstantinowitsch eintraf. Obgleich die Kammer nicht wieder zusammentrat, legte der Schatzminister Tedesco zur gesetzlich vorgeschriebenen Zeit das Budget vor, das einen Überschuß von mehr als 65 Millionen aufwies. Der Budget- und der Wahlreformausschuß traten im Dezember zusammen.

Tripolis.

Nach den Äußerungen, die der Minister des Äußern, Marchese di San Giuliano, im Juni in der Kammer wie im Senat über die Friedenspolitik, das Verhältnis zur Pforte und selbst über die Anzapfungen wegen Tripolis abgegeben hatte, konnte kein Mensch vermuten, daß kaum drei Monate darauf der Krieg ausbrechen werde. Wenn man freilich auf die öffentliche Meinung achtete, in der sich immer mehr eine nationalistische Richtung vordrängte und der Regierung eine schwächliche Politik vorwarf, wie es ja in Deutschland und Österreich auch der Fall ist, konnte man wohl auf den Gedanken kommen, daß eine parlamentarische, von der Volksstimmung nicht unabhängige Regierung wohl zu Taten gedrängt werden mochte. Die Sympathien für die Jungtürken waren von Monat zu Monat zurückgegangen, man hatte daraus nicht

den mindesten Vorteil gezogen, dafür aber in Tripolis, Kreta, Arabien, Mazedonien und Albanien bestimmte Beschwerdepunkte gegen die türkische Regierung, die aber nach orientalischer Art alles auf die lange Bank schob. Nach allgemein üblicher Anschauung lag jedoch darin kein eigentlicher Anlaß zum Kriege. Aus der Zeit, da alle Welt an den baldigen Zerfall des türkischen Reiches glaubte, hatte sich Italien Ansprüche auf Tripolis hergeleitet. Eigentlich war ursprünglich das näherliegende und fruchtbarere Tunis ins Auge gefaßt worden, aber da war in höchst ärgerlicher Weise vor Jahren schon der liebe Nachbar Frankreich zuvorgekommen, und nun blieb eben bloß noch die Aussicht auf Tripolis übrig, wofür man auch beim Marokkoabkommen zwischen England und Frankreich bestimmte Zusicherungen erhalten hatte, gegen die auch die anderen Mächte keine Einwendungen erhoben, selbstverständlich immer unter der Voraussetzung des Zerfalles der Türkenherrschaft. Die Pforte kannte natürlich die italienischen Absichten ebenfalls, und es begreift sich leicht, daß sie allen Bestrebungen Italiens, einstweilen handelspolitischen Boden in Tunis zu gewinnen, unfreundlich und ablehnend gegenüberstand. Das trat noch schärfer hervor, seitdem die jungtürkische Herrschaft dem Staatsverfall mit sichtlichem Erfolg entgegenarbeitete und erwarten ließ, daß sie auch das durch Ägypten abgetrennte und seit Jahrzehnten vernachlässigte Tripolis wieder fester in die Hand nehmen würde, sobald auf der Balkanhalbinsel die Ordnung wieder hergestellt war.

Die Aussichten auf einen friedlichen Anfall von Tripolis, auf das in Italien schon jedermann ein zweifelloses Recht zu haben glaubte, hatten sich mithin erheblich vermindert. Kitcheners Anwesenheit in Ägypten bedeutete den unzweifelhaften Willen Englands, das Land fester in die Hand zu nehmen, trotz Algecirasakte hatte Frankreich Fez besetzt und die deutsche Demonstration von Agadir hervorgerufen, die aber die Franzosen natürlich nicht aus Marokko vertreiben sollte, denn sonst hätte man ein Ultimatum stellen müssen. Die Westmächte nahmen sichtbar ein Stück der nordafrikanischen Küste, sollte da Italien abermals leer ausgehen, sollte es abwarten, bis sich die Türkei auch in Tripolis wieder festgesetzt hatte? Das waren die Beweggründe, die Italien zum raschen Handeln getrieben haben, der letzte Anstoß lag in der Besitzergreifung von Fez, der von niemand und durch keinen Vertrag mehr gehinderten Erwerbung von Marokko. Es liefen auch schon Gerüchte herum, Italien gedenke sich nächstens in Tripolis festzusetzen, aber niemand beachtete sie, ebenso wenig die auffällige Rede Tittonis in Cavate, Italien werde für seine uneigennützige Haltung bei der bosnischen Frage noch einen Tag erleben, an dem die Wogen nationaler Begeisterung hochgehen würden. In der Nacht vom 26. zum 27. September richtete San Giuliano an die Pforte ein schroffes Ultimatum, sie solle sich binnen 24 Stunden darüber entscheiden, ob sie die militärische Besetzung von Tripolitanien zulassen wolle oder nicht. Bisher hatte bloß verlautet, daß Ende des Monats in Konstantinopel Verhandlungen über die wirtschaftlichen Ansprüche Italiens in Tripolis beginnen sollten. Hierauf bezog sich auch die Antwort der Pforte, die das militärische Einschreiten entschieden ablehnte, worauf Italien den Krieg erklärte. Alle Welt wurde davon überrascht, auch die Diplomaten, von denen keiner offiziell von dem bevorstehenden Schritte Italiens benachrichtigt worden war. Ob doch insgeheim vertrauliche Mitteilungen und Abmachungen vorgefallen sind, wird erst die Zukunft aufklären. Offiziell wollte niemand etwas wissen und die Zeitungen aller Länder machten ihrer Überraschung durch Ausfälle gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen Italiens Luft. Die Kabinette schienen aber diese privatrechtliche Auffassung nicht zu teilen und bewahrten Italien ihre freundschaftliche Zuneigung. Auch die Presse bequemte sich nach und nach zu der Einsicht, daß Italien nicht anders handeln konnte, wollte es nicht seine tripolitanischen Hoffnungen fahren lassen.

Der Krieg, der in Italien, geringe sozialdemokratische Stimmen abgerechnet, mit der allgemeinsten Begeisterung bis in die vatikanischen Kreise hinauf begrüßt wurde, nahm folgenden Verlauf. Die Einberufungen der italienischen Reserven hatten am 24. September begonnen, viele hatten sich nicht gestellt, hunderte waren nach der Schweiz und Frankreich desertiert, was erhebliche Verzögerungen der Mobilisierung zur Folge hatte. Vom 30. an demonstrierte die italienische Flotte vor Tripolis, bei Prevesa und S. Giovani di Medua in Jonischen Meere wurden türkische Torpedoboote zerstört. Auf eine Anfrage Österreich-Ungarns erklärte Italien, es werde sich der Kriegführung im Adriatischen und Jonischen Meere enthalten, auch teilte es den Balkanstaaten mit, es halte am status quo auf der Balkanhalbinsel fest. Am 1. Oktober wurde die Blockade über die lybische Küste verhängt, am 3. Tripolis bombardiert, am 4. Tobruk besetzt. Am 5. fand die erste Landung in Tripolis statt, die schwache türkische Besatzung hatte sich zurückgezogen, die Bevölkerung anscheinend unterworfen. Am 19. landeten die Italiener unter schwerem Gefecht in Benghasi, am 23. und 24. fanden in der Oase von Tripolis schwere Gefechte gegen Türken und Araber statt, die Italiener verhängten das Standrecht und mordeten und sengten in der Oase. Am 26. durchbrachen Türken und Araber die vorgeschobenen Stellungen der Italiener bei Sidi Mesri und warfen sie gegen Tripolis zurück. Am 5. November proklamierte Italien seine Souveränität über Tripolis und die Cyrenaika. Im Verlauf des Monats fanden fast täglich vor Tripolis und bei Benghasi Gefechte statt, wobei Türken und Araber stets die Angreifer waren, erst am 26. eroberten die Italiener die im September geräumten Stellungen wieder. Im Roten Meer bombardierten italienische Kriegsschiffe Mokka und Akaba. Im Dezember wurden die Kämpfe vor Tripolis und den Küstenplätzen der Cyrenaika fortgesetzt. Am 4. besetzten die Italiener die Oase Ain Zara, am 13. die Oase Tadschura, am 19. gerieten sie aber beim Vormarsch auf Bir Tobras in einen Hinterhalt. Am 20. okkupierte England für Ägypten mit Bewilligung des Sultans die Bai von Solum. Nach dreimonatigem Kriege stellte sich am Jahresschlusse

die strategische Lage so, daß die Italiener um Tripolis einen etwa 12 Kilometer breiten Streifen, in der Cyrenaika eigentlich nur die Küstenzone in der Gewalt hatten — soweit ihre Schiffsgeschütze reichten.

Verschiedenes.

Das provisorische Ergebnis der Volkszählung vom 10. Juni ergab eine Einwohnerzahl von 34,686.653, wobei die vorübergehend Abwesenden nicht mitgezählt sind. Seit 1901 beträgt die Zunahme 2,211.400 (6·81%). Die Eheschließungen sind bedeutend gestiegen, die Zahl der Geburten hat abgenommen, die Sterblichkeit ist seit 40 Jahren um ein Drittel zurückgegangen.

Die Neugliederung des Heeres hat wegen der kriegerischen Verwicklungen nicht weiter durchgeführt werden können. Die Bildung des Expeditionskorps für Tripolis kann nicht als planmäßige Mobilisierung angesehen werden, da meist nur aktive Mannschaften dabei verwendet wurden und die einberufenen Reservisten meist im Lande verblieben. Die Offiziere erhielten statt des Revolvers eine Selbstladepistole, die im äußeren Dienst getragen und dafür der Säbel nicht angelegt wird. Das Spezialistenbataillon des Geniekorps wurde in vier Kompagnien gegliedert, von denen zwei für den Luftschiff- und Fliegerdienst bestimmt sind. Die großen Manöver fanden ausnahmsweise nicht an der österreichischen Grenze, sondern in Piemont statt. Die Voraussetzung des Manövers war, daß eine feindliche Armee von Frankreich her ins Land eingedrungen sei.

Der Etat der Flotte für 1911/12 beträgt über 168 Millionen Mark, das sind 48 Millionen mehr als im Vorjahre. Der Marineminister Admiral Leonardi Cattolica arbeitet stark an der Verjüngung des Offizierkorps und wußte die im Senat dagegen erhobenen Einwände mit großer Offenheit abzuwehren. Am 10. August lief der zweite Dreadnought „Conte di Cavour" nach nur einjähriger Bauzeit auf der Staatswerft in Spezzia vom Stapel. Er soll mit 13 Geschützen von 30·5 Zentimeter-Kaliber als Hauptwaffe ausgerüstet werden. Wenige Tage darauf ramte der neue Panzerkreuzer „San Giorgio" durch Schuld des Kapitäns im Golf von Neapel auf einer Felsklippe auf, von der er erst nach vielen Wochen schwer beschädigt wieder abgebracht werden konnte. Bei den Marinemanövern Ende September an der sardinischen Küste, die im übrigen günstig abschnitten, geriet auch der kleine Torpedobootzerstörer „Pontiere" auf eine Klippe und ging verloren. Tarent ist statt Neapel Sitz eines Stationskommandos geworden und soll erheblich ausgebaut werden, Brindisi wird als Flottenstützpunkt zweiten Ranges ausgerüstet und die Neubefestigung von Venedig wird 1912 vollendet sein.

Die Cholera trat schon im Juli auf, doch wurden die Nachrichten darüber aus verschiedenen Gründen vertuscht. Als aber namentlich in Livorno die Tatsache sich nicht mehr verheimlichen ließ, gab Giolitti zu, daß die Seuche in 800 Gemeinden aufgetreten sei. Im verwahrlosten Süden kam es in verschiedenen Orten zu Krawallen, weil sich das unwissende und abergläubische Volk wegen der zum Teil ungenügenden, zum Teil mißverstandenen Schutzmaßnahmen zu groben Ausschreitungen hinreißen ließ, so daß mehrfach Militär zur Herstellung der Ordnung eingreifen mußte.

Papst Pius X.

Auch im Verlaufe des Jahres 1911 hat sich weiter herausgestellt, daß das Pontifikat Pius X. dem Ansehen des vatikanischen Stuhles nicht förderlich ist. Selbst in kurialen Kreisen äußern sich Stimmen, wenn auch nur in der Stille, daß das Papsttum unter dem Regime der Religiosität bis jetzt nichts gewonnen, eher verloren hat. Solange der Papst die Stellung eines Souveräns beansprucht, muß er sich auch der Mittel der Diplomatie im Verkehr nach außen bedienen und nicht bloß Anschauungen vertreten, die gerade noch mit denen seines Heimatlandes verträglich sind. Der Papst nimmt eine zwiefache Stellung ein, einmal als oberste Autorität in der katholischen Kirche, aber dann ist er auch eine Staatsmacht. Scheinbar ergehen seine Erlässe als rein kirchliche Vorschriften, aber sie sind tatsächlich Staatsakte. Die Kurie begeht den Irrtum, daß sie diese Zwiespältigkeit unbeachtet läßt, sie würde aber bei ihren Erlässen auf noch mehr Widerstand bei den Regierungen stoßen, wenn diese nicht, in der Überzeugung, daß es sich nur um einen bald vorübergehenden Zustand handeln kann, die größte Nachsicht walten ließen, um Konflikte zu vermeiden, die niemals ohne nachteilige Folgen für die Zukunft verlaufen. Ähnliches deutete auch der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seiner Rede über den Modernisteneid an, in der er deutlich unterschied zwischen einem friedliebenden Papst und einer andersgesinnten Kurie. Bei der Organisation der Kurie ist freilich auf keine Änderung zu hoffen. Die von Anfang an vorläufig ausgesprochene Absicht, das Jahr 1911 als ein Trauerjahr zu betrachten, aber in keinem Falle die italienischen Jubiläumsfeierlichkeiten zu stören, ist streng eingehalten worden. Im Sommer war der Papst heftig an einem Gicht- und Nierenleiden erkrankt, erholte sich aber und ging nun endlich an die Erneuerung des Kardinalkollegiums, das bereits auf 46 Mitglieder herabgesunken war. Am 27. November ernannte er 18 neue Kardinäle, unter denen sich kein Deutscher befand, aus Österreich die Fürstbischöfe Bauer von Olmütz und Nagl von Wien, die nur dem Namen nach deutsch sind. Am 30. fand dann das öffentliche Konsistorium statt, in dem die in Rom anwesenden 13 neuen Kardinäle den Kardinalshut empfingen. Vorher war ein neues päpstliches Motu proprio vom 9. Oktober bekannt geworden, das allen Privatpersonen die Zitierung von Geistlichen vor weltliche Gerichte verbietet. Das war eigentlich auch nichts Neues, denn die Kirche hat von jeher den privilegierten Gerichtsstand für sich in Anspruch genommen, aber seit Jahrhunderten hat man sich nicht mehr daran gekehrt, auch in den abgeschlossenen Konkordaten hat die Kurie nichts Derartiges durchsetzen können.

Auch dieser neueste Erlaß wird an den hergebrachten staatlichen Zuständen nicht das Geringste ändern, hat aber der kirchenfeindlichen Presse wieder reichlichen Anlaß gegeben, den „Kampf gegen Rom" mit einem plausiblen Vorwand zu schüren. Aber auch jeder gemäßigte Mann muß mit Bedauern den Kopf schütteln über scheinbare Kraftstöße, die doch wirkungslos bleiben werden und müssen, und die höchstens den Frieden derer stören, die ihn halten möchten.

Frankreich.

Am 13. Juli, also zu einer Zeit, in der sich die Kammern eher mit dem Budget des kommenden Jahres beschäftigen sollten, wurde in Paris dasjenige für 1911 endlich angenommen. Solche Pflichtversäumnis, die sich selbstverständlich nur Parlamente leisten dürfen, ist keine Ausnahmeerscheinung, denn sehr selten sind die Jahre gewesen, in denen man das eigentlich gesetzwidrige Auskunftsmittel der provisorischen Budgetzwölftel vermieden hat. Die Verzögerung der Beratung des einen Budgets behindert natürlich die Vorbereitung des folgenden, und so wird das Übel von Jahr zu Jahr ärger. Diese Erscheinung zeigt sich übrigens nicht nur in Frankreich, sie ist überhaupt eine Begleiterscheinung des in seiner Selbstgefälligkeit verfallenden Parlamentarismus, weil er mit souveräner Pflichtenlosigkeit bekleidet wurde in einer Zeit, in der man eine, nach irgend einem Wahlrezept zusammengebrachte Versammlung für den wirklichen Ausdruck des souveränen Volkswillens hielt. Man ist von solcher Überschätzung längst abgekommen, am meisten in Frankreich, wo noch mehr wie in anderen Ländern die Parlamentsverhandlungen zum „Gaurisankar des Geschwätzes" angeschwollen sind, wie ein Pariser Blatt mit treffendem Witze bemerkte. Zur Entschuldigung für diese unerhörte Verschleppung der Hauptaufgabe der Pariser Kammern kann man nicht einmal anführen, daß andere dringende Gesetze erledigt worden wären. Weder hat der Senat die Steuerreform, noch die Kammer die Wahlreform, die sich seit Jahren hinziehen, durchberaten, für Volksschulgesetze, Beamtenstatut rc. hat sich keine Zeit gefunden, dafür hat aber die sogenannte Budgetberatung seit November 1910 nicht weniger als vier Ministerien verbraucht: zwei Kabinette Briand, sowie die Ministerien Monis und Caillaux. Das Bezeichnendste dabei ist, daß diese vier Änderungen nicht den geringsten Wechsel in der Politik gebracht haben, es handelte sich bloß um Verschiebung der Personen, andere wollten auch einmal heran, es waren Intrigen der Parlamentarier, denen Pflichtgefühl und Sorge fürs Vaterland längst zur Phrase geworden sind, die man wohl zur Beschönigung eigensüchtiger Pläne noch anwendet. Es bedarf nun kaum der Erwähnung, daß niemand solchen Ministerien eine Träne nachweint, aber die notwendige Folge von allem ist das Sinken der Achtung vor solchen Kammern, vor der Autorität der aus ihnen hervorgegangenen Regierungen, überhaupt vor jeder Autorität. Wem im öffentlichen und bürgerlichen Leben etwas nicht mehr paßt, der kündigt einfach den Gehorsam auf, streikt und revoltiert. Das Mißtrauen gegen die Regierung und alles, was von ihr kommt, ist so stark, daß weder Arbeitgeber noch Arbeiter etwas vom Alterspensionsgesetz wissen wollen. Der alles verschlingende Radikalismus schließt jede Besserung aus, und immer mehr kommen die Republikaner dahinter, daß ihre Sympathien und Kämpfe für Ideale nur einige Demagogen in die Höhe geschoben haben. Die misera contribuens plebs befindet sich übler wie unter dem Kaiserreich, wo die Mittelmäßigkeiten wenigstens durch Autoritäten zusammengehalten wurden. Das einzige, was die Republik noch einigermaßen zusammenhält, ist die Revancheidee, die als Schmerzenskind mit aus Zärtlichkeit und Furcht gemischten Gefühlen seit 40 Jahren gehegt und gepflegt wird.



Senator Antoine Monis, Ministerpräsident.

Bis zum Nationalfest.

Das neue Jahr begann mit einer die ganze Lage der Republik bezeichnenden Handlung des Präsidenten Fallières: er begnadigte den vom Schwurgerichte in Rouen zum Tode verurteilten Kohlenverlader Durand, auf dessen Anstiften der „Fuchs" (Streikbrecher), der Arbeiter Dongé, erschlagen worden war, zu sieben Jahren Gefängnis. Der Arbeiterverband hatte mit Aufruhr in Paris gedroht, setzte auch das Wiederaufnahmeverfahren des Prozesses durch, und Durand wurde am 15. Februar aus dem Gefängnis entlassen. Um

Dongé und seine Witwe kümmerte sich kein Mensch mehr, aber Durand war der Gesprächstoff der Zeitungen. Die Kammer wählte am 10. Januar den Kandidaten der Regierung, Brisson, wieder gegen Deschanel, aber erst in der Stichwahl und mit nur acht Stimmen Mehrheit. Wegen des Verhaltens Rußlands bei der Potsdamer Begegnung war in Frankreich große Unruhe entstanden, die Pichon am 12. durch eine günstige Schilderung der äußeren Lage und des korrekten Verhaltens der russischen Politik zu beschwichtigen suchte. Was nützt aber den Chauvinisten ein Bündnis mit Rußland, wenn es beim Revanchekrieg nicht mittun will? Zur Befestigung des Kabinetts trug die Rede Pichons nichts bei. Am 17. feuerte ein aus dem Irrenhause Entlassener von der Zuschauertribüne in der Kammer zwei Revolverschüsse auf den Ministerpräsidenten Briand ab, durch die ein Ministerialbeamter verletzt wurde. Am 26. lehnte die Kammer mit 316 gegen 210 Stimmen den Antrag auf Beseitigung der Erhöhung der Deputiertendiäten auf 15.000 Franken ab. Die Beunruhigung über das Verhalten Rußlands und insbesondere über die Zurückziehung der russischen Truppen von der deutschen Grenze hörte trotz allem nicht auf, und Pichon sah sich am 2. Februar veranlaßt, im Senat abermals beschwichtigende Erklärungen abzugeben, aber mit wenig Wirkung. Dafür hatte die Regierung an dem gleichen Tage die Befriedigung, daß die Kammer die Kosten für die marokkanische Politik mit 468 gegen 88 Stimmen bewilligte. Die Budgetdebatte nahm eine immer größere rednerische Ausdehnung an. Am 23. Februar starb der Kriegsminister General Jean Jules Brun, der sich wohl mit den besten Absichten trug, Mißstände in der Armee zu beseitigen, aber nicht genug Charakterstärke gegenüber politischen Strömungen besaß. Er hat die Grundlage für den Aufschwung des französischen Militärfliegerwesens gelegt und sein Begräbnis erfolgte auf Staatskosten.

Mittlerweile war das Ministerium Briand den parlamentarischen Strebern überständig geworden. Noch hatte Pichon am 23. einen Erfolg, indem er gegenüber dem Antrag Sembats auf Verschiebung des Baues von zwei Panzerkreuzern die Vertrauensfrage stellte und eine Mehrheit von 350 gegen 189 Stimmen erzielte, aber am folgenden Tage eröffneten die Combisten, Berteaux an der Spitze, den Angriff gegen das Ministerium wegen zu nachsichtiger Behandlung der noch von den Kongregationen geleiteten Anstalten. Briand bezog sich auf gerichtliche Entscheidungen und betonte den republikanischen Charakter des Ministeriums, das aber ohne eine entschiedene republikanische Mehrheit nicht fortbestehen wolle und darum die Vertrauensfrage stelle. Die Abstimmung ergab nur eine Mehrheit von 16 Stimmen für das Kabinett, das noch abends den Rücktritt beschloß. Damit war eine verzwickte Lage entstanden, da eine Mehrheit, die das Ministerium gestürzt und dadurch die Verpflichtung zur Übernahme der Regierung hatte, nicht vorhanden war. In der Rücktrittserklärung des Ministerium schrieb Briand: „Die Mehrheit zerbröckelt, und mir paßt es nicht, mich den Ausschreitungen eines niedrigen Antiklerikalismus zu überlassen, um Stück für Stück eine Autorität zu verteidigen, die von gewissen Leuten geflissentlich untergraben wird." Am Fastnachtsdienstag war das neue Ministerium Monis fertig, dem niemand einige Dauer versprach. Außer dem Ministerpräsidenten traten von den Ministern nur hervor der Kriegsminister Berteaux, der dieses Amt schon einmal ohne Ruhm bekleidet hatte, und Delcassé, der bescheiden das Marineministerium angenommen hatte; das Äußere erhielt Cruppi. Das Wiederauftreten Delcassés erregte ziemliches Aufsehen, man glaubte, ihn für die Seele des wenig hervorragenden Kabinetts ansehen und von ihm die Wiederaufnahme der deutschfeindlichen Politik sowie die Beschleunigung der Tunisierung Marokkos erwarten zu dürfen. Am 6. März trat das Ministerium vor die Kammer. Die Programmrede Monis', die für die Mit- und Nachwelt kein Interesse mehr hat, wurde nur mit geteiltem Beifall aufgenommen, doch war das Vertrauensvotum verhältnismäßig groß, es betrug 309 gegen 115 Stimmen, allerdings bei 173 Stimmenenthaltungen. Das Programm unterschied sich eigentlich nur in Worten von dem Briands, wodurch die Klarheit der Lage nicht vermehrt wurde.

Während sich die Budgetdebatte weiter hinschleppte, begann das neue Kabinett sich auch zu betätigen. Zunächst mußte der Deputierte Malvy, der den Anstoß zum Sturze Briands gegeben hatte, belohnt werden; es wurde für ihn eine neue Unterstaatssekretärstelle „zur Reform des Gefängniswesens" mit 33.000 Franken Gehalt geschaffen. Auch für die Flotte geschah etwas; seit Delcassé administrativ an der Spitze stand, schoß sie plötzlich ausgezeichnet, 60% Treffer, der reine Weltrekord! Aber der neue Unterstaatssekretärposten gab am 21. Anlaß zu einem furchtbaren Lärm der Sozialisten gegen den Ministerpräsidenten, der schließlich das Unterstaatssekretariat als Vertrauensvotum mit 363 gegen 103 Stimmen bewilligt erhielt. Anfangs April wurden im Ministerium des Äußern umfangreiche Aktendiebstähle entdeckt, die noch in die Zeit Pichons fielen, es fand eine Reihe von Verhaftungen statt. Schlimmer waren die Winzerunruhen im Departement Aube. Dergleichen ist in Frankreich nichts Seltenes. Schon 1907 hatten große Winzerunruhen im Süden stattgefunden, die das Ministerium Clémenceau mit großer Milde behandelte. Im Januar hatten Winzeraufstände an der Marne mit Plünderungen und Brandschatzungen der Schaumweinfabriken stattgefunden, und Briand schickte, als der Schaden angerichtet war, Militär „zur Aufsicht" hin. Jetzt war es an der Aube losgegangen, und man hatte wie üblich die Maires, Gemeinderäte, Steuereinnehmer 2c. verjagt, die Embleme der Republik besudelt und die rote Fahne aufgepflanzt an einigen Orten, um die Regierung recht zu ärgern, sogar die deutsche. Infolge der Unruhen in der Champagne hatte die Regierung Bestimmungen in der Kammer annehmen lassen, die das Gebiet des Champagners begrenzte. Das war natürlich nicht nach tatsächlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach den Wünschen politisch einflußreicher Leute geschehen. Darüber hatten sich

die schwer benachteiligten Winzer an der Aube empört, veranstalteten auch in Troyes am 10. April eine Riesendemonstration, die schließlich aber noch unblutig verlief. Militär ließ sich nicht sehen. Am folgenden wiederholten sich aber an der Marne die Plünderungen, die sich hauptsächlich gegen Fabriken richteten, die aus anderen Bezirken eingeführte Weine zu Champagner verarbeiteten. Die Regierung wußte sich nicht Rat und legte die Angelegenheit dem Staatsrat vor. Der Senat nahm aber einen Antrag an, die Einteilung der Weinbezirke wieder aufzuheben, und Monis erklärte sich damit einverstanden. Darauf gingen aber die Demolierungen in der Champagne von neuem los, und es mußte Militär herbeigerufen werden. Es gab wohl noch einige Zusammenstöße mit dem Militär, aber Ende des Monats war die Ruhe wiederhergestellt.

Nachdem die Kammer am 15. das Budget durchberaten hatte, ging sie in die Osterferien. Präsident Fallières schiffte sich am Ostersonntag in Toulon ein, um in Begleitung des Marineministers Delcassé nach Tunis zu reisen. Er sagte in Toulon, er sei sicher, in Tunis Huldigungsbeweisen für Frankreich zu begegnen. Er wurde von sechs Panzerschiffen und zehn Torpedobooten begleitet, am 18. in Biserta von einem italienischen und einem englischen Geschwader sowie von einem spanischen Kreuzer begrüßt, wofür er den Königen Dankdepeschen sandte. Nach der Parade am folgenden Tage fand an Land ein Festmahl statt, an dem die Kommandanten der Schiffe teilnahmen. Am 19. traf Fallières in Tunis ein, die Eingeborenen, die äußeren Glanz lieben und für prunkende Worte zugänglich sind, empfingen den großen „Sultan der Reumis" mit den erwarteten Huldigungen, es fand eine Truppenbesichtigung mit einer feierlichen Phantasie der Araber und ein Frühstück in der Residenz statt, bei dem Präsident und Bey einander gegenseitig versicherten, daß die tolerante Friedensarbeit Frankreichs die Wohlfahrt Tunesiens herbeigeführt habe. Am 20. weihte Fallières einen Teil der Bahn Susa—Sfax ein und kehrte am 27. nach Toulon zurück. In Paris bereitete indessen einer der noch nicht in Tunis konzessionierten Abgeordneten eine Interpellation für die Kammer vor, warum frühere Minister und Budgetberichterstatter die schönsten Plantagen und Bergwerkskonzessionen in Tunis besäßen, und warum über die Anleihen für Tunis niemals Rechnung gelegt worden sei. Währenddem war in Paris eine große Anzahl von Personen wegen Ordensschwindeleien, Unterschlagungen von Staatsgeldern 2c. verhaftet worden. Alle Welt beschäftigte sich damit und vergaß Marokko und Winzerunruhen. Eingeweihte Leute meinten, das sei nicht die Hauptsache, aber man könnte bei den Haussuchungen vielleicht Dinge finden, die einem oder dem anderen die Wahl zum Nachfolger Fallières' verleiden dürften.

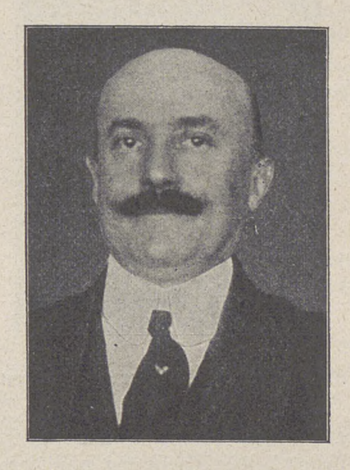
Im Ministerium saß Berteaux, der bisher immer der Vorkämpfer für die Ansprüche der streiklustigen Eisenbahnangestellten gewesen war. Es war darum ganz logisch, daß der Eisenbahnminister Dumont die Direktionen der Privatbahnen in einem geharnischten Briefe aufforderte, nach dem Wunsche der Kammer die „reuigen" Eisenbahnstreiker wieder einzustellen. Das war zwar ein gewaltiger Eingriff in die bürgerlichen Privatrechte, aber die Sozialisten unter Jaurès waren ja eine Hauptstütze des Kabinetts. Die Direktionen weigerten sich, nur die Nordbahn wollte 81 Streiker wieder anstellen, die Eisenbahner drohten mit einem neuen Streik. Am 1. Mai waren in Paris heftige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei vorgekommen, wobei die letztere wie immer die größere Anzahl von Verwundeten zählte. Da erschien Monis am 3. auf der Polizeipräfektur, lobte die Polizisten und schmückte einen Offizier, der einen Messerstich erhalten hatte, mit dem Kreuze der Ehrenlegion. Jaurès war darüber wütend. Die Altersversicherung sollte am 3. Juli in Kraft treten, infolge der Agitation des Arbeitsbundes hatte sich aber beim Ablauf des Anmeldetermins am 1. Mai kaum die Hälfte der Arbeiter einschreiben lassen. Zahlreiche bessere Arbeiter sind bei Privatgesellschaften versichert, zu denen sie mehr Vertrauen haben wie zum Staate, und die richtigen Sozialdemokraten hielten sich an die Versicherung ihrer Agitatoren: bevor die Rente in Kraft trete, würde schon der Zukunftsstaat fertig sein, und dann werde man einfach nehmen statt zu zahlen. Präsident Fallières machte am 11. und 12. seinen Gegenbesuch in Brüssel. Die Empfänge und offiziellen Veranstaltungen unterschieden sich äußerlich wenig von den letzten Fürstenbesuchen in der belgischen Hauptstadt, auch der franzosenfreundliche Teil der Bevölkerung beteiligte sich lebhaft an Beifallskundgebungen. Die Katholiken demonstrierten dagegen durch gänzliche Fernhaltung, selbst die adeligen Damen erschienen nicht beim Gartenfest im Laekener Schloßpark, und der päpstliche Nuntius lehnte es ab, das diplomatische Korps vorzustellen. Am 18. traf das dänische Königspaar zum Besuche in Paris ein und wurde mit großem Empfang begrüßt. Präsident Fallières gab den Gästen zu Ehren ein Frühstück, an dem auch die Minister Cruppi und Delcassé teilnahmen.

Am 23. sollte die Kammer wieder zusammentreten, die Stimmung dem Ministerium gegenüber war gewitterschwül. Der Senat, der seine Tätigkeit des sehr verbesserungsbedürftigen Budgets wegen bereits begonnen hatte, hatte sich mit einem offenen Schreiben an den Präsidenten der Republik um Schutz der Verfassung gewendet, weil die Minister in der Eisenbahnerfrage, bei Bergwerkskonzessionen 2c. bloß nach den Abstimmungen der Kammer ohne Berücksichtigung des Senats vorgegangen seien. Das parlamentarische Gewitter kam aber nicht zur Entladung. Am 21. sollte von Issy-les-Moulineaux aus der Wettflug Paris-Madrid angetreten werden, Monis und Berteaux hatten sich auf den Flugplatz begeben. Das Wetter war ungünstig windig. Als der Flieger Train aufgestiegen war, wollten die Minister über den Platz gehen. Train war mit seinem Apparat nicht zufrieden und wollte zum Startplatz zurück. Er warnte das Publikum durch Winke vor dem niedergehenden Flugzeug, wich noch der die Minister begleitenden Kürassiereskorte aus, fuhr aber dann in die dicht dahinter gehenden Minister hinein, die er wegen der Reiter

nicht sehen konnte. Die Flugschraube verletzte Berteaux tödlich, Monis hatte beide Füße gebrochen und war im Gesicht verwundet, ein Offizier des Gefolges schwer verletzt. Der verstümmelte Berteaux verschied bald darauf. Die bedauernswerte Katastrophe erregte in der ganzen Welt die tiefste Teilnahme. Die Frage der Fortdauer des Kabinetts tauchte sofort auf, aber Monis zeigte sich ungemein tapfer und erklärte, er werde bleiben. Tragisch war das Schicksal Berteaux', der ein entschiedener Förderer des Flugsports gewesen war und nun durch einen Flugapparat umkommen mußte. Im Kabinett war er die eigentliche Triebfeder für radikalsoziale Maßregeln gewesen. General Goiran, Kommandant des 6. Armeekorps, wurde sein Nachfolger. Die Kammer hatte inzwischen die Debatte über die Wahlreform begonnen, die Mehrheit war für die mit dem Listensystem verbundene Verhältniswahl, wodurch man das System der Wahlversprechungen mit dem damit zusammenhängenden Günstlingswesen beseitigen wollte. Der Kriegsminister stellte eine starke Vermehrung der Infanterie, Genietruppen und Festungsartillerie in Aussicht, vergaß aber, woher die Mannschaften dafür kommen sollten, ebenso eine Verjüngung der Generalität und der Kaders. Delcassé fuhr fort, die Flotte zu loben, um Stimmung für sein Flottenbauprogramm nach dem Muster des deutschen Flottengesetzes zu machen.

Am 7. Juni starb der Senator und ehemalige Ministerpräsident Maurice Rouvier im 70. Lebensjahre. Er war ein hervorragender Finanzminister, dem die Flecken aus der Panamazeit nicht nachgetragen wurden. Die deutschfranzösische Entspannung nach dem Sturze Delcassés war seine letzte Staatsaktion als Ministerpräsident. In der Kammer war inzwischen die Champagnerfrage zur Beratung gekommen und führte bald zu einer Ministerkrise. Der Staatsrat hatte die Aube als zweite Champagnerzone erklärt, die Regierung wollte außerdem mit einem Gesetz auf Abänderung des Nahrungsmittelfälschungsgesetzes helfen, ein Teil der Winzer wollte überhaupt keine Zoneneinteilung, und die Mehrheit der Kammer war derselben Ansicht. Das Ministerium war nicht einmal einig, und an der Aube mußte das Militär gegen neue Ausschreitungen vorgehen, während die Winzer an der Marne die Zoneneinteilung wünschten. In der Kammer wurde am 8. und 9. Juni heftig gelärmt, aber das Ministerium noch nicht gestürzt. Am 10. Juni tauschten der in Paris eingetroffene türkische Thronfolger Jussuf Issedin und Präsident Fallières Besuche aus. Am 15. überbrachte Kronprinz Alexander von Serbien dem Präsidenten Fallières das Großkreuz des Kara Georgewitsch-Ordens und erhielt das Großkreuz der Ehrenlegion, im Elysee fand ein Frühstück statt. Die verfahrene parlamentarische und ministerielle Lage fand einen nach der Ursache unerwarteten Ausgang durch ein unglaublich ungeschicktes Gerede des Kriegsministers Goiran im Senat. Bei der Budgetberatung gab er auf eine Interpellation die unglückliche Erklärung ab, Frankreich habe keinen Generalissimus, sondern nur einen Vizepräsidenten des obersten Kriegsrates. Im Kriegsfalle werde es keinen alleinigen Oberbefehlshaber geben, die einzelnen Armeegruppen würden unter dem Gesamtministerium stehen. Das sei auch richtig, denn selbst Napoleon I. habe infolge seines alleinigen Oberbefehles Frankreich kleiner hinterlassen, als er es übernommen hatte. Diese allen Anschauungen und Traditionen der Franzosen widersprechenden Äußerungen gingen den Leuten doch über die Hutschnur. Anstatt aber Goiran fallen zu lassen, ließ Monis den Bericht über die Senatssitzung in den betreffenden Stellen als auf einem Druckfehler beruhend hinstellen und auch das Ministerium bei den Interpellationen in der Kammer am 23. Juni für den Kriegsminister eintreten. Der Monis vertretende Justizminister Perrier verlangte sogar ein Vertrauensvotum, das aber mit 248 gegen 224 Stimmen abgelehnt wurde, worauf das Kabinett demissionierte.

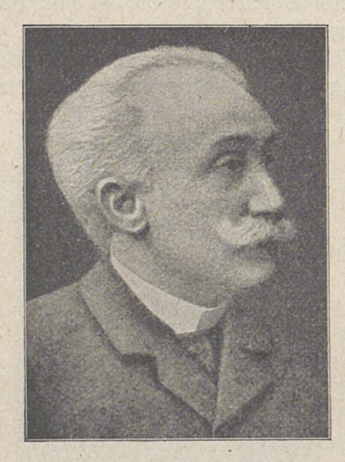
Präsident Fallières befand sich gerade in Rouen zur Tausendjahrfeier der Normandie und



M. Caillaux, Ministerpräsident.

beauftragte Caillaux mit der Neubildung des Kabinetts, das am 28. zu stande kam. Inzwischen hatte die Kammer ein siebentes provisorisches Budgetzwölftel bewilligen müssen, da der Senat mit der Budgetberatung noch nicht fertig war. Das neue Ministerium enthielt neun Mitglieder des früheren, aber nur drei in ihren bisherigen Ämtern, darunter Delcassé, Kriegsminister wurde Messimy; unter den neu Eingetretenen sind zu nennen der bisherige Seinepräfekt de Selves als Minister des Äußern, und der Briandist Klotz als Finanzminister. Es war ein Sammelministerium aus allen radikalen Gruppen, das eine geschickte Führung erforderte. Am 30. trat das neue Kabinett vor die Kammer und erhielt für sein Programm ein Vertrauensvotum mit 367 gegen 173 Stimmen. Caillaux erklärte die Abgrenzungsfrage und die Erledigung der Wahlreform durch die Einigung aller Republikaner für zunächst dringlich und stellte weitere Reformen, den Schutz der Laienschulen, die Erledigung des Einkommensteuergesetzes durch den Senat, ein Beamtenstatut, die Regelung der Stellung der Eisenbahnen zum Staate 2c. in Aussicht und erklärte, die Regierung werde wirklich regieren. Das war allerdings nötig, denn gerade war ein Anschlag auf der Strecke Paris—Rouen entdeckt

und nur durch einen glücklichen Zufall verhütet worden, wobei es sich nicht um gewöhnliche Sabotage, sondern um einen überlegten Massenmord handelte. Der neue Eisenbahnminister Augagneur, der selbst radikaler Sozialist ist, stellte am 3. Juli neue gesetzgeberische Maßregeln in Aussicht. Die Beratungen über die Wahlreform zeigten, wie ungewiß die Mehrheitsverhältnisse für sie seien, am 10. machten die Sozialdemokraten furchtbaren Skandal, weil Caillaux im Gegensatz zu Monis ablehnte, die Bahnen zur Wiederanstellung der Streikrädelsführer und Saboteure zu zwingen. Sie wollten aus Rache dafür gegen die Erledigung des vom Senat abgeänderten Budgets obstruieren. Sie überlegten sich aber die Sache, und das Budget wurde in der Nacht vom 12. zum



M. de Selvos, Minister des Äußern.

13. zwischen Kammer und Senat vereinbart, worauf wie üblich beide Kammern vor dem Nationalfest bis zum Herbst vertagt wurden.

Weitere politische Ereignisse.

Präsident Fallières, der am 6. Juli zu Schiffe seinen Gegenbesuch in Holland abgestattet und dabei die üblichen Begrüßungen und Ehrenbezeigungen empfangen hatte, hielt zum Nationalfest am 14. in Gegenwart der Minister und des diplomatischen Korps wie alljährlich große Parade ab. In Ermanglung ausländischer oder gar exotischer Fürstlichkeiten dienten als „Attraktion" die Manöver dreier lenkbarer Luftschiffe, noch mehr aber, daß sich — nach Agadir — der deutsche Botschafter mit dem Minister des Äußern in der herzlichsten Weise unterhielt. Auf der Rückfahrt wurde Präsident Fallières von einer Anzahl von camelots du roi angeulkt. Das Publikum fand das aber bei dieser Gelegenheit für unpassend und verprügelte die Burschen, von denen mehrere verhaftet wurden. Caillaux trat den revolutionären Agitatoren schärfer entgegen, ließ einige Antimilitaristen von Ruf verhaften und mehrere Haussuchungen vornehmen. Justizminister Cruppi ließ alle über ein Jahr verurteilten politischen Gefangenen, die bisher im Pariser Gefängnis Santé ein vergnügtes Leben führten, nach Clairvaux bringen. Das richtete sich namentlich gegen den wegen Aufreizung zu Mord und Gewalttat auf vier Jahre eingesperrten Hervé, der bisher vom Gefängnis aus ganz gemütlich seine Hetzartikel für die „Guerre sociale" weitergeschrieben hatte. Dafür sollten Caillaux und Cruppi von der „jungen revolutionären Garde" verhauen werden. Aber die Polizei war dahinter gekommen, und als die wackeren Gardisten am Abend des 25. das Tor des Justizministeriums stürmen wollten, wurden sie von der Polizei verjagt und verprügelt, und zwar wiederholt, sobald sie sich wieder zu sammeln versuchten. Es geht also auch in Paris, wenn man will. Von Ministern, die durch solche Straßenexperimente selbst erst in die Höhe gekommen sind, konnte man es freilich kaum verlangen. Darum hatten sich auch die Revolutionäre so sicher gefühlt, denn sie durften ihren Kampf gegen Gesellschaft und Ordnung nahezu ungehindert treiben. Wie Caillaux noch in der Kammer mitgeteilt hatte, waren in den letzten neun Monaten 2936 Fälle von Sabotage an Eisenbahnen vorgekommen. Nur ungewöhnlichen Aufgeboten von Bahnpersonal, Polizei und Militär verdankte man die Verhütung größerer Unglücksfälle. Dabei sind nicht einmal alle Soldaten zuverlässig, denn manche sind so fortgeschritten republikanisch, daß sie mitsabotieren. Was soll aber aus der Revanche werden, wenn der Soldat als Bahnwächter verwendet werden muß.

Der Marokkostreit erregte in der Bevölkerung wenig Aufmerksamkeit, da selbst die Gewohnheitsprediger der Revanche wußten, daß deswegen kein Krieg mit Deutschland ausbrechen werde. Die Börse versuchte freilich am 26. Juli durch einen Kurssturz einen Beutezug auf anderer Leute Taschen, und die Presse, die dazu mitgeholfen hatte, setzte auch weiter ihre tägliche Sensationsmacherei fort, war aber wenigstens so patriotisch, Armee, Flotte und Volksstimmung zur Unterstützung der französischen Unterhändler herauszustreichen, ganz verschieden von der deutschen Presse, die nichts unterließ, was die Arbeit der deutschen Diplomaten erschweren konnte. Dem echten Franzosen war der unausgesetzte Tageslärm mit dem ewigen Rufen nach England in hohem Grade widerwärtig. Die hetzende Sensationspresse hatte dagegen alles Gefühl für das Demütigende verloren, das das beständige Verstecken hinter dem dicken Schilde Albions für Frankreich haben muß. Gerade weil man diesmal sicherer vor dem Kriege war wie 1905, benahm sich diese Presse sehr dreist gegen Deutschland, obgleich bei dem Antimilitarismus in der Armee, der Sabotage auf den Eisenbahnen, dem Streit um den Oberbefehl 2c. Frankreich doch wahrhaftig nicht sehr kriegsbereit erschien. Und bald kam auch noch die Untauglichkeit des Pulvers für die Flotte hinzu. Die Teuerung führte in den nördlichen Departements zum förmlichen Aufruhr. Man hat ja den Leuten die große Revolution so hoch gepriesen, daß sie nun bei der geringen staatlichen Autorität bei jeder Gelegenheit eine kleine Revolution in Szene setzen, natürlich mit allen Begleiterscheinungen, Gewalttaten und Verwüstungen der großen, und die Führer der Sozialisten stehen immer bereit, um die Leitung zu übernehmen. Trotz aller inneren Nöte unterließ die Regierung

nicht, anscheinend auf Englands Drängen, Vorkehrungen für eine immerhin mögliche militärische Aktion zu treffen, und sandte sogar zwei Generäle vom Generalstab nach Petersburg. Der englische General French hielt sich wochenlang an der Ostgrenze auf, besichtigte die Befestigungen von Verdun bis Belfort und konferierte mit den kommandierenden Generälen des 6. und 20. Armeekorps. Wahrscheinlich haben seine Berichte dazu beigetragen, daß aus der von England bezweckten gemeinsamen Aktion gegen Deutschland nichts wurde. Die Langwierigkeit der Verhandlungen in Berlin machte allerhand Feindschaften gegen das Ministerium mobil, selbst aus dem eigenen Lager, aber Caillaux ließ ruhig ankündigen, er werde die Kammer erst nach dem Abschluß der Verhandlungen wieder einberufen, was die Kammerintriganten sehr übelnahmen.

Die unausgesetzten Hetzereien der Sensationspresse wegen der Entschädigungen am Kongo und die übermäßigen Anpreisungen der Armee mit dem unüberwindlichen Aeroplan hatten schließlich doch so etwas wie Kriegslust hervorgerufen, man glaubte sich wieder einmal stark und überlegen, es war darum gut, daß die Verhandlungen dem Ende zuneigten. Der Ministerstürzer Clémenceau war aus Argentinien, das er für eine englische Zeitung bereist hatte, zurückgekehrt, alle Gegner des Kabinetts hofften auf ihn. Aber Caillaux wußte sich zu verteidigen. Die „Aktion française“ behandelte ausführlich die Frage, ob Clémenceau von englischem Gelde abhängig sei, ein gänzlich aussichtsloser Prozeß wurde vor die Geschworenen gebracht, bloß um darzutun, daß sich Clémenceau und Briand der Polizeispitzel bedient hatten. Weiteren politischen Zeitvertreib brachte der Skandal von Udschda* in Marokko, wo der bekannte General Toutée den Generalkommissär Destailleur und mehrere Beamte wegen Unterschlagungen hatte verhaften lassen. Bei den unklaren Kompetenzverhältnissen war es selbst zweifelhaft, ob der General überhaupt dazu berechtigt war, selbst wenn die Beamten ein wenig zu deutlich in ihre Taschen kolonisiert und tunisiert hatten. Schließlich wurde Toutée abberufen, den Beamten geschah nichts. Gegen Ende Oktober wurde vom „Petit Journal“, jedenfalls aus spanischen Quellen, der Inhalt des Vertrages zwischen Frankreich und Spanien von 1904 veröffentlicht, der letzterem die ganze marokkanische Nordküste zusprach. Das war das Werk Delcassés, der von der Enthüllung nicht erbaut war. Als am 4. November das Übereinkommen mit Deutschland abgeschlossen und die Kammer auf den 7. einberufen war, konnte Caillaux den Gewinn Marokkos, um den sich seit 1904 außer dem unermüdlichen Delcassé, Rouvier, Sarrien, Clémenceau, Briand, Pichon und Monis bemüht hatten, ziemlich mühelos einstreichen, er konnte sogar sicher sein, daß man, trotz des übertriebenen Lärmes wegen der Abtretungen am Kongo, sein Ministerium nicht stürzen werde, denn ganz Frankreich fühlte sich erleichtert, als der Handel endlich zu Ende war, und zwar ohne Revanchekrieg. Die Stimmung gegen Deutschland besserte sich indessen nicht, denn die Franzosen kränkt nicht wirklich die Entschädigung am Kongo, sondern der „coup d'Agadir“, der mit einem Male die schönsten Aussichten, Europa zu leimen, zunichte gemacht hatte.

Die Kammersitzung konnte nur kurz sein, denn sie mußte wegen der Senatswahlen bald geschlossen werden. Es konnte sich also nur um die Budgetberatung und um den neuen Vertrag handeln, die üblichen Allotria und Ministerstürzereien mußten verschoben werden. Die Kammer beschloß auch mit 323 gegen 261 Stimmen, sofort mit dem Budget zu beginnen. Am 8. November veröffentlichte der „Matin“ auch den Wortlaut des Vertrages mit Spanien, und sofort erhob sich in den anderen Blättern gewaltiger Lärm über die Indiskretion und über die Unordnung in den Bureaus des Ministeriums des Äußern. Die muß allerdings groß sein, denn in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten machte Herr de Salves über die Verhandlungen mit Spanien Angaben, die er nächsten Tages widerrufen mußte, nachdem man die entscheidenden Akten endlich aufgefunden hatte. Der Direktor im auswärtigen Amte Bapst verlor seinen Posten. Am 16. traf König Peter von Serbien zum Besuche in Paris ein und wurde mit dem üblichen Zeremoniell empfangen. Der Besuch hatte schon im Mai stattfinden sollen, war aber wegen des Unglücks von Issy-les-Moulineaux unterblieben, und der König war von Basel wieder heimgereist. Die Presse begrüßte ihn herzlich und hob hervor, daß er die Schule von St. Cyr besucht und 1870/71 mit gegen Deutschland gefochten habe. Die Bevölkerung begrüßte ihn trotz des ungünstigen Wetters recht lebhaft. Beim Besuche im Elysee hatte er sich beim Aussteigen heftig am Bein verletzt, er hinkte infolgedessen und wegen seines alten Gichtleidens stark. Bei dem offiziellen Mahle im Elysee wurden sehr freundschaftliche Trinksprüche gewechselt. Der König besuchte auch die Schule von St. Cyr. Der Präsident der Republik überreichte ihm als ersten die neue Erinnerungsmedaille für Kämpfer von 1870/71.

Die Kammer hatte für die Budgetberatung ein abgekürztes Verfahren beschlossen und kam darum rasch vorwärts. Die Stellung des Ministeriums war durchaus nicht glänzend, es wurde bloß nicht gestürzt, weil sich kein Nachfolger der Nachrede aussetzen wollte, unter ihm sei das deutsch-französische Abkommen angenommen worden. So sind die Franzosen, sie waren innerlich ganz froh darüber, wollten es auch mit großer Mehrheit annehmen, aber das Abkommen mußte einen dauernden Makel erhalten, weil man es Deutschland hatte zugestehen müssen. Die absichtlich harmlosen Darstellungen der sommerlichen Vorgänge durch Grey im englischen Parlament erweckten bei den Franzosen die Befürchtung, daß die Entente mit England nichts wert sei und jedenfalls nur Frankreich verpflichte. Am 6. Dezember kam der russische Minister des Äußern Ssasonow von seiner Nachkur in der Schweiz auf einige Tage nach Paris, der Minister des Äußern de Selves war bei seiner Ankunft anwesend, gab ihm zu Ehren ein Mahl und hatte auch mehrere längere Unterredungen mit ihm. Er erhielt auch das Großkreuz der Ehrenlegion, aber

die Presse nahm wenig Notiz von ihm, da er in Potsdam die großen Hoffnungen der Franzosen enttäuscht hat. Am 14. begann in der Kammer die Debatte über das Marokkoabkommen unter dem stillschweigenden Übereinkommen, den Vertrag anzunehmen, aber danach das Kabinett deswegen zu stürzen. Minister de Selves spielte bei der Vertretung des Vertrages eine klägliche Rolle, Caillaux mußte am 18. mit einer sehr verständigen und wirkungsvollen Rede die Hauptarbeit leisten. Am 20. nahm die Kammer das Abkommen mit 393 gegen 36 Stimmen bei 141 Stimmenenthaltung an, das Resultat der Abstimmung wurde mit eisigem Schweigen aufgenommen. Würdiger hätte die Kammer gehandelt, wenn sie die unumgängliche Annahme, wie ursprünglich angeregt worden war, ohne



General M. Joffre, der Generalissimus der französischen Armee.

die sechstägige, nicht immer vornehme Diskussion bewerkstelligt hätte. Im übrigen fuhr die Kammer in der eifrigen Beratung des Budgets fort und kam am 27. damit zu Ende. Da der Senat am 30. noch nicht mit der Budgetberatung fertig war, bewilligten beide Kammern ein provisorisches Budgetzwölftel, bevor sie in die Ferien gingen. Der Senat hatte für die Behandlung des Marokkovertrages eine besondere Kommission eingesetzt, die unzweifelhaft darauf ausging, einen Sündenbock ausfindig zu machen, den man zur größeren Ehre der Republik für den Vertrag mit Deutschland in die Wüste hinausstoßen könnte. Daß man das Abkommen trotz dieses patriotischen Schaustückes auch mit großer Mehrheit annehmen werde, verstand sich von selbst.

Armee und Marine.

Die Jahresereignisse haben es mit sich gebracht, daß Frankreich unablässig an Heer und Flotte gearbeitet hat. Man hat aus der „Alerte" von 1905 unzweifelhaft eine gute Lehre gezogen, wollte nicht zum zweitenmal überrascht werden und sich genötigt sehen, in aller Eile die Befestigungen an der Ostgrenze in stand zu setzen. Ein Übelstand der Republik ist freilich in diesem Jahre besonders stark hervorgetreten: vier Kriegsminister in einem Jahre! Zwei von ihnen sind ja gestorben, aber doch haben viermal die leitenden Gesichtspunkte gewechselt, denn in Frankreich ist der Kriegsminister eigentlich oberster Kriegsherr. Abermals in diesem Jahre ist dem Beobachter aufgefallen, daß diese Republik, die seit 40 Jahren den letzten Mann für den Revanchekrieg vorbereitet, noch immer nicht darüber klar ist, wer im Ernstfalle den Oberbefehl zu führen hat. Mit demokratischem Mißtrauen haben die bürgerlichen Gewalthaber immer vermieden, eine so große Gewalt einem ihrem Kreise nicht Angehörigen anzuvertrauen. Der Kriegsminister Messimy hat in einem Ministerrat am 28. Juli durchgesetzt, daß künftig der Chef des allgemeinen Generalstabes den Oberbefehl über die Hauptarmee im Kriege führen soll, der zunächst dem General Joffré übertragen wurde. Das Kriegsbudget bezifferte die Gesamtstärke der Armee auf 555.670 Mann, 1476 mehr als im Jahre vorher, was auf die zufällige Steigerung der männlichen Geburten im Jahre 1890 zurückzuführen ist. Im übrigen leidet das Land immer mehr unter dem Rückgang der Anzahl der Rekruten. Es werden darum alljährlich zahlreiche Leute eingezogen, die als untauglich wieder entlassen werden müssen, und der Krankenstand in der Armee ist ungewöhnlich hoch. Dabei nimmt die Zahl der Deserteure und der bei der Stellung Ausgebliebenen alljährlich um mehrere Tausende zu, wohl infolge der antimilitaristischen Agitation. Nach der Darstellung des Finanzministers Klotz soll die mobile Armee in erster Linie 1,400.000 Kämpfer zählen, hinter denen weitere 1,400.000 Reservisten zu Reserveregimentern in zweiter Linie stehen; die Territorialarmee (Landwehr) zählt 1,700.000 Mann. Nach dem neuen Kadergesetz sollen bei der Infanterie 598 Bataillone (in Deutschland 633) bestehen, dazu kommen noch 36 Bataillone von der Kolonialarmee, die in Frankreich stehen. Die Kavallerie soll zehn selbständige Divisionen erhalten (Deutschland hat nur eine bei der Garde). Diese Bestimmungen haben den Zweck, die Armee stärker und schlagfertiger zu machen. Die Dragoner- und Chasseurregimenter der selbständigen Kavalleriedivisionen sollen mit einer Lanze mit Metallschaft ausgerüstet werden. Die Versuche mit einer neuen Felduniform wurden fortgesetzt. Die zwanzig Gebirgsbatterie haben ein neues 65 Millimeter-Rohrvorlaufgeschütz — ein neues System — erhalten.

Die großen Manöver, die zwischen dem 1. und 6. Armeekorps stattfinden sollten, wurden angeblich wegen Klauenseuche im letzten Augenblick abgesagt und fanden beim 7. Armeekorps (Besançon), dem drei Brigaden und eine Kavalleriedivision zugeteilt wurden, statt. Als Gäste waren Großfürst Boris und der marokkanische Sondergesandte El Mokri anwesend. Es waren mehrere lenkbare Luftschiffe und einige zwanzig Flugapparate tätig, die bei günstigem Wetter ausgezeichnete Dienste leisteten, aber an einem stürmischen Tage dartaten, daß man die Kavallerie als Aufklärungstruppe nicht entbehren kann. Die Infanterie zeigte ihre bekannten Vorzüge im Gefecht, die Artillerie leistete Hervorragendes, ebenso die Luftschiffer, über die Kavallerie lauteten nicht alle Urteile günstig. Der dritte Manövertag wurde durch Einwirkung des sehr tüch-

tigen Manöverleiters, General Chomer, zu einer Art Parademanöver für die von Paris gekommenen Gäste: Ministerpräsident Caillaux und Kriegsminister Messimy, umgestaltet. Ende August hatten beim 1. Armeekorps (Verdun) Manöver stattgefunden, bei denen die Artillerie und die Flieger vorzügliche Leistungen aufwiesen. General French war dabei anwesend. Die Franzosen machten von ihren Flugzeugen ein wenig viel Wesens, sie müssen immer ein überlegenes Kriegsspielzeug haben — 1870 war es die Mitrailleuse, vor zehn Jahren das Unterseeboot und jetzt der Aeroplan.

Trotz aller ernsten Bemühungen und anfeuernden Reden hat der Marineminister Delcassé die Flotte noch nicht aus ihrem langjährigen Verfall auf die gewünschte Höhe emporheben können. Die Flottenmanöver wurden am 4. September in Toulon durch eine Schauparade vor dem Präsidenten Fallières eingeleitet, bei der Delcassé in bezug auf die deutsche Flottenparade in Kiel bei Anwesenheit des Erzherzog-Thronfolgers von einer „Irreleitung" sprach und seine gediegene Flotte herausstrich. Drei Wochen darauf flog der Panzerkreuzer „Liberté" im selben Hafen infolge von Selbstentzündung des Pulvers in die Luft. Nun wurde auch bekannt, daß man in der Marine von der Gefährlichkeit des Pulvers längst unterrichtet war. Jetzt wurde sämtliches Pulver ausgeschifft, und Delcassés glänzende Flotte war gänzlich gefechtsunfähig. Rechnet man hiezu noch die zahlreichen anderen Unglücksfälle der Flotte, die mißlungene Konstruktion des Linienschiffes „Mirabeau", sowie die Unzahl von Sabotierungen auf den Kriegsschiffen, in den Docks und Arsenalen, so wird man zu der Überzeugung kommen, daß Herr Delcassé seine Hoffnungen für Wirklichkeit hält oder ausgibt. Es muß noch viel mehr gebaut und vor allen Dingen noch viel militärisch erzogen werden, bevor die französische Flotte wirklich so bereit sein wird, wie er sagte.

Verschiedenes.

Nach der Volkszählung vom 5. März hat Frankreich noch immer nicht die vierzigste Million erreicht, es fehlen dazu noch 400.000 Einwohner. Die Zunahme in den letzten fünf Jahren betrug 349.264 und war etwas stärker wie im Jahrfünft vorher. Der geringe Zuwachs beruht aber nicht auf der Zunahme der Geburten, sondern auf der Verlängerung der Lebensdauer. Die Geburtszahlen mit 385.999 im Jahre 1911 sind noch hinter denen des bisher ungünstigsten Jahres 1909 (397.710) zurückgeblieben. Im ersten Halbjahre 1911 wurden 404.278 Todesfälle, 18.279 mehr als Geburten, gezählt.

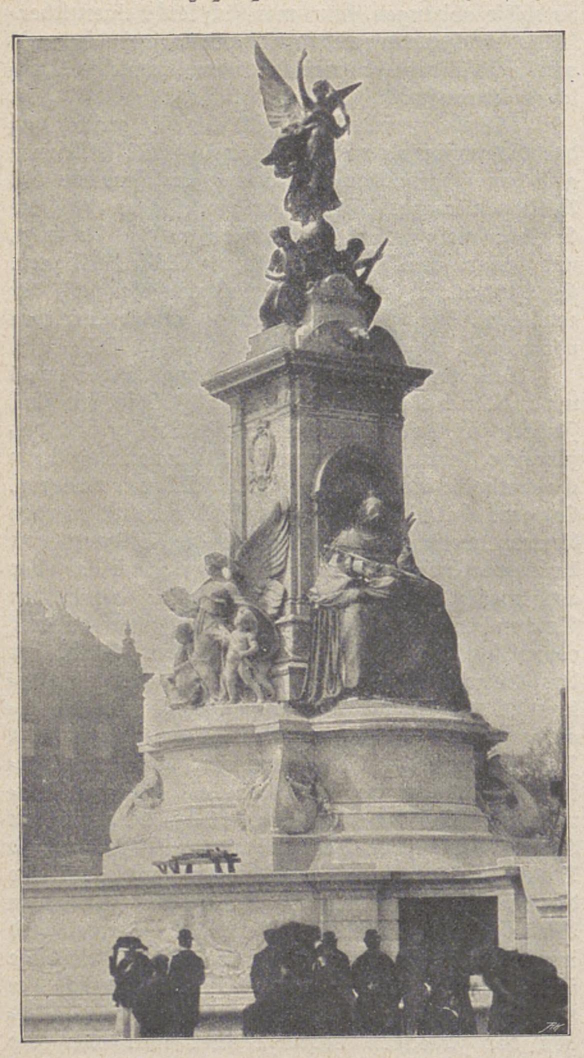
Die politische Vorherrschaft des Südens ergibt sich aus folgender Vergleichung. Im Norden gibt es 10 überaus industriell tätige Departements mit $7^3/_4$ Millionen Einwohnern, die 315 Millionen Steuern aufbringen. Dagegen haben 17 Departements zwischen Pyrenäen und Cevennen $6^1/_4$ Millionen Einwohner, die nur 244 Millionen Steuern zahlen. Aber während diese südlichen Departements in den letzten fünf Jahren 38 Minister gestellt haben, kamen auf jene nördlichen nur drei. Da nun bekanntlich von den Ministern alle Beamtenstellen, Begünstigungen, Unterstützungen und Steuernachlässe abhängen, kann man sich leicht einen Überschlag machen, wieviel der Norden auf die meist von Südländern betriebene republikanische Wirtschaft daraufzahlt.

Die Handelsstatistik für 1911 ergibt, daß der Gesamtumsatz von 13.407 auf 14.332 Millionen gestiegen ist; im Vorjahre betrug der Zuwachs 518 Millionen mehr. Dabei hat im Jahre 1911 die Einfuhr viel stärker zugenommen als die Ausfuhr, und zwar beträgt die Differenz 257 Millionen. Es handelt sich meist um Fabrikate, die trotz der erhöhten Schutzzölle Frankreichs zu konkurrieren vermögen.

Das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche vom 9. Dezember 1905 ist seit fünf Jahren in Kraft getreten. Die Kirche hat das jährliche Kultusbudget von 35 Millionen und ihren Gesamtbesitz von mehr als 350 Millionen verloren. Letzterer hätte zum größten Teil gerettet werden können, wenn der Papst nicht die Bildung von Kultusvereinen verboten hätte. Der Staat hat aber auch wenig davon gehabt, denn 90% sind in den Taschen der Liquidatoren und tausender anderer republikanischer Größen verschwunden. Wohl hat das Gericht die Honorarforderungen des Liquidators Menage um 75% herabgesetzt und den Liquidator Duez wegen Unterschlagung zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, aber die Millionen sind eben verschwunden, und die republikanische Gerechtigkeit wagt sich nicht an den politischen Einfluß der jetzigen Besitzer heran. Menage und Duez gehörten selbstverständlich nicht dazu, sie dienten als Sand für die Augen der grollenden Masse. Die materielle Lage der Kirche wird immer schlechter, da auch die freiwilligen Beiträge fortwährend geringer werden. Der Besuch der Priesterseminare geht mit Riesenschritten zurück. Wegen der schlechten Lehrergehälter sinkt auch der Besuch der Lehrerseminare. Da Leute mit dem elementaren Bildungspatent — und natürlich mit einflußreichen Empfehlungen — angestellt werden dürfen, kommt es ohnehin mehr auf diese wie auf gute Seminarzeugnisse an.

Großbritannien.

Seit sechs Jahren steht das Vereinigte Königreich unter der Herrschaft der Liberalen, die aber an sich der festgefügten unionistischen Partei gegenüber sich in der Minderheit befinden und genötigt sind, sich auf die nationalistischen Irländer und die bereits zur Sozialdemokratie übergegangene Arbeiterwelt zu stützen.



Königin Viktoria-Denkmal vor dem Buckingham-Palast in London.

Aus eigener Kraft befindet sich die liberale Partei nicht mehr am Ruder, und ihre beiden Hilfstruppen verfolgen rücksichtslos die eigenen Zwecke, sie sind die eigentlichen Herren in England. Das politische Spiel zweier Parteien, die einander in der Regierung ablösten und worin man noch vor einem halben Jahrhundert das eigentliche Wesen des Parlamentarismus erblicken zu müssen glaubte, hat aufgehört, seitdem man nach dem Muster des französischen Gleichheitsparlamentarismus Reformen eingeführt und Parteispaltungen hervorgerufen hat. Heute bestimmt nicht mehr die Mehrheit die Maßregeln der Regierung, sondern Minderheiten geben den Ton an. In der inneren wie äußeren Politik kann man das bestätigt finden. Die Iren verlangen für ihre Unterstützung die Selbstverwaltung (Homerule) für ihre Insel, und da dafür nie die Zustimmung des Oberhauses zu erlangen gewesen wäre, mußte dieses seiner Rechte entkleidet werden, wobei die Arbeiterpartei bereitwilligst mitwirkte. Das Entgegenkommen der Lords zu einer zeitgemäßen Reform des Hauses fand nicht die geringste Beachtung, weil den Hilfstruppen der Regierung damit nicht gedient war. Gladstone hatte noch die Einkommensteuer für einen Notbehelf in außergewöhnlichen Zeiten erklärt, ganz im Sinne der Sozialdemokraten hat dagegen Lloyd George die Einkommensteuer ständig und mit hohen Sätzen gemacht, außerdem Grund und Boden stark belastet, um die Mittel für seine hochgespannten, aber wenig durchdachten sozialen Pläne zu beschaffen. Die Schuldentilgung ist deswegen in den Hintergrund getreten, und die englischen Konsols, die noch vor fünf Jahren auf 90 standen, sind auf 77 gesunken. Dabei sind die Arbeiter mit der kostspieligen Arbeiterversicherung, die am nächsten 15. Juli in Kraft treten soll, keineswegs zufrieden, sondern sie werden für die weitere Unterstützung des Ministeriums neue Forderungen stellen und durch Riesenstreiks unterstützen, wenn sich das Kabinett überhaupt am Leben erhält.

Im abgelaufenen Jahre ist die Stellung der Liberalen im Lande sichtlich schwächer geworden, alle Ersatzwahlen haben ansehnliche Stimmenverluste gezeigt, in den meisten Fällen sind die Unionisten Sieger geblieben. Trotz parlamentarischer Erfolge hat die Regierung keineswegs einen Zuwachs an Macht erfahren, denn sie hat nur durch die unbeliebten Irländer und durch die infolge ihrer Streiks sehr mißliebig gewordenen Arbeiter gesiegt, bei den Wählern aber wegen ihrer durch die Mehrheitsverhältnisse gebotenen Unsicherheit und Mangel an Zielbewußtsein an Achtung eingebüßt. Die leitende Kraft im Kabinett ist weder der die parlamentarische Intrige beherrschende Asquith, noch der in der äußeren Politik wenig gewandte Lloyd George. Gladstone hatte einst die splendid isolation erfunden und war darauf sehr stolz, denn sie sicherte der englischen Politik vollkommene Aktionsfreiheit. Asquith und Grey scheinen davor förmlich Furcht zu haben, aber sie besitzen nicht das Geschick, die von Eduard VII. eingeleitete Ententenpolitik mit Erfolg für das Land fortzuführen. Die Handelskammer von Manchester, dem Hauptsitz der freihändlerischen Liberalen, hat gegen Ende des Jahres einstimmig ihr Mißtrauen ausgesprochen wegen der die englischen Handelsinteressen schädigenden Willfährigkeit gegen Rußland. Sir Grey scheint tatsächlich nur die Nachteile der Bündnispolitik einzuheimsen, denn Frankreich und Rußland können auch sehr unbequeme Geschäftsfreunde sein. Das ganze

Jahr hindurch war das sichtbare Bestreben erkennbar, eine auf die öffentliche Meinung berechnete populäre Politik zu treiben, um dem sinkenden Ansehen aufzuhelfen. Die einstigen Abrüstler und Gegner der Flottenverstärkung haben das höchste britische Marinebudget aufgestellt und ihre Ankündigungen neuer Dreadnoughts mit drohenden Worten begleitet, die auch altenglischer politischer Grobheit nicht entbehrten. Die Unionisten hatten seit Jahren die Abneigung und Furcht vor Deutschland geschürt, um ihre Pläne auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu fördern. Die liberalen Abrüstler im Ministerium gingen weiter, sie waren bereit, den populären Krieg gegen Deutschland zu führen, wenn Frankreich mitgemacht hätte. Natürlich wurde nichts daraus, die inneren Schwierigkeiten konnten nicht durch populären Kriegslärm übertönt werden. Das britische Ansehen hat durch den Mißerfolg nicht gewonnen, es hat sich aber wieder einmal gezeigt, daß schwache Regierungen eine größere Kriegsgefahr sind als starke.

Das erste politische Halbjahr.

In den ersten Tagen des Jahres vollzog sich in London ein denkwürdiges Ereignis, das die Sensationspresse aller Länder als „Belagerung von Houndsditch" bezeichnete. Muromzew und Genossen, die als „Expropiateure" in Rußland unter politischen Vorwänden Raubmorde, Erpressungen und Diebstähle aller Art begangen hatten, waren mit dem Rest ihrer Beute nach England geflüchtet, wo sie Asyl fanden. „Politische" Verbrecher haben dort immer Aufnahme gefunden, während man armen Teufeln, die ohne dieses Mäntelchen nach England kommen, um dort ehrlichen Erwerb zu suchen, den Eintritt möglichst erschwert. Seit Palmerstons Zeiten hat man in England grundsätzlich das Asylrecht an solche Leute verschwendet. Das mochte angehen, solange es sich um politische Flüchtlinge aus Westeuropa handelte, deren Vergehen tatsächlich politischer Natur waren, aber bei den nihilistischen und anarchistischen Mordgesellen aus Rußland überwog doch die verbrecherische Gesinnung. So hat sich in den Verbrecherquartieren Londons ein volles Nest der anarchistischen Terroristen nahezu unbelästigt bilden können. Muromzew, dem anscheinend die Gelder ausgegangen waren, hatte mit seinen Genossen bei einem Diebeszuge auf ein Juweliergeschäft mehrere brave Polizisten gemordet und sich dann in einem Hause der Sydneystraße verschanzt. Mit einem Aufgebot von 1000 Polizisten, der schottischen Garde, Maschinengewehren und Spritzen gelang es endlich, in das hartnäckig verteidigte, in Brand geratene Haus einzudringen, in dem man nur noch drei verkohlte Leichen fand. Bei dem mehrtägigen „Gefecht" war auch der Minister des Innern Churchill anwesend. Man scheint sich entschlossen zu haben, mit den Anarchisten von London gründlich aufzuräumen.

Am 31. Januar trat das Parlament zusammen und wählte bei seiner Konstituierung einmütig den Sprecher Lowther wieder. Der Schatzkanzler Lloyd George war nicht anwesend, sondern weilte wegen eines hartnäckigen Kehlkopfleidens im Süden. Die feierliche Eröffnung geschah am 6. Februar durch den König persönlich, der mit seiner Gemahlin unter dem üblichen Zeremoniell erschienen war und die Thronrede mit klangvoller Stimme verlas. Sie begann mit einer Huldigung für den verstorbenen König, erwähnte die in Stellvertretung des Königs Georg soeben beendete Bereisung der südafrikanischen Kolonien durch den Herzog von Connaught und bezeichnete mit den üblichen Worten die Beziehungen zu den Mächten als dauernd freundlich; die besondere Stellung zu Frankreich und Rußland wurde nicht berührt. Nach Kündigung des Handelsvertrages seien neue Verhandlungen mit Japan eingeleitet worden, über die Verhältnisse in Persien lauteten die Worte der Thronrede viel glimpflicher, als man nach dem bisherigen brüsken Vorgehen Greys erwartet hatte. Der König verlas weiter, daß er nach der Krönung Indien bereisen und seine Thronbesteigung persönlich bekanntgeben wolle. Er erwähnte auch die für den Mai einberufene Reichskonferenz. Die Thronrede kündigte ferner die mit Spannung erwarteten Vorschläge zur Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Häusern des Parlaments, Ausdehnung der Alterspensionen und Versicherung der Industriearbeiter gegen Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit an. Das Königspaar, das seit der Begräbnisfeier für König Eduard zum erstenmal in feierlichem Aufzug erschien, wurde mit ganz außerordentlichem Enthusiasmus von der Bevölkerung begrüßt, besonderen Eindruck machte es, daß König Georg, nicht wie sein Vater Feldmarschallsuniform, sondern Admiralsuniform trug und sich somit als „Sailor King" (König der Seeleute) bekannte. Die Adreßdebatte zog sich bis zum 15. hin, die Potsdamer Begegnung, die persischen und türkischen Ereignisse wurden eingehend erörtert, wobei Lord Landsdowne das jungtürkische Regime rücksichtslos tadelte, und der Minister des Äußern Grey unüberlegt unfreundliche Äußerungen über die Türkei machte.

Am 21. brachte Asquith unter dem enthusiastischen Beifall seiner Mehrheit die Vetobill mit demselben Wortlaut wie im Vorjahre ein. Er erklärte, es sei lächerlich, von der Regierung zu behaupten, sie wolle eine despotische Einzelkammer errichten. Er sprach verbindlich, aber fest. Die Erwiderung Lord Balfours klang versöhnlich und entgegenkommend, doch erklärte er mit großer Entschiedenheit, seine Partei wolle mit diesem revolutionären Vorgehen der Regierung nichts zu tun haben. Am folgenden Tage wurde die Bill in erster Lesung mit 351 gegen 227 Stimmen angenommen. Die Mehrheit brach in lauten Beifall aus und Churchill erklärte, die Regierung lehne jeden Kompromiß ab. Den ersten Gegenzug versuchte Lord Landsdowne, der im Oberhause eine Reformbill ankündigte. Da die Regierungsmehrheit im Unterhause fest entschlossen war, dem Oberhause das Vetorecht zu nehmen, so war auf diesem Wege nur eine Verschleppung zu erreichen. Die weiteren Verhandlungen sind ohne Belang, da im Vorjahr schon alles vorgebracht worden war,

was sich für und wider das Oberhaus sagen läßt. Was jetzt noch geredet wurde oder geschah, bezweckte bloß auf der einen Seite die Verzögerung, auf der anderen die Beschleunigung der Beratung. Die Budgetberatung stand auch unter diesem Zeichen. Als am 9. März das Haus um 5 Uhr früh noch tagte und Austen Chamberlain die Vertagung beantragte, erklärte sich Churchill im Namen des Ministeriums dagegen, und es wurde unter fortwährendem Lärm bis 10 Uhr debattiert. Das im Budget ausgedrückte neue Flottenprogramm, das den Bau von fünf Dreadnoughts mit einem Mehrerfordernis von 75 Millionen Mark verlangte, stieß auf Einspruch bei der äußersten Rechten und Linken. Als aber der Marineminister Mac Kenna am 14. erklärte, wenn Deutschland sein Flottenprogramm nicht erweitere, so könnten vielleicht im nächsten Jahre die Forderungen für die Flotte vermindert werden, rief er einen minutenlangen Beifallssturm hervor. Er gab übrigens zu, daß er sich im Vorjahre in seinen Angaben über die deutsche Flotte geirrt habe. Unter noch größerem Jubel machte Grey die Mitteilung, Großbritannien sei bereit, mit den Vereinigten Staaten einen dauernden Schiedsvertrag abzuschließen. Seine weitere Rede war eine nach allen Seiten wohl abgezirkelte Friedenserklärung, der auch recht freundliche Worte für Deutschland nicht fehlten. Es wurde auch viel über Abrüstung geredet, aber nicht, daß England den Anfang machen solle. Alles dies, wie weitere phantastische Ausführungen Greys in den nächsten Tagen hatten nur den Zweck, die Mehrheit für das Marine- und Heeresbudget möglichst groß zu machen.

Asquith setzte unter strenger Anwendung des Zwangsschlusses durch, daß die Beratung des (vorjährigen) Budgets am 3. April zu Ende kam, und nun sollte die eigentliche (zweite) Lesung der Vetobill vor und nach Ostern ernstlich betrieben werden. Die Vorlage besteht nur aus vier Paragraphen, aber es waren bereits 900 Abänderungsanträge (800 von den Unionisten) eingebracht worden. Mit Hilfe einer langen Nachtsitzung wurde die erste Klausel der Bill am 19. durchgesetzt, die Annahme der zweiten erfolgte Ende des Monats. Am 4. Mai legte der wieder genesene Schatzkanzler Lloyd George seinen nationalen Versicherungsentwurf vor, bei dessen Begründung er vielfach auf das deutsche Versicherungswesen hinwies. Die Vorlage wurde in erster Lesung einstimmig angenommen. Im Oberhause brachte Lord Landsdowne am 8. seinen Reformentwurf ein, nach dem das Haus etwa 350 Mitglieder zählen soll, darunter 100 von den jetzt erblich berechtigten Peers gewählt, 100 von der Krone ernannt, 120 indirekt von der Bevölkerung gewählt werden, die übrigen Prinzen und Träger von Virilstimmen sein sollen. Der Entwurf wurde in erster Lesung angenommen. An dem gleichen Tage war im Unterhause die zweite Lesung der Vetobill beendet worden. Am 11. begann gleichzeitig im Unterhause die dritte Lesung und im Oberhause die zweite Lesung des Reformvorschlags. Die Vetobill wurde im Unterhause am 15. mit 362 gegen 241 Stimmen angenommen, und am folgenden Tage brachte Lloyd George das neue Budget ein, das Dank der Überschüsse der letzten Jahre keine neuen Steuern nötig macht. Die Parlamentsmitglieder sollen eine jährliche Entschädigung von 400 Pfund erhalten. Das laufende Jahr bringe hohe Ausgaben, namentlich für Heer und Flotte, aber die nach dem Flottengesetz erfolgende Verminderung der deutschen Flottenbauten mache eine Verminderung der englischen Flottenrüstungen nötig, wenn nicht eine neue „Drohung" dazwischen kommen sollte. Dadurch würden die Mittel für die Versicherungsgesetzgebung ohne neue Steuern beschafft werden. Am 23. Mai beantragte Viskount Morley in dem dicht besetzten Oberhause die zweite Lesung der Vetobill, Lord Middleton erklärte für die Unionisten, sie würden für die zweite Lesung stimmen, aber die Vorlage wesentlich amendieren. Das Haus vertagte sich am 1. Juni auf vier Wochen. Das Unterhaus beschäftigte sich mit der Budgetberatung und vertagte sich am 20. wegen der Krönungsfeier.

Die Königskrönung.

In erhebender Weise und unter Entfaltung nie gesehenen Pomps, der die Macht des britischen Reiches sinnbildlich darstellte, wurde in London die Krönung König Georgs V. vollzogen. Die Krönungsgebräuche sind einzig in ihrer Art, und Jahrhunderte sind an ihnen, die an die mittelalterlichen Zeiten des Feudalismus, der Kirchenherrschaft und des Rittertums erinnern, fast spurlos vorübergegangen. Die Engländer finden freilich nichts an dem krassen Widerspruche, der zwischen den verfassungsmäßigen Scheinrechten des Königs und dem absolutistischen Pomp besteht. Es gibt ja noch andere Widersprüche. Aus allen Teilen der Welt waren die Vertreter der Kolonien herbeigekommen, während daheim immer mehr die Selbständigkeit betont und die Zugehörigkeit zur britischen Krone nur noch so weit beachtet wird, als ein politischer oder wirtschaftlicher Vorteil damit verknüpft ist. Aber die Herrscher aller zivilisierten Länder hatten die hervorragendsten Vertreter entsendet, um dem Königspaar ihre Glückwünsche auszusprechen. Einer der zuerst eingetroffenen Gäste war der deutsche Kronprinz mit Gemahlin, der dem König am 20. im Auftrag des Kaisers Wilhelm den Feldmarschallstab überreichte, den Kaiser Franz Josef vertrat der künftige Thronerbe Erzherzog Karl Franz Josef. Schon an diesem Tage nahmen an der Hoftafel 500 Gäste teil. Am folgenden Mittwoch befand sich ganz London bereits im Festtrubel, ungeheure Scharen eingetroffener Fremder durchwanderten die Straßen, um in dichtem Gedränge die Festausschmückung und die Probeillumination zu sehen, denn an dem eigentlichen Festtage wäre für die meisten kein Raum gewesen.

Der Krönungstag war der 21. Juni und begann mit Regen. Von 1/27 Uhr an fuhren die Peers von England, die indischen Fürsten und die anderen Krönungsgäste in Gala in glänzenden Staatskarossen zur Westminsterabtei. Es hörte auf zu regnen, und um 1/210 Uhr setzte sich der Zug

der fremden Fürsten und Vertreter in 14 Staatswagen mit Vorreitern und Postillonen, begleitet von den Royal Horse Guards, vom Buckinghampalast aus in Bewegung. Unter derselben Begleitung begab sich eine halbe Stunde später der Prinz von Wales, vom Publikum lebhaft begrüßt, vom Buckinghampalast nach der Westminsterabtei und um 1/211 Uhr kündeten 21 Kanonenschüsse an, daß der Zug des Königspaares den Buckinghampalast verlassen hatte. Den Zug eröffneten nach altem Brauch die königlichen Schiffsknechte in mittelalterlicher Tracht, es folgten zu Pferde die Adjutanten des Königs, die Generale mit den Feldmarschällen French und Hamilton, die indische Kavallerieeskorte und dann der achtspännige, nur aus Gold und Glas gebaute Krönungswagen mit dem Königspaar, dahinter die königliche Standarte, Lord Kitchener mit den Prinzen des königlichen Hauses, Adjutanten und Leibgarden. Das Königspaar wurde mit unendlichen Hochrufen begrüßt und in der Westminsterabtei von der Geistlichkeit und den höchsten Hofwürdenträgern empfangen und zu den Thronsesseln geleitet. Hinter den Hochwürdenträgern schritten Pagen mit den Kronen der zum Vereinigten Königreich und zum Größeren Britannien gehörigen Länder und deren Standarten, dann folgte die Königin, deren Schleppe sechs junge Mädchen der höchsten Aristokratie trugen, und der König im Krönungsornat mit der Kette des Hosenbandordens, samtenem Staatsbarett und Krönungsmantel, den acht Pagen trugen. Nachdem sich König und Königin auf den Thronsesseln niedergelassen hatten, folgte nach kurzem Gebet die feierliche „Anerkennung“ des Königs. Der Erzbischof von Canterbury stellte den König Georg, „den unzweifelhaften König dieses Königreiches“, vor und forderte zur Huldigung auf. Trompetenfanfaren und die Rufe: „Gott schütze König Georg“ vollzogen die Anerkennung. Nun begann der kirchliche Teil der Zeremonie und nach der Predigt erfolgte die Krönung.

Der König leistete kniend vor dem Hochaltar den Krönungseid auf die Bibel, trat dann vor den historischen Krönungsstuhl König Eduards und wurde vom Erzbischof gesalbt und mit den Insignien der königlichen Macht bekleidet. Der König bestieg nun den Thron, der Erzbischof sprach ein kurzes Gebet und setzte dem König die vom Hochaltar herbeigebrachte Krone (mit dem „Cullinan“-Diamanten) aufs Haupt. In demselben Augenblick setzten alle Peers ihre Kronen auf, einstimmig erklang der Ruf: „Gott schütze den König“, die Trompeten schmetterten und draußen erklangen alle Glocken und die Batterien vom Tower und in den Parks lösten Freudenschüsse. Der Krönung schloß sich die Huldigung an. Als erster leistete sie der Prinz von Wales. Sichtlich bewegt drückte König Georg dem Sohne die Hand und küßte ihn. Nachdem die übrigen Prinzen des königlichen Hauses und die Peers den Treueid geleistet hatten, folgte die Krönung der Königin durch den Erzbischof von Canterbury unter dem fast gleichen Zeremoniell. Nun wurde das heilige Abendmahl gespendet und die Majestäten zogen sich in die Altarkapelle zurück. Als sie wieder erschienen, um die Kirche zu verlassen, empfing sie brausend der Ruf: „Gott schütze den König“. Freudenrufe begleiteten sie bis zum Ausgang, empfingen sie vor dem Gotteshause und pflanzten sich brausend durch die Straßen fort bis zur Ankunft im Buckinghampalast. Es war 3 Uhr nachmittags geworden. Wenige Minuten später erschien das Königspaar noch im Krönungsornat auf dem Balkon und wurde von der Menge mit brausendem Jubel begrüßt. Die Feierlichkeiten waren ohne Störung und Unglücksfälle verlaufen, die Polizei hatte umsichtige Vorkehrungsmaßregeln getroffen, der trübe Himmel, der einige Regenfälle gesandt und nur bei der Rückfahrt des Königspaares der Sonne den Durchblick gewährt hatte, hatte aber auch jede unerträgliche Hitze ferngehalten. Auf der Reede von Spithead hatten alle britischen und fremden Schiffe



Lord Herbert Kitchener.

geflaggt und gaben wie die Landbatterien den Königssalut ab. Nachmittags fanden trotz Regens Sportbelustigungen der Mannschaften von 16 Staaten statt. Abends gab die Admiralität in der Marinekaserne ein Fest, an dem 1500 fremde und 500 britische Seeleute teilnahmen, wegen des Regens wurde die Illumination der Flotte verschoben. London war dagegen in allen Stadtteilen in ein Meer von Licht getaucht. Um 10 Uhr wurden 10.000 Freudenfeuer angezündet. Die meisten Leute verbrachten die Nacht schlaflos.

Am 23. fand der Umzug des Königspaares durch London statt; er ging vom Buckinghampalast nach der City und kehrte durch einen Teil Südlondons auf dem rechten Themseufer nach dem Palast zurück — im ganzen 7 englische Meilen. Der Zug vertrat in drei Teilen zunächst die Kolonien, dann Indien und schließlich kam der eigentliche Königszug. Alles setzte sich um 11 Uhr unter Geschützdonner und Glockengeläute in Bewegung. Es regnete etwas öfter als gestern, dafür war der riesige Zug, obgleich der mittelalterliche Aufputz fehlte, noch interessanter als der Krönungszug, jedenfalls bot er der unzähligen Menge einen Überblick über die militärische britische Macht und erweckte ihre Begeisterung. In der kolonialen Gruppe fuhren die Premierminister der Kolonien, in der indischen mehrere Rajahs. Jedes britische Regi-

ment war durch 25 Mann mit einem Offizier vertreten, daran schlossen sich die fremden Militärattachés und die Deputationen ausländischer Regimenter. König und Königin fuhren im achtspännigen, offenen Wagen und wurden unausgesetzt mit brausendem Jubel begrüßt, und als sie nach der dritthalbstündigen Fahrt zurückgekehrt waren, mußten sie wiederholt auf dem Balkon erscheinen, um die Huldigungen der sich fortwährend erneuernden Menge entgegenzunehmen. Im größeren Teil Londons wurde abends die Illumination wiederholt, aber durch Regen stark beeinträchtigt. Im Auswärtigen Amt fand ein Bankett statt, an dem die königliche Familie sowie die fürstlichen und anderen hohen ausländischen Gäste teilnahmen. Die große Flottenparade von Spithead beschloß am nächsten Tage die Krönungsfestlichkeiten und erfüllte zugleich den Zweck, den fremden Gästen die ganze Größe der britischen Seemacht vorzuführen. Es waren nur 170 englische Fahrzeuge, aber alle erst seit 1902 erbaut, dabei 12 Dreadnoughts, beteiligt, die von 17 Admiralen befehligt wurden. Von 17 fremden Mächten waren Kriegsschiffe anwesend, u. a. von Deutschland „von der Tann", von Österreich-Ungarn „Radetzky", von Italien „San Marco". Das Königspaar fuhr mit den Vertretern der fremden Staaten 1/211 Uhr nach Spithead. Nach einem Frühstück auf der Königsjacht „Viktoria and Albert" begann um 2 Uhr die Revue. Als die königliche Jacht in die Linie der gewaltigen Flotte einfuhr, wurde sie mit mächtigem Geschützdonner begrüßt, von allen Schiffen tönten Hurras. Nach der Revue empfing der König alle höheren Offiziere der fremden Kriegsschiffe. Abends waren trotz des Regens alle Schiffe glänzend illuminiert. Die Gäste begannen in den nächsten Tagen abzureisen. Die noch blieben, nahmen am 27. an dem Gartenfest im Buckinghampark teil. Am 30. gab das Königspaar 100.000 Kindern im Kristallpalast ein großes Fest.

Das zweite politische Halbjahr.

Unmittelbar nach dem Königsjubel begann der politische Kampf wieder. Bei dicht besetztem Hause eröffneten die Lords am 28. Juni die Debatte über die Vetobill. Die liberalen Blätter ermahnten die Lords, die Krone nicht in den Streit zu ziehen, während sie aber selbst ankündigten, Asquith habe bereits die königliche Zustimmung zur eventuellen Ernennung neuer (liberaler) Oberhausmitglieder in der Tasche. Es liegt keine Notwendigkeit vor, auf die Beratungen, Anträge und politischen Schachzüge im Oberhause einzugehen, da der Radikalismus der Unterhausmehrheit schließlich alles abgelehnt hat. Freilich ganz einfach ging es nicht ab. Als am 24. Juli über die vom Oberhause abgeänderte Vorlage im Unterhause beraten werden sollte, ließen die Unionisten den Ministerpräsidenten seine Rede nicht vollenden, wegen unaufhörlichen Lärms mußte die Sitzung vertagt werden. Nachdem aber das Unterhaus am 7. August ein von Balfour beantragtes Mißtrauensvotum mit 365 gegen 246 Stimmen abgelehnt hatte, beschloß es am folgenden Tage, die Vetobill dem Oberhaus ungeändert für die dritte Lesung zugehen zu lassen. Nach erregten Debatten beschlossen dann die Lords am 10. mit 157 gegen 140 Stimmen, auf ihren Amendements zur Vetobill nicht mehr zu bestehen. Die liberale Regierung hatte androhen lassen, sie werde sofort mit der Ernennung so vieler Lords vorgehen, daß die Mehrheit für die Vetobill sicher erreicht würde. Im Oberhause hatten — außer den wenigen liberalen Lords — sich zwei konservative Gruppen gebildet, von denen die eine unter Lord Halsbury unbedingt für das historische Recht des Oberhauses eintreten wollte, werde daraus was da wolle. Die andere Gruppe unter Lord Landsdownes Führung hielt dagegen für klug, jetzt nachzugeben, dem jungen König den verhüllten Staatsstreich mit der Ernennung mehrerer hundert Oberhausmitglieder zu ersparen und bessere Zeiten abzuwarten, in denen man mit denselben Mitteln, die jetzt die Regierung anwandte, die Vetobill auch wieder beseitigen könnte. Waren aber so zahlreiche liberale Peers einmal ernannt, so würde das unmöglich werden. Was sich davon bewahrheiten wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig war das seit 600 Jahren bestandene absolute Vetorecht des Oberhauses in ein bloß aufschiebendes verwandelt worden, und das Ministerium hatte den Weg frei, den dirigierenden Iren in etwa zwei Jahren Homerule zu verschaffen, falls sich die liberale Herrschaft so weit erhält. Ein reformiertes Oberhaus wäre dafür auch schwerlich zu haben gewesen, deshalb setzte Asquith die Entrechtung durch.

Währenddem hatten König Georg und Königin Mary den Hauptstädten von Irland und Schottland einen Besuch abgestattet. Sie reisten am 7. Juli mit dem Herzog von Connaught und der Prinzessin Mary nach Dublin ab, landeten am folgenden Tage in Kingstown und fuhren unter dem Jubel der Menge nach dem Schlosse von Dublin, wo sie bis zum 13. verweilten. Bei seiner Abreise erließ der König eine Botschaft an die Irländer, in der er seine Freude über das herzliche Willkommen der Bevölkerung aussprach. Er begab sich dann nach Carnarvon in der Grafschaft Wales, wo er die feierliche Investitur seines ältesten Sohnes zum Prinzen von Wales nach altem Gebrauche vornahm. Die Feierlichkeit hatte eine unübersehbare Menge herbeigezogen, die aber bei allen Abschnitten der Festlichkeit ausschließlich die Waliser Nationalhymne sang. Am 17. traf das Königspaar unter endlosem Jubel zu mehrtägigem Besuche in Edinburg ein und wohnte in dem wieder bewohnbar gemachten altschottischen Königspalast Holyrood. Die Verleihung einer Fahne an die Leibgarde der schottischen Bogenschützen nach mittelalterlichem Zeremoniell, Paraden, Fahnenweihen, die Einweihung der Kapelle des schottischen Distelordens, die Grundsteinlegung zu einer großen Festhalle, Empfänge zahlreicher Abordnungen und ein großes Parkfest füllten die Zeit bis zum 22. aus.

Schon seit Mai machte sich unter den Arbeitern eine große Bewegung geltend als Folge des überraschend schnell gewachsenen Einflusses der sozialistischen Hetzer Ben Tillett, Tom Mann

und Keir Hardie. Am 14. Juni wurde der Streik der Seeleute durch Raketen angekündigt, die Hafenarbeiter schlossen sich ihnen an, und die Reedereien machten beträchtliche Lohnzugeständnisse, die aber in London und Südwales nur zu neuen Streiks anregten; die bisherigen gewerkschaftlichen Führer waren dagegen machtlos. Anfangs August hatten die Streiks im Londoner Hafen einen bedenklichen Umfang erreicht, der die Hauptstadt der Gefahr einer Hungersnot aussetzte, Eisenbahn-, Straßenbahn- und Omnibusstreik folgten. Lloyd George und Churchill waren nicht unschuldig an dem allgemeinen Geiste des Aufruhrs, denn sie hatten in ihren Wahlreden den Kampf gegen die Reichen, den Adel und die herrschenden Klassen gepredigt. Die Arbeiter legten sich das in ihrem Sinne aus. Die Regierung zögerte lange, gegen die immer mehr zunehmenden Ausschreitungen vorzugehen, schließlich bot sie doch größere Truppenmengen auf, wurde aber dafür von den Arbeiterführern, die soeben ihre Mithilfe bei der Entrechtung des Oberhauses geleistet hatten, heftig angegriffen. Asquith legte am 19. den Streik der Eisenbahner bei, indem er die Eisenbahngesellschaften zu Zugeständnissen nötigte, die sie freiwillig niemals gemacht hätten. Da die sozialistischen Führer bereits den Generalstreik angekündigt hatten, konnte es sich nur um einen Waffenstillstand in der sozialen Revolution handeln, die jeden Augenblick wieder loszubrechen drohte, da die Regierung die Arbeiterpartei zum eigenen Bestande braucht und ihre keineswegs bescheidenen Ansprüche noch begünstigen muß. Die Herrschaft der Sozialdemokratie über die britische Arbeiterwelt hat noch rascher und in größerem Umfang zugenommen, als im vorigen Jahrgang befürchtet wurde.

Nach nur kurzen Sommerferien begann am 24. Oktober die parlamentarische Arbeit wieder. Das Budget war noch nicht durchberaten und von der Versicherungsbill harrten noch vier Fünftel der Erledigung. Die Arbeiterpartei zürnte zwar dem Ministerium wegen der Verwendung des Militärs während des Streiks, hatte aber ebenso wenig wie die Iren Neigung, ihm ihre Unterstützung zu entziehen. Die Unzufriedenheit der Unionisten mit der wenig erfolgreichen Führung Balfours führte anfangs November dazu, daß er „auf ärztlichen Rat" die Leitung der Partei niederlegte und durch den Schotten Bonar Law ersetzt wurde. Auch die Regierung hatte vor dem Wiederbeginn der parlamentarischen Tagung eine Ämterverschiebung vorgenommen, von der am meisten interessiert, daß Mac Kenna und Churchill die Ämter tauschten und letzterer Marineminister wurde. Am 11. November schiffte sich das Königspaar in Plymouth mit großem Gefolge auf der „Medina" zur Reise nach Indien ein.

Während das Ministerium das Unterhaus unter dem steten Drucke des Zwangsschlusses mit Volldampf arbeiten ließ, war das Marokkoabkommen zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen worden, und es folgten rasch hintereinander eine Reihe von Veröffentlichungen, aus denen hervorging, daß die Politik Sir Edward Greys England dem Ausbruch des Krieges sehr nahe gebracht hatte. Unter diesen Umständen war es begreiflich, daß am 27. November das Parlament im Haus und auf den Galerien überfüllt war, weil Grey über die äußere Politik sprechen sollte. Er hatte seine Rede sorgfältig vorbereitet und las sie sogar zum größeren Teile ab. Er machte natürlich gute Miene zum mißlungenen Spiele und stellte selbst die einst ebenfalls abgelesene Rede Lloyd Georges, die alle Welt als Kriegsdrohung aufgefaßt hatte, als harmlos hin. Er mußte aber zugeben, daß die deutsche Regierung ihm darüber „eine scharfe Kritik" habe mitteilen lassen. Im übrigen ist aus der langatmigen Rede nicht viel zu erwähnen, sie sollte vor der britischen Öffentlichkeit seine unschuldsreine Politik beweisen, und erfüllte auch diesen Zweck für alle, die keinen Blick hinter die politischen Kulissen zu tun vermögen. Wie er behauptete, habe England die Kompensation am Kongo vorgeschlagen, mit Frankreich bestehe kein Geheimvertrag, England habe keine geheime Verpflichtung; die Dreierentente wünsche nicht, eine herausfordernde oder aggressive Politik zu verfolgen. Obgleich die lange Rede weder die Befriedigung noch die Beruhigung hervorrufen konnte, die man in weiten Kreisen erwartet hatte, wurde sie doch — echt englisch — von beiden Parteien im Unterhause mit großem Beifall aufgenommen. Die Kritiken der Blätter und des Auslandes stimmten dem freilich nicht zu. Die sich an die Rede anschließende Debatte verlief sehr ruhig und brachte zahlreiche recht deutschfreundliche Äußerungen.

Nach heißen Redeschlachten, in denen Lloyd George mehrfach seinem keltischen Temperament die Zügel schießen ließ, hatte er unter allerlei Zugeständnissen an die einzelnen Gruppen der Mehrheit am 6. Dezember die Versicherungsbill in dritter Lesung mit 320 gegen 21 Stimmen durchgebracht. Die Unionisten hatten sich meist der Stimme enthalten. Von vielen Seiten wurde das Oberhaus bestürmt, gegen das verworrene Gesetz sein Vetorecht auszuüben, damit es einer gründlichen Umarbeitung unterzogen werden könne. Aber die Lords überließen die Verantwortung dafür dem Ministerium und nahmen das Gesetz an. So konnte am 16. Dezember die Parlamentssession mit einer Thronrede geschlossen werden, deren Inhalt fast ausschließlich formeller Natur war. Zwei Tage darauf warf ein junger Bursche, der aus einer Frauenrechtlerversammlung kam, eine metallene Büchse nach den Ministern Grey und Lloyd George und verwundete letzteren nicht unerheblich im Gesicht. — Am 13. Dezember scheiterten der Herzog von Fife mit Familie (die Herzogin ist eine Schwester des verstorbenen Königs Eduard) auf der Reise nach Ägypten mit dem Dampfer „Delhi" an der marokkanischen Küste und konnten nur mit großer Mühe und gänzlich durchnäßt bei Kap Spartel an Land gebracht werden. — Die Arbeiterbewegung hatte gegen Ende des Jahres wieder zugenommen. Die Bergarbeiter forderten die Festsetzung eines Mindestlohnes, am Jahresschluß war noch kein Abschluß erreicht. In Lancashire hatten die Gewerkschaftsführer in zwei Fabriken den Ausstand angeordnet, weil dort Weber

beschäftigt wurden, die nicht dem Verein der Weber angehören wollten. Wegen dieses Verhaltens der Arbeiterführer vereinigten sich die Fabrikanten und sperrten nach Weihnachten zunächst die Weber und dann auch die Spinner aus, so daß die ganze Baumwollindustrie ins Stocken geriet und über eine Million Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Vom „größeren" Britannien.

Am 22. Mai trat die Reichskonferenz zusammen und sollte bis zur Krönung tagen, damit die Kolonialminister daran teilnehmen sollten. Das war für viele die Hauptsache, denn die imperialistische Idee gewinnt in England immer Boden, obgleich der richtige Moment zur Verwirklichung verpaßt worden ist. Heute ist aber selbst die Mehrzahl der Liberalen, ja selbst nicht wenige Mitglieder der Arbeiterpartei imperialistisch gesinnt. Vor dem Burenkriege und bevor England nach dem russisch-japanischen Kriege seine Flotte aus den Meeren zurückzog und angeblich aus Furcht vor Deutschland an den heimischen Küsten konzentrierte, hätte viel erreicht werden können. Seitdem ist aber der Glaube an die Macht und den Schutz des Mutterlandes ins Wanken geraten, und die Kolonien richten ihre Politik danach ein. Das Programm für die Reichskonferenz umfaßte darum auch nur Nebensächlichkeiten, Kanada hatte nicht einen einzigen Antrag gestellt. Die selbständigen Kolonien haben sich mittlerweile zu stattlichen Staatenbildungen herangebildet, die ohne den Beistand Englands eigene Milizen ausbilden, eigene Kriegsschiffe bauen und sogar Handelsverträge abschließen. Die Reichskonferenz brachte den britischen Imperialisten darum auch nur Enttäuschungen. Anträge und Vorschläge, die irgend eine Ausdehnung der Rechte der Kolonien bezweckten, stießen auf Bereitwilligkeit, jede bindende politische Verpflichtung, die auf eine Reichsförderation hinauslief, wurde kühl abgelehnt, Kanada dabei immer an der Spitze. Der kanadische Premierminister Laurier stellte sogar den Antrag, daß die Regierung alle auf die Kolonien (Dominions) beziehenden Klauseln aller Handelsverträge kündigen solle, damit die Dominien freie Hand bekämen. Das ganze Resultat der Konferenz lief auf nicht mehr als die Annahme eines Antrags Lauriers hinaus, es möge eine Kommission für das ganze Reich zur Untersuchung der Handelsbeziehungen im Reiche ernannt werden. Die Konferenz schloß ihre Sitzungen am 20. Juni, der Gedanke, nach der Krönung weiter zu tagen, war fallen gelassen worden. Die Kolonien haben sich bereits einen eigenen Imperialismus gezüchtet, nicht das kleinste Zugeständnis zu Gunsten eines Schutzbundes wurde gemacht, und Laurier sagte nach seiner Rückkehr nach Kanada, er habe mit Erfolg „für die kanadische Selbständigkeit gekämpft".

Ende Januar war die Ernennung des Herzogs von Connaught zum Generalgouverneur und Oberbefehlshaber in Kanada erfolgt. Er sollte diesen Posten erst im September antreten. Die Ernennung zeigte deutlich, welchen Wert man in London darauf legte, die Beziehungen zwischen England und dem mächtig emporstrebenden Tochterland im Norden Amerikas möglichst freundlich zu gestalten. Es war freilich zu bezweifeln, ob persönliche Einflüsse und das taktvolle Benehmen eines königlichen Prinzen noch im stande sein würden, die bereits sehr schwach gewordene Loyalität der Kanadier wieder zu stärken. Eben war zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten ein Abkommen auf Grundlage der Gegenseitigkeit und des freieren Austausches im Handel vereinbart worden. Alle Welt war darüber einig, daß dies der erste Schritt zur Lösung vom Mutterlande war. In Kanada war ein Teil der Regierungspartei damit nicht einverstanden, die Reihen der Unzufriedenen verstärkten sich rasch, weil einige Großmäuler in der Union schon offen von der „Annexion" Kanadas sprachen, und weil viele Kanadier von dem Gegenseitigkeitsvertrag das Übergreifen der Trustwirtschaft in ihr Gebiet befürchteten. Das Resultat von allem war, daß die liberale Partei in den Wahlen Ende September eine entschiedene Niederlage erlitt, und Laurier, der in seiner 15jährigen Regierung das Land zu einer hohen Entwicklung gebracht hat, zurücktreten mußte. Sein Nachfolger wurde Robert Laird Borden. Wäre allein die Rücksicht auf die materiellen Interessen des Landes entscheidend gewesen, so würden die Wahlen unzweifelhaft zu Gunsten des Handelsvertrages ausgefallen sein, der dem Lande große Vorteile eröffnete. Jedenfalls hat die Sorge um die Unabhängigkeit den Ausschlag gegeben, viel weniger das Loyalitätsgefühl, obgleich Wahlaufrufe, ob man „unter König Georg oder König Taft" leben wolle, eine große Rolle spielten. Borden erklärte auch, der Wahlausfall bedeute keine Unfreundlichkeit gegen die Union, wofür in Kanada kein Boden sei, sondern den Willen, die Bande zu erhalten, die das britische Reich zusammenhält. „Das Dominium will aber Herr seines eigenen Schicksals bleiben und sich nicht von anderen Ländern etwas darein reden lassen." Von einem engeren Anschluß an England ist also auch nicht die Rede, und der Jubel der britischen Imperialisten über den Sturz Lauriers, der die Hoffnungen der Reichskonferenz zu nichte gemacht hatte, war verfrüht und wird an der bisherigen und künftigen Sonderstellung Kanadas nichts ändern.

Von der britischen Wehrmacht.

Es ist vielfach gefragt worden, warum England seine Pläne, die deutsche Flotte zu vernichten, nicht ausgeführt hat, obwohl es doch seine Ost- und Südküste von den Orkney-Inseln bis zur Spitze von Cornwall mit einer Reihe von Stützpunkten versehen hat. Neben der alten Gewohnheitspolitik, seine Kriege nicht selbst zu führen, sondern eine Landmacht vorzuschieben, wozu Frankreichs entscheidende Stellen diesmal keine Lust zeigten, scheint auch nicht ohne Einfluß gewesen zu sein, daß eben nicht alles in Ordnung war. Das kommt von der hergebrachten Gepflogenheit, die Leitung des Kriegswesens zu Wasser und zu Lande Ministern anzuvertrauen, die möglichst wenig davon verstehen und darum „ohne Vorurteil", jeder nach seiner

Ansicht, wirtschaften. Das hat seine Vorteile für die leitenden Zivilgrößen des Ministeriums, für die Landesverteidigung führt es aber Verwirrung und Mangel an Einheitlichkeit der Organisation mit sich. Nach den trüben Erfahrungen des Burenkrieges hatte man wohl einen Anlauf genommen, nach sachverständigem Rat Änderungen anzubahnen, aber schon nach wenigen Jahren hatte man den Einfluß der fachmännischen Autoritäten wieder satt, Lord Roberts, der Herzog von Connaught, Kitchener ꝛc. wurden abgeschoben und der „Zivillord" herrschte wieder über Flotte und Heer. Haldanes Territorialarmee ist nun bekanntlich eine gänzlich mißglückte Schöpfung, und die Enthüllungen über die organisatorischen Mängel der Flotte, die bei der Bereitschaftsstellung im Spätsommer zu Tage getreten waren, führten zur Ersetzung Mac Kennas durch den jungen Winston Churchill, der an Sucht, von sich reden zu machen, seinen französischen Kollegen Delcassé noch übertrifft. Um einer Streitschrift des aus der Marine ausgeschiedenen Lord Beresford vorzubeugen, ging er auf dessen nicht unparteilichen Vorschlag ein, einen Marinegeneralstab zu schaffen. Der bisherige erste Seelord Sir Artur Wilson und eine Anzahl anderer Admirale lehnten es ab, als Werkzeug bei diesem innerpolitischen Handel zu dienen, und schieden aus. So kam es, daß erst der neunte Admiral, Bridgeman, zum ersten Seelord ernannt wurde. Zweiter wurde der anerkannt sehr tüchtige Prinz Louis Battenberg, der dritte, Briggs, war geblieben, und vierter wurde Kapitän Pakenham.

Der Flotte waren vom 1. Juli 1910 bis ebendahin 1911 die Dreadnoughts „Neptun", „Herkules" und „Kolossus", 1 Panzerkreuzer, 5 geschützte Kreuzer, 28 Zerstörer und 3 große Unterseeboote zugewachsen, in der Ausrüstung befanden sich 5 neue Dreadnoughts und 2 Panzerkreuzer. Die Zahl der fertigen Dreadnoughts beträgt 15, der Panzerkreuzer 6, bis zum Jahresende liefen noch die Überdreadnoughts (24.000 Tonnen) „König Georg V.", „Centurion" und „Ajax" vom Stapel. Der im Bau begriffene Überdreadnought „Queen Mary" (27.000 Tonnen) soll vorläufig der einzige seiner Art bleiben. Die Überdreadnoughts werden als Hauptwaffe Geschütze von 34·5 Zentimeter erhalten, von deren Konstruktion man sich viel verspricht, das Geschoß wiegt 2300 Pfund. Die Schießversuche damit auf dem neuen Dreadnought „Orion" sollen zufriedenstellend verlaufen sein. Von den Treffern bei den Schießversuchen der Flotte dürfte übrigens erwähnt werden, daß während der Schießübungen des „Kolossus" mit der kleinen Artillerie eine Granate das Linienschiff „Hindostan" traf, auf dem der Prinz von Wales Dienst tut. Der „Hindostan" war mit der Beobachtung der Schießresultate beauftragt und soll wegen Nebels der Scheibe zu nahe gekommen sein. Verletzt wurde niemand. Die Torpedozerstörer sollen auf 7 Geschwader (zu je 12 Schiffen) gebracht werden, so daß sich 60 dieser Schiffe in den britischen Gewässern befinden werden. Bei einer Übungsfahrt anfangs Juli hatten bei schwerer See 7 Torpedozerstörer starke Beschädigungen erlitten, weil wegen der Erschütterungen durch die mit Volldampf arbeitenden Maschinen zahlreiche Vernietungen nachgegeben hatten. Die 68 Unterseeboote sind um 14 neue vermehrt worden, so daß England bereits Frankreich überholt hat. Die neuen „E"-Boote haben einen Verdrang von 800 Tonnen und erhalten als Bewaffnung gegen feindliche Unterseeboote ein 7 Zentimeter-Schnellfeuergeschütz. Die Boote sind als Angriffswaffe gedacht, es wird besonderer Wert auf die Fahrt auf hoher See gelegt. Der Marineminister Churchill machte am 6. November selbst eine Fahrt mit dem Unterseeboot D 2 auf und unter dem Wasser. Die Marine hatte für ihren Dienst ein lenkbares starres Luftschiff, ähnlich dem Zeppelin, konstruiert, das sich im Mai bei den Probefahrten als zu schwer erwies. Nach dem Umbau brach es am 24. September beim Ausbringen aus der Halle mitten entzwei. Es soll ein neues konstruiert werden.

Das Heeresbudget für 1911/12 beläuft sich auf 555 Millionen Mark, die Etatsstärke ist nicht voll erreicht worden, obgleich nachweislich Leute unter dem vorgeschriebenen Alter von 17 Jahren angenommen werden. Die Zahl der Rekruten geht von Jahr zu Jahr zurück, noch mehr der Andrang zur Militärakademie in Woolwich, so daß man schon die Aufnahmebedingungen herabgesetzt hat. Haldane gestand im Februar im Unterhause zu, daß in der Armee und Spezialreserve über 1000 Offiziere fehlen, in der Territorialarmee sogar 1500, und da nimmt man doch selbst Leute dazu, die nicht einmal eine Schießübung mitgemacht haben. General French, der im August zum Generalstabschef ernannt worden ist, hat zwar im Dezember einen nicht ungünstigen Bericht über die Territorialarmee erstattet und sogar einige Fortschritte konstatiert, doch hatte Kitchener zur Krönung nur 10.000 Mann für den militärischen Umzug zugelassen, weil mit den übrigen vor den Augen der fremden Beobachter kein Staat zu machen war. Darüber herrschte großer Unmut, denn zum Krönungsumzug wären auch die gern gekommen, die sich sonst von jedem Dienst drücken. Statt zuzunehmen, geht auch die Ziffer zurück, was selbst Lord Esher, ein Mitglied des Reichsverteidigungsausschusses, der früher die Pläne Haldanes gefördert hat, zugeben mußte. Trotz French ist tatsächlich die Territorialarmee kaum besser als die früheren Volunteers. Das Jahr, in dem die Möglichkeit bestand, daß die reguläre Armee außer Landes gesendet werden konnte, und in dem sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei den großen Streiks verwendet werden mußte, hat nahegelegt, daß die Territorials den Anforderungen zur Erhaltung von Autorität und Ordnung nicht gewachsen sein würden. Alles zusammengerechnet und erwogen, wird erklärlich, warum die Ententegenossen an der Seine gezögert haben, sich in einen Landkrieg mit Deutschland verwickeln zu lassen. — Die Beherrscher der Meere haben in der Luft kein Glück. Auch das von der Armeeleitung angekaufte Lebaudy-Schiff, das glücklich von Paris nach Aldershot geflogen war, ging bei seinem ersten Probeflug in England am 4. Mai beim Landen vollständig zu Grunde.

Verschiedenes.

Über englische Vermögensverhältnisse gab der Schatzkanzler Lloyd George im Mai in einem Parlamentsberichte an, daß 10.000 Personen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 20.000 Mark vorhanden sind. Das Gesamteinkommen dieser „oberen Zehntausend" beträgt 2600 Millionen, im Durchschnitt also 260.000 Mark. Dieser Bericht gibt indessen kein anschauliches Bild über die Verteilung des Reichtums und der höchsten Einkommen, da die Erträge aus dem Grundbesitz nicht mit berücksichtigt sind.

In den Landbesitzverhältnissen vollzieht sich ein beachtenswerter Umschwung, den jahrzehntelange Anstrengungen der Gesetzgebung nicht vermocht haben, durch die Veränderung der natürlichen Lebensbedingungen der Landwirtschaft jetzt von selbst. Vor 150 Jahren schon war die unabhängige Bauernschaft, die Yeomanry, vollständig verschwunden, der Boden befand sich in den Händen des Großgrundbesitzes, Pächter bearbeiteten das Land. Nach der Aufhebung der Getreidezölle ging der Landbau zurück, die Pächter nahmen nach und nach ab, da schließlich der Ackerbau nicht mehr lohnte, und der entwertete Rest freien Landes wurde zu den billigsten Preisen vom Großgrundbesitz erworben, zu Weiden und Jagdgründen umgewandelt. Heute besitzen im Vereinigten Königreich 2194 Personen ungefähr die Hälfte des gesamten Grund und Bodens, darunter 28 Familien den vierzehnten Teil. Das ist also nicht etwa im agrarischen „Ostelbien", sondern im freihändlerischen Großbritannien der Fall. Inzwischen sind die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse, weil der Überdruck der überseeischen Produktion nachzulassen beginnt, gestiegen, große Arbeitsersparnisse werden durch Maschinen erzielt, und die Landwirtschaft lohnt wieder. Infolgedessen können die Großgrundbesitzer einen Teil ihres Landes zu günstigen Bedingungen losschlagen, und seit einigen Jahren hat eine Anzahl großer Grundherren einen Teil ihrer Güter verkauft, meist an bisherige Pächter. Diese Entwicklung geht ganz unabhängig von den politischen Parteiverhältnissen vor sich, denn es sind sowohl Konservative wie Liberale dabei beteiligt. Eine Anregung dazu mag allerdings die von den Konservativen geschaffene irische Agrargesetzgebung und das 1907 von den Liberalen durchgeführte Gesetz zur Begründung kleiner landwirtwirtschaftlicher Betriebe gegeben haben.

Die englische Werftindustrie hat ein Rekordjahr hinter sich. Ende Juni befanden sich auf den Handelswerften 495 Schiffe mit zusammen 1,476.394 Tonnen im Bau (Deutschland 256.000 Tonnen), fast doppelt so viel als vor zwei Jahren und doppelt so viel wie alle anderen schiffbauenden Nationen zusammen. Der Wettbewerb mit den deutschen Passagierdampfergesellschaften, der schon vor einigen Jahren die Cunardlinie mit Staatsunterstützung zum Bau großer Personendampfer veranlaßte, die ohne Rücksicht auf Rentabilität das „blaue Band" des Ozeans zu erringen vermochten, hat die White Star-Linie bewogen, zwei neue Riesendampfer von 43.000 Tonnen, „Olympic" und „Titanic", mit besonders starken Maschinen zu bauen, noch ein drittes, die „Aquitania", mit 45.000 Tonnen und 72.000 Pferdekräften folgen soll. Das geschieht alles, um dem im Bau begriffenen Hamburger Riesendampfer „Imperator" zu 50.000 Tonnen im vorhinein Konkurrenz zu machen und ihn womöglich hinter sich zu lassen.

Am 25. Januar starb in London im Alter von 69 Jahren der früher viel genannte liberale Politiker Charles Dilke. Er war ein sehr gebildeter Mann, hatte alle britischen Besitzungen bereist und seine Erfahrungen in einem Werke, „The Greater Britain", niedergelegt, dessen Titel zum geflügelten Worte geworden ist. Er galt in den Achtzigerjahren als der aussichtsreichste liberale Parlamentarier, gehörte dem Ministerium Gladstone seit 1880 an und blieb der Partei auch nach der Spaltung wegen der Homerulefrage treu. Seine politische Geltung büßte er durch einen Ehebruchsprozeß ein, obgleich er später wieder einen Wahlkreis erlangt hatte.

Der bisherige diplomatische Agent Großbritanniens in Ägypten, Sir Eldon Gorst, ist, 50 Jahre alt, am 12. Juli in London nach längerem Leiden aus dem Leben geschieden. Er war im Mai 1907 als Nachfolger Lord Cromers nach Ägypten, das er schon von früher genau kannte, gekommen. Sein Auftrag von der liberalen Regierung, die Bevölkerung durch Milde zu gewinnen, erfüllte diesen Zweck nicht, und Gorst war genötigt gewesen, zu den früheren Regierungsgrundsätzen zurückzukehren.

Rußland.

Die Vorgänge beim Potsdamer Besuch des Zaren und die Zurückverlegung der an der Westgrenze gehäuften Truppen nach dem Innern haben namentlich in Frankreich, aber auch anderswo, den Gedanken an eine neue Orientierung der russischen Politik aufkommen lassen. In bedächtigeren politischen Kreisen sieht man aber die Lage anders an. Rußland hat, im Gegensatz zu seinem Bundesgenossen an der Seine, niemals im Kriege gegen Deutschland den Endzweck des Bündnisses gesehen, wenn ihm auch eine Demütigung des westlichen Nachbarn nicht gerade unangenehm gewesen wäre. Seine Absicht war bloß, Frankreich nicht weiter demütigen zu lassen, damit Deutschland nicht zu mächtig werde. Es nimmt also im Zweibund genau die Haltung wahr, wie die Mächte des Dreibundes gegeneinander: sich gegenseitig den Besitzstand zu decken. Auf den fran-

zösischen Revanchestoß hat es nun lange genug gewartet, darauf allein kann es nicht seine Politik aufbauen wie die Franzosen, die asiatischen Fragen liegen ihm näher, wenn es auch Frankreich nie im Stiche lassen würde. Seitdem die Einmischung Englands in die Zweibundpolitik bei der mazedonischen und dann der bosnischen Frage zu einer gerade für Rußland empfindlichen Niederlage geführt hat, werden nun auch alle Experimente à la Iswolski unterbleiben und die Politik des guten Nachbarn befolgt werden. Dabei kann Rußland seine Interessen ganz gut verfolgen und zwar um so mehr Berücksichtigung für sie finden, je mehr es sich von seiner militärischen Niederlage im Osten und von den Nachwehen der inneren politischen Krisen erholt hat. Iswolskis Kurzsichtigkeit hatte diesen Umstand aus den Augen gelassen.

Seit den Tagen von Port Arthur und Tsuschima und den schweren inneren Erschütterungen des Jahres 1905 hat kein Ereignis den russischen Staatskörper so tief erschüttert, wie die Ermordung Stolypins, des hervorragenden Staatsmannes, der berufen erschien, das politische und soziale Leben des Reiches der Gesundung zuzuführen, deren es so dringend bedarf. Es mochte scheinen, als sei mit dem Manne auch seine sechsjährige Arbeit, den korrupten Polizeistaat in einen Rechtsstaat umzuwandeln, zu Grunde gerichtet worden, als sei mit dem Tode des Besiegers der Revolution und seiner darauf begonnenen Wiederaufrichtung des großen Reiches abermals eine schwere Krise hereingebrochen, in der alle bisher gewonnenen kulturellen und politischen Freiheiten wieder in Frage gestellt werden könnten. Das Zarenreich hat aber diese entscheidungsschwere Stunde glücklich überstanden. Kaiser Nikolaus, den im Theater zu Kiew die Kugel des Meuchelmörders ebenso leicht hätte erreichen können wie den Premierminister, hat gezeigt, daß es ihm wirklich ernst ist, die versprochenen modernen Einrichtungen für sein Reich auch trotz allem aufrecht zu erhalten und auch diesen Anlaß nicht zu einer von vielen einflußreichen Personen befürworteten Reaktion zu benutzen. Indem er Kokowzow zu Stolypins Nachfolger wählte, hat er den festen Willen bekundet, daß in der inneren Politik der bisherige Weg beibehalten werde. Und wenn der neue leitende Minister eine weniger unduldsame nationalistische Richtung wie die, zu der sich sein Vorgänger hatte drängen lassen, verfolgen sollte, so kann das nur segensreich wirken. Mit der Erziehung der noch immer politisch unreifen Duma zu einer nutzbringenden gesetzgeberischen Körperschaft und der noch immer korrupten Beamtenschaft zur Zuverlässigkeit, hat ein russischer Ministerpräsident gerade genug zu tun.

Das politische Jahr.

Zum russischen Neujahrsfeste (14. Januar) hielt Kaiser Nikolaus, zum erstenmal seit sechs Jahren wieder, im Winterpalais eine Gratulationskur ab, zu der über 1000 Einladungen ergangen waren. Die Kaiserin ließ sich durch die Kaiserinmutter vertreten. Dem Finanzminister Kokowzew hatte der Kaiser in einem Erlasse besondere Anerkennung für sein erfolgreiches Wirken ausgesprochen. Als der Kaiser am 19. mit seiner Mutter im Marientheater erschien, bereiteten ihm Schauspieler und Publikum große Ovationen und sangen wiederholt die Nationalhymne. Stolypin erklärte in einem Rundschreiben an den katholischen Episkopat, der Antimodernistenerlaß habe für Rußland keine Geltung, da er nicht durch Vermittlung des Ministeriums versendet worden sei. Die Duma war am 30. Januar wieder zusammengetreten und nahm am 6. Februar das Gesetz über Einführung des obligatorischen Elementarunterrichts mit einer jährlichen Ausgabe von 10 Millionen an. Unter den Studenten zeigte sich im Februar eine neue starke Streikbewegung, weil die Regierung die wieder eingerissenen politischen Zusammenkünfte in den Universitäten untersagt hatte. Bezeichnenderweise schlossen sich die liberalen Professoren den Streikenden an, viele gaben ihre Demission. Die Nichtstreikenden wurden von den Radikalen terrorisiert, und vielfach mußte die Polizei deswegen Verhaftungen vornehmen und die Professoren bei den Vorlesungen vor Roheiten schützen. Hinter der Bewegung standen sozialdemokratische und anarchistische Agitatoren, die von jeher die studentische Jugend durch ihre Wühlerei verdorben haben. Sozialdemokratische und kadettische Abgeordnete klagten in der Duma vergeblich über die Bedrückungen der „studentischen Jugend" durch die Polizei, aber der Deputierte Schulgin wies nach, daß diese Studenten sich wie Wegelagerer aufführen, gegen die nur die Polizei aufgeboten werden könne. Das Ministerium nahm von dem üblichen Verfahren, die Universitäten zu schließen, Abstand und beschloß, mit Relegationen vorzugehen, bis die Ordnung wieder hergestellt sei, und die Abschiedsgesuche der Professoren zu genehmigen. Am 15. März kam es in der Duma wegen der Vorgänge an den Hochschulen fast zu einem Zusammenstoß zwischen der Rechten und Linken.

Am 4. März wurde im ganzen Reiche das 50jährige Jubiläum der Bauernbefreiung mit Festgottesdiensten, Paraden, Stiftungen, Vorträgen und Volksbelustigungen begangen. Besonders feierlich verlief der Festtag in Petersburg. Das Kaiserpaar wurde während der Fahrt zur Kasankathedrale jubelnd begrüßt. Im Winterpalais wurden die Nachkommen der Mitarbeiter Alexanders II. bei der Durchführung der Bauernbefreiung und 52 bäuerische Abgeordnete der Reichsduma empfangen, die vor dem Dumagebäude dem „Zarbefreier" ein Denkmal errichtet haben. Der Kaiser sprach den Abgeordneten dafür seinen herzlichen Dank aus. Bei der Enthüllung des Denkmals vor dem Dumagebäude waren die Mitglieder des Ministeriums, sowie die Präsidenten des Reichsrates und der Duma zugegen. Der Dumapräsident Gutschkow hielt die Festrede. Abends fand im Winterpalais Festtafel für die Ältesten der Dorfgemeinden des Petersburger Gouvernements statt, bei der der Kaiser erschien und auf das Wohl der Gäste trank. In einem Reskript an den Ministerpräsidenten gedachte er mit Anerkennung der Mitarbeiter seines Großvaters bei der Bauernbefreiung sowie der Opferwilligkeit des Adels und kündigte an, daß er das

Werk fortsetzen und den freien russischen Bauern zu einem wirtschaftlich starken Grundbesitzer machen wolle. Zu der neuen Agrarpolitik, als deren geistigen Urheber man wohl Stolypin ansehen darf, gehört in erster Linie die Auflösung des Gemeindebesitzes (Mir), der vor 50 Jahren als Übergangsstufe vom rechtlosen Leibeigenen zum freien Bürger wohl berechtigt gewesen sein mochte, schließlich aber die ganze Bauernschaft auf ein gleiches, und zwar recht tiefstehendes Niveau herabgedrückt hatte. Der Übergang zur Einzelgehöftwirtschaft, die den Erwerbsinn und die Arbeitsfreudigkeit fördert, soll mit der Hebung des landwirtschaftlichen Bildungsstandes der Bauern Hand in Hand gehen. Selbstverständlich wird zur Durchführung noch die Arbeit vieler Jahre notwendig sein. Aber schon jetzt machen sich die Früchte der ersten Maßnahmen bemerklich, und vor allem ist der russische Bauer nicht mehr revolutionär. Das ärgert natürlich alle, die darauf hinarbeiten, daß es wieder einmal „ein bißchen losgehen" möchte, und aus diesem Grunde wird diese wirtschaftliche Politik der Regierung von den Parteien der Linken wütend bekämpft.

Um diese Zeit erkrankte der Minister des Äußern Ssasanow schwer an einem Brustleiden. Am 15. März beging der Senat die Feier seines 200jährigen Bestehens, in der Festsitzung führte der Kaiser den Vorsitz. Die Duma beschäftigte sich seit dem 6. vorwiegend mit der Budgetberatung. Kokowzew hob in seinem Exposé hervor, daß seit 1909 kein Defizit mehr vorhanden sei, und auch das neue Budget weise einen Überschuß von 11 Millionen auf. Der Staat, der in drei Jahren seine Schulden um drei Milliarden habe vermehren müssen, müsse sich neuer Anleihen aufs äußerste enthalten, vielmehr an die Zurückziehung der Staatsschatzscheine gehen. Rußland schreite auf dem Wege der Festigung des Geldsystems immer weiter fort. Die Finanzpolitik, die sich die Wahrung des Gleichgewichtes im Budget zur Aufgabe mache, sei die einzig richtige, die Rußland auf den Weg der Festigung und des Gedeihens führen könne. Die Ausführungen wurden mit anhaltendem stürmischen Beifall aufgenommen. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Äußern am 15. hielten nur Kadetten und Sozialdemokraten Reden, natürlich oppositionelle. Die Rechte hält überhaupt die äußere Politik für das ausschließliche Vorrecht der Krone, die Nationalisten und Oktobristen hielten den Zeitpunkt für eine Besprechung nicht geeignet. Der Kadettenführer Miljukow gebärdete sich ganz als Agent der englischen Politik, und daß Deutschland an allem schuld ist, was Rußland droht oder drohen könnte, versteht sich für das politische Verständnis dieses linksliberalen Herrn von selbst. Der Vertreter des erkrankten Ssasanow, Neratow, verließ schon nach den ersten Sätzen Miljukows den Sitzungssaal. Die Ausführungen des Sozialdemokraten Pokrowski zu besprechen, verlohnt nicht der Mühe.

In der zweiten Hälfte des März kamen Gerüchte, daß Stolypin zurücktreten wolle; selbst gut unterrichtete Blätter meldeten bereits seine Entlassung. Da er eine Politik der Mitte einhielt, wurde er ständig von rechts und links befehdet. Während ihm die Angriffe von den linken Radikalen in den Augen des Zaren kaum schaden konnten, waren die von der Rechten bedenklicher, da großer Einfluß dahinter stand. Den Anstoß gab die Ablehnung der Semstwovorlage für die westlichen Provinzen durch den Reichsrat unter der Führung Wittes. Mit Hilfe dieser Vorlage bezweckte Stolypin, den Polen die Reichstagswahlen durch ein Kurienwahlgesetz aus den Händen zu entwinden. In der Duma hatte die Vorlage die Gegnerschaft der Linken, die sich der Aufruhren nicht abgeneigten Polen annahmen, gefunden, im Reichsrat hatte sie die Rechte abgelehnt, der sie zu demokratisch war. Das war übrigens nicht der alleinige Grund für Stolypins Rücktrittsgesuch, er hatte es auch satt, daß er neben allen Anfeindungen nicht einmal bei den verfassungstreuen Oktobristen und Nationalisten eine sichere Unterstützung in der Duma fand. Am 23. wurde er in Zarskoje Selo vom Zaren empfangen und zog darauf seine Demission zurück. Die Reichsratsmitglieder Durnowo und Trepow, die am eifrigsten gegen Stolypin agitiert und den Zaren falsch berichtet hatten, wurden vom Kaiser bis zu Neujahr ins Ausland beurlaubt. Die Nationalisten und Oktobristen brachten die vom Reichsrate abgelehnte Semstwovorlage von neuem in der Duma ein, der Kaiser vertagte aber am 25. Duma und Reichsrat auf drei Tage, um auf Grund seiner verfassungsmäßigen Prärogative die Semstwovorlage in Kraft setzen zu können. Um seinen Sieg vollständig zu machen, hatte Stolypin zu diesem kleinen Staatsstreich geraten. Er hat es in der Überzeugung getan, daß die Ablehnung der Semstwovorlage im Reichsrate nicht dem Gesetze, sondern seiner Person gegolten hatte, und darum führte er die provisorische Inkraftsetzung durch. Obgleich der Schlag nur gegen den Reichsrat gerichtet war, nahm ihn die Mehrheit der Duma aus verfassungsrechtlichen Gründen sehr übel, der Präsident, der Oktobrist Gutschkow, gab seine Demission, wodurch er zugleich die unausgesetzten Anfeindungen der Parteien gegen seine Amtsführung los wurde. Die Duma erklärte am 28. mit 174 gegen 88 Stimmen die Maßnahme der Regierung für ungesetzlich und wählte den Kammerherrn Michael Rodsjanko zum Präsidenten.

Diese Wahl zeigte, daß die Duma noch keineswegs einen schweren Feldzug gegen den Ministerpräsidenten einzuleiten gedenke, auch Gutschkow machte Stolypin einen Abschiedsbesuch, bevor er eine längere Reise nach dem Osten antrat. Das Opfer wurde aber der Marineminister Vizeadmiral Wojewodski, auf den die Duma ihre alte Abneigung gegen die Marineverwaltung ziemlich unberechtigterweise übertragen hatte. Sie lehnte in der Kommission sein Projekt, die veralteten Schiffe der Schwarzmeerflotte gefechtstüchtig zu machen, recht unhöflich ab, nahm aber am 30. nach nur zweitägiger Debatte den übrigen Teil des Flottenbudgets an. Wojewodski beharrte trotzdem, der ewigen Anfeindungen müde, auf seinem Rücktritt, und wurde durch den Vizeadmiral Grigorowitsch ersetzt. Da der Kaiser das Rücktrittsgesuch des Reichsratspräsidenten Akimow nicht

angenommen, und versichert hatte, er habe Zutrauen zum Reichsrat, beschloß die Reichsratsmehrheit, das Beispiel der Duma nachzuahmen. Trotz der Ausführungen Stolypins und des Justizministers Schtscheglowitow, die sich auf die Praxis in anderen Ländern beriefen, erklärte der Reichsrat mit 99 gegen 53 Stimmen die Maßregel der Regierung für ungesetzlich. Der Beschluß hätte mit Dreiviertelmehrheit gefaßt werden müssen, um offiziell an den Kaiser zu gelangen. So blieb er wirkungslos und bewies nur die Fortdauer des Kampfes gegen Stolypin. Am 22. April (zum russischen Osterfest) verlieh der Kaiser dem Ministerpräsidenten mit einem höchst anerkennenden Schreiben den Alexander-Newski-Orden, dem Finanzminister Kokowzew den Wladimirorden 1. Kl. und ernannte den Justizminister Schtscheglowitow zum Senatsmitglied. Der Reichsratspräsident Akimow gab abermals seine Demission und erhielt als Nachfolger den Staatssekretär Jermolow. Am 10. Mai nahm die Duma nach zehnstündiger Debatte, in der Stolypin viel Unangenehmes gesagt wurde, trotz dessen lebhafter Verteidigung, mit 202 gegen 82 Stimmen eine vorher schon vereinbarte Übergangsformel an, die das Vorgehen der Regierung in der Semstwofrage für ungesetzmäßig erklärte. Auch dieser Beschluß hatte keine Tragweite, verdarb aber den Deputierten die Arbeitslust. Die Haltung der Duma erklärte sich zum Teil aus der Abneigung gegen die zu scharfe nationalistische Richtung der Politik Stolypins, wie sie auch in der Semstwovorlage zum Ausdruck gekommen war. Aus diesem Grunde traten auch 20 Mitglieder aus der Partei der Nationalisten aus und bildeten eine neue Gruppe ohne nationalchauvinistisches Programm.

Am 15. Mai erfolgte die längst erwartete Genehmigung des Abschiedsgesuches des Oberprokureurs des Heiligen Synods, Lukjanow, sein Nachfolger wurde der bisherige Gehilfe, Reichsratsmitglied Ssabler. Am 26. wurde die Duma bis zum 28. Oktober vertagt; das wird ihre letzte Session vor der Neuwahl sein. Ihre nennenswerten Leistungen bestehen in der Annahme der Elementarschulvorlage und der Wolostreform, die die erste Grundlage der Selbstverwaltung für das flache Land der östlichen Gouvernements schaffen soll, ferner die fast lückenlose Annahme der Marinevorlagen. Im übrigen hat sie in letzter Zeit alle Gesetze, an denen Stolypin gelegen war, verschleppt und auf die Wintersession vertagt, so die ersten Reichsgesetze für Finnland. Zur Auflösung mochte die Regierung nicht schreiten, da wenigstens diese vierte Duma, als erste, ihr natürliches Ende erreichen soll. Der schwer erkrankte Ssasanow hatte wie durch ein Wunder sein tödliches Leiden überstanden und ging anfangs Juni zu längerem Aufenthalt zunächst nach Baden-Baden. Der Reichsrat tagte weiter, um die von der Duma herüberkommenen Vorlagen aufzuarbeiten. Seine Arbeitsfreudigkeit war nicht groß, alle schwierigen Gegenstände verschob er auf den Herbst, so auch die Schulvorlage auf den Einfluß Ssablers, der die Stellung der Gemeindeschulen nicht unter das Unterrichtsministerium, sondern unter die Geistlichkeit durchsetzen will. Mitte Juni traf das nordamerikanische Geschwader zum Besuche im Hafen von Kronstadt ein. Der Empfang war sehr höflich aber kühl, nur ein Festmahl im Jachtklub verlief lebhafter; der vom Petersburger Magistrat veranstaltete Rout machte keinen besonderen Eindruck, am gemütlichsten fühlten sich die Amerikaner in den Vergnügungsgärten, wo ihnen das Publikum sehr freundlich entgegenkam. Wegen des Verhaltens in Ostasien bestehen in Rußland für die Vereinigten Staaten nur geringe Sympathien. Am 18. begab sich die kaiserliche Familie auf der Jacht „Standart“ zu längerem Aufenthalt nach den finnischen Skären und wurde auf der Reede von Kronstadt vom nordamerikanischen Geschwader mit Kanonensalut begrüßt. Nach drei Wochen hatte sich das Befinden der Kaiserin so weit gebessert, daß die Absicht, wieder nach Deutschland zu reisen, aufgegeben wurde, dafür sollte nach längerem Verweilen in Peterhof die Reise nach Livadia angetreten werden.

Stolypin war in der zweiten Juliwoche zum Besuche seines Schwagers Ssasanow nach Baden-Baden gereist und hatte von da aus einen Abstecher nach Paris gemacht. Ssasanow ging von Baden-Baden nach Davos in der Schweiz. Bei der Rückkehr am 9. Juli nahm der Kaiser Flottenparade ab und besichtigte am folgenden Tage auf dem Marsfelde bei Petersburg 6000 Jugendwehren. Wie schon erwähnt wurde, hatte sich Ende Juli Prinz Johann Konstantinowitsch in Racconigi mit der Prinzessin Helene von Serbien verlobt, die dort bei ihrer Tante, der Königin von Italien, verweilte. Die Vermählung fand am 3. September in Peterhof statt, wo König Peter mit dem Kronprinzen Alexander und der Braut am 1. eingetroffen und von der kaiserlichen Familie empfangen worden war. Beim Diner wurden freundschaftliche Trinksprüche gewechselt, die ohne politische Bedeutung waren, wenn auch König Peter nicht umhin konnte, die russische und die serbische Nation als „Töchter eines Stammes“ zu bezeichnen. Der Kaiser verlieh ihm das 14. Infanterieregiment. An der Trauung am 3. nahmen die kaiserliche Familie, die genannten serbischen Gäste, die Königin und Prinz Nikolaus von Griechenland mit Familie, Prinz Peter von Montenegro und Prinz Artur von Connaught teil. Am folgenden Tage reiste der König von Serbien, vom Kaiser und dem Großfürsten zur Bahn begleitet, wieder ab. Die Vermählung war insofern nicht ohne politische Bedeutung, als nun der letzte Makel von der unter eigenartigen Umständen auf den Thron gelangten Königsfamilie genommen zu sein schien. Verschiedene daran geknüpfte Phantasien der panslawistischen Blätter werden sich sicher nicht eher verwirklichen, als bis Russen und Serben sich nicht mehr der deutschen Sprache bedienen müssen, um sich zu verständigen. — Im Osten hatte es im Frühjahr Schwierigkeiten mit China wegen der Auslegung der Vertragsbestimmungen über die Mandschurei gegeben. Rußland hatte schließlich Ende März durch scharfe diplomatische Noten China zur Anerkennung seiner Auffassung genötigt. Da die Politik der Vereinigten Staaten der Haltung Chinas eine Stütze geboten hatte und Japan sich gleicherweise

dadurch benachteiligt fühlte, so hatten sich die beiden Gegner des letzten Krieges rasch genähert und gewisse, seit dem Kriege noch schwebende Auseinandersetzungen ausgeglichen. Die letzte Angelegenheit betraf zwei von den Japanern mit Beschlag belegte Hospitalschiffe, deren Rückgabe bisher Japan verweigert hatte. Jetzt leistete es für das eine Entschädigung, und das andere, „Angara", machte der Mikado dem Zaren zum Geschenk.

Am 9. September begab sich die kaiserliche Familie zunächst nach Kiew, wo die Enthüllung eines Denkmals Alexanders II. und ein großes Manöver stattfinden sollte. Die Enthüllung des



Wladimir Nikolajewitsch Kokowzew, der neue russische Ministerpräsident.

Denkmals für den Zarbefreier ging am 12. unter ungeheurer Beteiligung und bei Anwesenheit des bulgarischen Kronprinzen Boris, des Ministerpräsidenten Stolypin, mehrerer Minister und zahlreicher Würdenträger vor sich. Am nächsten Tage wohnte Kaiser Nikolaus mit den Großfürsten und dem Kronprinzen Boris den Manövern bei und empfing abends im Kaufmannsgarten die Stadtverwaltung und die russische Kaufmannschaft. Nach den Manövern am Donnerstag fand eine Revue der Jugendwehren statt. Am folgenden Tage war große Truppenparade auf dem Manöverfelde, abends Festvorstellung im Stadttheater, wo die Oper „Zar und Sultan" gegeben wurde und außer der Zarenfamilie und den Gästen und Würdenträgern ein ausschließlich geladenes Publikum anwesend war. Nach dem zweiten Akte schoß ein jüdischer Rechtsanwaltgehilfe, Bagrow, den in seiner Loge mit dem Kriegsminister sprechenden Stolypin nieder und feuerte auch noch einen zweiten Schuß auf ihn ab. Der Verwundete machte beim Niedersinken das Kreuzeszeichen gegen die kaiserliche Loge und verlor bald das Bewußtsein. Der Meuchelmörder wollte sich in der allgemeinen Bestürzung flüchten, wurde aber von Offizieren verhaftet. Als das Publikum den Kaiser unverletzt sah, sang es wiederholt die Volkshymne, der Kaiser verneigte sich dankend an der Brüstung der Loge und zog sich erst später zurück. Bagrow erklärte, daß er den Mord auf Befehl des sozial-revolutionären Komitees ausgeführt und nur nicht eine höhergestellte Persönlichkeit auserseheen habe, um nicht ein Pogrom zu entfesseln. Er war seit Jahren als Sozialrevolutionär bekannt, hatte aber der Polizei Spitzeldienste geleistet. Dadurch verdächtig geworden, hatten ihn die Terroristen, deren Hauptleitung in Paris vor wenigen Wochen erst das Todesurteil über Stolypin gefällt hatte, zum Attentat gezwungen, um dem Tode als Verräter zu entgehen. Der Polizeileiter in Kiew Kuljabko hatte ihm getraut, ihm selbst eine Einlaßkarte zum Theater gegeben und ihn besonders mit dem Schutze Stolypins betraut. Ein Beweis, daß die russische Polizei bei der Wahl der zur Überwachung der Geheimbünde unbedingt notwendigen Agenten wieder eine unglückliche Hand gehabt hatte. Es war übrigens bereits das siebente Attentat gegen Stolypin, doch war bisher nur das erste, der Bombenanschlag gegen seine Wohnung auf der Apothekerinsel am 25. August 1906, bekannt geworden.

Auf die Festlichkeiten war jäh ein dunkler Schatten gefallen. Kaiser Nikolaus begab sich am 17. mittels Dampfers nach dem heiligen Kloster Tschernigow, am folgenden Tage wurde in Kiew in Gegenwart des Truppenkommandeurs und des Gouverneurs das Denkmal der hl. Olga, der ersten christlichen russischen Fürstin, enthüllt. Die Feier hatte zu einer großartigen nationalen Kundgebung gestaltet werden sollen. Abends 10 Uhr verschied Stolypin, auf dessen Genesung man zwei Tage nicht unbegründete Hoffnungen gesetzt hatte. Der Kaiser traf am folgenden Vormittag wieder in Kiew ein, wohnte der Seelenmesse für den Verstorbenen bei, sprach dessen Witwe sein Beileid aus und trat nachmittags mit seiner Familie unter den Abschiedsrufen der Volksmenge, die ununterbrochen die Volkshymne sang, die Weiterreise nach Sewastopol an. Kokowzew wurde zunächst provisorisch und bald auch definitiv mit der Nachfolge Stolypins betraut, dessen Beisetzung am 22. mit großer Feierlichkeit und allgemeiner Teilnahme in Kiew erfolgte. Die russischen Revolutionäre hatten ihren tatkräftigsten Bekämpfer beseitigt, aber die Früchte dieses Erfolges werden ihnen nicht gefallen, denn die Grundlagen des Monarchismus sind im russischen Volke noch keineswegs erschüttert. In die Empfindungen rein menschlicher Teilnahme an dem tragischen Ende dieses kaum 48 Jahre alten russischen Patrioten und Ehrenmannes mischte sich die tiefe Abscheu gegen die Tat einer Verbrecherbande, die sich vergeblich mit einem politischen Mantel zu umhüllen sucht. Auf ihrem Wege kann der Menschheit kein Glück erblühen, denn Mord bleibt Mord. Jetzt sahen auch viele Leute ein, daß sie dem Toten unrecht getan hatten; tatsächlich hat sich Stolypin im Ausland einer höheren und richtigeren Bewertung erfreut wie in seiner Heimat. Wenn man auch nicht alle seine Schritte als richtig anzuerkennen braucht, wird doch ohne Zweifel seine Gestalt unter den Persönlichkeiten, die dem neuen Rußland das Gepräge aufgedrückt haben, als eine der hervorragendsten und vornehmsten Erscheinungen fortleben. Das friedliebende

Ausland wird ihm danken, daß er der Abenteurerpolitik Iswolskis ein Ende machte, die den Weltteil in einen großen Krieg zu verwickeln drohte. Sein Denkmal in Kiew soll als Inschrift folgende Worte tragen, die er in der Duma sprach: „Ihr braucht große Erschütterungen, wir brauchen ein großes Rußland.“ Kokowzew ließ nach seiner definitiven Ernennung offiziös erklären, die Politik Stolypins, die mit dem Leben und den Bedürfnissen des Reiches organisch verbunden sei, werde beibehalten und das Attentat nicht zur Stärkung des Absolutismus ausgenützt werden.

Am 6. Oktober wurde der Gehilfe im Ministerium des Innern Makarow zum Ressortminister ernannt. Am 15. begab sich Kokowzew zur Berichterstattung zum Zaren, der von Sewastopol aus, wo er auf der „Standart“ gewohnt und Besichtigungen der Truppen und der Flotte vorgenommen hatte, mit der Familie nach Livadia gezogen war und das neue Schloß, einen Prachtbau, bewohnte. Vorher hatte Kokowzew seinen Budgetentwurf veröffentlicht, der trotz einer Mehrausgabe von 255 Millionen Rubel keine Anleihe nötig macht. Die Wirtschaftslage zeige eine entschiedene Wendung zum Besseren und die Mißernte in den östlichen Gouvernements habe nur eine lokale Bedeutung. Am 28. trat die Duma wieder zusammen. Da im nächsten Sommer Neuwahlen stattfinden müssen, durfte ihr Arbeitsprogramm nicht zu umfangreich sein. Die Linke beabsichtigte, durch Anträge &c. Wahlagitation zu treiben, Oktobristen und Nationalisten hatten sich dagegen dahin geeinigt, daß gearbeitet werden solle. Die erste Sitzung wurde mit einer Rede des Präsidenten zum Andenken Stolypins eröffnet, worauf eine Totenmesse stattfand. Die Duma beschäftigte sich zunächst mit der Durchberatung des Arbeiter-Krankenversicherungsgesetzes und dann mit den Vorlagen über Finnland. Am 16. November teilte Ministerpräsident Kokowzew unter allgemeiner Zustimmung mit, daß die Mißernte 20 Gouvernements mit $12^1/_2$ Millionen Einwohnern umfasse, von denen 8 Millionen hilfsbedürftig sind und einen Staatszuschuß von 88 Millionen Rubel nötig machen, von dem die Hälfte bereits ausgezahlt worden ist. Am 29. wurde in dritter Lesung das Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht angenommen und dann die Interpellation über die Beteiligung der Polizei bei dem Attentat in Kiew vom Minister des Innern Makarow beantwortet. Er erklärte, die Behauptung der sozialdemokratischen Interpellation, die Polizei begünstige das Provokationssystem, sei wohl für die Revolutionäre vorteilhaft, jedoch Bagrow könne wohl als Verräter, nicht aber als Provokateur bezeichnet werden. Die Enthüllungen von Revolutionären in ausländischen Zeitungen gingen von Leuten aus, denen es nur darum zu tun sei, in Rußland Unruhe zu stiften. Über die Verantwortlichkeit der einzelnen Beamten werde nach der Senatorenuntersuchung der Vorgänge in Kiew entschieden werden. Eine ausführliche Darlegung der Neuorganisierung der politischen Polizei würde nur für die Revolutionäre von Nutzen sein. Als am 1. Dezember eine Interpellation der Sozialdemokraten wegen angeblich ungesetzmäßiger Handlungen der Petersburger Polizei in geheimer Sitzung beraten werden sollte, zogen die Antragsteller die Interpellation zurück, die aber trotzdem nach der Geschäftsordnung an eine Kommission verwiesen wurde. Da den Sozialdemokraten nur um öffentlichen Skandal zu tun gewesen war, verließen sie mit den Kadetten und der übrigen Opposition den Saal.

Wie schon erwähnt wurde, hatte Ssasanow nach beendeter Kur in Davos den bisher unterlassenen Besuch in Paris abgestattet. Die Absicht, in London das Gleiche zu tun, unterblieb, weil das Königspaar nach Indien abgereist war. Von Paris aus ließ er offiziös erklären, der Botschafter Tscharykow in Konstantinopel habe die Dardanellenfrage ohne amtlichen Auftrag angeregt, in Persien gehe Rußland nach den Verträgen vor, das Abkommen mit Deutschland halte sich ganz im Rahmen des deutsch-marokkanischen Vertrages, in China handle Rußland im Einverständnis mit England, Frankreich und Japan. Das russisch-französische Bündnis habe die erfreulichsten Ergebnisse gebracht, Rußland sei der Ansicht, daß die bestehenden Allianzen der Ausbildung fähig sind, man müsse nur widerstrebende Interessen nach Möglichkeit rechtzeitig auszugleichen versuchen. Diese Erklärungen, die Ssasanow in Petersburg in ähnlichem Gedankengange wiederholen ließ, durften als Ankündigung gelten, daß gewisse Schritte in Persien und China während Ssasanows Krankheit, bei denen Anklänge an die Methode Iswolskis unverkennbar waren, nach Tunlichkeit rückgängig gemacht werden sollen. Am 15. Dezember kündigte Präsident Taft den seit 1832 bestehenden russisch-amerikanischen Handelsvertrag. Die Ursache lag in der russischen gesetzlichen Gepflogenheit, ausländischen Juden auf Grund ihrer Pässe kein höheres Maß von Freizügigkeit zu gewähren als den einheimischen. Alle Staaten haben sich das gefallen lassen, und es ist nur wenige Jahre her, daß auch der nordamerikanische Botschafter, der Jude war, ohne Widerspruch den russischen Paßvorschriften unterzogen wurde. Wenn neuerdings die Union die unterschiedlose Behandlung ihrer Pässe verlangte, so konnte Rußland darum nicht darauf eingehen, weil unter solchen Pässen geflüchtete Anarchisten, die mit dem leicht zu erwerbenden nordamerikanischen Bürgerrecht heimkehren wollen, verborgen sind, und unter diesem Schilde ihre Agitation fortsetzen würden. Die Kündigung des Vertrages machte in Rußland wenig Eindruck, da die Handelsinteressen der Vereinigten Staaten viel stärker leiden werden als die russischen.

Nationalitätenpolitik.

Je mehr sich Rußland zu einem modernen Staatswesen umwandelt, um so weniger können nationale Sonderrechte bestehen, und haben die Nichtrussen Anlaß, der russischen Staatsidee zu widerstreben. So dachte Stolypin, dem es wirklich Ernst war, sein Land zu modernisieren. Um indessen sein Werk der inneren Umwandlung nicht zu gefährden, da ihm die Kadetten mit ihrem liberalen Doktrinarismus verständnislos bis oppo-

sitionell gegenüberstanden, mußte er Unterstützung weit nach rechts suchen und zu diesem Zwecke eine national chauvinistischere Richtung einschlagen, als er es wohl sonst getan hätte. Die harte Vergewaltigung Finnlands und die durch nichts gerechtfertigten Gesetzesvorschläge zur Einschränkung des deutschen Grundbesitzes in den Gouvernements Kiew, Wolhynien und Podolien erscheinen vom deutschen Standpunkte aus wenig gerechtfertigt, erklären sich aber aus der angedeuteten Stellung der Parteien. Finnland ist nicht mehr zu helfen, nachdem die Leitung der Landesverhältnisse aus den Händen der staatsklugen Schweden in die der demokratisch doktrinären bis revolutionären Finnen übergegangen ist, die nicht einmal einzusehen vermögen, daß unter den heutigen politischen, wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnissen der Russe in Finnland nicht minder berechtigt, seine Sprache nicht ungültig sein kann. Widerstand dagegen zu leisten, ist Unsinn; Finnland ist zu schwach dazu, und kein Staat hat Neigung oder eventuell die Macht, zu seinem Schutze einzugreifen. Der letzte Landtag war im Oktober aufgelöst worden, weil er sich weigerte, die Gesetze über die Gleichstellung der Russen mit den Finnländern und über den Militärbeitrag Finnlands zu beraten. Die Wahlen in den ersten Tagen des Januar fielen noch ungünstiger aus wie die früheren. Der Landtag wurde am 3. Februar eröffnet. Er beschäftigte sich meist mit der Beratung einer Adresse an den Kaiser, dem Vorstellungen gemacht wurden, daß das im Vorjahre von der Reichsduma beschlossene Gesetz, das die Gesetzgebung für das Großfürstentum nach Petersburg verlegt, undurchführbar sei, und sich auf das alte, früher vom Kaiser bestätigte Grundgesetz des Landes berief. Die Adresse konnte um so weniger Erfolg haben, als sie nur mit 109 gegen 72 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden war, die eine schärfere haben wollten. Die russische Regierung griff im Sommer den Plan wieder auf, das Gouvernement Wyborg, das ursprünglich nicht zu Finnland gehört hat, wieder abzutrennen. Im Vorjahre war man wegen des energischen Widerspruches Kokowzews wieder davon abgegangen, jetzt handelte es sich nur darum, die Kirchspiele Kiwinebb und Nykirka mit dem Gouvernement Petersburg zu vereinigen. Ausschlaggebend dafür waren militärische Gründe, da auf der Nordseite des finnischen Meerbusens neue Befestigungen angelegt worden sind, viel weniger die Interessen der Tausende dort wohnenden Petersburger Villenbesitzer, die zwar auf finnischem Boden keine bürgerlichen Rechte haben, dafür aber bei jedem Überschreiten der Grenze die Zollplackereien durchmachen müssen. Daß russische Revolutionäre und Flüchtlinge häufig ihre Wirksamkeit in das Wyborgische verlegen, ist bekannt, und der Wunsch der russischen Polizei, so nahe vor den Toren Petersburgs selbst ein wenig nachsehen zu können, ist begreiflich. Die Finnländer waren natürlich über den Plan wütend, wie kindlich sie aber die ganze Sache auffassen, geht aus der Meldung der Wyborger „Karjala" hervor, Deutschland beabsichtige gegen die Abtrennung der beiden Kirchspiele Einspruch zu erheben. Deutschland hat aber in Finnland seine Handelsinteressen und sonst nichts zu wahren. Die Reichsduma nahm im November und Dezember nach rascher Beratung die Gesetze über die Gleichberechtigung der Russen und über den Militärbeitrag an. Ein Gesetz über das Russische als offizielle Sprache in Finnland ist in Vorbereitung, und die Duma forderte, daß in allen finnischen Lehranstalten Unterricht in der russischen Sprache erteilt werde. Die hundertjährige Feier der am 23. Dezember 1811 durch Alexander I. verfügten Vereinigung des Gouvernements Wyborg mit Finnland wurde streng verboten, um Demonstrationen auszuschließen.

Gegen die Polen geht Rußland in ähnlicher Weise vor. Stolypin wollte auch in den westlichen Provinzen die Semstwoverwaltung einführen, aber mit besonderen Sicherheitsmaßregeln, die jeder Polonisierung und auch Germanisierung vorbeugen sollen. Er wies im Februar bei den Reichsratsberatungen auf das geschlossene Vorgehen des Polentums hin, das als einziges Ziel nur das polnische Vaterland kennt. Wie er sein Semstwogesetz durchgesetzt hat, ist bereits erzählt worden. In der Wintersession der Duma wurde auch die Städteordnung für das Zartum Polen angenommen, die zwar russisch als Amtssprache festsetzt, aber auch polnische Reden gestattet, überhaupt ein angenehmes Geschenk für die Polen bildet und darum auch von ihnen nicht bekämpft wurde. Anders stand es aber mit der Vorlage über die Lostrennung des aus Teilen der Gouvernements Lublin und Siedlece gebildeten neuen Gouvernements Cholm, das wegen seiner stärkeren russischen Bevölkerung zu Rußland geschlagen werden soll. Darüber entrüsteten sich die Polen in hohem Maße und trugen die Agitation dagegen in alle „drei Teile" des zukünftigen Polenreiches. Seitdem die Oktobristen ihre frühere polenfreundlichere Haltung aufgegeben haben, wird aber alle Entrüstung nichts helfen, auch nicht die Drohung, die Polen würden künftig nicht bloß gegen Preußen, sondern auch gegen Rußland kämpfen, wo man doch überhaupt von Polenfreundschaft nichts weiß. Wie wenig die Polen selbst an Gerechtigkeit gegen andere denken, beweist ihr Verhalten bei der Beratung der Städteordnung, wo sie gegenüber dem Antrag auf Gleichberechtigung der Juden bei den Wahlen erklärten, das sei unmöglich, weil dann die polnischen Städte von Juden überschwemmt würden. Wenn sich freilich die Russen gegen Polonisierung schützen wollen, so ist das ein schreiendes Unrecht. Die polnische Presse agitierte lebhaft gegen die Ausscheidung des Cholmer Landes, dem auch die Lostrennung Littauens vom Königreich Polen folgen soll, aber sie wurde durch hohe Geldstrafen im Zaume gehalten.

Mit den polnischen Fragen in Verbindung stehen auch die Verhältnisse der katholischen Kirche in Rußland. Die Regierung duldet keine Übergriffe der Geistlichkeit. Wegen Polonisierung wurde der Abt Gerassimowitsch in Minsk auf drei Jahre nach Archangelsk verbannt, der Bischof Denissewitsch von Mohilew wegen Begünstigung von Jesuiten und wegen anderer gesetzwidriger Handlungen seiner Ämter enthoben. Im Februar

hatten zahlreiche Letten, Littauer und Weißrussen eine Petition an den Vatikan gerichtet, in der sie sich über die Polonisierungsversuche dieses Bischofs beschwerten. Eine amtliche Revision der Geschäftsführung der katholischen Eparchien des Westens im Herbst ergab zahlreiche Gesetzwidrigkeiten und namentlich Polonisierungsbestrebungen mit kirchlichen Mitteln. Die mariawitische (altkatholische) Kirche wird von der Regierung gefördert und wurde von der Duma einstimmig als öffentliche Kirche anerkannt. Das deutsche evangelische Lehrerseminar, das in Warschau der Polonisierung verfiel, ist mit Genehmigung des Ministeriums nach Lodz verlegt worden.

Verschiedenes.

Das Heer hat seit 1905 viel gelernt und arbeitet weit besser als früher. Die Duma beriet im Dezember, meist in geheimer Sitzung, die neue Wehrpflichtvorlage, die die veraltete von 1874 ersetzen soll. Die Vorlage bringt einige Erleichterung für die Bauernbevölkerung, zieht aber die wohlhabenderen und intelligenteren Klassen mehr heran. Rekruten mit voller Volksschulbildung dienen nur drei, wer die Offiziersprüfung macht, nur zwei Jahre, die Freiwilligen 20 Monate. Der Chef des Generalstabs wies besonders auf die Maßnahmen hin, die auf die Vermehrung des Offizierskorps berechnet sind, und erklärte, das neue Gesetz werde die Kriegstüchtigkeit der Armee so weit erhöhen, daß sie in der Stunde der Gefahr mit Ehren ihre Pflicht erfüllen werde. Das Militärflugwesen hat eine besonders beachtenswerte Höhe erreicht. Ein Luftflottenkomitee, das unter dem Vorsitz des Großfürsten Alexander Michaelowitsch arbeitet, gibt sich viel Mühe, konnte schon im Sommer zwölf Flugapparate bestellen und erhielt u. a. von dem in Paris lebenden Millionär Sacharow allein 200.000 Rubel als erste Rate.

Die Flotte hat nach langjähriger Untätigkeit und Mißwirtschaft unter dem Marineminister Gregorowitsch eine ganze Reihe nützlicher Reformen erfahren, die sich auf die Ausbildung und Verwendung des Personals wie auf eine bessere Organisation der Verwaltung und der technischen Institute beziehen. In der Tätigkeit der aktiven Flotte macht sich ein regerer Geist wie früher bemerkbar, seit Jahren sind zum erstenmal in der Ostsee wieder regelrechte Schiffsverbände gebildet worden. Es ist ein neues Flottenbauprogramm aufgestellt worden, das bis 1915 für die Schwarzmeerflotte 220, bis 1930 für die Ostseeflotte 1620 Millionen Mark ansetzt. Die letztere soll 16 Dreadnoughts, 6 Panzerkreuzer, 16 kleinere Kreuzer, 36 Torpedoboote, 12 Unterseeboote und die entsprechenden Hilfsfahrzeuge erhalten. Die Dreadnoughts sollen 23.000 Tonnen zählen, die Panzerkreuzer noch größer sein. Der Stapellauf des ersten Dreadnought „Sewastopol" erfolgte am 29. Juni, des zweiten „Pultawa" am 10. Juli und des dritten „Petropawlowsk" am 9. September. Außerdem lief am 4. Juli der erste russische Turbinenkreuzer „Nawik" (1270 Tonnen) vom Stapel, der vom Flottenkomitee erbaut worden ist. Als Neuerung wurde im Herbst der Bau eines Unterseekreuzers zu 4500 Tonnen begonnen. Für den Ausbau der Häfen und Stützpunkte ist ein umfangreicher Plan aufgestellt worden. Reval dürfte Hauptkriegshafen werden, ein zweiter neuer Kriegshafen ist in Hermansö bei Hango (im finnischen Meerbusen) im Bau begriffen. Trotz aller Anstrengungen wird selbstverständlich noch manches Jahr vergehen, bevor die russische Flotte wieder als ernstlicher Machtfaktor in Betracht kommt.

Nach der Zählung des Ministeriums für Volksaufklärung beträgt die Gesamtzahl der Elementarschulen 100.196, von denen 59.685 dem Ministerium, 37.820 dem heiligen Synod (der Kirchenbehörde) unterstellt sind. Die Zahl der Elementarschüler betrug 6,178.593 (4,200.451 Knaben und 1,978.142 Mädchen), die von 186.460 Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wurden, dazu kamen noch 49.061 Geistliche als Religionslehrer. Die Zahl der Schüler ist stärker gewachsen wie die Bevölkerungszunahme, aber der Fortschritt ist in den einzelnen Gouvernements nicht gleichmäßig, die rein Land- und Waldwirtschaft treibenden weisen die stärkste relative Zunahme auf, Kurland, Estland und Livland stehen überhaupt am günstigsten. Fast die Hälfte der Knaben ist noch ohne Volksschulbildung, selbstverständlich steht es für die Mädchen noch schlimmer. Auf dem Gebiete des Hochschulwesens sind beträchtliche Neubegründungen und Erweiterungen in Aussicht genommen.

Die Finanz- und Wirtschaftslage bessert sich. Die Staatsschulden betrugen gegen 9 Milliarden Rubel, von denen 71 Millionen in den letzten Jahren getilgt wurden und 1912 weitere 100 Millionen abgetragen werden sollen. Hauptsächlich infolge der günstigen Ernte der Vorjahre hat das Jahr 1910 beim Staatshaushalte einen Reinüberschuß von mehr als 200 Millionen ergeben, und zwar keinen rechnerischen wie seinerzeit unter Witte, sondern einen wirklichen. Für das diesjährige Mißerntegebiet am Ural sind, wie bereits erwähnt, beträchtliche Geldmittel angewiesen, sowie auch Frachtvergünstigungen 2c. gewährt worden. Nach der Krisis von 1900 ist die Industrie wieder im Aufblühen begriffen. Für den Bedarf der südrussischen metallurgischen und Maschinenfabriken mußte sogar eine zeitweilige Ermäßigung des Einfuhrzolles auf Gußeisen eingeführt werden. Die Hebung des Schiffbaues soll durch staatliche Prämien gefördert werden.

Skandinavische Halbinsel.

Schweden. Die Bedeutung der Mittel- und Kleinstaaten nimmt neben der sich immer aristokratischer gestaltenden Weltpolitik von Jahr zu Jahr ab. Die mehr oder weniger klare Erkenntnis dieser Sachlage scheint merkwürdigerweise nach und nach zu allerhand inneren demokratischen Experimenten zu führen, die die geringe politische Macht noch mehr zerrütten und das kleine Staatswesen noch mehr zum Spielball und schließlich zum Kompensationsobjekt der Großmächte machen muß. Wo ist die großskandinavische Idee hingekommen, die nach dem „Sieg Dänemarks" über den Deutschen Bund 1849 von neuem üppig ins Kraut geschossen war? Der vom norwegischen Bauernübermut bewirkte Bruch der Union mit Schweden hat 1905 die letzte Grundlage dafür erschüttert. Der Katzenjammer über diesen Anachronismus in unserer Großstaaten bildenden Zeit hat bisher nur wenige einsichtsvolle Geister gepackt, die für die üblichen Versprechungen gewählten „Politiker" spüren davon nichts und suchen ihre Ländchen mit den Segnungen aller bisher bekannten und noch immer neu dazu erfundenen „Rechten" und „Freiheiten" zu beglücken, die den demokratischen Kampf aller gegen alle herbeiführen müssen. Ein Großstaat kann sich über solchen zeitweiligen Verfall durch eine große politische Tat wieder erheben, dem kleinen ist dieses Mittel versagt, es geht unweigerlich zu Grunde. Schweden dürfte seit dem Jahre 1905 auf längere Zeit hinaus kein einschneidendes Ereignis erleben, als die Kammerwahl im September, die das konservativ-liberale Kabinett Lindman zum Rücktritt zwang.



Karl Albert Staaff, Schwedischer Ministerpräsident.

König Gustav berief nach längerem Bedenken das linksliberale Ministerium Staaff, dessen erstes Werk war, die erste Kammer aufzulösen. Mit Hilfe des noch von den Konservativen geschaffenen Wahlrechtes gelang es ihm auch, eine halbliberale erste Kammer durchzusetzen, und nun geht es daran, die leidlich starke Landesverteidigung, das Werk der Konservativen, im liberalen Sinne umzumodeln, richtiger untauglich zu machen, dann soll das Frauenstimmrecht kommen 2c. König Gustav gab in der entscheidenden Staatsratssitzung eine Erklärung zu Protokoll, nach seiner Ansicht dürfe das Verteidigungswesen nicht unter den gegenwärtigen Stand herabgedrückt werden. Das wird wohl nicht viel helfen, denn der Kriegsminister Dr. Bergström war ursprünglich politischer Schriftsteller und der Marineminister J. Larsson Bankbeamter.

Norwegen. Im Storthing sitzt schon ein weiblicher Abgeordneter, Fräulein Rogstad, die sich übrigens, entgegen den Sozialdemokraten, für das Heeresbudget aussprach, obgleich sie für Frieden und Schiedsgerichte sei. Nach dem Flottenplan soll die Seeverteidigung auf 8 Küstenpanzer, 6 Torpedozerstörer, 40 Torpedoboote und 12 Unterseeboote gebracht werden. Zu dem bereits vorhandenen einen wurden bei Schichau drei neue Unterseeboote bestellt. Die vom Rüstungskredit im Jahre 1905 übriggebliebenen 40 Millionen sollen einen Reservefonds bilden zur Abwehr von Kriegsgefahren oder schwerer wirtschaftlicher Not. Einen ausschließlichen Kriegsschatz daraus zu machen, war 1908 abgelehnt worden, und wenn bei den Neuwahlen im nächsten Jahre die Radikalen und Sozialdemokraten siegen sollten, wird er gewiß zu „Kulturzwecken" verpulvert werden. Der Storthing zeigte sich sehr willfährig in der Bewilligung von Eisenbahnbauten und einer Funkenstation auf Spitzbergen, wo Norwegen so gern festen Fuß fassen möchte. — Vom 2. bis 6. September beging die Universität Christiania die Hundertjahrfeier ihres Bestehens, zu der viele fremde Universitäten, namentlich deutsche, Vertreter gesendet hatten. Merkwürdig war das Gelärme norwegischer Zeitungen über den Aufenthalt der deutschen Flotte an den norwegischen Küsten. Die Norweger sollten es doch wahrlich nicht so eilig haben, sich auch noch das Wohlwollen Deutschlands zu verscherzen. Die sozialdemokratische Bewegung nimmt an Umfang zu. Wegen Lohnstreitigkeiten kam es im Juli zu größeren Arbeiteraussperrungen. Der sozialdemokratische Einfluß greift auch im Militär um sich, da sich bei der kurzen Dienstzeit kein soldatischer Geist ausbilden kann. Es kam wiederholt zu höchst bedenklichen Disziplinarvergehen.

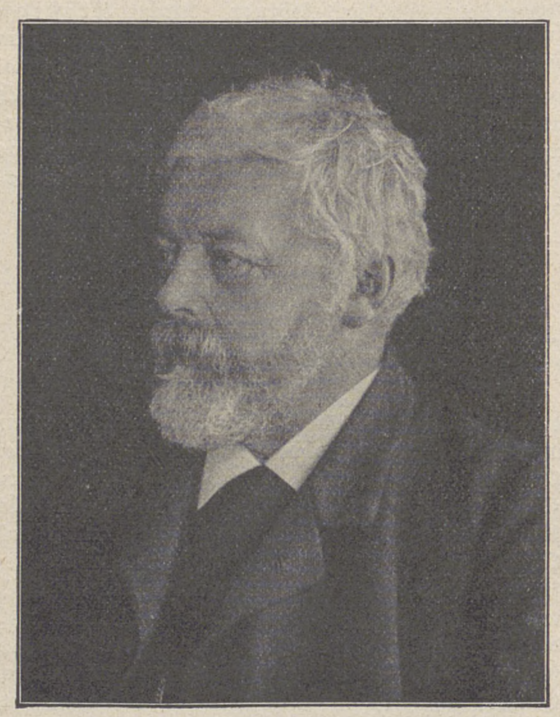
Dänemark. Von den Jahresereignissen war das Ableben des 85jährigen Prinzen Hans von Glücksburg am 27. Mai nicht ohne Bedeutung. Er war Onkel und Großonkel der Regenten von England, Rußland, Dänemark, Norwegen und Griechenland, wurde darum auch der „Onkel von

Europa" genannt. In jüngeren Jahren preußischer Offizier und mit dem König Friedrich Wilhelm IV. eng befreundet, nahm er nicht Teil an dem Hasse des dänischen Königshauses gegen Deutschland und lebte in stiller Zurückgezogenheit seinen schöngeistigen Neigungen. Über das Verhältnis zu Deutschland verbreitete im August eine in einer deutschen Monatsschrift veröffentlichte Abhandlung des Generalzolldirektors Rubin Aufklärung, der ausgeführt hatte, der Weg zur Verständigung mit Deutschland führe nicht über Nordschleswig. Der Ingrimm aller dänischen Chauvinisten darüber wurde noch verstärkt durch die offiziöse Erklärung, daß die Regierung diesen Standpunkt teile. Während der Marokkoverhandlungen wurde der Ausbau der Küstenbefestigungen mit großem Eifer und die Manöver in größerem Umfang betrieben. Zur Kräftigung der Landesverteidigung wirkte ein Verein für die Bildung freiwilliger Schützenkorps mit großem Erfolg und erfreut sich der besonderen Gunst des Kronprinzen Christian. Die Finanzverwaltung der liberalen Ministerien, die freigebig Millionen für soziale Zwecke und Gehaltsverbesserungen ausgaben, macht eine erhebliche Steuerreform notwendig. Der Finanzminister Neergard brachte am 3. Oktober im Folkething Entwürfe ein, die die Erhöhung der Einkommen-, Branntwein- und Biersteuer, sowie eine Zigarettensteuer vorschlagen, die das Defizit von $11\frac{1}{2}$ Millionen decken sollen. — Die Lostrennungsgelüste der Isländer haben vernünftigeren Anschauungen Platz gemacht. Der dänenfeindliche Minister Björn Jonsson ist im Februar durch Kristian Jansson ersetzt worden. Durch die Wahlen zum Althing im Herbst geriet die Selbständigkeitspartei vollständig in die Minderheit. Dagegen hat sich auf den Faröern eine Anschlußbewegung an Norwegen gezeigt. Vorläufig hat man sich eine eigene Flagge angeschafft und sich mit Norwegern verbrüdert.

Mitteleuropäische Staaten.

Niederlande. Nach Neujahr trat die Frage der Küstenbefestigung in den Vordergrund. Der neue Kriegsminister Colyn hatte die Vorlage seines Vorgängers Cool übernommen und die beste Aussicht, sie von der Kammer bewilligt zu erhalten. Die deutschfeindliche Presse ringsum lärmte dagegen, behauptete, Deutschland stecke dahinter, und Pichon äußerte in der Pariser Kammer, die Befestigung von Vlissingen 2c. verstoße wieder die Verträge. Das Kabinett brachte indessen die Vorlage ein, die in der Kammer Zustimmung fand, sistierte aber Mitte Februar die Weiterberatung infolge des von Frankreich und England ausgeübten Druckes, König Georg V. und Präsident Fallières hatten sogar die Anmeldung ihres Besuches im Haag zurückgezogen. Die Vorlage der Heeresreform stieß in der Kammer auf Widerstand und wurde auf den Herbst verschoben. Der Ministerpräsident Dr. Heemskerk stellte den Rücktritt des Kabinetts in Aussicht, wenn die Vorlage dann nicht sofort durchberaten würde. Präsident Fallières machte nun seinen Besuch, traf am 4. Juli zu Schiff in Amsterdam ein, wurde am Landungsplatze von der Königin Wilhelmina und dem Prinzen Heinrich empfangen und nach dem Schlosse geleitet. Die vor Monaten noch gegen Frankreich erbitterte Bevölkerung begrüßte ihn mit großer Wärme. Nach einer Rundfahrt durch die Stadt wurde der Präsident im Rathause empfangen. Die auf höchst merkwürdigen historischen Schlüssen aufgebaute Begrüßungsrede des Bürgermeisters beantwortete Fallières mit verbindlichem Danke für den herzlichen Empfang. Abends beim Festmahl im Schlosse wurden zwischen der Königin und dem Präsidenten sehr freundliche Trinksprüche ohne politischen Inhalt gewechselt und dann eine Fahrt nach dem Hafen unternommen, der wie die Stadt und die Kriegsschiffe glänzend beleuchtet war. Am folgenden Tage besuchte der Präsident Haag, Harlem und Scheveningen, wohin ihn die Königin und der Prinzregent begleiteten. Am 6. fand auf dem französischen Kriegsschiff „Edgar Quinet" Frühstück statt, an dem die Königin, die Königinmutter und Prinz Heinrich teilnahmen. Auch hier wurden freundschaftliche Trinksprüche ausgebracht. Später verabschiedete sich Präsident Fallières nach dem Tee an Bord des „Jakob Heemskerk" von den königlichen Majestäten und reiste auf dem „Edgar Quinet" wieder ab. Präsident Fallières konnte mit dem Empfang zufrieden sein. Die Holländer hatten wieder einmal bewiesen, daß sie für Frankreich größere Sympathien haben als für Belgien und Deutschland. Vom 26. bis 28. Juli machte die Königin Wilhelmina mit ihrem Gemahl dem belgischen Königshofe einen Besuch, der sich mit dem üblichen Zeremoniell vollzog. Die Hoffnungen gewisser Kreise auf ein Bündnis zwischen Belgien und den Niederlanden sind zwar dadurch nicht gestiegen, doch darf man annehmen, daß die Arbeiten der Verständigungskommission beider Staaten über Fragen meist wirtschaftlicher Natur eine neue Anregung erhalten haben. Der Verkehr der königlichen Majestäten war sehr herzlich und die Bevölkerung begrüßte die Gäste sehr lebhaft. Von den Festlichkeiten wäre hervorzuheben ein Festzug von 5000 Schulkindern, die am 27. der Königin Wilhelmina Blumen darbrachten, und am Abend ein Fackelzug der Brüsseler Garnison vor dem Stadtschloß. Die Marokkokrise wirkte auch auf Holland ein, man traf in der Stille militärische Vorsichtsmaßregeln, der englische General Baden Powell kam anfangs September nach Amsterdam, angeblich um die Knabenbataillone zu besichtigen. Jedenfalls hätte Holland bei einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich den englischen Truppen die Tore geöffnet. Die Herbst-

tagung der Generalstaaten wurde am 19. September mit einer Thronrede eröffnet, die vom Ministerpräsidenten verlesen wurde und sehr dürftig ausfiel, da die Kammer genug rückständige Vorlagen hatte. Das Wegbleiben der Königin wurde dadurch erklärt, daß die Sozialdemokraten große Wahlrechtsdemonstrationen ins Werk setzten. Das Defizit wurde vom Finanzminister auf 9 Millionen Gulden angegeben. Bei den Parteiverhältnissen gestalteten sich die Kammerverhandlungen sehr unerfreulich, die sieben Sozialdemokraten, von der gesamten Linken unterstützt, lärmten und obstruierten.



Dr. jur. Ludwig Forrer, schweizer. Bundespräsident für 1912.

Trotzdem lehnte die zweite Kammer am 16. November den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ab und nahm am 23. mit 53 gegen 36 Stimmen die Militärvorlage an, die die jährliche Rekrutenziffer von 17.500 auf 23.000 (davon 1000 für die Flotte) und die Dienstzeit auf $8^1/_2$ Monate festsetzt.

Belgien. Die parlamentarischen Verhältnisse liegen ebenso ungünstig wie im benachbarten Holland. Durch einen Vergleich mit den Verwaltern der vom König Leopold II. geschaffenen Niederfüllbachstiftung am 26. Januar waren zwar dem Staate über 40 Millionen zugefallen, aber die Beratung des Kongobudgets im Februar ergab, daß man sich über den Kongostaat überschwänglichen Hoffnungen hingegeben hatte und das Defizit im Kolonialbudget 19 Millionen beträgt. Das in der Thronrede im November v. J. verheißene Schulgesetz wurde am 15. März in der Kammer eingebracht, enthielt aber nicht einmal den Schulzwang. Das entsprach durchaus den Anschauungen des klerikalen Ministerpräsidenten Schollaert, der noch im Januar in der Kammer versichert hatte, es gäbe „nur noch 60.000 Schulkinder ohne Unterricht"; in Wirklichkeit sind es über 200.000. Im Lande entstand eine allgemeine Bewegung, aber nicht wegen des Schulzwanges, sondern wegen des Religionsunterrichts. Die politische Spannung stieg, in Antwerpen wurde Schollaert von Tausenden von Liberalen und Sozialdemokraten beschimpft und bedroht, der eigentliche Kampf in der Kammer sollte aber erst nach dem Besuche des Präsidenten Fallières losgehen, der vom 9. bis 12. Mai in Brüssel weilte. Es ist zum Teil schon darüber berichtet worden. Da der Minister des Äußern Cruppi mitgekommen war, lag es nahe, daß auch das politische Gebiet nicht außer Frage stand, wenigstens das handelspolitische. Belgien fühlt sich durch den neuen französischen Zolltarif arg geschädigt, drohte schon im Vorjahre mit einem Zollkrieg und hoffte nun, durch einen Handelsvertrag Erleichterungen zu erlangen. Aber die am 9. Mai bei der Galatafel im Toast des Königs ausgesprochenen „berechtigten Hoffnungen" beantwortete Fallières bloß mit dem Wunsche auf „einen immer enger werdenden Ausgleich" der wirtschaftlichen Interessen beider Länder. Bei dem Gartenfeste in Laeken fehlte der gesamte katholische Adel, die Diplomaten waren in Zivil erschienen. Bei den Festlichkeiten war auch die Königin Elisabeth nicht anwesend, der der Präsident nur einen kurzen Besuch machen konnte. Sie hatte nach der schweren Lungenentzündung im Winter von Mitte Februar bis Ende April an der Riviera und in Ägypten zugebracht. Allerlei Nachkrankheiten stellten sich ein, und erst am 1. Juni erschien sie mit ihrem Gemahl wieder im offenen Wagen in der Hauptstadt, laut jubelnd begrüßt.

Am 17. Mai ging der Kampf in der Kammer los, Liberale und Sozialdemokraten obstruierten. Als auch die Altklerikalen das Ministerium im Stiche gelassen hatten, verkündete es am 8. Juni seinen Rücktritt. Erst am 13. kam das gemäßigt klerikale Ministerium unter Baron de Broqueville zu stande, es trug den Charakter eines Geschäftsministeriums bis zu den Wahlen im Jahre 1912. Dem entsprach auch das Programm, das Baron de Broqueville am 20. in der Kammer entwickelte. Liberale und Sozialdemokraten hatten ein Bündnis geschlossen. Bevor die Kammer in die Ferien ging, wurde noch in einer längeren Debatte festgestellt, daß die Heeresreform von 1909 fehlgeschlagen sei. Unter solchen Umständen kamen die Kriegsbefürchtungen wegen der Marokkofrage sehr ungelegen. Bei den Gemeinderatswahlen im Oktober erlitten die Klerikalen in den größeren Städten und Industrieorten schwere Verluste. Der Kammer, die am 14. November wieder zusammentrat, kündigte der Ministerpräsident die Auflösung nach Neujahr an. Abermals beschäftigte sich das Haus in mehrtägiger Debatte mit dem Zustand der Landesverteidigung, nahm aber mit 83 gegen 73 Stimmen bei zwei Stimmenenthaltungen eine Vertrauenserklärung für den Kriegsminister an. Die Debatten über das Kolonialbudget ergaben ein trauriges Bild der Verwaltung und der Zustände im Kongogebiete.

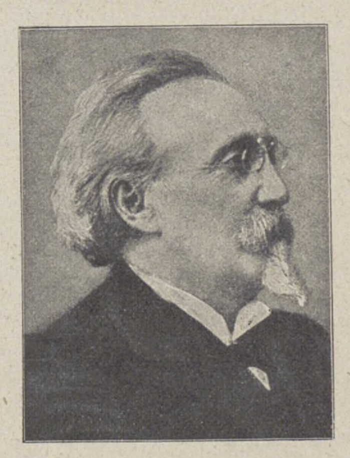
Luxemburg. Der schwerkranke Großherzog Wilhelm, der seit Jahren auf Schloß Hohenburg in Bayern geweilt hatte, wurde am 21. Sep-

tember nach dem neuerbauten Schlosse Colmar Berg bei Luxemburg überführt. Sein Befinden läßt auf keine Besserung hoffen. Die Regentschaft wird von der Großherzogin bis zur Großjährigkeitserklärung der Erbgroßherzogin Marie Adelheid im kommenden Jahre geführt. Die Parteiverhältnisse in der Kammer führten im Dezember zu einer Prügelei zwischen Sozialdemokraten und Klerikalen, die sich auch auf die Galerien und bis auf die Straße erstreckte.

Schweiz. Das Land hält im Gegensatz zu den meisten anderen Mittelstaaten die Tradition seiner alten Wahrhaftigkeit aufrecht und verwendet viele Sorgfalt und beträchtliche Summen auf die Weiterausbildung seines Milizheeres. Erst vor wenigen Jahren ist die Dienstzeit erweitert, eine neuzeitliche Grundlage für die Ausbildung gegeben und eine neue Einteilung des Heeres entworfen worden, die 1912 durchgeführt sein wird. Bis zum 1. April nächsten Jahres werden die vier Armeekorps auf drei und dementsprechend die Korps- und Divisionsstäbe vermindert werden. Die vermehrten Dienstanforderungen haben mehrere höhere Offiziere zum Rücktritt veranlaßt, da sie ihren Pflichten neben ihren beruflichen Arbeiten nicht nachzukommen vermöchten. Der Bundesrat hat darum Entschädigungen für die Kommandanten der Heereseinheiten festgesetzt. Die Gesamtstärke des Heeres an Auszug und Landwehr beträgt 211.507 Mann, dazu kommen noch 53.000 Mann Landsturminfanterie und 15.580 Landsturm-Spezialtruppen. Für die Neubewaffnung der Infanterie bewilligte der Ständerat 15,710.000 Franken. Die Festungsanlagen am St. Gotthard sollen erweitert und zu einer Zentralfestung umgewandelt werden. Die Einsprüche Italiens dagegen fanden kein Gehör. Im September fand auch ein Festungsmanöver gegen die Forts bei Airolo statt. — Am 4. April wurde der Ständerat Dr. Hoffmann an Stelle des verstorbenen Brenner in den Bundesrat gewählt. Mit Japan wurde ein Handels- und Niederlassungsvertrag, mit Deutschland ein Niederlassungsvertrag abgeschlossen. Das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz wurde vom Nationalrat mit 136 gegen 12 Stimmen und vom Ständerat einstimmig angenommen. Für den verstorbenen Bundesrat Schobinger wurde der katholisch-konservative Tessiner Dr. Motta gewählt. Zum Bundespräsidenten für 1912 ist am 12. Dezember Dr. Forrer mit 168 von 193 Stimmen gewählt worden. — Von den Vorgängen in den einzelnen Kantonen ist zu erwähnen: In Zürich wurde durch Volksabstimmung die Verhältniswahl abgelehnt; in Genf wurde gegen das Bundesratsverbot des Hasardspieles Protest eingelegt.

Pyrenäische Halbinsel.

Spanien. Das Land hat ein Jahr ohne Wechsel der Ministerien hinter sich, und das ist ein Fortschritt und gutes Zeichen. Im übrigen glich es mit dem Wiederaufleben der Kämpfe in Marokko und einem darauffolgenden, nicht ungefährlichen republikanisch-sozialistischen Aufstand im Innern auffällig dem Jahre 1909. Das Neujahr brachte eine geringfügige Verschiebung im Kabinett. König Alfons trat am 8. Januar mit dem Ministerpräsidenten Canalejas eine achttägige Besichtigungsreise der spanischen Stellungen um Melilla an, kurz darauf wurde eine Einigung mit Frankreich über Marokko erzielt. Die Mitte Februar einberufene Kammer arbeitete ruhig, aber Ende März regten die Republikaner den Ferrerprozeß wieder an. Canalejas Ablehnung erschien dem Kriegsminister nicht militärfreundlich genug, worauf der Ministerpräsident seinen Rücktritt anbot. Die Krise endete mit der Ernennung eines anderen Kriegs- und Finanzministers. Nachdem die Cortes u. a. die lästige städtische Verzehrungssteuer beseitigt hatten, wurden sie am 22. Juni geschlossen. Das Vorgehen Frankreichs gegen Fez veranlaßte Spanien, Larasch und Alkassarquivir zu besetzen, was die Franzosen schwer ärgerte und die Bewohner des Rif zu lebhaftem Widerstand veranlaßte, so daß Spanien schließlich 50.000 Mann nach Marokko schicken mußte. Das benutzten anfangs September die revolutionären Elemente der Nordprovinzen zu einem Aufstand, der einen umstürzlerischen Verlauf hätte nehmen können, wenn nicht die Behörden rechtzeitig eingegriffen hätten. Der allgemeine Aufstand und die Ausschreitungen der Streikenden machten die Anwendung von Militär



Manuel di Arriaga, der erste Präsident der Republik Portugal.

und die Verhängung des Belagerungszustandes notwendig, der noch am Jahresschluß fortdauerte. Bei dem engen Zusammenhang der spanischen Anarchisten und Republikaner mit den französischen lag die Wahrscheinlichkeit nahe, daß von Frankreich aus die Unruhen unterstützt, wenn nicht gar angestiftet worden seien, um Spanien in Marokko

lahmzulegen. Die Stimmung der Bevölkerung gegen Frankreich war darum wieder sehr gereizt, um so mehr da die anfangs Dezember infolge der geänderten Verhältnisse in Marokko neu angeknüpften Verhandlungen nicht vorwärts rücken wollten.

Portugal. Das unglückliche Land hat mit dem Wechsel des Regierungssystems keinen günstigen Tausch gemacht. Die von den Agitatoren verheißenen Besserungen sind ausgeblieben, von den Gewalthabern wird gelogen und auf Staatskosten gelebt und bereichert wie früher, Andersdenkende werden mit jakobinerhafter Härte verfolgt, alle Erwerbsquellen durch Unterstützung auch der frevelhaftesten Streiks verschüttet. Die — mehrfach hinausgeschobene — Wahlkomödie am 28. Mai ergab das gewünschte Resultat, und am 24. August wurde die Wahl von Manuel di Arriaga zum Präsidenten und damit die Umwandlung der bisher provisorischen Republik zur definitiven vollzogen. In der Lage des Landes wurde dadurch nichts geändert, schon nach zwei Monaten war das Ministerium Joao Chagas durch ein radikaleres verdrängt. Man hat viel von gegenrevolutionären Bewegungen gehört, aber der angebliche Paladin der Monarchie, Pavia Couceiro, hat wenig erreicht. Der Grund seines Mißerfolges dürfte in der Hauptsache darin zu suchen sein, daß niemand Lust haben kann, die Herrschaft über ein so gänzlich bildungsloses, durch parlamentarische Wirtschaft systematisch ausgesogenes, mit Schulden belastetes und politisch korrumpiertes Land anzutreten.

Balkanstaaten.

Türkei. Die Verfassung vom 23. Juli 1908 hat nun das dritte Jahr hinter sich ohne weder die überschwänglichen Hoffnungen noch die schwarzseherischen Befürchtungen von damals zu rechtfertigen. Man muß berücksichtigen, daß das os-



Mahmud Schefket Pascha, türkischer Kriegsminister.

manische Reich sich nicht gleich zur Kulturhöhe Mitteleuropas emporschwingen kann, aber ein Erfolg der jungtürkischen Bestrebungen liegt vor, und die ersten Anfänge der mit dem modernen parlamentarischen Wesen unweigerlich verknüpften innerpolitischen Spaltungen sind gegen Ende des Jahres in der nationalen Aufregung über den italienischen Angriff auf Tripolis erstickt. Ein glücklicher Umstand liegt darin, daß die Türkei in der kritischen Zeit in dem Kriegsminister Mahmud Schefket Pascha einen Staatsmann besitzt, der jede angemessene Reform fördert, Auswüchsen westeuropäischer Theorien, auch der Jungtürken, entgegentritt und als unbedingter Vertrauensmann der Armee der eigentliche Herr im Lande ist. So gingen auch im verflossenen Jahre alle Krisen im Parlament und im Ministerium ungefährlich vorüber, und das neue Programm der Jungtürken, die Ergebnisse der europäischen Zivilisation so weit einführen, als dies für die besonderen Verhältnisse zulässig ist und sich mit den religiösen Vorschriften verträgt, dürfte ganz den Anschauungen Mahmud Schefkets entsprechen, wenn nicht indirekt von ihm stammen, obgleich er gewissen jungtürkischen Herren sehr im Wege steht. Ihm vor allem ist auch zu danken, daß die allgemeine Wehrpflicht so schnell durchgeführt werden konnte, indem er Unerfüllbares abschlug, aber berechtigte Wünsche tunlichst berücksichtigte.

Das Jahr begann mit sehr unsicheren Verhältnissen in der Kammer. In der Nacht zum 6. Februar brannte ein großer Teil der Hohen Pforte nieder, wobei besonders Akten des Ministeriums des Innern verloren gingen. Der Verdacht einer Brandstiftung bestätigte sich nicht, der Brand war infolge der allgemeinen Vernachlässigung öffentlicher Gebäude ausgebrochen. In der Mitte des Monats entstanden Spaltungen im Kabinett, der Minister des Innern, Taalat Bey, trat zurück, die Budgetberatung führte wiederholt zu lärmenden Auftritten in der Kammer. Anfangs März regte sich das Bandenwesen in Albanien wieder, vom vorjährigen Aufstand her befanden sich noch mehrere tausend Flüchtlinge in Montenegro, wo es sehr kriegslustige Woywoden gab; gegen Ende des Monats befand sich das ganze Gebiet an der montenegrinischen Grenze im Aufruhr. Am 27. erschoß ein albanesischer Soldat in der Kaserne

zu Konstantinopel den deutschen Instruktionsoffizier Oberstleutnant v. Schlichting wegen eines gewissen religiösen Vorurteils; er wurde standrechtlich erschossen. Gegen die Aufständischen (katholischen Malissoren) gingen die türkischen Truppen energisch vor, den albanesischen Flüchtlingen in Montenegro ließ die Regierung dagegen Aussichten zur Rückkehr eröffnen. Der Erfolg beider Maßregeln blieb ungenügend und es mußten mehr Truppen aufgeboten werden. Mittlerweile hatten sich die Gegensätze in der jungtürkischen Partei zwischen der radikalen Salonikier Gruppe und den konservativeren Dissidenten zugespitzt, letztere verlangten, daß die Mitglieder der Deputiertenkammer nicht Minister sein dürfen. Sie wollten überhaupt kein „parlamentarisches System". Sie drangen am 22. April in der Sitzung der Komiteepartei mit ihrer Forderung, ganz im Sinne Mahmud Schefkets und des Thronfolgers Jussuf Izzedin, auch durch. Nach mancherlei Intrigen hin und her, schied anfangs Mai der zu den Salonikiern gehörige Finanzminister Dschawid Bey und der Unterrichtsminister Ismael Hakki Bey aus dem Kabinett aus, dafür beseitigte Mahmud Schefket kurze Zeit darauf auch den Obersten Sadik Bey, den eigentlichen Führer der Dissidenten, weil er keine politisierenden Offiziere haben will. Die Versuche des vielgenannten Majors Enver Bey, der Schwiegersohn des Sultans geworden war, die beiden Flügel der jungtürkischen Partei wieder vollkommen unter einen Hut zu bringen, schlugen fehl. Unter diesen Umständen blieben die Leistungen der Kammer unter dem Mittelmaß.

Am 11. Mai empfing der Sultan die beiden bulgarischen Prinzen Boris und Kyrill, die von einem Ausflug nach Kleinasien zurückgekehrt waren; sie machten auch dem Thronfolger einen Besuch. Am 15. versuchte der körperlich und geistig stark verfallene ehemalige Sultan Abdul Hamid sich in selbstmörderischer Absicht aus dem Fenster seiner Villa bei Saloniki zu stürzen. Er hatte sich vor der Ankunft seines Bruders, der nach Albanien reisen wollte, gefürchtet. Dort hatten sich die Verhältnisse nicht unbedenklich gestaltet, der Mangel an Verkehrswegen bereitete den türkischen Truppen die größten Schwierigkeiten, die aufständischen Malissoren erhielten aus und über Montenegro allerlei Unterstützung, was eine diplomatische Spannung zur Folge hatte. Es war schon zu kleinen Grenzkonflikten gekommen, und über den Sandschak Skutari mußte der Belagerungszustand verhängt werden. Die Pforte versuchte, Blutvergießen zu vermeiden, und setzte die Verhandlungen fort, aber der Oberkommandant Schefket Torgut Pascha griff die Aufständischen am 15. Mai an und trieb sie in die Berge zurück. Am 23. überreichte der russische Botschafter der Pforte eine Note, die im Interesse des Friedens vor kriegerischen Maßregeln gegen Montenegro warnte. Der Inhalt der Note war vor der Übergabe in Stambul bekannt gegeben worden, die Türkei beantwortete sie nicht, die Mächte schlossen sich diesem, nach der Erkrankung Ssasanows erfolgten auffälligen Schritte nicht an, und damit verlief die Sache im Sande. Die türkische Regierung versprach sich Beruhigendes von einer Reise des Sultans nach Albanien und Mazedonien, und der brave Muhammed V. entschloß sich zu dem keineswegs gefahrlosen Unternehmen. Er reiste am 5. Juni nach Saloniki ab, wo er seinen Bruder begrüßen ließ, besuchte u. a. Uesküb und Prischtina, hielt am 16. auf dem Amselfelde einen Selamlik ab, zu dem über 100.000 Albanesen erschienen waren, kehrte nach Saloniki zurück, hielt am 23. in Monastir einen Selamlik ab, worauf er sich am 24. über Saloniki wieder nach Konstantinopel begab. Der Erfolg der Reise entsprach den Erwartungen. Die Mosleminen hatten ihren Kalifen mit ungewöhnlicher Begeisterung begrüßt, der Sultan begnadigte 200 albanesische Führer, Schefket Torgut kündigte die Einstellung der Feindseligkeiten an. Den Anreizungen aus Montenegro, die anfangs Juni auch die Miriditen zum Aufstand verleitet hatten, war der Wind aus den Segeln genommen worden, und Österreich-Ungarn ließ in Cetinje den freundlichen Rat erteilen, man möge den geflüchteten Albanesen die Heimkehr erleichtern.

Noch vor der Reise des Sultans war am 3. Juni das Parlament vertagt worden, nachdem es in aller Eile den Staatsvoranschlag und einige dringliche Sachen erledigt hatte. Viel war in dieser Tagung nicht geleistet, die meiste Zeit mit Parteihader und Rechtsstreitigkeiten zwischen Kammer und Ministerium, wie zwischen Kammer und Senat vergeudet worden. Die nennenswerten gesetzgeberischen Arbeiten sind das Strafgesetz, die Steuerreform und das Straßenbauprogramm. Agrar- und Währungsreform, Schulwesen, schwebende Schuld, Tabakfrage und andere wichtige Reformen lassen auf sich warten. Die Rückkehr des Sultans nach Konstantinopel gestaltete sich zu einem wahren Freudenfest, die Reise des Staatsoberhauptes war wirklich ein denkwürdiger Beweis für eine neue Zeit. Durch seine Leutseligkeit und offene Hand hat er das monarchische Gefühl in jenen rumelischen Kreisen gestärkt, die wirklich schon in dem Glauben lebten, daß es im Staate über den Parteien keine Stelle mehr gebe, wo Gerechtigkeit zu finden ist. Daß die albanesische Frage trotz Amnestie und Reformversprechen noch bei weitem nicht beendet war, lag nahe, für erneute Aufreizung wurde, entgegen der entschiedenen Abmachung der Mächte, von Montenegro aus gesorgt. Trotz Verlängerung der Frist unterwarfen sich die Malissoren nicht, die Entwaffnung der Albanesen erzeugte neue Zwischenfälle, Montenegro mobilisierte einen Teil seines Heeres, angeblich um die Grenze gegen albanesische Flüchtlinge abzusperren, aber das erregte in Albanien neue Hoffnungen. Rußland ließ nun in Cetinje bestimmt erklären, daß es keinen Krieg wolle. Da wurde wieder abgerüstet. Die türkische Regierung war bereit, die möglichsten Zugeständnisse zu machen, doch sie konnte nicht Forderungen bewilligen, die sie dann auch anderen Völkerschaften hätte zugestehen müssen. Um aber den Klagen der Albanesen Rechnung zu tragen, berief sie selbst den befähigten Schefket Torgut Pascha ab.

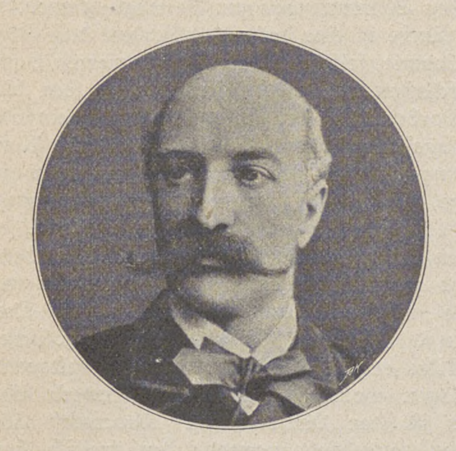
Am 23. Juli wurde Konstantinopel von einer ungeheuren Feuersbrunst heimgesucht, eine Fläche von fast 2 Quadratkilometern mit mehr als 6000

Wohnhäusern, zahllosen Magazinen und Läden, vielen Schulen, Moscheen und öffentlichen Gebäuden — darunter auch das Kriegsministerium — fielen den Flammen zum Opfer, gegen 60.000 Menschen wurden obdachlos. Bei den Rettungsarbeiten wurde der Kriegsminister Mahmud Schefket Pascha durch einen stürzenden Balken nicht unerheblich verletzt. Auch diesmal bestätigten sich die Gerüchte von Brandstiftungen nicht, das Unglück war die Folge alter verrotteter Mißstände. Wer den beharrlichen Widerstand kennt, mit dem sich die Bevölkerung von Stambul jeder Neuerung, auch zum eigenen Wohle, entgegenstellt, darf aber die Hoffnung hegen, daß da Raum geschaffen ist für das Eindringen einer neuen Zeit, und daß die Segnungen moderner Hygiene und bautechnischer Erfahrungen ihren Einzug halten werden. In den ersten Tagen des August war es dem türkischen Gesandten Sadr Eddin in Cetinje, diesmal mit montenegrinischer Unterstützung, gelungen, mit den Malissoren ins Reine zu kommen, die in ihre Wohnsitze zurückzukehren begannen. Am 25. August trat der Thronfolger seine europäische Reise zunächst über Konstanza und Sinaja nach Berlin an. Inzwischen hatte sich der Zerfall des Ministeriums Hakki Pascha angebahnt. Den Anlaß gab das Zerwürfnis zwischen Kriegs- und Finanzminister wegen des Heeresbudgets, der eigentliche Grund lag aber in den unausgesetzten jungtürkischen Hetzereien gegen das Kabinett, um mit ihm den verhaßten Kriegsminister zu beseitigen. Dadurch war das Ministerium nach und nach um alles Ansehen gekommen. Noch wurde der Zusammenbruch verhindert, die Angriffe der Salonikier gegen Mahmud Schefket wurden aber fortgesetzt. Am 1. Oktober reichte das Kabinett seine Demission ein und Said Pascha wurde zum Großwesir ernannt, der aber den Kriegsminister Mahmud Schefket und von den Jungtürken nur Hairi als Minister der Ewkafs (fromme Stiftungen) behielt. Die jungtürkische Presse bekämpfte das Kabinett von vorhinein, und man sprach ihm keine lange Dauer zu.

Das Ausscheiden der jungtürkischen Mitglieder aus dem vorigen Kabinett war nicht in der rühmlichsten Weise erfolgt, sie hatten sich in der Stunde der Gefahr einfach gedrückt. Dem gegenüber war aber der bessere Teil der Jungtürken doch dafür eingetreten, daß Mahmud Schefket jetzt an seiner Stelle bleibe. Die Lage der Türkei war infolge des unvermuteten italienischen Angriffs auf Tripolis durchaus nicht erfreulich, der Großwesir Hakki Pascha hatte sich vollständig überraschen lassen. Die Flotte, die man kaum auf den Stand gebracht hatte, um die griechischen Gelüste auf Kreta abzuwehren, war für den Jetztfall unzulänglich, und die tüchtige Armee konnte nicht nach Tripolis gebracht werden. Dazu war man nicht schuldlos, man hatte auch die berechtigten Ansprüche Italiens nach alttürkischer Gepflogenheit auf die lange Bank geschoben und befand sich nun gegenüber dem zur See überlegenen Gegner diplomatisch und militärisch im Nachteil. Dazu kam der Aufruhr in Jemen, die unsichere Lage in Albanien und das nicht unbedenkliche Auftreten der Cholera. Die Thronrede bei der Eröffnung der Kammern am 14. Oktober appellierte lebhaft an die Einheit und Brüderlichkeit der Völker des osmanischen Reiches, das Programm Said Paschas am 18. versprach im Innern Reformen und war im übrigen auf den gleichen Ton gestimmt. Nach heftigen Debatten sprach die Kammer dem Ministerium ihr Vertrauen aus unter der Voraussetzung, daß der Krieg um Tripolis kräftig geführt werde. Aus verschiedenen Gründen schloß sich die jungtürkische Partei jetzt dem Kabinett an, die Opposition machte sich unbegründete Hoffnungen auf England, aber die mohammedanischen Albanier beschlossen, dem Kalifen in seiner jetzigen Bedrängnis keine Schwierigkeiten zu bereiten, die Angriffe gegen den Kriegsminister in der Kammer hörten auf, er erhielt am 9. November ein fast einstimmiges Vertrauensvotum. Die geringen Erfolge Italiens in Tripolis stärkten die Einmütigkeit der Bevölkerung, die von einer Abtretung nichts wissen wollte. Die Attentate der bulgarischen revolutionären Komitees, die ein Einschreiten der Großmächte bewirken sollten, blieben vereinzelt. In der Kammer entstanden aber heftige Kämpfe wegen des berechtigten Verlangens des Ministeriums, die Verfassung dahin abzuändern, daß dem Sultan das Recht der Kammerauflösung zustehen solle. Alle um ihr Mandat Besorgten waren dagegen, unter ihnen befanden sich viele, die von einem parlamentarischen Leben keine Ahnung hatten und die die Jungtürken durch eine schleunige Parlamentsauflösung loswerden wollten. Der Streit, der auf Krieg und auswärtige Politik keinen Bezug hatte, führte am Jahresende zu einer Kabinettskrise, die mit der Wiederberufung Said Paschas und einer Umbildung des Ministeriums endete. Die Abtretung des Solumgebietes an Ägypten, also eigentlich an England, blieb ohne Eindruck. Um Tripolis selbst hat man sich in der Türkei nie viel gekümmert, und die neuere Richtung, die selbst die Wiedererwerbung des Nillandes ins Auge faßt, sah in dieser Abtretung nur eine Schutzmaßregel von der Besetzung durch Italien.

Rumänien ist unter seinem als Staatsmann und Militär hervorragenden König Karl von den Unruhen auf der Balkanhalbinsel verhältnismäßig am wenigsten berührt worden, und gewisse innere Wirren beruhen in der Hauptsache auf dem nun einmal bestehenden parlamentarischen Regierungssystem, das eine stetige Entwicklung und die direkte Einwirkung der Krone erschwert. So brachte das neue Jahr eine neue Regierung, an deren Spitze Peter Carp steht, einer der letzten Männer aus der großen Zeit Rumäniens, der Minister des Äußern Majoresku hat deutsche Bildung genossen und für deren Verbreitung im Lande schon viel getan. Das Ministerium bezweckt, eine vielversprechende Verwaltungsreform durchzuführen, was durch die günstige Finanzlage des Landes erleichtert wird. Die größte Behinderung fand es in der von Take Jonesku, einem sehr bedeutenden Politiker, geführten konservativ-demokratischen Gruppe, die ihre Hauptstärke in der städtischen Bevölkerung hat. Die Wahlen anfangs März fielen zu drei Vierteln zu Gunsten des Ministeriums aus, die am 20. mit einer Thronrede durch den König eröffneten Kammern arbeiteten, trotz mancher leiden-

schaftlichen Erörterungen der Opposition, sehr fleißig. Ende April wurden die diplomatischen Beziehungen mit Griechenland wieder hergestellt. Der Besuch des türkischen Thronfolgers Jussuf Izzedin in Sinaja am 28. August verlief sehr herzlich und war ebenso ein Beweis für die vortrefflichen

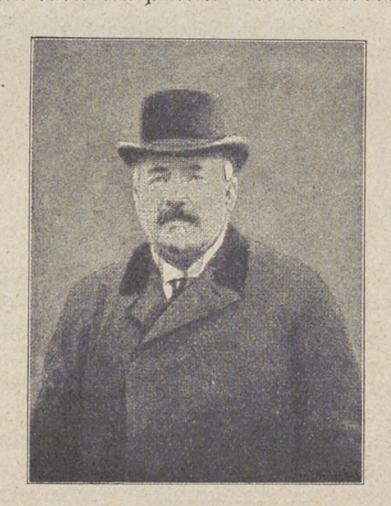


Peter Carp, der neue rumänische Ministerpräsident.

Beziehungen zur Türkei wie eine Garantie des Friedens auf der Halbinsel. Die Warnung Italiens an die Balkanstaaten — auch Rumänien — nach Ausbruch des Krieges, sich aller Angriffe auf die Türkei zu enthalten, wurde in Bukarest als mindestens sehr überflüssig empfunden. Ein Besuch der russischen Schwarzmeerflotte in Konstanza Ende September, die eine Begrüßung des Königs durch den Kaiser Nikolaus bedeutete, endete mit dem Auflaufen des Flaggschiffes „St. Panteleimon" im Hafen von Küstendsche auf einen Felsenriff. Am 10. Oktober fand in Jassy die Feier des 50jährigen Bestehens der Universität statt, wozu die gesamte königliche Familie und zahlreiche Vertreter auswärtiger Universitäten erschienen waren. Die Feier bildete ein glänzendes Zeichen des Aufschwungs der rumänischen Kultur. Der König widmete eine reichliche Gabe für die studierende Jugend. Die Wintersession der Kammer wurde am 28. November vom König wieder mit einer Thronrede eröffnet, die u. a. die Verwaltungs- und eine Sozialreform ankündigte. Wegen einer Gesetzvorlage, die gewisse Übergriffe der Verwaltung der Bukarester Tramwaygesellschaft beseitigen soll, legten am 29. Dezember sämtliche liberale Mitglieder beider Kammern ihre Mandate nieder.

Bulgarien. Im Januar brachte das seit 1907 amtierende Ministerium Malinow die durch die Rangerhöhung des Monarchen bedingte Verfassungsänderung im Sobranje ein. Finanzminister Liaptschew stellte die Finanzlage als sehr günstig fest. Sonntag den 26. Februar feierte König Ferdinand seinen 50. Geburtstag nach orthodoxem Gebrauch ohne besondere Festlichkeit, auch die Zeitungen nahmen wenig Notiz davon. Am selben Tage übergab aber der Sobranje die Mitglieder des früheren Ministeriums Stambulow unter Freisprechung von Verfassungsverletzung dem Staatsgericht wegen Verdachtes, die Staatskasse zum eigenen Vorteil geschädigt zu haben. Wegen der stark oppositionell ausgefallenen Dorfgemeindewahlen trat am 22. März das Ministerium zurück und wurde durch ein Kabinett Geschow ersetzt. Es führte am 18. Juni die Wahlen für die große Nationalversammlung mit überraschendem Erfolg durch. Diese wurde zur definitiven Genehmigung des Verfassungsentwurfes am 22. Juni vom König mit einer Thronrede eröffnet und erledigte nach einer anfänglich sehr bewegten Session ihre Aufgabe am 21. Juli. Im September fand die Neuwahl zum ordentlichen Sobranje statt, der am 28. Oktober durch den König mit einer Thronrede eröffnet wurde. Die merkwürdigen Anschauungen der bulgarischen Politiker kennzeichnete eine Anfrage im Sobranje über den Besuch des Königs beim Kaiser Franz Josef. Ministerpräsident Geschow erwiderte, es habe sich um einen Verwandtenbesuch gehandelt, der die Verantwortlichkeit der Minister nichts anginge. Wegen eines Bulgarengemetzels am 4. Dezember im mazedonischen Städtchen Istip nach einem Bombenattentat gegen eine Moschee herrschte in der stets türkenfeindlichen bulgarischen Bevölkerung eine langandauernde Aufregung und Kriegslust gegen die Türkei.

Serbien. Die Rehabilitierung des Königs Peter infolge seiner neuen Verwandtschaft mit Rußland und seiner Reisen nach Petersburg, Konstantinopel, Rom und Paris beginnt auch auf die inneren Verhältnisse des Landes eine beruhigende Wirkung auszuüben, wo man die Zurücksetzung bitter empfand und sie auch dem König entgelten ließ. Die innere Lage gestaltete sich günstiger als nach der neuen Spaltung der bisher koallierten radikalen Parteien erwartet worden war.



Dr. A. Milowanowitsch.

Der Kriegsminister Gojkowitsch mußte wegen einer beleidigenden Äußerung gegen den deutschen Gesandten v. Reichenau in der Skupschtina Ende Februar zurücktreten und der Minister des Äußern Milowanowitsch sprach dem Gesandten sein Bedauern aus. Die seit der bosnischen Krise stark deutschfeindliche Bevölkerung ärgerte sich sehr darüber. Anfangs März wurde der noch jugendliche Kronprinz Alexander zum Generaltruppeninspektor ernannt. Das Unterbleiben der Reise des Königs Peter nach Budapest wirkte sehr ernüch-

ternd auf die Verhetzer der öffentlichen Meinung. Ende Juni trat das Ministerium Pasitsch zurück, ihm folgte nach einigen Schwierigkeiten das Kabinett Milowanowitsch. Wohl mit Rücksicht auf die äußere Lage hielten sich die Oppositionsparteien in ihrem Verhalten gegen das Ministerium ziemlich in Schranken, so daß die Hoffnung besteht, die dermalige Skupschtina werde, zum erstenmal in Serbien, das Ende ihrer vierjährigen Amtsperiode erreichen.

Montenegro. Im neugebackenen Königreich regte sich zu verschiedenen Malen die Lust, dem Titel durch eine Gebietsvermehrung einen reelleren Inhalt zu verschaffen. Anlaß gab dazu die starke Einwanderung flüchtiger Albanesen und Serben aus der Türkei. Die nötigen Gelder zu einem Kriege waren aber nicht vorhanden, und weder die persönlichen Anregungen des Königs bei seinem Besuche in Petersburg, noch die Bemühungen des Sondergesandten Minskowitsch wurden von Erfolg gekrönt. Rußland wollte keinen Krieg, und auch der Zar gab dafür kein Geld. So mußte man sich mit der mehr oder minder offenen Unterstützung der aufständischen Albanesen begnügen und auch diese auf einen deutlichen Wink aus Petersburg einstellen. König Nikolaus beteuerte wiederholt seine Friedensliebe, wirkte versöhnend auf die Malissoren ein und enthob auch den Kriegsminister Tschurowitsch, den eigentlichen Agitator für den Krieg, auf Vorstellung Rußlands seines Amtes.

Griechenland hat seit geraumer Zeit wieder einmal ein ruhiges Jahr hinter sich, und die Bevölkerung scheint zufrieden zu sein, daß ihr nicht wieder allerlei politische Aufregungen aufgedrängt worden sind. Die ohne Thronrede eröffnete Session der neuen doppelten Kammer zur Abänderung der Verfassung anfangs Februar bildete einen bedeutungsvollen Schritt in der Entwicklung des Königreiches. Nach zum Teil sehr stürmischen Verhandlungen war das Verfassungswerk am 5. Juni abgeschlossen und wurde dem König am 14. von einer Deputation der Kammer feierlich überreicht. Von den Bestimmungen zur Beseitigung anerkannter Mißbräuche ist eine der wesentlichsten, daß Offiziere und Beamte, selbst die der konzessionierten Handelsgesellschaften 2c., nicht Abgeordnete sein dürfen. Zur Vorbereitung der Gesetzentwürfe ist ein Staatsrat eingesetzt worden. Die revisionistische Kammer tagte noch weiter zur Beratung anderer wichtiger Gesetze, die zu dem Programm der Sammlung des Ministerpräsidenten Wenizelos gehören, dessen Wirken die alten Parteiführer grollend, aber einflußlos gegenüberstehen. Für gewisse Verwaltungszweige sind sachverständige Beamte aus Deutschland und Österreich, für das Heer französische, für die Flotte englische Offiziere als Instruktoren herangezogen worden. Als neuer Erwerb für die Flotte ist der Panzerkreuzer „Awerow" (10.000 Tonnen) angekauft worden, der freilich bei der Flottenschau in Plymouth durch Schuld der Offiziere auflief und nicht unerheblich beschädigt wurde. Der Kronprinz wurde zum Generaltruppeninspektor ernannt. Der Ausbruch des Krieges zwischen Italien und der Türkei wurde mit Gelassenheit aufgenommen, nachdem die Pforte wegen der Alarmnachrichten über einen türkischen Angriff auf Griechenland beruhigende Versicherungen abgegeben hatte. Auch die kretische Frage wurde mit aller Ruhe behandelt. Die Kammer beschloß mit allen gegen eine Stimme, keine kretischen Abgeordneten zuzulassen.

Amerika.

Schon vor einem Vierteljahrhundert hat die Union das Shermansche Antitrustgesetz erlassen, um die Trusts zu bekämpfen, die die kleineren Unternehmer zu verschlingen und in allen Industriezweigen Privatmonopole zu errichten drohten. Dieses Gesetz ohne wirksame Spitze hat nichts genützt, im Gegenteil haben die Trustmagnaten eine Kapitalherrschaft im Lande errichtet, die über die angeblichen oder tatsächlichen Feudalherrschaften im alten Europa weit hinausgeht. Die seit Jahrzehnten herrschende republikanische Partei hat sich gehütet, jemals für die Trusts einzutreten, weil sie dadurch um die Herrschaft gekommen wäre, aber sie hat niemals das einzige Mittel ergriffen, das die Trustgewalt gebrochen hätte, nämlich durch eine ernsthafte Herabsetzung der Zölle fremden Waren Eingang zu verschaffen. Als klassisches Beispiel dafür muß die Wahl Tafts gelten. Auch er versprach feierlich, um gewählt zu werden, die Revision des Zolltarifs, die auch in Angriff genommen wurde, aber statt mit einer Ermäßigung mit einer Erhöhung endete. Unter offenbarem Wortbruch stimmte Taft zu und beugte sich vor dem Willen der herrschenden Partei. Mit Roosevelt steht es nicht viel anders. Wiederholt hat er die Trusts heftig angegriffen und gelegentlich behauptet, sie seien schlimmer als Straßenräuber, als bezahlte Rowdies und Zuhälter, aber bei anderen Gelegenheiten erkannte er ihre segensreichen Wirkungen an und wandte sich nur gegen ihre schädlichen Auswüchse. Die Trustmagnaten wußten darum sehr wohl, warum sie die gewaltigen Kosten der republikanischen Wahlen bezahlten. Und bei der 1912 bevorstehenden Präsidentenwahl wird sich die Lage genau so gestalten.

Die ganze Spiegelfechterei hat sich bei der Handhabung der Strafgesetze gegen die Trusts gezeigt. Wohl wurde der Rockefellersche Petroleumtrust zu der ungeheuerlichen Strafe von 29 Millionen Dollars verurteilt, aber auf dem Wege des Kompetenzkonflikts wieder davon befreit. Freilich hat sich auch schon in der republikanischen Partei die einflußreiche Gruppe der sogenannten „Insurgenten" gebildet, die in allen Zollfragen mit den

trustfeindlichen Demokraten geht, aber es läßt sich durchaus noch nicht durchblicken, wie weit es ihnen damit Ernst ist, oder ob es sich nicht bloß um ein weit angelegtes Wahlmanöver handelt, um damit die Herrschaft der Partei und damit die der Trusts zu retten. Selbst wenn unwahrscheinlicherweise die Demokraten siegen sollten, ist noch keine Sicherheit dafür gewährt, daß die Gewählten nicht ebenso dem Einfluß der Trusts nachgeben würden wie heute die republikanische Partei. Die Teilwahlen des Vorjahres haben nur bewirkt, daß im Repräsentantenhause eine Mehrheit von Insurgenten und Demokraten sitzt, die jeden neuen Raubzug der Trusts verhindern können, aber da im Senat die Mehrheit aus Mitgliedern und Anhängern der Trusts besteht, so ist bloß ein Zustand erreicht worden, der im laufenden Jahre jede wirkliche gesetzgeberische Tätigkeit gelähmt hat. Die allmächtigen Senatoren haben sogar zu verschiedenen Malen dem Präsidenten Taft nachdrücklich empfinden lassen, daß sie die eigentlichen Herren im Lande sind, daß sie ihm nicht gestatten, sich auf eigene Faust Popularität zu erwerben, und daß seine eventuelle Wiederwahl nur von ihrer Gnade abhängt. Noch herrscht die ungebrochene Gewalt der Trusts in der „freien" nordamerikanischen Republik.

Die politischen Jahresereignisse.

Während der Session des Kongresses ist unter den obwaltenden Parteiverhältnissen wenig geschehen, die Parteien waren eifrigst bestrebt, ihre Wahlaussichten zu verbessern, die Staatsfragen kamen daneben wenig in Betracht. Auch sonst ist das politische Jahresergebnis sehr gering, und das meiste verdient für den Ausländer nicht einmal eine summarische Erwähnung. Der Kongreß beendete nach zahlreichen Nachtsitzungen zum gesetzlichen Termin am 4. März seine Session, nachdem er sämtliche Etatsgesetze erledigt hatte. Gegen Mittag wurden die Uhrzeiger zurückgedreht, um Zeit für die Durchpeitschung zu gewinnen. Die Einsetzung einer ständigen Tarifkommission, die Kosten für die Befestigung des Panamakanals, die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die erste deutsche Ansiedlung in Germantown 2c. waren angenommen worden. Dagegen war der Versuch, den Vertrag mit Japan im Senat genehmigen zu lassen, an dem Widerspruch der Senatoren des Westens gescheitert, indessen setzte Präsident Taft durch, daß der Gegenseitigkeitsvertrag mit Kanada in einer außerordentlichen Tagung des Kongresses beraten werden soll. Der Vertrag selbst hatte sehr verschiedene Beurteilungen erfahren. Ein Teil der Nordamerikaner sah darin den Vorläufer der zukünftigen Angliederung Kanadas, wogegen sich Taft entschieden erklärte, während gerade ein Gegner des Vertrages, Bennet aus New York, um die Annahme in Kanada unmöglich zu machen, im Repräsentantenhause den Antrag stellte, man möge doch gleich mit England über die Abtretung in Verhandlung treten. Selbstverständlich wurde der Antrag schon im Ausschuß abgelehnt. Der Senatsausschuß empfahl in seinem Berichte den Vertrag sehr kühl, der Führer der Schutzzöllner, der vielgenannte Senator Aldrich, wandte sich heftig gegen Taft, gegen dieses „Programm des Freihandels"; in der Schlußsitzung des Kongresses am 4. März hatte der Versuch, das Abkommen durch einen Zusatzantrag zur Tarifkommissionsbill durchzudrücken, zur lärmenden Obstruktion der Republikaner geführt. So begann die außerordentliche Session des Kongresses am 4. April unter sehr unsicheren Aussichten. Das Repräsentantenhaus wählte, zum erstenmal seit 16 Jahren, den Demokraten Champ Clark zum Sprecher, eine Botschaft des Präsidenten empfahl dringend die Annahme des Vertrages mit Kanada, die auch am 22. mit 264 gegen 89 Stimmen erfolgte. Der Senat folgte später mit geringerer Mehrheit.

Weniger Glück hatte Präsident Taft mit seinem Schiedsgerichtsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und England. Er beabsichtigte offenbar damit, für seinen Kanadavertrag Stimmung zu machen, und in England ging man mit Begeisterung darauf ein, weil man damit von der Unterstützung Japans im Kriegsfall loszukommen hoffte. Das gelang auch, Japan verzichtete in dem neuen Vertrag auf die Unterstützung Englands in einem eventuellen Kriege mit den Vereinigten Staaten. Dort erblickte man vielfach in dem Vertrage mit England eine gegen Deutschland feindliche Spitze, und die zahlreichen, England feindlichen Iren bekämpften den Abschluß in der heftigsten Weise. Hinter der für den Weltfrieden schwärmenden Begeisterung diesseits wie jenseits des Ozeans verbarg sich die Absicht, die Japaner zu leimen. England kann übrigens wegen seiner Lebensmittelbeschaffung gar nicht an einen Krieg mit den Vereinigten Staaten denken und hat darum ihnen bisher immer nachgeben müssen. Um die eigentliche Absicht noch mehr zu verschleiern, entwarf das Staatsdepartement in Washington einen allgemeinen Schiedsvertrag und knüpfte darüber mit Deutschland und Frankreich Verhandlungen an. Am 4. August wurden auch wirklich in Washington Schiedsgerichtsverträge mit England und Frankreich unterzeichnet, obwohl nach dem Abschlusse des neuen Vertrages zwischen England und Japan das Interesse merklich nachgelassen hatte und Roosevelt über die „geniale Entgleisung" Tafts witzelte und die minimale politische Bedeutung der Schiedsgerichtsverträge in ernsten Fällen nachwies. Im Senat erhob sich energischer Widerspruch gegen einzelne Bestimmungen des Vertrages wie auch gegen die allgemeine Schiedsgerichtsidee, wenn sie auf die ostasiatischen Staaten ausgedehnt werden sollte. Der Senat strich die Bestimmung über die Einsetzung einer internationalen Kommission in Streitfällen, und damit ist der ganze Vertrag zu einem leeren Papier geworden. Der außerordentliche Kongreß schloß am 22. August mit dem einzigen Erfolg der Annahme des Abkommens mit Kanada, in allen anderen Fällen hat man Taft wenig Verständnis und noch weniger guten Willen gezeigt, am wenigsten bei den Demokraten und Insurgenten, die ihm in Tariffragen geradezu Fallen stellten, um hinterher sagen zu können, an seinem Widerspruch sei alles gescheitert. Er trat dann Mitte September

eine große Agitationsreise an, die einen wirklichen Rekord darstellte, da er in 31 Staaten 350 Reden gehalten, ohne daß die Anfeindungen beider republikanischen Flügel gegen ihn aufhörten.

Von den Trustaffären des verflossenen Jahres sind einige interessant genug, um erwähnt zu werden. Vor zwei Jahren war der Petroleumtrust als gesetzwidrig vom Gerichte aufgelöst worden. Nach allerlei Verschleppungsversuchen wurde am 15. Mai vom Obersten Gerichtshof entschieden, daß die Standard Oil Company binnen einem halben Jahre aufzulösen sei. Es handelte sich dabei nur um einen moralischen Erfolg, denn die Standard Oil Company hat verstanden, den Termin nicht einzuhalten, und von einer gesetzlichen Verfolgung ihrer Beamten ist keine Rede. Wenige Tage darauf wurde auch der Tabaktrust zur Auflösung verurteilt, weiter ging die Regierung gegen den Stahl-, Fleisch-, Drahttrust ꝛc. vor, aber den einzelnen Personen geschah nichts, alles war bloß Sand für die Augen des Publikums.

Präsident Taft erkrankte nach der Rückkehr von seiner Agitationsreise an einer Lungenentzündung, erholte sich aber bald. Am 4. Dezember trat der Kongreß wieder zusammen, der voraussichtlich bis zu seinem gesetzlichen Schlusse nur für Partei- und Wahlpolitik Sinn haben wird. Vom Präsidenten Taft gingen mehrere Botschaften ein, von denen sich die erste ausschließlich mit der Trustfrage, die zweite mit den auswärtigen Angelegenheiten und dem Zolltarif befaßte. Zunächst wurde die bereits erwähnte russische Paßfrage in Gang gebracht und der Handelsvertrag mit Rußland gekündigt. Seit Jahrzehnten hat man sich die Paßbehandlung in Rußland gefallen lassen, jetzt standen aber entscheidende Wahlen mit wahrscheinlich knapper Mehrheit in Aussicht, da kam es wohl auf die paar hunderttausend geschlossen abgegebenen jüdischen Stimmen an. Das Repräsentantenhaus nahm eine Resolution der Demokraten fast einstimmig an, die Rußland des fortgesetzten Vertragsbruches beschuldigte. Dagegen legte der russische Botschafter energisch Protest ein, und der Ministerrat beschloß, um jene Resolution politisch außer Gesicht zu bringen, daß Taft auf eigene Faust den Handelsvertrag kündigen solle, wofür bloß die Zustimmung des Senats nötig war, die am 19. ohne anstößige Debatte einstimmig erfolgte. Roosevelt, der plötzlich wieder im Vordergrunde erschien, erklärte sich mit der Kündigung einverstanden, wenn auch nicht mit der Form. Taft suchte in einer neuen Botschaft am 21. durch den Vorschlag, den nordamerikanischen Schiffen im Panamakanal Vorzugssätze zu gewähren, und durch die Befürwortung einer Währungsreform von der brennenden Frage, dem Kampfe um den Zolltarif, abzulenken. Den gleichen Zweck hatte ein Brief des Staatssekretärs Knox an den demokratischen Führer Underwood im Auge, in dem auf die Zollbehandlung amerikanischer Waren in Deutschland, Österreich und anderen Staaten hingewiesen wurde. Durch den wirtschaftlichen Kampf gegen das Ausland sollte die Frage des Zolltarifs, die den Republikanern verhängnisvoll zu werden drohte, in den Hintergrund gedrängt werden. Man ließ sich aber durch den für einen höchsten Staatsbeamten sehr auffälligen Schritt nicht verblüffen. Nach dem Berichte des Schatzsekretärs stellt sich der neue Etat in den Ausgaben auf 637,921.000, in den Einnahmen auf 667 Millionen Dollars. Für den Panamakanal sind außerdem 47,264.000 Dollars erforderlich. Der Bericht betont weiter die Wichtigkeit der Währungsgesetze, die Sicherheit gegen ernste Paniken und Knappheit des Geldmarktes bieten sollen.

Panamerikanisches.

Was es mit den Friedensversicherungen und Schiedsgerichtsverträgen der Politiker der Vereinigten Staaten auf sich hat, haben die Ereignisse des letzten Jahres abermals gezeigt. Anderen durch Verpflichtungen Schranken zu ziehen, für sich selbst aber freie Hand zu behalten, war der ganze Zweck. Während Präsident Taft an der mexikanischen Grenze den ganzen verfügbaren Teil des Heeres aufgestellt hatte und alle Welt den Vertrag mit Kanada als ersten Schritt zur Angliederung auffaßte, erklärte er feierlich, niemand in der Union hege auch nur den leisesten Wunsch nach einer Gebietsvergrößerung. Gewiß wollen die Vereinigten Staaten Mexiko ebenso wenig annektieren wie Kuba, denn es wäre unmöglich, dem mexikanischen Mischvolk politische Gleichberechtigung und allgemeines Stimmrecht einzuräumen. Aber man ist entschlossen und auf dem Wege, zunächst die Republiken bis zum Panamakanal und darüber hinaus indirekt zu beherrschen. Panama, Nicaragua, Honduras und St. Domingo sind scheinbar unabhängige Staaten geblieben, aber mit Hilfe ihrer Geldkräfte übt dort die Union die „Kontrolle“ aus. Mit Mexiko wird es nicht anders werden. Dieses Verhältnis sichert den Vereinigten Staaten maßgebenden Einfluß auf die innere und äußere Politik dieser Scheinstaaten, legt der Union selbst keine Verpflichtungen auf und läßt sie vielmehr als Beschützer der inneren Ordnung und des äußeren Friedens erscheinen. Diese finanzielle Eroberung wird zur Ehre und Verwirklichung der Monroelehre stetig nach Süden fortgesetzt, und die größeren südamerikanischen Republiken verfolgen den Prozeß mit begreiflichen Befürchtungen.

Daß der Aufstand in Mexiko in den Vereinigten Staaten seine Stütze hatte, ist notorisch. Nicht Eroberungslust, sondern die Monroelehre veranlaßte die Union, im März ihre Truppen an die mexikanische Grenze zu schicken, damit nicht europäische Mächte auf den Gedanken kommen sollten, zum Schutze ihrer Untertanen einzuschreiten. Wenn es sonst im Lande drunter und drüber ging, war den nordamerikanischen Interessen gedient, ein Krieg wäre dagegen gefährlich und unsicher gewesen. Die Zerrüttung in Mexiko machte übrigens die Bestrebungen Japans zu nichte, das zu Porfirio Diaz für die Union in sehr unerwünschte Beziehungen getreten war. Auch die Vertreibung Zelayas aus Nicaragua durch eine plötzliche Revolution und die Ausdehnung der Finanzkontrolle auf dieses Land steht damit im Zusammenhang. Im übrigen verfährt die Union mit den ohnmächtigen Republiken

rücksichtslos genug. Roosevelt hatte im Mai glatt zugestanden, daß er seinerzeit die Kanalzone einfach weggenommen habe, was bisher immer in Abrede gestellt worden war. Als daraufhin der Gesandte von Columbia Borda die Entschädigungsfrage wegen des geraubten Gebietes wieder anregte, erhielt er vom Staatssekretär Knox gar keine Antwort. Im übrigen sind weder die zentralamerikanischen noch die südamerikanischen Republiken von dem Werte der Monroelehre so unbedingt überzeugt, wie es den Wünschen der Yankees entsprechen würde. Der im Vorjahre vom vierten panamerikanischen Kongreß beschlossene Bau eines zweiten „Kongreßpalastes" in Buenos Aires läßt auf sich warten.

Verschiedenes.

Das überraschendste Ergebnis der letzten Volkszählung liegt in der Tatsache, daß die Bevölkerung im steten Wandern nach Westen begriffen ist. Zum Teil trägt an der geringen Zunahme im Osten die Abwanderung nach Kanada bei, die größere Zunahme des Westens beruht jedoch auf dem verblüffenden Wachstum der Städte am Großen Ozean, wie Seattle und Los Angelos, aber auch in der Vermehrung der ackerbautreibenden Landstriche in den westlichen Gebieten. Diese zunehmende Entwicklung des Westens bildet auch eine Hauptursache für den Umschwung der politischen Anschauungen im Lande.

Die Besetzung der mexikanischen Grenze hat wieder einmal gezeigt, wie mangelhaft die Heeresverhältnisse beschaffen sind. Das stehende Heer, das mit Offizieren und Unteroffizieren 100.000 Mann nicht überschreiten und nicht unter 60.000 sinken darf — die jährliche Stärke bestimmt der Präsident, jetzt 80.000 — hat keine größeren Verbände als das Regiment und hat von Übungen darüber hinaus keine Idee. Trotzdem kostet es mit Militärakademie, Befestigungswesen und Pensionen rund 1 Milliarde Mark. Die 1903 beschlossenen Reserven stehen noch auf dem Papiere, weil dafür alle Offiziere fehlen. Von den 110.000 Milizen ist kaum der vierte Teil kriegsbrauchbar; nach dem Gesetz besitzen sie auf dem Papiere freilich eine Reserve von 13 Millionen, denn alle wehrfähigen Bürger werden ihr zugezählt.

Bei der Flotte sind die Verhältnisse günstiger. Zwei Dreadnoughts sind vom Stapel gelaufen, zwei befinden sich im Bau und zwei sind vergeben worden. Die ganze Schlachtflotte befindet sich an den atlantischen Küsten, an der Westküste sind nur einige Panzerkreuzer stationiert. Die neuen Dreadnoughts sollen 28.000 Tonnen groß werden. Damit würden die Vereinigten Staaten die größten, aber auch teuersten Schiffe besitzen. Auf ein paar Tausend Tonnen kommt es indessen nicht an, denn schließlich entscheiden nicht allein die größten, sondern die am besten geführten und bemannten Schiffe. Das neue Flottenbauprogramm für 1912 umfaßt außer den erwähnten zwei Dreadnoughts zwei Kohlendampfer, acht Torpedozerstörer und vier Unterseeboote, für die Verteidigung der Küsten und Inseln sind, ohne die Befestigung des Panamakanals, 5,300.000 Dollars bestimmt. Die vier Panzerforts am Panamakanal sollen mit je sechs 16zölligen Geschützen versehen werden, deren nutzbare Tragweite man auf 27 Kilometer annimmt. Am 13. November wurde eine unerwartet befohlene Alarmierung der gesamten Flotte mit bestem Erfolg durchgeführt.

Die Novemberwahlen haben, besonders für die Kommunalwahlen, eine unerwartete Zunahme der Sozialdemokratie gezeigt. Man wird in der Zukunft auch bei den Abgeordnetenwahlen mit ihr rechnen müssen. Schaden wird ihr indessen der bisher geübte anarchistische Terrorismus gewisser Führer. Im Oktober 1910 war in Los Angelos das Gebäude einer Zeitung in die Luft gesprengt worden, die nichtorganisierte Arbeiter beschäftigte. Die Untersuchungen haben ergeben, daß ein großes anarchistisch-sozialistisches Komplott mit dem Hauptsitz in Indianapolis bestand, dem etwa 200 Dynamitverbrechen gegen Arbeitgeber mit 170 Menschenverlusten zuzuschreiben sind.

Aus den romanischen Republiken.

Mexiko. Eines der betrübendsten Ereignisse des vergangenen Jahres ist ohne Zweifel die Tatsache, daß Mexiko mindestens auf geraume Zeit aus der Reihe der sich emporarbeitenden amerikanischen Republiken ausscheiden wird. Porfirio Diaz, der Diktator Mexikos, das er in 35jähriger Regierung zu einem blühenden Wirtschaftsstaat gemacht hat, mußte sich als Greis von 82 Jahren in der Fremde ein Asyl suchen als Opfer der ihm verhaßten Nordamerikaner. Das heutige Mexiko ist das alleinige Werk dieses einzigen Mannes, dessen Namen man, wäre er vor einigen Jahren gestorben, mit ehernem Griffel in die Tafeln der Geschichte als einen der größten Männer eingegraben hätte. Die Erklärung des überraschenden Vorganges ist trotz allem sehr einfach, sie liegt in dem hohen Alter samt Begleiterscheinungen dieses bedeutenden Staatsmannes. Gleich Friedrich dem Großen war es um ihn immer einsamer geworden, alle bedeutenden Männer hatte der argwöhnische Greis aus den leitenden Stellungen entlassen mit Ausnahme des Finanzministers Limontour, der ihn aber schließlich auch noch verriet. Er selbst war nicht mehr im stande, die Mißwirtschaft unfähiger Minister und Gouverneure zu verhindern. So nahm der in den letzten Monaten des Jahres 1910 ausgebrochene, unbedeutend erscheinende Aufstand, genährt von der Mißgunst des mächtigen Nachbarn, nach und nach einen Umfang an, daß Diaz sich am 25. Mai, satt des Undanks, zum Rücktritt entschloß. Seine so lange ausgeschlossenen Gegner verlangten je länger, desto stürmischer nach der Staatskrippe. Auf die in den letzten Regierungsjahren Diaz' eingerissene Ausbeutung weniger Großer, die sich selbst Cientificos (die Gebildeten) nannten, ist die Herrschaft der Massen gefolgt, der der am 1. Oktober zum Präsidenten gewählte und am 2. November vom Parlament auch bestätigte Franzesco Madero nicht Widerstand leisten kann. Gegen ihn hatten sich bereits gegen Ende des Jahres die unterlegenen

und mißvergnügten Beutepolitiker Reyes, Gomez und Zapata erhoben.

Die mittelamerikanischen Republiken Nicaragua und Panama stehen bereits unter der Finanzkontrolle der Vereinigten Staaten, Guatemala und Costa Rica ist noch eine Gnadenfrist gegeben. Nachdem im Jahre 1910 Nicaragua unter nordamerikanischer Unterstützung



Franzesco Madero, Präsident der Republik Mexiko.

viermal den Präsidenten gewechselt hatte, hat der vierte jetzt den Vereinigten Staaten die Finanzkontrolle und das Interventionsrecht vertragsmäßig zugestanden. Die sogenannte Republik Panama ist von vernherein nur eine Filiale der Regierung in Washington gewesen. In Honduras hat sich in den ersten Monaten des Jahres genau derselbe Vorgang abgespielt wie in Nicaragua. Der Präsident Dravila wurde durch den aus den Vereinigten Staaten unterstützten Bonilla gestürzt, und die Union hat sich bereit erklärt, die auswärtige Schuld der Republik in Ordnung zu bringen. Bis zur Einweihung des Panamakanals wird wohl das übrige Mittelamerika auch so weit sein. Auch in den Negerrepubliken San Domingo und Haiti besitzen die Vereinigten Staaten bereits die Finanzkontrolle samt Aufsichtsrecht. Haiti hatte im Sommer die übliche Revolution, die Vereinigten Staaten sandten einige Kreuzer dahin, ebenso Deutschland den Kreuzer „Bremen". Im August wurde Lecomte zum Präsidenten gewählt. Am 19. November wurde der Präsident Caceres von San Domingo ermordet und Vittorio wurde zeitweiliger Präsident.

Brasilien befindet sich unter der Regierung des auch in Deutschland wohlbekannten Präsidenten Hermes da Fonseca weiter in gedeihlicher Entwicklung. Kurz nach seinem Regierungsantritt hatte allerdings das Marinebataillon gemeutert, aber die Disziplin wurde bald wieder hergestellt. Durch energisches Einschreiten im Staate Rio Grande wurde zu Neujahr auch die Regierung des ordnungsmäßig gewählten Präsidenten Dr. Oliveiro Botelho gegen die Machinationen seines Vorgängers Dr. Backer, der sogar das Regierungsgebäude in die Luft sprengen wollte, gesichert. In seiner Botschaft an den Kongreß in den ersten Tagen des Mai sagte Fonseca dem Lande ungeschminkt die Wahrheit. „Nichts ist beschämender für die Republik, als die fortgesetzte Absetzung von Staatsregierungen oder die Annullierung von Wahlen, nur um die Interessen einer kleinlichen persönlichen Politik zu fördern." Auch über den Stand der Finanzen, der nicht fortdauern dürfe, sprach er sich offen aus. Für die Flotte ist außer zwei Flußkriegsschiffen der Bau von zwei weiteren Dreadnoughts nach dem Muster des noch im Bau begriffenen „Rio de Janeiro" in Aussicht genommen, zuverlässige Seeleute wurden in Portugal und auf den Azoren angeworben. Mit den französischen Offizieren als militärische Instruktoren hat man unerfreuliche Erfahrungen gemacht. Im November wurde Oberstleutnant Balagny abberufen, weil er im Bundesstaate Sao Paulo bei der Organisierung der Polizei offenbar den Unabhängigkeitsbestrebungen Vorschub geleistet hatte. Als nicht unbedenkliche Erscheinung dürfte bezeichnet werden, daß die im Besitze belgischer Banken befindlichen Hauptbahnen des Landes in nordamerikanische Hände übergegangen sind. Die Regierung hat gleich der argentinischen die Errichtung von Stationen für drahtlose Telegraphie nicht der Marconigesellschaft, sondern der deutschen Telefunkengesellschaft übertragen. Im Oktober wurde die große deutsche Kolonie Blumenau durch Überschwemmungen um viele Millionen geschädigt.

Uruguay nimmt eine hervorragende Stellung unter den südamerikanischen Republiken ein. Boden, Klima, eine kleine, aber intelligente Bevölkerung und eine geordnete Finanzverwaltung bilden seine unschätzbaren Vorzüge. Aufstände der sogenannten Blancos sind in sich selbst zerfallen. Am 28. Februar trat nach vierjährigen nutzbringender Regierung der Präsident Dr. Williman zurück und wurde durch den befähigten José Battle y Ordonez ersetzt.

Paraguay. Anfangs Januar verdrängte der Kriegsminister Jara, der schon längst alle Gewalt in den Händen hatte, den seit November an der Regierung befindlichen Präsidenten Gondra in unblutiger Revolution und warf im März einen von den Anhängern des letzteren angestifteten Aufstand nieder. Ein Vergewaltigungsversuch gegen eine Schauspielerin schürte aber die ihm feindliche Bewegung und mit seinem Einverständnis „empörten" sich im Juli seine Getreuen gegen ihn und brachten ihn ins Ausland in Sicherheit. Sein Nachfolger wurde Rosas, gegen den sich aber schon im November die Anhänger Jaras erhoben.

Argentinien. Die letzten Erntefehljahre haben den wirtschaftlichen Fortschritt nicht aufgehalten. Wegen der Unzufriedenheit der Regierung mit den gesundheitlichen Maßregeln auf den italienischen Auswandererschiffen hat Italien die Aus-

wanderung nach Argentinien verboten. Man hat durch Zuzug aus Spanien und der Bukowina Ersatz zu schaffen versucht. Besonders in der Provinz Entre Rios trat eine auffällige Feindseligkeit gegen die deutschen Schulen hervor. Das ist um so auffälliger, als sonst das beste offizielle Verhältnis mit Deutschland besteht, vier Torpedokreuzer auf deutschen Werften bestellt und deutsche Instruktionsoffiziere mit großem Erfolg in der Armee tätig sind. Auch der deutsche Panzerkreuzer „von der Tann", der in zehn Tagen von Teneriffa nach Buenos Aires gefahren war, wurde durch große Festlichkeiten geehrt. Die in Nordamerika bestellten Dreadnoughts „Rivadavia" und „Moreno" sind vom Stapel gelaufen, dagegen hat die Regierung weder die in England noch die in Frankreich gebauten Torpedokreuzer, weil ungenügend, übernommen.

Chile. Zu Anfang des Jahres hatte Präsident Barros Luco sein Amt angetreten. Die Leiche des im Vorjahr in Deutschland verstorbenen Präsidenten Montt traf am 4. Februar in Santiago ein und wurde unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung mit großen Feierlichkeiten beigesetzt. Die Finanzlage hat sich gebessert, das Defizit wird gedeckt und das Finanzjahr wird einen Überschuß von 4 Millionen ergeben. In seiner Botschaft an die Kammern am 1. Juni bezeichnete Präsident Luco die Beziehungen zu allen Staaten als äußerst herzlich, mit Ausnahme von Peru. Ende Oktober nahmen die alten Streitigkeiten zwischen Chile und Peru einen kriegsdrohenden Charakter an, es wurden in beiden Ländern an den Grenzen Truppen zusammengezogen. Infolgedessen nahm der Senat von Chile die Vorlagen über die Verstärkung der Armee und der Flotte an. Die Flotte soll bis 1914 um zwei Dreadnoughts und zwei Torpedokreuzer vermehrt werden. Um Mittel für die beabsichtigten Eisenbahnbauten zu gewinnen, sollen Salpeterländereien verkauft werden. In Chile sind die Befürchtungen wegen der Haltung der Vereinigten Staaten, insbesondere seit deren Bemühungen um den Erwerb der Galopagosinseln, sehr gewachsen.

Ecuador. Im Januar hatten die Vereinigten Staaten „unverbindliche Verhandlungen" über die Verpachtung der Galopagosinseln eröffnet. Ecuador hat das Geschäft zunächst abgelehnt. Die Union wird aber, wenn sie will, bei der schlechten Finanzlage des Landes ihren Zweck doch erreichen. Ende Oktober stellten sich auffälligerweise Verschwörungen und Unruhen gegen den Präsidenten Estrada ein. Dieser starb am 21. Dezember, aber die Unruhen dauerten fort. Die weitere Entwicklung kann man sich denken.

Kolumbien beharrt dabei, die Republik Panama nicht anzuerkennen und hat auch den nach Bogota abgesandten diplomatischen Agenten dieser Republik nicht empfangen. Im Mai hat sie einen ihrer in Chile nach deutschem Muster ausgebildeten Instruktor nach Deutschland zu einem umfangreichen Ankauf von Handfeuerwaffen abgesandt.

Asien.

Persien ist im verflossenen Jahre nicht zur Ruhe gekommen, wird wohl auch nie wieder in seinen früheren idyllischen Zustand zurückfallen, denn die völlige Auflösung aller ein staatliches Gemeinwesen zusammenhaltenden Gewalten und damit die Vorherrschaft des Auslandes ist unheilvoll fortgeschritten. Rußland und England versichern, daß sie die Unabhängigkeit des Landes nicht antasten wollen, aber weder die Perser noch andere Leute glauben daran. Die Türkei als dritte Anspruchsmacht kommt wohl kaum in Betracht. Wer bei dem englisch-russischen Abkommen den anderen schließlich über den Löffel barbieren wird, ist zunächst ziemlich gleichgültig. Das ganze Jahr war Persien in ein dichtes Nebelmeer getaucht, in dem nur Einzelheiten unklar emportauchten. Der Regent Nasr el Mulk, der nicht regierte, ein Putschversuch des ehemaligen Schahs Mohammed Ali, der nicht reussierte, ein englisches und ein wiederholtes russisches Ultimatum, die nichts änderten, politische Attentate und leere patriotisch-demokratische Demonstrationen ohne Nachhalt, das war der ganze politische Inhalt des Jahres. Niemand dachte daran, auf dem Wirrwarr einen festen Bau zu errichten, am wenigsten Rußland und England.

Indien. Aus der Schicht der zum Teil in England ausgebildeten Literaten und examinierten Anwärter, die die britische Regierung bei weitem nicht alle anstellen kann und aus begreiflichen Gründen nicht in höhere Verwaltungsämter gelangen läßt, hat sich ein Element gebildet, das den Briten feindlich gegenübersteht und mit den in Europa erlernten demagogischen Künsten die sonst politisch indolente Bevölkerung in eine scharfe nationale Erregung gegen die Herrschaft der Fremden versetzt hat. Einige ungeschickte Regierungsmaßregeln, wie die Teilung Bengalens, haben diese Stimmung noch verschärft, sind indessen keineswegs von ursächlicher Bedeutung. Zahlreiche Attentate 2c. haben in den letzten Jahren Zeugnis für diese Volksstimmung abgelegt, und gewisse, im europäischen Sinne liberale, Reformen der jetzigen Regierung sind wirkungslos geblieben, weil sie überhaupt verspätet und für orientalische Begriffe verfehlt sind. Eine Auffrischung der indischen Kaiseridee, die seit der Königin Viktoria an die mohammedanischen Mogul-Kaiser anknüpfen sollte, war mit dem großen Delhi-Durbar beabsichtigt, zu dem König Georg V. mit seiner Gemahlin am 11. November von London abreiste und am 5. Dezember in Delhi eintraf, wo nach verschiedenen prächtigen Festlichkeiten am 12. der Krönungsdurbar in dem besonders dafür hergerichteten Zeltlager abgehalten wurde. An Pracht und königlichem Pomp ließ man es nicht fehlen, und die dafür empfänglichen Hindus waren darüber ganz begeistert. Die britischen Gouverneure fuhren in Staatskutschen, die

indischen Fürsten in gold- und silberbedeckten Wagen vor. Beim Eintreffen des Königspaares erklang die Nationalhymne, der König verlas unter dem vergoldeten Thronhimmel eine Rede, die mit anhaltendem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf erfolgte durch einen Herold die Verlesung der Krönungsverkündigung und durch den Generalgouverneur die Mitteilung der Gnadenbeweise. Die Feierlichkeit schloß mit Fanfarenklängen und erneuten Hochrufen der Menge auf König und Königin. Der



Dr. Sunjatsen, Präsident der chinesischen Republik.

Durbar trug einen hochpolitischen Charakter. König Georg residierte unter den indischen Fürsten mit ihrem glänzenden Gefolge inmitten der englischen und einheimischen Truppen wie ein Kaiser des Mittelalters unter seinen Vasallen, um ihre Huldigung entgegenzunehmen. So sahen es auch die indischen Großen an, aber nicht jeder machte ein vergnügtes Gesicht dazu. Als besonders Mißvergnügter trat der Goekwar von Baroda hervor, der sogar zu demonstrieren wagte. Er wurde bloß zu einer schriftlichen Abbitte verhalten, zu Lord Curzons Zeiten wäre seine Absetzung sicher gewesen.

Als Überraschung für alle Welt brachte die Regierungsverkündigung drei einschneidende Maßregeln: die Verlegung der Hauptstadt von Kalkutta nach Delhi, die Verleihung des Viktoriakreuzes auch an indische Offiziere und Soldaten, ferner die Aufhebung der Teilung Bengalens. Die Maßregeln wurden in England ziemlich unfreundlich aufgenommen, aber es kommt dabei auf die Wirkung auf Indien an. Delhi ist mit der altindischen, namentlich mohammedanischen Überlieferung eng verknüpft und liegt nahe dem Zentrum des Landes. Es fragt sich nur, ob sich in Zukunft die indischen Traditionen zu Gunsten Großbritanniens wenden werden. Kalkutta ist eine nahezu europäische und sehr ungesunde Stadt, aber sie liegt in jedem Falle unter dem Schutze der englischen Flotte. Die Verleihung des Viktoriakreuzes ist wegen ihrer Wirkung auf die eingeborenen Truppen verständlich. Die Aufhebung der Teilung Bengalens macht nach schon sechs Jahren einen Schritt Lord Curzons rückgängig, der unter den Hindus große Unzufriedenheit hervorgerufen hatte. In der Aufhebung sehen aber gerade die Mohammedaner einen Sieg der Hindus, und sie galten bisher als die Zuverlässigeren. Es wird abzuwarten sein, wie die indische Agitation die Neuerungen auffaßt, bei dem Volkscharakter wird die Wirkung erst nach geraumer Zeit erkennbar werden. Der Eindruck des Moments war unzweifelhaft günstig, überhaupt hatte sich der König durch seine ruhige Würde nicht geringe Sympathien erworben. Er legte noch am 15. den Grundstein zur neuen Reichshauptstadt Delhi, begab sich am folgenden Tage nach Nepal, wo große Jagden auf Nashörner und Tiger stattfanden und kehrte dann nach Kalkutta zurück. Als ein gutes Zeichen durfte gelten, daß die strengen Sicherheitsmaßregeln, die man anfangs mit gutem Grund getroffen hatte, nach und nach fast ganz wegfallen konnten.

China. Die Mandschudynastie hat ohne eigentlichen Kampf aufgehört zu regieren, aber sie hat sich ihr schlimmes Geschick selbst zuzuschreiben. Schon 1900 hätte die Kaiserin mit Reformen beginnen sollen, die nach den Erfahrungen in Japan auch von den einsichtigen Chinesen lebhaft gefordert wurden. Sie versprach, schob auf die lange Bank und hintertrieb schließlich alles. Ihr Nachfolger, der ideal angelegte Kwang-su, plante mit einer Anzahl hochgesinnter Mandarinen einen gewaltsamen Umschwung; die Sache wurde verraten, ein grausames Gericht über die Männer gehalten, und der Kaiser endete sein schattenhaftes Dasein. Auch der neue Regent Tschun nahm einen guten Anlauf, Reformen wurden in Aussicht gestellt, aber der Einfluß der Männer des alten Systems verzögerte alles, und schließlich befanden sich sämtliche leitende Stellen wieder in Händen von Mandschus. Da brach der von den im Ausland lebenden Chinesen schon längst geschürte Unwille des Volkes in helle Flammen aus. Schon während der ungünstig verlaufenden Verhandlungen mit Rußland im Frühjahr wurde die tiefe Unzufriedenheit der Jungchinesen bemerklich, und in den letzten Tagen des April brach in Kanton der Aufstand aus, der sich rasch weiter verbreitete. Er war frühzeitiger losgegangen, als eigentlich beabsichtigt war, weil die Regierung hinter die Pläne gekommen war und in Hankau mit landesüblicher Grausamkeit vorging. Die Seele der ganzen Bewegung war Dr. Sunjatsen, ein längst ins Ausland verbannter Chinese, an sich ein politischer Schwärmer, der sein Land für eine Republik reif hält, aber ein durchaus selbstloser, opferwilliger Charakter. Der Ausstand im Süden war gegen die dort verhaßten Mandschus gerichtet, aber seit Jahren sorgsam vorbereitet, und im Ausland lebende Chinesen hatten für reichliche Geldmittel gesorgt. Daran fehlte es aber gerade der Regierung, sie konnte den Truppen den Sold nicht zahlen, und darum erlahmte ihr Widerstand. Ein geradezu jämmerliches Bußedikt der Regierung legte Ende Oktober ein förmliches Sündenbekenntnis ab, aber die verheißenen Reformen wirkten nicht mehr, und da entschloß sie sich, Ende Oktober, den vor Jahren schmählich verbannten Juanschikai wieder zu

berufen, der zwar den Mandschus wie den extremen Revolutionären gleicherweise verhaßt, doch ein begabter Staatsmann ist. Er eröffnete Verhandlungen mit den Revolutionären, die bald keinen Zweifel darüber ließen, daß sie mindestens mit der Mediatisierung der Mandschudynastie enden würden. Am 3. Dezember verzichtete Prinz Tschun auf die Regentschaft, am 29. wurde Dr. Sunjatsen von seinen Anhängern zum Präsidenten der Republik China gewählt. Die verhältnismäßig milde Form, in der sich bisher die Revolution vollzogen hat, macht einen Ausgang wahrscheinlich, der kein Eingreifen der Mächte notwendig machen wird. Die sorgsame Schonung aller Europäer in allen Kämpfen des Bürgerkrieges spricht auch dafür.

Japan hat ein Jahr ruhiger Entwicklung, wenn auch nicht ohne Ministerwechsel, hinter sich. Das vom 21. Januar bis 26. März tagende Parlament war sehr fleißig infolge eines zwischen Regierung und Mehrheit vereinbarten Abkommens, die Opposition nicht aufkommen zu lassen. Unter den 234 Vorlagen befanden sich auch die Genehmigung der Annexion Koreas und einige Handelsverträge. Der am 13. Juli in London unterzeichnete Bündnisvertrag, der bekanntlich England von der Unterstützungspflicht in einem Kriege mit den Vereinigten Staaten enthebt, erregte bei der Bevölkerung nicht geringe Erbitterung gegen den „unzuverlässigen Bundesgenossen". Die Regierung hatte aber jedenfalls die Notwendigkeit des offenen Geldmarktes im Auge gehabt, und der fragliche Krieg hängt ja doch nur von Japan ab, da die Union zu einem Angriff gar nicht in der Lage ist. Schließlich gewährt der neue Vertrag Japan eine viel freiere Hand. Am 24. August trat das Ministerium Katsura zurück, nachdem es die ihm gestellten Aufgaben erledigt sah, ohne dadurch beliebt geworden zu sein. Marquis Sajonji bildete das neue Kabinett, das keine Änderung der politischen Haltung bedeutete, und dessen Schwierigkeiten darin bestanden, die bedrängte finanzielle und wirtschaftliche Lage mit den vermehrten Forderungen für die Landesverteidigung in Einklang zu bringen. Am 22. November starb der verdiente frühere Minister des Äußern Graf Komura, dessen Name mit dem englisch-japanischen Bündnis und mit dem



Marquis Sajonji, Ministerpräsident des neuen japanischen Kabinetts.

Frieden von Portsmouth verknüpft ist. Für Korea soll eine ständige Armee von zwei Divisionen gebildet werden. In Beschränkung weiterer Flottenpläne hat man sich auf ein Programm geeinigt, nach dem 183 Millionen Mark zum Bau eines Schlachtschiffes und dreier Panzerkreuzer vom Überdreadnoughttyp (27.000 Tonnen mit 34·3 Zentimeter-Geschützen) verwendet werden sollen. Infolge des chinesischen Aufstandes sind im stillen alle Vorkehrungen getroffen worden, um erforderlichenfalls kräftig eingreifen zu können.

Afrika.

Ägypten. Die nationalistische Bewegung hat zwar viel Lärm von sich gemacht, aber positiv wenig erreicht, und die Briten suchen sie mit allen Mitteln zu unterdrücken. Der Generalvertreter Eldon Gorst reiste Mitte April ins Bad und starb später in London. Sein letzter Bericht betonte, England dürfe keine weitere Ausdehnung der Selbstverwaltung zulassen. Die Versöhnungspolitik wurde also wieder aufgegeben. Schon seit Monaten behaupteten Gerüchte, England denke an eine Änderung der Stellung des Landes und wolle es zum Mittelpunkt der englischen Macht im Mittelmeer und Sudan machen. Zur Durchführung dieses Planes wurde Mitte Juli Lord Kitchener berufen, der jede höhere militärische Stellung ausgeschlagen hatte, weil er nicht unter dem nichtmilitärischen obersten Armeerat stehen wollte. Die Ernennung dieses sehr selbständigen, in Ägypten und im Sudan wohlbewanderten Mannes ließ auf weitgehende Absichten schließen. Daß er dem Nationalismus scharf entgegentreten werde, verstand sich von selbst; die nach dem Ausbruch des Krieges in Tripolis aufgeregte nationalistische Presse wurde unterdrückt und die Sinaihalbinsel dem englischen Kriegsministerium unterstellt. König Georg tauschte auf der Reise nach Indien am 21. November mit dem Khedive Besuche aus, der türkische Thronfolger Jussuf Izzedin hatte den König in Port Said begrüßt, wurde aber während seines darauffolgenden Besuches beim Vizekönig auf Veranlassung Lord Kitcheners allen beabsichtigten türkenfreundlichen Demonstrationen der Bevölkerung ferngehalten.

Abessinien. In den Verhältnissen des Landes hat sich wenig geändert. König Menelik lebt zwar noch, ist aber der Sprache und Bewegung beraubt, der Thronfolger Lidj Jeassu befestigt sich in seiner Stellung, obgleich der Vor-

mund und Regent Ras Tassama am 10. April starb. Noch auf seinen Rat sollte Lidj Jeassu am 15. Mai zum König ausgerufen werden, er verzichtete aber mit Rücksicht auf seinen Großvater darauf. Die mit den neuen Verhältnissen Unzufriedenen, meist Anhänger und Verwandte der Königin Taitu, wurden unschädlich gemacht. Im März wurde Ras Guglia, ein Neffe der Königin, in Ketten gelegt, im Juli zwei Minister wegen Hochverrates hingerichtet und im Dezember Ras Abate abgesetzt. Um diese Zeit traf Ras Michael, der Vater des Thronfolgers, mit großer Truppenmacht in Addis Abeba ein. Lidj Jeassu ist wie sein Großvater sehr europäerfreundlich und zeichnete namentlich den deutschen Geschäftsträger Dr. Zechlin und den mit der Grenzregulierung beauftragten Oberleutnant v. Gößnitz wiederholt aus.

Südafrika. Die Gründung der südafrikanischen Union hat neue Ziele und Aufgaben gestellt und infolgedessen einige Umwandlungen im Parteileben gebracht. Der alte nationalistische Afrikanerbund ist Ende des Jahres in der südafrikanischen Partei aufgegangen, die auch Engländer enthält, und deren ausgesprochen holländischer Teil unter der Führung des Ministers Hertzog steht, während die Gesamtleitung vom Premierminister Botha im ausgleichsfreundlichen Sinne geführt wird. Der bekannte Starr Jameson ist von der Leitung der unionistischen (englischen) Partei zurückgetreten und nach England zurückgekehrt. Größere parteipolitische Unterschiede sind bisher nicht vorhanden, doch vertritt die südafrikanische Partei hauptsächlich den Grundbesitz, die unionistische die Interessen der städtischen Demokratie und des Minengebietes. Wegen des Arbeitermangels beginnen sich aber zwischen beiden Gruppen Schwierigkeiten herauszubilden, die auch in die Fragen der Berechtigung der Farbigen und der Einführung von Indiern hinüberspielen. Der neue Generalgouverneur Lord Gladstone findet mit seinen englisch-liberalen Anschauungen darüber durchaus nicht den Beifall der Afrikaner. Bisher hat die Landesverteidigung in den Händen Englands gelegen. Man plant jetzt, eine kleine Feldarmee von 20.000 bis 30.000 Mann und eine größere Miliz zu schaffen, von denen Farbige ausgeschlossen sind. Der Plan geht vom Minister der Landesverteidigung General Smuts aus, als militärischer Berater ist dabei Lord Methuen, der Kommandeur der britischen Truppen, tätig.

Australien.

Die Arbeiterpartei hatte bei den Wahlen im Vorjahre im Oberhaus eine Mehrheit von 12, im Unterhaus von 22 Stimmen erhalten, infolgedessen haben sich die drei unterlegenen Parteien auf ein gemeinsames Programm geeinigt. Die erste Folge davon war, daß im Mai die beiden, von den Kammern genehmigten Vorlagen, nach denen das Gesetzgebungsrecht für Handel, Gewerbe und Industrie von den Einzelstaaten auf den Bund übergehen sollte, und nach denen die Bundesregierung das Recht erhalten sollte, die Monopole zu verstaatlichen, in der verfassungsmäßigen allgemeinen Volksabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Die Regierung blieb trotzdem im Amte. Die Bundesfinanzen befinden sich in ungemein günstiger Lage, Zölle und Grundsteuer haben beträchtliche Überschüsse ergeben, auch die Einnahmen der Eisenbahnen stellten sich über Erwarten hoch. Der Minister des Äußern Batchelor starb am 10. Oktober, er war ebenso wie der Premierminister Fisher für deutsches Wesen und deutsche Bildung sehr empfänglich. Das schloß nicht aus, daß die Arbeiterregierung auch der deutschen Einwanderung und dem deutschen Handel im Interesse der einheimischen Bevölkerung tunlichst Hindernisse entgegensetzte. Diese Prohibitivpolitik hat zwar die Lage der Arbeiter ungemein günstig gestaltet, hat aber zur Folge, daß Australien in der wirtschaftlichen Entwicklung merklich hinter Kanada und Argentinien zurückbleibt. Die Bestrebungen einzelner Bundesstaaten, dem Arbeitermangel durch die Förderung der Einwanderung aus England abzuhelfen, sind noch nicht von besonderem Erfolg gewesen, wenn auch die Zahl der Eingewanderten doch schon auf 70.000 gestiegen ist. Nach der Volkszählung vom April beträgt die Einwohnerzahl 4,455.055, um 681.000 mehr als 1901. So günstig auch die Gesundheitsverhältnisse liegen und so gering die Säuglingssterblichkeit ist, so dürfte doch ohne starke Steigerung der Einwanderung Weißer die Gefahr der gelben Rasse nicht beseitigt werden. Die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Landesmiliz ist in Angriff genommen und im Juli mit der Ausbildung der jugendlichen Militärpflichtigen begonnen worden. Über die Flotte ist mit der englischen Regierung eine Vereinbarung zu stande gekommen. Die australischen Schiffe unterstehen ausschließlich der australischen Regierung und führen neben der britischen die australische Flagge, Ausrüstung und Ausbildung wird nach englischem Muster stattfinden. Die Stärke der Flotte ist nach Admiral Hendersons Anträgen auf 8 Panzerkreuzer, 10 kleine Kreuzer, 18 Torpedozerstörer, 12 Unterseeboote und einige Hilfsschiffe berechnet, dürfte aber bei der starken Verschuldung des Landes den Finanzen fast unerschwingliche Anstrengungen zumuten. Das erste Panzerschiff „Australia“ ist Ende Oktober auf einer schottischen Werft vom Stapel gelaufen, drei weitere Schiffe befinden sich im Bau. Zu Anfang des Jahres ist eine Anleihe von 50 Millionen Mark aufgenommen worden, von der 20 Millionen für den Bau der Transkontinentalbahn und 12 für den Grunderwerb zum Bau der neuen Bundeshauptstadt bestimmt sind, für die ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben wurde. Sie liegt im Bezirk Naß-Camberra.

Hoffnungen und Möglichkeiten.

Die mehrfachen Verwicklungen, die sich in der zweiten Hälfte des Jahres ergaben, haben sich nicht weiter verschärft, und es scheint sich in allen Fällen eine Abschwächung der Gegensätze und die Anbahnung neuer Verständigungsmöglichkeiten einzuleiten. Um darüber klar zu sehen, ist es notwendig, die Sprache der Presse und das Verhalten der Regierungen genau auseinanderzuhalten. Die Zeitungen pflegen sich gern nach einer bestimmten Richtung eine Schablone festzulegen, nach der sie arbeiten, und es fällt ihnen dann hinterher immer schwer, davon abzulassen, wenn sich auch inzwischen die politische Lage wieder vollkommen geändert hat. Es ist darum immer ein Fehler, wenn man sein Urteil auf sie allein gründen will. Man muß stets erwägen, ob sie bereits den Gipfel der Tageshöhe erklommen haben, oder ob sie noch mit Tinte und Feder Nachtragsgefechte führen, die zuweilen den leitenden Politikern nicht einmal unangenehm sind und darum oft noch längere Zeit geduldet werden. Es hat sich nun inzwischen herausgestellt, daß sich eine neue Orientierung der politischen Lage von dem Moment an angebahnt hat, als sich herausstellte, daß der letzte britische Anlauf, aus den schwierigen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko eine neue Ententepolitik zu machen, gescheitert war. Es gab eine Wiederholung der Lage nach der bosnischen Krise. Man mußte davon absehen, die Dinge auf die Spitze zu treiben, weil die militärischen Kräfte nicht ausreichten. Diese Erkenntnis fiel gewissen Leuten stark auf die Nerven, und sie hatten darum nichts dagegen, daß der bekannte deutsch- und dreibundfeindliche Preßklüngel mit blindgeladenen Kanonenschüssen den Kampf in der hergebrachten Weise fortsetzte und damit den notwendig gewordenen Rückzug der urteilslosen Masse gegenüber verhüllte. Das Ende von allem war, daß sich die frühere politische Lage des Weltteils wieder herstellte mit dem fester gefügten Dreibund und der etwas lockeren Dreierentente. Nur mit dem Unterschiede, daß wieder einmal ein Drachenzahn des Unfriedens ausgebrochen worden war.

Rückfälle sind ja freilich zu keiner Zeit ausgeschlossen, aber es leuchtet ein, daß die Verhältnisse einen Charakter angenommen haben, die das Wiederaufheben des durch die Ententepolitik Eduards VII. zerrissenen Fadens der Weltteilspolitik aufs neue gestatten. Günstig dafür stellt sich die Wendung der Politik Rußlands, das durch die Erfahrungen in Ostasien gewitzigt worden ist und die Vorteile einer sicheren Rückendeckung durch Deutschland schätzen gelernt hat. Weder das unter ganz anderen Verhältnissen abgeschlossene „Bündnis" mit Frankreich, noch das von lauter politischen Mißgeschicken begleitete neue Verhältnis zu Großbritannien war im stande, eine gleiche Sicherheit zu gewährleisten. Die elastische Struktur der Dreierentente, die nur dem Gefühl einer gewissen Hilfsbedürftigkeit ihren Ursprung verdankt hatte, gestattete, daß die innere Umwandlung des Baues vor sich gehen konnte, ohne daß die äußere Fassade eine Abänderung erlitt. Tatsache ist trotzdem, daß die früher feindseliger erscheinende Stellung der beiden Mächtegruppen zueinander einer mehr oder weniger freiwilligen Annäherung gewichen ist. Der Ausgangspunkt liegt schon etwas weiter zurück und fällt mit der Kaiserbegegnung zu Potsdam Anfang November 1910 zusammen. Da die weitere Entwicklung bisher ergeben hat, daß das damalige Ergebnis keineswegs bloß das Resultat einer augenblicklichen Gefühlserregung gewesen ist, was immerhin möglich war, so muß damit als mit einer festen Grundlage für die nächste Zeit gerechnet werden. Daran werden sich auch die Franzosen gewöhnen müssen, die fortwährend sich und anderen Leuten einzureden suchen, an ihrem Bündnis mit Rußland habe sich nicht das Geringste geändert. Das ist insoweit auch ganz richtig, als es sich um den Schutz gegen einen in Frankreich immer befürchteten neuen „Einfall der preußischen Barbaren" handelt. Rußland kann diese Garantie, unbeschadet der Verfolgung seiner übrigen politischen Zwecke und Aufgaben, um so eher gewähren, als ihm die eigenen Erfahrungen mit seinen Finnländern und Polen das Verständnis für die deutsche Politik Frankreich gegenüber erleichtern. Deutschland kann unmöglich eine Politik verfolgen, durch einen Gewaltstreich nach Westen sich ein neues Nest von Elsaß-Lothringern, sei es aus Frankreich selbst oder aus Holland und Belgien, seinem Reichsverband einzugliedern.

Daraus ergab sich die Möglichkeit für Rußland ganz von selbst, sich mit Deutschland auf den Potsdamer Fuß zu stellen, der ja überhaupt nie ganz verlassen worden ist. Das neue Potsdamer Abkommen beider Mächte, sich in keinerlei Kombination einzulassen, die eine aggressive Spitze gegen den anderen haben könnte, beraubt die Dreierentente Eduards VII. jeder Schärfe und, was die Hauptsache ist, es besteht weiter und verspricht auch Dauer. Eine so einfache und doch zugleich so weittragende Formel geht über den Zweck eines nur für gewisse gemeinsame Ziele vereinbarten Bündnisses hinaus, sie ist auch der nur selten getrübte Grundgedanke für die äußere Politik des zum gemeinsamen Schutz des gegenwärtigen Besitzstandes gegründeten Dreibundes gewesen. Sie stellt sich als eine Erweiterung des von Bismarck zuerst in die Politik eingeführten Grundsatzes dar, der, im Gegensatze zu allen Bündnissen der Vergangenheit, zunächst ein Freundschaftsbund mit Österreich-Ungarn und dann in der Erweiterung mit Italien das erste Friedensbündnis der Welt geschaffen hat. Jetzt hat sich Rußland diesem Grundsatz angeschlossen, und es ist ganz gleichgültig, ob dabei Bündnisformen u. dergl. eingehalten wurden. Der Mangel solcher zuweilen beengenden Formen ist sogar ein Vorzug, wenn nur das ernste Wollen vorhanden ist. Die gesamte Lage des russischen Reiches läßt an

diesem ernsten Wollen keinen Zweifel mehr, und es ist dabei wieder gleichgültig, ob nationale oder Parteiblätter franzosenfreundliche und deutschfeindliche Gefühle dazu notieren. Der Grundsatz, sich an keinen politischen Kombinationen zu beteiligen, die gegen den anderen gerichtet sind, schließt in jedem Einzelfalle das ernste Bestreben nach Verständigung in sich, geht also weit über die formellen Bestimmungen aller sogenannten Schiedsgerichtsverträge hinaus, die ohne den guten Willen auf beiden Seiten keine politische Bedeutung haben, und ist die gesunde Grundlage einer ernstlich gemeinten Friedenspolitik. Seit dem Anschluß Rußlands an diesen Grundsatz bekennen sich nun vier europäische Mächte dazu, und es verschlägt nichts, daß Rußland der Dreierentente angehört. Das ist im Gegenteil von Vorteil, weil es diesen Standpunkt, durch sein Übereinkommen mit Deutschland gebunden, auch in der Dreierentente einhalten wird. Es ist darum kein leerer Wahn, wenn man in dieser Wendung eine Einlenkung in die Bahnen der gemeinsamen europäischen Politik erblickt.

Daß eine solche Weltteilspolitik zur Notwendigkeit geworden ist, stellt sich nach der Gestaltung der allgemeinen Weltinteressen immer deutlicher heraus. Die europäischen Mächte würden einzeln immer zu kurz kommen, wie dies sich offensichtlich gegenüber der sogenannten Monroedoktrin der Nordamerikaner wiederholt gezeigt hat. Diese Monroelehre ist eine Anmaßung sondergleichen, aber die Vereinigten Staaten brüsten sich damit in großer Selbstgefälligkeit, weil sie den einzelnen europäischen Mächten gegenüber daraus Vorteile gezogen haben, die in den Stärkeverhältnissen keineswegs begründet waren. Ein wenig europäische Monroepolitik dem gegenüber würde den künstlichen Zauber bald brechen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der gemeinsame Einspruch Europas den Nordamerikanern die Lust gründlich verleidet hätte, Spanien seiner Kolonien zu berauben. Was hindert die europäischen Mächte, auch eine Monroelehre zu konstruieren und sich nach Analogie des Dreibundes gegenseitig den Besitz ihrer außereuropäischen Erwerbungen und Ansprüche gegen alle amerikanischen und asiatischen Begehrlichkeiten zu garantieren? Die Macht dazu ist doch wahrhaftig vorhanden, es fehlt nur noch die Einsicht dafür und der Entschluß dazu. Gerade England, Rußland und Frankreich, die am meisten draußen engagiert sind, hätten allen Anlaß dazu, eine solche Politik einzuleiten, die im Laufe der Zeiten, und sicher nach Eröffnung des Panamakanals, doch notwendig werden wird, soll nicht Europa von seiner Weltstellung abdanken, was auch Österreich-Ungarn und die wenig oder nicht an überseeischem Besitz beteiligten Mittelstaaten schwer empfinden würden. Das sich selbst stark überschätzende England wird, weil es seine Machtmittel nicht rechtzeitig zu entwickeln verstanden hat und sich schon vor Deutschland zu fürchten vorgibt, den Verfall wahrlich nicht aufhalten, das kann nur ein vereinigtes Europa leisten.

Es wird sich von dem vorstehend Gesagten wenig als nicht voll begründet bestreiten lassen, die Notwendigkeit eines europäischen Bundes ist demnach gegeben, und er würde auch sofort die ganzen innereuropäischen Streitigkeiten, die über die Maßen Arbeit und Scharfsinn der Diplomatie in Anspruch nehmen, auf die ihnen angemessene geringe Bedeutung zurückführen. Es würde sich bald zeigen, daß Weltinteressen so kleinen Fragen, die im Handumdrehen zu lösen wären, vorgehen. Schon vor einem Jahrzehnt, als sich eine gemeinsame europäische Politik anzubahnen schien, waren es Frankreich und England, die sich kühl bis ablehnend dagegen verhielten, und auch heute ist es nicht anders. Die Gründe dafür liegen teils in der nationalen Eitelkeit, teils in den parlamentarischen Verhältnissen. Die Franzosen können es noch immer nicht verwinden, daß das Jahr 1870 sie um ihre zum Teil bloß eingebildete führende Stellung in Europa gebracht hat. Seit vierzig Jahren regt sich die Republik immer wieder mit dem Revanchefieber auf, stürzt in Ermangelung von Thronen Ministerien und wundert sich darüber, daß sich, die Zeitungen ausgenommen, kein Mensch dafür interessiert, und daß sich niemand finden will, Elsaß-Lothringen wieder erobern zu helfen. Für diesen Zweck angeknüpfte Bündnisse haben nur zur politischen Ausnützung der Republik geführt, die aber noch immer nicht eingesehen hat, daß sie sich auf falschem Wege befindet. In Großbritannien sträubt sich die nationale Eigenliebe gegen die Erkenntnis, daß die unbestrittene und stillschweigend anerkannte Herrschaft der britischen Flotte auf allen Meeren seit geraumer Zeit keine Wirklichkeit mehr ist und es auch in Zukunft nie wieder sein wird, wenn man auch noch mehr Dreadnoughts baut. Eine schwache, nur auf eine Parteikoalition gegründete Regierung versucht mit allen Mitteln sich zu erhalten, rührt zu diesem Behuf durch überstürzte „Reformen" das ganze Reich auf, muß die zu ganz anderen Zwecken eingeleiteten nationalen Erregungen übertreiben und war infolgedessen gegen alle Parteigrundsätze sogar schon kriegsbereit. So lange solche Zustände bestehen, ist natürlich an eine weitsichtige Weltpolitik nicht zu denken.

Aber gut Ding will Weile haben, der Gedanke einer Weltteilspolitik ist zu gesund, als daß er sich nicht unter dem Drang der Verhältnisse durchkämpfen sollte. Die Stimmung der Völker ist ihm günstig, in allen ist das Machtgefühl lebendig geworden und der politische Instinkt, daß sich große Dinge vorbereiten, für die man stark sein muß, wenn man nicht zu kurz kommen will. Diesen Volksstimmungen müssen selbst die widerhaarigsten und arbeitsscheusten Parlamente Rechnung tragen. An einer Neugestaltung der politischen Verhältnisse Europas auf gänzlich geänderter Grundlage und mit großen Gesichtspunkten braucht man darum nicht zu zweifeln, auch die rechten Männer werden sich zur rechten Zeit finden.



K. u. K. Hofbuchdruckerei Karl Prochaska in Teschen.

Die Zeit (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Viel Freunde wird sich voraussichtlich das Jahrbuch der Naturkunde erwerben, denn für dieses interessieren sich heute alle ohne Ausnahme; und obgleich es an populären Gesamtdarstellungen nicht fehlt, hat man doch bis jetzt noch kein periodisches populäres Werk gehabt, das über die Fortschritte jedes Jahres berichtet. Es werden abgehandelt: die Astronomie, die Geologie und Geophysik, die Physik, die Meteorologie, die Chemie, die Biologie, die Botanik, die Zoologie, die Urgeschichte der Menschheit, die Ethnographie, die Physiologie und Psychologie alles sehr hübsch, stellenweise spannend. Die Fülle des dargebotenen Stoffes ist staunenswert und auch der Unterrichtetste wird das Buch nicht aus der Hand legen, ohne Neues daraus gelernt zu haben."

Anzeiger für die neueste pädagogische Literatur. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Für einen so billigen Preis wird man selten ein so gediegenes Werk wie das vorliegende erlangen."

Aus der Heimat. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Ich bin auch von anderer Seite schon öfters nach einem Werke gefragt worden, in dem die Fortschritte der Naturwissenschaften für Laien bearbeitet sind. Nun kann ich ein solches empfehlen: das im Verlag von K. Prochaska, Teschen, erschienene und von H. Berdrow bearbeitete Illustr. Jahrbuch der Naturkunde." Stuttgart, Dr. K. G. Lutz.

Roseggers Heimgarten. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Die Bearbeitung und Redaktion ist ganz musterhaft gelöst. Bei der flüssigen, fesselnden und anregenden Schreibweise dieser Jahrbücher der Geschichte werden dieselben hoffentlich baldigst sich einbürgern .... Die Anschaffung dieses Jahrbuchs der Weltgeschichte kann jedermann nur bestens empfohlen werden. Man wird durch dasselbe bei äußerst angenehmer, nirgends langweiliger Darstellung von den Vorgängen auf allen Gebieten des Lebens, insbesondere des politischen, rasch und richtig unterrichtet."

Deutschtum im Auslande. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen. „Es ist eine dem Bildungswesen zu gute kommende Idee, die Errungenschaften auf dem Gebiete der Erdkunde in Jahrbüchern volkstümlichen Charakters zu billigem Preise darzubieten .... Alles ist durch treffliche Abbildungen dem Auge nahe gebracht. Das neue Jahrbuch verdient ganz unseren Beifall."

Volks-Zeitung. (Berlin). „Ein ausgezeichnetes Volksbuch ist im Verlage von Karl Prochaska, Teschen und Wien, erschienen. Es ist das ‚Illustrierte Jahrbuch der Naturkunde'. Hermann Berdrow, der sich eines in wissenschaftlichen Kreisen sehr geschätzten Namens erfreut, hat mit erstaunlicher Sorgfalt alle naturwissenschaftlichen Ereignisse, Forschungsergebnisse und Entdeckungen der letzten Jahre registriert. Keine Abteilung der Wissenschaft ist in diesem interessanten Werke unberücksichtigt geblieben. Zahlreiche Illustrationen schmücken das lesenswerte, hochinteressante Buch. Zuletzt sei noch hervorgehoben, daß der außerordentlich billige Preis jedem Naturliebhaber die Anschaffung des Werkes ermöglicht."

Breslauer Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Von Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern nimmt zweifellos das Jahrbuch der Weltgeschichte den hervorragendsten Rang ein. Der etwa 160 Seiten Lexikonformat starke Band, der mit zahlreichen Illustrationen aufs würdigste ausgestattet ist, vereinigt in sich wieder alle Vorzüge, die von uns bereits bei Besprechung des vorigen Jahrgangs hervorgehoben werden konnten, vorzügliche Beherrschung des Stoffes, lichtvolle Darstellung, volkstümliche Schreibweise und gesundes politisches Urteil."

Linzer Tagespost. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Verfasser führt uns in die Regionen des ewigen Eises, nach Asien, in die Neue Welt, nach Afrika, Australien und nach der Südsee und versteht es, in leichtfaßlicher und dabei anregender Form die physikalischen und politischen Verhältnisse dieser Gebiete zu schildern. Zahlreiche, dem Texte eingefügte Illustrationen tragen zum Verständnisse des Inhalts bei. Das Buch, das eine Fülle des Interessanten bietet, kann jedermann wärmstens empfohlen werden."

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Zweck des Buches ist, die weitesten Kreise mit den neuesten Forschungsreisen zu geographischen und ethnographischen Zwecken bekanntzumachen; dementsprechend ist auch der Preis ein sehr geringer. Es ist tatsächlich erstaunlich, welche Fülle von gediegener Belehrung in Bild und Wort dem Leser für Mark 1.50 geboten wird.

Münsterischer Anzeiger. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Die Skepsis, mit der wir an dieses Buch herantraten — wie an alle naturwissenschaftlichen Werke, die für billiges Geld angeboten werden und bei denen die dadurch hervorgerufene Betonung des populär-wissenschaftlichen Charakters nicht selten über den Mangel an Inhalt des Werkes hinwegtäuschen soll — machte bald einer anderen Auffassung Platz; wir begrüßen das Erscheinen dieses Werkes auf das lebhafteste. Das Werk ist stilistisch ausgezeichnet und mit zahlreichen und guten Illustrationen geschmückt. Der Preis ist außerordentlich niedrig bemessen."

Zeitschrift für das Realschulwesen (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Wenn der Laie auch aus den Tageszeitungen gelegentlich Mitteilungen über neue Entdeckungen, neue Hypothesen und andere wissenschaftliche und technische Errungenschaften der Neuzeit erhält, so erlangt er damit kein vollständiges Verständnis der betreffenden Zweige des Wissens, da solche Mitteilungen meist nur unvollständig und zusammenhanglos geboten werden, ohne daß auf die oft nicht ausreichende Vorbildung der Leser Rücksicht genommen wird, ja nicht selten werden sie bereits veröffentlicht, ehe eine Arbeit zu einem gewissen Abschlusse gebracht worden ist. Das läßt sich aber erst nach einem bestimmten Zeitabschnitte erreichen und ist daher die Aufgabe von Zeitschriften, welche die Forschungen von einem oder mehreren Jahren zusammenfassen. Es erscheint somit ein solches Jahrbuch, wie es hier vorliegt, ganz geeignet, aufklärend über neuere wissenschaftliche Fragen zu wirken. Das Jahrbuch beginnt mit der Vorführung einiger Entdeckungen am gestirnten Himmel. Es wird dann die Erdrinde in der Vergangenheit und Gegenwart kurz betrachtet, wobei die Veränderungen an der Erdoberfläche, die Verteilung von Wasser und Land sowie namentlich die Erscheinungen der Eiszeiten nach dem Ingenieur Reibisch durch ein regelmäßiges, sehr langsames Schwanken des Erdballs um eine den Äquator schneidende Achse erklärt werden. Durch eine solche sollen einzelne Gegenden der heißen Zone in höhere Breiten und umgekehrt versetzt werden. Die Untersuchungen über Erdbeben führen uns die gewaltigen Wirkungen dieser Erscheinung im letzten Jahre vor. Die Physik belehrt über einzelne Bewegungen der kleinsten Körperteilchen und besonders über die Ätherfrage sowie über die Kräfte des Luftmeeres, wobei auch die Sturmwarnungen und das Wetterschießen berührt werden. Die Chemie führt uns die neuen Elemente, hohe und tiefe Temperaturen vor. Aus der Biologie wird einzelnes zum Beweis der Abstammungslehre vorgeführt. Die Entdeckungen auf dem Gebiete der Welt der lebenden Wesen bringen manches Neue, ebenso die Vorgeschichte des Menschen und die Völkerkunde. Das ‚Jahrbuch' kann als sehr anregend und belehrend bezeichnet werden. Es ist in einem würdigen Ton gehalten und kann auch der reifen Jugend in die Hand gegeben werden."

Allgemeiner Anzeiger für Deutschlands Rittergutsbesitzer. „Wieder einmal ein durchaus gelungenes Volksbuch bester Art, dieser im Prochaska-Verlage in Wien, Leipzig und Teschen erschienene Jahrgang eines ‚Illustrierten Jahrbuchs der Erfindungen', das Mark 1.50 (Kronen 1.80) kostet, für diesen Preis aber geradezu unglaublich viel und überraschend Gutes bietet. Der Text des Werkes ist eine Musterleistung der volkstümlichen Behandlung technischer Themata, so interessant und verständlich, so anziehend sind sie für die Laienwelt, das große Publikum, Jugend und Volk schriftstellerisch abgefaßt. Es ist ein Vergnügen, dieses Werk zu lesen, man verfolgt seinen Inhalt mit einer wahren Spannung."





Verlag von Karl Prochaska, Leipzig, Wien, Teschen.



Klass. Romane der Weltliteratur.

Eine auserlesene Sammlung vorzüglicher Romane. 32 Bände eleg. geb. in effektvoller, schöner Ausstattung. Preis eines Bandes bei Abnahme der ganzen Sammlung 85 Pfg. = 1 K.

Afraja. Nordischer Roman von Theodor Mügge. 3 Bände.

Der Jude. Deutsches Sittengemälde von Karl Spindler. 4 Bände.

Johanna Eyre. Die Waise von Lowood. Von Currer Bell. 3 Bände.

Der Löwe von Flandern. Von Heinrich Conscience. 2 Bände.

Die Frau in Weiß. Von Wilkie Collins. 4 Bände.

Die letzten Tage von Pompeji. Von Eduard Lytton Bulwer. 2 Bände.

Der Irre von St. James. Von Philipp Galen. 3 Bände.

Wallensteins erste Liebe. Von K. Herloßsohn.

Die Tochter des Piccolomini. Von K. Herloßsohn. Beide Romane von K. Herloßsohn, zusammen 5 Bände.

Ivanhoe. Historischer Roman von Walter Scott. 2 Bände.

Ein Jahr. Von Emilie (Flygare-)Carlén. 2 Bände.

Tokeah oder die weiße Rose. Von Charl. Sealsfield. 2 Bände.

Klassische Erzählungen der Weltliteratur

sind eine Auswahl vom Besten, was an edler, gehaltsvoller Unterhaltungslektüre die Dichter der Kulturnationen geschaffen haben. — Jeder Band kostet nur 85 Pfg. = 1 K, obwohl die Ausstattung und im besonderen der Einband sich durch exquisite Schönheit hervortun.

1. **Indiana.** Von G. Sand. — 2. **Der Vogt von Sylt.** Von Th. Mügge. — 3. **Farnmoor.** Von Ouida. — 4. **Die schwarze Tulpe.** Von A. Dumas. — 5. **Zwei Welten.** Von O. Ruppius. — 6. **Der Oberhof.** Von K. L. Immermann. — 7. **Blanka.** Von H. F. Ewald. — 8. **Addrich im Moos.** Von H. Zschokke. — — 9. **Der Liebe Müh' umsonst.** Von J. v. d. Traun. — 10. **Arwed Gillenstierna.** Von C. F. v. d. Velde. — 11. **Die Bettlerin vom Pont des Arts.** Von W. Hauff. — 12. **Der Sieg des Schwachen.** Von M. Meyr. — 13. **Colomba.** Von P. Merimee. — 14. **Der Fliegende Holländer.** Von Kapitän Marryat. — 15. **Eugenie Grandet.** Von H. de Balzac. — 16. **Hedwig, die Waldenserin.** Von H. König. — 17. **Der Lampenputzer.** Von Miß Cummins. — 18. **Der Reichspostreiter in Ludwigsburg.** Von R. Heller. — 19. **Die Braut auf dem Omberg.** Von E. Carlén. — 20. **Waterloo.** Von Erckmann-Chatrian. — 21. u. 22. **Kenilworth.** Von W. Scott. — 23. u. 24. **Die Mörder Wallensteins.** Von K. Herloßsohn.

Die Königin des Tages und ihr Reich. Astronomische Unterhaltungen über unser Planetensystem und das Leben auf anderen Erdsternen. Von M. W. Meyer. 8°. Mit 4 Abb 420 Seiten. Elegant broschiert Mk. 4.50, hochfein gebunden mit Goldschnitt Mk. 6.—.

Das Buch der Bücher. Aphorismen der Weltliteratur. Gesammelt und geordnet von Egon Berg (Leop. Auspitz). 2 Teile, wovon der erstere, Geist und Welt, sich mehr mit den öffentlichen Dingen, der zweite, Herz und Natur, mehr mit dem Gemütsleben beschäftigt. Preis jedes Bandes, eleg. geb., mit Rotschnitt 10 Mk.

Das hier angekündigte Werk ist die Arbeit eines halben Menschenalters, und Dichter und Redner, Philosophen und Staatsmänner, Historiker und Naturforscher, sind darin vertreten. Die bedeutendsten Gedanken, die klangreichsten Aussprüche der hervorragendsten Geister sind hier in einem verhältnismäßig geringen Raume zusammengedrängt und wieder in logischer Folge wiedergegeben. Gegen 5500 solcher Aphorismen in Poesie und Prosa sind in dem „Buch der Bücher" enthalten und die Zitate aus fremden Sprachen (toten wie lebenden) gleichzeitig im Original, wie in der besten Übersetzung angeführt. Das wohlgeordnete Register ermöglicht ein rasches Nachschlagen der auf die verschiedenen Lebenslagen passenden Aussprüche und Zitate.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.